Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

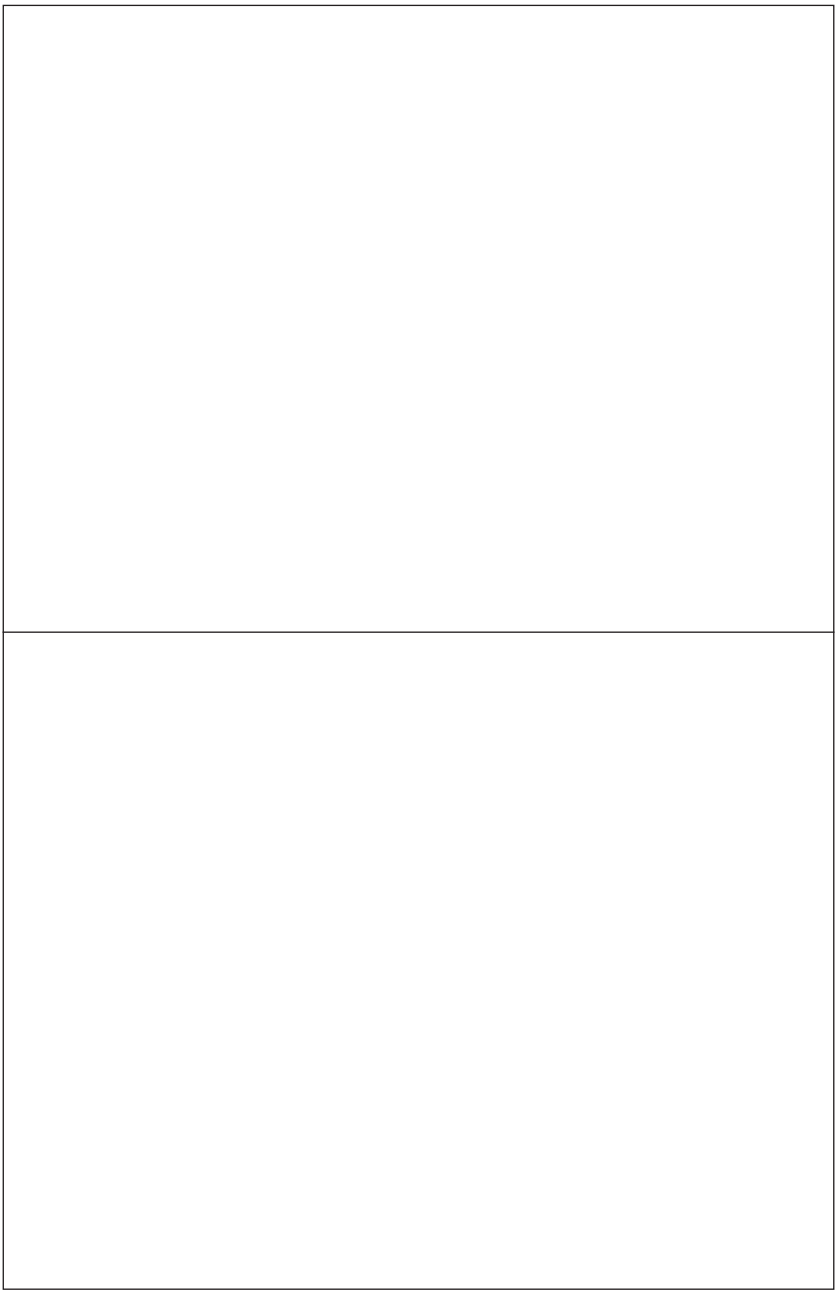
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

22. Jahrgang 2010

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY



https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

22. Jahrgang 2010

im Auftrag
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
herausgegeben von Birgit Bublies-Godau,
Monika Faßbender, Hans-Georg Fleck, Jürgen Frölich,
Hans-Heinrich Jansen und Beate-Carola Padtberg

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anschrift der Redaktion:

c/o Archiv des Liberalismus
Theodor-Heuss-Str. 26
D-51645 Gummersbach

e-mail: juergen.froelich@freiheit.org

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://www.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8329-5852-7

1. Auflage 2010
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Vorwort der Herausgeber

In diesem »Jahrbuch«, dem inzwischen 22., finden sich erstmals zwei Themenschwerpunkte:
Zum einen setzen wir die im vorigen Jahr begonnene Diskussion über »Erinnerungsorte des Liberalismus – Liberale Erinnerungsorte« fort,[1] da dieser Themenkreis bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Zum anderen veröffentlichen wir die wissenschaftlichen Referate eines vielbesuchten Kolloquiums, das unter dem gleichnamigen Titel »Liberale Außenpolitik im 20. Jahrhundert« in Anwesenheit prominenter Zeitzeugen am 22.Oktober 2009 im Bonner »Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« stattgefunden hat.[2]
Im kommenden Jahr wird das Jahrbuch nach jetziger Planung wieder – wie üblich – lediglich einen Themenschwerpunkt umfassen. Er wird Friedrich Naumann gewidmet sein, dessen Geburtstag sich im März 2010 zum 150. Mal jährte.

1 Vgl. Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 21 (2009), S. 7-120
2 Vgl. den Bericht im Internet unter www.freiheit.org/webcom/show_article_bb.php/_c-297/_nr-13110/_p-1/i.html

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Themenschwerpunkt I
»Liberale Außenpolitik im 20. Jahrhundert«

Wolfgang Michalka
Walther Rathenau – Begründer einer liberalen Außenpolitik? 9

Eberhard Kolb
Gustav Stresemann – Liberalismus und Nationalismus in seiner außenpolitischen Konzeption 37

Joachim Scholtyseck
Walter Scheel – Wiederaufnahme älterer Leitbilder oder Auftakt zu einer neuen liberalen Tradition in der Außenpolitik? 47

Andreas Wirsching
Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel 67

Themenschwerpunkt II
»Erinnerungsorte des Liberalismus – liberale Erinnerungsorte in Deutschland« Teil 2

Birgit Bublies-Godau
Das Vermächtnis der Versammlungen – Heppenheim als Erinnerungsort der freiheitlichen Demokratie und des politischen Liberalismus in Deutschland 79

Norbert Schloßmacher
In Bonn besaß »freiheitliches Denken von jeher eine Heimstatt«. – Liberale Erinnerungsorte in Bonn 106

Reinhold Brunner
Eisenach – ein Erinnerungsort des deutschen Liberalismus? 125

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Weitere Beiträge

Heinz Stübig
»Den Geist der Armee zu erheben und zu beleben, die Armee und Nation inniger zu vereinen«
Die nationalpädagogischen Vorstellungen der preußischen Militärreformer 149

Anne Bruch
Munizipale Identität und bürgerliche Kultur im Risorgimento.
Die Bedeutung der Stadt für Carlo Cattaneos föderal-demokratische Konzeption 165

Martin Schumacher
»Der Mann von Ansehen«: Erich Koch-Weser, die »Deutschen Blätter« und Udo Rukser 1943/44. Eine Dokumentation des Briefwechsels mit dem Herausgeber der »Revista Anti-Nazi« in Santiago de Chile 181

Hans-Georg Fleck
Aufbruch – zu konträren Ufern. Ein Briefwechsel des jungen Karl-Hermann Flach 215

Miszellen

Jürgen Frölich
»… den nationalsozialen Gedanken auf den altliberalen Untergrund aufsetzen«. Neue Dokumente zur Verbindung zwischen Friedrich Naumann und der Familie von Schulze-Gaevernitz 251

Rolf-Ulrich Kunze
Thomas Nipperdeys Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule Karlsruhe, 1963 – 1967, und die deutschen Wissenschaftsreformen der 1960er Jahre 261

Autorenverzeichnis 271

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Beiträge

Wolfgang Michalka

Walther Rathenau – Begründer einer liberalen Außenpolitik?

Nicht Politik, sondern »Wirtschaft ist das Schicksal!« Mit diesem Postulat erinnerte Walther Rathenau an den berühmten Ausspruch Napoleons Goethe gegenüber aus dem Jahre 1808 und korrigierte diesen. Denn er vertraute der Kraft des Wirtschaftlichen vor der Politik.

Kriegerische Konflikte erschienen ihm anachronistisch, weil der Wirtschaft schadend. An ihre Stelle werde der ökonomische Wettbewerb treten. Wirtschaft war für ihn das zeitgemäße politische Mittel, nicht die militärische Macht[1].

Rathenau, der bereits vor 1914 Rüstungsbegrenzungen forderte und vor den Folgen eines kriegerischen Konflikts gewarnt hatte, legte gleich in den ersten Kriegstagen dem preußischen Kriegsminister den Entwurf einer zentralen Rohstoffbewirtschaftung vor. Die unzureichend wirtschaftliche Kriegsvorbereitung des Deutschen Reichs und angesichts der von Großbritannien über die Mittelmächte verhängten Wirtschaftsblockade ließen ihm dies dringend geboten erscheinen. Die daraufhin eingerichtete Kriegsrohstoff-Abteilung, die Rathenau acht Monate leitete und zu einer höchst effizienten Institution führte, konnte eine drohende Munitionskrise und den kriegswirtschaftlichen Kollaps abwenden.

Die KRA wurde besonders im Ausland als wirtschaftlicher Generalstab gepriesen und der Zivilist jüdischen Glaubens mit den Kriegsheroen Hindenburg und Mackensen verglichen. In Vorträgen und Publikationen setzte Rathenau seine praktischen Erfahrungen in das Modell der »Gemeinwirtschaft« um. Dabei war ihm bewusst, dass er »tief in das Gefüge der kapitali-

1 Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Gehalten in München am 28. September 1921, in: Walther Rathenau, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S.241-264; hier: S. 264. Schon am 12. Dezember 1920 erklärte Rathenau in seiner »Rede auf dem Demokratischen Parteitag in Nürnberg«, »daß das Primat aller Probleme, die uns gegenwärtig beschäftigen, der Wirtschaft zukommt.« (Ebda., S. 123)

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

stischen Wirtschaftsordnung«[2] eingreifen würde; denn der Staat wurde für ihn zum Hüter der nationalen Wirtschaft.
Nicht nur seine Unternehmerkollegen kritisierten ihn als Zerstörer der Privatwirtschaft, sondern vor allem liberale Politiker – zu denken ist beispielsweise an Gustav Stresemann – warfen ihm vor, er würde den Mittelstand vernichten. Rathenaus Vision einer »neuen, kommenden Wirtschaft« war in der Tat alles andere als liberal, ja er kann regelrecht als Überwinder der liberalen Marktwirtschaft verstanden werden[3].
Obwohl er mit seinem Buch »Von kommenden Dingen« dem »dogmatischen Sozialismus ins Herz«[4] treffen wollte, wurde er als Befürworter eines Staatssozialismus angeprangert. Nach Krieg und Revolution kokettierte er sogar mit dem Bolschewismus, den er als »großartiges System«, dem wahrscheinlich die Zukunft gehören würde, deutete[5].
Anzumerken ist: Bucharin und selbst Lenin nahmen Rathenaus Schriften aufmerksam zur Kenntnis und überprüften daran ihre eigenen Vorstellungen von Staatskapitalismus und Planwirtschaft.
Hier geht es nicht um ökonomische Modelle, nicht um das sich verändernde Verhältnis von Wirtschaft und Staat. Es geht auch nicht um Rathenaus höchst modern anmutende Krisenrezepte oder gar um sein Eintreten für eine nachhaltige und ethische Wirtschaft, die ihn heute an die Seite der Grünen stellen würde.
Dieser Mann vieler Eigenschaften lässt sich nicht eindeutig – darauf kommt es hier an – einer speziellen Richtung zuordnen, in eine besondere Schublade stecken.
Es geht vielmehr um Außenpolitik, konkret um liberale Außenpolitik und um die Frage, ob Rathenau eine solche vertrat.

Rathenau beurteilte vor dem Krieg die deutsche Außenpolitik sehr kritisch. Er bemängelte vor allem das unausgewogene Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Deutschlands Wirtschaft habe zwar selbst die britische nicht nur eingeholt, ja sogar überholt und würde nach den Vereinigten Staaten von Amerika weltweit an zweiter Stelle stehen. Politisch allerdings könne das Deutsche Reich kaum seiner wirtschaftlichen Position entsprechen. Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland vor 1914 sei – mangels eines verbind-

2 Rathenau an Hermann Stehr, 14.8.1914. In: Walther Rathenau Gesamtausgabe = WRGA, Bd. V, S. 1356f.
3 Vgl. Wolfgang Michalka, Kriegsrohstoffbewirtschaftung. Walther Rathenau und die »kommende Wirtschaft«, in: Ders. (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München-Zürich 1994, S. 485-505.
4 Von kommenden Dingen (1917), in: WRGA, Bd. II, S. 303.
5 Harry Graf Kessler, Das Tagebuch 1880-1937 (hrsg. von Roland S. Kamzelak und Ulrich Ott, Veröffentlichungen der Deutschen Schillergesellschaft), 9 Bde., hier: Bd. 7, hrsg. und bearbeitet von Angela Reinthal, Stuttgart 2007, S. 148ff. (Eintrag vom 20. Februar 1919).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lichen außenpolitischen Konzepts – mehr auf die Wirkung nach außen »für die Galerie« angelegt und weniger darauf ausgerichtet, langfristig und beharrlich die eigene Position im internationalen Konzert zu bewahren oder sie sogar zu verbessern. Die sich mit theatralischer »Gebärde« – Rathenau zieht in diesem Zusammenhang den Vergleich zur Musik Richard Wagners[6] – in jeden Konflikt einmischende deutsche Politik habe wenig nennenswerte Ergebnisse aufzuweisen, dafür aber Misstrauen bei den europäischen Großmächten erregt und Deutschland politisch immer mehr isoliert. Rathenaus Urteil über die deutsche Politik seit Bismarcks Abgang fällt dann auch vernichtend aus: »Von der Hegemonie sind wir herabgestiegen und Angriffsziel geworden«[7].

Neben langfristigen Ziele in der deutschen Politik vermisste er eine – was er vornehmlich an England bewunderte – kreative Führungsauslese. Besonders in Preußen, so sein Vorwurf, würden Offizierkorps und Diplomatie nahezu ausschließlich von Aristokraten und Großagrariern rekrutiert werden. Wirtschaftliche Führungskräfte seien dagegen in der Politik und im Militär nicht anzutreffen. »Das reifste Unrecht unserer Zeit« bestehe darin, »daß das fähigste Wirtschaftsvolk der Erde, das Volk der stärksten Gedanken und der gewaltigsten Organisationskraft, nicht zugelassen wird zur Regelung und Verantwortung seiner Geschicke«. Die ausschlaggebende Ursache für die selektive, ja falsche Elitenrekrutierung sah Rathenau jedoch in der Judenpolitik Preußens. Ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, wo Juden eine den christlichen Mitbürgern gleichberechtigte Stellung einnehmen, werden in Preußen die Bürger jüdischen Glaubens nach wie vor nicht für verantwortungsvolle, »hoheitliche« Funktionen zugelassen: »Verdankt nicht England seine Imperialpolitik einem Juden, dessen Standbild vor der Westminsterkirche steht? Haben nicht Frankreich, Italien, Rußland, Österreich und sogar Preußen ein paar ganz tüchtige Minister jüdischen Blutes gehabt?«[8]

In Preußen dagegen trage der Jude einen »sozialen Makel« – eine Erfahrung, die Rathenau sein Leben lang zu schaffen machte. Diese Zurücksetzung bedeutete für Rathenau nicht nur »Unrecht«, sondern wirkte sich auch negativ für die deutsche Politik aus: »Die deutschen Juden tragen einen erheblichen Teil unsres Wirtschaftslebens, einen unverhältnismäßigen Teil der Staatslasten und der freiwilligen Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsaufwendungen auf ihren Schultern.« Infolgedessen lautete Rathenaus Forderung an die preußisch-deutsche Politik: »Ein Industriestaat von der Bedeutung unsres Reiches bedarf aller seiner Kräfte, der geistigen und materiellen; er kann auf einen

6 An Deutschlands Jugend (1918), in: Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit, Berlin 1929, S. 170f.

7 Das Eumenidenopfer (1913) in: Gesammelte Schriften, Bd. 1 Berlin 1918. S. 251-263, hier: S. 254.

8 Staat und Judentum. Eine Polemik (1911), ebda., S. 194.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Faktor wie den des deutschen Judentums nicht verzichten. Noch ehe ein Jahrzehnt vergeht, wird der letzte Schritt zur Emanzipation der Juden geschehen sein«[9].
Dass Rathenau mit seiner Kritik nicht allein stand und wie zutreffend seine Prophezeiung war, können die »Schülerschen Reformen« im Auswärtigen Amt nach dem Ersten Weltkrieg demonstrieren, die vor allem der Wirtschaft einen ihr angemessenen Platz verschaffen sollten.[10]

Außenpolitisch trat Rathenau für einen europäischen Wirtschaftblock ein, dem ein politischer Bund folgen würde. Dem Unternehmer und global agierenden Industrieorganisator war bewusst, dass das Zentrum der Weltwirtschaft sich von London in die Vereinigten Staaten von Amerika verlagern und dass ein europäisches Gegengewicht notwendig sein würde. Mit der Gründung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsunion könnte eine wirtschaftliche Einheit geschaffen werden, die der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen wäre, und in der es – wie er meinte – zurückgebliebene, stockende und unproduktive Landesteile nicht mehr geben werde. »Gleichzeitig aber wäre dem nationalistischen Haß der Nationen der schärfste Stachel genommen. Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.«[11]
Heute liest es sich fast wie eine prophetische Vorschau auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.
Rathenau regte eine Zollunion mit Österreich, der Schweiz, Italien, Belgien und den Niederlanden an, allerdings unter deutscher Führung.[12] Um die an England und vornehmlich an die Vereinigten Staaten von Amerika verlorene Position auf dem Weltmarkt zu kompensieren, sollte der europäische Binnenmarkt stabilisiert und abgeschirmt werden. Darin sah er das erfolgversprechende Mittel, der Verknappung notwendiger Rohstoffe und der schwindenden Absatzmärkte, kurz: der wirtschaftlichen Stagnation zu entgehen.

9 Ebda., S. 191.
10 Vgl. Kurt Doß. Das Auswärtige Amt im Übergang zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf; vor allem auch Krüger, Peter, Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes, 1921-1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Das diplomatische Korps, 1871-1945, Boppard/Rh. 1985, S. 101-169. Zur Stellung von Juden im Auswärtigen Amt vgl. jetzt Peter Grupp, Juden, Antisemitismus und jüdische Fragen im Auswärtigen Amt in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Eine erste Annäherung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 46. Jg. (1998), S. 237-248.
11 Deutsche Gefahren und neue Ziele (1913), in: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1918, S. 278.
12 Vgl. Walther Rathenau, Tagebuch 1907-1922, hrsg. und komm. von Hartmut Pogge v. Strandmann, Düsseldorf 1967, Eintrag vom 25.7.1912, S. 168f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Angesichts der internationalen Situation 1912, die von Wettrüsten und zunehmender Konfrontation der machtpolitischen Blöcke gekennzeichnet war, empfahl Rathenau eine wirtschaftliche Vereinigung der Mittelmächte mit den nicht zur Entente gehörenden westeuropäischen Staaten, aus der sich dann die politische Kooperation ergeben sollte. Dabei fällt auf, daß er den Beziehungen des Deutschen Reiches zu Großbritannien eine zentrale Rolle für das internationale System beimaß; denn nicht im spannungsgeladenen Verhältnis zu Frankreich, sondern primär im Flottenwettrüsten mit Großbritannien erblickte er die eigentliche Kriegsgefahr.

Im Zuge der deutschen Hochrüstung und anlässlich des ergebnislos verlaufenen Haldane-Besuchs in Berlin analysierte Rathenau die auf einen Tiefpunkt angelangten deutsch-britischen Beziehungen: »England fühlt sich bedroht, weil wir rüsten; England rüstet, weil es sich bedroht fühlt; wir rüsten nicht, weil England rüstet, aber wir hören nicht auf, zu rüsten, solange England rüstet: ein Zirkelschluss«[13]. Und die Frage »Kann der Vernünftige nachgeben? Können wir den Kreisprozess anhalten«? beantwortete er damit, dass internationale politische Konflikte dadurch zu entschärfen seien, indem die dahinter stehenden wirtschaftlichen Spannungen durch ökonomische Vereinbarungen abgebaut werden sollten.

Rathenaus Mitteleuropa-Konzept, das er vor dem Ersten Weltkrieg entwikkelte, parallel zu seinen privatwirtschaftlichen Entwürfen und Aktivitäten, die AEG und generell die deutsche Elektrizitätswirtschaft in Europa marktbeherrschend auszuweiten, zielte auf eine wirtschaftliche Union kontinentaleuropäischer Staaten unter deutscher Führung. Erst aus der Position der hegemonialen Stärke heraus würde es dann dem Deutschen Reich möglich sein, sich mit Großbritannien zu einigen. Eingedenk der zu schmalen Rohstoffbasis und des im Vergleich zu den etablierten Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich und Portugal geringen deutschen Kolonialbesitzes propagierte Rathenau eine der jeweiligen Volkszahl der europäischen Staaten entsprechende Aufteilung kolonialer Territorien in Afrika und Vorderasien. Um zu vermeiden, dass das Deutsche Reich trotz seines Bevölkerungswachstums und seiner industriellen Stärke den Status einer Großmacht verlieren und an der Weltpolitik nicht mehr teilnehmen könne, forderte Rathenau in seiner programmatischen Vorkriegsschrift von 1913 »Deutsche Gefahren und neue Ziele« mit Nachdruck: »Wir brauchen Land dieser Erde«. Er verwarf allerdings Annexionen in Europa: »Wir wollen keinem Kulturstaat das seine nehmen, aber von künftigen Aufteilungen muß uns so lange das nötige zufallen, bis wir annähernd so wie unsere Nachbarn gesättigt sind, die weit weniger Hände und unendlich mehr natürliche Güter haben«[14].

13 England und wir. Eine Philippika (1912) aus: Gesammelte Schriften, Bd. 1, S. 209-219, hier: S. 216.

14 Walther Rathenau, Gesammelte Schriften, Berlin 1918, Bd. 1, S. 270.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Rathenau war Realist genug, um zu wissen, dass Mitteleuropa-Pläne und koloniale Neuverteilungsvorstellungen zwar diskutiert wurden, aber kaum Einfluss auf die konkrete und aktuelle Politik haben würden[15].

Das änderte sich allerdings unmittelbar nach Kriegsbeginn. Er war sich der Tatsache bewusst, dass die deutsche Wirtschaft auf einen längeren Krieg in keiner Weise vorbereitet war und glaubte nun, dass die Zeit reif sei, ein deutsches »Mitteleuropa» realisieren zu können.

Zu Beginn des Krieges passte er seine Vorstellungen der Kriegssituation und den anzustrebenden Zielen an und präsentierte diese in drei Kriegszieldenkschriften dem Reichskanzler. Zuerst plädierte er für eine Zollunion mit Österreich-Ungarn[16], und als diese wenig Gehör fand und von den sich angesichts der militärischen Erfolge im Westen radikalisierenden Kriegszielforderungen regelrecht beiseite geschoben wurde, wollte Rathenau nicht zurückstehen, so dass er sein »Mitteleuropa-Projekt« aktualisierte.

Im Gegensatz allerdings zu den meisten der vorgebrachten Zielforderungen, aber auch zu Reichskanzler Bethmann Hollwegs sogenanntem »Septemberprogramm«, das Annexionen zu Lasten Frankreichs und Belgiens anmeldete und dadurch eine deutsche Hegemonialstellung beanspruchte, empfahl Rathenau ein zukünftiges Zusammengehen der damaligen Kriegsgegner, namentlich mit Frankreich, wenn auch unter deutscher Führung, als die den Frieden garantierende Perspektive: »Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein künftiges Gleichgewicht Europas bringen kann: Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung, gegen England und Amerika, gegen Rußland andererseits politisch und wirtschaftlich gefestigt. Das Opfer, das wir zu bringen hätten, bestände im Verzicht auf französischen Landerwerb und in Ermäßigung der Kontribution.« Dieser Separatfrieden mit Frankreich sollte so milde gestaltet sein, »daß für alle Zeit der Rheinkonflikt sich erledigt, und nicht nur für den weiteren Krieg, sondern für die künftige Politik eine veränderte Basis geschaffen bleibt.«[17]

Die Einbeziehung Frankreichs in den zu bildenden mitteleuropäischen – oder eigentlich kontinentalen – Großwirtschaftsraum und die Gewichtsverlagerung von England auf Frankreich unterschied Rathenaus Konzept von den politischen Vorstellungen der meisten seiner Zeitgenossen.

So sehr sich Rathenau darin von seinen Zeitgenossen unterschied, so überwog doch das Gemeinsame. Trotz der wiederholten Betonung des Vorteils für alle

15 Vgl. sein Schreiben an Heinrich Hirsch vom 31.3.14 (WRGA, Bd. V, S. 1291).

16 »Promemoria über die Niederlegung des österreichisch-ungarischen Grenzzolls« (NR 1/78, Bl. 2-20); dazu: Wolfgang Michalka, »Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung«. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Friedens- und Kriegsziel, in: Hans Wilderotter, (Hrsg.), Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867-1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, New York, Berlin o. J. (1994), S. 179-188.

17 An Joachim von Winterfeldt, 19.10.1914 (WRGA, Bd. V, S. 1384).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einbezogenen Partner war sich Rathenau der Vorrangstellung Deutschlands in dem vorgeschlagenen Wirtschaftsverbund durchaus bewusst, und er versuchte auch nicht, das zu verhehlen. Er konnte darum auch ohne Schwierigkeiten gemeinsam mit Albert Ballin, Gustav Stresemann und Friedrich Naumann sowie den weitaus extremeren Kathedersozialisten im »Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein« ein gemeinsames Forum für die Realisierung seiner Ideen finden.Trotz offensichtlicher Gemeinsamkeiten betont Kessler allerdings das Spezifische von Rathenaus außenwirtschaftspolitischen Vorstellungen: »Es zeigt seinen Blick, daß er gleich bei Kriegsausbruch die Gefahren, die nach dem Kriege drohen würden, richtig sah und nicht einen Zollbund der Waffenbrüder vorschlug, wie Naumann später in seinem ›Mitteleuropa‹, sondern die Einbeziehung auch der Gegner, Frankreich, Belgien, also die paneuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, zu der die Entwicklung seit dem Kriege immer mächtiger hindrängt.«[18]

Rathenau zählte nicht zu denen, die von einem kurzen Krieg ausgingen. Diese Annahme verwarf er als illusionär, als falsch. Selbst beim möglichen Ausscheiden Frankreichs und später auch Rußlands vertrat er die Überzeugung, dass es mit England zu einem langjährigen Wirtschaftkrieg kommen werde, der letztlich von Deutschland nicht zu gewinnen war.
In seiner Schrift »Friedenswege« aus dem Jahre 1916 argumentierte er, dass wohl keine der gegnerischen Mächte aus dem Krieg ausscheiden werde, »wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler macht, vor der Zeit zusammenbrechen, weder aus Mangel an Mannschaft, noch an Geld, noch an mechanischen und materiellen Hilfsmitteln.«[19] Und sollte es zu einem Frieden kommen, dann werde dieser nach Rathenaus Einschätzung ein »kurzer Waffenstillstand sein, und die Zahl der kommenden Kriege unabsehbar, die besten Nationen werden hinsinken, und die Welt wird verelenden«. Um dies zu verhindern müsse der kommende Frieden wirtschaftlich begründet werden. In diesem Sinne hatte er sich Alfred Kerr gegenüber geäußert: »Ich bin gewiß: die letzte Entscheidung in dieser ganzen Sinnlosigkeit wird nicht durch einen ‚Sieg' herbeigeführt, sondern durch einen ökonomischen Vergleich zwischen den Partnern; darauf kommt es hinaus.«[20]
Daraus folgerte er, dass »Privatleute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen ohne Auftrag auf eigenem Antrieb sich begegnen« sollten, »um festzustellen, ob die Ansprüche ihrer Nationen wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als

18 Harry Graf Kessler, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928, S. 186f.
19 Friedenswege, in: Nachgelassene Schriften, Berlin 1928, Bd. 1, S. 57-59: hier: S. 57.
20 Alfred Kerr, Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes, Amsterdam 1935, S. 163ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen.«[21]
Als der Krieg »stationär« geworden war, sich in einem kräfteverzehrenden Stellungskrieg festgefressen hatte und das machtpolitische Patt seine Beendigung in weite Ferne rücken ließ, empfahl Rathenau deshalb eine gütlich-einvernehmliche und vor allem dauerhafte Lösung des militärischen Konflikts. Internationale Wirtschaftsprüfer sollten gegenseitig das jeweilige Wirtschaftspotential begutachten und auf dieser Grundlage den Krieg »liquidieren«.
Weiterhin regte er neben der Gründung eines Völkerbunds auch Schiedsgerichte an sowie generelle Abrüstung: »Doch alles bleibt wirkungslos, sofern nicht als erstes ein Wirtschaftsbund, eine Gemeinwirtschaft der Erde geschaffen wird. Darunter verstehe ich weder die Abschaffung der nationalen Wirtschaft, noch Freihandel, noch Zollbünde: sondern die Aufteilung und gemeinsame Verwaltung der internationalen Rohstoffe, die Aufteilung des internationalen Absatzes und der internationalen Finanzierung. Ohne diese Verständigung führen Völkerbund und Schiedsgerichte zur gesetzmäßigen Abschlachtung der Schwächeren auf dem korrekten Wege der Konkurrenz; ohne diese Verständigungen führt die bestehende Anarchie zum Gewaltkampf aller gegen alle.«[22]
Diese Empfehlung kam 1924 ansatzweise zum Tragen, als Finanzsachverständige unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles Gates Dawes die Zahlungsmodalitäten des Deutschen Reiches im Kontext der Reparationen in einem Abkommen neu regelten und einen wirtschaftlichen Crash in Europa verhinderten.

Angesichts der Entwicklung der Kriegslage sah sich Rathenau gezwungen, sein ursprünglich mittel- und westeuropäisch ausgerichtetes Programm zu modifizieren. Von wegweisender Bedeutung wurde für ihn die Frage, ob Deutschland eine Einigung entweder mit England oder mit Rußland anstreben solle. Diese beantwortete er klar: Großbritannien werde stets Gegner eines starken Deutschlands sein, weil die britischen Interessen unvereinbar mit denen des Deutschen Reiches seien. Er wollte nun – wie er sich in einem Schreiben vom 30. August 1915 an Bethmann Hollweg äußerte – die militärische Entscheidung an der Westfront erzwingen, einen Waffenstillstand mit Frankreich herbeiführen, gegenüber England einen Seekrieg einkalkulieren und ein »gutes Verhältnis zu Amerika« herstellen. Er glaubte, eine Spaltung der Entente lasse sich dadurch erreichen, dass sich Rußland – nach einem erfolgreichen deutschen Durchbruch an der Westfront – zu einem Separatfrie-

21 Friedenswege, S. 59.
22 An Deutschlands Jugend (wie Anm. 6), S. 174f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den bereit fände. Unter diesem Aspekt deklarierte Rathenau Rußland zum »künftigen Absatzgebiet« des Deutschen Reiches und gab zu erwägen, größere russische Gebiete für längere Zeit zu besetzen und diese wirtschaftlich zu erschließen[23]. »Rußland braucht eine Finanzmacht, die Frankreich nicht mehr ist, England nicht werden darf; es braucht einen Schutz gegen England. Wir können Rußland finanzieren.[...] Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet.«[24] Rathenau spielte mit dieser Argumentation auf die Erfahrungen der britischen Seeblockade an. Deutschland benötige einen großen autarken Binnenmarkt, der in erster Linie im Osten Europas zu errichten sei. Rathenau war offensichtlich der Meinung, dass nur ein unter deutscher Herrschaft geeintes Europa, welches durch ein mächtiges Ostimperium ergänzt worden sei, den Seemächten Großbritannien und Amerika Paroli bieten könnte.
Anstelle des ursprünglich angestrebten unter deutscher Führung organisierten kontinentalen Binnenmarktes könnte Rußland nun zu einem deutschen »Ostimperium« werden, wirtschaftliche Autarkie und geostrategische Vorteile garantieren. Die bolschewistische Revolution und der erzwungene Friede von Brest-Litowsk, die mit einem Schlag den von Deutschland nicht zu gewinnenden Zweifrontenkrieg beendeten, ließen dann auch machtpolitische Perspektiven anklingen und utopische Visionen ins Kraut schießen, die später in den Jahren 1941 bis 1943 ihre verbrecherische Realisierung zu finden schienen. Anzumerken ist jedoch, dass Rathenau, der für einen Verhandlungsfrieden eintrat, den Diktatfriede mit dem revolutionären Russland vom 3. März 1918 nicht gutheißen konnte. Sein Machtverständnis gründete sich eben nicht auf militärisch-machtstaatliche, geographische oder demographische Faktoren, sondern beruhte in erster Linie auf der Kraft des Ökonomischen und damit eng verbunden auf der Fähigkeit zu organisieren, zu produzieren, zu erfinden, also auf dem intellektuellen und unternehmerischen Potential des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums und vor allem auf dem ökonomischen Wettbewerb.

Für Rathenau in der zweiten Kriegshälfte bestimmend wurde der Gedanke, »dass der Vierverband gesprengt werden muss, und dass, wie es auch gelingen mag, wir uns mit Rußland verbünden«[25]. Die revolutionären Veränderungen in Rußland im Jahre 1917 schufen neue Bedingungen und damit realistische Aussichten, den Krieg zu beenden. Gleich am 8. Mai 1917 schrieb Rathenau erneut an Bethmann Hollweg und erklärte, daß in Rußland die Friedensneigung deutlich gewachsen wäre, allerdings würden die Hemmungen, durch einen Separatfrieden mit Deutschland die eigenen Kampfgenossen zu

23 Walther Rathenau, Politische Briefe, Dresden 1929, S. 45-49; hier: S. 47.
24 Ebda., S. 46f.
25 An Conrad Haussmann, 15.09.1915 (WRGA, Bd. V, S. 1462).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

verraten, nicht ohne Weiteres zu überwinden sein. Deswegen entwickelte er den »paradox erscheinenden Gedanken«, sozusagen auf einer »Nebenbühne« Österreich-Ungarn und die Türkei zu bestärken, mit dem sich revolutionär auflösenden Rußland Friedensgespräche aufzunehmen. Somit würde das umworbene Rußland zumindest nach außen hin seine Bündnispflicht England und Frankreich gegenüber nicht verletzten, da ja das Deutsche Reich an diesen Sondierungen für einen Separatfrieden nicht direkt beteiligt sein würde. Die erhoffte Folge würde sein, daß ein nunmehr neutrales Österreich nicht mehr von Deutschland militärisch gestützt und gehalten werden müsse und dass damit auch die Ostfront wesentlich entlastet werde könnte. Darüber hinaus würden russische Materialien und Lebensmittel über Österreich auch nach Deutschland gelangen können. Insgesamt würde diese neu zu schaffende Situation auf einen Separatfrieden auch mit Deutschland hinauslaufen, was wiederum auch im Westen erhebliche Auswirkungen haben könnte. Vor allem Frankreich käme zum erstenmal in diesem Kriege in die Lage zu erklären, man habe zwar gesiegt, »aber durch Rußlands Schuld lassen sich die Früchte des Sieges nicht gewinnen, und infolgedessen könne man sich mit Ehren zurückziehen«.[26]
Wenig später unterbreitete Rathenau auch General von Seeckt diese Vision eines Separatfriedens zwischen Österreich und Rußland[27].
Es ist bekannt, dass die Entwicklung im Osten anders verlief, als sich das Rathenau vorgestellt hatte. Den schließlich im Frühjahr 1918 geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk konnte er allerdings nicht gutheißen.

Trotz seiner moderat anmutenden Vorstellungen sollte nicht verschwiegen werden, dass es auch durchaus andere Töne von Rathenau zu hören gab.
So wollte er ein Bündnis mit Rußland regelrecht erzwingen, indem »deutsche Soldaten« neben Petersburg und Moskau »einen größeren Teil des wirklichen Rußland längere Zeit besetzt halten«[28] sollen. Und bezeichnender Weise wandte sich Rathenau mit diesem radikalen Rußlandkonzept nicht nur an den Reichskanzler, sondern auch an General Ludendorff, der sich diesen Vorstellungen gegenüber aufgeschlossen zeigte und mit dem Rathenau in einen intensiven Meinungsaustausch trat. Bei mehreren Treffen in den Jahren 1916/17 versuchte der jüdische Industrielle den erfolgreichen Feldherrn, den er als die kommende Führerpersönlichkeit zu erkennen glaubte, von sich selbst einzunehmen und diesen von seinen politischen Vorstellungen zu überzeugen. Unterschiedliche Auffassungen über operative Erfolge und politische Folgen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges besonders hinsichtlich des drohenden

26 Politische Briefe (Anm. 22), S. 128-134; hier: S. 133.
27 Vgl. an von Seeckt, (Anm. 22), 26.6.1917, S. 148-153.
28 An Bethmann Hollweg, 30.08.1915 (Anm. 22), S. 47.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Kriegseintritts der USA an der Seite der Kriegsgegner Deutschlands führten im Sommer 1917 zum Bruch, der sich schließlich im Herbst 1918 von Seiten Ludendorffs zur erbitterten Feindschaft ausweitete.

Zwar war es Rathenau, der im Rahmen des Hindenburg-Programms von 1916, das die letzten kriegsentscheidenden Kräfte mobilisieren sollte, General Ludendorff zusicherte, aus dem besetzten Belgien 700 000 Arbeiter deportieren und der deutsche Kriegswirtschaft zuführen zu können. Gerade dieses Ansinnen wurde ihm nach dem Krieg vorgeworfen, so dass er Anklage und sogar Auslieferung befürchten musste.
Und überhaupt zählte Rathenau zu den Bewunderern Ludendorffs, den er als den »kommenden Mann« pries und sogar eine Militärdiktatur als »letztes Mittel« sah, um den Krieg zugunsten Deutschlands doch noch entscheiden zu können.
Als aber Anfang Oktober 1918 das Waffenstillstandsgesuch der 3. Obersten Heeresleitung bekannt wurde, konnte Rathenau diesen Schritt nicht gut heißen. Mit seinem Aufruf vom 7. Oktober 1918 prangerte er das deutsche Waffenstillstandsgesuch als übereilt und gar als falsch an; nun schlug sein bis dahin gutes Verhältnis zu Ludendorff in Feindschaft um (»Wer die Nerven verloren hat, muss ersetzt werden«). Er forderte hingegen eine Art »Levée en masse«, um eine bessere, stärkere Position bei den anstehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu erreichen: »Nicht im Weichen musste man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung«.[29]
Dieser Aufruf in einer Zeit, in der sich Kriegsmüdigkeit und Niedergeschlagenheit breit gemacht hatten, stieß auf völliges Unverständnis und hatte eine polarisierende, nervenzerreißende Wirkung. Rathenau galt nun als unverantwortlicher Kriegsverlängerer, ja als Kriegshetzer.
Der sich missverstanden Fühlende verteidigte und rechtfertigte sich, aber er war jetzt ein Gezeichneter. Hinzu kamen seine sehr kontrovers aufgenommenen Publikationen, vor allem seine Schrift »Die neue Wirtschaft« (Januar 1918). Aber auch sein Portrait »Der Kaiser« (März 1919), in dem er erklärte, dass die Weltgeschichte ihren Sinn verloren hätte, wenn »der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor gezogen« wäre, machten Rathenau zum Defaitisten und zur Unperson. Kein Wunder auch, dass er sich ins gesellschaftliche Abseits gedrängt fühlte und ihm die erhoffte politische Aufgabe verwehrt blieb.

29 Ein dunkler Tag, in: Vossische Zeitung, 7. Oktober 1918; abgedruckt in: Walther Rathenau, Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit, (Anm. 6), S. 258-261.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sein Appell »An Deutschlands Jugend« (1918) blieb ungehört, seine Abrechnung mit den bestehenden Parteien zeigte wenig Wirkung und sein mit Ernst Troeltsch und anderen gemeinsames Bemühen, eine »Partei der deutschen Freiheit« zu gründen, scheiterte. Er musste konstatieren, dass von ihm weder Rat noch Tat gefragt waren. Verständnislos wandte er sich am 16. Dezember 1918 an den Volksbeauftragten Friedrich Ebert, in dem er sich darüber beschwerte, dass er aus der Sozialisierungskommission ausgeschlossen wurde. Und überhaupt habe die Volksregierung »von meinen Diensten keinen Gebrauch gemacht«.[30] Rathenau schloss sich der Deutschen Demokratischen Partei an, blieb aber stets ein Außenseiter.

Erst nach dem Scheitern des Kapp-Putsches wurde Rathenau im April 1920 in die zweite Sozialisierungskommission und dann auch zu den Sachverständigen für die Konferenz von Spa berufen. Da ging es um die Reparationsfrage, die zum Bewegungsgesetz der Weimarer Außenpolitik wurde. Reichskanzler Joseph Wirth schließlich holte ihn als Wiederaufbauminister und Anfang 1922 als Außenminister in sein Kabinett. Dieses stand unter dem politischen Leitstern der »Erfüllungspolitik«[31].
In seiner Antrittsrede vor dem Reichstag am 2. Juni 1921 betonte Rathenau, dass er nicht als Mitglied einer Partei, sondern als unabhängiger Fachminister berufen wurde. Er nehme sich daher das Recht heraus, seinen neuen »Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich« und ihn »privatwirtschaftlich und industriell« zu verstehen. Er wolle sein Amt »nach rein sachlichen Grundsätzen führen.«[32]
Damit hatte Rathenau mit wenigen Worten sein Verständnis von Politik und vor allem von seiner künftigen Aufgabe unmissverständlich umrissen. Nicht von Wählern und vom Parteimandat abhängige Politiker, die den politischen Stimmungslagen ausgeliefert seien, sondern neutrale Sachverständige, das heißt kompetente und erfahrene Fachleute seien »jenseits von Partei und Parlament«[33] primär in der Lage, das komplexe Gefüge der Politik unabhängig und berechenbar zu kontrollieren, diese effektiv zu lenken. Konsequent legte er auch alle wirtschaftlichen Verpflichtungen und Ämter nieder. Ihm war auch bewusst, dass seine wirtschaftspolitischen Reformvorschläge, die er in Vorträgen, Broschüren und Büchern proklamiert hatte, derzeit nicht zu realisieren waren: »Das erste, was geschehen muss, ist nicht die grundsätzliche Umgestaltung unserer Wirtschaft – das ist ein Prozess, der mehr als ein Menschen-

30 Briefe, Bd. 2, Dresden 1927, S. 88.
31 Vgl. dazu im größeren Zusammenhang Wolfgang Michalka, Rathenaus politische Karriere, in: Karl-Heinz Hense, Martin Sabrow (Hrsg.), Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau, Berlin 2003, S. 67-84.
32 Rathenau, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S. 197-217, hier: S. 200.
33 So der Titel von Bernd Sösemanns Beitrag über »Walther Rathenaus 'aufbauende Ideenpolitik' in der Deutschen Gesellschaft 1914«, in: Wilderotter, Extreme (Anm. 16), S. 169-178.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

alter braucht und nicht von einzelnen durchgeführt werden kann und darf –, sondern die Aufgabe, die übernommenen Lasten überhaupt tragbar zu machen. Diese Rechnung aber kann nicht ohne die Gegenseite gemacht werden, der wir verschuldet sind.«[34]

In seiner Reichstagsrede legte er auch die von ihm einzuschlagen beabsichtigte Politik dar: »Ich bin eingetreten in ein Kabinett der Erfüllung. Wir müssen Wege finden, uns mit der Welt wieder zusammenzubringen.« Hier klingt bereits das an, was später Gustav Stresemann als die Suche nach den »gleichlaufenden Interessen« formulieren wird.
In situationsgerechter Analyse der durch Kriegsniederlage, Machtverschiebungen und der von den Pariser Vorortsverträgen neugefügten Nachkriegsordnung Europas erkannte Rathenau trotz des Versailler Vertrages Handlungsmöglichkeiten für eine neue liberale Politik, die sich der Kraft einer intakten und gesunden Wirtschaft als Schwungrad bedienen sollte mit dem Ziel, die vormals innegehabte Großmachtstellung des Deutschen Reiches wieder zu erringen. Dabei erkannte er in der gemeinsamen europäischen Aufbauarbeit das entscheidende Mittel, »einen Kontinent wiederherzustellen.«[35] Er unterstrich, dass sein Hauptaugenmerk auf Frankreich gerichtet sei; denn dieses Land habe »überaus schwer vom Kriege gelitten« und benötige dringend und wolle den Aufbau.
Schon im Juli 1919 hatte Rathenau dem Zentrumspolitiker und damaligen Finanzminister Matthias Erzberger sein politisches Programm dargelegt: Das besiegte und durch einen auch seiner Meinung harten Friedensvertrag geknebelte Deutsche Reich müsse in seiner »verzweifelten Lage [...] den beweglichen Punkt [...] finden, von dem aus die ganze Situation aufgerollt werden kann.«[36] Dieser Punkt – so fuhr er fort – liege in Belgien und Nordfrankreich, und zwar beim Problem des Wiederaufbaus. Nicht allein materielle und – wie es die Reparationsforderungen vorsahen – finanzielle Leistungen sollten von dem besiegten Deutschen Reich einseitig erbracht werden, sondern – und darin knüpfte Rathenau an seine bereits vor 1914 entwickelten Europapläne an – die betroffenen Nationen sollten gemeinsam mittels wirtschaftlicher Verflechtung die Kriegsschäden beheben. Rathenau empfahl einerseits der deutschen Regierung, mit Hilfe der sogenannten »Erfüllungspolitik« die deutsche Bereitschaft zur Wiedergutmachung verursachter Schäden zu demonstrieren.

34 An Ernst Lehmann, 21.6.1921, in: WRGA Bd. V, S. 2584.
35 Peter Krüger, »Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen«. Walther Rathenau als Außenpolitik, in: Wilderotter, Extreme, S. 189-202.
36 Willy Brandt argumentierte am 6. Oktober 1967 als Außenminister in einer Gedenkfeier zum 100. Geburtstag Walther Rathenaus ähnlich: »Man kann den Interessen des eigenen Landes um so besser gerecht werden, je genauer man die Interessen anderer versteht, um dann die Punkte gemeinsamer Interessen zu finden.« (Willy Brandt, Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen, Berlin 1967, S. 8).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gleichzeitig aber sollten damit die Grenzen, ja letztlich die Unmöglichkeit der geforderten Reparationsleistungen von Deutschland offenbar gemacht werden. Zwar gebe es derzeit keine Alternative, jedoch sei die Erfüllungspolitik niemals als »Selbstzweck« mißzuverstehen. Diese aber sollte nicht vordergründig und ausschließlich als taktische Variante einer traditionellen wilhelminischen Machtpolitik gedeutet werden.

Mit diesem Verständnis von »Erfüllungspolitik« knüpfte Rathenau an Hermann Müllers Erklärung vor der Nationalversammlung am 23. Juli 1919 an, in dem dieser als Außenminister ausführte: »Wir lassen keinen Zweifel darüber, dass es uns mit dem Willen zu dieser Erfüllung bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist, wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, dass wir mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden.«[37] Auch Matthias Erzberger vertrat die Position, »von den entsetzlichen Friedensbedingungen all das durchzuführen, was wir tatsächlich durchführen können, damit diejenigen Forderungen, die wir nicht durchführen können, auch von der ganzen Welt als undurchführbar angesehen werden.«[38]

Reichskanzler Fehrenbach hingegen verfolgte die Strategie »Ohne Revision keine Reparationen«. Sein Nachfolger Joseph Wirth wandelte als Kanzler diese unter dem Druck der Alliierten in »erst Erfüllung soweit wie möglich, dann Revision«. Die erste Reparationsrate wurde fristgemäß erbracht, so dass der britische Botschafter in Berlin D'Abernon feststellen konnte: »In vierzehn Tagen ist unter Wirth ein größerer Fortschritt erzielt worden als in einem Jahr unter Fehrenbach und Simons.«[39] Ihr Prestige konnte die Reichsregierung weiter verbessern, als sie pünktlich und vollständig die Entwaffnungsbestimmungen des Londoner Ultimatums ausführte. Mit der Wirthschen Erfüllungspolitik entspannte sich allmählich das internationale Klima.

Inzwischen war die Reparationssumme auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt worden. Mit dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai erzwangen die Alliierten die Einwilligung des Reiches. Damit wurde eine Besetzung des Ruhrgebiets vermieden, auf die es vor allem Frankreich abgesehen hatte. »Den Londoner Zahlungsplan zu akzeptieren, ging mit einem geradezu paradoxen Versuch der deutschen Seite einher, das brutal Oktroyierte durch scheinbare Loyalität ad absurdum zu führen: In den Jahren 1921/22 leitete die Regierung Wirth die sogenannte »Erfüllungspolitik« ein. Sie markierte in

37 Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 328 (1919), S. 1853; zitiert nach Heinrich Klümpen, Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo, Münster-Hamburg 1992, S. 69; Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 173.

38 Zitiert nach Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, München 1976, S. 424.

39 Edgar Viscount D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren, Leipzig o. J., Bd. 1, S. 198.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gewisser Hinsicht den Auftakt für Stresemanns Verständigungspolitik [...] Durch demonstrative Erfüllung der alliierten Forderungen sollte deren tatsächliche Unerfüllbarkeit unter Beweis gestellt werden.«[40]

Die anfängliche Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes hatte allerdings das Defizit im Staatshaushalt maßgeblich vergrößert. Ohne eine beträchtliche Reduzierung der Reparationslasten war die Kreditfähigkeit Deutschlands nicht wiederherstellbar.

Es waren die Briten, die sich für die Gewährung eines Moratoriums einsetzten und nach Konsultationen Walther Rathenaus den Deutschen empfahlen, ein entsprechendes Gesuch an die Reparationskommission zu richten.

Rathenau leitete aus der britischen Unterstützung für das Moratoriumsgesuch die Schlussfolgerung ab, »die Stimmung in England sei für uns günstiger als jemals seit Abschluss des Waffenstillstandes«[41] Auf der Konferenz von Cannes (6.-13. Januar 1922) stornierten die Alliierten vorläufig die für Januar und Februar 1922 fälligen Raten.

Rückblickend erklärte Rathenau am 24. März 1922: »Die Erfüllungspolitik sei niemals als Selbstzweck angesehen worden. Sie musste aber geführt werden, nachdem wir das Londoner Ultimatum unterschrieben hatten. Hätten wir gleich hinterher die Unmöglichkeit der Erfüllung betont, so wäre dies innen und außen äußerst gefährlich gewesen. Alle Mächte wären dadurch gegen uns zusammengeschweißt worden [...] Die Erfüllungspolitik sei notwendig gewesen und sei es noch. Sie schließe aber nicht ein absolut fortgesetztes 'Ja' ein, denn ein solches entnerve das Volk [...] Man werde jetzt sagen, die Erfüllungspolitik sei zusammengebrochen, die Regierung geschwenkt. Beides sei falsch. Diese Politik habe die Ruhr gerettet. [...] aber sie sei eben keine Erfüllungspolitik sans phrase, sondern sei begrenzt, und von vornherein hätte [dies] festgestanden [...] Wir ständen also in der Situation, dass wir zum ersten Mal 'Nein' sagen müssen.«[42] Die Erfüllungspolitik eröffnete eine neue Phase, in der die Regierung in einem größeren Maße als zuvor auf die öffentliche Meinung Rücksicht nahm und die nationale Komponente der Erfüllungspolitik stärker akzentuierte.

In den internen Beratungen des Kabinetts räumte Rathenau ein, dass er eine neuerliche Belastungsprobe mit den Siegermächten für wahrscheinlich hielt und kündigte an: »Wir würden hier nicht passiv bleiben, sondern eigene Schritte unternehmen, die er zur Zeit nicht mitteilen könne.«[43] Diese Aussage mag andeuten, dass Rathenau im Falle einer Konfrontation mit den Alliierten

40 Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945, Stuttgart 1995, S. 415.

41 Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Wirth I und II, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, 2 Bde., Boppard/Rh. 1973, = AR, Wirth II, Nr. 166, S. 464; nach Klümpen, S. 109.

42 AR, Wirth II, Nr. 231, S. 637, nach Krüger, Versailles, S. 176f.; Klümpen, S. 117.

43 AR, Wirth II, Nr. 231, S. 637, Klümpen, S. 118.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

in der Finanz- und Reparationspolitik bewusst außenpolitische Eigenständigkeit durch ein Arrangement mit Sowjetrußland zu demonstrieren bereit war– dies aber nur als letzten Schritt nach dem Scheitern einer Kompromisslösung. Rathenau war nicht Protagonist einer forcierten Ostpolitik.

Rathenau entwickelte ein europäisches Wiederaufbauprogramm, aufgrund dessen in den verwüsteten Gebieten Frankreichs und Belgiens deutsche Arbeiter konkrete Aufbauleistungen verrichten würden. Die Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit, die Behebung des Kapitalmangels und der Aufschwung der durch absurde Reparationszahlungen paralysierten deutschen Wirtschaft könnten dadurch erreicht werden, was wiederum der gesamten europäischen Wirtschaft zugute kommen würde. Eine Wirtschaftsverflechtung gleichberechtigter Partner könnte – so argumentierte Rathenau – die vom Krieg emotionalisierte Politik versachlichen und damit auch berechenbar machen.
Nicht Widerstand gegen unsinnige Maßnahmen und Forderungen der Alliierten sei jetzt der richtige Weg, sondern vielmehr die gemeinsame Sanierung der europäischen Wirtschaft und dies mit amerikanischer Hilfe. Mit Nachdruck forderte er die USA auf, endlich ihre wirtschaftliche und politische Führungsrolle in Europa wahrzunehmen.
Nur wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Wideraufbauminister traf er sich mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete, Louis Loucheur, der wie er aus der Elektroindustrie kam, zu Gesprächen in Wiesbaden. Bei dieser »fast sensationell anmutenden Begegnung« (P. Krüger) entwickelten die beiden Wirtschaftspolitiker Pläne zur Lösung der Reparationsfrage. Angestrebt war ein umfangreiches Programm an Sachlieferungen, Arbeitsleistungen sowie ein System der Finanzierung und Abrechnung der erbrachten Kriegsentschädigungen.
Bereits im Herbst 1919 war es zu Verhandlungen um deutsche Kohlelieferungen nach Frankreich gekommen, obwohl diese erst nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 notwendig gewesen wären. Die gegenseitige Abhängigkeit macht den Grad der wirtschaftlichen Verflechtung deutlich. Die nach dem Krieg veränderte Außenpolitik wurde nun nicht mehr ausschließlich auf der Ebene der Politik, sondern – wegen der ökonomischen Implikationen der Reparationen – auch auf der wirtschaftlichen Ebene betrieben.
Rathenau griff den gescheiterten Seydoux-Plan[44] auf und modifizierte diesen und schlug vor, von 1921 bis 1924 Waren im Wert von 9 Milliarden Goldmark an Frankreich zu liefern. Das Geld hierfür sollte durch Anleihen der

44 Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, 2. Auf. 1993, S. 117f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Reichsregierung aufgebracht und von der Reparationskommission verrechnet werden.

Am 6. Oktober 1921 wurde das Wiesbadener Abkommen unterzeichnet. Die erzielte Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen hatte darüber hinaus zur Folge, dass die Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland aufgehoben wurde. Das Wiesbadener Abkommen aber scheiterte unmittelbar an den Auswirkungen der umstrittenen Oberschlesien-Aufteilung, aber auch wie schon der Seydoux-Plan, am Widerstand Londons, das ein deutsch-französisches Arrangement befürchtete. Dadurch wurde auch der grundsätzliche Gegensatz in den politischen Konzeptionen Englands und Frankreichs in der Reparationsfrage deutlich: »Nicht der deutsche Widerwille, die Reparationen zu zahlen, war das Kernproblem, sondern das fehlende Einvernehmen zwischen Paris und London über Ziele und Modalitäten. [...] Da fast alle Probleme, die sich aus dem Versailler Vertrag ergaben [...] multilateral waren, mussten bilaterale Ansätze [...] scheitern [...] Die vergleichsweise moderne Politik von Wiesbaden scheiterte aber nicht nur an der mangelnden Einbeziehung Dritter, sondern auch an der Komplexität der Reparationsfrage.«[45]

Auch wenn es keineswegs das erfüllte, was man sich versprach, verstand Rathenau das mit Loucheur ausgehandelte deutsch-französische Abkommen als ersten Schritt hin zu einer kooperativen-kollektiven Wirtschaftsaußenpolitik. Für ihn bedeuteten die Wiesbadener Verhandlungen einen ersten Versuch auf dem Wege der Verständigung »zur Erträglichkeit der Lasten.«[46]

»Keine spätere außenpolitische Aktion hat so deutlich Rathenaus persönlichen Intentionen entsprochen wie diese«[47], weil sie alle Komponenten seiner politischen Zielvorstellung beinhaltet und Wirtschaft mit Politik kongenial zu verknüpfen vermochte.

Nicht mehr die aus dem Krieg tradierte militärische Gewalt als Mittel der Konfliktlösung sollte für ihn bestimmend sein, sondern der alternative Ansatz, der zu einer Zivilisierung der Nachkriegskonflikte durch Gewaltverzicht, Konferenzdiplomatie und wirtschaftliche Kooperation führen würde.

Indem Rathenau die Reparationsproblematik aus dem Bereich der Politik in den der Wirtschaft überleiten wollte und vor allem unabhängige Sachverständige forderte, nimmt er die spezifische Form der »Bankers« und »Business Diplomacy« vorweg, die sich in der Mitte der zwanziger Jahre sukzessive gegen die nationalistische Machtpolitik durchsetzen konnte. Neben den tradi-

45 Ralph Blessing, Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923-1929, München 2008, S. 84.
46 Vgl. an Ernst Lehmann, 21.6.1921 (WRGA, Bd. V, S. 2584).
47 Ernst Schulin, Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit, 2. verb. Aufl., Göttingen 1992, S. 114.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tionellen Diplomaten prägten immer mehr wirtschaftliche Experten die internationalen Beziehungen[48].

Dementsprechend war Rathenau auch bestrebt, das an die Peripherie der Staatenwelt gedrängte bolschewistische Rußland möglichst bald in die europäische Wirtschaft und Staatengemeinschaft zurückzuholen. Denn eine stabile Nachkriegsordnung und Rekonstruktion der Weltwirtschaft wäre ohne Deutschland und Sowjetrußland nicht möglich.
Internationale Wirtschaftsbeziehungen waren seiner Meinung nach die beste Voraussetzung einer friedlichen Staatensolidarität. In diesem Politikverständnis erhielt Rathenau vom britischen Premier Lloyd George Unterstützung. Dessen Ziel war der wirtschaftliche Wiederaufbau und die politische Befriedung »Europas vom Atlantik bis zum Ural«[49], so dass nun auch das bolschewistische Russland auf die politische Agenda kam.
Gedacht war dabei an ein aus den Staaten West- und Mitteleuropas mit Rußland gebildetes Konsortium, das mit Geld aus dem Westen, Knowhow aus Deutschland und dem Markt im Osten möglichst alle europäischen Wirtschaftsprobleme auf einmal lösen sollte. Eine internationale Konferenz unter Einbeziehung Deutschlands und der Sowjetunion sollte zur Lösung der Reparationsfrage und zur wirtschaftlichen und politischen Befriedung Europas beitragen. Die Konferenz von Cannes diente zur Vorbereitung dieses ambitionierten Vorhabens.

In Kreisen der deutschen verarbeitenden und der Elektroindustrie, aber auch in der Schwerindustrie gab es starke Befürworter einer intensiven Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, um die diplomatisch isolierte und wirtschaftlich eingeschnürte Situation überwinden zu können. Als ein besonders geeigneter Anlass, in engere Verhandlungen mit Moskau treten zu können, erschien einerseits der russisch-polnische Krieg im Jahre 1920, der für Sowjetrußland territoriale Verluste einbrachte, andererseits die in Deutschland stark emotionalisiert aufgenommenen Volksabstimmungen in Oberschlesien, die gleichfalls zu deutschen Landverlusten führten und die Beziehungen zu Polen verschlechterten. Die sowohl von Berlin als auch von Moskau beklagte polnische »Expansion« schuf für beide diplomatisch isolierte Staaten eine Plattform für eine gemeinsame Politik. Beide Partner begrüßten eine Wiederaufnahme und Intensivierung der vor 1914 sehr regen wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten. Um das finanzielle Risiko angesichts der nach revolutionären Wirren

48 Vgl. Gottfried Niedhart, Deutsche Geschichte 1918-1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten, Stuttgart u.a. 1994, S. 237.
49 Vgl. Carole Fink, Axel Frohn, Jürgen Heideking (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, New York 1991.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und der Folgen des Krieges mit Polen möglichst gering zu halten, unterstützte Walther Rathenau als vormaliger Präsident der AEG, die über vorzügliche Beziehungen zu wirtschaftlichen Kreisen in Rußland verfügte, im Rahmen der von ihm propagierten »Erfüllungspolitik« das von Lloyd George angeregte internationale Syndikat zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Belgien und möglicherweise auch Frankreich, um die sowjetische Wirtschaft wiederaufbauen und für die westlichen Staaten als Handelspartner zurückgewinnen zu können. Als Sicherheit bot Deutschland den umworbenen Syndikatspartnern die Kontrolle über spezielle deutsche Wirtschaftszweige an. Dieser Plan fand sowohl in London als auch in Paris Befürwortung. Die Franzosen zum Beispiel sahen darin eine Möglichkeit, Deutschlands Zahlungsfähigkeit von Reparationen zu gewährleisten und zusätzlich zu steigern. Für London konnte dieses Projekt eine Erweiterung der britischen Handelsbeziehungen bedeuten, um damit politischen Einfluß auf das bolschewistische Rußland nehmen zu können. Und es ist offensichtlich, dass die deutschen Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik mit diesem Projekt revisionistische und darüber hinaus gehende Zielvorstellungen verfolgten. Indem man gemeinsam mit den Westmächten die sowjetische Wirtschaft »erschloss«, sollte die eigene Wirtschaft stabilisiert und ausgebaut werden mit dem Ziel, die vormals besessene und potentiell noch vorhandene wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Europa zu erreichen. Liberal-imperialistische Kriegsziele von einem wirtschaftlichen Mitteleuropa unter deutscher Hegemonie und ergänzt bzw. erweitert durch ein wirtschaftliches Ostreich wären somit auf friedlichem Weg und damit dauerhafter erreicht worden. Neu – aber nur im Hinblick auf die Taktik und keinesfalls auf die Zielsetzung – waren Methode und Funktion dieses Unternehmens. Indem nämlich Berlin die Westmächte zur »friedlichen« Mitarbeit aufforderte, sicherte man sich einmal deren Unterstützung dieser von ihnen bislang bekämpften Politik. Zum anderen aber – und das ist das Besondere und vielleicht auch Wichtigste an diesem Konzept – wollte man innerhalb dieses Syndikats die Gleichberechtigung und auf Dauer – wie das bereits schon vor 1914 der Fall war – die wirtschaftliche Führungsposition Deutschlands erreichen, um auf diesem Wege quasi über Moskau den Vertrag von Versailles revidieren zu können.

Noch während des polnisch-russischen Krieges, in dem Deutschland strikte Neutralität bewahrte, bekannte man sich zu der Notwendigkeit, die bis dahin inoffiziellen Wirtschaftsbeziehungen auf eine vertragliche Grundlage zu stellen und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die anfängliche Furcht in Deutschland vor dem Bolschewismus wich allmählich. Besonders Vertreter der Exportindustrie drängten auf vertragliche Grundlagen der Handelsbeziehungen; sie fürchteten, dass ausländische Konkurrenten ihnen zuvorkommen könnten. Allerdings erst nachdem die Briten eine Handelsübereinkunft mit

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Moskau getroffen hatten, wurde im Mai 1921 ein Handelsabkommen geschlossen. Die deutsche Wirtschaft erhielt Aufträge in Milliardenhöhe[50].

Die politischen Beziehungen allerdings stagnierten. Die Oberschlesienfrage sowie das erwogene Wiederaufbauprojekt der russischen Wirtschaft durch die Westmächte ließen konkrete bilaterale Absprachen nicht als opportun erscheinen.
Noch vor Rathenaus Ernennung zum Außenminister am 31. Januar 1922 wurden deutsch-russische Sonderverhandlungen aufgenommen mit dem gemeinsamen Ziel, sich gegenseitig Vorkriegsschulden zu erlassen. Besonders bestrebt war die deutsche Seite, Rußland zu bewegen, auf Ansprüche nach Artikel 116 des Versailler Vertrages, der das Recht auf Reparationen begründete, zu verzichten
Die Sowjets signalisierten Interesse an einer Klärung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und regten darüber hinaus ein Handelsabkommen an. Der Weg nach Rapallo zeichnete sich ab.
Die Sowjets lehnten jedoch die von Deutschland angebotene »internationale Hilfsmaßnahme« in richtiger Einschätzung der wahren Absichten ab. Sie baten vielmehr die Alliierten, eine Lösung der ehemaligen Schulden bzw. Auslandsguthaben herbeizuführen. Der britische Premierminister Lloyd George und sein französischer Kollege Aristide Briand beantworteten diese Bitte mit dem Vorschlag, eine internationale Wirtschaftskonferenz in Genua einzuberufen, auf der alle diese Probleme hätten gelöst werden können. Auch die beiden »Paria-Mächte« Deutschland und Sowjetrußland wurden eingeladen mit dem Ziel, für die europäische Wirtschaft eine Gesamtlösung zu finden.
Obwohl damit das internationale Rußlandgeschäft gescheitert war, bemühten sich sowohl Moskau als auch Berlin, ein einseitiges Zusammengehen des anderen mit den Westmächten zu verhindern.
Kreise der Schwerindustrie, die Ostabteilung im Auswärtigen Amt und vor allem die Reichswehrführung waren rückwärtsgewandt bestrebt, die Kontinuität deutscher Machtpolitik hinsichtlich ihrer Ziele wie ihrer Methoden vom Kaiserreich zur Republik aufrecht zu erhalten. In enger wirtschaftlicher, aber auch militärischer Kooperation mit Moskau wollten sie ein Gegengewicht zum neu entstandenen und als »Saisonstaat« abqualifizierten Polen und letztlich auch zu den Siegermächten im Westen bilden, außenpolitische Handlungsfreiheit gewinnen und Voraussetzungen für eine baldige machtpolitische Revision des Versailler Vertrages schaffen. Für sie bedeutete diese

50 Vgl. Horst Günter Linke, Deutschland und Sowjetrußland von Brest-Litowsk bis Rapallo, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16 (1972), S. 23-38; hier: S. 32.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Politik der erste Schritt einer auf Bündnisfähigkeit beruhenden, aktiven Außenpolitik.

Es war Joseph Wirth, der für diese Politik eintrat[51]. Besonders durch zwei Ereignisse sei er von seiner ursprünglich auf Verständigung und Zusammenarbeit beruhenden »Erfüllungspolitik« abgebracht worden. Diese waren die zuungunsten Deutschlands durchgeführte Abstimmung in Oberschlesien und das ebenfalls im Jahre 1921 verhängte Londoner Ultimatum, das eine über Jahrzehnte währende Reparationszahlung von insgesamt 132 Milliarden Goldmark dem Deutschen Reich abforderte. Wirth setzte nun zunehmend auf eine Alternativpolitik, die auf eine enge wirtschaftliche und auch militärische Zusammenarbeit mit Sowjetrußland zielte. Dabei verfolgte er eine Art Doppelstrategie. Indem er Rathenau als Wideraufbauminister, dann ab 1922 als Außenminister seine kollektive Verständigungs- und Sicherheitspolitik mit den Westmächten weiter betreiben ließ, forcierte er gleichzeitig die Verhandlungen mit Moskau. Generell war Wirth maßgeblich an der »deutschen Ostpolitik im Umfeld des Rapallo-Vertrages«[52] beteiligt. Er habe vor allem die geheimen Verhandlungen der Reichswehr mit der Roten Armee[53] gut geheißen. Wirth sei der »eigentlich treibende Motor für die Rapallo-Politik« gewesen, die er »im Gegensatz zu seinen Partnern Maltzan und Rathenau mit dem klaren Ziel eines revanchistischen Bündnisses betrieben habe.«[54]

Bemerkenswerter Weise war Joseph Wirth nicht der einzige, der einen außenpolitischen Positionswechsel vollzogen hatte. So war es der konservative Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, erster Außenminister der jungen Weimarer Republik und von 1922 bis 1928 erster deutscher Botschafter in Moskau, der ursprünglich vor der bolschewistischen Gefahr gewarnt und eine deutsch-russische Annäherung als höchst belastend für die Verhandlungen mit den siegreichen Westmächten qualifiziert hatte, wenig später aber, als das von ihm erwartete Entgegenkommen der Siegermächte ausblieb, ein Zusammengehen mit den neuen Machthabern in Moskau nicht mehr ausschloss. Er versprach sich von der russischen

51 Dies haben Ulrike Hörster-Philipps (Joseph Wirth 1879-1956, Paderborn u.a. 1998) und besonders Heinrich Küppers (Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1977) herausgearbeitet. Vgl. auch Niels Joerres, Forschungsbericht Rapallo. Zeitgeschichte einer Kontroverse, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 34/3 (2007), S. 103-126.

52 Heinrich Küppers, Zwischen Londoner Ultimatum und Rapallo. Joseph Wirth und die deutsche Außenpolitik 1921/22, in: Historische Mitteilungen 13 (2000), S. 150-173, hier: S. 150; sowie ders., (Anm. 51).

53 Vgl. dazu Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, 2. Aufl. 1994; vgl. auch Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941, Berlin 1992.

54 So kritisch Wolfgang Elz, Die Weimarer Republik und ihre Außenpolitik. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999). S. 307-375; hier: S. 363.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Trumpf-Karte Vorteile bei den festgefahrenen Verhandlungen um einen gerechten Friedensvertrag. Schließlich spekulierte er sogar mit einem antiwestlichen Bündnis mit Moskau. Trotz der grundlegenden prinzipiellen Ablehnung des Bolschewismus versuchten Diplomaten, »die Außenpolitik im unideolgischen pragmatischen Raum zu halten, damit einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Innen- und Außenpolitik ziehend.«[55]
Im Jahre 1922, als es darum ging, Rapallo mit Leben zu füllen, war es Brockdorff-Rantzau wiederum, der vor allem eine militärische Kooperation strikt ablehnte[56]. Diese außenpolitischen Pirouetten des erfahrenen Diplomaten können für die Offenheit der außenpolitischen Situation unmittelbar nach dem Krieg stellvertretend stehen[57].
Die Reichswehr hatte bereits im Sommer 1920 erste Kontakte mit russischen Militärs geknüpft. Dabei ging es auch um die Verlagerung von deutschen Rüstungsprojekten, die der Versailler Vertrag verboten hatte, nach Rußland. Der gemeinsame Gegner war Polen, das als »unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands« angesehen wurde, und deswegen – auch »mit Rußlands Hilfe« – »verschwinden« müsse[58] – so General von Seeckt am 11. September 1922. Als der Chef der Heeresleitung im Mai 1921 Reichskanzler Wirth und das Auswärtige Amt um politische und finanzielle Unterstützung für die sich anbahnende Zusammenarbeit mit der Roten Armee bat, wurde ihm beides gewährt. Diese »amtlich geduldeten Geheimkontakte«[59] dokumentieren, dass es nicht Wirtschaftskreise und Privatfirmen waren, sondern das Militär, das die Initiative für deutsch-russischen Verhandlungen ergriff, die unmissverständlich die Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzten, und somit eine machtpolitische Revisionspolitik in Angriff genommen hatte[60]. Und es war Joseph Wirth, der die polenfeindliche Haltung der Reichswehr unterstützte und mit ihr den »Schulterschluss« suchte. Sein »Werdegang [...] zum Rapallopolitiker steht im engen Zusammenhang mit der Entwicklung

55 Peter Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages, Paderborn 1988, S. 86.
56 Vgl. Horst Günther Linke, Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetrussischen Außenpolitik, in: HZ 264 (1997), S. 33-109; hier: S. 57f.; vgl. generell Christiane Scheidemann, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928), eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1998.
57 Dazu auch Wolfgang Michalka, Rußlandbilder des Auswärtigen Amtes und deutscher Diplomaten, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln u.a. 1994, S. 79-104. Vgl. auch Donal O'Sullivan, Furcht und Faszination. Deutsche und britische Rußlandbilder 1921-1933, Köln u.a. 1996 ; auch Armin Wagner, Das Bild Sowjetußlands in den Memoiren deutscher Diplomaten der Weimarer Republik, Münster, Hamburg 1995.
58 In: Wolfgang Michalka, Gottfried Niedhart (Hrsg.), Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980, S. 144.
59 So Küppers, (Anm. 52), S. 163.
60 Vgl. Horst Günther Linke, Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetrussischen Außenpolitik, in: HZ 264 (1997), S. 33-109, S. 74ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen.«[61] Schon bei seinem ersten Gespräch als Reichskanzler mit Krestinskij, dem ranghöchsten russischen Diplomaten in Berlin, am 7. Februar 1921 befürwortete er die baldige Aufnahme von diplomatischen Beziehungen. Und noch vor der Ernennung Rathenaus zum Außenminister hatte sich Wirth Mitte Januar 1922 für ein von der Reichswehr gefordertes enges Zusammengehen mit Moskau und damit gegen eine Verständigung mit dem Westen entschieden.

Die Ernennung Rathenaus zum Außenminister am 31. Januar 1922 verstimmte die Sowjets, weil sie ihm als Verfechter des Konsortiumsplanes misstrauten. Ihre Drohung, Reparationen nach Artikel 116 des Versailler Vertrages von Deutschland einzufordern, ließ die Reichsregierung reagieren. Wirth unterbreitete Moskau ein Verhandlungsangebot.
Rathenau hingegen war bemüht, im Vorfeld der Konferenz von Genua die Westmächte nicht zu brüskieren, so dass er die Anfang April in Berlin unterschriftsreifen Verhandlungen, die mit dem späteren Rapallo-Vertrag übereinstimmten, verschob.
Schon im Februar 1922 hatte er erklärt, es komme für ihn nicht in Betracht, »dass wir uns ganz nach Osten orientieren oder gar ein deutsches Monopol in Russland erstreben. Auch in Genua müsse Deutschland davon absehen, sich ganz auf Rußland einzustellen, trotzdem sei dort ein gewisses Zusammenarbeiten mit Rußland erwünscht.«[62]
Rathenaus politische Taktik ging dahin, »Ostpolitik nur mit Rückenwind nach Westen und möglichst im Zusammenwirken mit dem Westen zu treiben, die deutsche Mitwirkung an dem Konsortium Lloyd George gewissermaßen als Eintrittspreis für eine mit den Westmächten auszuhandelnde Regelung der Reparationsfrage zu bezahlen. [...] Nur mit dem Blick auf das Reparationsproblem verhandelte Rathenau also mit den Russen.«[63]
Da er wie auch die Sozialdemokratie mit Reichspräsident Ebert an der Spitze, im Grunde westlich orientiert war, »wollte er nicht schon vorab eine sich womöglich bietende, große Gelegenheit verspielen, die Erfolg, aber auch Scheitern mit sich bringen konnte. [...] Wachsende Furcht vor außenpolitischer Isolierung verlieh dem sich lange anbahnenden Entschluss akute Schubkraft.«[64] Hinzu kam der wachsende innenpolitische Erfolgsdruck, der die Erfüllungspolitik längst in Frage gestellt hatte.

61 Küppers, (Anm. 52), S. 163.
62 Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluss des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, 2 Bde., Berlin 1967/71; hier: Bd. 2, Nr. 248, S. 520-524; hier: S. 523, nach Klümpen, S. 123.
63 Theodor Schieder, Walther Rathenau und die Probleme der deutschen Außenpolitik, in: Marc Sieber (Hrsg.), Discordia concors. Festgabe für Edgar Bonjour zu seinem siebzigsten Geburtstag am 21.8.1968. Bd. 1, Basel u.a. 1968, S. 239-268; hier: S. 262f.
64 Hildebrand (Anm. 40), S. 425ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die nach Westen ausgerichtete, aber auch eine auf Ausgleich mit der Sowjetunion bedachte kollektive Entspannungs- und Sicherheitspolitik, wie sie später Stresemann vertrat, wurde von Rathenau als Außenminister vorweggenommen und trug letztlich zur Umorientierung der deutschen und insgesamt europäischen Außenpolitik bei.
Sich ganz nach Rußland bilateral zu orientieren, lehnte Rathenau allerdings ab, weil er dem bolschewistischen Regime skeptisch gegenüber stand und auch den Konflikt mit den Westmächten vermeiden wollte. Deutschland sollte daher eher die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Westen und Sowjetrußland übernehmen und auf diesem Wege als gleichberechtigter Partner anerkannt werden. Dass diese Schlüsselfunktion dem Deutschen Reich nicht zugestanden wurde, zeigt, dass in Genua Lloyd George mit den russischen Delegierten verhandelte, allerdings ohne die deutschen Vertreter hinzuzuziehen.

Rathenau, dessen Bemühen um kollektive Außen- und Sicherheitspolitik von den Westmächten nicht mit Entgegenkommen in der Reparationsfrage belohnt wurde – Frankreich ließ dieses Thema von der Agenda der Weltwirtschaftskonferenz nehmen, und die USA waren gar nicht in Genua vertreten – und der eine außenpolitische Isolierung fürchtete, gab in diesem Dilemma einer seiner Überzeugung entgegengesetzten Position, die von der Reichswehr, der Ostabteilung im Auswärtigen Amt[65] unter Ago von Maltzan[66] und natürlich auch von Reichskanzler Wirth vertreten wurde, schließlich nach, die ein bilaterales Abkommen mit Moskau befürworteten. Ohne die unmittelbaren Erfolgsaussichten zu überschätzen, ging es ihm darum, ein Gegengewicht zum Westen zu schaffen, das die deutsche Handlungsfähigkeit vergrößern sollte.
Am Rande der Weltwirtschaftskonferenz von Genua wurde dann am Ostersonntag 1922 in Rapallo zwischen den beiden Außenseitern der internationalen Staatenwelt ein Vertrag geschlossen, der den gegenseitigen Verzicht auf Ersatz von Kriegskosten und Kriegsschäden, auf deutscher Seite den Verzicht auf die durch Sozialisierungen entstandenen Verluste sowie darüber hinaus die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung zwischen beiden Staaten vorsah.
Die dramatischen Tage und Stunden vor Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages sind detailliert nachgezeichnet und untersucht worden[67].

65 Dazu Ingmar Sütterlin, Die »Russische Abteilung« des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, Berlin 1994.
66 Vgl. jetzt Niels Joerres, Der Architekt von Rapallo: Der deutsche Diplomat Ago von Maltzan in der Kaiserzeit und in der frühen Weimarer Republik, (Diss.) Heidelberg 2005.
67 Jetzt besonders detailliert und die neueste Forschung berücksichtigend Eva Ingeborg Fleischhauer, Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 Jg. (2006), S. 365-415.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der Vertragsabschluss von Rapallo, der wie eine Bombe einschlug und die Konferenz von Genua zu sprengen drohte, wurde in Deutschland von den Befürwortern einer »aktiven« und damit besonders antipolnischen Ostpolitik bejubelt, glaubten sie doch durch diesen Schritt eigene Handlungsfähigkeit zurückgewonnen zu haben, die dazu beitragen könnte, eine erfolgreiche Revision des Versailler Vertrages zu betreiben und darüber hinaus langfristig die ehemals innegehabte deutsche Großmachtposition wiederherzustellen. Innenpolitisch führte »der Ausgleich mit Sowjetrußland, der den Gegnern von Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau im Außenpolitischen mehrheitlich willkommen war, nicht zu einer Versöhnung zwischen den tief zerstrittenen Lagern«.[68]
Die eigentlichen Gewinner waren die Russen; sie hatten die Isolierung durchbrochen, gemeinsame Lösungen verhindert und, indem sie Deutschland auf ihre Seite zogen, die beste Sicherheitsgarantie an ihrer europäischen Flanke gewonnen.[69]

Rathenau vermochte in den entscheidenden Fragen der Reparationen, der europäischen Wirtschaft, der Auslandskredite, des Verhältnisses zu den Alliierten keinerlei Erfolge aufweisen. Im Gegenteil: Das Kernstück seiner Außenpolitik, die wirtschaftliche Vernunft, Geschäftsmäßigkeit und Sachlichkeit, die er zu recht als unbedingte Voraussetzung der erstrebten Verständigung betrachtete, wurden in Frage gestellt. Der große Aufbruch der deutschen Außenpolitik, den er einzuleiten suchte, sollte in der Reparationspolitik erfolgen und nicht durch eine spektakuläre Russlandpolitik. Die negativen Auswirkungen ließen nicht lange auf sich warten. »Rathenaus außenpolitisches Scheitern, der misslungene Versuch, über eine erträglichere Reparationslösung eine Verständigung mit Frankreich und Großbritannien anzubahnen, war mit Rapallo besiegelt.«[70] Sein Konzept einer langfristig angelegten Transformationsstrategie unter liberalen Vorzeichen, mit deren Hilfe das wirtschaftlich und politisch isolierte revolutionäre Rußland dem europäischen Markt geöffnet und als unverzichtbarer Partner für eine stabile Friedensordnung gewonnen werden sollte – diese Ostpolitik des »Wandel durch Annäherung« – misslang. Rapallo stand in keiner durchdachten Beziehung zur übrigen Außenpolitik und war ein Notbehelf. Es entsprach keineswegs Rathenaus Vorstellungen.
Bleibt zum Schluss die Frage nach der liberalen Außenpolitik.

68 Vgl. Hildebrand (Anm. 40), S. 430.
69 So Krüger, Versailles, S. 112f.
70 Peter Krüger, »Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen«. Walther Rathenau als Außenpolitik, in: Wilderotter, Extreme, S. 189-202; hier: S. 201. Vgl. auch ders., Der Vertrag von Rapallo und die deutsche Außenpolitik. Geschichtsbild und historisches Ereignis, in: Geschichtsbilder, hrsg. von Thomas Stamm-Kuhlmann, Stuttgart 2003, S. 432-442.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Peter Krüger, der die Neuansätze einer »eigenständige[n] republikanische[n] Außenpolitik«[71] in der Weimarer Republik untersucht hat, sieht vor allem in den im Vergleich zur traditionellen Außenpolitik geänderten Methoden das Neue in der Politik. Er hebt den steigenden Einfluss der Wirtschaft, aber auch die Kulturpolitik als neues Element der Außenpolitik hervor sowie den Übergang zur Konferenzdiplomatie.
Im Anschluss daran verwendet Ralph Blessing den Begriff der »Modernisierung«, den er als »Prozess« versteht, der »durch die Umsetzung bzw, Realisierung von 'Innovationen' gekennzeichnet ist.« Er stellt das liberale Modell der Friedenssicherung, wie es vornehmlich von Woodrow Wilson vertreten wurde, in den Mittelpunkt seiner Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen in den zwanziger Jahren. Ziel des liberalen Konzepts war die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens, dessen Voraussetzung eine demokratische Staatsordnung sowohl innerstaatlich als auch international sei. Dementsprechend stehe das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Mittelpunkt künftiger Friedensordnung.[72] Zwar standen sich der deutsche Revisionsanspruch und das französische Sicherheitsverlangen diametral entgegen. Jedoch müssen Revisionspolitik und liberale Außenpolitik keine Gegensätze sein, so dass allmählich sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ein Modernisierungsprozess einsetzte, der das liberale Konzept der Friedenssicherung als Ziel und gleichermaßen Methode in die jeweilige Außenpolitik einbezog[73]. Die Wiedererlangung der Souveränität und der Gleichberechtigung unter den europäischen Großmächten bildeten dabei einen stabilen Konsens, lediglich die Methoden änderten sich. An Stelle der Konfrontation sollte die Verständigung treten. Allerdings bestanden über Prioritäten und Methoden der deutschen Revisionspolitik tiefgreifende, zu erbittertem Konflikt eskalierende Meinungsverschiedenheiten.[74]

Rathenau vertrat eine »republikanische«, liberale Außenpolitik, die keineswegs auf Machtbildung verzichtete, aber deren ökonomische Variante bevorzugte. Der Macht- bzw. Militärstaat sollte in einen Handelsstaat überführt, die zerrüttete anarchische Struktur der Staatengemeinschaft in vernünftige Bahnen gelenkt und in ein internationales System kollektiver Sicherheit geführt werden. Da moderne Ökonomie arbeitsteilig angelegt und global ausgerichtet ist, erhielt sie für Rathenau auch eine friedensstiftende, konfliktabbauende Funktion zugewiesen. Frieden durch parlamentarische Demokratie im Innern und Freihandel gepaart mit der Einbindung in das internationale Staaten-

71 Krüger, Außenpolitik, S. 16.
72 Blessing, S. 17.
73 Blessing, S. 18ff.
74 Vgl. Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005, S. 105.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

system nach außen lautete demnach seine Botschaft des liberal-republikanischen Modells.

Mit diesem Politikverständnis stand er in der Tradition der am 19. Juli 1917 von den Mehrheitsparteien des Reichstages (Zentrum, MSPD und Fortschrittspartei) verabschiedeten Friedensresolution, die für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verständigungspolitik plädierte.[75] Die Abkehr von den Methoden der wilhelminischen Machtpolitik sowie ein Bekenntnis für friedliche Streitschlichtung waren ihre Ziele, die auch dem wachsenden Gewicht von Wirtschaftsfragen Rechnung trugen. Es waren vor allem Kaufleute und Bankiers aus den Hansestädten wie der Reeder und Hapag-Direktor Albert Ballin sowie der Hamburger Bankier Max Warburg, die für einen Frieden plädierten, der freie marktwirtschaftliche Handelsbeziehungen durch internationale Rechtsgarantien gewährleisten sollte. Diese Wirtschaftskreise verstanden Außenpolitik vornehmlich als Außenwirtschaftspolitik, und zweifellos hatte das Gewicht ökonomischer Fragen infolge der wachsenden Verflechtung der Volkswirtschaften untereinander beträchtlich zugenommen.
Die Errichtung freier und rechtlich abgesicherter Wirtschaftsbeziehungen verstanden die liberalen Kräfte der Wirtschaft als unumgängliche Voraussetzung zur Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen – also zur allmählichen Beseitigung der gewaltigen materiellen Schäden und zur Sanierung der zerrütteten, durch Inflation bedrohten Währungen.[76]

Daran anknüpfend trat Rathenau für liberale Wirtschaftsaußenpolitik und eine auf internationaler Rechtsordnung beruhende Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ein. Nicht mehr die tradierte militärische Machtpolitik als Mittel der Konfliktlösung sollte für ihn bestimmend sein, sondern der alternative Ansatz, der zu einer Zivilisierung und Schlichtung der Nachkriegskonflikte durch Gewaltverzicht, Konferenzdiplomatie und wirtschaftliche Kooperation führen sollte. Die nach Westen ausgerichtete, aber auch auf einen Ausgleich mit Sowjetrußland bedachte Entspannungspolitik, wie sie dann Stresemann vertrat, wurde von Rathenau als Außenminister entwickelt und trug letztlich zur Umorientierung der deutschen und gesamten europäischen Außenpolitik bei.[77]

75 Vgl. Marshall M. Lee, Wolfgang Michalka, German Foreign Policy 1917-1922: Continuity or Break?, Leamington, Spa, Hamburg 1987; die Gegenposition vertritt Krüger, Außenpolitik (Anm. 44). Die Diskussion um Kontinuität und Diskontinuität in der Weimarer Außenpolitik wird diskutiert von Klümpen, Heinrich, Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo. Revisionismus oder Neuorientierung? Münster, Hamburg 1992 sowie vor allem Gottfried Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, 2. Aufl., München 2006.
76 Vgl. Klümpen, S. 10ff.
77 Vgl. Niedhart, Deutsche Geschichte 1918-1933. (Anm. 48), S. 91ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dieses Ziel ließ sich jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum realisieren. Zu sehr dominierten nationale Interessen, die eine stabile und ausbalancierte internationale Friedensordnung in Europa verhinderten.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Eberhard Kolb

Gustav Stresemann – Liberalismus und Nationalismus in seiner außenpolitischen Konzeption

In den vierzehn Jahren der ersten deutschen Demokratie stand acht Jahre ein Liberaler an der Spitze des Außenministeriums: über sechs Jahre lang Gustav Stresemann, knapp zwei Jahre sein Parteifreund und glückloser Nachfolger Julius Curtius. Insbesondere Gustav Stresemann war es, der die Außenpolitik der Weimarer Republik in so entscheidender Weise geprägt hat, daß die Jahre 1923 bis 1929 mit Recht als »Ära Stresemann« bezeichnet werden.

Liberalismus und Nationalismus in Stresemanns außenpolitischer Konzeption – wenn man diesem Thema nachgeht, dann ist es in engem Zeitrahmen ganz unmöglich, den Weg der Stresemannschen Außenpolitik im einzelnen zu verfolgen, Geglücktes und weniger Geglücktes eingehend zu bilanzieren; vielmehr gilt es, den Blick zu richten auf das Gesamtgeflecht prinzipieller Überzeugungen, die Stresemanns politischem und außenpolitischem Agieren zu Grunde lagen und aus denen der spezifische Stil seines politischen HandeIns erwuchs.[1]

Ausgangspunkt der Betrachtung muß diese Feststellung sein: Gustav Stresemann, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei (DVP) von ihrer Gründung im Dezember 1918 bis zu seinem Tod (3.10.1929), war fest verwurzelt in der Tradition der Nationalliberalen Partei, in der sich liberale Wertewelt und nationaler Impetus symbiotisch verbunden hatten. Der nationale Liberalismus war und blieb Stresemanns politische Heimat. Zu diesem Erbe hat er sich auch nach 1918, nach der Gründung der DVP, uneingeschränkt bekannt. Öfters betonte er, so auf einer Sitzung des Zentralvorstands seiner Partei im Mai 1925, die Deutsche Volkspartei sei nicht eigentlich »gegründet« worden, sondern sie sei die »Fortführung der Nationalliberalen Partei in neuem Gewande«.[2] Auf dieser Sitzung, die ganz im Zeichen einer Besinnung auf die Gegenwartsbedeutung des Liberalismus stand, äußerte Stresemanns enger Mitstreiter Professor Kahl: Er verstehe unter Liberalismus den »verantwortungsbewußten Tatsachenmut, der die aus dem unerbittlichen Ablauf der

1 Der Vortragsstil ist beibehalten. In den Anmerkungen werden die Fundorte wörtlicher Zitate nachgewiesen.

2 Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933. Bearb. von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. Düsseldorf 1999, S. 586; ferner ebd. S. 589.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Geschichte sich ergebenden Folgerungen zieht und in diesem Sinne ›fortschreitet‹«.[3] Das Wort vom »Tatsachenmut« hat sich Stresemann zu Eigen gemacht; es ist in seinen Wortschatz eingegangen.[4]

Ein Jahr später, 1926, bemerkte der DVP-Vorsitzende, es gäbe in Deutschland eine starke nationalliberale Tradition, die nicht deshalb gering zu achten sei, »weil dem Liberalismus auf politischem Gebiet gegenwärtig Zukunftsaufgaben nicht in besonderem Maße gestellt sind«; es gebe für den Liberalismus nämlich nicht nur politische, sondern auch geistige Aufgaben, daher müsse sich die DVP klar von der DNVP abgrenzen[5] – der konservativ-nationalistischen Rechtspartei, für die manche auf dem rechten DVP-Flügel Sympathien hegten. Für Stresemann stand unabdingbar fest, daß der Platz der Deutschen Volkspartei in der politischen Mitte war und nur dort. Der DVP-Parteitag im Oktober 1926 bekannte sich unzweideutig zu der vom Parteiführer vertretenen Linie einer selbständigen, liberalen und sozialen Deutschen Volkspartei.[6]

In demonstrativer Weise dokumentierte die DVP ihren Anspruch, die legitime Erbin der Nationalliberalen Partei zu sein, indem sie im März 1927 mit einer Reihe von Veranstaltungen das 60jährige Bestehen der Nationalliberalen Partei feierte -in Hannover, der Wirkungsstätte Rudolf von Bennigsens, des maßgeblichen Mitbegründers der Nationalliberalen Partei. In einem Manifest, das aus diesem Anlaß veröffentlicht wurde, bekundete die DVP, »daß die unzerstörbaren Ideale nationalen und liberalen Denkens und Wollens in ihr fortleben und die Grundlage ihrer Bestrebungen sind und sein werden.« Nach 1918, so heißt es in diesem Manifest weiter, habe sich die Partei bewußt in den Dienst des neuen Deutschland gestellt. »Die Deutsche Volkspartei glaubt der nationalen Idee, die sie allem anderen voranstellt, am meisten zu nutzen durch die Zusammenfassung der Kräfte, wissend, daß Deutschlands Wiederaufbau nicht das Werk einer Partei, sondern nur das Werk des zusammengefaßten nationalen Willens der dazu bereiten Kräfte des deutschen Volkes sein kann. Unverrückbar ist und bleibt die liberale Grundeinstellung der Partei.«[7]

Stresemann wurde nicht müde, seinen unerschütterlichen Glauben an den Liberalismus zu bekunden. Bei einer Wahlveranstaltung im Jahr 1924 rief er aus: »Mancher glaubt, Liberalismus sei ein Begriff der Vergangenheit. O wie töricht … Liberalismus ist etwas ganz anderes als Demokratie. Demokratie ist

3 Ebd. S. 584 f.
4 Gustav Stresemann: Vermächtnis. 3 Bde hrsg. von Henry Bernhard. Berlin 1932/33, hier Bd. 2, S. 302.
5 Ebd. S. 413.
6 Ebd. S. 419.
7 Nationalliberalismus (wie Anm.2), S. 727 Anm. 48; siehe auch: 60 Jahr Feier der Nationalliberalen Partei. Erinnerungsblatt, Hannover 1927, S. 8.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Begriff der großen Zahl, Liberalismus ist Begriff der Persönlichkeit ... Wir müssen zurück von der Gleichheit zur Differenzierung«.[8]
Der Liberalismus, für den es sich zu kämpfen lohne, erklärte er 1929, sei der »Liberalismus der Persönlichkeit«.[9] Mit großer Sorge sah er in seiner letzten Lebensphase das Ende dieses Liberalismus heraufziehen. Leidenschaftlich verteidigte er das Ideal der individuellen Verantwortung gegen das Gewicht der Parteigremien und betrachtete die »Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation« als »das Grundübel des heutigen politischen Lebens«.[10] Daher beklagte er, daß der Gedanke der Weltanschauungsparteien in Deutschland mehr und mehr der Geschichte angehöre; mehr und mehr bestimmten Interessengruppen die Parteien, nicht zuletzt auch seine Partei, die DVP. Seine Parteifreunde mahnte er in einer seiner letzten großen Reden: »Vergessen Sie nicht den alten Liberalismus, das letzte, was uns vielleicht noch geblieben ist von den liberalen Ideen: den Liberalismus der Persönlichkeit.«[11]
So unbestreitbar es ist, daß Stresemanns politische Grundüberzeugungen ganz dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts entstammten und einem Liberalismus nationalliberaler Observanz verpflichtet blieben, so deutlich ist doch andererseits, daß diese ideologischen Prämissen keine konkreten Handlungsanleitungen für außenpolitisches Agieren nach 1918 lieferten. Eine spezifische »liberale Außenpolitik« konnte es unter den schwierigen Bedingungen der Weimarer Zeit nicht geben. Vielmehr war Stresemann, wie mit Recht konstatiert wurde, der Hauptarchitekt einer »republikanischen Außenpolitik«, denn die staatstragenden Parteien von den beiden liberalen Parteien über das Zentrum bis zur Sozialdemokratie haben Stresemanns außenpolitischen Kurs gestützt und alle wesentlichen Entscheidungen mitgetragen. Nur auf dieser Basis war es Stresemann möglich, gegen erbitterte Widerstände vor allem von rechts an die Verwirklichung seiner außenpolitischen Vorstellungen zu gehen.
Wie läßt sich seine Konzeption beschreiben? Er selbst hat sie auf den Begriff gebracht. Er lautet »nationale Realpolitik«. Dieser Schlüsselbegriff umreißt beides, Zielperspektive und Methode: Wiederaufstieg des Deutschen Reiches zur gleichberechtigten Großmacht, und dies auf dem realpolitisch allein verantwortbaren Weg einer friedlichen Revision des Versailler Vertrags.
Den Begriff »nationale Realpolitik« hat Stresemann bei vielen Gelegenheiten gebraucht. Ich zitiere einige Beispiele. Dortmunder DVP-Parteitag November 1924: »Nationale Realpolitik, die sich nicht in Illusionen der Macht wiegt und das Gefühl nationaler Würde nicht vermissen läßt, ist die einzige Politik, die wir machen können.«[12] Einige Wochen zuvor: Es müßten sich alle Kräfte

8 Vermächtnis (wie Anm.4), Bd. l, S. 320.
9 Nationalliberalismus (wie Anm.2), S. 771.
10 Ebd. S. 769.
11 Ebd. S. 772.
12 Vermächtnis (wie Anm.4), Bd. l, S. 599.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zusammentun, »die auf dem Boden einer nationalen Realpolitik« zur verantwortungsvollen Mitarbeit bereit seien.[13] Im gleichen Jahr 1924 bemerkte er zu einem Journalisten: »Die deutsche Freiheit, das selbstverständliche Ziel der deutschen Politik, läßt sich nicht mit einem Schlage wiedergewinnen, sondern nur in langsamem Fortschreiten, in zähem Ringen nationaler Realpolitik.«[14] Und schließlich noch eine Formulierung aus dem Mai 1925, in einer Sitzung des Zentralvorstands seiner Partei: »Wir können nur den Weg weitergehen, den wir einmal als den Weg der nationalen Realpolitik als Gegensatz zur Illusionspolitik bezeichnet haben.«[15] Vom »Sieg des Realpolitischen über das Imaginäre und den Illusionismus« sprach Stresemann auch, als er im Juni 1927 in Oslo den »Weg des neuen Deutschland« skizzierte,[16] bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises, der ihm als erstem Deutschen im Dezember 1926 verliehen worden war, gemeinsam mit dem französischen Außenminister Aristide Briand.

Illusionistisch nannte Stresemann die von der politischen Rechten betriebene Anti-Versailles-Agitation, die sich in hemmungslosen Tiraden erschöpfte und keinen gangbaren außenpolitischen Weg aufzuzeigen vermochte. Während die politische Rechte nicht wahrhaben wollte, daß Deutschland den Krieg verloren hatte und deshalb die Folgen der Niederlage tragen mußte, hieß Realpolitik für Stresemann, die bestehende Lage zu akzeptieren, die Tatsache, daß das Deutsche Reich den Krieg verloren hatte mit der Konsequenz eines drükkenden Friedensvertrags. Ganz unverblümt erklärte der Außenminister am 6.März 1924 im Reichstag: »Es ist doch nun einmal das Furchtbare: Wir haben den größten Krieg der Weltgeschichte verloren und wir haben auch den Nachkrieg an der Ruhr verloren. Das ist die Situation, vor der wir stehen … Wir werden gar keinen anderen Weg gehen können, als uns zunächst einmal zu den Pflichten des Versailler Vertrags zu bekennen.«[17] Einige Jahre später, wieder im Reichstag: »Die Auffassung, als wenn die Kriegsschulden, die wir bezahlen müssen, eine Folge dieses einen Paragraphen [Kriegsschuldartikel 231, E. K.] wären anstatt Folge eines verlorenen großen Weltkrieges, ist eine Torheit, die dem Volke vorgemacht wird.«[18]

Noch wenige Tage vor seinem Tode äußerte er: »Wir müssen die Dinge nehmen wie sie sind. Wir haben den Krieg verloren und müssen sehen, daß wir die Verpflichtungen, die auf uns lasten, auf dasjenige Maß bringen, das erträglich ist und das weiterhin für die Zukunft die Möglichkeit der Revision nicht ausschließt.«[19]

13 Ebd. S. 597.
14 Ebd. S. 616.
15 Nationalliberalismus (wie Anm.2), S. 589.
16 Vermächtnis (wie Anm.4), Bd. 3, S. 467.
17 Gustav Stresemann, Reden und Schriften. 2 Bde. Dresden 1926, Bd.2, S. 129 f.
18 Gustav Stresemann, Reichstagsreden. Hrsg. von Gerhard Zwoch, Bonn 1972, S. 294.
19 Nationalliberalismus (wie Anm.2), S. 841.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zur Konzeption »nationaler Realpolitik« gehörte es, »Schritt für Schritt« den mühevollen Weg zu gehen; blendende Erfolge und sofortige Endergebnisse, so Stresemann, dürfe niemand erwarten, der über ausreichenden Wirklichkeitssinn verfüge.[20] Deshalb der Appell an die »Tapferkeit der Geduld«[21], deshalb die klare Setzung von Prioritäten, der Grundsatz, »alle Dinge aus der Nachkriegszeit hintereinander und nicht miteinander zu betreiben.«[22]
Bei der Rechtfertigung seiner »nüchternen Realpolitik«[23] hat sich Stresemann wieder und wieder auf Bismarck berufen, den – wie er sagte – »größten Realpolitiker der Welt«.[24] Es wäre reizvoll, näher auf Stresemanns Bismarck-Bild einzugehen; in unserem Zusammenhang müssen einige Hinweise genügen. Zweifellos war Stresemann der beste Bismarckkenner unter den Politikern der Weimarer Republik. Er war mit Bismarcks Schriften vertraut und besaß durch die im Auswärtigen Amt während seiner Ministerschaft erarbeitete Aktenpublikation »Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871-1914« einen breiten Fundus an Wissen über Bismarcks außenpolitisches Agieren, was er mit manchem Bismarck-Zitat unter Beweis stellte. Mit aller Kraft stemmte er sich gegen die Bestrebungen der politischen Rechten, Bismarck für den Kampf gegen die Republik zu vereinnahmen und den Bismarck-Mythos zur Delegitimierung des Staates von Weimar zu instrumentalisieren. Auf dem DVP-Parteitag in Hannover im März 1924 erklärte er: »Aber gerade weil wir uns bekennen zum Bismarckschen Gedanken der Realpolitik, müssen wir verlangen, daß auch die anderen, die sich zu Bismarck bekennen wollen, Realpolitik treiben und nicht in eine Politik der Illusion hineintreiben … Kein Realpolitiker kann an den Konsequenzen des verlorenen Krieges vorbeigehen.«[25]
Einige Monate später in einer Wahlrede: »Bismarck ist der kühnste, aber auch kühlste Realpolitiker gewesen, den es jemals gegeben hat. Glaubt irgendjemand auf der Rechten, daß Bismarck in der Gegenwart, wo wir keine Heere und keine Bündnisse haben, etwa auf der Seite der Schreier stehen würde oder nicht vielmehr auf der Seite der Realpolitiker?«[26]
In seiner Auseinandersetzung mit der politischen Rechten sprach Stresemann immer wieder vom »mißverstandenen Bismarck«,[27] er wehrte sich gegen das Bild vom martialischen Eisernen Kanzler in Kürassierstiefeln. Der Kanzler sei in Wirklichkeit ein Mann der feinsten Rücksichtnahme gewesen, wenn die Politik es erforderte, der »vorsichtigste im Gebrauch der Macht«, der Europa den Frieden erhalten wollte. Doch Stresemanns Bemühungen, Bismarck für

20 Ebd. S. 570 (13.11.1924).
21 Ebd. S. 547 (6.7.1924).
22 Ebd. S. 729 f. (19.3.1927).
23 Ebd. S. 513 (6.7.1924).
24 Reden und Schriften (wie Anm.17), Bd. 2, S. 215.
25 Ebd. S. 167.
26 Vermächtnis (wie Anm.4), Bd. l, S. 600 f.
27 Ebd. Bd. 2, S. 504; vgl. auch Nationalliberalismus (wie Anm. 2), S. 665.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Außenpolitik der Weimarer Republik in Anspruch zu nehmen, ist kein durchschlagender Erfolg beschieden gewesen – das Feld beherrschte weiterhin der Bismarck-Mythos eines bornierten Nationalismus. Gleichwohl bleibt das Engagement zugunsten einer Versöhnung von Bismarck-Erbe und dem Staat von Weimar bemerkenswert und achtenswert.

Wie ließ sich das, was Stresemann unter »nationaler Realpolitik« verstand, nach 1923 in praktische Außenpolitik umsetzen? Weil Stresemann an seine Aufgabe mit politischem Realismus heranging, war für ihn die Rückgewinnung einer deutschen Machtstellung nur auf dem Wege eines über viele Stufen verlaufenden längerfristigen Prozesses möglich, bei dem mit den Mitteln der Verhandlung und Verständigung operiert werden mußte. Dabei besaßen für ihn vor allem zwei Punkte geradezu axiomatische Bedeutung.[28]

Erstens: Wenn das Deutsche Reich auch militärisch machtlos war, so stellte es doch immer noch eine bedeutende Wirtschaftsmacht dar. Daher konnte der Wiederaufstieg Deutschlands nach Stresemanns Auffassung nur durch gezielten Einsatz des deutschen Wirtschaftspotentials in die Wege geleitet werden. »Wir bedeuten in machtpolitischer Hinsicht nichts mehr in der Welt«, schrieb er 1921 und fuhr dann fort: »Die einzige Kraft, die wir noch besitzen, ist unsere volkswirtschaftliche Bedeutung als Wirtschaftsfaktor, als Erzeuger und Verbraucher.«[29] Ähnlich äußerte er sich bei vielen Gelegenheiten, beispielsweise vor dem Zentralvorstand seiner Partei im November 1925: »Ich glaube, die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem einzigen, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen, ist die Aufgabe, die heute jeder Außenminister zu lösen hätte.«[30] Auf dem Weg über die Weltwirtschaft sollte somit die Rückkehr in die Weltpolitik erfolgen. Die Devise lautete: »Revision durch weltwirtschaftliche Verflechtung.«[31]

Aus der Auffassung von der Wirtschaftsmacht als Hauptinstrument deutscher Außenpolitik resultierte dreierlei: zum einen fiel in diesem Kalkül eine Schlüsselrolle den USA zu; zum andern mußte man bereit sein, für die Erreichung nationalpolitischer Ziele gegebenenfalls wirtschaftliche Preise zu bezahlen; und schließlich: die glaubhafte Praktizierung des Grundsatzes, die deutschen Revisionsziele nur mit friedlichen Mitteln verfolgen zu wollen, erforderte die enge Zusammenarbeit mit den Westmächten.

Zweitens: Der Weg zu kooperativen Problemlösungen konnte nach Stresemanns Überzeugung nur freigemacht werden durch die Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses. Diesem Ziel diente seine deutsch-französi-

28 Das folgende in Anlehnung an Eberhard Kolb, Gustav Stresemann. München 2003, S. 96 ff.
29 Reden und Schriften (wie Anm.17), Bd. 2, S. 368.
30 Nationalliberalismus (wie Anm.2), S. 638.
31 Manfred Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Wirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907-1929, Baden-Baden 1990, S. 116.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sche Ausgleichspolitik auf der Basis von Grenzgarantie und Wirtschaftsvereinbarungen, Durch eine solche Verständigungspolitik mit Frankreich einerseits, durch Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien andererseits sollte in den internationalen Beziehungen ein Klima entwickelt werden, das eine friedliche Regelung offener Fragen und die Realisierung deutscher Revisionsziele erlaubte. Die Legierung von internationaler Verständigung und nationalem Revisionismus war das Spezifikum der Stresemannschen Außenpolitik.

So weitgefächert der Katalog deutscher Revisionsziele war – für Stresemann gab es eine klare Rangfolge der Prioritäten, und es war geradezu das Arcanum seiner Außenpolitik, daß er nicht unstet alle möglichen Ziele gleichzeitig und mit gleicher Intensität verfolgte, sondern seine Kraft ganz auf die Lösung der vorrangigen Probleme konzentrierte. Seine außenpolitischen Aktivitäten gewannen so einen hohen Grad von methodischer Rationalität und blieben für Mit- und Gegenspieler in der internationalen Arena berechenbar. Die oberste Priorität besaß für Stresemann die »Wiederherstellung der deutschen Souveränität auf deutschem Grund und Boden«, das heißt: die möglichst rasche Befreiung zunächst des Ruhrgebiets und dann des ganzen Rheinlands von alliierter Besatzung. Vor allem dieser Aufgabe galt sein unermüdlicher und kräftezehrender Einsatz in den Jahren 1924 bis 1929. Erfolge auf diesem Weg waren nur erreichbar, wenn zuvor eine akzeptable Regelung des Reparationsproblems erfolgte; entscheidende Schritte zu einem Neubeginn in der Reparationsfrage hatte er schon in den hundert Tagen seiner Kanzlerschaft 1923 unternommen. In enger Verbindung mit dem Kampf für die »Befreiung« von Ruhr und Rhein standen auch die Bemühungen um die Aufhebung der alliierten Militärkontrolle in Deutschland und um eine vorzeitige Rückgabe des Saargebiets an Deutschland. Die weiteren Revisionsziele bildeten für Stresemann eher eine cura posterior. Das gilt selbst für die Revision der Ostgrenze, bei der er sich zunächst auf ein Offenhalten des Problems beschränkte. Im Grunde bewertete er alle »Stationen« in seiner Außenpolitik der Jahre 1923-1929 (Dawes-Plan 1924, Locarno-Verträge 1925, Berliner Vertrag 1926, Eintritt in den Völkerbund 1926, Kellogg-Pakt 1928, Young-Plan 1929) als Etappen auf dem Weg zur Wiedergewinnung einer deutschen Machtstellung. Doch Stresemann verfuhr bei seiner Revisionspolitik vorsichtig, vermied Konflikte und betrachtete die Ziele der Revision und des europäischen Friedens als einander bedingende Größen, die er im Rahmen internationaler Kooperation zur Deckungsgleichheit zu bringen suchte. Der Name Stresemann stand zunehmend für Beständigkeit und Verläßlichkeit deutscher Außenpolitik.

Kann man diese deutsche Außenpolitik der Jahre 1923-1929 – auch wenn man als Maßstab die konzeptionellen Vorstellungen und Perspektiven von

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Stresemann selbst anlegt – als erfolgreich bezeichnen?[32] Einige Forscher neigen zu einer eher skeptischen Bewertung des Gesamtertrags der Locarno-Politik: Stresemann habe das revisionistische Potential der Locarno-Verträge überschätzt, 1928/29 habe er sich eingestehen müssen, daß seiner Politik letztlich der Erfolg versagt geblieben sei. Einer solchen Meinung läßt sich einiges entgegenhalten. Gewiß waren nach 1925 auf dem Weg der Revision nicht so rasche und spektakuläre Erfolge zu verzeichnen, wie sie sich mancher, auch Stresemann selbst, in der Hochstimmung der Locarno-Phase erhofft hatte. Aber trotzdem wird das Urteil, die Locarno-Politik habe sich als Fehlspekulation erwiesen, weder den Motivationen Stresemanns noch den realen Ergebnissen deutscher Außenpolitik in der Ära Stresemann gerecht.

Wie war die Ausgangslage? Stresemann hat sie in einer Zentralvorstandssitzung im Oktober 1926 so beschrieben: Man solle sich einmal geschichtlich vor Augen führen, »wie wir 1919 dastanden – doch als die Parias in der Welt, beinahe verachtet, kaum hineingelassen in die gute Stube irgendeiner Nation – und wie die ganzen Dinge sich in dieser Zeit gewandelt haben, dann glaube ich, wiederholen zu können: Es gibt kaum, geschichtlich gesehen, eine Periode der Entwicklung, in der ein Volk in so kurzer Zeit seine große moralische Stellung in der Welt wiedergewonnen hat. Aus dieser moralischen Stellung die politische wiederzugewinnen, und zwar mit den Waffen, die die uns gebliebene wirtschaftliche Größe uns gibt, das ist die Aufgabe dieser Politik.«[33]

Berücksichtigt man die desaströse Ausgangslage, den relativ kurzen Zeitraum von nur wenigen Jahren und die für Deutschland keineswegs besonders günstigen internationalen Rahmenbedingungen, dann wird man konstatieren dürfen: Stresemann hat in zähen Verhandlungen nicht wenig für Deutschland erreicht: die Räumung des Ruhrgebiets und die vorzeitige Beendigung der Besetzung des Rheinlands, eine weitgehende Regelung des Reparationsproblems in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Stabilisierung in Deutschland, die Aufhebung der alliierten Militärkontrolle, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit einem ständigen Völkerbundsratssitz, was ein entschiedenes Eintreten für die Interessen der deutschen Minderheiten in Polen und anderswo ermöglichte. Und was nicht minder wichtig war: Alles in allem gelang es Stresemann, das Verhältnis Deutschlands zu den Siegermächten zu normalisieren – und das bei grundsätzlichem Festhalten an revisionistischen Zielen, die aber erklärtermaßen mit friedlichen Mitteln durch eine Verständigungspolitik erreicht werden sollten. Daher vermochte das Deutschland Stresemanns in recht kurzer Zeit ein beachtliches Vertrauenskapital diesseits und jenseits des Atlantik anzusammeln und vor allem in England und den USA

32 Vgl. Kolb (wie Anm. 28), S. 116 f.
33 Nationalliberalismus (wie Anm. 2), S. 664.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

eine verstärkte Bereitschaft zu einer Politik des »peaceful change« zu wecken. Mit Recht konnte Stresemann daher bilanzieren, wenige Tage vor seinem Tod, in seiner letzten großen Rede, in der er leidenschaftlich gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan Stellung nahm: »Es ist kein Zweifel, daß wir außenpolitisch heute in der Welt geachtet dastehen, wie kein Mensch geglaubt hat, daß das in fünf Jahren möglich sein würde.«[34]

Aber Dauer war dem Werk Stresemanns nicht beschieden. Schon bald nach seinem Tod setzte jene fatale Entwicklung ein, die das Reich in eine schwere Staatskrise führte und die schließlich in die Machtübergabe an die Nationalsozialisten ausmündete. Schon seit 1930 wurde Stresemanns außenpolitische Hinterlassenschaft immer stärker verschleudert. Hätte er, so die häufig gestellte Frage, die verhängnisvolle Entwicklung aufhalten können, wenn er länger gelebt hätte und einigermaßen gesund und arbeitsfähig geblieben wäre? Auf diese Frage sind nur spekulative Antworten möglich. Eines aber ist sicher: Mit äußerstem Krafteinsatz hätte Stresemann den Kampf gegen Hitler und seine Bewegung aufgenommen. Ob es ihm gelungen wäre, die Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu verhindern, steht dahin. Aber mit einem lebenden Stresemann hätte es Hitler erheblich schwerer gehabt, an die Schalthebel der Macht zu gelangen. So schließe ich mit der Feststellung: In der insgesamt tristen Geschichte der ersten deutschen Demokratie stellt das Kapitel, das mit dem Namen Gustav Stresemann verbunden ist, zweifellos einen Aktivposten dar. Ziele und Methoden seiner Politik, vor allem aber auch sein spezifischer Politikstil – das ist ein Erbe, auf das eine liberale Partei stolz sein darf.

34 Ebd. S. 861.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Joachim Scholtyseck

Walter Scheel – Wiederaufnahme älterer Leitbilder oder Auftakt zu einer neuen liberalen Tradition in der Außenpolitik?

I.

Die Leitfrage nach einer Definition liberaler Außenpolitik muß notgedrungen gerade für die Zeit nach 1945 gestellt werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der »deutschen Katastrophe« (Friedrich Meinecke) konnte in der Bundesrepublik an die bisherigen Vorbilder liberaler Außenpolitik nur bedingt angeknüpft werden. Es war nach Hitlers außenpolitischen Wahnideen nicht mehr opportun, den großdeutschen Liberalen der 1848er Paulskirchenparlamentarier mit ihren territorialen Ausdehnungsideen und ihren Flottenplänen zu folgen.[1] Auch die nationalistisch-kriegerischen Töne vieler kleindeutscher Liberaler in der Reichsgründungszeit waren nicht geeignet, eine Basis für eine demokratische Reintegration in die zivile Staatenwelt zu bieten.[2] Walther Rathenau mochte zwar ein geradezu genialer Organisator der Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg gewesen sein – aber darauf konnte man sich ebenfalls nur schwerlich berufen. Gustav Stresemann seinerseits mochte für die deutsch-französische Verständigung geworben und geschickt auf der Klaviatur der Ost-West-Balance gespielt haben – aber der Mann, der mit einer Politik geliebäugelt hatte, die er im berühmt-berüchtigten »Kronprinzenbrief« von 1925 aufgefächert hatte, war, selbst bei differenzierender Betrachtung, auch nicht gerade als Vorbild in den Zeiten der bipolaren Auseinandersetzung und des Ost-West-Konflikts geeignet.

Dieser offenkundige Mangel an akzeptablen Orientierungen hat sicherlich dazu beigetragen, daß sich diejenigen, die sich dem Liberalismus verbunden fühlten, nach 1945 nicht mehr »besonders nachhaltig und richtungsgebend« an den theoretischen Grundsatzdebatten über das Verhältnis von Freiheit und Macht beteiligt haben – über viele Jahrzehnte eines ihrer zentralen Themen.[3]

1 Günter Wollstein, Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.

2 Harald Biermann, Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung, Düsseldorf 2006.

3 Lothar Gall, Liberalismus und auswärtige Politik, in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln/Wien 1985, S. 31-46, hier S. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wahrscheinlich war dieser Umstand auch dafür verantwortlich, daß die Liberalen sich kaum programmatisch damit auseinandersetzten, was unter »liberaler Außenpolitik« eigentlich zu verstehen war, eine definitorische Lücke, die auch heute noch besteht.

Erschwerend kam hinzu, daß es in Westdeutschland ganz wesentlich Bundeskanzler Konrad Adenauer war, der zunächst die außenpolitischen Kompetenzen an sich zog. Nach der Katastrophe des »Dritten Reiches« war 1949 der Zeitpunkt für eine grundsätzliche Neuorientierung gekommen, deren wichtigste Komponenten die Westbindung, die europäische Integration und die Aussöhnung mit Frankreich waren. Klaus Hildebrand hat dieses Revirement einmal als »außenpolitische Revolution« bezeichnet.[4] Der schweizerische Publizist und Historiker Jean Rudolph von Salis hat in diesem Zusammenhang diese »bundesdeutsche Ideologie« jener Jahre beschrieben, die für liberale Experimente kaum Möglichkeiten ließ. Diese war bestimmt durch ihren »scharfe(n) Antikommunismus, ihr(en) katholische(n) Konservatismus; ihr abendländisches Europäertum, ihr Bekenntnis zum Rechtsstaat, ihre kapitalistische Bürgerlichkeit, ihr tiefes Misstrauen gegen alles, was im Osten liegt, aber auch ihre Furcht vor der nationalistischen Hybris, die Hitlers Diktatur gekennzeichnet hatte«.[5]

Es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, daß Liberale wie Theodor Heuss – als Bundespräsident ein ausgesprochener Glücksfall für die Etablierung und Stabilisierung der Nachkriegsdemokratie – kaum außenpolitische Akzente setzen konnten. Wenn man mit Hans-Dieter Heumann als Wesensmerkmal liberaler Außenpolitik den »rationalen und maßvollen Umgang mit der Macht«[6] identifiziert, war der eigentliche liberale Außenpolitiker, so merkwürdig und provokant es klingen mag, Konrad Adenauer. Die Westintegration war der sichtbarste Versuch, die Bundesrepublik fest in einer friedlichen und von freiheitlich-demokratischen Werten getragenen Gesellschaftsordnung zu verankern. Die Betonung des Bürgerlichen und des Zivilgesellschaftlichen in einer Sozialen Marktwirtschaft mußte es der FDP also notgedrungen schwermachen, wenn es darum ging, sich von der CDU und der SPD, zumindest in der Zeit nach Godesberg, außenpolitisch abzugrenzen.

Die Weltpolitik und der Kalte Krieg bestimmten seit Kriegsende den Handlungsrahmen Bonns und engten die außenpolitischen Möglichkeiten des Bonner Teilstaates ein, der sich selbst noch als Provisorium bezeichnete und dem die vollständige Souveränität fehlte. Nicht zuletzt die Kuba-Krise schärfte in den 1960er Jahren das Bewußtsein, sich auf einem gefährlichen Grat, ja mög-

4 Klaus Hildebrand, Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991, S. 25.

5 Jean R. von Salis, Geschichte und Politik, Zürich 1971, S. 214.

6 Hans-Dieter Heumann, Genscher, ein »liberaler« Außenpolitiker?, in: Hans-Dieter Lucas, Von Halle nach Bonn – frühe Prägungen und Stationen, in: Ders. (Hrsg.), Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 413-432, hier S. 415.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

licherweise sogar am atomaren Abgrund zu bewegen. Mit dem Alleinvertretungsanspruch hatte die Bundesrepublik bis in die 1960er Jahre Ostpolitik in erster Linie als Deutschlandpolitik betrieben. Das Schwert der Hallstein-Doktrin war aber inzwischen immer stumpfer geworden. Es war nicht zu übersehen, daß dieses Instrument die aufkommende Entspannungspolitik der westlichen Verbündeten behinderte. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik drohte international in die Isolation zu geraten. Trotz vielversprechender Ansätze vermochte es die Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger nicht, die notwendige Kurskorrektur durchzuführen, um sich der »Haupttendenz der internationalen Politik«, der Détente, anzupassen und außenpolitische Handlungsspielräume wiederzugewinnen. Es war erst die sozialliberale Neue Ostpolitik, die diese »aktive Anpassung«[7] konsequent durchführte. Dies geschah auf der Grundlage der Thesen des Harmel-Berichts von 1967, in dem ausgeführt worden war, daß Sicherheit und Entspannung eine »gegenseitige Ergänzung« bilden sollten. Unter dieser Prämisse lag das Neue des außenpolitischen Ansatzes der Regierung Brandt/Scheel »im aktiven politischen Willen und konkreter Konzessionsbereitschaft im Hinblick auf die vertragliche Anerkennung des Status quo in Europa«.[8]

In dieser Situation ergab sich durch den Regierungswechsel von 1969 für die Liberalen in der Bundesrepublik die Gelegenheit, der westdeutschen Außenpolitik aus eigener Machtvollkommenheit eine liberale Tönung zu geben. Walter Scheel hatte sich für das Amt des Außenministers, das er in der neuen Regierung übernahm, nicht auf den ersten Blick aufgedrängt. Aber ganz unwahrscheinlich war diese Entscheidung auch nicht gewesen. Sein Aufstieg in der Partei (im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen 1954, sodann im Bundesvorstand 1956) gehörte ebenso wie die Mitgliedschaft im Landtag von Nordrhein-Westfalen und schließlich im Bundestag zur üblichen Routine eines ehrgeizigen jungen Politikers in der Bundesrepublik. Ungewöhnlicher war schon eher die recht deutliche Positionierung jenseits der herkömmlichen Adenauerschen Politik, deren Politik der Westbindung zunächst auch vom Koalitionspartner FDP durchaus »kritisch beäugt« wurde.[9]

Die sich Mitte der 1950er Jahre bereits abzeichnende Distanzierung von der Adenauer-CDU blieb nicht Episode. Scheel leitete gemeinsam mit Weggefährten wie Willi Weyer und Wolfgang Döring in seinem Heimatland Nordrhein-Westfalen den Koalitionswechsel von der CDU zur SPD ein. Die Strategie dieser »Jungtürken« erwies sich als folgenreich, zumal sich Scheel Ende der 1950er Jahre im Europäischen Parlament als Europapolitiker profi-

7 Werner Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 295-315, hier S. 297.
8 Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004, S. 135.
9 Ulrich Lappenküper, Die Außenpolitik der Bundsrepublik Deutschland 1949 bis 1990, München 2008, S. 71.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lierte. In diesen Jahren war die FDP – man denke an den »Deutschlandplan« der Partei aus dem Jahr 1959 – noch ganz auf das Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit fixiert, in der Deutschland in einem größeren Gesamteuropa eine gewichtige Stimme haben sollte – eine Art Rückkehr zu den Verhältnissen von vor 1945 unter demokratischen Vorzeichen. Mit anderen Worten: das Europa von Adenauer, Schumann und de Gasperi wurde von vielen Liberalen, zum Teil auch aus parteitaktischen Erwägungen, zunächst abgelehnt.[10] Es war maßgeblich Scheels Verdienst, daß sich die FDP seit 1962 vorbehaltlos zur EWG und zur Schaffung eines Kerneuropas bekannte.[11] Scheel gehörte zu der Generation, die nicht mehr vom Kaiserreich geprägt worden war und der auch das Denken in den Bahnen Stresemanns fremd war. Stresemanns Porträt hing dann zwar später im Arbeitszimmer von Walter Scheel, aber dies zielte zweifellos nicht auf dessen Revisionspolitik ab, sondern auf die europäische Versöhnung, besonders gegenüber Frankreich. Die Orientierung Scheels in Richtung europäischer Integration hing sicherlich wesentlich mit seiner eigenen Kriegserfahrung als Oberleutnant der Luftwaffe zusammen, die ihn – in bewusster Absetzung von nationalen Machtstaatskonzeptionen – zu einer Rückbesinnung auf idealistische Traditionen des Liberalismus finden ließ.[12]

In seiner Tätigkeit im Europäischen Parlament wurde er als Vorsitzender des Entwicklungshilfeausschusses dank seiner fachlichen Kompetenz prominentester Sprecher der FDP in Sachen Entwicklungspolitik. Die Schaffung eines eigenständigen Entwicklungsministeriums mit klaren Kompetenzen in einer Hand stand dabei früh auf seiner Agenda. Vor allem die Verteilung der Finanzhoheit auf andere Ressorts hat er beharrlich bekämpft und damit schließlich Erfolg gehabt. Kaum jemand hat stärkeren Einfluß auf die Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ausgeübt als Walter Scheel, nicht zuletzt gegen starke Bedenken Ludwig Erhards. Daß er nach der Bundestagswahl 1961 selbst der Chef der neuen Behörde wurde, hatte allerdings auch mit der Koalitionsarithmetik zu tun. Scheel selbst hatte im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen Erich Mende brieflich wissen lassen, daß ihm an einem Ressort gelegen sei, »in welchem man möglichst wenig Akten lesen muß, dafür aber viel reisen kann«.[13]

10 Mechthild Winking, Liberale Außenpolitik zwischen Profilierung und Anpassung beispielhaft dargestellt an der Abstimmung der FDP zu den Römischen Verträgen 1957, Münster 2004.

11 Vgl. hierzu Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980; Peter Jeutter, EWG – kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen, Bonn 1985.

12 Gall, Liberalismus (wie Anm. 3), S. 33f.

13 Zitiert nach Daniel Koerfer, Keine Akten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Februar 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die praktische Arbeit im Entwicklungshilferessort sah auf dem Papier vielversprechender aus als in den Niederungen der Ebene eines gerade erst aus dem Boden gestampften Ministeriums, dessen Berechtigung noch erkämpft werden wollte. Scheel blieb noch eine Zeitlang nichts anderes übrig, als die »Brosamen« einzusammeln, »die vom Tisch der reichen, klassischen Ministerien abfielen«.[14] Zunächst stand in seinem Ressort, das auch die Aufgabe hatte, die zunehmend in Indochina gebundenen USA in den Staaten der »Dritten Welt« zu entlasten, die wirtschaftliche Aufbauhilfe im Vordergrund. Noch 1963 waren die Verantwortlichkeiten undurchschaubar: Wenn man das Bundespresseamt mitrechnete, waren 231 Referate in 16 Ministerien mit Entwicklungshilfefragen beschäftigt, von denen nur 34 im BMZ verankert waren. Vor allem das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) sahen im BMZ einen Gegner im Kampf um Kompetenzen. Erst seit 1964 bekam das BMZ die Federführung für die technische Hilfe, während für die Kapitalhilfe und die Vergabe verbilligter Kredite ganz wesentlich das BMWi zuständig war. Daher blieben für das BMZ in jenen frühen Jahren, in denen es noch nicht einmal über eine eingespielte Ministerialbürokratie verfügte, wenige Finanzierungs- und noch weniger politische Gestaltungsmöglichkeiten. Die praktischen Projekte des Ministeriums in Eigenregie beschränkten sich, so hat der spätere Minister Erhard Eppler rückblickend geurteilt, »auf die Gewerbeschulen, in denen junge Afrikaner oder Asiaten von deutschen Meistern an deutschen Maschinen ausgebildet wurden.«[15]

Immerhin wurde unter Scheel das BMZ durch einen »entwicklungspolitischen Kurswechsel«[16] bald schon neu positioniert. Entwicklungshilfepolitik war fortan nicht mehr vorrangig Deutschlandpolitik. Entwicklungshilfe, bislang ein eher paternalistisches Projekt, wurde nun von einem »Instrument im deutsch-deutschen Sonderkonflikt zu einem Mittel im größeren Ost-West-Konflikt«.[17] Spuren dieses von ihm verinnerlichten Denkens fanden sich übrigens auch später noch in Scheels Zeit als Außenminister. Dieser war auch wesentlich für das allerdings nur kurze Intermezzo von Ralf Dahrendorf auf dem außenpolitischen Parkett verantwortlich.[18] Dieser plädierte für einen

14 Werner Abelshauser, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009, S. 243.

15 Erhard Eppler, Die eigentliche Aufgabe liegt noch vor uns, in: Die Zeit 47 vom 15. November 1991, S. 14 f, hier S. 14.

16 Bastian Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959-1974, München 2006, S. 116.

17 Christian Jetzlsperger, Die Emanzipation der Entwicklungspolitik von der Hallstein-Doktrin. Die Krise der deutschen Nahost-Politik von 1965, die Entwicklungspolitik und der Ost-West-Konflikt, in: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 320-366, hier S. 356f.

18 Arnulf Baring (in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker), Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 293f. Vgl. auch Klaus Weber, Die Konjunktur der Linksliberalen 1966-1970 – das Beispiel Ralf Dahrendorf, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 153-172, bes. S. 168.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»erweiterten Kulturbegriff«, der in die im Dezember 1970 vorgelegten »Grundsätze für die auswärtige Kulturpolitik« Eingang fand. Hiermit sollten auch in den Entwicklungsländern, nicht zuletzt durch die Deutschen Schulen und die Goethe-Institute, neue gesellschaftliche Ansätze in die Praxis umgesetzt werden. Allerdings erschien das Vorhaben manchem lang gedienten Mitarbeiter wie eine unangemessene Dienstanweisung des Auswärtigen Amts, das per Ukas einen politischen Kurswechsel nach links durchsetzen wolle.

Nachdem ein finanzpolitischer Streit im Oktober 1966 zum Rücktritt der FDP-Bundesminister geführt und sich wenig später CDU/CSU und SPD auf die Bildung einer großen Koalition geeinigt hatten, wurde in der schwierigen Zeit der Opposition eine machtpolitische Wende der FDP eingeleitet, die wie Manfred Görtemaker mit Blick auf die inneren Verhältnisse in der Partei angemerkt hat, »bestenfalls halbherzig« ausfiel.[19] Der immer noch mächtige Vorsitzende Mende, dem der Machtverlust angekreidet wurde, wurde bald Opfer des Revirements. Nach dem ersten Schock zeigte sich jedoch bald eine Aufbruchstimmung, die von Scheel mitgetragen wurde: »Nachdem sich die weitgehend national-konservativ orientierte FDP der Nachkriegszeit an der Seite der CDU/CSU in den Zwängen der Regierungsverantwortung verbraucht hatte, besann sich die neue FDP der Opposition nun auf die historischen Traditionen des deutschen Liberalismus und bemühte sich um eine neue Standortbestimmung.«[20] Diese Entwicklung hin zu einer auch »programmatischen Alternative«[21] hatte sich schon lange zuvor angebahnt, wesentlich auch angestoßen durch Thomas Dehler. Wolfgang Schollwer, der als deutschlandpolitischer Experte seiner Partei gelten konnte, gleichsam der »Egon Bahr der FDP«,[22] hatte schon 1962 ein Papier vorgelegt, in dem eine langfristige Deutschlandpolitik des Westens konzipiert wurde. Um eine innere Liberalisierung der DDR und eine vorläufige »Verklammerung« beider deutscher Staaten zu erreichen, sollte der Westen die Souveränität der DDR anerkennen, die Oder-Neiße-Linie akzeptieren und diplomatische Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks aufnehmen.[23] Diese Schritte sollten die Basis für eine

19 Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München S. 438. Vgl. auch Mathias Siekmeier, Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung, Köln 1998. Wenig ergiebig dagegen die entsprechenden Passagen bei Michael Schmidt, Die FDP und die deutsche Frage 1949-1990, Münster 1995, S. 98-128.

20 Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (wie Anm. 19), S. 471.

21 Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4), Wiesbaden 1984, S. 280.

22 Siekmeier, Restauration oder Reformation? (wie Anm. 19), S. 103.

23 Wolfgang Schollwer, Verklammerung und Wiedervereinigung. Denkschrift zur Deutschen Frage. Gedankenskizze für den Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion, März/April 1962, in: Wolfgang Benz/Günter Plum/Werner Röder (Hrsg.), Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart-Bad

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

spätere Wiedervereinigung bieten. Für das Jahr 1962 waren solche brisanten Vorschläge selbst in der eigenen Partei so umstritten, daß das Papier erst einmal geheim blieb, obwohl auch der in diesen Fragen immer unsicher agierende Mende ihnen etwas abgewinnen konnte.[24] Thomas Dehler, der zunehmend vereinsamte große Mann der FDP der Nachkriegszeit, kritisierte Bundeskanzler Erhard für die Fortführung der Außenpolitik Adenauers, die für ihn den »Verzicht auf die deutsche Wiedervereinigung« bedeutete.[25] Ein Gezeitenwechsel kündigte sich an, auch wenn Dehler an seinem Lebensabend mehr aus strategischen Gründen, nicht jedoch aufgrund deutschlandpolitischer Überlegungen, auf die Seite des Reformflügels der FDP um Schollwer und Hans-Wolfgang Rubin überging.[26]

Erst in der Oppositionszeit – ohne die Bürde des übermächtigen Koalitionspartners der Union – konnte die FDP ihre reformerischen außenpolitischen Vorstellungen weiterentwickeln und kämpferischer vortragen. Die Zeit der FDP war jetzt gekommen, weil der Glanz der Adenauer-Zeit verblaßt war. Aber auch hier blieb der Pragmatismus vorherrschend: Walter Scheel, der sich auch später beharrlich dem Versuch entzogen hat, seinen Liberalismus zu kategorisieren oder von außen klassifizieren zu lassen, war ohnehin nicht geneigt, sich über sein Liberalismusverständnis in eine Grundsatzdebatte zu begeben. Im Pragmatismus und in der Ablehnung des Dogmatischen und des Utopischen lag wohl die einzige Möglichkeit für die FDP, sich, und das galt auch für die Außenpolitik, vom C der CDU und vom S der SPD abzugrenzen. Die Befreiung von alten deutschland- und außenpolitischen Lasten zeigte sich bei den Auseinandersetzungen um die Ost- und Deutschlandpolitik auf dem turbulenten FDP-Parteitag in Hannover im April 1967. Angestoßen von Mende, konzeptionell mächtig vorangetrieben vom Vorstandsreferenten Wolfgang Schollwer, wurde Anfang März 1967 in der Öffentlichkeit eine neue Denkschrift bekannt, die eine Weiterentwicklung der Gedankenskizze von 1962 war.[27] Der Entwurf, ergänzt von einer ähnlich argumentierenden

Cannstadt 1978, S. 185-204. Vgl. hierzu Volker Erhard, Die Schollwer-Papiere 1962 und 1967 – Meilensteine auf dem Weg der FDP zur Neuen Ostpolitik, in: Reinhard Hübsch/Jürgen Frölich (Hrsg.) Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945-1970, Potsdam 1997, S. 237-251. Daneben auch Jürgen Frölich (Hrsg.), Wolfgang Schollwer: »Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten...« Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966-1970, Bremen 2007.

24 Vgl. Volker Erhard, Copilot im Höhenflug – Erich Mendes Begegnung mit John F. Kennedy vom 19. März 1962, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 168-180, bes. S. 177. Mende hat später für sich reklamiert, ähnlich wie Bahr bereits in Tutzing für eine programmatische Wende in der Deutschlandpolitik geworben zu haben. Vgl. Erich Mende, Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962-1982, Bergisch Gladbach 1988, S. 120f.

25 Zitiert nach Udo Wengst, Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 344.

26 Siekmeier, Restauration oder Reformation? (wie Anm. 19), S. 348f.

27 Wolfgang Schollwer, Deutschland- und Außenpolitik. Arbeitspapier für den FDP-Bundesvorstand. Januar 1967, in: Benz/Plum/Röder (Hrsg.), Einheit der Nation (wie Anm. 23), S. 208-217.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Denkschrift aus der Feder von Hans-Wolfgang Rubin,[28] war eine atemberaubend radikale Abwendung von Alleinvertretungsanspruch und Hallsteindoktrin: Gefordert wurde »die Aufgabe des Anspruchs auf die deutschen Ostgebiete und die Akzeptierung der gegenwärtigen deutschen Ostgrenzen; Verzicht der Bundesrepublik auf Teilhabe an multilateralen und multinationalen Atomstreitkräften; Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu allen ost- und südosteuropäischen Staaten; Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, über die schrittweise Wiederherstellung des freien Personenverkehrs, über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie über einen Kulturaustausch.«[29] In der Zeit der Großen Koalition schien es manchen, als wollte die FDP mit ihren linksliberalen Protagonisten Hildegard Hamm-Brücher, Ralf Dahrendorf, Werner Maihofer und Karl-Hermann Flach selbst die SPD politisch – und das hieß auch außenpolitisch – links überholen.

Zunächst konnte sich die radikale Neuformulierung, die naturgemäß in der Partei umstritten war, noch nicht durchsetzen. Eine Entscheidung wurde auf dem Parteitag 1967 durch eine dilatorische Kompromissformel Hans-Dietrich Genschers zunächst umgangen. Angesichts des konservativen Wählerstamms und der kaum zu umstürzlerischen Ideen neigenden Riege der ehemaligen Bundesminister war dies zweifellos eine weise Entscheidung, die eine Spaltung vermied. Die »Gratwanderung« war durchaus »halsbrecherisch«,[30] und es war daher hilfreich, daß bald schon innenpolitische Fragen wieder die Schlagzeilen bestimmten. Der Freiburger Parteitag der FDP wählte Walter Scheel Ende Januar 1968 als Nachfolger Erich Mendes zum neuen Bundesvorsitzenden. Scheel hatte in den folgenden Monaten genug zu tun, die Flügel seiner Partei im Griff zu behalten, zumal die Kämpfe noch geraume Zeit hinter den Kulissen und auch auf der Bühne weitergingen. Für außenpolitische Profilierung blieb keine Zeit, alldieweil Mende und die Parteirechten gegen ihn stichelten. Es war Arbeit genug, sich als Bundesvorsitzender zu beweisen, die verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei im Zaum zu halten und auf einen gemeinsamen Kurs einzuschwören. Aber auch den linksliberalen Rebellen in der FDP machte es Scheel, der »keineswegs sogleich als entschiedener Reformer und Erneuerer galt«,[31] nicht recht. Sie kritisierten den glanzlos wirkenden Kurs der Kontinuität als »Fortsetzung Mendes mit anderen Mitteln.«[32] Mit aggressiver Oppositionsarbeit, die ohne-

28 Hans Wolfgang Rubin, Die Stunde der Wahrheit, in: Benz/Plum/Röder (Hrsg.), Einheit der Nation (wie Anm. 23), S. 204-208.
29 Wolfgang Schollwer, Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der F.D.P. seit 1952, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei, Referat für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1972, S. 19.
30 Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition (wie Anm. 21), S. 281.
31 Ebd. S. 282.
32 FDP: Zum Schießen, in: Der Spiegel vom 5. Februar 1968, S. 32. Vgl. hierzu Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 99.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hin nicht Scheels Stärke war, ließ sich die Selbstbehauptung der kleinen Partei angesichts des programmatisch diffusen Erneuerungsstrebens[33] nur schwer durchführen. Sich durch die Oppositionszeit durchzulavieren, ohne aus dem Bundestag und den Landtagen herausgeworfen zu werden, war daher das Motto der Stunde. Das auf Kiesinger gemünzte Wort vom »wandelnden Vermittlungsausschuß« konnte man auch auf Scheel anwenden. Er hatte, so hat Walter Henkels es ausgedrückt, »die undefinierbare Eigenschaft, ›sympathisch‹ zu sein.«[34]

Aber er war ein kluger Stratege, diszipliniert und auch mit einem eisernen Willen zur Macht: Das durchaus gewagte Manöver, den Reformpolitiker Gustav Heinemann (SPD) im März 1969 zum Bundespräsidenten zu küren, gelang trotz aller Sorgen vor Abtrünnigen aus der eigenen Partei. Die Zerreißprobe wurde vermieden und zugleich außenpolitisch die Weichen in Richtung sozialliberale Koalition gestellt: und das hieß auch Neue Ostpolitik. Der ökonomische National-Liberalismus der Wirtschaftswunderzeit wurde durch einen gesellschaftspolitischen Reformliberalismus ergänzt. Das bisherige Liberalismusverständnis sollte nicht mehr nur eine politische Orientierung sein, sondern auch das soziale Engagement in der Demokratie ermöglichen. Die Freiburger Thesen von 1971 gaben dem Freiheitsbegriff von Friedrich Naumann den Vorzug. Die Fähigkeiten des Menschen zu selbstständigen Entscheidungen sollte nicht im Widerspruch zu Gemeinschaft, Mitmenschlichkeit und demokratischer Partizipation stehen, sondern in ihnen aufgehen. In den immer wieder zitierten Freiburger Thesen, die eine mächtige Strömung des Zeitgeistes und den Wertewandel der Bundesrepublik abbildeten, muß man nach expliziten außenpolitischen Bezügen allerdings suchen: Eine liberale Außenpolitik in den Zeiten des Kalten Krieges, der nuklearen Bedrohung und der Blockkonfrontation ist eher im Grundsätzlichen zu erkennen, nämlich in der Ablehnung totalitärer Modelle. Insofern war die Aussage der Einleitung auch eine Absage an das Modell von Sozialismus und Marxismus östlicher Prägung: »Freiheit und Glück des Menschen sind für einen (...) Sozialen Liberalismus danach nicht einfach nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheitsrechte und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte. Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formale Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft kommt es ihm an.«[35]

33 Weber, Die Konjunktur der Linksliberalen (wie Anm. 18), S. 157.
34 Walter Henkels, ... aber der Wagen der rollt. Walter Scheel anekdotisch, Düsseldorf/Wien 1974, S. 11.
35 Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik, Bonn 1971, S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II.

Es waren die wesentlich machtpolitisch geprägten Absprachen zwischen Brandt und Scheel, die nur wenige Tage vor den Bundestagswahlen von 1969 mit einer Koalitionsaussage vollendete Tatsachen schufen und den »Machtwechsel« ermöglichten. Er verhinderte den Abstieg der FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde. Der Lohn der Koalition für Scheel war das Außenministerium – mit dem die insgesamt fast 30 Jahre währende Tradition freidemokratischer Chefs im Auswärtigen Amt begründet wurde. Wie tief der Schock bei den machtgewohnten Christdemokraten saß, zeigte die verächtliche Bemerkung des ausgebooteten Ex-Kanzlers Kiesinger, es werde zukünftig darum gehen, die FDP »kurz und klein zu machen«[36] und die liberale Partei, die sich jetzt als »Schlüsselfigur der Bundesrepublik« betrachte, aus den Landtagen »herauszukatapultieren«.[37]

Manfred Görtemaker hat kritisch ausgeführt, Scheel habe von Brandt das lange vereinbarte Auswärtige Amt bekommen, »obwohl Scheel von Außenpolitik eigentlich nichts verstand«.[38] Obwohl die Historiker inzwischen über jene Jahre durch die veröffentlichten Akten[39] und durch zahlreiche auf diesen Quelleneditionen basierende Studien umfassend informiert sind,[40] läßt sich Scheels Außenpolitik atmosphärisch wohl immer noch am besten über Arnulf Barings Werk über den »Machtwechsel« verstehen, dessen zentrale Passagen über Scheel aus der Feder von Manfred Görtemaker stammen. Das Bild Scheels als Außenpolitiker wird auch heute noch wesentlich durch diese Studie geprägt, und dieser hat selbst an der Entstehung dieses Bildes einen gewichtigen Anteil. Scheel hat später Baring selbst eingeladen, eine kritische historisch-politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme seiner Amtszeit vorzunehmen. Baring hat Scheel in den folgenden Jahren mehrmals darauf hingewiesen, daß er »überhaupt vielleicht schlechter wegkommen werde, als er verdiene«,[41] aber diese Warnung hat sich weder bei Erscheinen des Buches im

36 Zitiert nach Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 170.

37 Udo Bermbach, Stationen der Regierungsbildung 1969, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (1970), S. 18.

38 Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 501.

39 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963-1976, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1994-2007; Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe: 21. 10. 1969 bis 30. 9. 1982, hrsg. vom Bundesministerium des Innern/Bundesarchiv, München 2002-2005.

40 Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link (Hrsg.), Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 161-282. Andreas Kramer, Die FDP und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982, Bonn 1995.

41 Baring, Machtwechsel (wie Anm.18), S. 14. Vgl. hierzu auch die Beurteilung Scheels aus der rückblickenden Warte: Walter Scheel, Erinnerungen und Einsichten, Stuttgart 2004, S. 229.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Jahr 1982 bestätigt noch muß diese Beurteilung aus der heutigen Sicht revidiert werden.

Tatsächlich erwies es sich als schwierig, an der Adenauerallee Fuß zu fassen. Die tiefen Animositäten zwischen Auswärtigem Amt und Entwicklungshilfeministerium, dessen Chef Scheel schließlich gewesen war, waren hinlänglich bekannt. Scheel stieß auf feste Traditionsstrukturen »und musste sie zunächst einmal respektieren«.[42] In der Tat zeigte sich schnell, dass der Arbeitsalltag nicht einfach war. Als im November 1969 im neuen Bundestag der Atomwaffensperrvertrag diskutiert wurde, erwies sich dies als Materie, von der Scheel so gut wie keine Ahnung hatte. In der Debatte mit dem CDU-Experten Kurt Birrenbach, der seit vielen Jahren mit dem Thema befaßt war, geriet Scheel derart ins Rutschen, dass ihn Brandt, als Vorgänger im Amt natürlich mit der Sache bestens vertraut, retten musste.[43] Arnulf Baring hat berichtet, den Teilnehmern der Fragestunden im Deutschen Bundestag vom 26. und 27. November 1970 hätten noch Jahre später »die Haare zu Berge« gestanden, wenn sie an den ersten Auftritt des neuen Außenministers zurückdachten.[44] Als neuer Außenminister nicht gerade Bestnoten zu erhalten, scheint in der Bundesrepublik übrigens ein liberales Schicksal zu sein: Auch als Henry Kissinger Hans-Dietrich Genscher 1974 das erste Mal traf, hatte er den Eindruck, dieser sei »mit außenpolitischen Fragen, um es einmal zurückhaltend zu formulieren, nicht sonderlich vertraut« gewesen.[45]

Im Auswärtigen Amt war es wesentlich Scheels Staatssekretär Paul Frank, der ihn mit den Fallstricken der Außen- und besonders der Neuen Ostpolitik vertraut machte. Frank hegte zudem Vorbehalte gegen den als idealistischen Nationalisten eingeschätzten Egon Bahr, der keine Probleme damit hatte, Kompetenzen der Adenauerallee an sich zu reißen, wenn sich die Möglichkeit dazu bot und von dort keine Gegenwehr zu spüren war. Wenn man gewollt hätte, hätte man schon heraushören können, daß auch Scheel von Egon Bahrs Idee des »Wandels durch Annäherung« wenig hielt. Später hat er offen bekannt, er sei ein »Gegner« der Bahrschen Theorie gewesen[46] – auch hierin zeigte sich der bekennende »Pragmatiker«.[47]

42 Hans-Roderich Schneider, Präsident des Ausgleichs. Bundespräsident Walter Scheel – ein liberaler Politiker, Stuttgart 1975, S. 99.

43 Brandts Chef des Planungsstabes hat Scheel im kleinen Kreis in Schutz genommen: »Der ganze Aktenvorgang zum Sperrvertrag wiegt ein paar Zentner. Und das hat Herr Birrenbach, der die ganze Zeit dafür zuständig war, alles gelesen. Selbst wenn man Scheel ein Exzerpt herstellt, sind das mindestens 200 Schreibmaschinenseiten, für die er gerade eine Woche Zeit hatte. Das ist dann ein unfaires Spiel.« Zitiert nach ebd., S. 99.

44 Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 270.

45 Henry Kissinger, Hans-Dietrich Genscher und die Optionen deutscher Außenpolitik, in: Klaus Kinkel (Hrsg.), In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten, Berlin 1997, S. 216-221, hier S. 219.

46 Walter Scheel, Erinnerungen und Einsichten (wie Anm. 41), S. 106.

47 Siekmeier, Restauration oder Reform? (wie Anm. 18), S. 379.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Scheel und Genscher waren schon im Sommer 1969 nach Moskau gereist, um sich einen Eindruck von der sowjetischen Haltung zu verschaffen. Ihnen war nicht verborgen geblieben, daß die selbstbewußt vorpreschende Neue Ostpolitik in Washington, aber auch in den Hauptstädten Westeuropas nicht nur auf Zustimmung stieß, sondern alte tiefsitzende Ängste und Bedenken vor einem deutschen Rückfall in den Neutralismus oder Nationalismus hervorrief. Henry Kissinger hat dem französischen Botschafter in Washington am 7. August 1970, wenige Tage vor Unterzeichnung des Moskauer Vertrages, anvertraut, Brandt und Scheel seien »en train de détruire les structures de l`Etat allemand«.[48] Auch in der Geschichtswissenschaft ist diese Frage immer wieder behandelt worden. Würde die Sowjetunion auf das von Schollwer entworfene und von Scheel mitgetragene Modell der Entspannungspolitik eingehen? Anders gefragt: »Hatte eine im Stil der *flower-power*-Stimmung eingeführte Offensive des Lächelns tatsächlich eine Chance bei den Realpolitikern im Kreml?«[49] Die Sorge war mit Blick auf Scheel unbegründet. Den sozialdemokratischen Weg, jede harte Auseinandersetzung mit Moskau zu vermeiden und geradezu ungeduldig in erster Linie den Konsens mit den Diktaturen des Ostens zu suchen, lehnte Scheel ab. In einer Rede, die den Beifall aller Parteien im Deutschen Bundestag gefunden hatte, hatte Scheel schon die Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei 1968 deutlich kritisiert. Moskau habe »sich entschieden, als imperialistische Macht zu handeln, d.h. ihre Machtpolitik vor ihre ideologischen Ambitionen zu stellen«, hatte Scheel im Plenum am 25. September 1968 betont. Es stelle sich die Frage, so hatte er hinzugefügt, ob die Politik der Sowjetunion rational noch »berechenbar« sei.[50] Kurz darauf hatte er es als »außerordentlich bedrohlich« bezeichnet, »daß die UdSSR den Konflikt im Nahen Osten als ein Vehikel nutzen« wollte, um »ihren Einfluß in diesem Bereich zu verstärken«.[51]

Er war sich mit seinen Beratern – die im übrigen auch seine Imageberater waren – einig, daß die Bundesrepublik einen Außenminister brauchte, der die politischen und ökonomischen Interessen der Bundesrepublik angemessen vertrat, in diesem Zusammenhang durchaus in die Fußstapfen Stresemanns tretend, der ja ebenfalls, weil ihm nichts anderes übrigblieb, auf die »wirt-

48 Aufzeichnung von Lucet über ein Gespräch mit Kissinger am 7. August 1970, zitiert nach Gottfried Niedhart/Oliver Bange, Die »Relikte der Nachkriegszeit« beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 333, Anm. 150.

49 Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition (wie Anm. 21), S. 451.

50 Zitiert nach Boris Meissner (Hrsg.), Die deutsche Ostpolitik 1961-1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970, S. 293-297.

51 Scheel wird zitiert nach Reiner Albert/Gottfried Niedhart, Vom System- zum Machtkonflikt: die Sowjetunion in der westdeutschen Bedrohungswahrnehmung, in: Arnold Sywottek (Hrsg.), Der kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden?, Münster/Hamburg 1994, S. 69-88, hier S. 87.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schaftliche Macht«[52] setzte. Die Neue Ostpolitik war daher in erster Linie die längst überfällige Anpassung der Bundesrepublik an die internationale Politik. Dafür wollte er »allen deutschlandpolitischen Ballast abwerfen, der niemandem nützte, aber Bonn einengte und außenpolitisch behinderte, ja lähmte. Die Selbstfesselung der Bundesrepublik durch eine unlösbare *Deutsche Frage* mußte aufhören. Scheel ging es primär um Handlungsfreiheit, um mehr internationalen Manövrierraum für die Bundesrepublik; er wollte der normale Außenminister eines normalen Landes sein. Hierin lag für ihn der Hauptantrieb zur Neuen Ostpolitik.«[53]

Als problematisch erwies sich die enge Verbindung zwischen Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt. Im Bundeskanzleramt stammten der Staatssekretär, alle Mitarbeiter und die Referenten aus der Adenauerallee – »rasserein Auswärtiges Amt«, wie Scheel sagte, dem es erst Mitte 1970 gelang, die Sonderpolitik unter Umgehung des Außenministers zu beenden, das Auswärtige Amt selbst in den Griff zu kriegen und die »offene Flanke« mit Hilfe seines treuen Paul Frank zu schließen.[54]

Verhandelt wurden die Ostverträge sicherlich in erster Linie von Egon Bahr und seiner Entourage. Bahr war, wie Baring es ausgedrückt hat, »Kopf *und* Herz«[55] der Neuen Ostpolitik. Er hatte durch seinen direkten Draht zu Brandt, durch seine vielfältigen Kontakte nach Osteuropa und durch die privilegierte Stellung des Bundeskanzleramts eine »veritable Schlüsselposition«,[56] die die Mitgestaltung der Deutschland- und Außenpolitik für Scheel nicht leicht machte. Zu wenig Beachtung findet jedoch häufig, daß Scheel im Zusammenhang mit den ganz zentralen Verhandlungen zum Moskauer Vertrag drei wichtige Modifizierungen zu verantworten hatte, die auch Auswirkungen auf das folgende Vertragswerk hatten: den Warschauer Vertrag mit Polen von 1970, den Prager Vertrag mit der Tschechoslowakei von 1973, den Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 und, unter indirekter Beteilung Bonns, das Viermächte-Abkommen über Berlin von 1972.

Schon als Egon Bahr mit seinem in Moskau verhandelten Papier vom 22. Mai 1970 nach Bonn zurückgekehrt war, war zu erkennen, daß er »das Gerüst eines fertigen Vertrages«[57] mitgebracht hatte, das jedoch zahlreiche Fragen aufwarf und nach Ansicht von Skeptikern wie Paul Frank und Hans-Dietrich Genscher noch Nachbesserungen notwendig machte. Aus heutiger Sicht gibt es keinen Zweifel, daß in Moskau die Gesprächsführung und die Verhandlun-

52 Gall, Liberalismus und auswärtige Politik (wie Anm. 3), S. 44.
53 Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 308.
54 Scheel, Erinnerungen und Einsichten (wie Anm. 41), S. 104.
55 Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 266.
56 Hans-Heinrich Jansen, Unterwegs zur Einheit? Anmerkungen zur Deutschlandpolitik der FDP 1969-1982, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 21 (2009), S. 199-221.
57 Baring, Machtwechsel (wie Anm.18), S. 311.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen Bahrs, der ohnehin »zur Geheimdiplomatie«[58] neigte, »recht gewagt und unkonventionell« waren.[59] Scheels Eingreifen war daher berechtigt.[60] Er war auch in diesem Fall, wie Berndt von Staden als Diplomat aus nächster Nähe beobachtet hat, »kein Mann der Akten«. Aber »sein scharfer Verstand ließ ihn Sachfragen und Menschen blitzschnell erfassen und richtig einschätzen«. Weil er »geschmeidig« auftrat und sich mit kompetenten Beratern umgab, konnte er auch mit den schwierigen Gesprächspartnern im Kreml »geschickt auf eine zuweilen fast tänzerische Art« verhandeln.[61]

Erstens ließ er die westlichen Verbündeten wissen, daß die Abmachungen mit dem Kreml nicht die Rechte der Vier Mächte gegenüber Deutschland berührten – ein wichtiges Signal an die Schutzmächte der Bundesrepublik. Zweitens erklärte er bei der Paraphierung des Moskauer Vertrages ausdrücklich, daß es vor einer Wirksamwerdung ein Vier-Mächte-Abkommen, also eine konkrete Regelung für Berlin, geben müsse. Neben diesem auch später immer wichtigeren Junktim, das eine juristisch wasserfeste Absicherung des freien Teils der Stadt bedeutete, war es drittens der »Brief zur deutschen Einheit«, der letztlich auf Scheels Mitwirkung hin dem Gesamtvertragspaket hinzugefügt und dem sowjetischen Außenminister Gromyko übergeben wurde. Auch in den Verhandlungen in Warschau und Prag modifizierte Scheel einige wichtige Festlegungen hinsichtlich des Grenzvorbehalts und der Anerkennung der Rechte der deutschen Aussiedler. Scheels Hinweise, Bonn werde auf einen »Zustand des Friedens in Europa« hinwirken, »in dem das deutsche Volke in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«, war für die spätere Entwicklung von zentraler Bedeutung. Scheel attestierte der Bundesrepublik unverändert einen Provisoriumscharakter, von dem es keinen Abschied geben sollte.[62] Es konnte völkerrechtlich auch keinen Abschied geben, weil die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten nur eine Atempause im Wettrüsten darstellte, aber keine Überwindung der ideologischen Gegensätze, die unverändert bestehen blieben.

Unumstritten konnten diese Verhandlungsergebnisse in der zerrissenen bundesrepublikanischen Landschaft nicht sein, und deshalb galt es zunächst auch für den noch nicht lange amtierenden Außenminister eine Durststrecke zu überwinden: Die Neue Ostpolitik blieb heftig umstritten, und Scheel wirkte nach mehreren verlorenen Landtagswahlen im Sommer 1970 als Parteichef derart angeschlagen, daß sein Stuhl wackelte. Josef Ertl vom rechten Parteiflügel nannte im Juli das Jahr 1970 das »Schicksalsjahr der FDP« und fügte

58 Ebd., S. 435.
59 Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages (wie Anm. 7), S. 312.
60 Ausführlich zur Bilanz der Scheel-Verhandlungen Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 341-349.
61 Berndt von Staden, Zwischen Eiszeit und Tauwetter. Diplomatie in einer Epoche des Umbruchs. Erinnerungen, Berlin 2005, S. 95f.
62 Vgl. hierzu Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. 1982-1990, München 2006.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

an, es gehöre nur »noch ein kleiner Wind« dazu, »und dann ist diese Partei weg«.[63] Dieser Pessimismus bestätigte sich nicht. Schon die Landtagswahl in Hessen im November 1970 konnte auch als Bestätigung für Scheels Kurs gewertet werden und bedeutete eine Wende. In dem Maß wie die Neue Ostpolitik populär wurde, wuchs auch Scheels Prestige, zumal nun erkannt wurde, daß seine »Verbindung von Heiterkeit und Härte« es ihm ermöglicht hatte, in den Verhandlungen mit dem Ostblock eine »zielstrebige Energie« mit »beharrliche(m) Durchhaltevermögen« zu verbinden, um die Bonner Positionen zur Geltung zu bringen.[64]

Dennoch fällt – trotz aller Nachbesserungen, die auf Scheels Initiativen beruhten – die wissenschaftliche Bilanz der Ostpolitik von Brandt und Scheel »gemischt«[65] aus. Eine deutliche Nachgiebigkeit im Überschwang der Entspannungseuphorie führte dazu, daß manche berechtigten Ziele wie etwa bei der Familienzusammenführung und der Ausreise nicht erreicht wurden und das Bonner »Konzessionsverhalten«[66] und das dezidierte Entgegenkommen auch heute noch berechtigte Fragen nach sich ziehen.

Peter Lösche und Franz Walter haben durchaus kritisch angemerkt, die FDP sei in der sozialliberalen Koalition als »Korrektivpartei« zur SPD durchaus erfolgreich gewesen. Gemeint war damit, daß die FDP als Partei der besitzbürgerlichen Interessen als »Bremser« aufgetreten sei und die Freiburger Thesen nur noch mythisiert habe.[67] Über die innenpolitischen Aspekte der Bremserfunktion soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden; außenpolitisch war es geradezu notwendig, sich als Korrektiv zum großen Koalitionspartner SPD zu positionieren.[68] Liselotte Funcke, die Walter Scheel politisch mit am längsten kannte, hat bezeichnenderweise einmal ausgeführt, dessen Liberalität und seine Urteilsbildung sei »keine politische Weltanschauung« gewesen,[69] eine nicht unbedeutende Eigenschaft, zumal es auch in der FDP eine ideologieanfällige Strömung gab. Es war wichtig, dass gegen Bahrs Modell des »Wandels durch Annäherung« ein Gegenmodell existierte. Bahrs Vision war dadurch charakterisiert zu glauben, dass als Folge der Ostverträge in Europa eine dynamische Entwicklung stattfinden werde, die die Landkarte verändern, ein

63 Zitiert nach Weber, Die Konjunktur der Linksliberalen (wie Anm. 18), S. 169.
64 Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 307.
65 Lappenküper, Die Außenpolitik (wie Anm. 9), S. 97.
66 Margit Roth, Konzessionsverhalten in der Ost-West-Auseinandersetzung. Berlin-Frage, Deutschland-Frage, Europäische Sicherheit, Frankfurt am Main 1993.
67 Peter Lösche/Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt1996, S. 95.
68 Auf ein anderes Korrektiv kann an dieser Stelle nur knapp hingewiesen werden: Die auf Initiative der CDU/CSU eingebrachte Klage gegen den Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht, die im Ergebnis deutschlandpolitische Bedeutung bis zur Wiedervereinigung zukam. Vgl. hierzu Andreas Grau, »Gegen den Strom«. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1973, Düsseldorf 2005, S. 528.
69 Zitiert nach Henkels, ... aber der Wagen der rollt (wie Anm. 34), S. 19.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

neues mitteleuropäisches Sicherheitssystem schaffen und den Blockgegensatz auflösen werde. Einer vernunftgeleiteten liberalen Außenpolitik mußten solche Hoffnungen auf eine Konvergenz der Blöcke, auf eine gleichsam sanfte Auflösung des Ost-West-Gegensatzes – gar noch verbunden mit einem »demokratischen Sozialismus« – suspekt erscheinen. Heute wissen wir, daß diese Träumereien ebenso illusionär waren wie die kurz zuvor ventilierten verschwommenen Ideen eines Charles de Gaulle, ein Europa vom Atlantik bis zum Ural zu konstruieren oder die romantischen Vorstellungen mancher Vertreter der Studentenbewegung.[70]

Karl-Hermann Flach hat auf dem Bundesparteitag der FDP in seiner Antrittsrede als Generalsekretär am 25. Oktober 1971 gegen diese, dem damaligen Zeitgeist entsprechenden, vermeintlichen Gewißheiten argumentiert: »Wir wissen, daß es keine letzten Erkenntnisse irdischer Natur gibt und die Wahrheit von heute den Irrtum von morgen umschließt. Darum bemühen wir uns nicht nur, die ideologische Verschleierung der bestehenden Machtverhältnisse aufzuklären, sondern auch die Grenzen und Gefahren bei der Verwirklichung großer Utopien aufzuzeigen. Wir haben auch gegenüber bestimmten Kräften in der SPD ein Wächteramt.«[71]

Scheel war für die Vermittlung dieses pragmatischen Ansatzes geeignet. Er war außenpolitisch instinktsicher, weil bei ihm die Veranlagung zu einer doktrinär aufgeladenen Politik nicht vorhanden war – ihm fehlte sozusagen das ideologische Gen.[72] Für ihn war letztlich die flexibel gehandhabte Entspannungspolitik ein Mittel zum Zweck: Anders formuliert: Die Neue Ostpolitik in liberaler Tönung war in letzter Konsequenz daher die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln. Auch deshalb war Scheel ein Gegner der Idee einer multilateralen europäischen Atomstreitmacht. Scheel war in seinem Herzen Europäer; Karl Moersch hat darauf hingewiesen, daß der bei Scheel enge Zusammenhang von westeuropäischer Integrationspolitik und Deutschlandpolitik schon zeitgenössisch zu wenig beachtet worden sei.[73] Aber trotz aller europäischen Verankerungen und trotz aller Vorbehalte gegenüber den USA blieb Scheel davon überzeugt, daß nur die USA jenen atomaren Schutzschild boten, der nicht durch eine intergouvernementale europäische Regelung ersetzt werden konnte.

70 Vgl hierzu bereits zeitgenössisch Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution, Stuttgart u.a. 1970.

71 Karl-Hermann Flach, Die Zukunft der Liberalen, in: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff, Freiheit in Verantwortung – deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven, Gerlingen 1998, S. 103-113, hier S. 110.

72 Vgl. hierzu auch Siekmeier, Restauration oder Reform? (wie Anm.19), S. 363.

73 Karl Moersch, Immer wieder war`s ein Abenteuer, Erinnerungen, Stuttgart/München 2001, S. 301.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

III.

Nach außen hin war es die Kombination physischer Belastungen und nervlicher Anspannung,[74] aber auch der fehlende Wille zur Macht, der dazu führte, daß Walter Scheel 1974 das Feld der Außenpolitik räumte. Seine auf diese Wendung unvorbereitete Partei reagierte »schockiert«, wie Wolfgang Schollwer die Wirkung zusammengefasst hat.[75] Aber der Verzicht auf das Auswärtige Amt und die Wahl zum Bundespräsidenten war eine folgerichtige, vielleicht zum teil instinktive Reaktion auf den weltpolitischen Gezeitenwechsel. Die Phase der aktiven neuen Ostpolitik war beendet. In der Bundesrepublik hatte Willy Brandt in der Berlin-Frage und angesichts massiver Behinderungen des Transitverkehrs durch die SED-Diktatur bereits mehrfach die USA um Hilfe gegenüber dem Kreml bitten müssen. Anders als in Bonn erhofft, waren die Sowjetunion und die Staaten in ihrem Machtbereich nur an ihrer äußeren und inneren Konsolidierung, nicht jedoch an einer grundsätzlichen Annäherung interessiert. Weil eine Aufhebung des ideologischen Gegensatzes im Ost-West-Konflikt das sowjetische Satellitensystems unweigerlich gesprengt hätte, wandte sich Moskau kategorisch gegen jede Form der Détente, die eine Aufweichung der Blöcke hätte zur Folge haben können. Die Abgrenzung zur Bundesrepublik wurde »zu einer Art politischen Naturgesetzes« (Peter Bender). Systematische Behinderungen im Transitverkehr nach Berlin bezeugten augenfällig den Stillstand der Détente, die in den USA bereits zu Grabe getragen wurde, während in Europa noch verzweifelte Lebensrettungsversuche unternommen wurden. Aber auch hier machte sich »sorgenvolle Ernüchterung«[76] breit. Mit dem Ölschock 1973 und dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods wurde auch auf einem anderen Feld deutlich, daß in der Weltwirtschaftspolitik eine Zeitenwende bevorstand. Helmut Schmidt musste nicht nur wirtschaftspolitisch einige Scherben aufkehren, die sein Vorgänger im Amt hinterlassen hatte. Mit anderen Worten: Der außenpolitische Abschied von Scheel war nicht nur aus Gesundheitsgründen konsequent.

Während in Bonn noch manche Illusionen über die Zukunft der Entspannungspolitik bestanden, war Scheels Blick als Bundespräsident auf andere Felder gerichtet. Er wurde, auf seine Erfahrungen als Minister in den 1960er Jahren zurückgreifend, zum »unermüdlichen Mahner im Nord-Süd-Dialog«.[77]

74 Vgl. Scheel, Erinnerungen und Einsichten (wie Anm. 41), S. 134.

75 Wolfgang Schollwer, Liberale Führungspersonen – Die Parteivorsitzenden, in: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff, Freiheit in Verantwortung – deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven, Gerlingen 1998, S. 161-182, hier S. 177.

76 Baring, Machtwechsel (wie Anm. 18), S. 19.

77 Arnulf Baring, Diplomatie, Politik und Zeitgeschichte. Mr. Bundesrepublik: Walter Scheel, in: Hans-Dietrich Genscher (Hrsg.), Heiterkeit und Härte. Walter Scheel in seinen Reden und im Urteil von Zeitgenossen, Stuttgart 1984, S. 19-46, hier S. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wichtiger war sein Werben für Europa, wie etwa seine Rede in der Bonner Schloßkirche am 6. Mai 1975 zeigte. Die Zeit »nationaler Machtpolitik in Europa« sei zu Ende. Die Bundesrepublik habe sich der Einigung Westeuropas verschrieben und werde daran festhalten, bis das Werk vollendet sei. Die friedliche Lösung der deutschen Frage sei, so fuhr er fort, nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung möglich.[78] Erstaunlich war dieses Festhalten am Europagedanken schon deshalb, weil es dem Zeitgeist nicht unbedingt entsprach: Die Europabegeisterung der 1950er Jahre war angesichts der mannigfachen Zwistigkeiten um die Erweiterungsoptionen weitgehend verpufft.

Ungewöhnlich, zumindest der Tendenz nach, war auch, dass Scheel am Gedanken der Wiedervereinigung in einem friedlichen Europa festhielt. Selbst Rainer Barzel, der Unterlegene im Ringen zwischen Regierung und Opposition beim konstruktiven Misstrauensvotum, hat später anerkannt, daß trotz damals unüberbrückbar erscheinenden Gräben in der weiteren Perspektive der Ostpolitik die »Berührungspunkte deutlicher in Erscheinung« getreten seien.[79] Während Scheel letztlich also nicht dem »Schein des Wandels durch Annäherung«[80] erlag, waren andere nicht so standfest. Die DDR verstand es weiterhin, die euphorischen Erwartungen der westdeutschen Sozialdemokraten auszunutzen, die ihre Ostpolitik weiterzuführen wünschten und für die Illusion der »Sicherheitspartnerschaft« mit der DDR »erhebliche konzeptionelle Klimmzüge« machen mußten.[81]

Um allerdings etwas Wasser in den Wein zu kippen: Bei der Gedenkrede zum 17. Juli 1986, zu der der Alt-Bundespräsident als Redner geladen war, erwähnte auch Scheel – zur Enttäuschung vieler Abgeordneter der CDU/CSU – die »Wiedervereinigung« mit keinem Wort.[82] Damit war er natürlich nicht allein: Viele Bundesdeutsche hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits in der Zweistaatlichkeit eingerichtet und glaubten, ein »postnationales Stadium« erreicht zu haben.

78 Walter Scheel, 30 Jahre nach dem Krieg. Rede in der Schlosskirche zu Bonn am 6. Mai 1975, in: Ders., Die Zukunft der Freiheit. Vom Recht des Anderen. Reden 1975-1979, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981, S. 20-29, hier S. 25f.

79 Rainer Barzel, Vom parlamentarischen Kompromiß zur gemeinsamen Deutschlandpolitik, in: Genscher (Hrsg.), Heiterkeit und Härte (wie Anm. 77), S. 215-220, hier S. 215.

80 Martin Sabrow, Der Streit um die Verständigung. Die deutsch-deutschen Zeithistorikergespräche in den achtziger Jahren, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 113-130, hier S. 130.

81 Frank Fischer, »Im deutschen Interesse«. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001, S. 377.

82 Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 474. Zur grundsätzlichen Problematik Jürgen Frölich, (K)ein besonderer liberaler Weg zur Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten? Die Kontakte zwischen FDP und LDPD in den 1970er und 1980er Jahren, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 199-212.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das lenkt auf die Eingangsfrage zurück, was liberale Außenpolitik nach 1945 sein konnte. War sie – wie Scheel es als Entwicklungshilfe- und Außenminister betrieb – der Dialog mit den Entwicklungsländern, Ostpolitik, Entspannung, multilaterale Europapolitik, im Kern also »West*bindung* plus Ost*verbindungen*«?[83] Das wäre ein ziemliches Potpourri, abhängig von den jeweiligen Zeitumständen. Man sollte die Vorstellung liberaler Außenpolitik nach 1945 weiter fassen: Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Ideologien, was noch die Phase des Kalten Krieges und der kommunistischen Diktaturen bis 1989 einschließt. Liberale Außenpolitik bedeutete hier konkret die strikte Ablehnung dogmatischer, utopischer und heilsversprechender Lösungen.

Man kann natürlich fragen, ob eine solche Definition liberaler Außenpolitik, gleichsam der »Pragmatismus der Nachkriegszeit«,[84] eine langfristige Fundierung sein kann. Ralf Dahrendorf hat darauf hingewiesen, daß Demokratie und Menschenrechte »kalte Projekte« seien, die »den Menschen weder Identität noch einen Sinn der Zugehörigkeit« geben.[85] Einer soeben skizzierten liberalen Außenpolitik muß notgedrungen die »ostensible Missionsidee«[86] fehlen. Der Liberalismus mit seiner Betonung auf Individualismus, Marktwirtschaft und dem universellen Recht ist auch außenpolitisch auf »moralische und wertmäßige Kontexte angewiesen, wie sie von Traditionen, gemeinsamen Wertvorstellungen oder einer Zivilreligion gestiftet sind«.[87] Joachim Fest hat dies einmal ganz ähnlich ausgedrückt: es sei »der große, gleichsam angeborene Mangel liberaler Gesellschaften, daß sie keine greifbaren, die Leiden und Ängste der Menschen rechtfertigenden Lebenssinn vermitteln.«[88]

Das ist, wie Hans Vorländer gezeigt hat, in einer pluralistischen »Gesellschaft ohne Tugend«[89] wie der heutigen nicht ganz einfach und eine stetige Herausforderung, weil Liberale davon überzeugt sind, daß »in modernen Gesellschaften keine Konzeption des Guten zu einer für alle Gesellschaftsmitglieder verpflichtenden Grundlage der politischen und gesellschaftlichen Vergemein-

83 Werner Link, Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perzeption des internationalen Bedingungsfeldes, in: Manfred Funke u. a. (Hrsg.) Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 400-416, hier S. 410.

84 Gall, Liberalismus und auswärtige Politik (wie Anm. 3), S. 46.

85 Ralf Dahrendorf, Freiheit und soziale Bindungen. Anmerkungen zur Struktur einer Argumentation, in: Krzysztof Michalski (Hrsg.), Die liberale Gesellschaft, Stuttgart 1993, S. 11-20, hier S. 11.

86 Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, München 2008², S. 338.

87 Hans Vorländer, Der ambivalente Liberalismus oder: Was hält die liberale Demokratie zusammen, in: Zeitschrift für Politik 42 (1995), S. 250-267, hier S. 253.

88 Joachim Fest, Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft, Berlin 1993, S. 31.

89 Vorländer, Der ambivalente Liberalismus (wie Anm. 87), S. 257.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schaftung gemacht werden kann und gemacht werden darf.«[90] Dabei noch ganz ungeklärt ist die Frage, ob eine so definierte liberale Außenpolitik ohne ein Verständnis von Macht auskommt. Hermann Oncken hat einmal bei Kriegsende 1918 ausgeführt: »Macht und Freiheit eines Staates sind nicht Gegensätze, sondern sie bedingen sich wechselseitig und sind unlösbar ineinander verflochten.«[91] Lothar Gall hat dieses geradezu eherne Gesetz bestätigt, als er ausführte, daß »Macht (...) in der modernen Welt in vielfältiger Hinsicht zugleich die Voraussetzung der Freiheit« war – und gerade die Ost-West-Auseinandersetzung im Kalten Krieg hat schließlich gezeigt, daß »die Freiheit ohne ein Mindestmaß an machtstaatlicher Organisation, ohne machtstaatliche Instrumente und Hilfsmittel«[92] keine Überlebenschance gehabt hätte.
Jenseits der Freiheit gibt es nur Gleichgültigkeit und Unfreiheit. Freiheit wiederum verspricht nicht Erlösung, sondern verlangt permanente Anstrengung.[93] Ob eine liberale Außenpolitik auf Dauer die Balance zwischen der notwendigen selbstauferlegten Nüchternheit und dem Bewußtsein für das Mindestmaß an Macht halten kann, ist schwer vorherzusagen und der Historiker sollte sich hinsichtlich von Zukunftsprognosen wohlweislich zurückhalten Aber mit dem Blick auf die liberale Außenpolitik in der Amtszeit von Walter Scheel darf er feststellen: Das Experiment liberaler Außenpolitik kann erfolgreich verlaufen. Den Herausforderungen der Utopien und – mit dem französischen Liberalen Raymond Aron gesprochen – dem »Opium für Intellektuelle«[94] widerstanden zu haben, war jedenfalls nicht der geringste Vorteil liberaler Außenpolitik im Zeitalter der Blockkonfrontation.

90 Ebd., S. 256.
91 Hermann Oncken, Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, Bd. IX, Heft 4, Leipzig/Dresden 1919, S. 152
92 Gall, Liberalismus und auswärtige Politik (wie Anm. 3), S. 45.
93 »Demokratische Einrichtungen sind niemals mehr als ein Mittel zur Ermöglichung der Freiheit, doch zu den immer wiederkehrenden, von keiner Erfahrung zu entkräftenden Irrtümern zählt, sie gehe wie von selber aus ihnen hervor.« Fest, Die schwierige Freiheit (wie Anm. 88), S. 35.
94 Raymond Aron, Opium für Intellektuelle oder Die Suche nach Weltanschauung, Köln 1957. Vgl. hierzu auch Matthias Oppermann, Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus, Stuttgart 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Andreas Wirsching

Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel

Im Juli 1987 besuchte eine bundesdeutsche Delegation mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Außenminister Hans-Dietrich Genscher an der Spitze die Sowjetunion. Während dieses Treffens machte Gorbatschow gegenüber Weizsäcker eine berühmt gewordene Bemerkung: Was nämlich in »hundert Jahren« mit der Frage der deutschen Einheit sein werde, das wisse niemand, das werde »die Geschichte entscheiden«. Viele Mitglieder der deutschen Delegation waren enttäuscht; sie hatten mehr erwartet. Hans-Dietrich Genscher aber widersprach: Gorbatschow habe etwas Neues gesagt. Er habe etwas »widerrufen, was wir bisher immer gehört haben, nämlich, dass die deutsche Frage für alle Zeit entschieden sei.« Vielmehr habe Gorbatschow nun die deutsche Frage auf die »Zeitschiene« gesetzt. »Und die Zeitschiene kann man verschieben, die ist variabel. Es ist keine Grundsatzfrage mehr, und aus hundert Jahren können zehn Jahre werden oder weniger.«[1] Tatsächlich hatte Gorbatschow mit seiner eher kryptischen Bemerkung Genschers wachsenden Optimismus bestärkt: ein Optimismus und ein Glaube an die Entwicklungsmöglichkeiten der Geschichte, die ihn ja schon am 1. Februar 1987 zu seiner wohl berühmtesten Rede bewegt hatten: zur Davoser Rede und zur Forderung, Gorbatschow ernst, ja »beim Wort« zu nehmen.[2]

In der Nussschale enthält diese Episode wichtige Elemente für eine Antwort auf die Frage: Was ist liberale Außenpolitik? Was kann liberal gerade auch in einer Zeit wie der heutigen heißen, in denen der problematische und missbrauchte Begriff des »Neo-Liberalismus« den Blick auf historische Kernelemente des Liberalismus eher vernebelt?

Tatsächlich lassen sich, so wird im Folgenden zu argumentieren sein, solche historischen Kernelemente des Liberalismus bei Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik unschwer erkennen. Der erste Teil gilt dem Nachdenken über

1 Hans-Dietrich Genscher: Die Chance der Deutschen. Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit Guido Knopp. München 2008, S. 131 f. Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 544. Zu Gorbatschows Äußerung Fred Oldenburg: »Neues Denken« in der sowjetischen Deutschlandpolitik? In: Deutschland-Archiv 20 (1987), S. 1154 – 1160, hier v. a. S. 1157.

2 Hans-Dietrich Genscher: Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit. Berlin 1991, S. 137-150, hier S. 150.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

solche liberalen Grundlagen, bevor in einem zweiten Schritt die Problematik von »Kontinuität und Wandel« diskutiert werden wird.

I.

Es steht außer Frage, dass manches von dem, was »liberale« Außenpolitik genannt werden kann, der Kontingenz der koalitionspolitischen Umstände geschuldet ist. Gerade in der Bundesrepublik profitierte die F.D.P. von ihrer Rolle als langjähriger Juniorpartner in unterschiedlichen Regierungskoalitionen. Das Amt des Vizekanzlers und Außenministers verdankte sie weitgehend dieser Konstellation. Darüber hinaus aber lässt sich durchaus nach liberalen Inhalten der Außenpolitik fragen. Abstrakt gesprochen, handelte es sich bei ihnen um zunächst drei Grundprinzipien politischen Denkens, die historisch den Liberalismus geprägt haben.[3]

Erstens lässt sich auf den Entwicklungsgedanken verweisen, das heißt auf die Vorstellung vom Prozesscharakter der Geschichte. Kein Zustand kann aus dieser Sicht unverrückbar sein, jeder Status quo ist veränderbar, wenn auch vielleicht nur langsam, mühsam und unter Inkaufnahme von Rückschlägen. Hans-Dietrich Genscher bezog hieraus seinen unerschütterlichen Optimismus, seinen Glauben an die Möglichkeit des Fortschritts in der Geschichte. In der überwiegenden Mehrzahl seiner Amtsjahre bezog sich dieser Optimismus auf die Hoffnung, der Ost-West-Gegensatz möge eines Tages überwunden und damit auch die deutsche Frage gelöst werden können. Dies war die Ratio der Entspannungspolitik. »Entspannung ist nicht Zustand, sondern Prozess«, formulierte Genscher 1976. Sie »ist nicht Abwesenheit von Spannung, sondern Bemühung, die Ost-West-Spannung unter Kontrolle zu halten und wo immer möglich zu verringern.«[4]

Neben den Entwicklungsgedanken tritt zweitens als weiteres liberales Prinzip der Rationalismus, die Vorherrschaft der Vernunft. Rationalität, das bedeutet in guter aufklärerisch-liberaler Tradition den offenen Austausch des Arguments, die Möglichkeit und vor allem auch die Freiheit zur Diskussion. Aus ihr speist sich der Glaube daran, die Kraft des vernünftigen, an der Realität orientierten Arguments werde sich durchsetzen. Erst aus einer solchen Haltung heraus erwächst Berechenbarkeit und aus Berechenbarkeit allein wächst Vertrauen – in der Politik wie im privaten Umgang.

Eine solche liberale Auffassung stand jener dezisionistischen Haltung eines Alles oder Nichts entgegen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die

3 Vgl. hierzu insgesamt auch die Beiträge in Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa. Baden-Baden 2002.

4 Hans-Dietrich Genscher: Aufgaben der Außenpolitik: Entspannung, Kooperation, Integration. In: Ders. (Hrsg.): Liberale in der Verantwortung. München/Wien 1976, S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

deutsche Außenpolitik so häufig und so verderblich charakterisierte. Bereits bei Gustav Stresemann, der sich im Namen einer rationalen »Realpolitik« dem Illusionismus seiner deutschnationalen Gegner entgegenstemmte,[5] kam ein solcher vernunftbetonter Entwicklungsgedanke zum Tragen. Und es kennzeichnete Genschers liberalen Rationalismus, dass es ihm stets darum zu tun war, den Dialog der Vernunft gleichsam zu institutionalisieren. Dies war auch eines der entscheidenden Antriebsmotive für die KSZE, deren Bedeutung Genscher stets zu Recht hervorhob. Jenseits aller konkreten Verhandlungen und Verträge pflanzte die KSZE ein Forum vernünftiger Kommunikation in die Welt des scheinbar unüberwindlichen Blockgegensatzes ein.

Kommunikation und Öffentlichkeit sind mithin die Garanten des aufgeklärt-liberalen Rationalismus. Sie markierten auch das Ziel einer liberal geprägten Außenpolitik. Es galt, einen alten liberalen Traum von Europa zu verwirklichen, einen Traum, der einerseits im frühen 19. Jahrhundert wurzelte, der andererseits aber ganz neue Kraft ausstrahlte und auf einen freien Zustand jenseits des Blockgegensatzes zielte: nämlich »ein Haus der offenen Türen, der freien Kommunikation, ein Europa der Freiheit und Selbstbestimmung.«[6]

Freiheit und Selbstbestimmung verweisen auf das dritte Element in Genschers Außenpolitik, das sich in den klassischen liberalen Kanon einfügt. Das künftige Europa sollte ein demokratisches »Europa der Bürger« sein, ein Europa, in denen die Menschen- und Bürgerrechte für jeden einzelnen ungeteilt Geltung haben würden. Voraussetzung hierfür war freilich, dass sich alle europäischen Nationalstaaten in freier Selbstbestimmung für das demokratische Prinzip entscheiden konnten – ohne ideologische und militärische Bevormundung.

Entwicklungsgedanke und Fortschrittsoptimismus, Rationalismus und freie Kommunikation, Verpflichtung auf Freiheit und Selbstbestimmung: dies waren die entscheidenden liberalen Prinzipien in Genschers Außenpolitik. Welche Methoden wandte er nun an, um diesen Grundsätzen auch in der praktischen Politik Geltung zu verschaffen?

Zwei Merkmale stechen hervor: Zum einen gehörte zu Genschers Politik ein hohes Maß an Empathie, an Verständnis für den jeweils anderen Blickwinkel der internationalen Gesprächspartner. Hans-Dieter Heumann hat dies als das »Kompatibilitätsprinzip« bezeichnet. Das heißt: Kein Politikfeld sollte so ausgestaltet werden, dass es in anderen Politikfeldern provokativ wirkte und infolgedessen zu starke Gegenkräfte hervorrief.

5 Vgl. hierzu den Beitrag von Eberhard Kolb in diesem Band.

6 Hans-Dietrich Genscher in einer Rede auf der Tagung des Institute for East-West-Security-Studies (IEWSS) in Potsdam, 11.6.1988. In: Genscher: Unterwegs zur Einheit (wie Anm. 2), S. 169.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Konkret hieß das: Es galt, die innereuropäische Zusammenarbeit nachhaltig zu verstärken, ohne damit eine »provokative Gegenmacht«[7] zu den USA zu bilden; die deutsch-französischen Beziehungen zu intensivieren, ohne den Eindruck zu erwecken, die Europäische Gemeinschaft solle einem deutsch-französischen Direktorium unterstellt werden. 1989/90 schließlich hieß das: die deutsche Einheit zu vollenden, ohne den Nachbarn das Gefühl zu vermitteln, im Zentrum Europas entstehe eine neue bedrohliche Machtkonzentration.

Dieses Kompatibilitätsprinzip verweist auf das zweite Merkmal von Genschers Außenpolitik, nämlich den Multilateralismus. Multilateralismus lässt sich als die regelmäßige gleichzeitige Kooperation zwischen mehreren Staaten verstehen. Im besten Fall führt er zu einer Institutionalisierung dieser Kooperation und zum permanenten Interessenabgleich zwischen den beteiligten Staaten. Genscher begriff die konkreten Formen des Multilateralismus – in erster Linie die Vereinten Nationen, die NATO, die Europäische Gemeinschaft und die KSZE – als die spezifischen Instrumente einer liberalen Außenpolitik, die den genannten Prinzipien folgte.

Damit verband sich ein Politikstil, der – wie Hans-Dieter Heumann hervorgehoben hat[8] – durch klassische politikwissenschaftliche Begriffe wie »Realismus« oder »Idealismus« kaum zu erfassen ist. So sprach Genscher in der Öffentlichkeit kaum jemals von spezifisch nationalen, deutschen bzw. bundesdeutschen »Interessen« – ein Kernbegriff der »realistischen« Schule der Lehre von den Internationalen Beziehungen. Das hieß natürlich nicht, dass es für ihn keine deutschen Interessen gab – die lagen in der Wahrung des Friedens in Freiheit und Sicherheit und in der Überwindung der Teilung. Was aber die Überwindung dieser Teilung betreffe, so äußerte Genscher noch am 1. Dezember 1989 – kurz nach Kohls Zehnpunkteplan – »so könne nur eine solche Politik klug genannt werden, die an dieses Ziel ständig denke und es konsequent verfolge, ohne dauernd darüber zu reden.«[9]

Diese Strategie, nicht durch große Worte der Interessenpolitik die außenpolitische Dynamik zu bremsen und damit die eigenen Handlungsspielräume zu verengen, charakterisierte Genschers Außenpolitik. Auf liberalen Prinzipien gründend, stellt sie den eigentlichen Kern des vielzitierten »Genscherismus« dar.

Wenn man das kontrastiv erfassen will, dann betrachte man das »realistische«, von der Definition deutscher Interessen lebende außenpolitische Pro-

7 Peter Schell: Bündnis im Schatten. Die Westeuropäische Union in den 80er Jahren. Bonn 1991, S. 171.

8 Hans-Dieter Heumann: Genscher, ein »liberaler« Außenminister? In: Lucas (Hrsg.), Genscher (wie Anm. 3), S. 413-432. Siehe auch Ders.: Deutsche Außenpolitik jenseits von Realismus und Idealismus. München 2001.

9 Archiv des deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach, Bestand F.D.P. Bundespartei 17118, Sitzung des Bundesvorstands der F.D.P. am 1. Dezember 1989 in Celle.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gramm von Franz Josef Strauß. »Bei allen meinen Gesprächen mit Genscher«, so meinte Strauß, »stellte ich [...] fest, dass die deutsche Außenpolitik seit 1969 systematisch ihrer Konturen beraubt worden war. Es gibt keine deutsche Außenpolitik für den pazifischen Raum, es gibt keine deutsche Afrikapolitik, es gibt keine deutsche Nahostpolitik und so weiter und so weiter. Es gibt seit Genscher nur noch eine multilaterale deutsche Kongresspolitik.«[10]
Auch von anderen steckte Genscher vor allem während der 1980er Jahre zum Teil harte Kritik ein. Vieles ist gesagt und geschrieben worden über Genscher, den Taktiker, Genscher, den Nicht-Festlegbaren, ja sogar über Genscher, den Glatten und zugleich Undurchschaubaren. Die Gegner im In- und Ausland lehnten Genschers Politik als tendenziell neutralistisch ab. Aus ihrer Perspektive schien der »Genscherismus« vor allem in Osteuropa auf eine neue, eigenständige und auf stärkeren Einfluss zielende Sonderrolle der Bundesrepublik zu drängen. Den Außenminister traf daher der Vorwurf der mangelnden Bündnissolidarität mit national-neutralistischer Tendenz. Gekennzeichnet schien er ferner durch eine Politik der vagen Formelkompromisse, zugleich freilich der geschickten Diplomatie des Kalküls und klugen Abwägens.[11]
Demgegenüber lässt sich durchaus argumentieren, dass die außenpolitischen Prinzipien Genschers klar genug und zugleich einfach zu begreifen waren. Und auch dem Historiker stellen die Quellen diese Prinzipien klar genug dar. Eine andere Frage ist die der politischen Alltagstaktik, des sich Hindurchlavierens durch die vielen parteipolitischen und sonstigen Widerstände und die ebenso vielen Hindernisse auf dem Weg zu konkreten Zielen. Hier war und ist politische Taktik, vielleicht auch Finesse, gefragt. Und wenn sich Hans-Dietrich Genscher auf diesem Feld als Meister erwies, so gereichte ihm dies nicht unbedingt zum Vorwurf.

II.

Dies führt zum zweiten Punkt der vorliegenden Überlegungen, der Frage von Kontinuität und Wandel in Genschers 18jähriger Amtszeit. Damit verbindet sich das Problem, wie Genscher seine liberalen Grundüberzeugungen an die schwierigen außenpolitischen Rahmenbedingungen seiner Zeit anpasste. Wie wurden aus Prinzipien pragmatische Lösungen?

10 Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen. Berlin 1989, S. 564.
11 Siehe z. B. Emil J. Kirchner: Genscher and What Lies Behind ‚Genscherism'. In: West European Politics 13 (1990), S. 159-177. Auch: Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 581ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Betrachtet seien in aller Kürze vier historische Knotenpunkte, in denen Genschers liberale Handschrift erkennbar ist und in denen sich eine liberale Kontinuität im historischen Wandel abbildet.

Erstens, die Verabschiedung der KSZE-Schlussakte in Helsinki im Jahre 1975. Genscher betrachtete dieses Ereignis als einen wichtigen Höhepunkt der Entspannungspolitik, so wie er sie verstanden wissen wollte: nicht als eine statische »friedliche Koexistenz« im Sinne des Ostblocks, sondern als Infusion von Dynamik in das geteilte Europa. Das galt zum einen für die Institutionalisierung des Ost-West-Dialogs – Genschers Kompatibilitätsprinzip. Zum anderen galt dies aber vor allem für den umstrittenen Korb drei der KSZE-Schlussakte, der Genscher besonders am Herzen lag. Hier ging es um die Erleichterung von menschlichen Kontakten und Informationsaustausch über die Blockgrenzen hinweg – um das liberale Prinzip der Kommunikation also. »Entspannung«, so formulierte es der Bundesaußenminister 1975 vor dem Bundestag, »ist nach westlichem Verständnis ein Prozess, der der Geschichte unterliegt, der den status quo nicht auf ewig festschreibt, sondern dynamisch die Möglichkeit neuer Entwicklungen offenhält. Das schließt für uns sowohl die Möglichkeit der deutschen Einheit wie auch die der Vollendung der europäischen Einigung ein.«[12]

Es war also von Beginn an klar, wohin der dynamische Prozess der Entspannung aus deutscher Sicht verlaufen sollte: An seinem Ende, so wollte es Genschers Optimismus, könnte das alte deutsche Dilemma von Freiheit oder Einheit aufgelöst werden, so wie es sich die Liberalen seit 1848 erträumten. »Bestandteil dieser Politik der Bundesrepublik Deutschland ist das erklärte Ziel, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.« Diese Formel aus dem Brief zur deutschen Einheit von 1970 hat Genscher wieder und wieder repetiert. Seine politische Sprache, die sich unverändert an dieser Formel orientierte, ist geradezu zu einem Medium dieses Briefes zur deutschen Einheit geworden.

Genscher stellte sich damit dezidiert in die Tradition Walter Scheels, der sich in den 1960er Jahren gegen die Nationalliberalen in der F.D.P. durchgesetzt hatte. Dabei ging es vor allem um die Verhältnisbestimmung zwischen deutscher Frage und europäischer Einigung. Manche Nationalliberale sahen in einer Betonung der (west-)europäischen Einigung Probleme für die deutsche Einheit.[13] Liberale Außenpolitik hieß demgegenüber seit 1969 strikte Gleichausrichtung nationaler und europäischer Politik. Liberale hätten, so

12 Regierungserklärung Genschers vor dem Deutschen Bundestag zur KSZE am 25.7.1975. In: Genscher: Unterwegs zur Einheit (wie Anm. 2), S. 38. Vgl. auch Genschers Einlassung in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd.V,1, S.956.

13 Genscher: Die Chance der Deutschen (wie Anm. 1), S. 112 f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

meinte Genscher 1976, »im 18. und 19. Jahrhundert den freiheitlich-demokratischen Nationalstaat geschaffen … [heute] wollen sie … das freiheitlich-demokratische Europa schaffen«.[14]

Zu den unverrückbaren Basisgrundsätzen seiner Politik machte Genscher also die Koppelung der deutschen Frage und des Ziels der deutschen Einheit an die Einigung Europas. Solange Osteuropa kommunistisch blieb, bedeutete dies, dass zunächst die westeuropäische Integration vorangetrieben und die deutsche Frage offengehalten werden mussten.

Zugleich markierte Genscher freilich auch die Grenzen dieser Entspannungspolitik. Sie verliefen dort, wo es um die militärische und politische Sicherheit des eigenen Landes, Westeuropas und der westlichen Welt im Ganzen ging. Vonnöten war das, was Genscher 1975 »realistische Entspannungspolitik« nannte. Eine solche Politik brauchte »das Fundament Sicherheit, und Sicherheit gibt es für uns nicht ohne das Bündnis und seine und damit auch unsere Verteidigungsbereitschaft. Wer glaubt, er könne seine Sicherheit gewährleisten allein durch Bemühung um Entspannung, wäre ein gefährlicher Träumer«.[15]

Was dies konkret bedeuten konnte, wurde beim zweiten Knotenpunkt deutlich, der hier genannt sein soll, beim Regierungswechsel 1982/83 und der Debatte um die Nachrüstung. Einerseits war es für Genscher eine conditio sine qua non für den Koalitionswechsel, dass sich die Union mehrheitlich und mit dem neuen Kanzler Helmut Kohl an der Spitze dem Kalkül der Entspannungspolitik angeschlossen hatte. Andererseits aber war dieser Koalitionswechsel auch notwendig, um die »Doppelstrategie« der Entspannungspolitik, wie sie Genscher verstand, weiterzuführen. Diese Doppelstrategie ging im Kern auf den Harmel-Bericht von 1967 zurück. Sie verband die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts und damit der Sicherheit des Westens mit dem Angebot der Entspannung an den Osten. Aber bis Ende der siebziger Jahre hatte sich die sicherheitspolitische Lage des westlichen Bündnisses dramatisch verschlechtert. Die Aufstellung der sowjetischen SS 20-Raketen und der sowjetische Einmarsch nach Afghanistan belebten den Kalten Krieg. Den Blütenträumen der Entspannung folgte die Eiszeit der Nachrüstung, der vergeblichen Verhandlungen und der militärtechnischen Kalkulationen.

Genscher hat diese Wendung mitgemacht, ja aktiv gestaltet, ohne zu zaudern, und er hat damit auch die Existenz der F.D.P. als Bundestagspartei riskiert. Er tat dies im vollen Bewusstsein, recht zu haben mit der Politik der »aktiven Friedenssicherung«, wie er es nannte. »Die [christlich-liberale] Koalition, vor

14 Hans-Dietrich Genscher: Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit. Stuttgart 1976, S. 28.

15 Regierungserklärung (wie Anm. 12), S. 37.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

allem die F.D.P., so sagte er vor den Wahlen im März 1983, »hat dabei ein gutes Gewissen. Sie setzt nur die Linie der alten Regierung fort.«[16] Angesichts der Bedrohung durch die SS 20 galt es die Fundamente einer »realistischen Entspannungspolitik« zu bewahren. Sie betonte die eigene militärische Sicherheit, die sich für Genscher stets transatlantisch definiert hatte, und wies den östlichen Partner auf seine Grenzen hin.

Genscher hat aber auch nicht gezögert, die umgekehrte Richtung einzuschlagen, wenn es seinem Entspannungskonzept entsprach. So setzte er sich 1987 ebenso nachhaltig wie erfolgreich für die sogenannte doppelte Null-Lösung und 1989 gegen die Modernisierung der Lance-Kurzstreckenraketen ein. Dies geschah gegen den Willen von erheblichen Teilen in der CDU/CSU, die eine nukleare »Singularisierung« und eine erdrückende konventionelle Übermacht des Warschauer Paktes befürchteten. Es kostete Genscher einige Mühe, Kohl von seiner Auffassung zu überzeugen. 1987 kam es über die doppelte Null-Lösung zu einem Riesenkrach mit Franz Josef Strauß. Strauß hielt Kohl vor, er solle sich »mit seinen wirklichen Freunden abstimmen, nicht nur mit Herrn Genscher telefonieren«[17], und zog kurzfristig sogar die CSU-Minister aus dem Bonner Kabinett zurück.

Am Ende hatte aber die Bundesrepublik ihr ganzes Gewicht in die Waagschale der Bündnispolitik geworfen und einen nachhaltigen Erfolg erzielt. Mit dem Verzicht auf die Pershing IA-Raketen und die Modernisierung der Lance dokumentierte die Bundesregierung, dass sie willens war, auf Gorbatschows Abrüstungsinitiativen zu vertrauen. Auf das deutsch-sowjetische Klima übte dies eine entscheidende Wirkung aus. In ihrer Bedeutung kann man sie nicht hoch genug veranschlagen, wenn man über die außenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung spricht.

Das führt zum dritten Knotenpunkt unseres Themas – der deutschen Einigung 1989/90. Mehr denn je orientierte sich Genscher im Verlauf der dramatischen Ereignisse am Prinzip der Kompatibilität. Das hieß erstens: keine Trennung der deutschen Frage von der europäischen. Tatsächlich gab es Ende der 1980er Jahre in der Union, aber auch in der F.D.P. selbst Stimmen, die so etwas wie eine »operative Wiedervereinigungspolitik« verlangten. Ihnen erteilte Genscher eine klare Absage. Er warnte vor einer »Enteuropäisierung der Deutschlandpolitik« und vor jedem Ansatz eines »deutschen Sonderwegs«.[18]

Im Angesicht des Mauerfalls waren es denn auch Genscher und mit ihm die FDP, die von allen bundesrepublikanischen Akteuren und Parteien ihre poli-

16 Jürgen Lorenz: Gefragt: Hans-Dietrich Genscher. Bornheim 1983, S. 40.
17 Frankfurter Rundschau, 5.9.1987. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.9.1987. Zum Ganzen siehe Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990. München 2006, S. 567-571.
18 ADL 17118 (wie Anm. 9).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tische Sprache am wenigsten anzupassen hatten. Die unerbittliche Parallelität, in die Genscher in der Vergangenheit stets jede Perspektive einer Überwindung der deutschen Teilung mit einer fortschreitenden europäischen Integration gesetzt hatte, konnte auch in der Phase der Wiedervereinigung auf die westlichen Verbündeten und die östlichen Nachbarn beruhigend wirken.

Ging Genscher in dieser Frage mit Bundeskanzler Kohl völlig konform, so betonte er in anderen Fragen die Kompatibilität stärker als der Bundeskanzler. Das galt zum Beispiel in Bezug auf die Frage einer NATO-Präsenz auf dem Gebiet der DDR, vor allem aber in Bezug auf die polnische Westgrenze. »Wer die polnische Westgrenze in Frage stelle, rufe einen Domino-Effekt in anderen Teilen Europas hervor. Deshalb dürfe es in dieser Frage kein Wackeln geben.«[19]

Entsprechend verärgert zeigte sich der Außenminister über Kohls Zehnpunkte-Plan vom 28. November 1989, der die polnische Westgrenze überging und vorher nicht abgesprochen war. Zwar sei es »unbestreitbar, dass im 10-Punkte-Plan wesentliche Elemente der Politik der F.D.P. Eingang gefunden hätten.« Aber das Vertrauenskapital bei den Partnern würde beschädigt; die Empfindlichkeiten wüchsen.[20] Genscher erfuhr dies selbst wenig später bei seinem Moskau-Besuch, der die »unerfreulichste Begegnung« mit Gorbatschow werden sollte, getrübt von heftigen Vorwürfen und zum Teil lautstarken Auseinandersetzungen. Niemals, so Genscher, habe er den sowjetischen Parteichef »so erregt und so bitter« erlebt.[21]

Aber es kennzeichnete Genschers Haltung, dass er den Bundeskanzler gegenüber Gorbatschow verteidigte, darauf hinwies, dass die Probleme der DDR hausgemacht seien und nicht der Bonner Politik angelastet werden dürften. Tatsächlich herrschte zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt – bei allen vorübergehenden Dissonanzen – eine grundsätzliche Übereinstimmung. Genscher und Kohl einte ein hohes Maß an Gemeinsamkeit, das durch stete vertrauliche Abmachungen ihr Fundament erhielt. Beide »tickten«, wie Kohl in seinen Memoiren schrieb, »in den elementaren und existentiellen Fragen deutscher Außenpolitik gleich und wussten um die Position des anderen«.[22]

Letztlich wählten beide dieselben Methoden, das oberste Ziel bundesdeutscher Außenpolitik anzusteuern: nämlich den Dreiklang aus atlantischer Bündniswahrung, europäischer Integration und auf Entspannung zielender Ostpolitik zur Harmonie zu bringen. Nur so, darin stimmten beide überein, würde es möglich sein, aktive Deutschlandpolitik zu gestalten oder den deutschlandpolitischen Status quo womöglich zu überwinden. Der historische

19 Ebd.
20 Ebd.
21 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 683f.
22 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982-1990. München 2005, S. 153.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Rückblick offenbart, dass eine solche Harmonie gegen Ende der achtziger Jahre vorübergehend eintrat und ein zuvor kaum vorstellbares »window of opportunity« eröffnete.

Bis zu diesem Zeitpunkt war Genschers Außenpolitik eindeutig von Kontinuität gekennzeichnet. Sie entsprang den genannten Prinzipien und Methoden liberaler Außenpolitik, nämlich Entwicklungsgedanke und Rationalismus, Freiheit und Selbstbestimmung, Kompatibilität und Multilateralismus. Innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen des Ost-West-Gegensatzes wandte sie Genscher systematisch, konsequent und zugleich flexibel an – am Ende mit dem überragenden Erfolg der Wiedervereinigung. Was aber, wenn sich die Rahmenbedingungen fundamental änderten?

Damit ist der vierte und letzte Knotenpunkt angesprochen, nämlich die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Dezember 1991. Diese Politik ging maßgeblich auf die deutsche und auf Genschers persönliche Initiative zurück. Auch sie entsprang ohne Zweifel liberalen Prinzipien. Sie war der Freiheit und Selbstbestimmung verpflichtet, im Zerfallsprozess Jugoslawiens erkannte sie eine nicht mehr zu stoppende geschichtliche Entwicklung, und im Grunde schien es auch vernünftig, diesen Prozess zu fördern. Bei manchen europäischen Partnern, in erster Linie in Frankreich, erschien die deutsche Politik jedoch als vorschnell, als dominant und letztlich sogar der historischen Komplizenschaft mit dem Kroatien Ante Pavelics im Zweiten Weltkrieg verhaftet.

Hier sei nun nicht das Für und Wider der Anerkennung diskutiert, sondern nur darauf hingewiesen, dass die beiden Methoden liberaler Außenpolitik – Kompatibilität und Multilateralismus – in der Jugoslawienpolitik nur begrenzt zur Wirkung kamen. Die Rahmenbedingungen hatten sich fundamental gewandelt; es war noch keineswegs klar, welche außenpolitische Rolle das vereinigte Deutschland zwischen gestiegener internationaler Verantwortung, global sich vervielfältigenden Krisenherden und der aus historischen Gründen weiterhin opportunen Zurückhaltung künftig würde spielen können.

Ende April 1992 trat Hans-Dietrich Genscher für die meisten sehr überraschend von seinem Amt als Außenminister zurück. Vor dem F.D.P.-Parteivorstand begründete er diesen Schritt: »Seit langem habe ich mir vorgenommen, im Zusammenhang mit der Vollendung des achtzehnten Jahres im Amt des Bundesministers des Auswärtigen aus diesem Amt auszuscheiden.«[23] Freilich fragt man sich, welche magische Bedeutung mag die Zahl 18 besessen haben, und man fragt es sich vergeblich. Waren es nicht vielmehr die grundlegend gewandelten Verhältnisse, die Genscher seinen Rücktritt nahelegten?

23 Rede Genschers vor dem Präsidium der F.D.P. am 27.4.1992. In: Reinhard Bettzuege: Hans-Dietrich Genscher, Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit. Bergisch-Gladbach 1994, S. 183.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Tatsächlich verloren einige seiner liberalen Grundprinzipien mit der Zäsur von 1989/90 zwar nicht ihre Bedeutung, aber doch ihre pragmatische Eindeutigkeit. Der Zustand des Friedens in Europa, »in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«, war kein Telos mehr, sondern er war erreicht worden. Und die neuen Rahmenbedingungen stellten die deutsche Außenpolitik vor gänzlich neue Probleme. Um sie zu lösen, musste die Verknüpfung liberaler Prinzipien und politischer Pragmatik erst noch hergestellt werden. Das galt nicht zuletzt für die Frage eines militärischen Einsatzes außerhalb des NATO-Gebietes. Genscher hatte ihn 1983 mit guten Gründen strikt abgelehnt.[24] Jetzt aber stand die Frage in Jugoslawien fast als Menetekel an der Wand: Konnte die Europäische Gemeinschaft demokratische Entwicklung, Freiheit und Selbstbestimmung als internationales Programm vertreten und – wenn sich hieraus kriegerische Verwicklungen ergaben – beiseite stehen? Was bedeutete dies für die Formulierung deutscher Friedenspolitik – stets ein Axiom der Außenpolitik Genschers? Und in welchem Verhältnis stand sie zur Forderung nach einem selbstbestimmten, freiheitlich-demokratischen Jugoslawien?

»Der außenpolitische Weg Deutschlands ist klar vorgezeichnet, die Festlegung unserer Außenpolitik auf Europa ist unumkehrbar«.[25] Dies war Genschers Einschätzung zum Zeitpunkt seines Rücktritts. In seiner Allgemeinheit ließ sich diese Aussage auch kaum bestreiten. Mit welchem Instrumentarium allerdings die Deutschen ihren außenpolitischen Weg künftig beschreiten sollten und wollten, war eine offene und zugleich höchst schwierige Frage. Vielleicht wollte Hans-Dietrich Genscher es einfach anderen überlassen, diese Frage zu beantworten.

24 Siehe Lorenz: Gefragt (wie Anm. 16), S. 49.
25 Rede Genschers vor dem Präsidium der F.D.P. am 27.4.1992 (wie Anm. 23), S. 185.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Birgit Bublies-Godau

Das Vermächtnis der Versammlungen – Heppenheim als Erinnerungsort der freiheitlichen Demokratie und des politischen Liberalismus in Deutschland

1. *»Ausgerechnet in Heppenheim an der Bergstraße« – Einleitende Bemerkungen*

> »Heppenheim hat in der Geschichte der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung einen guten Klang. Ob Bonn auch einmal einen so guten Namen in der Geschichte haben wird, wissen wir nicht. Aber wir hoffen es. Das eine hatten die damaligen Zeitgenossen besser, als wir es haben. Sie hatten es zwar mit 39 Fürsten zu tun, (…) aber nicht mit Besatzungsmächten (…).«
> »Als 1847 die Liberalen und Demokraten in Heppenheim zusammengekommen sind, hat es Parteien im modernen Sinne noch nicht gegeben, im Vormärz waren sie verboten. Es waren Männer, die in ihrer Gesinnung sich einig waren und sich durch das Bekenntnis zur deutschen Einheit und durch das Bekenntnis zur menschlichen Freiheit verbunden fühlten.«

Die Bedeutung, die der erste Bundesvorsitzende der FDP, Theodor Heuss, und Hermann Höpker Aschoff, wie Heuss Mitglied des Parlamentarischen Rates, in ihren Reden und Berichten auf dem »Gesamt-Vertretertag der liberalen, demokratischen Parteien aus den nicht sowjetisch besetzten Teilen Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin« am 11. und 12. Dezember 1948 der Stadt im Süden Hessens zuschrieben[1], die Erinnerung, die sie mit dem Tagungsort Heppenheim verbanden, und die Tradition, in die sie mit der Wahl dieses Ortes die neu gegründete Partei des deutschen Liberalismus, die Freie Demokratische Partei, zu stellen gedachten, dieses Verhalten zweier führender Nachkriegsliberaler mag den heutigen Betrachter überraschen. Denn zum einen würden Politiker heutzutage Partei(neu)gründungen wohl eher an Orten durchführen, an denen die politischen Schaltzentralen eines Landes sitzen und

1 Zu den Reden vgl.: Hermann Höpker Aschoff: Werk und Wirken in Bonn. Bericht über die Arbeit im Parlamentarischen Rat, zit. nach: Margarete Exler: Der Zusammenschluß zur FDP am 11./12. Dezember 1948 in Heppenheim. In: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße, Bd. 12 (1979), S. 233-264, hier S. 246; Theodor Heuss: Unsere Deutsche Mission. Geschichte und Aufgaben, u.a. abgedr. in: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989, S. 536-548, hier S. 536. Eine Einladung zum »Gesamt-Vertretertag am 11. und 12. Dezember 1948 in Heppenheim« findet sich in: Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach (demn. AdL), Bestand Liberale Parteien bis zur Gründung der FDP, Sign. 45.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

an denen den Politstrategen die ungeteilte Aufmerksamkeit der breiten publizistischen Öffentlichkeit gesichert ist. Zum anderen ist das »unweit vom Saume des Odenwaldes an der Bergstraße (…) lieblich gelegene Heppenheim, wo die Reize der Landschaft und die guten Weine im Frühling, Sommer und Herbst jährlich viele tausende von Fremden herbeiziehen«[2], nun einmal nicht Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt oder München. Mit diesen urbanen Zentren kann die als Verwaltungssitz des Landkreises Bergstraße dienende Kleinstadt nicht verglichen werden. Auch ein flüchtiger Blick auf die schon über 1250 Jahre währende Stadtgeschichte Heppenheims[3] bringt den verwunderten Zeitgenossen nicht weiter, da die Kreisstadt zumindest dem ersten Augenschein nach keine in der deutschen Geschichte herausragende Rolle gespielt hat und auch keinen unverwechselbaren Ort des Gedenkens mit nationaler Dimension zu besitzen scheint.

In der Folge würde es wohl niemanden wirklich überraschen, wenn selbst ortsfremde Fachhistoriker Probleme bekämen bei dem Versuch, im Stadtgebiet historisch bedeutsame Stätten, Persönlichkeiten und Ereignisse zu benennen, die seit dem 19. Jahrhundert im kollektiven Gedächtnis und in der Gedenkkultur der Deutschen fest verankert sind und die auf eine Stufe mit anderen großen und bekannten deutschen Erinnerungsorten gestellt werden können. Auf Anhieb, so die Vermutung, würden in Heppenheim keine Entsprechungen zu finden sein, die mit dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, der Wartburg bei Eisenach, dem Hambacher Schloß bei Neustadt an der Weinstraße, der Paulskirche in Frankfurt am Main oder dem Reichstagsgebäude in Berlin vergleichbar sind und den Kriterien der »lieux de mémoire«, wie sie von Etienne François und Hagen Schulze in ihrem Standardwerk über »Deutsche Erinnerungsorte« entwickelt worden sind, genügen. Mit einer Ausnahme sind die genannten Orte ja auch alle in dem einschlägigen Werk behandelt worden[4].

2 Diese dem Ort sehr gewogene Beschreibung stammt von dem Paulskirchenabgeordneten Wilhelm Zimmermann: Die Deutsche Revolution, Karlsruhe 1848, S. 8.

3 Anläßlich des Jubiläums der Stadt erschien im Jahr 2005 ein »Festbuch«: 1250 Jahre Heppenheim. Hrsg. auf Anregung des Magistrats der Kreisstadt Heppenheim vom Verkehrs- und Heimatverein Heppenheim. Red.: Karl Härter, Harald E. Jost u. Fritz Kuhn, Heppenheim 2005.

4 Zu den theoretischen Überlegungen vgl.: Etienne François/Hagen Schulze: Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, Sonderausgabe, München 2003, S. 9-24. Bis auf das Hambacher Schloß werden alle erwähnten Erinnerungsorte dort behandelt, vgl. dazu aber nun: Beate-Carola Padtberg: Hambach – Erinnerungsort aus dem südwestdeutschen Vormärz. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung (demn. JzLF) 21 (2009), S. 29-54; Dieter Schiffmann: Das Hambacher Fest – Ein deutscher Erinnerungsort. Die Nachgeschichte des Hambacher Festes im Spannungsfeld von kollektivem Gedächtnis und Geschichtspolitik. In: Joachim Kermann/Gerhard Nestler/Ders. (Hrsg.): Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832. Ursachen, Ziele, Wirkungen, Ludwigshafen 2006, S. 333-386. Siehe auch den Beitrag von Reinhold Brunner zu Eisenach in diesem Jahrbuch.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diese ersten Beobachtungen werfen eine ganze Reihe von Fragen auf – wie sie in Ansätzen schon einmal von Roland Hoede gestellt worden sind –, allen voran die Schlüsselfrage »warum die Freie Demokratische Partei Deutschlands 1948 ausgerechnet in Heppenheim an der Bergstraße gegründet wurde«[5]. Von Belang ist hier auch, welche Motive die Initiatoren um die Stuttgarter Führung der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Badens bei der Ortswahl gehabt und welche Ziele sie mit der Einladung zum Einigungsparteitag im Dezember 1948 verfolgt haben. Und es geht ganz konkret um das Vermächtnis der Versammlungen und damit darum, ob mit der Entscheidung für Heppenheim bereits eine bestimmte politische Linie und programmatische Ausrichtung für die neue Partei vorgegeben werden sollte, ob dabei identitätsstiftend und traditionsbildend gewirkt werden sollte und ob diese besondere Positionsbestimmung aus der Geschichte heraus in der FDP bis zum heutigen Tage nachwirkt. Offensichtlich läßt sich nämlich die Entscheidung, im Spätsommer 1948 »liberale Persönlichkeiten aus den Westzonen nach Heppenheim einzuladen, um dort die entscheidenden Weichen zur Neubegründung des parteipolitischen Liberalismus vorzunehmen«, nicht nur auf praktische, verkehrstechnische Erwägungen zurückführen, sondern sie war vor allem durch die historischen Zusammenhänge begründet, die Mitte des 19. Jahrhunderts »Heppenheim zu einer entscheidenden Wegmarke des sich gerade entwickelnden Liberalismus hatten werden lassen«[6].

In dem folgenden Beitrag über die Stadt Heppenheim und ihre Bedeutung für die öffentliche Gedächtniskultur in Deutschland wird nun generell zu klären sein, ob die Kreisstadt überhaupt unverwechselbare Orte des Gedenkens aufweist, und, wenn ja, was diese Orte eigentlich ausmacht. An diese übergeordnete Aufgabenstellung knüpft dann das spezielle Erkenntnisinteresse der vorliegenden Überlegungen zum Erinnerungswert Heppenheims für den deutschen Liberalismus direkt an. Jenes richtet sich vor allem auf die Frage, ob die Stadt Heppenheim als ein »liberaler Erinnerungsort«, also als ein Ort mit liberaler Erinnerungssubstanz, oder eher als ein »Erinnerungsort des Liberalismus«, der von den Liberalen wegen seiner besonderen historischen Relevanz früher wie heute als Erinnerungsort angesehen wurde, gelten kann. Um diesen Problembereich angemessen erörtern zu können, werden zunächst der erinnerungskulturelle Umgang der Liberalen mit Geschichte am Beispiel der beiden herausragenden Ereignisse der Heppenheimer Lokalhistorie – der Versamm-

5 Roland Hoede: Und warum in Heppenheim? In: liberal 39 (1997), H. 3, S. 60-65, hier S. 60.

6 Hoede, Und warum (wie Anm. 5), S. 60. Die historischen Zusammenhänge zu den Ereignissen von 1847 werden auch aufgezeigt von: Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung von 1847 und die bürgerlich-liberale Bewegung in Deutschland. In: JzLF 10 (1998), S. 9-31; Jürgen Frölich: Von Berlin nach Heppenheim und Bonn. Der deutsche Liberalismus zwischen Triumph und Tragik 1945-1949. In: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.): Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Liberalismus, Stuttgart/Leipzig 2008, S. 20-37.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lung von 1847 und des Gesamt-Vertretertages von 1948 – ausführlich untersucht, danach die in der Stadt vorhandenen konkreten Erinnerungsorte, mit denen liberales Gedenken verbunden ist, näher erkundet und zum Schluß das große Jubiläum der 150. Wiederkehr der Heppenheimer Versammlung im Jahr 1997 und die Gedenkfeierlichkeiten dazu genau nachgezeichnet.

2. *Positionsbestimmung, Identitätsstiftung, Traditionsbildung: Die Heppenheimer Versammlung von 1847, der Gesamt-Vertretertag von 1948 und der erinnerungskulturelle Umgang der deutschen Liberalen damit*

Im Vorfeld der 1848er Revolution hatten sich im Gasthaus »Zum Halben Mond« in Heppenheim am 10. Oktober 1847 überwiegend Repräsentanten des gemäßigt-konstitutionellen Liberalismus aus fünf Staaten des Deutschen Bundes, nämlich aus Preußen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau versammelt, denen es neben dem persönlichen Kennenlernen ausdrücklich um die Koordination oppositioneller Politik in den einzelstaatlichen Landtagen und um einen festeren organisatorischen wie programmatischen Zusammenschluß der vormärzlichen bürgerlich-liberalen Bewegung ging. Unter den 18 Teilnehmern der Heppenheimer Versammlung waren Anführer der fortschrittlichen Verfassungs-, Freiheits- und Einheitsbewegung und etliche Landtagsabgeordnete zu finden, die ihr »Rüstzeug während eines jahrzehntelangen Kampfes gegen Herrschaftswillkür und für die Einlösung von Grund- und Freiheitsrechten erworben hatten«. Sie alle waren über ihren Heimatstaat hinaus in den 1830er und 1840er Jahren deutschlandweit bekannt geworden und spielten auch bald darauf während der Achtundvierzigerrevolution im Vorparlament und in der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt eine Rolle[7]. Neben dem Mannheimer Kaufmann und Verleger Friedrich Daniel Bassermann, dem Doyen des badischen Liberalismus, Johann Adam von Itzstein, dem Mitherausgeber der *Deutschen Zeitung* und späteren Staatsminister in Baden, Karl Mathy, gehörten noch der Mitherausgeber des Staats-Lexikons, Karl Theodor Welcker, ferner Heinrich von Gagern, Mitglied der Zweiten Kammer der hessen-darmstädtischen Landstände und künftiger Präsident der deutschen Nationalversammlung, und nicht zuletzt David Hanse-

7 Die umfassendste wissenschaftliche Darstellung zu diesem Treffen ist nach wie vor: Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847, Frankfurt/M. 1997. Vgl. auch den Artikel zum Jubiläum: Ders.: Die Hoffnung, den »Anfang eines Deutschen Parlaments zu bilden«. Vertreter der Einheitsbewegung kamen am 10. Oktober 1847 in Heppenheim zusammen. In: *Frankfurter Rundschau* (demn. *FR*), Nr. 233 (08.10.1997), Rubrik: Hessen, S. 29 (zit. Sp. 5), in: Stadtarchiv (demn. StA) Heppenheim, Sign. 022-454: Bestand Versammlungsjubiläum, »150 Jahre Heppenheimer Versammlung 1847-1997. Presseschau 30. Juli bis 20. Dezember 1997«.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mann, Führer der rheinischen Liberalen und Abgeordneter des Preußischen Vereinigten Landtags, dazu[8].

Wie es in einem von Karl Mathy verfassten und in der *Deutschen Zeitung* am 15. Oktober 1847 veröffentlichten Bericht hieß, bestand der Zweck der Zusammenkunft vor allem im wechselseitigen Gedanken- und Meinungsaustausch, wobei die Versammlungsteilnehmer inhaltlich vorrangig diskutierten »über den zweckmäßigsten Weg, mehr Einheit und Gemeinsamkeit in die Leitung und Vertretung der deutschen Nationalangelegenheiten und Interessen zu bringen; sodann die Anträge zu bestimmen, welche in dieser Hinsicht sowohl wie in bezug auf die gemeinsamen Rechte und für Abhilfe der in der Gegenwart hervortretenden allgemeinen Übelstände an den Landtagen (…) zu stellen sein möchten«[9]. Mit Blick auf die Koordinierung der oppositionellen Politik in den jeweiligen Einzelstaaten legten die Parlamentarier bei dem Treffen diejenigen Bereiche fest, für die Anträge in allen deutschen Kammern gleichlautend gestellt werden sollten. Die angesprochenen Themen bewegten sich dabei ganz auf der Linie des bekannten Forderungskataloges, den die bürgerlich-liberale Bewegung schon seit der Julirevolution und dem Hambacher Fest vertreten hatte und der auch beim Ausbruch der Revolution ein halbes Jahr später den Kern der sogenannten Märzforderungen bilden würde: Neben der Wiederherstellung der Pressefreiheit und persönlichen Freiheitsrechte wurden auch die Einführung von Geschworenengerichten, die Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte für die Gemeinden und eine grundlegende Reform der Wehrverfassung gefordert[10].

Um nun ihre Ziele, eine konsequente Liberalisierung und Modernisierung der inneren Verhältnisse Deutschlands und die Verwirklichung der nationalen Einheit, zu erreichen und ihren Forderungen nach der Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte mehr Nachdruck zu verleihen, kreisten die Verhandlungen und Beschlüsse der Heppenheimer »Vaterlandsfreunde« um die erfolgversprechendsten Maßnahmen zur Schaffung eines deutschen Nationalstaates und einer parlamentarischen Nationalversammlung. Da sich der Frankfurter Bundestag als reformunfähig erwiesen habe und von der Bundesversammlung in der gegenwärtigen Verfassung »nichts Ersprießliches zu

8 Zu den Teilnehmern der Versammlung vgl.: Hoede, Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 7), S. 74-88. Weitere Kurzbiographien finden sich in: Heinrich Best/Wilhelm Weege (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996; Helmut Reinalter (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der demokratischen und liberalen Bewegungen in Mitteleuropa, Bd. 2/Teil 1, Berlin u.a. 2005.

9 Vgl. den Originalbericht zur Versammlung: Karl Mathy: Bericht über die Heppenheimer Tagung am 10. Oktober 1847. In: *Deutsche Zeitung*, Nr. 107 (15. Oktober 1847), S. 852-853, wieder abgedr. u.a. in: Hans Fenske (Hrsg.): Vormärz und Revolution 1840-1849, 2. Aufl., Darmstadt 1991, S. 239-243, hier S. 240.

10 Zu den Forderungen vgl. Mathys Bericht, hier zit. nach: Fenske, Vormärz und Revolution (wie Anm. 9), S. 242.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

erwarten sei«, einigte sich der »hochkarätig besetzte Kreis liberaler Politiker« auf das von David Hansemann favorisierte Konzept der Fortentwicklung des Deutschen Zollvereins »zu einem deutschen Vereine«[11].

Dieses »zollpolitische Einigungsprogramm« sah langfristig die Herausbildung eines einheitlichen Staatswesens mit einem nationalen Parlament vor, das durch die systematische Ausweitung der schon vorhandenen Kompetenzen des Zollvereins schrittweise entstehen sollte. Eine ausschließliche Festlegung der Liberalen in den nationalpolitischen Eckpunkten des Programms »auf den Zollverein als Kernorganisation deutscher Einheit« blieb jedoch aus[12], zumal mit Bassermann und Welcker zwei Liberale in Heppenheim anwesend waren, die zunächst vehement für die Einrichtung einer Volksvertretung beim Deutschen Bund plädiert und sich erst nach langen Diskussionen dem Mehrheitsvotum der anderen Teilnehmer gebeugt hatten. Gleichwohl hatten sie einen Zusatz in den Heppenheimer Beschlüssen durchsetzen können, wonach »auch keine andere Gelegenheit, welche Zeit und Ereignisse bringen mögen, unbenutzt zu lassen sei, um die Idee der deutschen Einigung zu stärken«. Bassermann setzte dann auch kurz vor Ausbruch der Märzrevolution mit seiner Motion in der badischen Zweiten Kammer wieder ganz auf die Idee einer Parlamentarisierung des Deutschen Bundes und konnte damit »weit mehr politische Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit« erzielen als alle zwischenzeitlich ergriffenen Initiativen zugunsten des Zollvereins. Am Ende waren sich in Heppenheim alle Teilnehmer in einem Punkt vollkommen einig: Sie hielten es schlicht für »unbezweifelt, daß bei dem Entwicklungsgang des Jahrhunderts und Deutschlands die Einigung durch Gewaltherrschaft unmöglich, nur durch die Freiheit und mit derselben zu erringen sei«[13].

An dieses bedeutende Ereignis der »Heppenheimer Versammlung« von 1847, aber auch an die zentralen Botschaften des Treffens knüpften dann 101 Jahre später die »traditionsbewussten Frauen und Männer der ersten Stunde«[14] um Theodor Heuss, Hermann Höpker Aschoff und Wolfgang Haußmann bei den Vorbereitungen zum Gründungskongreß der westdeutschen Liberalen im

11 Zu den nationalpolitischen Passagen des Programms siehe: Fenske, ebda., S. 240-241. Die Durchsetzung des Zollvereinskonzepts in Heppenheim erläutert: Hein, Vom Gemeindezum Elitenliberalismus (wie Anm. 6), S. 27-28, zit. S. 27.

12 Die Entwicklung des zollpolitischen Einigungskonzepts in der Gedankenwelt Hansemanns beschreibt: Kurt Düwell: David Hansemann als rheinpreußischer Liberaler in Heppenheim 1847. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 295-311, hier S. 306. Vgl. auch: Hein, ebda., S. 28.

13 Fenske, Vormärz und Revolution (wie Anm. 9), S. 242; Hein, ebda., S. 28.

14 Zu dieser Bezeichnung vgl.: Hans-Dietrich Genscher: Rede des Bundesvorsitzenden aus Anlass des 30. Jahrestages der Gründung der Freien Demokratischen Partei, am 11. Dezember 1978, in Heppenheim, S. 4. In: StA Heppenheim, Sign. 050-201: Sammlung von Zeitungsartikeln, Fachaufsätzen und Reden anläßlich des 125. Jahrestages der Heppenheimer Versammlung und des 30. Jahrestages der Gründung der FDP in den Jahren 1972 und 1978.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dezember 1948 an. Schließlich war es, wie der frühere langjährige Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher bei einem Festakt aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der FDP am 11. Dezember 1978 in seiner Begrüßungsansprache feststellte, »kein Zufall, dass die Freie Demokratische Partei 1948 hier in Heppenheim, und nicht anderswo gegründet wurde«. Viele liberale Politiker hätten »mit dem Namen ‚Heppenheim' die Erinnerung an die Zusammenkunft der Liberalen aus ganz Deutschland im Jahre 1847 (verbunden), denen es (…) um die Einheit und um die Freiheit des deutschen Volkes ging«. Zwar habe schon Liselotte Funcke kurz nach dem Kongreß geschrieben, daß die Vertreter der einzelnen Landesverbände »keine leichte Aufgabe« übernommen hatten, als sie »in Heppenheim zusammenkamen, um die einheitliche Partei der liberalen Idee zu konstituieren«. Aber letztlich habe sich, wie Genscher betont, »immer wieder die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Liberalen die Wirksamkeit ihrer Idee nicht dadurch selbst behindern dürfen, dass sie sich gegenseitig bekämpfen«. Deshalb habe man sich auf dem Gesamt-Vertretertag auf die eigene Herkunft besonnen, und auf dieser Basis sei der Gründungsakt der Partei dann am Ende auch gelungen[15].

Im Anschluß an Genschers Worte, mit denen er nach eigenem Bekunden das Geschehen von 1948 in die Erinnerung der zum Festakt von 1978 geladenen Parteimitglieder zurückrufen wollte[16], läßt sich nun die These aufstellen, daß mit Blick auf den Gesamt-Vertretertag und den dort erfolgten Neuanfang des organisierten politischen Liberalismus die schon in der Weimarer Republik tätigen, erfahrenen liberalen Politiker, Ex-Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) wie der Deutschen Volkspartei (DVP), also die »Älteren«, die »wieder mit auf die Bühne« traten, mit den »Neu-Liberalen«, »die vor 1933 nicht politisch aktiv gewesen waren«, und einigen jüngeren demokratisch gesinnten Nachwuchspolitikern[17] über alle Generationenkonflikte und Richtungskämpfe hinweg ein gemeinsames historisch-politisches Denken verband. Man kann sogar sagen, manche Akteure des wiedererstandenen Liberalismus teilten nach 1945 miteinander nicht nur eine bestimmte politische Grundüberzeugung, sondern auch ein besonderes Geschichtsbewußt-

15 Genschers historische Ausführungen gipfelten in der Aussage: »Wir Freien Demokraten lassen uns unsere Tradition nicht rauben. 1978 so wenig wie 1847 und 1948.« Dazu noch einmal: Ders., Rede des Bundesvorsitzenden 1978 (wie Anm. 14), S. 4, 13 u. 18-19. Gemeint ist hier Liselotte Funckes Schrift »Einheit der Freien Demokratischen Partei«, aus der ein Abschnitt in Genschers Rede wiedergegeben wird: ebda., S. 10.

16 Vgl. ebda., S. 4 u. 31-32.

17 Zur Generationenproblematik bei den Nachkriegsliberalen vgl.: Briefe von Theodor Heuss an Paul Klopfer und Wilhelm Keil vom 02.11.1945 bzw. 02.02.1949. In: Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949 hrsg. u. bearb. von Ernst Wolfgang Becker, München 2007, S. 123-124 u. 468, vgl. auch: Ernst Wolfgang Becker: Ein Intellektueller für die Vitrine? – Theodor Heuss und die Neubegründung des Liberalismus in Deutschland 1945-1949. In: JzLF 20 (2008), S. 29-45, insbes. S. 41; Frölich, Von Berlin (wie Anm. 6), S. 26.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sein und waren zudem einem spezifischen Strang der »öffentlichen Gedächtniskultur in Deutschland« verhaftet[18].

Denn in der außergewöhnlichen Umbruchsituation der Jahre 1945 bis 1949 war auch bei den Nachkriegsliberalen das Gefühl der Verunsicherung groß und »das Bedürfnis nach Legitimation und Positionierung im Lauf der Geschichte besonders hoch«[19]. Diese »zeitgeschichtliche Grunderfahrung« des allgemeinen Umbruchs diente ihnen zusammen mit dem bewußten Rückgriff auf Geschichte und dem Verweis auf einzelne historische Ereignisse in dem Prozeß der parteipolitischen Neufindung, Identitätssicherung und Selbstverständigung als richtungsgebender Kompaß, als »Koordinatensystem politischer Deutung« und als »Wegweiser« auf dem schwierigen Weg hin zu einer liberalen Bundespartei[20]. Das Zustandekommen einer westzonalen Gesamtpartei schien nach dem Auseinanderbrechen der kurzlebigen Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) zum Jahreswechsel 1947/48, dem »einzige(n) Versuch einer gesamtdeutschen Parteistruktur zwischen 1945 und 1990«, dringender denn je geboten zu sein. Für viele Westliberale hatte diese Parteibildung ohne die Liberaldemokraten aus dem Osten allerdings einen bitteren Beigeschmack, bedeutete dies doch, daß die künftige Partei nicht nur in ihrer deutschlandpolitischen Konzeption neu ausgerichtet werden mußte, sondern auch organisatorisch vorerst auf den Westen Deutschlands beschränkt blieb[21].

Um in dieser Situation politisch-programmatisch zueinander zu finden, eine moderne, zukunftsfähige, einheitliche Partei überhaupt gründen zu können und dabei die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, besannen sich seit März 1948 liberale Spitzenpolitiker aus den westdeutschen Ländern, vor allem um Theodor Heuss und seine Mitstreiter von der Demokratischen Volkspartei (DVP), auf historische Wegmarken in der Geschichte des deutschen Liberalismus. Für diese ausgesuchten »Fixpunkte«, darunter die Heppenheimer Versammlung von 1847 und die deutsche Revolution von 1848/49, entwickelten sie als »Wissensbevollmächtigte« Deutungsmuster, die sie in dem breitgefächerten Spektrum der liberalen Nachkriegsgruppen zu veran-

18 Schiffmann, Das Hambacher Fest (wie Anm. 4), S. 337. Zum Begriff des kulturellen Gedächtnisses vgl. vor allem: Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, 3. Aufl., München 2000; Aleida Assmann: Zeit und Tradition. Kulturelle Strategien der Dauer, Köln u.a. 1999.

19 Zur Beschäftigung mit Geschichte in Umbruchsituationen vgl.: Claudia Klemm: Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur, Göttingen 2007, S. 37-39.

20 Den Zusammenhang zwischen zeitgeschichtlicher Grunderfahrung, historischem Gedenken und politischer Selbstvergewisserung erläutern: Klemm, Erinnert (wie Anm. 19), S. 21; Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 27.

21 Zum Scheitern der DPD und zur Bildung einer neuen Gesamtpartei vgl.: Frölich, Von Berlin (wie Anm. 6), S. 28-29 u. 32, zit. S. 28; Becker, Ein Intellektueller (wie Anm. 17), S. 34-35.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

kern suchten[22]. Mit der Erinnerung an diese herausragenden Ereignisse und ihrer Weitergabe verfolgten diese führenden Liberalen die Absicht, den unterschiedlich ausgerichteten Landesverbänden Westdeutschlands ebenso wie der sukzessive aufzubauenden westzonalen Bundespartei eine klare, inhaltliche Orientierung zu vermitteln, die Standpunkte der neuen Partei auf ein historisches Fundament zu stellen und damit die Ausformung eines bestimmten (partei-) politischen Selbstverständnisses zu fördern. Letztlich sollte auf diese Weise sowohl die Neupositionierung der liberalen Bundespartei in der sich gerade entfaltenden westdeutschen Parteienlandschaft erleichtert als auch ein Beitrag zur Identitätsstiftung und Traditionsbildung des deutschen Nachkriegsliberalismus geleistet werden[23].
In diesem Sinne schrieb der Generalsekretär der DVP Württemberg-Badens, Ernst Mayer, in einem Artikel im *Tagesspiegel* am 8. Dezember 1948 zur Einstimmung auf den »liberaldemokratische(n) Vereinigungsparteitag«, die Repräsentanten der Landesverbände würden in den nächsten Tagen »über die Angelegenheiten des Staates und der Partei miteinander diskutieren« und sich dabei »über ähnliche Fragen (…) unterhalten müssen, mit denen sich die süddeutschen Liberalen vor 101 Jahren im gleichen Heppenheim auseinanderzusetzen hatten«. Wie damals würden auch bei der aktuellen Zusammenkunft »alle großen deutschen Themen (…) im Mittelpunkt der innenpolitischen Referate stehen«, handele es sich um die Zusammenführung der deutschen Länder, den Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte oder die Funktion einer neuen Partei. Zu diesem Zeitpunkt stehe für »die künftige liberale und demokratische deutsche Gesamtpartei« neben der Namensfrage, Organisationsform und Aufgabenstellung die eigene Positionsbestimmung im Vordergrund, daher sei es wesentlich,

> »daß sie selbst weiß, wo sie steht, und was sie will: die Freiheit des einzelnen und seine soziale Sicherung im demokratischen Staat, der nicht mehr der Fronvogt über seine Bürger und nicht mehr Drohung für den Nachbarn ist. Die Initiatoren von Heppenheim wollen Aehnliches wie die der Tagung von 1847: Einheit in Freiheit im Staatspolitischen wie im Parteipolitischen.«[24]

Mitten in die Umbruchsituation der Nachkriegsära fiel nun 1948 das 100jährige Jubiläum der Achtundvierzigerrevolution, das mit denkwürdigen,

22 Frölich, ebda., S. 32-33; Hein, Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus (wie Anm. 6), S. 30; Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis (wie Anm. 18), S. 51 ff.; Klemm, Erinnert (wie Anm. 19), S. 19-20.
23 Klemm, ebda., S. 16; Jan Assmann, ebda., S. 24; Becker, Ein Intellektueller (wie Anm. 17), S. 30-31. Vgl. auch: Heinrich August Winkler: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Göttingen 2004, S. 7-13, hier S. 11.
24 Vgl.: Ernst Mayer: Einheit in Freiheit. In: *Tagesspiegel* (08.12.1948). In: AdL, Liberale Parteien (wie Anm. 1).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

politisch aufgeladenen Feiern in Ost- wie Westdeutschland begangen wurde und das dem sich neu aufstellenden Lager der bürgerlichen Liberalen im Westen eine weitere Gelegenheit für seinen speziellen erinnerungskulturellen Umgang mit Geschichte bot. Diese Möglichkeit nutzte auch Theodor Heuss, der zum Zentenarium seine eigene Revolutionsdarstellung »1848 – Werk und Erbe« veröffentlichte[25]. Da Jubiläen immer »eine Vergegenwärtigung von Geschichte« darstellen, die zu diesem Zweck gefeierten Feste der gruppeninternen Integration und Identitätsbildung dienen – die Mitglieder »erinnern, um dazuzugehören« –, und besonders Gedenktage dazu geeignet sind, Traditionszusammenhänge aufzuzeigen und Gruppenbewußtsein zu schaffen[26], kann davon ausgegangen werden, daß den meisten Liberalen als Folge der Jubiläumsfeiern von 1948 gerade die Heppenheimer Versammlung von 1847 und die 1848er Revolution deutlich vor Augen standen. Desgleichen war ihnen der Stellenwert dieser Ereignisse für die eigenen ideengeschichtlichen Wurzeln und parteipolitischen Anfänge im 18. und 19. Jahrhundert wie für die Neubegründung des politischen Liberalismus nach 1945 und die aktuelle Tagespolitik und damit für »die Forderung nach deutscher Einheit in Freiheit durchaus noch bewußt«[27].

Hinzu kam, daß einzelne liberale Persönlichkeiten in den Nachkriegsjahren über Vorfahren noch einen direkten Bezug zur späten Vormärzära und Revolutionszeit hatten und das historische Geschehen für sie über familiäre Erzählungen und damit über eine vermittelte Erinnerung anschaulich nachvollziehbar war. Das persönliche Geschichtsbewußtstein und Weltbild dieser Liberalen konnte so durch eine im individuellen Erfahrungsbereich angesiedelte besondere Familiengeschichte und Überlieferungssituation und eine darauf gestützte politische Tradition zusätzlich verstärkt werden.

Gerade an dem Heppenheimer Gründungsparteitag der FDP Ende 1948 nahmen mehrere Politiker teil, die Nachkommen ehemaliger aktiver Achtundvierziger waren: Zu ihnen gehörten zum Beispiel die spätere Bundestagsvize-

25 Das Revolutionsgedenken in Deutschland 1948 thematisierten zuletzt: Klemm, Erinnert (wie Anm. 19), S. 319-492 und Claudia Roth: Das trennende Erbe. Die Revolution von 1848 im deutsch-deutschen Erinnerungsstreit 100 Jahre danach. In: Winkler, Griff nach der Deutungsmacht (wie Anm. 23), S. 209-229. Zur Heuss'schen Revolutionsdarstellung vgl.: Theodor Heuss: 1848 – Werk und Erbe. Stuttgart 1948, ein Nachdruck des Werkes erschien: Ders.: Ein Vermächtnis. Werk und Erbe von 1848, Stuttgart 1954; mittlerweile liegt auch eine Neuausgabe vor: Ders.: 1848. Die gescheiterte Revolution. Mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker, Stuttgart 1998.

26 Zum Status von Jubiläen und Gedenktagen vgl.: Emil Brix: Kontinuität und Wandel im öffentlichen Gedenken in den Staaten Mitteleuropas. In: Ders./Hannes Stekl (Hrsg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien u.a. 1997, S. 13-21, hier S. 13 u. 15; Michael Mitterauer: Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage. In: Ebda., S. 23-89, hier S. 81-82. Vgl. auch: Jan Assmann: Erinnern, um dazuzugehören. Kulturelles Gedächtnis, Zugehörigkeitsstruktur und normative Vergangenheit. In: Kristin Platt/Mihran Dabag (Hrsg.): Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1995, S. 51-75.

27 Hoede, Und warum (wie Anm. 5), S. 65.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

präsidentin Liselotte Funcke als eine Nachfahrin des Hagener Industriepioniers und Publizisten Friedrich Wilhelm Harkort, ein »Verfechter der Forderungen des vormärzlichen Liberalismus«, der 1848 in die verfassunggebende preußische Nationalversammlung gewählt worden war, später als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses in den Reihen der Linken wiederzufinden war und sich als »ein entschiedener Gegner der Reaktion« erwies; ebenso der spätere stellvertretende Ministerpräsident Baden-Württembergs Wolfgang Haußmann, dessen Großvater Julius wegen seines Engagements in der 1848er Revolution zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war und später dem Anschluß des Königreichs Württemberg an das Deutsche Reich äußerst skeptisch gegenüber gestanden hatte. Und in dieser Reihe darf natürlich der erste Bundespräsident Theodor Heuss nicht fehlen: Dessen Urgroßonkel Fritz Heuss hatte während der Reichsverfassungskampagne 1849 auf Seiten der Demokraten gegen die in den deutschen Südwesten einmarschierenden preußischen Truppen gekämpft und war dafür nach der Niederschlagung der Revolution in den Kasematten der Festung Rastatt eingesperrt worden, was schon »die Phantasie des Schülers Theodor Heuss lebhaft« beschäftigt hatte. Nach der Wahl ins höchste politische Amt der Republik am 12. September 1949 gedachte er deshalb ausdrücklich seines Vaters Louis Heuss, einem Vertreter des schwäbischen Linksliberalismus, der »in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 48 gegossen hat (…) und der uns einen Begriff davon gab, dass die Worte Demokratie und Freiheit nicht bloß Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind«[28].

Noch im Jahr 1988, aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der FDP, wies Wolfgang Haußmann in einem Interview auf die Bedeutung Heppenheims für die Geschichte des deutschen Liberalismus hin. Dabei unterstrich er, wie stark die erste Heppenheimer Versammlung von 1847 als zentrales identitäts- und sinnstiftendes historisches Ereignis bei den meisten der 89 Delegierten auf dem Gesamt-Vertretertag der liberalen Parteien, also der zweiten Heppenheimer Versammlung von 1948, präsent gewesen sei: Man habe sich eben in Heppenheim getroffen, »weil dies ein Ort war, an dem

28 Hinweise zu den familiären Achtundvierzigerbezügen finden sich bei: Jürgen Frölich: Conrad Haußmann (1857-1922). In: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, Stuttgart 2005, S. 43-53, hier S. 43-44; Thomas Hertfelder: Theodor Heuss (1884-1963). In: Ebda., S. 233-245, hier S. 234 u. 240; Helmut Gembries: Harkort, Friedrich Wilhelm. In: Reinalter, Biographisches Lexikon (wie Anm. 8), S. 129-131, zit. S. 130-131; Artikel »Funcke & Hueck«. In: Wikipedia, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Funcke & Hueck; Rudolf Albrecht: Harkort, Johann Caspar. In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 7 (1966), S. 678-679, URL: http://www.deutsche-biographie.de/artikelNDB_pnd11647629X.html, beide abgerufen am 21.04.2010. Zur Heuss' Rede siehe: Ralf Dahrendorf/Martin Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, Tübingen 1984, S. 376-381, hier S. 376. Vgl. auch: Liselotte Funcke: Aus der Familiengeschichte Funcke. Vortrag hrsg. von der Stadt Hagen, Hagen 2003; Beate-Carola Padtberg: Vom Neckar-Napoleon zum Bundespräsidenten. Über die politische Gesinnungstradition in der Familie Heuss, Konstanz 2000.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schon einmal liberale Geschichte gemacht worden ist: allerdings hundert Jahre früher«[29]. Ähnlich äußerte sich rund zehn Jahre später der langjährige stellvertretende Bundes- und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick zum 150. Jubiläum der vorrevolutionären Zusammenkunft. Mischnick, der nach Kriegsende in die neu gegründete Partei der Liberaldemokraten eingetreten und schnell in den Zentralvorstand der Ostliberalen aufgestiegen war, floh nach Zusammenstößen mit der sowjetischen Besatzungsmacht vor einer drohenden Verhaftung aus seiner sächsischen Heimat in den Westen, wo er der hessischen LDP/FDP als Mitglied beitrat; 1948 war er als Vertreter der jüngeren Führungsgarde zum Gründungsparteitag gekommen. Der »aufrechte und nicht anpassungsbereite Liberale« verfügte zwar über keine eigene familiäre Traditionslinie zu den Achtundvierzigern, hatte dafür aber selbst sehr nachhaltige Erfahrungen im Kampf um eine freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung gemacht. Ihm stand deshalb die Aktualität des historischen Geschehens bei der Wahl Heppenheims deutlich vor Augen, wie er 1997 in einer Rede hervorhob:

> »Wenige Monate nach meiner Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone nahm ich als junger Delegierter im Dezember 1948 an der FDP-Gründungsversammlung in Heppenheim teil. Die historische Bedeutung dieses Ortes war mir sehr wohl bewußt, und in der Vorbereitungszeit erfuhr ich von Theodor Heuss noch mehr über die Hintergründe jener Zeit. Einheit in Freiheit war auch die grundsätzliche Botschaft, die wie vor 150 Jahren auch im Jahre 1948 von den Liberalen in Heppenheim ausging.«[30]

Jedenfalls bot Heppenheim den verschiedenen Flügeln des westdeutschen Nachkriegsliberalismus gemeinsame Anschlußmöglichkeiten, und zwar für einen moderaten Nationalliberalismus ebenso wie für einen sich an den demokratischen Traditionen der 48er Revolution orientierenden Linksliberalismus, kam also »dem Selbstverständnis sowohl eines Theodor Heuss als auch eines Franz Blücher oder August Martin Euler entgegen«[31]. Die Losung »Einheit in Freiheit«, unter die der Gründungsparteitag von seinen Hauptorganisatoren aus der DVP gestellt worden war, knüpfte bewußt an die zentralen Aussagen von 1847 an. Da Heppenheim historisch »als Synonym für das Streben des vormärzlichen Liberalismus nach einem freiheitlich verfaßten deutschen

29 In einem Interview mit Günther Serfas, hier zit. nach: Hoede, Und warum (wie Anm. 5), S. 65.

30 Wolfgang Mischnick: Grußwort. In: Der Magistrat der Kreisstadt Heppenheim (Hrsg.): Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Festvortrag, gehalten von Rainer Koch, Heppenheim 1997, S. 8-9, hier S. 8. In: StA Heppenheim, 150 Jahre Heppenheimer Versammlung 1847-1997, Presseschau (wie Anm. 7). Eine neuere wissenschaftliche Biographie Mischnicks steht derzeit aus, erste Informationen können entnommen werden bei: Friedrich-Naumann-Stiftung, URL: http://www.politik-fuer-die-freiheit.de/webcom/show_page.php/_c-153/_nr-1/i.html, abgerufen am 29.03.2010.

31 Einen Überblick bietet: Frölich, Von Berlin (wie Anm. 6), S. 22-27 u. 32-33, zit. S. 33.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nationalstaat« stand und eine Richtung der liberalen Politik widerspiegelte, für die Einheit und Freiheit unabdingbar miteinander verbunden war[32], bekannten sich die westdeutschen Liberalen 1948 mit der Wahl dieses Tagungsortes und Leitmotivs zu ihrer Grundüberzeugung, auch in Zeiten der deutschen Teilung an ihrem obersten politischen Ziel der nationalen Einheit auf demokratischer Grundlage festzuhalten. Dieser Strang des Vermächtnisses der zwei Heppenheimer Versammlungen, das unablässige Ringen um ein freies und geeintes Deutschland, das ursprünglich von der Tagung von 1847 ausgegangen war und von dem Gesamt-Vertretertag 1948 aufgegriffen und aktualisiert wurde, konnte allerdings erst mit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 eingelöst werden.

Doch stellten sich die Nachkriegsliberalen bei dem Rückgriff auf die programmatischen Aussagen der Zusammenkunft von 1847 nicht nur allein in diese eine demokratisch-nationale Traditionslinie. Hatte Friedrich Daniel Bassermann in seinem Einladungsschreiben an Heinrich von Gagern vom 21. September 1847 die angestrebte Marschroute der Tagung schon perspektivisch mit den Worten »so daß wir hoffen dürfen, einen Anfang eines Deutschen Parlaments in Heppenheim zu bilden«, vorgegeben[33], so suchten die Westliberalen über diesen historischen Bezug auch den Anschluß an ihre überlieferte Stellung als Verfassungs- und Parlamentspartei wieder herzustellen. Von der deutschen Nationalversammlung und dem Verfassungswerk der Paulskirche bis hin zu den neu gewählten Parlamenten in den deutschen Ländern nach 1945 und dem Parlamentarischen Rat 1948 reichte die verfassungsrechtlich-parlamentarische Traditionslinie des deutschen Liberalismus. Gerade die Wahl des Tagungsortes Heppenheim sollte den Anspruch der Nachkriegsliberalen auf diese andere Traditionslinie, einen weiteren Strang des Vermächtnisses von 1847, zugespitzt in der Formel »Parlamentarismus und Verfassung vor Barrikadenkampf«[34], untermauern. Zumal führende Liberale im Parlamentarischen Rat mitarbeiteten und durch ihre Schlüsselstellung zwischen Christ- und Sozialdemokraten »einen weit über ihre zahlenmäßige Vertretung hinausgehenden Einfluss auf das Grundgesetz« hatten nehmen können[35].

32 Hein, Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus (wie Anm. 6), S. 31.

33 Bassermanns Einladungsschreiben findet sich in: Hoede, Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 7), S. 72.

34 In Abwandlung des das Revolutionsgedenken bis heute prägenden Mottos »Barrikadenkämpfe contra Paulskirche«, vgl. dazu: Klemm, Erinnert (wie Anm. 19), S. 22.

35 Zum Selbstverständnis liberaler Parteien und zur Mitwirkung der FDP im Parlamentarischen Rat vgl.: Exler, Der Zusammenschluß (wie Anm. 1), S. 244; Frölich, Von Berlin (wie Anm. 6), S. 30-31.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

3. *Konkrete Erinnerungsorte des organisierten Liberalismus in Heppenheim: das Gasthaus »Zum Halben Mond« und der »Kurmainzer Amtshof«*

Kommen wir damit zu den konkreten Erinnerungsorten innerhalb des geographischen Ortes Heppenheim, an denen Gedenken in besonderer Weise möglich und intendiert ist. Nach einer Definition von Lucian Hölscher ist allen konkreten Erinnerungsorten gemeinsam, daß »wir uns an Vergangenes besonders stark erinnern, wenn wir an den Platz zurückkehren, wo dieses Vergangene sich einst ereignete«. Da geographische Orte und Räume sich jedoch generell in ihren inneren Strukturmerkmalen und ihrem äußeren Erscheinungsbild mit der Zeit verändern und dabei unter Umständen auch von historischen Umbrüchen heimgesucht werden, gibt es in einer Stadt oft nur noch »öffentliche Orte der Erinnerung, an denen sich der Ort des Erinnerns vom Ort des erinnerten Geschehens gelöst hat« und beide erst wieder »im Akt der Erinnerung symbolisch« miteinander verschmelzen[36]. Als Paradebeispiele für diese Form der konkreten Erinnerungsorte können in Heppenheim das »Traditionshaus an der alten Staatsstraße«, das an der ehemaligen Landstraße Heidelberg-Frankfurt gelegene Gasthaus »Zum Halben Mond«, und der »Glanzbau der Heppenheimer Altstadt«, der Kurmainzer Amtshof, gelten, die auf eine »inhaltsreiche und wechselvolle Historie« zurückschauen können[37].

Die Ursprünge des Gasthauses und Hotels »Halber Mond« reichen zurück bis ins Jahr 1617. Im Kirchenbuch der Pfarrei Heppenheim wurde 1668 erstmals ein Wirt »zum halben Mond« erwähnt. In einer Aufstellung der Mainzer Hofkammer von 1779/80 wird dann bezüglich der Heppenheimer Schildgaststätten erneut der »Halbe Mond« aufgeführt, der sich folglich schon »über 100 Jahre gehalten« hatte[38]. Diese gastronomische Tradition wurde von Johann Ludwig Franck fortgesetzt, der das Anwesen Ende Juli 1827 übernommen hatte und unter dessen Führung der Gasthof schon bald sein überregionales Renommee gewann[39]. Der in der historischen Literatur nur als Louis Franck

36 Zu den konkreten Erinnerungsorten vgl.: Lucian Hölscher: Geschichte als »Erinnerungskultur«. In: Platt/Dabag, Generation und Gedächtnis (wie Anm. 26), S. 146-168, hier S. 163; Klemm, Erinnert (wie Anm. 19), S. 36-37.

37 Gerhard Kasper: Vom »Lustigen Garten« zum Geopark Bergstraße. Entwicklung, Chance und Zukunft des Fremdenverkehrs. In: Verkehrs- und Heimatverein Heppenheim, 1250 Jahre (wie Anm. 3), S. 313-322, hier S. 317; Ulla Hess: Die Altstadtsanierung. In: Ebda., S. 367-378, hier S. 373; Werner Wirth: Auszüge aus der Geschichte des »Halben Mondes«. In: Elizabeth C. Gaskell: Sechs Wochen in Heppenheim (1862). Hrsg. von Maria Diedrich, Heppenheim 1991, S. 61-90, hier S. 61, vgl. auch: Fritz Kuhn: Heppenheim. Ein praktischer Stadtführer hrsg. vom Verkehrs- und Heimatverein Heppenheim, Heppenheim 1996, S. 50.

38 Karl Härter: Entwicklung, Verwaltung und Kultur der Landstadt Heppenheim von der ersten urkundlichen Erwähnung (755) bis zum Ende des Alten Reiches (1803/06). In: Verkehrs- und Heimatverein Heppenheim, ebda., S. 9-66, hier S. 38; Wirth, Auszüge (wie Anm. 37), S. 61.

39 Wirth, ebda., S. 63.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bekannte Gastwirt, der aus dem badischen Adersbach bei Sinsheim stammte und auch nach Erwerb des Gasthofs seine Beziehungen in die alte Heimat weiter pflegte, scheint als »typischer Grenzgänger« in Südwestdeutschland eine liberale Gesinnung und Sympathien für das revolutionäre Frankreich gehegt zu haben. Zudem knüpfte er durch seine zweite Eheschließung Kontakte ins Rheinland und unterhielt hier Verbindungen zu dem Aachener Politiker David Hansemann[40].

Jedenfalls könnten die politische Grundhaltung und überregionalen Beziehungen des Wirtes Franck eine Rolle bei der Wahl des Tagungsortes und -lokals gespielt haben, als Hansemann im Herbst 1847, nach seiner Teilnahme am Ersten Preußischen Vereinigten Landtag, eine Rundreise durch die süddeutschen Staaten unternahm, um bessere Kontakte zu den dortigen Liberalen herzustellen und mit ihnen eine Verständigung in der Deutschen Frage zu erzielen; für diesen politischen Austausch suchte er nach einer geeigneten Lokalität[41]. Ein wesentlicher Aspekt für die Wahl Heppenheims dürfte dabei die Aufnahme des Zugverkehrs der Main-Neckar-Bahn auf der Strecke Frankfurt-Heidelberg ab August 1846 und die damit verbundene Inbetriebnahme der Station Heppenheim gewesen sein. Trotz ihrer geographischen Randlage an der Südspitze Hessen-Darmstadts war die Stadt nun wegen des Bahnbetriebs für Tagungsteilnehmer aus Süddeutschland wie aus Rheinpreußen gut erreichbar. Daß die Wahl auf den »Halben Mond« als Versammlungsstätte fiel, hing wohl auch mit dessen gutem Ruf zusammen, den das Gasthaus, nur wenige Gehminuten vom Bahnhof entfernt, mit seinen gediegenen Übernachtungsmöglichkeiten, seinem Wirtsgarten und Weinberg, der Lohnkutscherei und den Unterstellplätzen für Fahrzeuge selbst außerhalb Hessens genoß[42].

Abgeschirmt vom eigentlichen Gasthausbetrieb fand so am 10. Oktober 1847 die Heppenheimer Versammlung in einem Nebengebäude des »Halben Mondes«, dem »Kutscherhaus« statt, das Rudolf Haym als jenen »Gartensaale in Heppenheim« ausmachte, den die Liberalen um Hansemann während ihrer »wühlerischen Rundreisen (…) aufgespürt und dorthin die Gleichgesinnten eingeladen« hatten[43]. In der Abgeschiedenheit der Provinz konnten sich die

40 Biographische Informationen zum Gastwirt Franck finden sich bei: Dirk Römer: Reformatorische Predigt unterhalb der Starkenburg. Einblicke in 450 Jahre evangelischer Christen in Heppenheim. In: Verkehrs- und Heimatverein Heppenheim, 1250 Jahre (wie Anm. 3), S. 123-152, hier S. 133-134.

41 Römer, Reformatorische Predigt (wie Anm. 40), S. 134. Zu Hansemanns Rundreise vgl.: Düwell, David Hansemann (wie Anm. 12), S. 305-307. Hansemanns eigene Darstellung zur Heppenheimer Versammlung findet sich in: Ders.: Das preußische und deutsche Verfassungswerk. Mit Rücksicht auf mein politisches Wirken, Berlin 1850.

42 Wirth, Auszüge (wie Anm. 37), S. 71; Hoede, Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 7), S. 65-66.

43 Wirth, ebda., S. 74 u. 76. Zu Haym vgl.: Brief von Rudolf Haym an David Hansemann, Frankfurt vom 6. März 1849. In: Hans Rosenberg (Hrsg.): Ausgewählter Briefwechsel Rudolf Hayms, Berlin/Leipzig 1930, Nr. 28, S. 72 f..

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hochrangigen Politiker, und zwar ohne öffentliches Aufsehen zu erregen und polizeistaatliche Beobachtung fürchten zu müssen, in aller Ruhe über die Verhältnisse innerhalb des Deutschen Bundes aussprechen. Das Ergebnis der Besprechungen kommentierte Bassermann in seiner Schrift »Denkwürdigkeiten« rückblickend:

> »Freilich unterschied sich die Versammlung zu Heppenheim von jenen, die ich kurzweg die Itzsteinschen (die Treffen des Hallgartener Kreises auf dem Gut von Johann Adam von Itzstein, Anm. BBG) nennen möchte, nicht minder durch ihren Charakter. Während diese nur auf die Erringung der Freiheit gerichtet waren, setzte sich jene vorzugsweise die Einheit zum Ziele. Jene trugen mehr die Farbe der Demagogie, diese eines parlamentarischen Kongresses. Heppenheim ist so die Wiege des deutschen Parlaments geworden, und so oft ich an dem freundlich gelegenen Städtchen vorüberfahre, heftet sich unwillkürlich mein Auge auf jenes Gasthaus zum ‚Halben Mond', wo so Großes vorbereitet worden (…)«[44]

Jene Bassermannsche Einschätzung und die darin zum Ausdruck kommenden ideengeschichtlichen Traditionslinien des Liberalismus, aber auch die überlieferte Bedeutung Heppenheims, die Paul Wentzcke 1938 in seiner Revolutionsgeschichte dahingehend zusammenfaßte, das Gasthaus »Halber Mond« habe »durch diese Versammlung ein halbes Jahrhundert hindurch politische Bedeutung« errungen, mögen Heuss und seine Mitstreiter am Ende dazu bewogen haben, den Gründungsparteitag der FDP 1948 in der Stadt an der Bergstraße abzuhalten und sich damit in das liberale Erbe der Heppenheimer Tagung zu stellen[45]. Bei dieser zweiten Ortswahl wird den Nachkriegsliberalen vielleicht auch die Stellung des Gasthauses in Kunst und Literatur vor Augen gestanden haben.

Denn die berühmteste und manchem Nachkriegsliberalen wohl vertraute künstlerische Darstellung des Traditionshauses stellt ein Stahlstich von E. Grünewald und G. Lambert aus dem Bestand des Museums für Stadtgeschichte und Volkskunde Heppenheim dar, der eine Ansicht »Aus dem Wirtsgarten zum ‚Halben Mond' zu Heppenheim« um 1840 zeigt und dabei einen sehr guten Eindruck von dem Zustand des Gasthofes vermittelt, wie er sich ein paar Jahre später den Teilnehmern der ersten liberalen Zusammenkunft präsentiert haben dürfte[46]. Daß darüber hinaus noch andere Zeichnun-

44 Friedrich Daniel Bassermann: Denkwürdigkeiten 1811-1851 hrsg. von Friedrich u. Ernst Bassermann-Jordan, Frankfurt/M. 1926, S. 16, vgl. auch: Werner Wirth: Vor 125 Jahren. Die Heppenheimer Versammlung, in: *Südhessische Post* (14.10.1972), S. 17-18, hier S. 17, Sp. 6. In: StA Heppenheim, Sammlung von Zeitungsartikeln, Fachaufsätzen und Reden 1972/78 (wie Anm. 14).

45 Paul Wentzcke: 1848. Die unvollendete deutsche Revolution, München 1938, hier S. 48.

46 Abbildungen des Stahlstichs finden sich in: Die Heppenheimer Versammlung 1847. In: Museum für Stadtgeschichte und Volkskunde Heppenheim: Heppenheim von den Anfängen bis 1900. Katalog zur Ausstellung hrsg. vom Magistrat der Stadt. Text: Martin Döring, Heppenheim o.J., S. 46-49, hier S. 46; Maria Diedrich: Liebeserklärung an die Bergstraße: Einleitende Bemerkungen. In: Gaskell, Sechs Wochen (wie Anm. 37), S. 7-19, hier S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen, Fotografien und Abbildungen des Wirtshauses existieren, die später in einer historischen Studie erfaßt worden sind[47], davon werden nur wenige Liberale gewußt haben. Im Vergleich dazu dürfte ihnen eher die motivische Verarbeitung des »Halben Mondes« in der Erzählung »Six Weeks at Heppenheim« der einflußreichen englischen Schriftstellerin Elizabeth C. Gaskell – 1862 erstmals im *Cornhill Magazine* publiziert – ein Begriff gewesen sein, durch die das Gasthaus Eingang in die europäische Literatur gefunden hat und die als »kleine Liebeserklärung an Heppenheim« das Bild der britischen Öffentlichkeit vom ländlichen Raum der Rhein-Neckar Region stark geprägt hat[48].

Nach neueren Erkenntnissen ist Theodor Heuss während des Gesamt-Vertretertages Mitte Dezember 1948 nicht zum ersten Mal in Heppenheim gewesen, die Räumlichkeiten des »Halben Mondes« kannte er zu diesem Zeitpunkt wohl schon aus eigener Anschauung: Denn, wie Nachforschungen anläßlich des 1250jährigen Bestehens Heppenheims ergeben haben, ist eine Anzeige der am 15. November 1931 zur Landtagswahl in Hessen angetretenen Mittelstandspartei aufgefunden worden, die auf eine Kundgebung im »Halben Mond« zwei Tage vor der Wahl am 13. November hinweist, auf der der damalige Reichstagsabgeordnete Heuss als Hauptredner gewirkt hat[49]. Damit dürfte er eine konkrete Vorstellung von den örtlichen Gegebenheiten gehabt haben, als ihm und anderen Parteivertretern »der führende Bergsträßer Liberale jener Zeit« Henri Ross den Vorschlag unterbreitete, Heppenheim als Versammlungsort für den Gründungsparteitag der FDP zu wählen[50].

Der Unternehmer Roos, »im Dritten Reich mißliebig« und nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 bis Kriegsende inhaftiert, war im Herbst 1945 mit seinem Handelsbetrieb von der amerikanischen Militärregierung mit der Kartoffelversorgung des Landkreises Bergstraße beauftragt worden. Auf seinen Kartoffelfahrten durch Hessen hatte Roos einige Altliberale kennengelernt, die ihn dazu ermutigten, Anfang 1946 in Bensheim und Heppenheim Ortsgemeinschaften und den Kreisverband Bergstraße der hessischen LDP zu gründen. Obwohl Roos aufgrund seiner privilegierten Stellung in der Lebens-

47 Dazu: Wirth, Auszüge (wie Anm. 37), S. 61-90. Vgl. auch die »Bildnachweise« zu den angesprochenen Abbildungen. In: Gaskell, ebda., S. 101-103.

48 Zur Neuausgabe der Erzählung vgl.: Elizabeth C. Gaskell: Sechs Wochen in Heppenheim (1862). In: Dies., ebda., S. 20-60; Diedrich, Liebeserklärung (wie Anm. 46), S. 7-8 u. 16-18.

49 Fritz Kuhn: Nach dem Chaos 1945 die Geburtsstunde der Demokratie. »Papa Heuss« und die Heppenheimer Gründung der FDP. In: Verkehrs- und Heimatverein Heppenheim, 1250 Jahre (wie Anm. 3), S. 247-252, hier S. 248-249. Siehe auch: Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918-1933 hrsg. u. bearb. von Michael Dorrmann, München 2008, S. 444, Anm. 2.

50 Vgl.: Die Gründung der FDP – »Einheit in Freiheit«. In: Museum für Stadtgeschichte und Volkskunde Heppenheim: Heppenheimer Stadtgeschichte im 20. Jahrhundert. 1900 bis 1972. Katalog zur Ausstellung hrsg. vom Magistrat der Stadt. Red.: Karl-Heinz Schlitt, Heppenheim o.J., S. 42-45, hier S. 43; Kuhn, Nach dem Chaos (wie Anm. 49), S. 247.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mittelversorgung und seiner Ortskenntnisse als Einheimischer Zusagen für die Verpflegung und Unterkunft der Delegierten machen und in der Folge tatsächlich auch für ausreichend Hotel- und Privatquartiere, Tagungsräume und Mahlzeiten sorgen konnte, hatte er als Organisator des Vertretertages und Vorsitzender des einladenden Kreisverbandes dennoch mit den für die Nachkriegszeit typischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seine Absicht, den Gründungskongreß der Freien Demokraten in Anlehnung an die Ereignisse von 1847 im »Halben Mond« abzuhalten, ließ sich nicht realisieren, da die Amerikaner das Anwesen nach Kriegsende für ihre Truppen beschlagnahmt hatten, ehe ab Sommer 1948 der Darmstädter Verlag Hoppenstedt es zu seinem Domizil machte[51].

Auch die denkbare Alternative zum »Halben Mond«, der Kurfürstensaal als »Heppenheims würdigster Festsaal« in dem ursprünglich um 1232 entstandenen Kurmainzer Amtshof konnte nicht für die Tagung der Nachkriegsliberalen herangezogen werden, da der Saal wegen einer defekten Heizung nicht benutzbar war. Kurzerhand zogen die Delegierten in den unter dem Kurfürstensaal liegenden Winzerkeller um – der für den Gründungsakt einer Partei sicherlich ungewöhnliche Ort avancierte so unter den außergewöhnlichen Umständen der Nachkriegszeit zur Geburtsstätte der Freien Demokratischen Partei Deutschlands[52]. Eine im Gemäuer des Kurmainzer Amtshofs verankerte Gedenktafel erinnert noch heute an die Gründung der FDP dort und an ihren ersten Bundesvorsitzenden Theodor Heuss[53]. Dieser bedankte sich wenige Tage nach dem Treffen in einem Brief bei Henri Roos für die gelungene Durchführung des Kongresses und gab zugleich seiner Hoffnung auf eine positive Entwicklung der neuen Partei Ausdruck: »(…) ich hoffe sehr, daß Ihnen und den Heppenheimer Freunden die Tagung in einem guten Gedächtnis bleiben wird und daß wir alle die Frucht des Keimes noch erleben werden, der dort zu sprossen begonnen hat.«[54]

Nach mehreren Sanierungsphasen beherbergt der rundumerneuerte Gebäudekomplex des Kurmainzer Amtshofs heute das Museum für Stadtgeschichte und Volkskunde Heppenheim. Mit Fertigstellung des Ausstellungssaales wurde das Museum zum Publikumsmagneten und zog mit seinen kulturgeschichtlichen Ausstellungen, wie der Jubiläumsexposition zur 150. Wiederkehr der Heppenheimer Versammlung im Jahr 1997, zahlreiche Besucher

51 Zu Roos‘ Organisationsarbeit: Museum für Stadtgeschichte, Stadtgeschichte im 20. Jahrhundert (wie Anm. 50), S. 43; Kuhn, ebda., S. 247; Exler, Der Zusammenschluß (wie Anm. 1), S. 234-236.

52 Kuhn, ebda., S. 247; Museum für Stadtgeschichte, ebda., S. 44; Exler, ebda., S. 244-245. Weitere Beratungen fanden im Erkerzimmer des Winzerkellers und im Gartensaal des Hauses Hessischer Hof statt.

53 Eine Abbildung der Gedenktafel findet sich in: Kuhn, Nach dem Chaos (wie Anm. 49), S. 249.

54 Der Wortlaut des Briefes an Roos wird hier zitiert nach: Exler, Der Zusammenschluß (wie Anm. 1), S. 236.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

an[55]. Einem »modernen museumsdidaktischen Anspruch verpflichtet«, verfügt das Museum über zwei ständige Ausstellungsbereiche und dazu über Räumlichkeiten für Sonderausstellungen. In der Dauerausstellung wird im Abschnitt zur Neueren Geschichte auch das Themenfeld »Liberalismus« behandelt, wobei sowohl die Heppenheimer Tagung von 1847 als auch die Gründung der FDP Ende 1948 in Ausstellungstexten und mit Hilfe von Schautafeln sowie in äußerst lesenswerten Ausstellungskatalogen aufbereitet werden[56].

Abschließend sei in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen, daß das Ensemble des Kurmainzer Amtshofs in der Amtsgasse 5 ebenso wie das Hotel »Halber Mond« in der Ludwigstraße 5 gemäß den Online-Veröffentlichungen des Landesamts für Denkmalpflege zu den herausragenden Kulturdenkmälern des Bundeslandes Hessen gezählt werden, da der Amtshof »eine Sachgesamtheit von übergreifender kulturhistorischer Bedeutung« darstelle, und der »Halbe Mond« »zum einen als Werk des renommierten Bergsträßer Architekten Heinrich Metzendorf von architekturgeschichtlicher Bedeutung, zum anderen (…) als Traditionsgasthof und Ausgangspunkt der liberaldemokratischen Bewegung des 19. Jhs. von außerordentlicher historischer Relevanz« sei[57]. Derzeit wird das Gebäude des »Halben Mondes« unter Denkmalschutzauflagen saniert, und im Herbst 2010 soll der Gasthof wiedereröffnet werden; seine Gäste sollen dann nicht nur mit regionalen Spezialitäten kulinarisch verwöhnt, sondern mit Hilfe einer kleinen historischen Ausstellung wohl auch über die Bedeutung des »Halben Mondes« für die deutsche Demokratiegeschichte informiert werden[58].

55 Zur Bedeutung des Museums: Hess, Die Altstadtsanierung, S. 374 und Kuhn, Ein praktischer Stadtführer, S. 42-43 (beide wie Anm. 37). Zur Homepage des Museums vgl.: URL: www.heppenheim.de/museum, siehe auch: Hessischer Museumsverband, URL: http://www.museen-in-hessen.de/museum/?id=124, beide abgerufen am 09.03.2010.

56 An dieser Stelle sei dem Museumsleiter, Herrn Ulrich Lange, für seine unkomplizierte Hilfestellung und umfassenden Auskünfte zu den musealen Beständen und zum Aufbau der Dauerausstellung rund um das Thema »Liberalismusgeschichte« ausdrücklich gedankt. Herr Lange hat der Verfasserin diverse Schriften und Kataloge aus dem Museum für Stadtgeschichte und Volkskunde zugänglich gemacht und in mehreren Gesprächen im September/Oktober 2008 und Mai 2010 die Konzeption des Museums erläutert. Zum Museum siehe auch: Museum für Stadtgeschichte, Von den Anfängen bis 1900 (wie Anm. 46), S. 4-5.

57 Vgl.: Landesamt für Denkmalpflege, URL: http://denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/cgi-bin/mapwalk.pl?gg=167902684&obj=30288&session=9964&event=Query.Details und http://denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/cgi-bin/mapwalk.pl?gg=167864308&obj=30204&session=913&event=Query.Details, beide abgerufen am 30.03.2010.

58 Für diese wie für alle weiteren Auskünfte zur Stadtgeschichte und zum Versammlungsjubiläum 1997 danke ich ganz besonders dem Stadtarchivar Heppenheims, Herrn Harald E. Jost. Er und die anderen Mitarbeiter des Archivs haben die Verfasserin im September/Oktober 2008 und April 2010 in mehreren Gesprächen über die Heppenheimer Stadthistorie informiert und ihr zugleich zentrale Quellenmaterialien für diesen Beitrag zur Verfügung gestellt, zur Homepage des Stadtarchivs vgl.: URL: www.heppenheim.de/Stadtarchiv.309.0.html, abgerufen am 24.04.2010.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

4. *Das Gedenken der Stadt Heppenheim an die 150. Wiederkehr der Heppenheimer Versammlung als Beitrag zur regionalen Erinnerungskultur und nationalen Demokratiegeschichte*

Und wie wurde nun vor Ort von der Kreisstadt Heppenheim der ersten Heppenheimer Versammlung von 1847 anläßlich ihrer 150. Wiederkehr im Jahr 1997 gedacht? Um die Stellung der Zusammenkunft in der Vorgeschichte der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 besser verstehen zu können, aber auch um das zeitgenössisch herausragende Ereignis aus dem Schattendasein, das es bis dahin in der Geschichtsschreibung als »Fußnote« fristete, herauszuholen, dabei mit einigen historiographischen Legenden aufzuräumen und so »das Interesse an diesem Teil der Geschichte der deutschen Demokratie« wieder zu erwecken, faßte im Sommer 1994 der Magistrat der Stadt den Entschluß, eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung zum Thema in Auftrag zu geben und durch ein Stipendium zu fördern. Mit Blick auf den Jahrestag der Versammlung wurde der Historiker Roland Hoede mit der Aufgabe betraut, eine erste umfassende Darstellung zu erstellen[59].
Gerade vor dem Hintergrund des anstehenden Revolutionsjubiläums 1998/99 muß diese kommunalpolitische Entscheidung als eine wichtige geschichtspolitische Maßnahme verstanden werden, die dazu beitragen sollte, die Erinnerung an dieses Ereignis in das kulturelle Gedächtnis der Bürger der Stadt Heppenheim, von denen bis zu diesem Zeitpunkt »nur wenige (…) mit dem Ereignis der ‚Heppenheimer Versammlung' vertraut waren«, einzuschreiben[60] und so ein gemeinsames historisches Bewußtsein zu schaffen. Schließlich hatten umfangreiche Nachforschungen in den historischen Quellenbeständen und dem überlieferten Schriftgut der Kreisstadt ergeben, daß bis zu diesem Zeitpunkt, in den 150 Jahren zwischen 1847 und 1997, noch nie zuvor der Heppenheimer Versammlung von Seiten der Stadt gedacht worden war, und es bis dahin auch keine anderen Erinnerungsveranstaltungen dazu gegeben hatte[61]. Demgemäß wurde bei der Vorstellung des Auftragswerkes darauf hingewiesen, daß der Jahrestag ein willkommener Anlaß sei, die historischen Zusammenhänge um die Versammlung »der heutigen Generation zu vermitteln«[62] und – so Bürgermeister Ulrich Obermayr im Vorwort zum

59 Dazu: Ulrich Obermayr: Vorwort. In: Hoede, Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 7), S. 8-10, hier S. 9-10.
60 Hoede, Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 7), S. 12.
61 Zu diesem recht überraschenden Befund kam Stadtarchivar Jost nach intensiven Recherchen, die unter anderem die Durchsicht der städtischen Ratsprotokolle und lokalen Tagespresse mit eingeschlossen hatte. Diesen Hinweis gab Herr Jost der Verfasserin in einem Telefongespräch vom 16.04.2010.
62 Zur Vorstellung der Jubiläumspublikation vgl. die Berichterstattung in der Lokalpresse: Dokumentation in Buchform. »Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847«. In: *Südhessische Post* (23.09.1997), ein weiterer Artikel zur Buchpräsentation in derselben

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Buch – daß »die Erinnerung an die Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens (…) auch in finanziell schwierigen Zeiten einen hohen Stellenwert behält«[63].

Der von den verantwortlichen Kommunalpolitikern umrissenen Zielsetzung und Aufgabenstellung kam Autor Hoede mit seinem im Herbst 1997 erschienenen Werk in vollem Umfang nach. Mit seiner ertragreichen wissenschaftlichen Studie, die auf ein positives Echo in der Presselandschaft und historischen Fachwelt stieß[64] und von öffentlichen Vorträgen im Vorfeld der Revolutionsfeierlichkeiten in der Rhein-Main-Region begleitet wurde[65], übertraf er sogar bei weitem die Erwartungen der Heppenheimer Stadtväter. Nicht zuletzt wegen der Auswertung neu erschlossener Quellen war es ihm gelungen, die bisherige Geschichtsschreibung zum Heppenheimer Treffen kritisch zu hinterfragen. So konnte er die in der Revolutionsforschung lange Zeit verbreitete Auffassung, nach der die Offenburger und Heppenheimer Versammlungen vom 12. September und 10. Oktober 1847 »als entscheidende Markierung der endgültigen Spaltung« der Oppositionsbewegung in ein konstitutionell-liberales und demokratisch-republikanisches Lager betrachtet wurden, weitgehend revidieren. Im Gegensatz zu der jahrzehntelang vertretenen Ansicht, die Tagung sei nur eine Reaktion gemäßigter Kräfte auf die Offenburger Volksversammlung der Radikalen gewesen, plädierte Hoede für eine Neupositionierung der »Heppenheimer Versammlung im Zusammenhang der deutschen Geschichte«[66]. Mittlerweile haben seine differenzierten Sichtweisen Eingang in die neuere Historiographie gefunden und dort für eine ausgewogene Betrachtung der Heppenheimer Ereignisse gesorgt[67].

Ausgabe: Ein kühner Schritt. Die Umstände der Zeit zur Heppenheimer Versammlung. In: *Ebda.* (23.09.1997), hier zit. Sp. 3. Diese wie auch die im folgenden zum Tagungsjubiläum verarbeiteten Zeitungsartikel stammen aus: StA Heppenheim, 150 Jahre Heppenheimer Versammlung 1847-1997, Presseschau (wie Anm. 7).

63 Obermayr, Vorwort (wie Anm. 59), S. 10.

64 Dazu: Dokumentation, *Südhessische Post* (wie Anm. 62); Hans Riebsamen: Paulskirche und »Halber Mond«. Bücher über die Frankfurter und die Offenbacher. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (demn. *FAZ*) (18.10.1997).

65 Roland Hoede: »Die Revolution von 1848 und ihre Nachwirkungen«. Vortrag. In: *FAZ*, Nr. 254 (01.11.1997).

66 Zu den negativen Beurteilungen in der Geschichtsschreibung und den neuen Ansätzen von Hoede vgl.: Ders., Die Heppenheimer Versammlung (wie Anm. 7), S. 12, 14 u. 50-53, zit. S. 12 u. 14.

67 Hoedes Buch gilt mittlerweile als Standardwerk und wird u.a. in Einführungen zur 1848er Revolution genannt, vgl.: Rüdiger Hachtmann: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, hier S. 238. Siehe auch die Würdigungen und Rezensionen von: Wolfgang von Hippel: Einheit in Freiheit – Freiheit in Einheit. Deutsche Liberale diskutierten vor 150 Jahren in Heppenheim über die politische Zukunft. In: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Dezember 1997; Birgit Bublies-Godau: »Von der Revolution zu den Revolutionen« – Zur 150. Wiederkehr der Revolution von 1848/49 in Deutschland und Europa. Eine Zwischenbilanz zum Forschungsstand. In: JzLF 11 (1999), S. 219-256, hier S. 251-253.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Das offizielle »umfangreiche Erinnerungsprogramm« der Kreisstadt Heppenheim war dann nach Meinung von Hoede durchaus dazu geeignet, »das historische Bewußtsein der Menschen vor Ort zu vertiefen (…) und so Identifikationsmomente mit der Heimat- und darüber hinaus der deutschen Geschichte (zu) schaffen«[68]. Es sah neben der Jubiläumspublikation und der Ausgabe einer »Gedenkmedaille«[69] auch eine Veranstaltungsreihe und »Festwoche« vom 3. bis zum 15. Oktober 1997 mit diversen Erinnerungsveranstaltungen vor[70]. Die Palette der Gedenkaktionen reichte dabei von einer Grafik-Ausstellung, über politische Festveranstaltungen mit Podiumsdiskussionen, bis hin zu einem Tagesseminar, einem Bürgerkonzert und einem von der Stadt ausgerichteten Festakt:

Für den Auftakt der Veranstaltungsreihe war, wie die örtliche Presse schrieb, der Zeitpunkt »gut gewählt«. Denn am Tag der deutschen Einheit, dem 3. Oktober, wurde im Museum für Stadtgeschichte und Volkskunde die Jubiläumsexposition eröffnet, die »an ein Ereignis erinnert, das – obschon es 150 Jahre zurückliegt – eng mit der Idee eines geeinten Deutschland verknüpft ist«. Die Ausstellung zeigte zeitgenössische Lithographien zu ausgewählten Teilnehmern der Versammlung im »Halben Mond«, die wegen ihrer exponierten Stellung in der Revolutionszeit eine gewisse Prominenz erlangt hatten. Da 1848/49 die politische Karikatur zudem »eine Blütezeit erlebte«, wurden die Politiker »nicht nur in staatsmännischer Pose« präsentiert, sondern ein »die Peitsche schwingender« Heinrich von Gagern war ebenso zu sehen wie Karl Theodor Welcker als »kläffender Reichsbello«[71].

Nur einen Tag später folgte die erste Gedenkveranstaltung, die von einer parteinahen Stiftung ausgerichtet wurde. Die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, die sich in der Tradition der bürgerlich-revolutionären Bewegung Mitte des 19. Jahrhunderts sahen, nahmen das Heppenheimer Jubiläum zum Anlaß, »die Reihe der Revolutionsgedenkaktionen« in den Jahren 1997 bis 1999 »in der Bergsträßer Kreisstadt mit großem Aufwand zu eröffnen«[72]. Den Anfang dazu machte die Friedrich-Naumann-Stiftung mit einer Festveranstaltung im Kurfürstensaal im Rahmen des »Tages zur Geschichte des Liberalismus«. Als Festredner wirkte der Historiker Dieter Hein, der in

68 Hoede, Die Hoffnung, *Frankfurter Rundschau* (wie Anm. 7), Sp. 1.

69 Dazu: Gedenkmedaille zum 150. Jahrestag der Heppenheimer Versammlung. In: *Südhessische Post* (24.09.1997).

70 Das Erinnerungsprogramm wurde in der Presse vorgestellt, siehe dazu: Die Wurzeln der Demokratie in Deutschland. Eine Reihe von Veranstaltungen erinnert an die Heppenheimer Versammlung von 1847. In: *Südhessische Post* (30.07.1997); Mischnick ist Schirmherr. Prominente Besetzung bei Heppenheimer Versammlungsjubiläum. In: *Ebda.,* (22.08.1997) (hier Zitat); Das Programm. In: *Heppenheim extra* (10.09.1997).

71 Zu den Berichten über die Ausstellung: Politiker mit Peitsche. »Vom Halben Mond zur Paulskirche«. In: *Südhessische Post* (30.09.1997) (hier zit.); Lars O. Ross: Grafische Spuren der Wurzeln deutscher Demokratie. 150 Jahre Heppenheimer Versammlung: Ausstellungseröffnung im Museum für Stadtgeschichte, in: *Ebda.* (04.10.1997) (hier zit.).

72 Die Wurzeln der Demokratie in Deutschland, *Südhessische Post* (wie Anm. 70).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

seinem Vortrag hervorhob, daß die Treffen in Offenburg und Heppenheim »keine Konkurrenzunternehmen« gewesen seien und die Spaltung der bürgerlich-liberalen Bewegung ein Jahr vor der Revolution nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Vielmehr hätten beide Flügel der liberalen Bewegung Ende 1847 vor allem nach der Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte und der Durchsetzung eines geeinigten deutschen Nationalstaates gestrebt – »sowohl Offenburg als auch Heppenheim seien dementsprechend wichtige Bestandteile der liberalen Tradition in Deutschland«[73]. Die vielgelobte Gedenkfeier, die von der FDP-Parteiprominenz aus Bund und Ländern, weniger von den einheimischen »gelb-blauen Kreisstädter(n)« getragen worden war, fand ihren Abschluß mit der Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Preises an eine Forschungsarbeit über die *Deutsche Zeitung* und mit einem Empfang der Stadt[74].

Den Höhepunkt der Festwoche in der Kreisstadt bildete der genau am 150. Jahrestag des Ereignisses am 10. Oktober begangene Festakt zur Heppenheimer Versammlung im »Halben Mond« und ein Konzert der Gruppe »Hein & Oss Kröher« mit Revolutionsliedern von 1848/49 im Kurmainzer Amtshof[75]. Unter der Schirmherrschaft des langjährigen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Wolfgang Mischnick fand an historischer Stelle im Festsaal des »Halben Mondes« vor rund 200 geladenen Gästen die Veranstaltung statt. In seiner Begrüßungsansprache hob Bürgermeister Obermayr »die besondere Bedeutung« hervor, die Heppenheim »für den organisierten politischen Liberalismus in Deutschland gewonnen« habe. Schon die Nachkriegsliberalen hätten in Erinnerung an die erste Heppenheimer Versammlung den hessischen Ort für den Gründungskongreß der Freien Demokraten Ende 1948 bewußt ausgewählt. Und 49 Jahre danach nähmen mit Wolfgang Mischnick und Henri Roos zwei FDP-Gründungsmitglieder an der zentralen Gedenkveranstaltung der Stadt teil. Damit rücke die Zusammenkunft von 1847 ins Blickfeld der bundesdeutschen Öffentlichkeit, und sie werde zugleich auf regionaler Ebene im kollektiven Gedächtnis der Menschen verankert[76].

73 Zur Festveranstaltung vgl.: Jürgen Frölich: 150 Jahre Heppenheimer Versammlung. In: *Liberale Depesche* 12/1997 (hier auch Zitate). Zu Heins Festvortrag siehe: Ders., Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus (wie Anm. 6).

74 Über den Ablauf der Veranstaltung wurde in der *Liberalen Depesche* und in der Lokalpresse berichtet: Frölich, ebda.; Jürgen Reinhardt: Viel Prominenz, aber wenig Interesse zu verzeichnen. Liberale machen sich rar bei Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zur »Heppenheimer Versammlung«. In: *Südhessische Post* (06.10.1997) (hier auch Zitat). Die prämierte Studie untersucht die seit Anfang 1847 im Verlag von Friedrich Bassermann erscheinende *Deutsche Zeitung*, vgl.: Ulrike von Hirschhausen: Liberalismus und Nation. Die Deutsche Zeitung 1847-1850, Düsseldorf 1998.

75 Dazu: Amüsante Lektion in »Deutscher Revolution«. Konzert im Kurfürstensaal. In: *Südhessische Post* (10.10.1997).

76 Peter Bock: »Freiheit, unerläßlich für einen Rechtsstaat«. Mischnick sprach beim Festakt 150 Jahre Heppenheimer Versammlung im »Halben Mond«. In: *Südhessische Post* (11.10.1997); zur Ansprache des Bürgermeisters siehe: Ulrich Obermayr: Vorwort. In: Der Magistrat der Kreisstadt Heppenheim, Festvortrag (wie Anm. 30), S. 6-7, hier S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gegen diese eher auf Süddeutschland bezogene Traditionslinie führte Wolfgang Mischnick in seiner Festrede den allgemeinen Freiheitsbegriff ins Feld, dessen Stellenwert er für die Entwicklung des Liberalismus und die Ausbildung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland näher erörterte. Dabei brachte er auch das Leitmotiv der deutschen Liberalen »Einheit in Freiheit« zur Sprache, das als Botschaft von der Versammlung von 1847 wie als Losung von dem Gesamt-Vertretertag von 1948 ausgegangen sei und das selbst nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90 seine Gültigkeit nicht verloren habe. Denn die Freiheit, für die normale Bürger zur Zeit der 1848er Revolution gekämpft und »ihre Freiheit, ja manchmal ihr Leben« riskiert hätten, sei »ein Geschenk, das pfleglich behandelt« werden müsse. Schließlich bedeute Freiheit auch, »Verantwortung zu tragen und bereit zu sein, für den anderen einzutreten«; Freiheit sei »eine unerläßliche Voraussetzung für einen Rechtsstaat, dessen Wiege in Heppenheim gestanden habe«, ohne die aus ihr erwachsene Verantwortungsbereitschaft könne ein demokratischer Staat auf Dauer nicht bestehen. Von diesen grundsätzlichen Erwägungen ausgehend, schlug Mischnick eine Brücke zur Gegenwart, indem er an die Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit erinnerte, die eine ganze Generation ergriffen und die wesentlich zu den Erfolgen der jungen Bundesrepublik beigetragen habe. Diese Aufbruchsstimmung empfahl er seinen Zuhörern, damit die weiteren Aufgaben des inneren Einigungsprozesses auch bewältigt werden könnten[77].

Am 14. Oktober veranstaltete noch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung im »Halben Mond« ein Tagesseminar. Sechs Referenten beschäftigten sich mit der Vorgeschichte der 1848er Revolution in Hessen und dem historischen Stellenwert der Heppenheimer Versammlung, den sie vor dem Hintergrund der Entwicklung der hessischen Staaten im Vormärz und mit Blick auf einige bedeutsame Ereignisse im frühen 19. Jahrhundert wie dem Frankfurter Wachensturm, der Bildung des Hallgartener Kreises und der politisch-wissenschaftlichen Korrespondenz im Umfeld der *Deutschen Zeitung* auszuloten suchten. Die Ergebnisse der Tagung legte die Landeszentrale ein Jahr später in einer Publikation vor. Als Gedenkschrift konzipiert, sollten die aufgenommenen Vorträge daran erinnern, daß »Hessens Beitrag zur Revolution von 1848 mehr als die Frankfurter Paulskirche« gewesen sei. Schließlich seien auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen »wichtige Weichenstellungen« für den Ausbruch der Revolution und »die Entwick-

77 Zu Mischnicks Ansprache vgl. noch einmal: Ders., Grußwort (wie Anm. 30), S. 8-9, zit. S. 8. Seine Rede wurde auch in der Lokalpresse wiedergegeben: Bock, Mischnick sprach beim Festakt, *Südhessische Post* (wie Anm. 76) (hier zit.).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lung des Parlamentarismus in Deutschland« vorgenommen worden, auf die in der Gegenwart hingewiesen werden müsse[78].
Begleitet wurde das Heppenheimer Versammlungsjubiläum von einer ausführlichen, die Gedenkaktionen überwiegend wohlwollend würdigenden Berichterstattung in den Printmedien und einschlägigen Fachpublikationen. Nach der vom Magistrat der Stadt zusammengestellten Presseschau erschienen vom 30. Juli bis zum 20. Dezember 1997 insgesamt 36 Artikel zu diesem Thema in den lokalen Tageszeitungen der Rhein-Neckar-Region, in der überregionalen Tagespresse sowie in bundesweit erhältlichen Wochenzeitungen und politischen Magazinen[79]. Am Jahresende konnte die *Südhessische Post* jedenfalls zufrieden und nicht ohne Stolz vermelden, daß das »erwartete Echo« auf die Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Heppenheimer Versammlung »nicht ausgeblieben« sei. Mittlerweile würden sich weite Historikerkreise dem lange unterschätzten Ereignis zuwenden und die Ergebnisse aufgreifen, die Roland Hoede in seinem Buch vorgelegt habe – »in Wort und Bild die ausführlichste Darstellung zu dem Ereignis, das Heppenheim einen besonderen Platz in der Geschichte der deutsche Demokratie bescherte«[80].

5. *Schlußworte*

Heppenheim als entscheidende Weichenstellung für die Entwicklung des Parlamentarismus, Heppenheim als wichtiger Bestandteil der liberalen Tradition und als zentrale Wegmarke für die Anfänge der freiheitlichen Demokratie in Deutschland: Will man ein Resümee zu diesen Ausführungen ziehen und blickt man dazu auf die genannten Urteile und Deutungen, so könnte man übereinkommen, daß Heppenheim durchaus über ausreichend Ansatzpunkte für eine nationale wie für eine liberale Erinnerungskultur verfügt. Betrachtet man nun noch die sich mit dem Versammlungs- und Revolutionsjubiläum von 1997 und 1998/99 endgültig durchsetzenden differenzierten Geschichtsbilder von der Heppenheimer Versammlung von 1847 und dem Gesamt-Vertretertag von 1948; und bezieht man zudem die bis heute intensiv gepflegte

78 Zum Tagesseminar vgl.: Die Wurzeln der Demokratie in Deutschland, *Südhessische Post*; Mischnick ist Schirmherr, *ebda.*; Das Programm, *Heppenheim extra* (alle wie Anm. 70); Heppenheimer Versammlung. Festakt, Tagesseminar und eine Diskussion. In: *FR*, Nr. 233 (Mittwoch, 8. Oktober 1997), Rubrik: Hessen, S. 29, Sp. 1. Zur Tagungspublikation siehe: Bernd Heidenreich (Hrsg.): Hessen 1848. Zur Vorgeschichte der Revolution, Wiesbaden 1998, hier zit. S. 6.

79 Zu den erwähnten Artikeln und Zeitungen vgl. noch einmal den Pressespiegel: StA Heppenheim: »150 Jahre Heppenheimer Versammlung 1847-1997. Presseschau« (wie Anm. 7).

80 Vgl. den Ende 1997 erschienenen letzten Artikel zum Jubiläum: Erwartetes Echo ist nicht ausgeblieben. Heppenheimer Versammlung beschäftigt Historikerkreise – Medaille und Buch zu haben. In: *Südhessische Post* (20.12.1997).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Erinnerung an diese herausragenden Ereignisse sowie deren Verankerung im kollektiven Gedächtnis der deutschen Liberalen und der Bürger in der Kreisstadt, der Rhein-Neckar-Region und im Bundesland Hessen in diese Überlegungen mit ein, dann kann man sich eigentlich nur darüber wundern, daß die Historik Heppenheim bislang noch keinen anerkannten Platz in der öffentlichen Gedächtniskultur in Deutschland eingeräumt und sie auch nicht in die Reihe der von ihr behandelten deutschen Erinnerungsorte mit aufgenommen hat.

Ein Anliegen der vorliegenden Studie war es daher, auf dieses Desiderat in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung und historischen Forschung aufmerksam zu machen und sich Heppenheim als möglichem deutschem Erinnerungsort unter Berücksichtigung seiner spezifischen Merkmale einmal umfassend zu widmen. Nach ersten Betrachtungen liegen nun folgende Ergebnisse vor:

Offensichtlich haben liberale Politiker aus den westdeutschen Ländern bei der Initiative zum Gesamt-Vertretertag von 1948 mit der Wahl Heppenheims ganz bewußt an die Versammlung von 1847 und ihre zentralen Botschaften angeknüpft. Mit der Wahl dieses Tagungsortes und der Losung des Gründungsparteitags »Einheit in Freiheit« bekannten sie sich zu ihrer Grundüberzeugung, auch in Zeiten des einsetzenden Kalten Krieges an ihrem Ziel der nationalen Einheit auf demokratischer Grundlage festzuhalten. Gleichzeitig suchten sie über diesen historischen Bezug, den Anschluß an ihre Stellung als Verfassungs- und Parlamentspartei wieder herzustellen und damit ihren Anspruch auf die demokratisch-nationale wie die verfassungsrechtlich-parlamentarische Traditionslinie des deutschen Liberalismus zu untermauern. Sowohl die Losung »Einheit in Freiheit« als auch die Formel »Parlamentarismus und Verfassung vor Barrikadenkampf« stellen die Inhalte dar, die der organisierte politische Liberalismus bis heute mit der Stadt Heppenheim und den beiden Heppenheimer Versammlungen von 1847 und 1948 verbindet und die zugleich die kollektiven Erinnerungen und die öffentliche Gedenkpraxis der Liberalen nach 1948 bestimmt haben.

Das zeigen jedenfalls die Erinnerungsveranstaltungen der Freien Demokraten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Anläßlich der ‚runden' Jubiläen von 1978 und 1988, des 30. und 40. Jahrestages der Gründung der FDP, und der 150. Wiederkehr der Heppenheimer Versammlung 1997 gedachten die Bundespartei, der hessische Landesverband und die Friedrich-Naumann-Stiftung bei den von ihnen veranstalteten Festakten stets beiden Versammlungen, der Tagung von 1847 ebenso wie des Vertretertages von 1948; sie erinnerten in Festreden, Gedenkpublikationen und Jubiläumsausstellungen sowohl an die Leistungen der Anführer der liberalen Vormärzopposition, als auch an jene der Begründer des politischen Liberalismus nach 1945; und sie bekann-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten sich immer zu den politischen Grundsätzen und Leitlinien, die von beiden Versammlungen ausgegangen waren[81].

Erst nach dem Tode wichtiger Zeitzeugen und der Übergabe der Parteiführung an eine neue Politikergeneration läßt sich eine Akzentverschiebung in der öffentlichen Gedenkpraxis der Liberalen feststellen. Zwar fühlen sich die Freien Demokraten nach wie vor »Der Freiheit verpflichtet«, wie es in der Einladung der FDP-Bundesgeschäftsstelle zur Festveranstaltung in Heppenheim anläßlich des 60. Jahrestages der FDP im Jahr 2008 heißt, und die Parteiführung möchte auch wie immer des Gesamt-Vertretertages von 1948 gedenken. Von der ursprünglichen Tagung der Vormärzliberalen von 1847 ist aber nicht mehr die Rede. Vielmehr beziehen sich liberale Politiker bei ihren Erinnerungsaktivitäten jetzt sowohl in der Einladung und dem Jubiläums-Logo »1848 – 1948 – 2008«, als auch in der vom Archiv des Liberalismus ins Netz gestellten Serie »Liberale Stichtage 2008« oder in einem neu herausgegebenen Gedenkbuch vor allem auf die Ereignisse von 1848/49[82]. Mit anderen Worten: Die Erinnerung an 1848 und 1948, an die deutsche Revolution und den Gründungsparteitag der FDP, scheint heute die Erinnerung an die erste zentrale Zusammenkunft der Liberalen, die Heppenheimer Versammlung von 1847, und damit an den bereits im Vorfeld von 1848 erfolgten politischen und organisatorischen Aufbruch des Liberalismus in Deutschland zu überlagern.

Von dieser Akzentverschiebung in der liberalen Erinnerungskultur ist die öffentliche Gedenkpraxis in der Stadt Heppenheim weit entfernt. Nachdem Nachforschungen ergeben hatten, daß es in Heppenheim 150 Jahre lang kein nennenswertes offizielles Gedenken an die Tagung von 1847 gegeben hatte, hatte der Beschluß des Magistrats von 1994, mit Blick auf den Jahrestag eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben und zugleich ein umfangreiches Erinnerungsprogramm auf die Beine zu stellen, weitreichende Folgen. Die zahlreichen Gedenkfeierlichkeiten der Kreisstadt Heppenheim vom Herbst 1997 stießen auf eine außerordentlich positive Resonanz in der deutschen Öffentlichkeit, bundesweit wie regional, und fanden im Jahr vor dem großen Revolutionsjubiläum in Politik und Wissenschaft, aber auch in der einheimischen Bevölkerung regen Zuspruch.

81 Zu den einzelnen Festakten vgl. u.a.: Genscher, Rede des Bundesvorsitzenden 1978 (wie Anm. 14); Johannes Leithäuser: Das Parteibüro waren die Rocktaschen von Theodor Heuss. Die Anfänge der FDP/Gründungsversammlung in Heppenheim. In: *FAZ* (13.12.1988), in: AdL, Liberale Parteien (wie Anm. 1); Frölich, 150 Jahre, *Liberale Depesche* (wie Anm. 73). Siehe auch: Mischnick, Verantwortung für die Freiheit (wie Anm. 1).

82 Vgl.: FDP-Bundesgeschäftsstelle Berlin: Einladung. 60 Jahre FDP, Heppenheim, 12. Dezember 2008 und Briefumschlag mit Jubiläums-Logo, im Privatbesitz der Verfasserin. Siehe auch: Gerhardt, Die Kraft der Freiheit (wie Anm. 6); Liberale Stichtage, URL: http://www.freiheit.org/webcom/show_article_bb.php?wc_c=573&wc_id=7146; 60 Jahre FDP, URL: http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php?wc_c=1199, beide abgerufen am 03.05.2010.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Am Ende scheinen die vielfältigen geschichtspolitischen Maßnahmen der Heppenheimer Stadtväter, einen Beitrag zur nationalen Demokratiegeschichte und regionalen Erinnerungskultur zu leisten und auf diese Weise eine besondere politische Identität bei den Bürgern zu stärken, durchaus von Erfolg gekrönt gewesen zu sein. Denn das sich seit dem Jubiläum herausbildende positive Geschichtsbild von den Heppenheimer Versammlungen von 1847 und 1948 wird bis heute gepflegt. Davon künden nicht nur die konkreten Erinnerungsorte in Heppenheim wie der Gasthof »Zum Halben Mond« und der Kurmainzer Amtshof als herausragende Kulturdenkmäler oder einige künstlerische Arbeiten wie der Stahlstich zum »Halben Mond« von 1840 respektive die Bronzetafel zur Erinnerung an Theodor Heuss und die Gründung der FDP. Dafür spricht auch der Nachhall, den beide Versammlungen in der neueren Fachliteratur gefunden haben, sei es in der mittlerweile vergriffenen Schrift der Landeszentrale für politische Bildung über die Vorgeschichte der 48er Revolution in Hessen, oder sei es im Festbuch zur Heppenheimer Stadtgeschichte aus dem Jahr 2005.

Vor diesem Hintergrund läßt sich nun abschließend festhalten, daß der Ort Heppenheim einen besonderen Stellenwert für die öffentliche Gedächtniskultur in Deutschland besitzt und einen doppelten Ansatzpunkt für eine nationale und liberale Erinnerungskultur aufweist, da er sowohl als ein Erinnerungsort der freiheitlich-parlamentarischen Demokratie und des modernen Verfassungs- und Rechtsstaates als auch als ein Erinnerungsort des politischen Liberalismus bezeichnet werden kann. Beide Ansätze resultieren aus den Botschaften und Programmen der Heppenheimer Versammlungen von 1847 und 1948 und sollten daher – wie die Zusammenkünfte selbst – im Falle des öffentlichen Gedenkens immer gleichgewichtig nebeneinander stehen und gemeinsam betrachtet werden.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Norbert Schloßmacher

In Bonn besaß »freiheitliches Denken von jeher eine Heimstatt«.[1] – Liberale Erinnerungsorte in Bonn

»Erinnerung ist für den Einzelnen wie für die Gesellschaft, in der er lebt, Teil der Selbstvergewisserung, Teil der Identität und, wie das Vergessen, notwendig für alle menschliche Existenz.«[2] Die Anregung bzw. Forderung nach Verknüpfung eines derartigen Erinnerns mit konkreten Orten, an denen sich das individuelle wie das kollektive Gedächtnis kristallisieren können und sollen, geht auf französische Historiker zurück und meint nicht nur geografische Punkte, sondern auch symbolische Orte, wie Institutionen oder Geschehnisse.[3] Eine derartige Verortung liberaler Traditionen, Ereignisse und Persönlichkeiten in der rheinischen Universitäts- und Bundesstadt Bonn ist das Ziel der folgenden Darlegungen.

Dass die Begriffe »Liberale«, »liberal«, »Liberalismus« letztlich unklare, in der Geschichte durchaus wechselnde, nicht klar zu umreißende, positiv wie negativ gebrauchte Beschreibungen oft ganz unterschiedlicher Haltungen, Menschen und Ideen sind, muss gleichsam als Einleitung einem entsprechenden Beitrag voran gestellt werden.[4] Trotz aller noch so unterschiedlichen Ausformungen, Interpretationen und auch Wandlungen des »Liberalen« sind einige liberale Charakteristika regelrecht »gesetzt«, darunter an erster Stelle »Freiheit«, sowohl »Freiheit von« als auch »Freiheit zu«, und »Gerechtigkeit«, und zwar im Sinne einer Rechtsgleichheit und nicht etwa in sozialer oder materieller Hinsicht. Wenngleich nahezu alle politischen Bewegungen, die sich in irgendeiner Weise auf die Tradition des Paulskirchenparlaments

1 Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold in einem Schreiben vom 3.8.1948, in dem er seinen Länderkollegen die Einberufung des Parlamentarischen Rates nach Bonn empfiehlt. Zitiert nach: Dietrich Höroldt, 25 Jahre Bundeshauptstadt Bonn. Eine Dokumentation, Bonn 1974, S. 24. Ich bin Herrn Dr. Helmut Vogt, Bonn, für seine Mithilfe bei der Verifizierung des Zitats zu großem Dank verpflichtet.

2 Wolfgang Benz, Erinnerungsorte und Erinnerungskultur, in: Barbara Distel (Hrsg.), Konzentrationslager Dachau 1933-1944. Text- und Bilddokumente, München 2005, S. 30-33, hier S. 30.

3 Vgl. Pierre Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, 7 Bde, Paris 1984-1992; für Deutschland: Hagen Schulze und Étienne François (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde, München 2001. Zur Diskussion über »liberale Erinnerungsorte« vgl. die Beiträge in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 21, 2009, dessen Themenschwerpunkt lautete: »Erinnerungsorte des Liberalismus – liberale Erinnerungsorte in Deutschland«.

4 Vgl. die Begriffe gerade auch in ihrer historischen Dimension, in: Rudolf Vierhaus, Liberalismus, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 9 Bde., Stuttgart 1982-1987, hier: Bd. 3, 1982, S. 741-785.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

von 1848/49 und seiner Verfassung berufen, gerade diese Grundsätze auf ihre Fahnen geschrieben haben, wird der Fokus im folgenden – nach einem kurzen Blick auf entsprechende mittelalterliche und frühneuzeitliche Zeichen in der Stadtlandschaft – im wesentlichen auf solche, im wahrsten Sinne des Wortes begreifbare und begehbare, Erinnerungsorte im Bonner Stadtbild gelegt, die in einem zumindest mittelbaren Zusammenhang mit derjenigen Partei und ihrer Ideen – samt ihrer Vorläufer – stehen, die das Wort »frei« in ihrem Namen trägt. – Auf das Klischee vom liberalen, natürlich fröhlichen und stets weltoffenen Rheinländer, der am liebsten feiert, sogar eine »fünfte Jahreszeit« kennt und voller Unbekümmertheit den »Herrgott einen guten Mann sein lässt«, wird hier übrigens nicht eingegangen werden.[5]

Die älteste nachrömische freiplastische Skulptur in Bonn zeigt einen aus Kalkstein gearbeiteten Löwen – gelegentlich findet man in den Quellen auch die Bezeichnung Leopard –, der über einem von ihm geschlagenen Tier steht. Die Plastik markierte die alte Bonner Gerichtsstätte auf dem Münsterplatz und muss schon sehr früh zum Wahrzeichen der Stadt geworden sein, da schon die ältesten überlieferten Bonner Stadtsiegel des 13. Jahrhunderts dieses Bild zeigen. Noch heute ist die Figur Bestandteil des Bonner Stadtwappens.[6] Die wertvolle Steinmetzarbeit, möglicherweise ein ursprünglich römischer Grabschmuck, wurde im Mittelalter als Rechtszeichen uminterpretiert und genutzt und erst Ende des 18. Jahrhunderts nach der Besetzung der Stadt durch französische Revolutionstruppen vom Münsterplatz entfernt. Seit dem Zweiten Weltkrieg steht sie in der Eingangshalle des Bonner Rathauses.[7] Zahlreich sind zudem die Wappendarstellungen mit dem Bild des Bonner Löwen im Bonner Stadtbild. Sie alle sind Symbole für die Freiheit der Stadt und die hier stattgehabte Rechtsprechung durch entsprechende kirchliche, landesherrliche und städtische Gerichte.

Eng verknüpft mit der Skulptur des Löwen ist die Prangersäule vor dem Nordportal des Bonner Münsters. Ursprünglich stand diese ca. 2,70 m hohe rote Sandsteinsäule mit ihrer charakteristischen Trachytkugel als Bekrönung neben dem Löwen an der schon erwähnten Gerichtsstätte auf dem Münsterplatz, wo sowohl der Landesherr und die Kirche als auch die Stadt Recht sprachen. Es handelt sich ebenfalls um ein Herrschafts- und Hoheitszeichen, das

5 In der Einleitung zum lesenswerten Sammelband Jörg Engelbrecht, Norbert Kühn, Georg Mölich, Thomas Otten und Karl Peter Wiemer (Hrsg.), Rheingold. Menschen und Mentalitäten im Rheinland. Eine Landeskunde, Köln, Weimar, Wien 2003, S. 1, heißt es zutreffend: »Kaum eine deutsche Landschaft ist mit so vielen Klischees behaftet wie das Rheinland.« Zum angeblich oder tatsächlich »typisch rheinischen« Liberalismus vgl. auch Bernd A. Rusinek, »Rheinische« Institutionen, in: ebd., S. 109-146.

6 Vgl. Toni Diederich, Das Wappen der Stadt Bonn in Vergangenheit und Gegenwart, in: Bonner Geschichtsblätter 25, 1973, S. 7-39.

7 Eine Kopie findet sich auf einer im Jahre 1900 aufgerichteten Säule in der Vivatsgasse beim historischen Sterntor. Vgl. hierzu im Einzelnen Josef Dietz, Merkzeichen an Straßen und Häusern. Kleine Denkmäler der Stadtgeschichte in Bonn, Bonn o.J. [ca. 1965], S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Rechtshoheit und damit das – freiheitliche – Recht der kommunalen Selbstverwaltung zum Ausdruck bringt.[8]

Ein weiterer Ort der Rechtsprechung und des anschließenden Vollzugs war der Bonner Marktplatz.[9] Vom Mittelalter an bis in die 1770er Jahre stand dort ein Brunnen, gekrönt mit einer »Justitia«, von der sich allerdings keine Darstellung erhalten hat. Im Jahre 1777 wurde an gleicher Stelle die heute noch dort befindliche so genannte Marktfontäne errichtet, die einer Inschrift entsprechend seitens Rat und Bevölkerung Bonns aus Dankbarkeit gegenüber ihrem Landesherrn, Kurfürst und Erzbischof Maximilian Friedrich (1761-1784), aufgestellt worden ist. Gründe der Dankbarkeit waren der Inschrift zufolge die Wahrung der Rechte des Bonner Rates, die Anlegung von Getreidevorräten, der Bau eines Armenhauses und die Gründung der später zur Universität ausgebauten Akademie. Tatsächlich aber war dieses Denkmal auf Betreiben des Kurfürsten selbst errichtet worden, wie aus den Quellen zweifelsfrei hervorgeht.[10] In den Jahren der französischen Besatzung nach 1794 wurden die als schändlich betrachteten Relikte des Ancien régime, darunter Wappen, Kurhut und erläuternde Marmortafeln, zerstört. Die letzten beiden dieser Marmorplatten wurden im Jahre 2000 anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des Bonner Landgerichts erneuert. Sie tragen die Inschrift »iustitia« und »mansuetudine«, wobei die hiermit gemeinte Milde – hier die des kurfürstlichen Stifters – nicht grundsätzlich zu den liberalen Tugenden zählte und zählt.[11]

Es ist unstrittig, dass eine der ganz wesentlichen, ja vielleicht die Wurzel des Liberalismus in der Zeit und in den Gedanken der Aufklärung zu finden ist. Hier macht sich neugieriges, emanzipatorisches und freiheitliches Denken erstmals auch in etwas breiterer Form bemerkbar. Und dass diese Aufklärung gerade auch in den rheinischen geistlichen Kurfürstentümern verbreitet und nicht nur toleriert, sondern auch gefördert wurde, ist ebenfalls bekannt. In dieser Atmosphäre entstand im Jahre 1787 in Bonn unter dem Motto »et sibi et aliis« die Bonner Lesegesellschaft. Unter den Gründungsmitgliedern fanden sich Vertreter von Adel, Klerus und Bürgertum, allesamt dem Hof nahestehende Intellektuelle, die zum Teil auch in Verbindung zu dem kurz zuvor verbotenen, in vieler Hinsicht logenähnlichen Illuminatenorden standen. Die Gründung derartiger Lesegesellschaften in jener zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in denen in der Tat das Lesen von Zeitschriften und wissenschaft-

8 Vgl. Frederik Glasner, Löwe und Pranger: Die Dingstätte auf dem Münsterplatz, in: Mathias Schmoeckel und Norbert Schloßmacher (Hrsg.), Stätten des Rechts in Bonn, Bonn 2004, S. 24-29.

9 Hierzu im Detail: Tobias Bednarz, Der Bonner Marktplatz und das erzbischöfliche Gericht »zur Blomen« des Meerhauser Hofes, in: ebd., S. 30-37.

10 Vgl. Wilfried Hansmann, Die Marktfontaine, in: Dietrich Höroldt (Hrsg.), Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt (Geschichte der Stadt Bonn 3), Bonn 1989, S. 427-429.

11 Vgl. den Bericht über diese Aktion in: Bonner Rundschau, 19.12.2000.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lichen Büchern im Vordergrund stand, war an sich nichts Spektakuläres; außergewöhnlich ist allenfalls, dass die Bonner Gruppierung unter dem Namen »Lese- und Erholungsgesellschaft« in eigenen Räumen bis heute in Bonn besteht und gedeiht. Auch dies, so meine ich, ein wahrhaft aufgeklärt-liberaler Erinnerungsort.[12]

In diesem Zusammenhang muss auch der Bonner Universität gedacht werden. Ihre Wurzeln reichen ebenfalls bis in die Aufklärung zurück. Die kurfürstliche Akademie und spätere Universität wurde 1798 von den Franzosen geschlossen und 1818 als Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität wieder- bzw. neugegründet, ganz nach den Humboldt'schen Idealen und idealiter als ein Hort der Freiheit von Forschung, Wissenschaft und Lehre.[13] Die Zeitabschnitte, in denen diese Forderungen wenig oder nichts galten, sind bekannt. Bonn erlebte den ersten derartigen obrigkeitlichen Eingriff bereits im Jahr nach der Universitätsgründung, als man bei dem Lehrstuhlinhaber für Geschichte, Ernst Moritz Arndt (1769-1860), eine Hausdurchsuchung vornahm, zahlreiche Papiere beschlagnahmte sowie ein Ermittlungsverfahren einleitete, das zwar nicht zu einer Anklageerhebung, aber zu einer zwanzig Jahre langen Suspendierung vom Lehramt führen sollte. Der erst seit zwei Semestern in Bonn tätige Professor war den Behörden zu einem Problem geworden, da er mit seiner Kritik an der preußischen Politik nicht hinter dem Berg gehalten hatte und die staatlichen Zusagen aus der Zeit der Befreiungskriege einforderte: in erster Linie die politische Einheit Deutschlands und eine Verfassung, die u.a. Zensurverbot und damit Pressefreiheit garantieren sollte. Dabei war Arndt, betrachtet man ihn aus unserem heutigen Blickwinkel, alles andere als ein Liberaler oder gar ein Demokrat, der deshalb in den letzten Jahren auch immer wieder zum Teil leidenschaftlich geführte Debatten provozierte.[14] Jener Ernst Moritz Arndt ist übrigens auch ein hervorragendes Beispiel für die sehr unterschiedlichen, ja oft gegensätzlichen Wahrnehmungen

12 Zur Geschichte der Vereinigung: Doris Maurer u. Arnold E. Maurer, 200 Jahre Lese- und Erholungsgesellschaft Bonn 1787-1987, Bonn 1987.

13 Vgl. Max Braubach, Die erste Bonner Hochschule. Maxische Akademie und kurfürstliche Universität 1774/77 bis 1798, Bonn 1966, sowie Christian Renger, Die Gründung und Einrichtung der Bonner Universität und die Berufungspolitik des Kultusministers Altenstein, Bonn 1982.

14 Insbesondere an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald war – wieder einmal – seit dem Sommer 2009 eine heftige Diskussion um den Universitätsnamen entbrannt, die am 17.3.2010 mit einer Entscheidung des Senats der Universität zugunsten der Beibehaltung des Namens – vorerst – entschieden wurde. Vgl. den entsprechenden Bericht in: Rhein-Sieg-Anzeiger, 18.3.2010. Ausgelöst worden war die Debatte durch einen Beitrag in der ‚liberalen' Wochenzeitschrift »Die Zeit« vom 30.7.2009 mit der Überschrift »Die Uni und der Hassprediger«. Die vorhergehenden Auseinandersetzungen fassen zusammen: Ernst Moritz Arndt im Widerstreit der Meinungen. Materialien zu neueren Diskussionen, o. O. 2000, sowie: Karl-Ewald Tietz und Sven Wiechert (Hrsg.), Ernst Moritz Arndt weiterhin im Widerstreit der Meinungen. Neue Materialien zu einer alten Diskussion, o. O. 2003. Vgl. auch Wiebke Otto, Arndt und ein Europa der Feinde? Europagedanke und Nationalismus in den Schriften Ernst Moritz Arndts, Marburg 2007, S. 9–15.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

von »liberal«. Arndt, der einerseits vehement gegen die Leibeigenschaft und den napoleonischen Imperialismus stritt, war gleichzeitig voller Intoleranz gegenüber Juden und Katholiken, um nur zwei Beispiele zu nennen. Er war diesbezüglich alles andere als liberal, auch als Alterspräsident und Mitglied des Paulskirchenparlaments 1848/49 gehörte er keineswegs dem fortschrittlichen, sondern ganz entschieden dem konservativen Lager an. Gleichzeitig lässt sich sein aufrechtes, ja trotziges Fazit der auf den ersten Blick gescheiterten Revolution: »Wir sind geschlagen, nicht besiegt. In solcher Schlacht erliegt man nicht!«[15] als klares Bekenntnis zur geforderten, aber nicht durchgesetzten Verfassung deuten. Auch sein auf die deutsche Einheit zielendes Handeln, sein in nationalen Kategorien verhaftet sein, war zu seinen Lebzeiten durchaus ein konstitutives Element des politischen Liberalismus. Diese Haltung und seine politische Verfolgung bzw. »Kaltstellung« durch die preußische Obrigkeit machten ihn populär, ja zum Heroen, dessen Verehrung bereits zu Lebzeiten begann und nach seinem Tod fortgesetzt wurde.[16] 1865 wurde an herausragender Stelle in Bonn, auf dem Alten Zoll über dem Rhein, sein vom Berliner Bildhauer Bernhard Afinger gestaltetes Denkmal enthüllt, für das sich weite Kreise des rheinischen Liberalismus eingesetzt hatten mit Blick auf seine »patriotische Größe« und »seine Verdienste um das deutsche Vaterland«.[17] Sein hohes Ansehen blieb, vor allem in Bonn, ein ganzes Jahrhundert lang, über zahlreiche »Wenden« und Brüche bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, nahezu ungebrochen. Sein Grab war jahrzehntelang Pilgerstätte, kirchliche und weltliche Vereine trugen seinen Namen, sein 1819 errichtetes Wohnhaus am Rhein wurde – nach vielem Hin und Her – ein maßgeblicher Ort der Erinnerung (heute Außenstelle des Bonner Stadtmuseums), das zweitälteste Bonner Gymnasium trägt den Namen Ernst Moritz Arndt und bis heute sind vier Straßen und Plätze im Bonner Stadtgebiet nach ihm benannt. Regelmäßig wurden Arndt-Feiern und Jubiläen veranstaltet und erst 1969, anlässlich des 200. Geburtstags Arndts, gab es einen ersten noch sehr moderaten Meinungsumschwung mit kritischen Fragen an die Person Arndt, an sein Tun und seine Texte.[18]

Ob der Bonner Student der »ersten Stunde«, der aus Düsseldorf stammende Harry, später Heinrich Heine (1797-1856)[19], die für ihn errichteten Denkmä-

15 Es handelt sich um die letzten beiden Verse seines Gedichtes »Aus Frankfurt weg!« von 1849, die auch das Einheitsdenkmal von 1903 vor der Frankfurter Paulskirche zieren.

16 Vgl. zuletzt zu Ernst Moritz Arndt, gerade auch aus Bonner Perspektive, mit zahlreichen Literaturhinweisen Norbert Schloßmacher, Zur Arndt-Rezeption – nicht nur – in Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter 59, 2009, S. 169-194.

17 Vgl. Beate-Carola Padtberg, Rheinischer Liberalismus in Köln während der politischen Reaktion in Preußen nach 1848/49, Köln 1985, S. 121.

18 Vgl. Schloßmacher, Zur Arndt-Rezeption (wie Anm. 16).

19 Vgl. Ingrid Bodsch (Hrsg.), Harry Heine stud. juris in Bonn 1819/29. Zum ersten Studienjahr Heinrich Heines (1797-1856) und zur Bonner Stammbuchblätterfolge von 1820 des stud. med. Joseph Neunzig (1797-1877). Begleitbuch zur Ausstellung, Bonn 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ler, beispielsweise das von Ulrich Rückriem geschaffene und 1982 am Alten Zoll in Bonn enthüllte,[20] als »liberale Erinnerungsorte« bezeichnen würde, erscheint zweifelhaft. Zweifelsfrei jedoch wird man den Spötter und Kritiker, den politisch engagierten Schriftsteller und Publizisten, der unter seiner Außenseiterrolle litt, sie jedoch auch bediente und damit kokettierte, als einen großen liberalen Geist bezeichnen dürfen. Auch ein anderer früher Bonner Student (1835), Karl Marx (1818-1883), steht, zumindest was seine Sozialisation betrifft, in einem liberalen Kontext. Der Bruch mit seiner »liberalen« Herkunft ist bekanntlich Frucht späterer Studien und Erkenntnisse.[21] An seinem Bonner Wohnhaus, Stockenstraße 12, erinnert eine Bronzetafel mit Relief-Porträt an den Verfasser des »Kommunistischen Manifests« und des »Kapitals«.[22] Beiden Bonner Studenten ist in dieser Stadt ein Straßenname gewidmet. – Als Posse oder als Resultat eines gespannten Verhältnisses der Stadt zu ihrem früheren Studenten Karl Marx wird man das Hin und Her um seinen Straßennamen bezeichnen können: 1922 wurde eine Straße in der Bonner Nordstadt in »Marxstraße« umbenannt, 1933 tilgten die Nationalsozialisten das »r« und benannten die Straße nach Kurfürst Maximilian Franz, 1949 kam das »r« wieder hinein, um 1961 erneut zu verschwinden. Seit 1974 gibt es im Stadtteil Gronau wieder eine »Karl-Marx-Straße«.[23]

Zu den frühen Bonner Studenten zählte auch August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874), der von 1819 bis 1821 an der Bonner Universität immatrikuliert war und 1841 ein freiheitlich-patriotisches Lied textete, das 1922 zur Nationalhymne bestimmt wurde und dessen dritte Strophe, in deren Anfangszeile bekanntlich der Begriff »Freiheit« erscheint, auch der Bundesrepublik als Hymne dient. An seinem Bonner Wohnhaus, Friedrichstraße 22, erinnert eine Tafel an den 1842 suspendierten und erst 1848 rehabilitierten preußischen (Breslauer) Professor.[24]

In einem ganz anderen Sinne »liberal« war Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860), einer der »Göttinger Sieben«, seit 1842 Professor in Bonn und einer der führenden Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, insbesondere als maßgeblicher Mitverfasser der dann nie in Kraft getretenen Verfassung.[25] Da wesentliche Bestandteile unseres Grundgesetzes auf die von

20 Vgl. Hans Weingartz, Skulptur in Bonn. Kunstwerke im öffentlichen Raum 1950 bis heute, Königswinter 2007, S. 58f.

21 Ingo Pies und Martin Leschke (Hrsg.), Karl Marx' kommunistischer Individualismus, Tübingen 2005.

22 Vgl. Winand Kerkhoff, Bonn neu entdecken. Menschen/Kultur/Geschichte, Königswinter 2006, S. 79ff.

23 Vgl. die Sammlung »Straßennamen«, in: Stadtarchiv Bonn (StAB). Für 2010 ist die Drucklegung dieser Datensammlung in der Reihe der »Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn« geplant.

24 Vgl. Kerkhoff, Bonn neu entdecken (wie Anm. 22), S. 43f.

25 Hingewiesen sei an dieser Stelle bereits auf die anlässlich seines 150. Todestages für 2010 angekündigte Biographie von Wilhelm Bleek. Vgl. auch Hermann Kristern, Friedrich

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dahlmann maßgeblich formulierte Paulskirchenverfassung zurück gehen, wurde bereits 1931, gleichsam antizipierend oder gar prophetisch, im späteren Bonner Regierungsviertel, in unmittelbarer Nähe des ersten Deutschen Bundestages, eine Straße nach Friedrich Christoph Dahlmann benannt.
Auch drei weitere Bonner Protagonisten der Revolution von 1848/49[26], als sich das liberal-demokratische Element auch in Bonn laut, deutlich und – trotz des vermeintlichen Scheiterns – nachhaltig bemerkbar zu machen verstand, sind, u.a. durch Straßennamen, vor dem Vergessen bewahrt worden: Es handelt sich um Carl Schurz (1829-1906), den damaligen burschenschaftlich organisierten Bonner Studenten und späteren Nordstaatengeneral und US-Innenminister, der im November 1850 wesentlich zur Befreiung seines akademischen Lehrers Gottfried Kinkel aus der Festung Spandau beigetragen hat.[27] Jener Gottfried Kinkel (1815-1882), Privatdozent an der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Bonn und nach seiner Heirat mit der geschiedenen Katholikin Johanna Mathieux, geb. Mockel, Inhaber einer Professur für Ästhetik, war 1848 Mitbegründer und Vorsitzender des »Handwerkerbildungsvereins« und des »Demokratischen Vereins« in Bonn. 1849 wurde er in die Zweite Kammer der Preußischen Nationalversammlung in Berlin gewählt, zuvor hatte er im November 1848 in Bonn die »Steuerverweigerungskampagne« organisiert und dann im Mai 1849 die Bonner Revolutionäre in ihrem – gescheiterten – Sturm auf das Siegburger Zeughaus angeführt. Anschließend nahm er an den Aufständen in der Pfalz und in Baden teil, wurde verurteilt und lebte nach seiner Befreiung und Flucht mit seiner Familie in England, später in der Schweiz.[28] Und schließlich ist die schon erwähnte Johanna Kinkel (1810-1858) zu nennen, Komponistin, Musiklehrerin, Schriftstellerin und Publizistin (unter Pseudonym für ihren anderweitig beschäftigten bzw. inhaftierten Gatten), vierfache Mutter, die vielleicht brillanteste und vielseitigste, dafür lange verkannte demokratische Kraft jener Jahre in Bonn.[29] Ein »Denkmal« ganz eigener Art wurde dem Ehepaar Kinkel unlängst gesetzt, indem die nahezu 700 Briefe umfassende Korrespondenz der beiden als kom-

Christoph Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Leipzig 1921; Karl Dietrich Bracher, Über das Verhältnis von Politik und Geschichte. Gedenkrede auf Friedrich Christoph Dahlmann, gehalten am 5. Dezember 1960, seinem 100. Todestag, Bonn 1961.

26 Vgl. hierzu im Überblick: Norbert Schloßmacher, »Die Aufregung ist hier permanent und Bonn die unruhigste Stadt am Rhein.« Bonn 1848/49. Beiträge zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 59), Bonn 1998, mit Hinweisen auf die ältere Literatur.

27 Aus der Fülle der z. T. jedoch romanhaften Literatur, sei erwähnt: Walter Kessler, Carl Schurz – Kampf, Exil und Karriere, Köln 2006.

28 Zu Gottfried Kinkel zuletzt Hermann Rösch, Gottfried Kinkel. Dichter und Demokrat, Königswinter 2006.

29 Vgl. zuletzt Monica Klaus, Johanna Kinkel. Romantik und Revolution, Köln, Weimar, Wien 2008.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mentierte Edition herausgegeben wurde.[30] Auch in Bonner Schulnamen leben die maßgeblichen Bonner Revolutionäre fort: neben der Carl-Schurz-Realschule tragen eine Grund- und eine Realschule den Namen Gottfried Kinkels. Der Versuch, die Gesamtschule Bad Godesberg nach Johanna Kinkel zu benennen, scheiterte hingegen vor wenigen Jahren.

Mit der bereits erwähnten, 1818 in Bonn gegründeten Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität ist ein weiterer wichtiger liberaler Erinnerungsort zu nennen. Schon das prächtige Hauptgebäude, das vormalige kurfürstliche Schloss, das der Hochschule von Beginn an zur Verfügung stand – ebenso wie das ebenfalls kurfürstliche Lustschloss Clemensruhe in Bonn-Poppelsdorf – weist hin auf einen in gewisser Weise »liberalen« Akt: die Säkularisierung des geistlichen Vermögens durch das nachrevolutionäre Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zurück in die Mitte des 19. Jahrhunderts: Insgesamt zehn Lehrer der »Alma mater Bonnensis« wurden 1848/49 als Abgeordnete in die Parlamente entsandt, darunter die schon erwähnten Arndt, Dahlmann und Kinkel, sodann die Professoren Bauerband, Braun, Clemens, Deiters, Dieringer, Knoodt und Walter, allesamt Katholiken, darunter drei Priester (Braun, Dieringer, Knoodt), deren primäres Anliegen der Erhalt bzw. die Durchsetzung der Freiheit für die Kirche war und deren politischer Liberalismus sich im wesentlichen auf die Tatsache ihres politischen Engagements reduzieren lässt.[31]

Prominente nationalliberale Bonner Hochschullehrer waren der seinerzeit bedeutende Historiker Heinrich von Sybel (1817-1895), der 1844/45 und noch einmal von 1861 bis 1875 in Bonn lehrte, sowie der früh verstorbene »Kathedersozialist« Adolf Held (1844-1880), der seit 1868 eine Professur in Bonn innehatte. Ihr Liberalismus richtete sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil gegen den – nicht nur in ihren Augen rückständigen – (römischen) Katholizismus, der als das Gegenteil von freiheitlich und national zuverlässig gebrandmarkt und bekämpft wurde.[32] In diesem Zusammenhang sei auf die

30 Vgl. Dies. (Bearb.), Liebe treue Johann! Liebster Gottit! Der Briefwechsel zwischen Gottfried und Johanna Kinkel 1840-1858, 3 Bde., Bonn 2008.

31 Vgl. Schloßmacher, Aufregung (wie Anm. 26), S. 55 sowie passim., sowie zuletzt – aus kirchengeschichtlicher, teilweise apologetischer Perspektive – Hermann-Josef Scheidgen, Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49. Episkopat, Klerus, Laien, Vereine, Köln, Weimar, Wien 2008

32 Vgl. Norbert Schloßmacher, Entkirchlichung, Antiultramontanismus und »nationalreligiöse Orientierung« im Liberalismus der Kulturkampfära. Der Deutsche Verein für die Rheinprovinz, in: Olaf Blaschke und Michael Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, Gütersloh 1996, S. 474-502. Zu v. Sybel: Volker Dotterweich, Heinrich von Sybel. Geschichtswissenschaft in politischer Absicht, Göttingen 1978; Bernd Faulenbach, Die Reichsgründung – Erfüllung der Wünsche der Nation oder Sieg des Fürsten über die Nation? Heinrich von Sybel und Wilhelm Liebknecht 1870/71, in: Dirk Bockermann u.a. (Hrsg.), Freiheit gestalten. Zum Demokratieverständnis des deutschen Protestantismus, Göttingen 1996, S. 97–106. Zu Adolf Held: Rüdiger vom Bruch, Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, in: Ders. (Hrsg.), Weder Kommunismus noch Kapitalis-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bemerkenswerte – erneute – Wandlung des Begriffs Nationalismus im zeitlichen Kontext der Reichsgründung erinnert: Während nationales Denken und Handeln jahrzehntelang als fortschrittlich und freiheitlich, und damit als liberal galten, ja von der Obrigkeit wie von den beharrenden Kräften insgesamt als »links« verortet wurden, gelang es konservativen Kreisen die nationale Komponente schließlich für sich selbst regelrecht zu usurpieren. Auch die Gründung der »Nationalliberalen Partei« im Jahre 1867, z. T. eine Abspaltung des rechten Flügels der 1861 entstandenen »Deutschen Fortschrittspartei«, der ersten und ältesten politischen Gruppierung, der die historische Forschung das Prädikat »Partei« zugesteht, gehört in diesen Zusammenhang.[33]

Die hier nur angedeutete, im Kulturkampf der 1870er und 1880er Jahre kulminierende ideologische wie administrative Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Katholizismus, bzw. zwischen Staat und Kirche, bestimmte nicht nur das politische Geschehen im rheinischen Bonn auf kommunaler, staatlich-preußischer wie auf Reichsebene für Jahrzehnte, sondern wurde auch zu einem Konfliktherd sondergleichen an der Bonner Universität, namentlich an der Katholisch-Theologischen Fakultät.[34] Das konservative, ja reaktionäre Pontifikat Papst Pius IX., kulminierend in seinem insbesondere den Liberalismus, ja insgesamt die »Moderne« verwerfenden »Syllabus errorum«, einem 1864 erschienenen Verzeichnis vermeintlicher oder tatsächlicher Zeitirrtümer, sowie den im so genannten Unfehlbarkeitsdogma gipfelnden Beschlüssen des Ersten Vatikanischen Konzils, hatte großen Missmut und Unverständnis in weiten Kreisen, auch in katholischen, hervorgerufen. Während der ganz überwiegende Teil der Katholiken an der römischen Kirche festhielt, verweigerte sich eine Minderheit, deren Mittelpunkt die Bonner Universität, konkret die Katholisch-Theologische Fakultät, war. Es entstand die Altkatholische Kirche in Deutschland mit einer eigenen Kirchenstruktur, deren theologisches und administratives Zentrum (u.a. Bischofssitz) von

mus Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985, S. 61-179, S. 69.

33 Vgl. aus der Vielzahl der einschlägigen Forschungen: Gustav Schmidt, Die Nationalliberalen – eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870-1978, in: Gerhard Albert Ritter (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 208-223; Heinrich August Winkler, Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise 1878/79, in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S. 5-28; die Beiträge von Rainer Koch, in: Frank Wende (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981, S. 88f. (Deutsche Fortschrittspartei), S. 114-116 (Nationalliberale Partei); aus marxistisch-leninistischer Sicht: Manfred Weißbecker, Deutsche Fortschrittspartei, in: Dieter Fricke u.a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945, 4 Bde, Leipzig 1983-1986, hier Bd. 1, S. 623-652, sowie Gustav Seeber und Claudia Hohberg, Nationlliberale Partei, in: ebd., Bd. 3, S. 403-436; gegenüber den meist kritischen Darstellungen vertritt eine eher exkulpierende Auffassung: Karl Heinrich Pohl, Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei?, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3, 1991, S. 82-112.

34 Vgl. August Franzen, Die Katholisch-Theologische Fakultät Bonn im Streit um das Erste Vatikanische Konzil, Köln, Wien 1974.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Beginn an (1873) in Bonn war.[35] Auch und gerade in seinem Selbstverständnis ist der deutsche Altkatholizismus, der stets eine vergleichsweise kleine Gemeinschaft geblieben ist, eine liberale Spielart des Katholizismus, entstanden im bürgerlich-(national)liberalen Milieu des Bismarckreiches und stets ausgerichtet auf ein entsprechendes Klientel. Unlängst wurde der Altkatholizismus als ein »Konzept des unpolitischen Katholizismus, das im Kontext des Liberalismus entwickelt wurde,«[36] etikettiert; eine nicht unproblematische These, da es, um nur ein Beispiel aufzugreifen, von Beginn an altkatholische Parlamentarier, beispielsweise in der kurzlebigen Liberalen Reichspartei, vor allem aber in der Nationalliberalen Partei, gab.[37] Und nach 1933 dienten sich maßgebliche Kräfte innerhalb des Altkatholizismus, empfänglich für antisemitische und völkische Ideen, dazu beseelt von der Hoffnung auf größeren Zulauf zu ihrer »nationalen« Kirche, allzu bereitwillig dem Nationalsozialismus an.[38] Es erscheint daher durchaus fragwürdig, die Einrichtungen und Kirchen der Altkatholiken in Bonn auf die Liste der liberalen Erinnerungsorte zu setzen, erwähnt werden sollten sie dennoch.[39]

Die Jahre und Jahrzehnte des Kaiserreichs waren im Rheinland und damit auch in Bonn beeinflusst von einem auch im Alltag spürbaren Antagonismus zwischen einem ultramontanen Katholizismus einerseits und der nationalen Variante des Liberalismus andererseits, ein Gegensatz, der zugleich die sozio-kulturelle Struktur der Region widerspiegelte.[40] Auf die konkrete Situation in Bonn bezogen: Einerseits die katholische Mehrheit der traditionell eingesessenen Unter- und Mittelschicht, andererseits die Minderheit der überwiegend protestantischen Oberschicht: Rentiers, Beamte, Militärs, wenige Unterneh-

35 Vgl. Kurt Pursch, Die Alt-Katholische Kirche, in: Dietrich Höroldt und Manfred van Rey (Hrsg.), Bonn in der Kaiserzeit 1871-1914. Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Bonner Heimat- und Geschichtsvereins, Bonn 1986, S. 265-273.

36 Matthias Ring, »Katholisch und deutsch«. Die alt-katholische Kirche Deutschlands und der Nationalsozialismus, Bonn 2008, S. 795. Eine umfassende Geschichte des Altkatholizismus ist ein Forschungsdesiderat.

37 Vgl. Winfried Grohs, Die Liberale Reichspartei 1871-1874. Liberale Katholiken und föderalistische Protestanten im ersten Deutschen Reichstag, Frankfurt, Bern, Paris 1990, sowie vor allem Olaf Blaschke, Der Altkatholizismus 1870 bis 1945: Nationalismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Historische Zeitschrift 261, 1995, S. 51-99.

38 Vgl. Blaschke, Altkatholizismus (wie Anm. 37). Dagegen aus altkatholischer Perspektive, dabei vornehmlich aus altkatholischen Quellen schöpfend und durchaus apologetisch: Ring, »Katholisch und deutsch« (wie Anm. 36).

39 Neben der Pfarrkirche St. Cyprian an der Adenauerallee, ein Nachkriegsbau anstelle des zerstörten Gotteshauses von 1934, gehört den Alt-Katholiken nunmehr auch die Namen-Jesu-Kirche in der Bonngasse, die von 1877 bis 1934 bereits Pfarrkirche der Bonner Altkatholiken war. Eine Planungsvariante für dieses barocke, ursprünglich zum Jesuitenkonvent gehörende Gotteshaus ist die Funktion als Kathedrale, als Bischofskirche. Vgl. u.a. General-Anzeiger Bonn vom 2.3.2009, sowie die homepage der »Stiftung Namen Jesu Kirche«: http://www.namenjesukirche.de/57.0.html (eingesehen 26.2.2010).

40 Vgl. hierzu zuletzt Armin Heinen, Umstrittene Moderne. Die Liberalen und der preußisch-deutsche Kulturkampf, in: Geschichte und Gesellschaft 29, 2003, S. 138-156; vgl. auch die im Rahmen der Bürgertumsforschung entstandene Studie Thomas Mergel, Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794-1914, Göttingen 1994.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

mer.[41] In der Zeit der Weimarer Republik veränderte sich diese Konstellation durch die zunehmend an Einfluss gewinnende Arbeiterbewegung, repräsentiert durch KPD und SPD, später auch durch den aufkommenden Nationalsozialismus; der politische Liberalismus, sowohl in seiner national-konservativen als auch in seiner fortschrittlichen Ausprägung besaßen in der rheinischen Universitätsstadt in der Zwischenkriegszeit wenig Einfluss.[42]

An vier Stellen wird in Bonn an Gustav Stresemann (1878-1929), einen der großen (national-)liberalen Politiker – seit 1907 Reichstagsabgeordneter, 1923 für einige Monate Reichskanzler, seit 1923 Außenminister, 1926 gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Aristide Briand Friedensnobelpreisträger – der wilhelminischen und der Zwischenkriegszeit,[43] erinnert: Zum einen das »Gustav-Stresemann-Institut e.V.«, eine in den 1950er Jahren entstandene »unabhängige, überparteiliche und gemeinnützige Einrichtung der politischen Bildung«, wie es in einer Selbstdarstellung heißt[44], die seit 1987 ein großes Tagungshaus in Bonn-Bad Godesberg unterhält, zum anderen ein 1958 am Auswärtigen Amt angebrachtes Relief,[45] mit dem die Bundesrepublik ein Zeichen dafür setzen wollte, dass ihre Außenpolitik in der Tradition des um Versöhnung und Ausgleich bemühten Liberalen stehe. Im Ortsteil Duisdorf wurde 1969 auch eine Straße nach Gustav Stresemann benannt und bereits seit 1952 trägt der rheinwärtige Straßenzug unterhalb des Bundeshauses den Namen Stresemann-Ufer. Noch ein weiterer Teil der Bonner Rheinfront ist nach einem bedeutenden liberalen Politiker benannt: Das Rathenau-Ufer zwischen Erster und Zweiter Fährgasse erinnert an den 1922 von rechtsgerichteten Fanatikern ermordeten deutschen Außenminister Walther Rathenau (1867-1922). Die Benennung erfolgte 1952, nachdem ein schon 1922 nach Rathenau benannter Uferabschnitt bereits im April 1933 umbenannt worden war![46]

Mit der Entscheidung, den verfassungsgebenden Parlamentarischen Rat in Bonn tagen zu lassen, begann ein völlig überraschendes, etwa fünf Jahrzehnte dauerndes Kapitel Bonner Stadtgeschichte, das die beschauliche Universitäts-

41 Vgl. Dietrich Höroldt, Bonn in der Kaiserzeit (1871-1914), in: ders., Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt, Bonn 1989, S. 267-435. Zu den Wahlkämpfen und -ergebnissen: Renate Kaiser, Die politischen Strömungen in den Kreisen Bonn und Rheinbach 1848-1878, Bonn 1963; Hans-Joachim Horn, Die politischen Strömungen in der Stadt Bonn, in Bonn-Land und im Kreise Rheinbach 1878-1900), Diss. Bonn 1968.

42 Vgl. Helmut Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914-1945), in: Höroldt, Bonn 4 (wie Anm. 41), S. 437-638, sowie Viktor Haag, Politische Wahlen in Bonn 1919-1933, Bonn 1989.

43 Vgl. Eberhard Kolb, Gustav Stresemann, München 2003.

44 http://www.gsi-bonn.de/– 20k (eingesehen am 1.3.2010).

45 Vgl. Bonn – Orte der Demokratie. Der historische Reiseführer, hg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2009, S. 81.

46 Wie Anm. 23. Zu Walther Rathenau vgl. trotz einiger jüngerer Veröffentlichungen: Ernst Schulin, Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit, Göttingen 1992.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

stadt, die »kleine Stadt in Deutschland«[47], mit einer ganz unerwarteten Rolle konfrontierte, die sie, so das überwiegende Urteil, recht tadellos spielen sollte. Dabei spielte der politische Liberalismus, in erster Linie repräsentiert durch die 1948 gegründete FDP, gleichsam als Nachfolgeorganisation mehrerer liberaler Parteien der Weimarer Republik, die 1933 zur Aufgabe genötigt, ja gezwungen worden waren, eine tragende Rolle. Dies spiegelt sich auch in den generell überdurchschnittlich hohen Wahlergebnissen der FDP in Bonn wieder, zweifellos ein Ergebnis der sich binnen kurzer Zeit massiv verändernden Bevölkerungsstruktur im administrativen und politischen Zentrum der Bundesrepublik.[48]

Überhaupt war es in erster Linie einem Liberalen, dem späteren FDP-Mitglied Hermann Wandersleb (1895-1977), damals Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, zu verdanken, dass Bonn zum Ausrichter der verfassungsgebenden Versammlung wurde.[49] Nach ihm, der sich durch den ihm wegen seiner großen Verdienste um Bonn verliehenen Beinamen »Bon(n)ifatius« geschmeichelt fühlte, wurde eine der großen westlichen Ausfallstraßen der Stadt benannt; zudem wurde ihm die Ehrenbürgerschaft der Stadt übertragen.

Die FDP und zahlreiche ihrer Mitglieder haben der Bundesrepublik von der ersten Stunde an nachhaltig ihren Stempel aufgedrückt. Mit Ausnahme der Jahre von 1956 bis 1961, als die CDU unter Konrad Adenauer allein regierte, der beiden »Großen Koalitionen« zwischen 1966 und 1969 sowie zwischen 2005 und 2009, und den »rot-grünen Jahren« unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zwischen 1998 und 2005 war die FDP – als Juniorpartner – an sämtlichen Bundesregierungen beteiligt. Sie stellte Minister, häufig besetzte sie wichtigste Kabinettsposten, und »Vizekanzler«. Zwei Liberale wurden zu Bundespräsidenten gewählt: der legendäre Theodor Heuss, später Walter Scheel, die beide Ehrenbürger Bonns wurden. Sie alle haben deutliche Spuren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in der Stadt, die ziemlich genau ein halbes Jahrhundert Hauptstadt und Regierungssitz war, hinterlassen. So könnte man durchaus das gesamte ehemalige Regierungsviertel in Bonn als eine liberale Erinnerungslandschaft bezeichnen. Ein unlängst in Kooperation zwischen der Stiftung Haus der Geschichte der Bun-

47 So der Titel eines Romans von John le Carré, Orginaltitel: A Small Town in Germany, erschienen 1968, über die junge Bundeshauptstadt. Zur Erinnerungs-Literatur in und über Bonn vgl. weiter unten, u.a. Anm. 66.

48 Vgl. Gabriele Müller-List, Bonn als Bundeshauptstadt 1949-1989, in: Höroldt, Bonn 4 (wie Anm. 41), S. 639-744. Die Wahlergebnisse für Bonn seit 1946: http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/index.asp?18500# (eingesehen am 8.3.2010)

49 Vgl. u.a. Manfred van Rey, Bonn: Vom Bundesdorf zur Bundesstadt, in: Jürgen Brautmeier und Ulrich Heinemann (Hrsg.), Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen, Essen 2007, S. 107-120, hier S. 108. Zu Wandersleb selbst: Hermann Wandersleb. Der Mann, der Bonn zur Hauptstadt machte, in: Helmut Böger und Gerhard Krüger, Berühmte und berüchtigte Bonner. 40 Porträts, Wuppertal 1991, S. 84-87.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

desrepublik Deutschland, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Bundesstadt Bonn erarbeiteter und mit erläuternden Hinweistafeln ausgestatteter »Weg der Demokratie« führt zu »Orten der Demokratie«[50] in dieser Stadt, deren wichtigste, insbesondere insofern ihnen eine Nähe zum Liberalismus oder gar liberale Tradition zu eigen ist, im Folgenden vorgestellt werden sollen.

Zuvor sei ein knapper Exkurs gestattet: Das Rheinische Amt für Denkmalpflege hatte sich im Zusammenhang mit der endgültigen Verlagerung des überwiegenden Teils der Bundesorgane von Bonn nach Berlin intensiv um die Unterschutzstellung des Bonner Regierungsviertels und die Erstellung einer Denkmalsatzung für dieses Areal bemüht. Dieser von Kritikern u.a. als »rheinische Schnapsidee« bezeichnete Vorstoß ließ sich nicht realisieren, da die Sorge, dass das frühere Regierungsviertel eine museale gedenk- bzw. larmoyanzbehaftete Erinnerungsstätte werde und dadurch die Funktionsfähigkeit der Bundesstadt Bonn womöglich nicht mehr gewährleistet sei, über die guten Argumente der Denkmalschützer obsiegte: »Im Bonner Regierungsviertel müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es gilt die Zukunft der Stadt Bonn als moderne Kongress-, Tagungs- und Wissenschaftsstadt, vor allem auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik auszubauen und zu sichern. Diese Möglichkeit wäre durch die Unterschutzstellung des Regierungsviertels ernsthaft gefährdet.«[51] Skeptiker der Denkmalschutzidee sprachen auch von einem zukünftigen »Freilichtmuseum« und von einer »Käseglocke«, die man über eines der für die angestrebte Strukturveränderung in der nunmehrigen Bundesstadt zentralen Areale der Stadt stülpen wolle.[52] Lediglich eine ganze Reihe von Einzelgebäuden wurde in die Denkmalliste der Stadt eingetragen, eine Maßnahme, die jedoch, wie das Beispiel der 1877 fertig gestellten Villa Dahm an der Dahlmannstraße[53], die von 1955 bis 1999 die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft beherbergt hatte, zeigt, keine Bestandsgarantie bedeutet: Trotz zahlreicher Proteste musste der prachtvolle Bau, der eine der ganz zentralen informellen Institutionen der Bundeshauptstadt war, 2006 dem umstrittenen Neubau des World Congress Center Bonn (WCCB) weichen.[54]

50 Hierzu ist unlängst eine nennenswerte Publikation erschienen: Bonn – Orte der Demokratie (wie Anm. 45).

51 So beispielsweise der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, Jürgen Wilhelm; zitiert nach: Rhein-Sieg-Anzeiger, 16.6.1999.

52 Zu diesem Strukturwandel vgl. die umfassende Dokumentation: Friedrich Busmann, Vom Parlaments- und Regierungsviertel zum Bundesviertel. Eine Bonner Entwicklungsmaßnahme 1974-2004, hg. von der Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Bonn 2004.

53 Vgl. Olga Sonntag, Villen am Bonner Rheinufer 1819-1914, 3 Bde, Bonn 1998, hier Bd. 3, S. 255-262.

54 Vgl. Helmut Herles, Jetzt kommt unwiderruflich die Abrissbirne. Parlamentarische Gesellschaft – Bonner Stadtrat beschließt: Villa Dahm muss weg, in: Das Parlament 22, 30.5.2005.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mit Bedacht beginnt jener »Weg der Demokratie« beim Museum Alexander Koenig, einem schon vor dem Ersten Weltkrieg errichteten, jedoch erst 1934 eröffneten naturkundlichen Museum und Forschungsinstitut, in dem am 1. September 1948 die Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates stattfand. Fortgesetzt wurden die Beratungen, deren primäres Ziel, wie erwähnt, die Formulierung eines »Grundgesetzes« – der Begriff Verfassung wurde bewusst vermieden – war, in den umgebauten Räumen der Pädagogischen Hochschule, die in den Jahren von 1930 bis 1933 unmittelbar am Rhein errichtet und 1933, bereits unter »braunen« Vorzeichen, eröffnet, bei Kriegsbeginn jedoch bereits wieder geschlossen worden war.[55] Begünstigend auf die Atmosphäre der Beratungen wirkten sich offenbar auch die angenehmen Bedingungen in der Tagungsstätte aus, die selbst der ansonsten kritische »Spiegel« als »vornehm und freizügig« bezeichnete.[56] Als Konrad Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rates dann am 23. Mai 1949 als erster seinen Namen unter das Grundgesetz schrieb, war ein Verfassungswerk entstanden, das mit seiner starken Betonung von Freiheit und Menschenrechten genuin liberale Züge trug, auch wenn sich die FDP – die sich ja erst nach Beginn der Grundgesetzberatungen am 11./12. Dezember 1948 in Heppenheim offiziell konstituiert und den Württemberger Theodor Heuss (1884-1963) zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt hatte – in den Beratungen nicht in allen Punkten hatte durchsetzen können.[57]

Die vergleichsweise kleine, nur aus fünf Personen bestehende liberale Fraktion des Parlamentarischen Rates war übrigens im Hotel La Roche (Ecke Baumschulallee/Colmantstraße, heute: Hotel Villa Esplanade) untergebracht; als ihr führender Kopf kristallisierte sich schon bald der erwähnte Theodor Heuss heraus,[58] der 1918 zu den Gründungsmitgliedern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei gehörte und von 1924 bis 1928 sowie von 1930 bis 1933 für die DDP bzw. die Deutsche Staatspartei ein Reichstagmandat besessen hatte. Als erster Bundespräsident (Amtszeit 1949-1959) gehörte er neben Konrad Adenauer zu den prägenden Persönlichkeiten der jungen Republik, weniger hinsichtlich der politischen Orientierung der Bundesrepu-

55 Vgl. Gisbert Knopp, Das Bundeshaus in Bonn. Von der Pädagogischen Akademie zum Parlamentsgebäude der Bundesrepublik Deutschland, in: Bonner Geschichtsblätter 35, 1984, S. 252-276.

56 Zitiert nach: Helmut Vogt, Der Parlamentarische Rat in Bonn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/19, 27.4.2009, S. 41-46, hier S. 42. Dort werden auch weniger freundliche Stimmen über die Unterbringung in Bonn zitiert. Vgl. auch ders., »Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4«. Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50, Bonn 1999.

57 Vgl. u.a. Karlheinz Niclauß, Der Parlamentarische Rat in Bonn 1948-1949, in: Heijo Klein (Hrsg.), Bonn – Universität in der Stadt. Beiträge zum Stadtjubiläum am DIES ACADEMICUS 1989 der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1990, S. 139-150; Vogt, Der Parlamentarische Rat (wie Anm. 56), mit weiteren Literaturhinweisen.

58 Vgl. den knappen aber sehr instruktiven Beitrag über die damalige Situation in Bonn: Helmut Vogt, »Bonn wird ganz interessant werden.« Theodor Heuss und die Arbeit am Grundgesetz, in: Geschichte im Westen 23, 2008, S. 233-240.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

blik als vielmehr in Bezug auf die Wechselbeziehung zwischen dem von ihm verkörperten Amt und der Bevölkerung. Sein erster Amtssitz, die »Villa Wendelstadt« auf der so genannten Viktorshöhe in (Bonn-)Bad Godesberg[59], später Sitz der Botschaft der UdSSR und heute Generalkonsulat der Russischen Föderation, hat ebenso Bestand wie die »Villa Hammerschmidt«[60], heute zweiter Amtssitz des Bundespräsidenten. Neben der Heussallee, eine der wichtigsten Straßen im ehemaligen Regierungsviertel, erinnert der von ihm am 25. April 1952 im Bonner Hofgarten gepflanzte Ahorn – anlässlich des ersten »Tages des Waldes« – an »Papa Heuss«, wie er zu seinem Leidwesen liebevoll genannt wurde.[61] Während man seines 100. Geburtstags im Jahre 1984 in der – noch – Bundeshauptstadt durch zahllose Veranstaltungen erinnerte[62], kam es 25 Jahre später nur noch zu einem kleinen kommunalpolitischen Geplänkel, das sich an der – offenbar – verspäteten Kranzniederlegung durch die Stadt Bonn für ihren Ehrenbürger Theodor Heuss (seit 1954) entzündet hatte.[63] Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang seine Ehefrau (seit 1908), Elly Heuss-Knapp (1881-1952), auch sie eine liberale Politikerin, die bereits 1919 für den Reichstag kandidiert hatte und von 1946-1949 württemberg-badische Landtagsabgeordnete war, zunächst für die Demokratische Volkspartei, eine der Vorläuferparteien der FDP, dann für die FDP selbst. 1950 gründete die Sozialreformerin das Deutsche Müttergenesungswerk: Die nach ihr in Bonn benannte Schule fusionierte zum Schuljahresende 1992/93 mangels ausreichender Anmeldezahlen mit dem Friedrich-Ebert-Gymnasium.[64]

Bekanntlich war Bonn als Haupt- und Regierungssitz zunächst nur ein Provisorium. Der Slogan »Jede Mark für Bonn ist ein Verrat an Berlin«, galt bis zum Ende der 1960er Jahre, als zunächst zögerlich, dann mit zunehmender Dynamik der Ausbau der Bundeshauptstadt auf die Agenda von Bund, Land und Kommune kam. Von wenigen Ausnahmen abgesehen wurde daher für die Unterbringung von Behörden und Einrichtungen des Bundes zunächst vorhandene Bausubstanz genutzt und gegebenenfalls baulich an die neuen Aufgaben angepasst. Zu den wenigen Neubauten der Frühphase der Bundesrepublik gehört das Auswärtige Amt an der Adenauerallee, der so genannten

59 Vgl. Hans Kleinpass, Wendelstadtallee, in: Ders., Die Straßennamen der Gemarkung Rüngsdorf 5, in: Godesberger Heimatblätter 12, 1974, S. 79-99, hier S. 87-93. Theodor Heuss residierte in der früheren Villa Wendelstadt in Bad Godesberg vom 12.9.1949 bis zum 15.12.1950.

60 Hierzu und zu den folgenden Bauten im früheren Regierungsviertel, soweit nicht eigens angemerkt: vgl. Bonn – Orte der Demokratie (wie Anm. 45).

61 Vgl. Bonner Rundschau, 26.4.2001.

62 Vgl. die Berichterstattung in der Lokalpresse, gesammelt in: StAB, Zeitungsausschnittsammlung (ZA) 136/327.

63 Vgl. General-Anzeiger Bonn, 2.2.2009.

64 StAB, ZA 144/3579. Vgl. die Biographie: Kirsten Jüngling und Brigitte Roßbeck, Elly Heuss-Knapp. Die erste First Lady. Ein Porträt, Heilbronn 1994.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Diplomatenrennbahn«, der Magistrale zwischen Bonn und der bis 1969 selbständigen Nachbarstadt Bad Godesberg, wo sich der allergrößte Teil der diplomatischen Vertretungen und der Botschafterresidenzen angesiedelt hatte. Zwischen 1953 und 1955 entstand ein neunstöckiger, monumentaler, in großer Sachlichkeit ausgeführter Zweckbau, den der Architekt Hans Freese, ein früherer Mitarbeiter Albert Speers, entworfen hatte. Von 1969 bis 1998 stand das Auswärtige Amt ununterbrochen unter der Leitung liberaler Politiker (Walter Scheel 1969-1974, Hans-Dietrich Genscher 1974-1992, Klaus Kinkel 1992-1998). Bahn brechende Weichenstellung, u. a. gemeinsam mit den Sozialdemokraten Willy Brandt und Egon Bahr in der Ostpolitik, gingen von hier aus: auch dies ein Ort liberaler Erinnerung!

Zwei weitere »klassische« und über lange Jahre »liberal« geführte Ressorts haben erst spät oder nie moderne Zweckbauten erhalten: Das Wirtschaftsministerium, von 1972 bis 1998 von FDP-Ministern geleitet (Hans Friderichs 1972-1977, Otto Graf Lambsdorff 1977-1984, Martin Bangemann 1984-1988, Helmut Haussmann 1988-1991, Jürgen Möllemann 1991-1993, Günter Rexrodt 1993-1998), war von Beginn an in einer 1936 in (Bonn-)Duisdorf errichteten Wehrmachtskaserne untergebracht, in der sich bis heute der zweite Dienstsitz des deutschen Wirtschaftsministers befindet. 1972 wurde der Komplex um ein 14-stöckiges Hochhaus erweitert. Das Justizministerium, acht der neunzehn Justizminister(innen) seit 1949 waren bzw. sind Mitglieder der FDP, logierte zunächst in der so genannten Rosenburg, einer 1831 für den Bonner Paläontologen und Zoologen Georg August Goldfuss oberhalb von Bonn-Kessenich errichteten neogotischen Villa, ehe das Ministerium 1973 in einen der neu errichteten »Kreuzbauten« im Norden des Stadtbezirks Bad Godesberg umzog.

Zu den liberalen Erinnerungsorten ist auch das Thomas-Dehler-Haus zu zählen. Benannt nach dem ersten Justizminister der Bundesrepublik Deutschland (1949-1953) und späteren Nachfolger von Theodor Heuss als Bundesvorsitzender der FDP (1954-1957) Thomas Dehler (1897-1967), diente der Neubau an der Willy-Brandt-Allee von 1993 für sechs Jahre als Parteizentrale der Liberalen, ehe die Parteiführung in ein gleichnamiges Haus nach Berlin zog. Den Grundstein hatte Otto Graf Lambsdorff im Oktober 1991 gelegt. Zuvor, von 1976 bis 1993 hatte die Parteiführung in einem – bemerkenswerter Weise – von der SPD angemieteten Haus in der Baunscheidtstraße gearbeitet.

Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang auch die 1959 in Anwesenheit von Altbundespräsident Theodor Heuss eingeweihte Bonner Beethovenhalle, ein Mehrzweckbau des Architekten Theo Wolske, in dem 1970 der FDP-Bundesparteitag stattfand und der zwischen 1974 und 1989 als Tagungsort der Bundesversammlung diente.[65]

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Auch einige literarische Denkmäler[66] wurden der jungen Republik gesetzt, meist waren sie kritisch, oft spöttisch, manchmal herablassend: John le Carrés Prophezeiung von 1968, dass Bonn lediglich den »Wartesaal für Berlin«[67] bilde, sollte bekanntlich in Erfüllung gehen und Heinrich Bölls Wort vom »Pflichthaß auf Bonn« ist mittlerweile ein geflügeltes, ebenso wie sein Satz: »Bonns Schicksal ist es, dass man ihm sein Schicksal nicht glaubt.«[68]

Auf drei Orte im Bonner Stadtgebiet sei noch hingewiesen. Sie stehen nicht für ein politisches Programm oder gar eine politische Partei, sondern für Personen bzw. Ideen, die der »Freiheit« verpflichtet sind: An der Ecke Heussallee/Friedrich-Ebert-Allee und damit sozusagen am Eingang ins frühere Regierungsviertel steht als Geschenk der Republik Venezuela seit 1984 eine Skulptur mit dem Bildnis des südamerikanischen Freiheitskämpfers Simón Bolívar (1783-1830), eine Arbeit des Bildhauers Hugo Daini.[69] Die Statue, die in Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker offiziell enthüllt worden war, trägt an ihrem Sockel ein Wort des »Befreiers« Lateinamerikas: »Schwieriger ist es, das Gleichgewicht der Freiheit zu erhalten, als die Last der Tyrannei zu ertragen.«

Am Beginn der nach dem vielleicht bis heute populärsten US-amerikanischen Präsidenten benannten Allee im Stadtbezirk Bad Godesberg erhebt sich seit 1989 ein Denkmal für John F. Kennedy (1917-1963), der wenige Monate vor seiner Ermordung einen triumphalen Staatsbesuch in Deutschland absolvierte und dabei auch in Bonn Station machte (23. bis 25. Juni 1963). Das Werk stammt von den Bildhauern Marlene Dammin-Darius und Herm Jörg Barner und gilt als das einzige nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn aufgestellte Standbild eines Politikers.[70] Zuvor schon, am 2. Dezember 1963, war die älteste und zentrale Bonner Rheinbrücke, ein Neubau von 1948/49 anstelle der kriegszerstörten Brücke von 1898, nach John F. Kennedy benannt worden.[71]

65 Entsprechend wurde hier am 15.5.1974 Walter Scheel zum vierten Bundespräsidenten gewählt: vgl. Yvonne Leiverkus, Die Beethovenhalle – Städtische Mehrzweckhalle und Bühne der Bonner Republik, in: Dies. (Hrsg.), 50 Jahre Beethovenhalle Bonn, Bonn 2010, S. 77-102.

66 In erster Linie werden in diesem Zusammenhang die Romane »Das Treibhaus« von Wolfgang Koeppen (1953), »Ansichten eines Clowns« von Heinrich Böll (1963), sowie »Eine kleine Stadt in Deutschland« von John le Carré (1968), genannt. Vgl. Jürgen Nelles, Die Bundeshauptstadt in der westdeutschen Literatur, in: Josef Matzerath (Hrsg.), Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 353-361.

67 Zitiert nach Nelles, Bundeshauptstadt (wie Anm. 66), S. 361.

68 Aus: Ansichten eines Clowns, Köln und Berlin 1963, zitiert nach Herbert Hupka (Hrsg.), Einladung nach Bonn, München und Wien ²1968, S. 221f.

69 Vgl. General-Anzeiger, 25.7.1984.

70 Vgl. Weingarz, Skulptur (wie Anm. 20), S. 76f.

71 Dies geschah in einer Sondersitzung des Stadtrates vom gleichen Tag; vgl. General-Anzeiger Bonn, 3.12.1963.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ein Erinnerungsmal, das die liberale Tradition Bonns und der so genannten Bonner Republik in besonderer Weise zum Ausdruck bringt, ist ein in der Stadt weitgehend unbekanntes. Es handelt sich um den von Ulrich Rückriem geschaffenen, seit 1981 hinter dem Rheinischen Landesmuseum stehenden »Stein zum 10. Oktober«, der – vom Künstler als »Mahnmal für den Frieden« bezeichnet[72] – an die erste der großen Friedensdemonstrationen in Bonn am 10. Oktober 1981 erinnert. Ca. 250000 Menschen versammelten sich an diesem Tag – friedlich, ja vorbildlich – zu einem Protest gegen den so genannten NATO-Doppelbeschluss von 1979 und die damit zu erwartende Stationierung weiterer Waffensysteme auf dem Boden der Bundesrepublik. Dies war natürlich nur einer von zahllosen, ganz überwiegend friedfertigen Demonstrationen, die am Sitz von Parlament und Regierung stattfanden. In ihnen kam eine Form der Streitkultur zum Ausdruck, die dem freiheitlichen Image Bonns in jeder Beziehung entsprach. [73]

Als Fazit sei festgehalten, dass Bonn seit der Epoche der Aufklärung vielleicht kein Vorort, aber doch ein Hort liberaler Gedanken und Taten gewesen ist, der in der Zeit der revolutionären Bewegungen von 1848/49 maßgebliche Protagonisten hervorbrachte und der durch eine günstige Fügung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen politischen, und damit auch liberalen Stempel aufgedrückt hat.

Zwei Gedanken zum Abschluss: Für den 24. und 25. April 2010 war der Bundesparteitag der FDP in das neue World Congress Center Bonn und damit in den Wahlkreis und Wohnsitz des Parteivorsitzenden Guido Westerwelle geladen. Damit hätte das hoch ambitionierte neue internationale Kongresszentrum der Bundesstadt schon früh ein liberaler Erinnerungsort werden können. Der skandalträchtige Baustopp, die Insolvenz beteiligter Firmen, staatsanwaltliche Ermittlungen und die Verhaftung einiger der Verantwortlichen und die insgesamt ungeklärte Zukunft des Projekts veranlassten die Parteiführung im Januar 2010 zu einem Kurswechsel: Der 61. Bundesparteitag wurde in die Nachbarstadt Köln verlegt.[74]

An der Fassade der ältesten Bonner Oberschule, dem Beethoven-Gymnasium – Bildung und Freiheit stehen bekanntlich in einer sehr engen Wechselwirkung – liest man unterhalb einer Sonnenuhr: *transit umbra, manet opera*. Dies gilt ohne Zweifel auch für liberale Politik und damit für die Beschäftigung mit liberalen Erinnerungsorten.

72 Vgl. Weingarz, Skulptur (wie Anm. 20), S. 56.

73 Vgl. hierzu Horst-Pierre Bothien, Auf zur Demo! Straßenprotest in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn 1949-1999. Eine Dokumentation, Essen 2009; zur Demonstration vom 10.10.1981: S. 89-98. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ende der 1960er Jahre Bahn brechende, da ganz auf Deeskalation setzende Strategie des seinerzeitigen Bonner Einsatzleiters Tonis Hunold: Tonis Hunold, Polizei in der Reform. Was Staatsbürger und Polizei voneinander erwarten könnten, Düsseldorf 1968.

74 Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 19.1.2010.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Reinhold Brunner

Eisenach – ein Erinnerungsort des deutschen Liberalismus?

I. *Einleitung*

Nicht zufällig steht das Fragezeichen im Titel. Darf Eisenach, die Stadt am Fuß der Wartburg, für sich überhaupt in Anspruch nehmen, ein Gedenkort für die Geschichte des deutschen Liberalismus zu sein? Im Folgenden soll dieser Frage nachgegangen werden. Am Beginn der Überlegungen stehen zwei Prämissen:

1. In der geschichtlichen Erinnerung wurde und wird Eisenach nicht oder nur marginal als Erinnerungsort des Liberalismus wahrgenommen. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Wartburgstadt mit anderen geschichtlichen Attributen »überfrachtet« ist. Es scheint, als sei hier kein Raum für liberale Erinnerungen.
2. Die geschichtliche Realität zeichnet ein von der retrospektiven Wahrnehmung abweichendes Bild. Sehr wohl nämlich gibt es in der Wartburgstadt Symbolorte – Plätze, Denkmale, Personen, Ereignisse –, die mit der Geschichte des deutschen Liberalismus im Zusammenhang stehen.

Bei einer weiten Auslegung des Liberalismusbegriffes, die von der Freiheit des Geistes ausgeht[1], beginnen die liberalen Traditionen Eisenachs bereits mit Martin Luther, dessen Name untrennbar mit der Wartburgstadt verbunden ist. Betrachten wir die Reformation als eine Form der Liberalisierung des Glaubens, als eine Stärkung des Individuums in seinen geistigen Fähigkeiten und Möglichkeiten, so bietet dieser Ansatz einen Rückgriff in die Geschichte, um eine liberale Traditionslinie für Eisenach zu konstruieren. Dass Luther selbst weit weg gewesen ist von der Forderung nach einer Liberalisierung der Gesellschaft im modernen politischen Sinne, steht dabei außer Frage.
Ehe wir uns nun der Frage zuwenden, welche liberale Erinnerung Eisenach tatsächlich zu bieten hat, ist die eingangs formulierte erste Prämisse auf ihre Bestandskraft hin zu prüfen. Sofern man überhaupt von einer geschichtlichen, politischen und kulturellen Selbstwahrnehmung der Stadt sprechen kann,

1 Vgl. Oskar Klein-Hattingen: Geschichte des deutschen Liberalismus, Bd. 1: Bis 1871, Berlin-Schöneberg 1911, S. 3ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bezieht sie sich in erster Linie auf die von der Wartburg ausgehenden Traditionen. Eisenach verstand und versteht sich bis heute als Ort kultureller Blüte – Wartburg, Minnesang, Bach, Reuter, Wagner –, als ein Symbolort der Reformation – Luther und die Wartburg –, als ein Ort der Romantik – die Wartburg im 19. Jahrhundert mit ihrem Rückgriff auf die mittelalterlichen Traditionen –, als ein Wirtschaftsstandort – Automobilbau seit mehr als hundert Jahren –, als ein landschaftlich besonders reizvoll gelegener Ort am Beginn des Rennsteigs und im Glanz der Wartburg.[2]

Bei genauerem Hinsehen umreißt die »für eine Reise nach Eisenach werbende« Literatur noch eine zweite Kontur historisch-politischer Selbstwahrnehmung: Eisenach und die Wartburg als Symbol für das Ringen um die deutsche Einheit. Schon ein Reiseführer von 1906 vermerkte mit Bezug auf das Wartburgfest der deutschen Burschenschaften 1817, es habe »das Ideal eines freien und einigen Vaterlandes in vielen Herzen entzündet.«[3] Und der Führer von 1961 attestiert Luthers Bibelübersetzung auf der Wartburg, dass sie »eine der Voraussetzungen deutscher Einheit«[4] geschaffen habe. Auch das 5. Thüringer Sängerfest von 1847 fand bald Aufnahme in den Kanon erinnerungswürdiger Daten Eisenacher Geschichte. Es habe die »großen Gedanken vaterländischer Einheit und Freiheit« befördert, schrieb ein Reiseführer 1906.[5]

Bereits hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, die sich in der Folge immer mehr vertiefen sollte: Die Begriffe Einheit und Freiheit blieben untrennbar miteinander verknüpft. Und die Betonung lag dabei mehr auf dem Wort Einheit als auf dem Begriff Freiheit. Und genau dieser Umstand erschwert es, dem »reinen Liberalismus« in der »Eisenacher Erinnerungswelt« auf die Spur zu kommen. Wenn man sich seiner überhaupt besann, dann nur im Kontext eines weitgehend undifferenzierten Freiheitsbegriffes. Und es scheint, dass in diesem Begriffspaar der Terminus Freiheit mehr die Freiheit der Nation als die des Individuums meinte. Dies muss bei den nachfolgenden Betrachtungen immer berücksichtigt werden.

2 Zu diesem Ergebnis gelangt man bei der Durchsicht der einschlägigen Reiseführer des 19. und 20. Jahrhunderts, vgl. etwa: Heinrich Schwerdt und Hermann Jäger: Eisenach und die Wartburg mit ihren Merkwürdigkeiten und Umgebungen, 2. Aufl., Eisenach 1871; Eisenach, Wartburg und Umgebung, Eisenach 1906; Verkehrsverein der Wartburgstadt (Hrsg.):Wartburgstadt Eisenach und Eisenacher Land. Ein Führer durch Landschaft, Kunst und Geschichte, Eisenach, o.J. (um 1930); Erich Schneider: Eisenach – Drachenschlucht und Hörselberge, 3. Aufl., Leipzig 1961, Brockhaus-Stadtführer Eisenach, 1. Aufl., Leipzig 1974.

3 Eisenach, Wartburg und Umgebung (wie Anm. 2) S. 50.

4 Erich Schneider (wie Anm. 2), S. 4.

5 Eisenach, Wartburg und Umgebung (wie Anm. 2) S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. *Orte und Ereignisse mit liberalem Erinnerungsgehalt*

Für das 19. und beginnende 20. Jahrhundert lassen sich in der Darstellung die Ereignisse und die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Symbolorte, die mehr oder minder rasch auch Denkmalcharakter erlangten, nicht klar voneinander trennen. Deshalb werden sie an dieser Stelle im Zusammenhang betrachtet.

Am Beginn steht fast notwendigerweise die Wartburg. Sie erlangte ihre Symbolkraft schon im frühen 19. Jahrhundert. Genau genommen erfolgte bereits ihre Wiederentdeckung vor dem gedanklichen Hintergrund, einen Symbolort zu installieren. Denn »dieser Wiederaufbau wäre nicht möglich gewesen, hätten zuvor nicht drei Dinge den Blick verändert: einmal die untergründige, aber sehr real fortbestehende Erinnerung an Luther, dann die politische Aktualisierung dieser Tradition im Wartburgfest 1817 und schließlich die Wiederentdeckung der mittelalterlichen, mit Legenden verwobenen Vergangenheit der Burg durch die Romantik.«[6] Das Wartburgfest der deutschen Burschenschaften bezeichnet, wenn man so will, den ersten Ansatz einer liberalen Tradition Eisenachs. Von den neuen liberalen und nationalen Ideen beseelt, hatten sich Studenten der nahegelegenen Universität Jena »die moralische und intellektuelle Erneuerung des Studentenlebens zur Aufgabe gemacht und eine ‚Burschenschaft' gegründet, deren Devise ‚Ehre, Freiheit, Vaterland' lautete.«[7]

Bei aller Ambivalenz – das Fest ist »unter den Historikern bis heute umstritten«, vor allem wegen der seinerzeit hervortretenden »Anzeichen eines übersteigerten Nationalismus«, wegen »Bücherverbrennung und antijüdische[r] Tendenzen«[8], diente es doch auch der »Artikulation politischer Forderungen« im Sinne des liberalen Gedankens. Ludwig Rödiger etwa sprach von »ewigen Ideen der Menschheit«, von »freier, sich fortgestaltender Menschheit«, von einem anzustrebenden »Geist der Freiheit und Wahrheit«. Wilhelm Carovè beschwor die französische Revolution, die »Ideen von bürgerlicher Freiheit und Vorurteilslosigkeit« geweckt habe.[9]

Nicht weit von der Burg entfernt, im Mariental, entfalteten sich 30 Jahre nach dem Treffen der deutschen Burschenschaften erneut liberale Gedanken, als der Thüringer Sängerbund sein fünftes Liederfest veranstaltete. Zwar überla-

6 Etienne Francois: Die Wartburg. In: Deutsche Erinnerungsorte, hrsg. von Etienne Francois/ Hagen Schulze. Eine Auswahl, Bonn 2005, S. 142.

7 Ebenda, S. 143.

8 Hans-Werner Hahn, Symbol der Einheit – Symbol der Trennung. Eisenach und die deutsche Demokratiegeschichte 1848/49-1869. In: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte, Bd. 55 (2001), S. 205-227, hier S. 204.

9 Eike Wolgast, Wartburgfest 1817 und Hambacher Fest 1832 – Programmatik und Rhetorik. In: Wartburg-Jahrbuch 2001, hrsg. von der Wartburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Beirat, Regensburg 2002, S. 98-188. Hier S. 118, 101, 104.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gerten das Nationale, das Kulturelle und das Religiöse die liberalen Denkansätze[10]. Doch wie bereits dreißig Jahre zuvor konnten die Begriffe »Einheit« und »Freiheit« schwerlich voneinander getrennt werden. So kam unter anderem eine »Rhapsodie« des Kirchenrates Dr. Schreiber zum Vortrag, in der es hieß: »Entfesselt streben die Gedanken, zum heitren Glanz der Wissenschaft, verjährte Vorurteile wanken, durchbrochen sind des Lichtes Schranken, frei steht der Mensch in seiner Kraft.«[11] Bei aller Altertümlichkeit der Sprache bleibt die Botschaft doch klar: Das höchste Ziel der Menschheit besteht in der freiheitlich-liberalen Entfaltung des Individuums.

Ort des Liederfestes war die so genannte »Milchkammer«, ein Festplatz im Mariental. Das Mariental, übrigens 1805 benannt nach Maria Pawlowna, Tochter des Russischen Zaren Paul II., Schwiegertochter des Großherzogs Carl August und Mutter Carl Alexanders, die durchaus einer liberalen Geisteshaltung verpflichtet war, wurde zwölf Jahre nach dem Treffen der Sänger zur Keimzelle des deutschen parteipolitischen Liberalismus. Die Gründe, dass es wiederum Eisenach gewesen ist, das die bürgerlichen Liberalen anzog, sind vielschichtig. Dass das so genannte Reaktionssystem, mit dem die Staaten des Deutschen Bundes in den fünfziger Jahren neue oppositionelle Strömungen im Keim ersticken wollte[n]«, in den »thüringischen Staaten relativ milde gehandhabt wurde«[12], war einer von ihnen. Hinzu kam die politische Grundhaltung des in Thüringen lebenden Bürgertums, das »die politischen Freiräume der Kleinstaaten« nutzte, »um alte Ziele weiter zu verfolgen.«[13] Ganz banal wird man als Grund noch anführen dürfen, dass Eisenach eben schon damals recht zentral im Lande lag und überdies seit 1847 bzw. 1858 an zwei wichtigen Eisenbahnstrecken angeschlossen war.

Die Bedeutung der Eisenbahn bei der Konstituierung des deutschen Bürgertums, dies nur am Rande, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie zeigte sich erstmals im Verlauf der Revolution 1848/49. Viele Abgeordnete nutzen seinerzeit die von Halle startende Eisenbahn, um zum Vorparlament nach Frankfurt am Main zu gelangen. Sie endete damals in Eisenach, und man musste nun mit der Kutsche weiterreisen.

Gute zehn Jahre nach der Revolution versammelten sich nun Liberale aus verschiedenen deutschen Teilstaaten am Fuß der Wartburg. Es soll an dieser Stelle nicht auf die allgemeinen parteipolitischen Inhalte bzw. auf die geschichtlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Konstituierung

10 Vgl. Friedhelm Brusniak: Nationalreligiosität in der Sängerbewegung des 19. Jahrhunderts: Das 5. Liederfest des Thüringer Sängerbundes in Eisenach 1847. In: Musikgeschichte zwischen Ost- und Westeuropa, Bd. 7: Kirchenmusik – geistliche Musik – religiöse Musik. Hrsg. von Helmut Loos und Klaus-Peter Koch, Sinzig 2002, S. 83-98.

11 Erinnerungen an das Fünfte Liederfest des Thüringer Sängerbundes zu Eisenach. Eine vollständige Festbeschreibung mit sämtlich gehaltenen Reden, Arnstadt 1847, S. 67.

12 Hahn (wie Anm. 8), S. 214.

13 Ebenda.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der deutschen Liberalen eingegangen werden.[14] Hier interessieren vielmehr die örtlich-konkreten Zusammenhänge. Am 17. Juli 1859 trafen sich also in Eisenach »Männer der demokratischen Partei«.[15] Trotz eingehender Recherchen war es nicht möglich, den Ort, an dem sie sich trafen, exakt zu verifizieren. Aus den in der Zeitung veröffentlichten Fremdenlisten ist ersichtlich, dass zwei Teilnehmer der Zusammenkunft, der Oberappelationsgerichtsrat Gottlieb Christian Schüler sowie der Advokat Bernhard Jäger aus Hirschberg im Hotel »Rautenkranz« abgestiegen waren, zwei andere Teilnehmer, nämlich Wilhelm Schaffrath aus Dresden und Lucius aus Braunschweig, im »Halben Mond«. Die Namen der anderen Unterzeichner der Eisenacher Erklärung fanden sich in den Fremdenlisten nicht. Insofern lässt sich ein Tagungsort nicht bestimmen.

Auch die zeitgenössische Eisenacher Presse, die einen Bericht über die Zusammenkunft brachte, nicht aber die veröffentlichte Erklärung[16], schweigt im Hinblick auf den Tagungsort. Auskunft gibt sie auch nicht darüber, ob das Treffen irgendeine Resonanz bei den Stadtbewohnern hervorgerufen hat. Die damaligen politischen Organisationsstrukturen der Stadt dürfen durchaus noch als embryonal bezeichnet werden. Allerdings mangelte es nicht an politischen Köpfen, insbesondere im liberalen und demokratisch gesinnten Bürgertum. Einige von ihnen begleiteten den politischen Konstituierungsprozess des deutschen Bürgertums nachhaltig: Dr. Ferdinand Creuznacher, Jakob Katzenstein, Rechtsanwalt Hermann Hering und Dr. Friedrich Christian Taschner.

Sie gehörten zu den Teilnehmern des zweiten Treffens der Liberalen in Eisenach, das am 14. August 1859 stattfand. Diese waren, wie damals üblich, in den »vornehmen Häusern« der Stadt abgestiegen: Lucius, Heinrich Brockhaus, Franz Duncker und Siegfried Wilhelm Albrecht im »Halben Mond«, Hermann Schulze-Delitzsch im »Rautenkranz« und Julius Frese im »Thüringer Hof«, um nur einige Beispiel zu nennen. Als ursprünglicher Tagungsort war wohl der Gasthof »Goldener Löwe« vorgesehen[17], in dem sich zehn Jahre später die deutsche Sozialdemokratie konstituierte. Warum man schließlich in die Ausflugsgaststätte »Phantasie« auswich, ist nicht bekannt.

Wie auch immer: Die Ausflugsgaststätte »Phantasie« wurde mit der Zusammenkunft und der Verabschiedung der zweiten Eisenacher Erklärung zu

14 Vgl. dazu Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994; Richard Le Mang: Deutscher Nationalverein. Ein Gedenkblatt 1859 bis 1909, Berlin 1909.

15 So die Formulierung in der zeitgenössischen Presse: Eisenacher Kreis-Blatt, Nr. 113, 20. Juli 1859, S. 542.

16 Allerdings findet sich die Erklärung in der Weimarischen Zeitung Nr. 167, 20.7.1859, S. 677 unter der Rubrik »Eingesandt«.

17 So von Unruh an Philipps am 4. August 1859. In: Ludolf Parisius, Leopold Freiherr von Hoverbeck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte, erster Teil, Berlin 1897, S. 162.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

einem Erinnerungsort des deutschen Liberalismus. 1831 hatte der Gastwirt Philipp Schellenträger sein Ausflugslokal eingeweiht, das sich, im romantischen Mariental gelegen, zunehmender Beliebtheit erfreute. Den Charakter eines Tagungsortes hatte es wohl nicht. Aber vielleicht suchten die Teilnehmer der Eisenacher Zusammenkunft gerade die Abgeschiedenheit, die es ermöglichte, auch bei Spaziergängen in der Natur manches Problem zu erörtern. An der zweiten Versammlung »deutscher Vaterlandsfreunde«, wie es in der zeitgenössischen Presse hieß, hatten »einige 30 Männer sowohl von der demokratischen als von der constitutionellen Partei aus verschiedenen Theilen Nord- und Süddeutschlands« teilgenommen.«[18] Die Eisenacher Liberalen waren Creuznacher, Hering, Katzenstein und Taschner.

Dr. Ferdinand Creuznacher (1821-1872) hatte nach dem Schulbesuch in Eisenach an der Universität Jena Jura studiert und sich 1850 als Anwalt in der Wartburgstadt niedergelassen. Erfolglos blieben seine Kandidaturen zum Gemeinderat und zum Reichstag, wohingegen er einige Jahre im Landtag von Sachsen-Weimar-Eisenach gesessen hat. Creuznacher gehörte zu den Mitbegründern des Eisenacher Volksvereins und rückte später als radikaler Demokrat nach »links«. So überrascht es nicht, dass er zehn Jahre nach Gründung des Nationalvereins auch zu den Mitbegründern der deutschen Sozialdemokratie gehörte, als Vorbereiter des Eisenacher Kongresses 1869.

Hermann Hering (1821-1887) wirkte seit 1848 als Amtsadvokat in Eisenach, wo er zwischen 1852 und 1877 Mitglied des Gemeinderates, seit 1860 dessen Vorsitzender gewesen ist. 1867 wurde er in den Landtag von Sachsen-Weimar-Eisenach gewählt.

Jakob Katzenstein (1809-1888) schließlich besuchte wie Creuznacher die Schule in Eisenach und studierte in Jena Jura. Zeitweise war er Mitarbeiter beim hiesigen Amtsadvokaten, dem um die Revolution 1848/49 verdienten Oskar von Wydenbrugk. 1849 war er Präsident des örtlichen Demokratenvereins und 1866 bis 1875 Mitglied des Gemeinderates. Besondere Verdienste erwarb er sich um die Emanzipation der Juden in Sachsen-Weimar-Eisenach im Allgemeinen sowie in der Wartburgstadt im Besonderen.

Dr. med. Christian Friedrich Taschner (1817-1889) wirkte als Armenarzt in Eisenach. Er war 1852 bis 1854 und 1870 bis 1873 Mitglied des hiesigen Gemeinderates und nach deren Gründung politisch aktiv in der Fortschrittspartei.

Der Umstand, dass von den gut 30 Teilnehmern der zweiten Eisenacher Versammlung allein vier aus Eisenach stammten, verdeutlicht die liberale politische Kraft, die seinerzeit von der Wartburgstadt ausstrahlte, und fällt durchaus ins Gewicht, wenn es um die Bestimmung Eisenachs als Erinnerungsort

18 Eisenacher Kreis-Blatt Nr. 128, 16. August 1859, S. 611. Vgl. auch Weimarische Zeitung Nr. 191, 17. August 1859, S. 773.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

des deutschen Liberalismus geht. Wie wichtig die Stadt für die Konstituierung des liberalen Bürgertums gewesen ist, zeigt auch die Tatsache, dass schon am 16. und 17. Oktober 1859 die Ausschussmitglieder des im September in Frankfurt am Main konstituierten Nationalvereins erneut in Eisenach zusammenkamen, »um über seinen künftigen Wohnsitz zu beraten und die weitere Organisation, Kostenverhältnisse etc. festzustellen.«[19] Als Vereinssitz in Betracht gezogen wurden neben Berlin Weimar, Gotha, Eisenach und Coburg. Dass schließlich Coburg den Zuschlag erhielt[20], nachdem die Frankfurter dem Nationalverein Sitz und Statut verweigert hatten, hat damit zu tun, dass der liberale Herzog Ernst II. ihm Schutz und Förderung zusagte.[21]

Dessen ungeachtet blieb die Stadt auch weiterhin bevorzugter Treffpunkt des Nationalvereins und seiner Gremien. So tagten der Ausschuss am 30. Juni und 1. Juli 1860 sowie der Vorstand am 19. Januar 1861 in Eisenach. Zur nächstfolgenden Ausschuss-Sitzung des Vereins am 20. Januar 1861[22] in der Wartburgstadt waren die Gäste »sehr zahlreich« erschienen. Mit Freude konstatierte in der Diskussion der Tischlermeister Schlenstein aus Salzungen, »dass sich das Bewusstsein des Volkes überall auch da, wo der Beitritt zum N.V. noch mißliebig sei, immer mehr kundgebe, dass jede offene und klar ausgesprochene Meinung geachtet werde.«[23] Viel Pathos im Hinblick auf die Liberalisierung der politischen Meinungsäußerung spricht aus diesen Sätzen.

Und noch einmal tagte der Ausschuss des Nationalvereins in Eisenach, wo man am 27. Juli 1862 »die Einberufung der heurigen Generalversammlung auf den ersten Sonntag im Oktober (5.) nach Eisenach beschloss[...].«[24] Tatsächlich war beschlossen worden, dass die Generalversammlung in Coburg und nur dann in Eisenach zusammen kommen solle, wenn hier nicht die Deutsche Abgeordneten-Zusammenkunft stattfindet.[25]

Zwei Jahre später schließlich versammelte die 5. Generalversammlung die Anhänger des Nationalvereins in Eisenach. Warum es mit einer Generalversammlung des Vereins in Eisenach erst im fünften Anlauf klappte, ist nicht ganz klar. Dass von den Eisenacher Liberalen eine starke Zugkraft ausging, bleibt unstrittig. Vielleicht aber war es organisatorisch zunächst einfacher, die Generalversammlungen direkt am Sitz des Vereins, also in Coburg, durchzuführen. Jedenfalls fanden sich die Delegierten am 31. Oktober und 1. Novem-

19 Eisenacher Kreis-Blatt Nr. 165, 19. Oktober 1859, S. 786.
20 Vgl. Der Deutsche Nationalverein 1859-1867. Vorstands- und Ausschussprotokolle, bearb. von Andreas Biefang, Düsseldorf 1995, S. 4.
21 Vgl. Biefang (wie Anm. 14), S. 78.
22 Vgl. Der Deutsche Nationalverein (wie Anm. 20), S. 60ff, S. 76 ff.
23 Eisenacher Kreisblatt Nr. 14, 23. Januar 1861, S. 58.
24 Ebenda Nr. 119, 30. Juli 1862, S. 590.
25 Vgl. Der Deutsche Nationalverein (wie Anm. 20) S. 192. Ein Bericht über die Versammlung in Coburg findet sich im Eisenacher Kreis-Blatt, Nr. 160, 10. Oktober 1862.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ber 1864 in der Wartburgstadt ein. Ihr Haupttagungslokal war die so genannte »Erholung«. Das Gebäude an der damaligen Wartburgchaussee, jene Straße, die Eisenach gen Süden verlässt, war 1836 durch den Bürgerverein »Erholung« als Domizil errichtet worden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts etablierte sich der Bau auch als beliebter Tagungsort. So fand zu Pfingsten 1848 eine große Studentenversammlung hier statt; im gleichen Jahr tagte die Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung hier. Und 1864 schließlich berieten die Delegierten der Generalversammlung des Nationalvereins an diesem Ort. Doch gibt es heute diesen Erinnerungsort nicht mehr. Die »Erholung« wurde im Zuge notwendiger Straßenbauarbeiten 1940 abgebrochen.

Im Umfeld der Generalversammlung kam auch der Ausschuss des Nationalvereins in Eisenach zusammen. Man tagte hier am 28., 29. und 30. Oktober sowie am 1. und 2. November. Doch war man nicht im Stande, alle anstehenden Probleme zu lösen, weshalb der Vorstand noch einmal nach Eisenach einberufen wurde und zwar am 20. und 21. November des Jahres. Hier nun fiel auch die Entscheidung, dass die Redaktion der vom Nationalverein geplanten Wochenschrift in Coburg, also am Sitz des Vereins, angesiedelt sein soll. Wiederum war Eisenach hier nicht im Gespräch.[26]

Im Übrigen war auch der seit 1863 in Eisenach ansässige Dichter Fritz Reuter ein Anhänger der Ideen des Nationalvereins. »Besonders freute es ihn, wenn bei den Eisenacher Hauptversammlungen des Nationalvereins, ..., die besten Männer des politischen Deutschlands zu ihm kamen. Seinem alten verehrten Lehrer Gesellius in Parchim berichtete er am 12. November 1864: ‚Unsere königliche Hoheit, der Großherzog von Weimar hat mich, ohne dass ich mich vorher präsentiert hatte, zum Diner auf die Wartburg geladen, und ich habe dort unter den Großen dieser Welt einen vergnügten Abend verlebt ... Wohl ist mir aber vor allem, wenn mich Leute wie Rudolf von Benningsen, Schulze-Delitzsch, Miquel, der alte Vater Wachsmuth ... und meine Landsleute hier besuchen und wir sitzen zusammen und reden ein freies Wort. Mein Haus gleicht zuweilen einem Gasthause, wo fröhliche und ernste Männer frei miteinander verkehren.'«[27]

Auch nach der Auflösung des Nationalvereins blieben die liberalen Ideen des Eisenacher Bürgertums virulent. So wie in der Entstehungsphase des Nationalvereins das Liberale vom Nationalen überlagert wurde, spielte bei der politischen Konstituierung des örtlichen Bürgertums der von »links« stärker werdende Druck eine wesentliche Rolle. 1869 war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) in Eisenach gegründet worden. Nicht nur in der Stadt, auch im hiesigen Umland brachte dies das politisch interessierte Bürgertum in Wallung. Während etwa, wie bereits erwähnt, Ferdinand Creuznacher seine

26 Vgl. ebenda, S. 302ff.
27 Wilhelm Greiner: Fritz Reuters Eisenacher Zeit, Eisenach 1924, S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

demokratischen Intentionen besser in der Arbeiterbewegung vertreten sah, konstituierte Hermann Hering die Eisenacher Liberalen neu. »Zur Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen«, was eindeutig auf die Sozialdemokratie abzielte, fanden sich 1874 die Eisenacher Nationalliberalen zusammen. Die Gründung des so genannten »Reichsvereins« in der städtischen Turnhalle[28] versammelte 250 Interessierte; insgesamt 460 Personen unterzeichneten während der Gründungsphase die Statuten.

Der in den 1880er Jahren einsetzende liberale Umgruppierungsprozess ging auch an den Eisenachern nicht spurlos vorüber. Im März 1882 bildete sich hier eine links vom hiesigen (nationalliberalen) Reichsverein stehende parteipolitische Interessenvertretung, offenbar als »verspätete« Reaktion auf die Abspaltung der Liberalen Vereinigung auf Reichsebene im Jahr 1880.[29] Im Mai 1884 konstituierten sie sich, den Entscheidungen auf Reichsebene folgend, als Deutsche Freisinnige Partei.[30] Führender Kopf war der Redakteur und spätere Herausgeber der Eisenacher Tagespost Philipp Kühner. Als er die Redaktion der Zeitung übernahm, veröffentlichte er einen Aufruf, in dem er sein Bestreben zum Ausdruck brachte, die »Gesamt-liberale Partei durch Versöhnung der Gegensätze zwischen den einzelnen Fraktionen stärken« zu wollen. Er versprach eine »entschieden freisinnige ... Gestaltung« des Blattes.[31] Die von ihm jahrzehntelang herausgegebene Eisenacher Tagespost bescheinigte sich in der Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen, seit 1883 »für das irgendmögliche Zusammenwirken aller freiheitlich bürgerlichen Elemente« eingetreten zu sein und sich »im Interesse des freiheitlichen politischen Ausbaus des Reiches und des sozialen Fortschrittes« eingesetzt zu habe.[32]

Älter aber noch war das Blatt der Nationalliberalen Eisenachs, die Eisenacher Zeitung. Aus dem 1867 von Heinrich Kahle gegründeten Eisenacher Tageblatt hervorgegangen, fühlte sie sich von Beginn an den Ideen der Nationalliberale Partei verpflichtet, die fast zeitgleich entstanden war. »So darf unsere Zeitung wohl als ein Ausdruck jener geistig und politisch so reich bewegten Zeit angesprochen werden, in dem die gleichstrebenden Eisenacher Vaterlandsfreunde ihr öffentliches Organ gewannen. In diesem vaterländischen Geist hat dann die ‚Eisenacher Zeitung' durch fünf Jahrzehnte stets ihre schönste Bestätigung gesucht, ihr höchste Ziel gefunden«, schrieb der lang-

28 Das Gebäude befand sich auf dem heutigen Theaterplatz. Es steht heute nicht mehr.
29 Laut Eisenacher Zeitung vom 22. März 1892 feierte man im »Mohren« sein zehnjähriges Bestehen.
30 Die Eisenacher Tagespost vom 4. Mai 1884 verkündete »die definitive Constituierung« auf der örtlichen Generalversammlung tags zuvor.
31 Philipp Kühner. Buch- und Kunstdruckerei. Verlag der Eisenacher Tagespost, Eisenach 1880-1905. Erinnerungsblatt, Eisenach 1905, S. 2.
32 Ebenda, S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

jährige Redakteur Paul Friedrich Schröder im Erinnerungsblatt zum 50jährigen Bestehen der Eisenacher Zeitung am 1. Juli 1917.
Beide Blätter, die sich im Lauf der Jahrzehnte zahlreiche politische Scharmützel lieferten, dürfen bei genauer Betrachtung, gerade weil sie die Vielschichtigkeit des liberalen Denkens jener Jahrzehnte eindrucksvoll dokumentieren, als Symbolorte des Thüringer Liberalismus betrachtet werden.
Nachdem sich im März 1882 eine linksliberale Neukonstituierung abgezeichnet hatte, beschloss am 16. März 1883 die Generalversammlung des hiesigen (nationalliberalen) Reichsvereins bei »geringer Beteiligung« seine Umwandlung in einen *liberalen* Reichsverein. Es war dies nicht nur ein Wortspiel. Vormals einzige liberale Organisation am Ort reichte die bloße Bezeichnung »Reichsverein«, um das politische Programm auszudrücken. Nun aber beanspruchte eine zweite Gruppierung einen Teil des liberalen Freiraumes für sich. Um nun »alte Ansprüche« geltend zu machen, kam der Reichsverein nicht umhin, neben dem Nationalen auch das Liberale in seinem Namen zu verankern. Als sich ein Jahr später reichsweit aus der Liberalen Vereinigung und der 1861 konstituierten Fortschrittspartei die Deutsche Freisinnige Partei herausbildete, sah sich auch der örtliche Liberale Reichsverein zum Handeln genötigt. Die Frage, der man sich auf der Versammlung in der »Erholung« stellen musste, lautete: Sollte man sich angesichts der neue Situation als Verein auflösen, oder war dessen Fortbestand zu sichern? Die Mehrheit plädierte für das Weiterbestehen unter Annahme des Namens Nationalliberaler Reichsverein und lehnte damit ein Zusammengehen mit der Deutschen Freisinnigen Partei ab.
Bis 1905 hatten die örtlichen Liberalen, sowohl die »Nationalen« wie auch die »Fortschrittlichen« bzw. »Freisinnigen«, ihren Wahlkreis »fest im Griff«. In schöner Regelmäßigkeit wechselten sie sich bei der Wahrnehmung des Reichstagsmandates ab, ehe 1905 ein Antisemit gewählt wurde.[33] Einer der führenden Köpfe der hiesigen Nationalliberalen war seit den 1880er Jahren Rudolf Flex, Gymnasiallehrer und Vater des 1917 gefallenen Weltkriegsdichters Walter Flex. Auch ihm war das Nationale stets wichtiger als das Liberale. Seinen Aktivitäten ist es maßgeblich zu verdanken, dass 1902 mit dem Burschenschaftsdenkmal ein Symbolort geschaffen wurde, der bis heute von ambivalenter Bedeutung ist. Markig beschrieb Dr. Heyk-Halensee bei der festlichen Weihe des Monumentes dessen Sinngehalt: »Hiermit ist die Summe jenes Tages von 1817 umschrieben – das V a t e r l a n d! Alles andere nebenher und hinterher.«[34] Zwar beschwor er abschließend noch pathetisch Freiheit, Ehre und Vaterland. Doch meinte hier Freiheit wohl nicht die Freiheit

33 Vgl. Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse-Ergebnisse-Kandidaten. 2 Bde., Düsseldorf 2007, S. 1386ff.
34 Die Weihe des deutschen Burschenschafts-Denkmals zu Eisenach am 22. Mai 1902. Das Burschenschaftliche Wartburgfest am 23. Mai 1902, Eisenach 1902, S. 31.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

des Einzelnen im ursprünglich liberalen Sinne, sondern allenfalls Freiheit des Deutschtums in der Welt.

Ein zweites Denkmal, dem ein gewisser Symbolgehalt in Bezug auf liberale Traditionen innewohnt, wurde 1909 feierlich enthüllt: ein Standbild des verehrten Landesfürsten Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach. Zu sehen ist ein Mann, der bewusst auf die Insignien seiner feudal privilegierten Macht und auf die Symbolik militärischer Stärke verzichtet. Bekleidet mit einem einfachen Bürgerrock blickt eine nachdenkliche Gestalt vom Sockel. Die schlichte bürgerliche Attitüde ist kein Zufall. Bei allen Abstrichen, die man in dieser Beziehung insbesondere am älter werdenden Fürsten machen muss, gilt er doch sowohl in politischer wie auch künstlerisch-kultureller Beziehung als ein liberaler Herrscher. Und er setzte damit gewissermaßen das fort, was sein Großvater begonnen hatte.

Denn der erste Weimarische Großherzog Carl August hatte dem liberalen politischen Denken in seinem Land das Tor geöffnet. Nach dem Wiener Kongress führte er »als einziger bedeutender Landesfürst Landtag und Verfassung ein […], worin u.a. Meinungs- und Pressefreiheit verankert waren.«[35] Es war dies ein »beispielloser Schritt eines Souveräns, den die freiheitlich und vaterländisch gesonnenen Burschenschafter in ihrem Wartburgfest 1817 besonders hoch zu würdigen wussten.«[36] Somit dürfen die Wartburg und das Denkmal zu Ehren Carl Alexanders als frühe Eisenacher Symbolorte des Liberalismus gelten. Allerdings sind wohl die Zeitgenossen von einer anderen Intention ausgegangen. Sie wollten »dem n a t i o n a l g e s i n n t e n, ersten deutschen Fürsten«, einem »treuen Bekenner des Evangeliums«, dem Förderer der Wartburg, von »dem zu wiederholten Malen d e u t s c h e r Geist und n a t i o n a l e r Gedanke ausstrahlte«, huldigen.[37]

Sowohl die Thüringer Liberalen als auch jene, die im gesamten Deutschen Reich agierten, wurden sich im Lauf der Jahrzehnte nach Gründung des Nationalvereins durchaus bewusst, dass Eisenach und der deutsche Liberalismus recht eng miteinander verknüpft waren. Dies zeigte sich in ihrer wiederkehrenden Präsenz bei Festveranstaltungen und Parteitagen. Am 17. und 18. Oktober 1891 versammelte ein Delegiertentag die Thüringer Nationalliberalen in Eisenach. Ihr Tagungsort war das »Tivoli« in der Schmelzerstraße 16. Einst Posthalterei, öffnete es als »Tivoli« 1874 seine Pforten. Bis zu seinem Abbruch in den 1990er-Jahren aber bot es mit seinem großen Saal zahlreichen politischen Veranstaltungen ein Dach. Den Hauptvortrag auf dem Parteitag

35 Jutta Krauß: Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach zum 175. Geburtstag. Sein Verhältnis zu Politik und Kunst. In: Wartburg Jahrbuch 1993, hrsg. von der Wartburg-Stiftung, Leipzig o.J. (1993), S. 11 ff, hier S. 14.

36 Ebenda.

37 Begründung des Denkmalvereins für die Errichtung des Carl-Alexander-Denkmals in einem Schreiben vom 23. Februar 1901 an den Staatsminister Rothe. In: Stadtarchiv Eisenach (im Folgenden: StadtAE), Bestand 31.2 Nr. 241. (Hvhbg. von mir –R.B.)

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Nationalliberalen hielt der Reichstagsabgeordnete Osann aus Darmstadt. Und wieder apellierte er an das Nationalgefühl der Anwesenden: »Das höchste Ziel der Partei sei das Wohl des Vaterlandes ... wir arbeiten nicht für eine einzelne Klasse und diese oder jene Einzelinteressen ...«.[38]
Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Äußerung des die Gäste begrüßenden Eisenacher Gymnasialprofessors Ulrich Stechele: »Die Stellung des Einzelnen zum Judentum sei etwas rein persönliches, aber eine religiöse Frage als Grundstein einer politischen Parteibildung zu erklären, sei ein Unding.«[39]
Der auch in Eisenach latente Antisemitismus, der mit dem Emanzipationsprozess der jüdischen Gemeinde in der Wartburgstadt einher ging, führte zu einem Erstarken der antisemitischen Partei, die schließlich, wie erwähnt, 1905 den Liberalen das hiesige Reichstagsmandat abrang. Dass sich aber Stechele namens seiner Partei für Toleranz und Freiheit in Glaubensfragen aussprach, hatte hier Tradition.
Im Zuge ihrer Emanzipation hatten die Eisenacher Juden damit begonnen, sich auch allgemeinpolitisch zu artikulieren. In zwei Bereichen hinterließen sie schon früh Spuren: in der Parteipolitik, die noch in »den Kinderschuhen« steckte, und in der Wirtschaftspolitik. Der bereits genannte Jakob Katzenstein trat politisch schon 1849 als Vorsitzender des Eisenacher Demokratenvereins in Erscheinung. Der Rabbiner Dr. Mendel Heß sprach als Mitglied des Volksvereins 1849 im Gesellschaftshaus »Erholung« aus Anlass der Einführung der Grundrechte, wobei er »mit großen Zügen das Streben unserer demokratischen Zeit charakterisierte.«[40] Mit Julius Löwenheim, zunächst Lehrer an der Israelitischen Schule in Lengsfeld, seit 1871 freier Mitarbeiter und seit 1874 schließlich fest angestellter Redakteur der Eisenacher Zeitung, gehörte ein zweiter Jude zum Vorstand des Demokratenvereins.
Auch wirtschaftspolitischen Fragestellungen wandten sich die Eisenacher Juden schon früh zu. So sprachen der Rabbiner Dr. Heß, der spätere Religionslehrer Jakob Heidungsfeld oder der Redakteur Julius Löwenheim im Gewerbeverein. Dabei erwiesen sie sich als Befürworter einer liberalen, an den Bedingungen eines freien Marktes orientierten Wirtschaftspolitik. So bezeichnete Heß bei seinem Vortrag am 20. Januar 1863 über die Grundsätze der Gewerbefreiheit die »Furcht vor der Macht und Herrschaft des Geldes als einen von der Volkswirtschaft längst überwundenen Standpunkt, denn ohne Kapital könne auch der Gewerbemann nicht bestehen und dieser beschaffe die Arbeit des Volkes und fördere den allgemeinen Wohlstand [...]«[41] Er erhielt Beifall für seine Feststellung, dass »das ursprüngliche, ureigenste Handwer-

38 Eisenacher Zeitung, 20. Oktober 1891.
39 Ebenda.
40 Volksvereins-Blatt aus Jena, 15. Februar 1849, S. 31.
41 Gewerbeverein Protokolle 1860-1865, StadtAE, Bestand 31.2 Nr. 151, S. 110 RS.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

kerrecht« die »freie Betätigung der von Gott gegebenen Kraft«, die »Freiheit, arbeiten zu dürfen, wie und wo man will«, sei.
Neben den hier deutlich artikulierten wirtschaftsliberalen Auffassungen, denen sich auch Jakob Heidungsfeld, der 1873 im Gewerbeverein sprach, anschloss, als er feststellte, dass der »Gewerbestand [...] lange eingeengt (wurde) in den Fesseln alter überlebter Zunftformen« und der den verlorenen Boden nur dadurch zurückgewinnen könne, »dass der Geist der freien Association über das Vorurteil der Herrschaft«[42] die Oberhand gewinne, scheinen sich die wieder in Eisenach Fuß fassenden Juden auch politisch dem Liberalismus verbunden gefühlt zu haben. So bezeichnete Dr. Heß die Konzessionierung im Bereich der Wirtschaft als »Eingriff [...] in das Prinzip der Gewerbefreiheit«; es sei »noch ärger als der Zunftzwang«. Als besonders bedenklich empfand er die Konzessionierung des Pressegewerbes, »weil auf dem ungehinderten Gebrauch der Presse, die ja das freie Urteil der intelligenten Bevölkerung über die Handlungen der Regierung enthält, die Wohlfahrt des Staates beruhe.«[43]
Auf liberalen Grundlagen begannen sie sich in den konstitutiven Gemeindegremien zu engagieren. Das erste jüdische Gemeinderatsmitglied war der Rechtsanwalt Katzenstein. Über seinen parteipolitischen Standort hieß es in einem Nachruf: »Seine politische Gesinnungstreue bekundete sich hier besonders auch darin, dass er bis an sein Lebensende dem hiesigen Nationalliberalen Reichsverein von dessen Begründung an als Mitglied angehört hat.« Seit Juni 1866 saß er im Gemeinderat, zu dessen Vorsitzenden er nach wenigen Wochen gewählt wurde. Über die kommunalpolitischen Aktivitäten Katzensteins ist im Einzelnen wenig bekannt, doch dürften sie nicht unerheblich gewesen sein, wie dem Nachruf zu entnehmen ist: »Welch eine ehrenvolle Stellung der verewigte Katzenstein bei seinen Mitbürgern eingenommen, das bekundete sich auch in wahrhaft erhebender Weise bei seiner am 13. d. M. erfolgten Beerdigung. Eine sehr zahlreiche und hochansehnliche Versammlung hatte sich zum letzten Geleite eingefunden; alle Staatsbehörden waren durch ihre Chefs und viele ihrer Mitglieder, die Anwaltschaft vollzählig, die Stadtvertretung sehr zahlreich, ebenso die sonstigen bürgerlichen Berufskreise vertreten.« Der Nachruf attestierte ihm gewiss nicht aus Gründen politischer Pietät »deutsch-patriotische Gesinnung«, »Charakterstärke und lautere ... Ehrenhaftigkeit« sowie ein »redliches, gewissenhaftes, menschenfreundliches Streben und Walten in seinem Berufs- und bürgerlichen Leben.«[44]

42 Gewerbeverein Protokolle 1865-1875, ebenda Nr. 152, S. 205.
43 Gewerbeverein Protokolle 1860-1865 (wie Anm. 41), S. 51.
44 Eisenacher Zeitung, 16. Januar 1888.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Emanzipation der Eisenacher Juden und die Konstituierung des örtlichen Liberalismus sind untrennbar miteinander verbunden. Und es ist ein Verdienst der hiesigen Liberalen, mit ihren Vorstellungen von Freiheit des Denkens und Glaubens den Eisenacher Juden den Weg in die Bürgergesellschaft geebnet zu haben. Diesen Grundsatz verteidigten sie gegen immer weiter lebende Vorurteile, was man durchaus zu den Aktiva des liberalen Erinnerungsortes Eisenach zählen kann.

Die Spaltung der Liberalen hatte zur Folge, dass nunmehr mehrere Parteien Eisenach für sich als Erinnerungsort beanspruchten. »Platzhirsche« waren freilich die Nationalliberalen, die ihren Anspruch mit einem Jubelfest aus Anlass des 25jährigen Gründungsjubiläums vom 21. bis 23. Mai 1892 in Eisenach deutlich machten. »So spielten auch unsere Stadt und einige ihrer besten Bürger eine Rolle mit bei der Gründung des Nationalvereins und der so nötigen Festigung des deutschen Nationalgefühls. Und deshalb auch wurde gerade Eisenach auserwählt zum Festakt für das 25jährige Jubiläum der nationalliberalen Partei, deren Vorläufer ja der Deutsche Nationalverein war.«[45] Einer Vorfeier am historischen Ort, der »Phantasie«, wo man eine vom örtlichen Reichsverein finanzierte, noch heute vorhandene, Gedenktafel weihte[46], folgten der Begrüßungsabend im »Tivoli« und ein allgemeines Parteifest in der Milchkammer, dem Festplatz, nahe der »Phantasie« sowie ein Festmal in der »Clemda« am darauf folgenden Tag. Die »Clemda« war, ähnlich wie die »Erholung« das Vereinshaus einer Gesellschaft, eines Bürgervereins dieses Namens, der sich aus »Klemme« ableitet, der Bezeichnung einer im Mittelalter hier befindlichen »Zwingburg«. Wie die »Erholung« zog auch sie, gelegen an der heutigen Helenenstraße, immer wieder Tagungsgäste an, ehe sie 1958 wegen Baufälligkeit abgerissen wurde. Insgesamt 2400 Festkarten waren im Vorfeld für die Jubel-Feier ausgegeben worden, die erkennen lässt, dass die Liberalen in der Wartburgstadt einen zentralen Erinnerungsort sahen.

Da vermochte die »Konkurrenz« nicht mitzuhalten. Regelmäßig berichtete die linksliberale Eisenacher Tagespost im Vorfeld des Parteitages der Freisinnigen Volkspartei am 22. und 23. September 1894 über den Stand der Anmeldungen: 375 hatte man am Schluss erreicht. Für die kurze Geschichte der Freisinnigen Volkspartei war der Parteitag jedoch von zentraler Bedeutung, beschloss man doch hier das letzte linksliberale Programm vor dem Ersten Weltkrieg. Ein Zeichen wollte man mit dem Eisenacher Parteitag setzen in dem Sinne, »dass der entschiedenen Liberalismus noch nicht tot sei.« Und der Ort der Zusammenkunft war mit Bedacht gewählt, bezog er sich doch auf die gleichen Symbole, wie der der Nationalliberalen zwei Jahre zuvor: »Möchte

45 Eisenach Zeitung, 22. Mai 1892.

46 Aus den zeitgenössischen Quellen ist der Versammlungsort des Jahres 1859 nicht zu ersehen. Insofern ist bis jetzt die Bezugnahme auf die »Phantasie« bei der 25jährigen Gründungsfeier der früheste Beleg für den Tagungsort »Phantasie«.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

es uns gelingen, hier am Fuße der Wartburg eine Warte zu gründen für das freisinnige deutsche Bürgertum und eine Burg der Freiheit.«[47] Wohl eher aus pragmatischen Gründen wählte man das gleiche Tagungslokal wie die Nationalliberalen, nämlich die »Erholung«.

Hatte schon der Parteitag der Nationalliberalen 1892 in Eisenach sehr bewusst an alten lokale Traditionen angeknüpft, so wurde dies bei der Zusammenkunft 1902 noch deutlicher. Im Vorfeld des allgemeinen Delegiertentages vom 11. bis 13. Oktober verkündete die Eisenacher Zeitung schon fast ein wenig trotzig: »Die schon so oft totgesagte nationalliberale Partei hat sich in unserer Stadt zu einer Heerschau versammelt.«[48] Tagungsorte waren das soeben eröffnete, von den grandiosen Kurbadplänen Eisenachs nach Baden-Badener Vorbild zeugende Hotel »Fürstenhof« und, wie schon viele Male zuvor, die »Erholung«. Dicht gefüllt sei der Saal bei der ersten ordentlichen Versammlung des Parteitages am 12. Oktober gewesen, kündete die Zeitung. Am Abend zuvor hatte der Kopf der Eisenacher Nationalliberalen, Prof. Rudolf Flex, die Delegierten begrüßt. Die Frage des Zentralvorstandes, ob man einen Delegiertentag in Eisenach durchführen könne, so Flex, »konnte der Vorstand des Reichsvereins ... nur aus vollstem Herzen bejahen.« Warum das so war, gab er in den folgenden Ausführungen zu erkennen. Zunächst beschwor er die Tradition Eisenachs als Tagungsort und verwies darauf, dass der ja »mitten im Herzen unseres geliebten Deutschlands« läge. Die Ausführungen gipfelten in den Sätzen: »Ist doch unser geliebtes Eisenach mit der Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen und der nationalliberalen Partei aufs innigste verbunden. Von unserer Wartburg, ..., sind zu wiederholten Malen große nationale und zugleich liberale Bewegungen ausgegangen.« Luthers Reformation habe ein »freieres Geistesleben angebahnt.« Und das Wartburgfest 1817 habe Männer »in edler Begeisterung für deutsche Freiheit und deutsche Einheit« versammelt.[49] Deutlicher wurde die liberale Tradition Eisenachs und der Wartburg nie artikuliert.

In Anbetracht dieser Euphorie verwundert es auch nicht, dass man das 50jährige Gründungsjubiläum des Deutschen Nationalvereins 1909 in Eisenach beging. Wie eng nationale und lokale Traditionen unter der Wartburg miteinander verknüpft waren, zeigt die Tatsache, dass zur gleichen Zeit, nämlich vom 16. bis 18. Oktober 1909, der Reichsverein, quasi die regionale Eisenach Ortsgruppe der NLP, ihr 25jähriges Stiftungsfest feierte. Der lokalen Stärke wie auch der überregionalen Ausstrahlung der Eisenacher ist es wohl zu verdanken, dass sich die deutschen Nationalliberalen immer wieder ihres Eisen-

47 Eisenacher Tagespost, 23. Mai 1894. Vgl. die ausführliche Berichterstattung, die auch das Programm enthält, in der Eisenacher Tagespost, Ausgaben vom 21., 22., 23., 25. und 26. September 1894.
48 Eisenacher Zeitung, 14. Dezember 1902.
49 Eisenacher Zeitung, 12. Oktober 1902.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

acher Erinnerungsortes bewusst wurden. »Im Buch der Geschichte der nationalliberalen Partei steht der Name Eisenach mit goldenen Lettern geschrieben«[50], pries die aus diesem Anlass herausgegebene Festschrift die Wartburgstadt. Es habe schon »seinen guten Sinn, dass man in Eisenach zusammenkommt, um sich zu erinnern, wie mühselig die Idee der deutschen Einheit aufkeimte ...«[51] Auch wenn sich der Nationalverein schon bald wieder aufgelöst habe, ohne sein Ziel erreicht zu haben, so war sein Wirken doch nicht vergebens, hat er doch »in der muffigen Atmosphäre der Kleinstaaterei«, da »nur noch ein bedrückendes, ängstlich um Erwerb und Gedeih besorgtes Spießbürgertum zu gedeihen schien, die Gemüter wieder aufgerichtet.«[52] Der Preis, den das Bürgertum für diese Art Stärkung seines Selbstwertgefühls zahlte, war allerdings nicht gering. Immer wieder stellten gerade die Nationalliberalen das Nationale über das Liberale, was der Festredner, der Reichstagsabgeordnete Johannes Hieber, in seinen Ausführungen unterstrich: »Der liberale Gedanke kann in Deutschland nur kräftig sein, solange und soweit er dem nationalen sich paart.«[53]
Die Gedenkfeier war der letzte Höhepunkt liberaler Parteigeschichte in Eisenach für viele Jahrzehnte. Der Vertretertag von Thüringens Nationalliberalen am 2. und 3. September 1916 widmete sich nicht mehr grundsätzlichen, sondern aktuellen Fragen der Kriegspolitik, wobei der Höhepunkt »eine großzügige politische Rede«[54] des Reichstagsabgeordneten Gustav Stresemann gewesen ist.

III. *Der politische Selbstbehauptungswillen der Eisenacher Liberalen nach 1945*

Die Gemeinderatswahlen des Jahres 1946 endeten in Eisenach mit einem Paukenschlag. Nicht die durch »aggressiven« Wahlkampf hervorgetretene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) errang die meisten Stimmen, sondern die Liberaldemokratische Partei (LDP). Sie war aus der bereits im Juli 1945 hervorgetretenen Demokratischen Partei hervorgegangen und vereinigte in ihren Reihen Persönlichkeiten, die durch ihr demokratisches Wirken bereits aus der Zeit der Weimarer Republik den Eisenachern bekannt waren. Hier ist in erster Linie Fritz Kühner zu nennen. 1872 in Frankfurt am Main geboren, kam er 1904 als Lehrer nach Eisenach und erwarb sich Verdienste beim Aus-

50 Gedenkfeier an die vor 50 Jahren erfolgte Gründung des deutschen Nationalvereins, veranstaltet vom Nationalliberalen Reichsverein zu Eisenach, am 16. bis 18. Oktober 1909. Sonderabdruck aus der Eisenacher Zeitung, S. 5.
51 Ebenda, S. 7.
52 Ebenda, S. 8.
53 Ebenda, S. 40.
54 Eisenacher Zeitung, 4. September 1916.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bau des hiesigen Realreformgymnasiums, der späteren Ernst-Abbe-Oberschule. Er gehörte hier zu den Mitbegründern der Deutschen Staatspartei (DDP) und wurde ob seiner demokratischen Einstellungen 1934 vom Dienst suspendiert. Zu nennen ist der Verlagsdirektor Hans Apel, der seine demokratische Prägung gewiss auch im Hause Kühner, hier sind die Herausgeber der Eisenacher Tagespost Philipp und Felix Kühner gemeint, erhielt. Denn Apel leitete seit 1930 deren Verlag, der schon lange ein Grundpfeiler demokratischer und liberaler Meinungsbildung in Eisenach gewesen war.

Der Versuch eines demokratischen Neuanfangs war die Wahl der Gemeindevertreter am 8. September 1946 allemal, auch in Eisenach. Zwar stand auch sie unter dem Diktat der SMAD, doch ermöglichte sie noch eine weitgehend freie politische Willensbildung. In der Wartburgstadt brachte sie bei einer Wahlbeteiligung von fast 90 Prozent der CDU 11, der SED 18 und der LDP 21 Sitze im Stadtparlament. Gemäß SMAD-Anordnung Nr. 1868 durfte die stärkste Fraktion den Oberbürgermeister stellen. Werner Fischer (LDP) trat am 4. Oktober 1946 sein schweres Amt an.

Die folgenden Jahre sind geprägt von permanenter kommunalpolitischer Auseinandersetzung. Sie zeigen einerseits den starken Willen, insbesondere der LDP, an alte demokratische Werte anzuknüpfen, andererseits lassen sie erkennen, in welcher Weise und mit welchem Mittel dieser Wille mehr und mehr unterminiert wurde, und wie er langsam erlosch. Dabei, so scheint es, wehrten sich die Eisenacher Liberalen länger gegen ihre Majorisierung durch die SED, als es die Landes-LDP getan hat.

Das wichtigste Mittel der »Majorisierung« war der so genannte »Demokratische Block«. Neben der Gemeindevertretung gab es ein »Schattenkabinett«, das immer mehr die lokale Politik dominierte, gewissermaßen die Entscheidungen des gewählten Gremiums »vorbereitete«. Wenige Wochen nach Kriegsende hatte sich der »Block der antifaschistischen Parteien« konstituiert. Hier liegen die Wurzeln der »Blockpolitik«, die ab 1950 auch offiziell an die Stelle demokratischer, durch Wahlen legitimierter Lokalpolitik trat. Von dem an sich richtigen Ansatz ausgehend, dass die überstandene Katastrophe des Krieges alle gutwilligen Deutschen dazu verpflichte, gemeinsam und *mit einer Stimme* künftig Derartiges zu verhindern, entwickelte sich der Block aber bald zu einem Organ, das es der SED ermöglichte, »für sie ungünstige Mehrheitsverhältnisse politisch zu neutralisieren.«[55] Anders ausgedrückt entwickelte sich der Block »unter Führung der Vertreter der Parteien der Arbeiterklasse zum wichtigsten Instrument der einheitlichen Willensbildung …«.[56]

55 Erhard Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997, S. 43.
56 Günter Wenzel: Eisenach 1945-1952. Die Herausbildung neuer örtlicher Machtorgane in der Wartburgstadt Eisenach, Eisenach 1989, S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch im Block offenbarten sich immer mehr die fundamentalen Unterschiede in der Politikauffassung zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der SED und den mit ihnen eng verbundenen anderen Parteien und Massenorganisationen andererseits. Es war bemerkenswert, dass sich LDP und CDU in der Frage der Wahl der Ausschüsse nach anfänglichen Schwierigkeiten durchzusetzen vermochten. Während die SED im Interesse einer »breiten Volkssouveränität« die Mitwirkung von Vertretern der Massenorganisationen in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung anstrebte, beharrten LDP und CDU darauf, dass nur gewählte Abgeordnete in den Ausschüssen mitwirken dürften. Und tatsächlich wurden im Mai 1947 alle Ausschüsse der Eisenacher Stadtverordnetenversammlung gemäß § 20 der Gemeindeordnung entsprechend der Stärke der Parteien umgebildet: 5 Sitze für die LDP, 4 für die SED und 3 für die CDU. Allerdings währte die Freude darüber nur kurz. Im Februar 1950 ordnete eine Rundverfügung des Ministeriums des Innern die »stimmberechtigte Mitwirkung aller mitarbeitenden Bürger« in den Ausschüssen an. Damit war das ursprüngliche Wahlergebnis vom Herbst 1946 faktisch konterkariert worden.

Deutlich zeigte sich die zunehmende Frustration über die Aussichtslosigkeit des Kampfes in der Fraktion der LDP im Eisenacher Gemeinderat. Sie verlor einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder, die der Fraktion den Rücken kehrten. Von den insgesamt zwischen 1946 und 1950 amtierenden 35 liberalen Stadträten gingen nach 1950 neun illegal nach Westdeutschland, also etwa ein Viertel. Vor allem aber die »Einheitswahlen« im September 1950 brachten für viele das Fass zum Überlaufen: Sie zogen sich dauerhaft aus der Politik zurück. Dennoch besetzte die LDP die ihr auf der Einheitsliste zustehenden sieben Mandate. Und es überrascht, dass es ihr gelang, noch einmal politische Initiative zu entfalten. »In dieser Periode gab es aber Bestrebungen zur wieder stärkeren Profilierung der LDPD in der Gemeindevertretung«,[57] attestierte Jahrzehnte später der seinerzeit amtierende stellvertretende Bürgermeister Günter Wenzel (SED) seinem politischen Gegner.

Allerdings hatte dieser Versuch einer Profilierung keine Aussicht auf Erfolg, wie das Schicksal der Fraktionsvorsitzenden der LDP verdeutlicht. Ilse Gasterstedt, Jg. 1918, war 1943 nach Eisenach gekommen. Beruflich wirkte sie nach 1945 für die Thuringia-Versicherung. 1950 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, übernahm sie wenig später den Fraktionsvorsitz und den Vorsitz im Hauptausschuss. Mit dem liberalen Bürgermeister Werner Fischer arbeitete sie eng zusammen. Im September 1952 wurde sie verhaftet und durch ein Sowjetisches Militär-Tribunal zu 135 Jahren, später auf 25 Jahre »ermäßigt«, Zwangsarbeit und Vermögensentzug verurteilt. Bis 1956

57 Ebenda, S. 58.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

blieb sie in Haft, ehe sie anschließend in die Bundesrepublik ging. Das Ostbüro der Freien Demokratischen Partei (FDP) bescheinigte ihr, »eine aufrechte und anständige Liberaldemokratin« zu sein. »Sie gehört eindeutig zum oppositionellen Flügel der LDP und war in der Eisenacher und darüber hinaus in der Thüringer LDP geachtet und beliebt.« Das Ostbüro vermutete: »Die Verhaftung und Verurteilung war ein typischer Willkürakt und beruhte auf rein politischen Erwägungen.«[58] Was man Ilse Gasterstedt vorwarf, ist nicht bekannt. Gerüchteweise hieß es, ihr Mann sei wegen Spionage ins Visier der SMAD geraten. Gerade die Tatsache, dass unter ihr die liberaldemokratische Lokalpolitik nochmals einen Aufschwung nahm, spricht dafür, dass ihre Verurteilung politisch motiviert gewesen ist. Es passt zum allgemeinen Klima in Thüringen, wo man in jenen Jahren zahlreichen »bürgerlichen« Politikern den »politischen Prozess« machte.[59]

IV. *»Ein letztes Aufflackern« – Die Eisenacher Parteitage der LDP*

Zwei Ursachen dürften ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass sich die Liberalen ihres historisch begründeten Erinnerungsortes Eisenach entsannen. Einerseits gab es hier, wie gezeigt, eine tatkräftige und engagierte Ortsgruppe der LDP. Andererseits war die liberale Politik noch immer geprägt von dem Wunsch, die deutsche Einheit zu erhalten. Und dass Eisenach in dieser Beziehung für eine Tradition stand, aus der Kraft zu schöpfen war, blieb präsent, auch nachdem dieses Bewusstsein über Jahrzehnte verschüttet gewesen war.

Vom 5. bis 7. Juli 1947 tagte der zweite Zonenparteitag in der Wartburgstadt. Unter Verzicht auf jegliche Hinweise bezüglich der liberalen Tradition Eisenachs frohlockte das Stadtoberhaupt Werner Fischer in einem Zeitungsartikel, dass der Parteitag »die Anerkennung unseres Strebens, Eisenachs Aufgabe als Kongreßstadt nicht ... zu vergessen«,[60] sei. In ihren Grußworten hoben sowohl Fischer als auch der Vorsitzende des Kreisverbandes Hans Apel nur sehr allgemein auf die »historische Bedeutung« Eisenachs ab. Man erhoffte sich vom Parteitag »eine neuerliche Vertiefung des Einheitsgeistes.«[61] War man sich

58 Schreiben des Ostbüros der FDP an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden am 12.10.l957. Aus: Archiv des Liberalismus, FDP-Ostbüro. Flüchtlingskartei Signatur A 45-2100.

59 Vgl. Jürgen Louis: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945-1952, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 144ff sowie Markus Kiefer, Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952), hrsg. von der CDU Thüringen, o.O. u.J. S. 24 sowie Verfolgt – Verhaftet – Verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur. – Fakten und Beispiele, hrsg. von Günter Schulz, Bonn 1990.

60 Thüringische Landeszeitung, 15. Juni 1947.

61 Ebenda, 7. Juli 1947.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der alten liberalen Traditionen der Wartburgstadt damals nicht bewusst, oder ließ das seinerzeitige Politikverständnis keine Anknüpfungspunkte zu? »Der Zonenparteitag 1947 in Eisenach ist ein Bekenntnis zur deutschen Einheit gewesen und ein Ausdruck unseres Wunsches nach einem gesicherten, geordneten und dauerhaften Frieden«[62], hieß es im Resümee. Und berücksichtigt man die seinerzeitigen Verhältnisse, so darf die Gewichtung zu Gunsten der nationalen Einheit durch die Liberalen nicht überraschen, hoffte man doch auf ein von den Besatzungsmächten freies und ungeteiltes Deutschland.

Der Parteitag, an dem etwa 2000 Delegierte und Gäste teilnahmen, tagte im bereits erwähnten Hotel »Fürstenhof«, seit 1949 »Hotel der Wartburgstadt« und später »Hotel Stadt Eisenach«. Zu den wichtigsten Teilnehmern gehörte neben Wilhelm Külz Theodor Heuss. Insgesamt 57 Diskussionsreden waren zu hören, ehe die Veranstaltung mit einem Sinfoniekonzert des Eisenacher Orchesters ihr Ende fand.

Zwei Jahre später, vom 26. bis 28. Februar 1949, versammelten sich die Liberalen der Sowjetischen Besatzungszone erneut zu ihrem Parteitag in Eisenach. Unter der Überschrift: »Vorwärts im Geiste von Dr. Külz« äußerten die Delegierten des Eisenacher Stadtverbandes im Vorfeld ihre Erwartungen an das Treffen. An das »Denken und Tun« von Külz solle man anknüpfen, und »nüchterne Einsicht in die Erfordernisse der Stunde« möge man zeigen. Leise waren die Töne geworden, die nur noch den allgemeinen »Geist des Fortschritts und der Besonnenheit« anriefen. »Wir wollen den Fortschritt, dessen ersten Ausdruck wir in der deutschen Einheit sehen.« Besonnenheit meinte in erster Linie die Ein- (oder besser: Unter)ordnung der Liberalen in oder unter den »Block«. »Wir halten die Blockpolitik für einen wesentlichen Bestandteil, ja für die eigentliche Voraussetzung der deutschen Einheit.«[63]

Der Grundtenor des Parteitages bestand im Kampf um die deutsche Einheit. Kein Zufall also, dass Oberbürgermeister Werner Fischer in seinem Grußwort deshalb Eisenach und die Wartburg als »Stätten des mehr als hundertjährigen Kampfes um Deutschlands Einheit«[64] beschwor. Diesem Ringen war alles andere, notfalls auch die urliberalen Werte der Freiheit, unterzuordnen. Für sie war im »Block« auch kein Platz bei einer Veranstaltung, die sich selbst als »Parteitag der Einheit und Geschlossenheit« – so die Schlagzeile, unter der am 2. März die Hauptreferate in der Landeszeitung veröffentlicht wurden, – verstand. Raum für ein Anknüpfen an die alten liberalen Traditionen der Wartburgstadt bot dieser Parteitag nicht mehr. 700 Delegierte nahmen an den

62 Ebenda, 9. Juli 1947.
63 Ebenda, 20. Februar 1949. Auch Wilhelm Döring, Mitglied des Hauptausschusses beschwor unter der Überschrift »Reale LDP-Politik« die »erfolgreiche und aufrichtige Blockpolitik« im Rahmen der Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften. Ebenda, 23. Februar 1949.
64 Ebenda, 25. Februar 1949.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Sitzungen, die im Hotel »Fürstenhof« stattfanden, wie er damals noch hieß, teil. Ein Zeitzeuge erinnert sich: »Eisenach ist vorüber, und die LDP hat ihre neue Führung. Der Verlauf des Parteitages hat bei den Parteifreunden eine optimistische Stimmung hervorgerufen. Trotz mancher Schwierigkeiten zeigte die Partei doch ein Bild beachtlicher Geschlossenheit und politischer Entschlossenheit. Das neue Programm ist sehr gelungen: klar, eindeutig, wie aus einem Guss, sehr liberal und realistisch. Damit werden wir gut arbeiten können.«[65] Und in der Tat: Die bedeutendste Leistung des Parteitages von 1949 bestand in der Annahme eines Programms mit wirklich liberaler Substanz, bei aller Konzession an stalinistische Sprachregelungen. Allerdings gestatteten die folgenden politischen Entwicklungen in der SBZ keine wirkliche Entfaltung der mit dem Programm gesetzten Ansprüche.

Unter veränderten Rahmenbedingungen fanden sich die Liberaldemokraten der jungen DDR vom 30. Juni bis zum 2. Juli 1951 in der Wartburgstadt zusammen. »Für Einheit und Frieden«, so das Thema des 4. Parteitages, wollten sie am Fuße der Wartburg streiten. Das, was sich zwei Jahre zuvor bereits angedeutet hatte, fand nun Vollendung: »Der diesjährige Parteitag, der in einer Zeit stattfindet, in der um den Bestand unseres Vaterlandes, um seine Einheit, um den Frieden gerungen wird, soll den Beweis erbringen, dass unsere Partei e i n i g u n d g e s c h l o s s e n, getragen von ihrer fortschrittlichen Kraft auf der Grundlage unseres Eisenacher Programmes am Bau unseres neuen, besseren Deutschland mitarbeitet.«[66] Geschlossenheit auf Grund vermeintlicher äußerer Bedrohungen stand fortan über der Vielfalt der Meinungen. So wie die Eisenacher Liberalen Schritt für Schritt im »Block« diszipliniert worden waren, so hatte sich nun die gesamte Landespartei diszipliniert. Zur Begrüßung sprachen für den erkrankten Bürgermeister Werner Fischer Stadtbaurat Raimund Czechowsky, die Vorsitzende des LDP-Stadtverbandes Ilse Gasterstedt sowie der Vorsitzende des Kreisverbandes Wilhelm Döring. Bemerkenswert dabei war die Feststellung Czechowskys, dass »in unserer stolzen Burg hoch über der Stadt ... die Tradition des Freiheitsgedankens« wohne.[67] Und Gasterstedt erfreute es, »dass die zukünftige Arbeit in der Partei wiederum von Eisenach, von der Wartburgstadt, ausgeht, die nicht nur in hinreichendem Maße altes deutsches Kulturleben widerspiegelt, sondern für uns überragend durch die hinter uns liegenden Parteitage richtungsweisend gewesen ist ...«.[68] Ein gewisses Anknüpfen an alte Traditionen ist hier durchaus erkennbar, ebenso wie die Überlegung, dass sich Eisenachs

65 Wolfgang Schollwer. Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Monika Fassbender, München 1988, S. 112.

66 Für Einheit und Frieden. Der 4. Parteitag der LDP. Am 30. Juni bis 2. Juli 1951 in der Wartburgstadt Eisenach, hrsg. von der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Berlin o.J. (1951), S. 5. (Hvhb. im Text)

67 Ebenda, S. 40.

68 Ebenda, S. 41.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

liberale Traditionen eben nicht nur auf das Nationale im Sinne der deutschen Einheit, sondern auch auf die Freiheit des Denkens beziehen. Wie schon seine Vorgänger versammelte der Parteitag seine Teilnehmer im nunmehr unter dem Namen »Hotel der Wartburgstadt« firmierenden früheren »Fürstenhof«. Der Presseempfang fand im Hotel »Rautenkranz« statt, die Tagung des Hauptausschusses der Partei im Großen Saal des damals noch bestehenden Hotels »Zimmermann« am Karlsplatz, damals »Platz der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft«.

Der 4. Parteitag der LDPD 1951 war der letzte Höhepunkt eines liberalen parteipolitischen Ansatzes nach 1945, der sich danach für viele Jahre nicht weiter entfalten sollte. Diejenigen, die ihn gegen den allgemeinen Trend in der LDP(D) zu erhalten bestrebt waren, warfen in den folgenden Jahren entnervt das Handtuch, oder sie wurden politisch »kalt gestellt«. Wilhelm Döring, der noch 1951 »eine reale LDP-Politk« gefordert hatte, ging 1953 in die Bundesrepublik, Bürgermeister Werner Fischer ein Jahr später. Ilse Gasterstedt wurde inhaftiert; auch sie ging dann in den »Westen«.

Der liberale Erinnerungsort Eisenach vermochte sich in der Folge auch nicht gegen die ideologischen Prämissen der den Block dominierenden SED zu behaupten. Und die definierte eine andere Traditionslinie für die Wartburgstadt. Auch wenn man sich anfangs damit schwer tat, so trat in den Jahrzehnten bis 1989 mehr und mehr die sozialistische Erinnerung am Fuße der Wartburg in den Vordergrund. Spätestens seit 1969 hatte man den »Goldenen Löwen« als Erinnerungsort der Arbeiterbewegung erkannt und entwickelt. Damit wurde Eisenach ein Symbolort des in der Arbeiterbewegung und in der Sozialdemokratie wurzelnden Staatssozialismus in der DDR.[69]

Die Frage nun, ob Eisenach für sich wirklich an Anspruch nehmen kann, ein Erinnerungsort des deutschen Liberalismus zu sein, ist in Anbetracht des historischen Befundes nicht ganz leicht zu beantworten. Wie bereits mehrfach betont, entfaltete sich der Liberalismus hier zumeist nur in einer vom Nationalen überlagerten Form. Das freiheitliche Element hatte sich fast immer dem Nationalen unterzuordnen. Da, wo dies noch mehr oder minder nach freier Einsicht erfolgte, nämlich in der Gründungszeit des Nationalvereins, waren Nationales und Liberales noch im Einklang. Dies aber änderte sich schon in der Zeit des Nationalismus‘ vor dem Ersten Weltkrieg. Und nach 1945 war die Freiheit des Geistes durch eine staatliche Ideologie eingeengt, der das Nationale allenfalls als Transmissionsriemen dafür diente, den ideologisch begründeten Staat zu legitimieren.

69 Vgl. Michael Klostermann: Regionale Erinnerungskultur im Spannungsfeld politischer Systeme: Die Geschichte der Arbeiterbewegung am Beispiel des Eisenacher Kongresses (1869), Magisterarbeiter, Universität Jena 2006 (MS)

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diese Ambivalenz macht es dem liberalen Erinnerungsort Eisenach bis heute schwer. Gewiss spielte die Wartburgstadt mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in der liberalen Parteigeschichte eine wichtige Rolle. Den Rang eines Erinnerungsortes erlangte sie aber wohl nicht. Die bis heute andauernde Wirkungsmächtigkeit der Wartburg als dem *nationalen* Erinnerungsort steht dabei ebenso im Wege, wie die vor einigen Jahrzehnten etablierte Traditionslinie der *Arbeiterbewegung* und der *Sozialdemokratie*.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Weitere Beiträge

Heinz Stübig

»Den Geist der Armee zu erheben und zu beleben, die Armee und Nation inniger zu vereinen« Die nationalpädagogischen Vorstellungen der preußischen Militärreformer*

I. *Die altpreußische Heeresverfassung*

Es gehört zu den Charakteristika der altpreußischen Heeresverfassung, dass die Lasten bei der Ableistung der militärischen Dienstpflicht innerhalb der Bevölkerung höchst ungleichmäßig verteilt waren. Im Allgemeinen diente der männliche Einwohner Preußens gegen Ende des 18. Jahrhunderts bei einer jährlichen Exerzierzeit von ursprünglich drei und später eineinhalb Monaten zunächst während seines gesamten Lebens. Dabei war jedem Regiment ein bestimmter Ergänzungsbezirk (Kanton) zugewiesen, aus dem der Ersatz nach Bedarf ausgewählt wurde.[1] Erst mit dem Kantonreglement vom 12. Februar 1792 wurde der Dienst auf die Zeit zwischen dem 16. und 45. Lebensjahr begrenzt.[2] Allerdings waren zahlreiche Einzelpersonen und Gruppen vom Wehrdienst freigestellt. Betrachtet man die Fülle dieser Exemptionen im Hinblick auf die ständische Gliederung Preußens, so ergibt sich, dass sowohl für den Adel als auch de facto für das Bürgertum die Verpflichtung zum Kriegsdienst nicht galt. Diese Feststellung muss jedoch dahingehend präzisiert wer-

* Prof. Dr. Bernd Sösemann, dem Vorsitzenden der »Arbeitsgemeinschaft zur preußischen Geschichte e.V.« zwischen 1989 und 2009, in langjähriger Verbundenheit gewidmet. Zu dem Titelzitat vgl. Anm. 24.

1 Vgl. Ernst Rudolf Huber: Heer und Staat in der deutschen Geschichte. 2., erw. Aufl. Hamburg 1943, S. 95.

2 Das Kantonreglement vom 12. Februar 1792 ist abgedruckt bei Eugen von Frauenholz: Das Heerwesen in der Zeit des Absolutismus. München 1940, S. 309-336, hier Artikel 51, S. 326. Zur altpreußischen Heeresverfassung im Einzelnen vgl. Gerhard Papke: Von der Miliz zum Stehenden Heer. Wehrwesen im Absolutismus. In: Handbuch der deutschen Militärgeschichte. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 1. Abschn. I. München 1979, S. 213f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den, dass dem Adel, sofern er nicht in der Gutswirtschaft sein Auskommen fand, oft gar keine andere standesgemäße Möglichkeit übrig blieb, als in den Staatsdienst zu gehen, und das bedeutete für einen großen Teil den Eintritt in die Armee. Doch waren die Motive des Adels im Hinblick auf den Militärdienst völlig anders geartet als die der kantonspflichtigen Bevölkerung; dem adeligen Soldaten ging es um die Erfüllung einer Standespflicht, entsprechend einer Formulierung im Allgemeinen Landrecht, in der es hieß: »Dem Adel, als dem ersten Stande im Staat, liegt nach seiner Bestimmung die Vertheidigung des Staats, sowie die Unterstützung der äußern Würde und innern Verfassung desselben, hauptsächlich ob«.[3] Damit unterschied sich sein Waffendienst grundlegend von der Dienstpflicht der übrigen Untertanen, und diese unterschiedliche Begründung konstituierte zugleich die scharfe Trennung zwischen dem Offizier und dem Soldaten in der preußischen Armee.

Aus alledem folgt, dass letztlich nur ein einziger Stand keinen Wehrdienst ableisten musste, nämlich das Bürgertum. Dabei umschlossen die Exemptionen sowohl diejenigen Teile des Bürgertums, die in der staatlichen Verwaltung und den Wissenschaften tätig waren, als auch diejenigen Gruppen, in deren Händen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes lag. Bildung, hier im Sinne eines für den Staatsdienst vorbereitenden Studiums verstanden, und Besitz waren damit die eigentlichen Kriterien für die Freistellung vom militärischen Dienst. Diese Entwicklung war nicht zufällig, sondern das Ergebnis einer aufgeklärten, in ihrem Wirtschaftsdenken am Merkantilismus orientierten Politik, deren oberstes Ziel es war, diejenigen Bevölkerungsschichten, die die Grundlage für den wirtschaftlichen Reichtum des Landes bildeten, von jeder zusätzlichen Belastung fernzuhalten. Zu Recht hat Otto Hintze die Parallelität zwischen der absolutistischen Staatsverfassung und der altpreußischen Heeresaufbringung betont: »Das Kantonsystem beruhte auf dem Grundsatz der ständischen Gesellschaftsordnung, den das absolutistische Ancien Régime aufrechterhalten hatte, auf der Unterscheidung der privilegierten und der nichtprivilegierten Klassen«.[4]

Indem man das Bürgertum von der Ableistung des Wehrdienstes befreite, entzog man dem Heer aber gerade jenen Teil der Bevölkerung, der aufgrund seines politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins am ehesten geeignet gewesen wäre, den Zwang zum Dienst durch eine Verpflichtung gegenüber der Nation abzulösen. Eine derartige Entwicklung war in Preußen unter den Bedingungen des aufgeklärten Absolutismus mit seinen fest gefügten hierarchischen Strukturen nicht möglich – dazu bedurfte es erst der militärischen

3 Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten nebst den ergänzenden und abändernden Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetzgebung. Mit Erl. von Hugo Rehbein und Otto Reincke. 2., verb. Aufl. Berlin 1882, II 9, § 1.

4 Otto Hintze: Staatsverfassung und Heeresverfassung. In: Ders.: Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte. Hrsg. von Gerhard Oestreich. 3., durchges. und erw. Aufl. Göttingen 1970, S. 74.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Niederlage im Krieg gegen Frankreich, insonderheit der Katastrophe von Jena und Auerstedt (1806).
Die große Zahl der Eximierten machte es dringend erforderlich, den Bedarf an Rekruten in anderer Weise zu decken. In Preußen wurde dieses Problem durch die Ausländerwerbung gelöst, wobei unter Ausländern hier zum überwiegenden Teil Deutsche aus nichtpreußischen Gebieten zu verstehen sind. Diese Ausländer bildeten fast die Hälfte des Heeres.[5] Zwar konnte man durch diese Maßnahme genügend Mannschaften rekrutieren, doch stellte die große Zahl der zum Teil durch Zwang in preußische Dienste gepressten Soldaten ein außerordentliches Problem für die innere Verfassung der Armee dar, waren diese Soldaten doch äußerst unzuverlässig und nahmen jede sich bietende Gelegenheit zur Flucht wahr.[6]
Um das Problem der Desertionen zu bekämpfen, griff man in Preußen zu einem drakonischen Militärstrafrecht, das bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Kraft war. Die darauf basierende Strafpraxis hat der spätere Kriegsminister Hermann von Boyen in seinen Memoiren folgendermaßen beschrieben: »Die im Jahre 1806 in der Armee gebräuchlichen Strafen, Spießruten, Stockschläge, Hiebe mit kleinen mit Draht bezogenen Röhrchen, stammten aus einem früheren Zeitalter her und standen mit den später entwickelten Sitten und Meinungen in einem schneidenden Widerspruch, der dadurch noch erhöht wurde, daß die Zivilgesetzgebung bereits den größten Teil ähnlicher [Strafen] in ihrem Bereich abgeschafft und die Anwendung der beibehaltenen jedesmal von einem richterlichen Ausspruch abhängig gemacht hatte. Bei dem Militär dagegen war, mit Ausnahme der Spießruten, die körperliche Züchtigung größtenteils der Willkür, der Laune und dem Ermessen des jedesmaligen Befehlshabers anheimgestellt; es konnte einmal ein Diebstahl mit 40 Schlägen und eine Anzugsunordnung etc. mit 50 bestraft werden. Rücksichtslos züchtige man den Soldaten auf öffentlichen Plätzen, ja zuweilen reizte die Zahl der Zuschauer den Dünkel eines eitlen Anführers zu einem Mißbrauch des ihm verliehenen Strafrechts«.[7] Die gesellschaftspolitischen Folgen dieser Strafpraxis bestanden nicht zuletzt darin, dass sich Militär und Bürgertum immer mehr auseinanderentwickelten; der Bürger verachtete den Soldaten als Individuum und verabscheute das Militär als Institution, wodurch die Spannungen zwischen der zivilen Gesellschaft und den Streitkräften noch verstärkt wurden.[8]

5 Vgl. Die Reorganisation der Preußischen Armee nach dem Tilsiter Frieden. Red. von der hist. Abth. des Generalstabes. Abschn. 3. In: Beiheft zum Militair-Wochenblatt für Mai bis einschl. Dezember 1856. Berlin 1857, S. 349.
6 Zum Problem der Desertionen vgl. Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen. Neu hrsg., mit einer Einf. und Anm. von Dorothea Schmidt. Bd. 1. Berlin 1990, S. 163f.
7 Ebd., S. 168f.
8 Zu den Konflikten zwischen Zivil- und Militärpersonen vgl. ebd., S. 172.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. *Das nationalpädagogische Programm der Heeresreformer*

Vielen Militärs blieben die tief greifenden Schwächen dieses Systems nicht verborgen[9], und in der Tat gab es schon vor dem Desaster von Jena und Auerstedt Überlegungen, die darauf abzielten, die gravierendsten Missstände im preußischen Heer abzustellen.[10] So forderte beispielsweise Gerhard von Scharnhorst in seiner Denkschrift vom April 1806 angesichts der sich abzeichnenden französischen Expansion grundlegende organisatorisch-strukturelle Veränderungen und schlug unter anderem die Formierung einer Nationalmiliz vor, um alle Staatsbürger, also auch das bis dahin vom Kriegsdienst eximierte Bürgertum, zu bewaffnen. Allerdings war die zahlenmäßige Vergrößerung der Streitkräfte nur ein Gesichtspunkt in seinen Überlegungen, der andere zielte darauf ab, über die Neuformierung des Heeres »den militärischen Geist der Nation« zu wecken und »einen Enthusiasmus für die Unabhängigkeit des Vaterlandes« zu erzeugen.[11]

Damit hatte Scharnhorst ein Stichwort für die spätere Reform des preußischen Heeres geliefert: Im Kern ging es um die Überwindung der Feudalstruktur mit ihren scharfen gesellschaftlichen Abgrenzungen zugunsten einer Gesellschaftsordnung, in deren Mittelpunkt der Begriff der Nation rückte. Die Nation erschien dabei als das alle Staatsbürger einigende Band, geprägt durch eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte, als Gemeinschaft, die verteidigungswert war und für die es sich zu kämpfen lohnte. Das Vorbild für diese Anschauungen ist unmittelbar greifbar: Es waren die Erfahrungen, die die preußischen Militärs in Folge der politischen und sozialen Umbrüche in Frankreich mit den französischen Revolutionsheeren gemacht hatten. Zum ersten Mal sahen sie sich Truppen gegenüber, die für eine Idee kämpften und um dieser Idee willen die äußersten Strapazen und Einschränkungen auf sich nahmen.

Gegenüber der im Zeitalter des Absolutismus vorherrschenden Strategie, die darauf abzielte, die feindlichen Basen (Magazine, Versorgungslinien usw.) durch geschicktes Manövrieren in die eigene Hand zu bringen, um auf diese Weise kriegerische Auseinandersetzungen zu entscheiden, war die strategische Konzeption, die in den Revolutionskriegen entwickelt wurde, auf die

9 Vgl. Heinz Stübig: Berenhorst, Bülow und Scharnhorst als Kritiker des preußischen Heeres der nachfriderizianischen Epoche. In: Die preußische Armee zwischen Ancien Régime und Reichsgründung. Hrsg. von Peter Baumgart, Bernhard R. Kroener und Heinz Stübig. Paderborn, München, Wien, Zürich 2008, S. 107-120.

10 Vgl. Otto Hintze: Preußische Reformbestrebungen vor 1806. In: Ders.: Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens. Hrsg. von Gerhard Oestreich. 2., durchges. Aufl. Göttingen 1967, S. 504-529.

11 Gerhard von Scharnhorst: Private und dienstliche Schriften. Bd. 4. Hrsg. von Johannes Kunisch in Verb. mit Michael Sikora. Bearb. von Tilman Stieve. Köln, Weimar, Wien 2007, S. 210.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

physische Vernichtung der feindlichen Streitkräfte ausgerichtet. Dazu wurden Feuer und Bewegung gleichermaßen eingesetzt. Das hatte zur Folge, dass der Krieg nicht mehr in dem Umfang wie zuvor durch das militärische Genie des jeweiligen Feldherrn entschieden wurde, sondern in weit größerem Maße als bisher durch die tatsächliche Einsatzbereitschaft und Entschlossenheit der soldatischen Massen. Diese neue Dimension der Kriegführung hat Carl von Clausewitz später in seinem Werk »Vom Kriege« folgendermaßen beschrieben: »Als die französische Revolution mit einemmal wieder eine Volkskraft auf die Kriegsbühne führte, zeigten sich die Mittel der Regierungen nicht mehr genügend, und das ganze Kriegssystem, welches aus der Beschränktheit dieser Mittel entsprang und in dieser Beschränktheit wieder seine Sicherheit fand, wurde gesprengt«.[12] Und an anderer Stelle heißt es: »Die ungeheuren Wirkungen der französischen Revolution nach außen sind aber offenbar viel weniger in neuen Mitteln und Ansichten ihrer Kriegführung, als in der ganz veränderten Staats- und Verwaltungskunst, in dem Charakter der Regierung, in dem Zustande des Volkes usw. zu suchen.«[13]

Die eigentliche Arbeit zur Erneuerung des preußischen Heeres begann mit der Einsetzung der Militär-Reorganisationskommission (MRK) am 25. Juli 1807. In einer Kabinettsorder von diesem Tage bestimmte Friedrich Wilhelm III. den kurz zuvor zum Generalmajor beförderten Scharnhorst zu ihrem Vorsitzenden und berief zugleich die ersten Mitglieder dieses Gremiums.[14] Die maßgeblichen Gesichtspunkte der Kommissionsarbeit hatte Scharnhorst bereits kurz nach der Konstituierung der MRK folgendermaßen umrissen: »Man muß der Nation das Gefühl der Selbstständigkeit einflößen, man muß ihr Gelegenheit geben, daß sie mit sich selbst bekannt wird, daß sie sich ihrer selbst annimmt, nur erst dann wird sie sich selbst achten und von anderen Achtung zu erzwingen wissen. Darauf hinzuarbeiten, dies ist alles was wir können«.[15] Und in realistischer Einschätzung der gegebenen Situation hatte er hinzugefügt: »Die alten Formen zerstören, die Bande des Vorurtheils lösen, die Wiedergeburt leiten, pflegen und sie in ihrem freien Wachsthum nicht hemmen, weiter reicht unser hoher Wirkungskreis nicht«.[16] Gleichwohl ging er davon aus, dass bei einer Realisierung der Reformvorschläge »das neue Militair, so klein und unbedeutend es auch seyn mag, in einem andern Geiste

12 Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Hrsg. von Werner Hahlweg. 17. Aufl. Bonn 1966, S. 474.
13 Ebd., S. 895.
14 Vgl. Die Reorganisation des Preussischen Staates unter Stein und Hardenberg. T. 2: Das Preussische Heer vom Tilsiter Frieden bis zur Befreiung 1807-1814. Hrsg. von Rudolf Vaupel. Bd. 1. Berlin 1938, S. 323. Zur Arbeit der Militär-Reorganisationskommission vgl. Heinz Stübig: Armee und Nation. Die pädagogisch-politischen Motive der preußischen Heeresreform 1807-1814. Frankfurt a.M. 1971.
15 Von Scharnhorst: Private und dienstliche Schriften. Bd. 4. (wie Anm. 11), S. 719.
16 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sich seiner Bestimmung nähern und mit den Bürgern des Staats in ein näheres und innigeres Bündniß treten« werde.[17] Diese Hinweise machen deutlich, dass für die Heeresreform die gleiche politische Programmatik bestimmend war, wie für die übrigen Reformmaßnahmen, die vor allem während der zweiten Königsberger Amtszeit des Reichsfreiherrn Karl vom und zum Stein eingeleitet wurden.[18] Hier wie dort ging es darum, den Untertan als Staatsbürger anzuerkennen und ihm die Möglichkeiten der politischen Selbst- und Mitbestimmung zu eröffnen. Für die Militärreformer stellte diese Zielsetzung insofern eine besondere Herausforderung dar, als das Bürgertum den Streitkräften mit offener Ablehnung gegenüberstand. Daraus ergab sich für sie die Notwendigkeit, Strukturen zu entwickeln, die den bürgerlichen Normen und Wertvorstellungen entgegenkamen; konkret erwuchs daraus die Aufgabe, die bis dahin existierende Privilegierung des Adels zu überwinden.

Auf diesen grundlegenden Aspekt der Heeresreform ist Scharnhorst immer wieder zurückgekommen. In seinem Rechenschaftsbericht vom Juli 1809, den er zu einem Zeitpunkt verfasste, als die Grundlagen der neuen militärischen Organisation festlagen und ein großer Teil des Reformwerks bereits verwirklicht worden war, analysierte er die Veränderungen innerhalb der Armee aus dem Blickwinkel der MRK und setzte sich gleichzeitig mit den Kritikern der Neuerungen auseinander. Dabei veranlassten ihn die Einwände gegen den Eintritt von Bürgerlichen in das Offizierkorps zu der Feststellung: »Sollen bloß adelige Kinder das Vorrecht haben, als Offiziere in ihrer krassen Umwissenheit [!] und zarten Kindheit eingestellt zu werden, und Männer mit Kenntniß und Muth ihnen untergeordnet werden, ohne je eine Aussicht auf Beförderung zu haben, so wird den adeligen Familien geholfen, die Armee aber schlecht werden und nie die Achtung der Nation sich erwerben – und ein Gespött der übrigen gebildeten Stände bleiben«.[19]

Deutlich erscheint hier das Verhältnis von Nation und Armee, insbesondere die Einstellung des Bürgertums zum Heer, als Ausgangspunkt der Reflexionen über eine grundlegende Reform der Streitkräfte. Dieser Gesichtspunkt bestimmte durchgängig die Überlegungen der Reformer, wie die übrigen Partien dieser Denkschrift, in denen mehrfach auf die Stellung des Militärs innerhalb des Staates abgehoben wurde, deutlich belegen. Auch dort, wo sich Scharnhorst mit den neuen Kriegsartikeln und Strafbestimmungen auseinandersetzte, das heißt, wo er sich mit der veränderten Rechtsposition des Solda-

17 Ebd., S. 720.

18 Vgl. im Einzelnen Gerhard Ritter: Freiherr vom Stein. Eine politische Biographie. Frankfurt a.M. 1983, bes. Kap. 9 »Das große Reformjahr 1807/1808« (S. 212-303) sowie als neuere umfassende Gesamtdarstellung Heinz Duchhardt: Stein. Eine Biographie. Münster 2007, bes. Kap. 6 »Das Reformministeriat« (S. 178-235), zu Steins Beziehungen zu den Militärreformern vgl. ebd., S. 209f.

19 Gerhard von Scharnhorst: Ausgewählte Schriften. Mit einer Einf. hrsg. von Ursula von Gersdorff. Osnabrück 1983, S. 306.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten beschäftigte, ging es ihm wesentlich um die Beziehung der Staatsbürger zur Armee und um die Frage, wie man den Waffendienst zur Sache der ganzen Nation erklären konnte. Dazu schrieb er: »Wenn die Nation sich als Vertheidiger des Vaterlandes ansehen soll, so darf in dieser neuen Qualität sie nicht mit den entehrensten Strafen, die selbst nur bei dem Auswurf der Nation in seltenen Fällen Statt fanden, bedroht werden«.[20] Deshalb – so Scharnhorst bereits im Sommer 1808 – müsse man »der Nation den Soldatenstand angenehm machen und das Verhaßte aus ihn [!] entfernen.«[21]

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass die allgemeine Zielsetzung der Heeresreform, die Scharnhorst mit der Formel vom »Bündnis zwischen Regierung und Nation« umschrieb[22], zwei sich gegenseitig bedingende Tendenzen vereinigte: zum einen den Versuch, durch eine freiere innere Organisation der Armee die notwendigen Voraussetzungen für eine allgemeine Wehrpflicht zu schaffen, zum anderen das Bemühen, die Gesamtheit der Bürger über den Wehrdienst in den Staat zu integrieren und ihnen zu vermitteln, dass die politische und soziale Ordnung, in der sie lebten, verteidigungswert war.

Dass diese Gedanken nicht nur die Leitlinie für Scharnhorsts Tätigkeit abgaben, belegen Äußerungen August Neidhardt von Gneisenaus aus seiner Denkschrift vom 5. Juli 1809. In diesem Schriftstück verglich er – ähnlich wie Scharnhorst – die ehemalige Verfassung der Armee mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen und setzte sich in diesem Zusammenhang ebenfalls mit der Stärkung der Kampfbereitschaft aller Teile der Bevölkerung auseinander. Für ihn war daher »ächte Disciplin: Belebung des kriegerischen Geistes«.[23] Entsprechend der nationalpädagogischen Zielsetzung des gesamten Reformwerks unterstrich er dabei die Notwendigkeit, den Staatsbürger über den Waffendienst vom Verteidigungswert der politischen Zustände zu überzeugen.

Es waren derartige Überlegungen, die die preußische Heeresreform nicht nur zu einem Modernisierungsvorhaben in kriegswissenschaftlicher und militärpolitischer Hinsicht machten, sondern zugleich auch zu einem nationalpädagogischen Projekt. Die Zielperspektive, die in diesem Zusammenhang von den Militärreformern verfolgt wurde, fasste Scharnhorst in seinem bereits zitierten Rechenschaftsbericht an Friedrich Wilhelm III. folgendermaßen zusammen: »Den Geist der Armee zu erheben und zu beleben, die Armee und Nation inniger zu vereinen, und ihr die Richtung zu ihrer wesentlichen und

20 Ebd., S. 307.
21 Die Reorganisation des Preussischen Staates unter Stein und Hardenberg. T. 2. Bd. 1. (wie Anm. 14), S. 500.
22 Vgl. ebd., S. 323.
23 Georg Heinrich Pertz: Das Leben des Feldmarschalls Graf Neitdhardt von Gneisenau. Bd. 1. Berlin 1864, S. 511.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

großen Bestimmung zu geben, – dies ist das System, welches bei den neuen Einrichtungen zum Grunde liegt.«[24]

Ähnlich argumentierte auch Clausewitz, der nach einem Wort von Hector Passerin d'Entrèves die »politische Erziehung und die Wissenschaft vom Kriege vereinen wollte«[25], in seinen Betrachtungen über die grundlegenden Reformverordnungen. In einem Beitrag, den er im Herbst 1808 für die Hallesche Allgemeine Literatur-Zeitung verfasste, beschäftigte er sich eingehend mit den »Kriegsartikel[n] für die Unterofficiere und gemeinen Soldaten (der Königl. Preuß. Armee)«, der »Verordnung wegen der Militär-Strafen«, der »Verordnung wegen Bestrafung der Officiere« sowie dem »Reglement über die Besetzung der Stellen der Porte-épée-Fähnrichs und über die Wahl zum Officier bey der (Königl. Preuß.) Infanterie, Cavallerie und Artillerie«.[26] Nach einer ausführlichen Würdigung der in den einzelnen Verordnungen getroffenen Bestimmungen – dabei stellte Clausewitz die gesellschaftspolitischen Intentionen ebenso heraus wie die militärischen Gesichtspunkte – urteilte er abschließend: »Diese, die Verfassung einer Armee in ihren wesentlichen Theilen bestimmenden, mit kluger Ueberlegung, mit praktischem Blicke und unter großen Ansichten, abgefaßten Verordnungen werden also künftig den Geist einer *National-Armee* leiten, und gehören deswegen zu den wichtigsten politischen Erscheinungen der Zeit, welche die Bahn der Fortschritte mitten unter Trümmern rühmlich bezeichnen.«[27]

Selbstverständlich handelte es sich bei der Errichtung dieser National-Armee nicht nur um ein innenpolitisches Reformvorhaben – viele der eingeleiteten Maßnahmen dienten direkt der Vorbereitung eines Krieges, durch den die Bestimmungen des Tilsiter Friedens von 1807 revidiert werden sollten. Diese Zielperspektive gab den Militärreformen ihre eigentümliche Wucht und markierte zugleich einen wichtigen Unterschied gegenüber den anderen Maßnahmen zur sektoralen Erneuerung des preußischen Staates. Vor allem Gneisenau hat diese Zielsetzung der Heeresreform immer wieder betont und dementsprechend die Befreiung von der Fremdherrschaft als *den* »Nationalzweck« herausgestellt.[28] Dabei bestand für Gneisenau kein Zweifel, dass die-

24 Von Scharnhorst: Ausgewählte Schriften (wie Anm. 19), S. 308.

25 Hector Passerin d'Entrèves: Die Reformbewegung in Preußen bis 1830 und die deutsche Erhebung: Hegel und Clausewitz zwischen Realpolitik und Utopie (1802-1830). In: Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981. Hrsg. von Josef Becker und Andreas Hillgruber. München 1983, S. 23; eine detaillierte Analyse der politischen Ideen von Clausewitz findet sich ebd., S. 25ff.

26 Carl von Clausewitz: Verstreute kleine Schriften. Zsgst., bearb. und eingl. von Werner Hahlweg. Osnabrück 1979, S. 141-145 (Bei der Angabe des Fundortes handelt es sich um einen Druckfehler.)

27 Ebd., S. 145.

28 Die Reorganisation des Preussischen Staates unter Stein und Hardenberg. T. 2. Bd. 1. (wie Anm. 14), S. 550.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ses Ziel nur erreicht werden konnte, wenn die überlieferten Formen politischer und gesellschaftlicher Abhängigkeit und Unterdrückung zuvor aufgehoben würden. Insofern war die Errichtung einer National-Armee die notwendige Voraussetzung für die angestrebten politisch-militärischen Veränderungen. Dementsprechend heißt es in seiner Denkschrift vom August 1808: »Aber es ist billig und staatsklug zugleich, daß man den Völkern ein Vaterland gebe, wenn sie ein Vaterland kräftig verteidigen sollen. Es ist dies besonders nötig wegen derjenigen Völkerschaften deutscher Zunge, die ehedem nicht unter preußischem Zepter lebten, sich aber an uns zur Befreiung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes anschließen möchten. Eine freie Verfassung und eine einfacher geordnete Verwaltung werden es ihnen wünschenswert machen, mit uns unter gemeinschaftlichen Gesetzen zu leben. Vorzüglich gute Wirkung wird eine nach altdeutscher Art gemodelte Munizipalverfassung tun, die den Bürgern das Wahlrecht ihrer Obrigkeiten und Rechenschaftsforderung von selbigen sichert«.[29] Diese Überlegungen unterstreichen zugleich, dass der Begriff der Nation, der in den Diskursen der Heeresreformer zumeist nur auf die Bewohner des preußischen Staates angewandt wurde, zuweilen auch auf die übrigen Deutschen ausgedehnt werden konnte – allerdings stets im Kontext von Plänen zur Überwindung der französischen Fremdherrschaft.

Die für die Heeresreformer charakteristische Verknüpfung von militärischen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wird noch fassbarer in Gneisenaus privaten Aufzeichnungen aus dieser Zeit.[30] Die zumeist stichwortartig formulierten Überlegungen enthalten in zahlreichen Wiederholungen und Varianten Vorschläge für Maßnahmen, die von ziviler und militärischer Seite eingeleitet werden sollten, um die Erhebung gegen Napoleon wirksam vorzubereiten. So forderte Gneisenau in diesen Notaten[31], deren Argumentation er teilweise auch bei der Abfassung seiner Denkschriften benutzte, zunächst eine umfassende Beeinflussung der Jugend sowie derjenigen Bürger, die sich im waffenfähigen Alter befanden. Dies sollte durch gemeinsame Feldlager und gemeinsame Übungen ebenso wie durch gemeinsame Feste geschehen. Aus diesen Formen des Zusammenseins erwuchs für die Teilnehmer nach Gneisenau aus dem Erlebnis nationaler Identität allmählich ein Nationalbewusstsein. Voraussetzung für das Gelingen dieser Prozesse war jedoch, dass die sozialen Gegensätze in der Bevölkerung soweit wie möglich aufgehoben und die Unterschiede zwischen den einzelnen Schichten politisch überwunden wurden. Aus diesem Grunde plädierte Gneisenau für die *Wahl* zu den Zivil- und Militärstellen und damit für die Unterwerfung aller Bewerber für Staatsämter

29 Ebd., S. 549f.
30 Sie finden sich im Anhang zu: Gneisenau. Ein Leben in Briefen. Hrsg. von Karl Griewank. Leipzig 1939[3], S. 398- 404.
31 Vgl. ebd., S. 401ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

unter die gleichen Auswahlkriterien. Dazu war es jedoch notwendig, dass diejenigen, die bisher von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen waren, befähigt wurden, ihre neue Position in Staat und Gesellschaft auch tatsächlich wahrzunehmen. Voraussetzung dafür war wiederum eine entsprechende Bildung und Ausbildung. Deshalb ergänzte Gneisenau seine politischen Postulate durch pädagogische Überlegungen und forderte folgerichtig »Unterricht auch für die gemeinen Klassen«.[32]

Insgesamt spielten Bildungsfragen, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der spezifischen militärischen Ausbildung, sowohl bei Gneisenau als auch bei den anderen Heeresreformern eine zentrale Rolle. Dazu gehörte auch, dass die Militärs insgesamt dafür plädierten, allen Staatsbürgern eine gemeinsame Grundbildung zu vermitteln, um auf diese Weise zur Verminderung gesellschaftlicher Schranken beizutragen. In diesem Sinne äußerte sich Scharnhorst im Dezember 1809: »Daß in der ersten Bildung und Erziehung keine Verschiedenheit bei den Staatsbürgern eines Staats stattfinden müsse, ist auch meine innigste Ueberzeugung. Ich halte diesen Gegenstand sehr wichtig, weil durch die Absonderung die Erziehung und Bildung an sich von dem großen Ziel abweicht und in einen unnatürlichen Zustand kommt und, was das übelste ist, [...] die Uneinigkeit und den Streit der Stände (also den Mangel an Patriotismus) herbeiführt«.[33]

Für die Militärreformer eröffnete sich mit der Veränderung des inneren Gefüges der Armee und der Erneuerung der soldatischen Bildung und Ausbildung unter nationalpädagogischen Aspekten die Möglichkeit, die tief greifenden Umwandlungen, die durch die politischen Maßnahmen nach 1807 in Gang gesetzt wurden, auch im militärischen Sektor zu realisieren. Dabei waren sie bemüht, innerhalb der Armee diejenigen Zustände zu schaffen, die in Teilen des zivilen Lebens – etwa im Bereich der Rechtssicherheit – schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts verwirklicht worden waren. Insofern stellten ihre Bemühungen auf diesem Gebiet zugleich den Versuch dar, Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren. Ihre weitergehenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen entwickelten die Heeresreformer vornehmlich im Zusammenhang mit ihren Überlegungen zur Vorbereitung des nationalen Befreiungskrieges und im Hinblick auf die Mobilisierung der gesamten Nation für den Volkskrieg. Ihr Ziel war die Schaffung einer National-Armee, die in Zukunft die staatliche Existenz Preußens garantieren sollte.

32 Ebd., S. 403.

33 Scharnhorsts Briefe. Privatbriefe. Hrsg. von Karl Linnebach. Mit einem Kommentar und einem Anh. zum Nachdr. von Heinz Stübig. Bd. 1. München 1980, S. 383.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

III. *Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht*

In seiner Studie »Über das Leben und den Charakter von Scharnhorst«, die er wenige Jahre nach dessen Tod verfasste, hat Clausewitz die entscheidenden Ziele der Heeresreform folgendermaßen charakterisiert:
»1. Eine der neuen Kriegsart entsprechende Einteilung, Bewaffnung und Ausrüstung.
2. Veredlung der Bestandteile und Erhebung des Geistes. Daher die Abschaffung des Systems der Anwerbung von Ausländern, eine Annäherung an die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienst, Abschaffung der körperlichen Strafen, Einrichtung guter militärischer Bildungsanstalten.
3. Eine sorgfältige Auswahl derjenigen Offiziere, welche an die Spitze der größeren Abteilungen gestellt wurden. Das Dienstalter, welches bis dahin in der preußischen Armee eine allzu große Herrschaft ausgeübt und derselben ihre Führer gegeben hatte, wurde in seinen Rechten beschränkt und daneben der für den Augenblick sehr heilsame Grundsatz aufgestellt, daß diejenigen vorgezogen werden müßten, die bis zuletzt im Kriege gedient oder sich auf irgendeine Art in demselben ausgezeichnet hätten. […]
4. Neue der heutigen Kriegsart angemessene Übungen.«[34]
Unter den Punkten 1 und 4 dieser Aufstellung führte Clausewitz diejenigen Reformen auf, die unmittelbar mit der Wandlung des Kriegsbildes seit den Revolutionskriegen zusammenhingen. Sowohl die neue Gliederung der Truppen, ihre verbesserte Ausrüstung und Bewaffnung als auch die Neukonzipierung der Ausbildung, die sich in vielfältiger Weise an dem napoleonischen Vorbild orientierte, müssen primär unter dem Aspekt eines langfristigen Anpassungsprozesses an die neue Art der Kriegführung gesehen werden. Sie bildeten in erster Linie die organisatorischen und militärtechnischen Voraussetzungen für die angestrebte kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich.
Dagegen betrafen diejenigen Veränderungen, die den eigentlichen Unterschied zwischen dem altpreußischen Heer und der Armee der Befreiungskriege ausmachten, die von Clausewitz unter den Punkten 2 und 3 genannten Maßnahmen. Dabei handelte es sich um diejenigen Reformen, die eine Erneuerung des inneren Gefüges der Streitkräfte zur Folge hatten. Im Mittelpunkt standen dabei einerseits die Aufhebung bestehender Vorrechte – das

34 Carl von Clausewitz: Über das Leben und den Charakter von Scharnhorst. Mit einer Einl. von Eberhard Kessel. Berlin 1935, S. 19. Diese Äußerungen von Clausewitz decken sich weitgehend mit denjenigen Scharnhorsts zu Beginn der Reformtätigkeit. Bereits am 27. November 1807 hatte Scharnhorst für eine innere Regeneration des Militärs folgende Punkte genannt: »die Formation, das Avancement, die Uebung, als auch insbesondere [...] den Geist«. von Scharnhorst: Private und dienstliche Schriften. Bd. 4. (wie Anm. 11), S. 720.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

galt sowohl für die Exemption des Bürgertums vom Kriegsdienst als auch für das Privileg des Adels, die Offiziersstellen in der preußischen Armee zu besetzen –, andererseits um jene Eingriffe, die darauf abzielten, die rechtliche Stellung des einzelnen Soldaten innerhalb der militärischen Organisation zu verbessern.

Besonders deutlich ist diese Entwicklung an der Umgestaltung des bis dahin in der Armee gültigen Strafsystems abzulesen. Am 6. April 1808 legte die Militär-Reorganisationskommission (MRK) ihren ersten Entwurf über die Abschaffung der Stock- und Spießrutenstrafen zusammen mit einem Katalog der künftigen Militärstrafen vor. Statt der bislang im Militär üblichen Körperstrafen schlug die MRK Arreststrafen von unterschiedlichen Graden vor.[35] Als weitergehende Strafen waren für wiederholten Diebstahl die unehrenhafte Entlassung aus dem Militär und bei Befehlsverweigerung und Feigheit die Todesstrafe vorgesehen. Darüber hinaus waren die Kommissionsmitglieder von Anfang an bestrebt, auch die Möglichkeiten der Belohnung in die neuen Bestimmungen mit aufzunehmen. Dementsprechend machten sie ergänzende Vorschläge zur Vergabe einer Verdienstmedaille und regten in diesem Zusammenhang an, deren Verleihung aufgrund des Votums der Unteroffiziere und Soldaten (ohne Einwirkung der Offiziere) vorzunehmen.[36]

Abgeschlossen wurden die Arbeiten an diesem Komplex durch die am 3. August 1808 erlassenen »Krieges-Artikel für die Unter-Officiere und gemeinen Soldaten«[37] sowie die am gleichen Tag veröffentlichte »Verordnung wegen der Militairstrafen«[38], die gewissermaßen eine Erklärung zu den Kriegsartikeln darstellte. In ihrem einleitenden Teil enthielten die neuen Kriegsartikel nicht nur eine Aufstellung der soldatischen Pflichten, sondern legten auch die neue Rechtsposition des Soldaten fest. Dabei waren zwei Bestimmungen von besonderer Bedeutung: Im Artikel 2 versprach der König, Unteroffiziere und Soldaten »nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse ohne Rücksicht auf ihre Geburt, zu Officieren bis zum höchsten Grade zu befördern«.[39] Damit wurde das bis dahin bestehende faktische Vorrecht des Adels, die Offiziersstellen in der preußischen Armee zu besetzen, aufgehoben. Statt der Geburt wurden nun Fähigkeiten und Kenntnisse zum Kriterium für den Aufstieg in der militärischen Hierarchie erhoben. Im Artikel 3 wurden die Abschaffung der Prügelstrafe und damit die »Freiheit der Rükken« (Gneisenau) gesetzlich verankert. Eine Ausnahme davon bildete nur das

35 Vgl. Die Reorganisation des Preussischen Staates unter Stein und Hardenberg. T. 2. Bd. 1. (wie Anm. 14), S. 361ff.
36 Vgl. ebd., S. 389f.
37 Abgedruckt bei Eugen von Frauenholz: Das Heerwesen des 19. Jahrhunderts. München 1941, S. 101-113.
38 Abgedruckt ebd., S. 113-116.
39 Ebd., S. 101.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Verfahren bei entehrenden Verbrechen bzw. bei wiederholtem Rückfall. In diesen Fällen erfolgte die Einweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, in der die Anwendung der Prügel gestattet war.
Ähnlich ging man bei der Neuorganisation des Offizierkorps vor: Einerseits wurde das Verhalten der militärischen Führungsschicht während des letzten Krieges mit dem Ziel überprüft, alle unfähigen Offiziere zu bestrafen bzw. zu entlassen, andererseits wurden neue Kriterien für den Eintritt in das Offizierkorps festgelegt und die Beförderungsgrundsätze in gewissem Umfang modifiziert. Die Leitidee der angestrebten Reform kam bereits in einer Stellungnahme der Militär-Reorganisationskommission vom September 1807 zum Ausdruck. Darin hieß es: »Einen Anspruch auf Offizierstellen können in Friedenszeiten nur Kenntnisse und Bildung gewähren, im Kriege ausgezeichnete Tapferkeit, Tätigkeit und Überblick. Aus der ganzen Nation müssen daher alle Individuen, die diese Eigenschaften besitzen, auf die höchsten militärischen Ehrenstellen Anspruch machen können.« [40]
Bildung und Kenntnisse sollten nun den Weg in eine Institution ebnen, deren Zutritt bis dahin weitgehend durch die (adlige) Herkunft bestimmt war. An diesem Grundsatz hielt die MRK bis zur endgültigen Verabschiedung des »Reglement[s] über die Besetzung der Stellen der Portepee-Fähnriche und über die Wahl zum Offizier bei der Infanterie, Kavallerie und Artillerie« am 6. August 1808 fest.[41] Zur Verdeutlichung ihrer gesellschaftspolitischen Ansichten fügte sie im Anschluss an die neuen Auswahlkriterien für den Offiziersberuf noch folgenden Satz hinzu: »Aller bisher Statt gehabte Vorzug des Standes hört beim Militair ganz auf, und jeder ohne Rücksicht auf seine Herkunft hat gleiche Pflichten und gleiche Rechte.«[42]
Die Bildungsanforderungen für das Fähnrichsexamen, das heißt für die in Friedenszeiten von dem angehenden Offizier verlangten Kenntnisse und Fertigkeiten, bezogen sich auf das verständliche und orthographisch richtige Schreiben, auf die Anfangsgründe des Rechnens und der Geometrie, auf das militärische Zeichnen sowie auf Grundkenntnisse in der Geographie, der Weltgeschichte und der vaterländischen Geschichte.[43] Darüber hinaus wurden von dem Offiziersanwärter »Geistesgegenwart, schneller Blick, Pünktlichkeit und Ordnung im Dienst und anständiges Betragen« gefordert.[44] Für die Beförderung zum Leutnant wurden diese Anforderungen weiter erhöht und sowohl im Hinblick auf die Kenntnisse in den sprachlichen und mathematischen

40 Die Reorganisation des Preussischen Staates unter Stein und Hardenberg. T. 2. Bd. 1. (wie Anm. 14), S. 101.
41 Abgedruckt bei von Frauenholz: Das Heerwesen des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 37), S. 121-123.
42 Ebd., S. 121.
43 Vgl. Die Reorganisation des Preussischen Staates unter Stein und Hardenberg. T. 2. Bd. 1. (wie Anm. 14), S. 535.
44 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Fächern als auch in den militärwissenschaftlichen und geschichtlichen Lehrangeboten deutlich erweitert.[45] Im Ergebnis führten diese Veränderungen zu einer Neukonzipierung des Offizierkorps: An die Stelle der traditionellen Idee einer Geburtselite trat nun die Vorstellung vom Offizierkorps als Leistungselite. Damit begann eine Phase der Professionalisierung, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts durch den gezielten Ausbau der militärischen Bildungsanstalten weiter verstärkt wurde.[46]

Am Ende der Reformanstrengungen stand in Preußen das Heer der allgemeinen Wehrpflicht. Seine Ausgestaltung wurde allerdings erst nach den Befreiungskriegen durch das »Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste« vom 3. September 1814 festgelegt.[47], das alle männlichen Einwohner Preußens mit Vollendung ihres 20. Lebensjahrs »zur Vertheidigung des Vaterlandes« verpflichtete.[48] Dazu wurden die Streitkräfte in das stehende Heer (auch Linienarmee genannt), in die Landwehr des ersten und zweiten Aufgebots sowie in den Landsturm gegliedert. [49]

Das stehende Heer – im Gesetz programmatisch als »Haupt-Bildungsschule der ganzen Nation für den Krieg« bezeichnet[50] – setzte sich aus Berufssoldaten und Freiwilligen sowie aus einem Teil der bürgerlichen Jugend zusammen. Während die reguläre Dienstzeit der Soldaten drei Jahre betrug, leisteten die jungen Leute »aus den gebildeten Ständen« [51], die für ihre Kleidung und Bewaffnung selbst aufkommen mussten, nur einen einjährigen Militärdienst ab. Sie wurden in Jäger- und Schützenkorps zusammengefasst und bildeten insofern das Bindeglied zwischen der Linienarmee und der Landwehr, als sie nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zumeist als Offiziere in die Landwehr übertraten.

Die Landwehr des ersten Aufgebots, die im Kriegsfall das stehende Heer unterstützen sollte, rekrutierte sich aus den übrigen Wehrpflichtigen im Alter bis 25 Jahren, den ausgebildeten Jägern und Schützen sowie aus den Männern zwischen dem 26. und 32. Lebensjahr. In der Landwehr des zweiten Aufgebots, die zur Verstärkung der Garnisonen vorgesehen war, dienten diejenigen, die aus dem stehenden Heer und der Landwehr des ersten Aufgebots ausgeschieden waren, sowie alle Waffenfähigen bis zum 39. Lebensjahr.

45 Vgl. ebd., S. 536,
46 Vgl. dazu Heinz Stübig: Das höhere militärische Bildungswesen zwischen Professionalisierung und sozialer Abgrenzung. Zur Entwicklung der Kriegsschulen und der Kriegsakademie in Preußen während des 19. Jahrhunderts. In: Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Preußen. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Preußens vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Hrsg. von Karl Heinrich Kaufhold und Bernd Sösemann. Stuttgart 1998, S. 191-212.
47 Abgedruckt bei von Frauenholz: Das Heerwesen des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 37), S. 180-184.
48 Ebd. S. 181.
49 Zu den Einzelheiten vgl. Stübig: Armee und Nation (wie Anm. 14), S. 68ff.
50 Von Frauenholz: Das Heerwesen des 19. Jahrhunderts (wie Anm. 37), S. 181.
51 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der Landsturm schließlich, der nur bei einer feindlichen Invasion zusammentreten sollte, umfasste alle Männer bis zum 50. Lebensjahr, soweit sie nicht im stehenden Heer oder in der Landwehr dienten, und darüber hinaus die dienstauglichen Jugendlichen vom 17. Lebensjahr an.

Versucht man die militärischen Reformmaßnahmen insgesamt zu charakterisieren, so kann man sich durchaus dem Urteil Hans-Ulrich Wehlers anschließen, wenn er feststellt: »Überblickt man die Reform des Offizierskorps, der Armee und der militärischen Behörden, wird man eine relativ erfolgreiche Bilanz nicht verneinen können. Allgemeine Wehrpflicht und Leistungsprinzip, bürgerlicher Aufstieg und Erhaltung der Landwehr, zweckmäßigere Befehlshierarchien und Zentralisierung des Verwaltungsapparates bedeuteten nicht nur Marksteine in der Entwicklung des preußischen Herwesens, sondern erwiesen sich auch als gesellschaftsverändernde Kräfte von großer Prägewirkung.«[52]

Was die spezifische Struktur dieses Reformprozesses angeht, so handelte es sich dabei um ein groß angelegtes pädagogisches Projekt[53] oder, um eine Formulierung Nipperdeys aufzugreifen: »Ideen- und moralpolitisch geht es der Reform um Autonomie und Verantwortung, um einen neuen Menschen, um die ‚Wiedergeburt', um die ‚Veredlung' des Menschen. Dieser neue Mensch ist die Voraussetzung wie das Ziel der Reform; insofern ist sie weit mehr als eine institutionelle Reform, sie ist – im allgemeinsten Sinne – eine erziehende Reform«.[54] Dabei sollte man allerdings nicht verschweigen, dass diese erziehende Reform die *Nation* zum Bezugspunkt hatte.

Betrachtet man die weitere Entwicklung, so zeigt sich, dass nach dem siegreichen Abschluss der Befreiungskriege nicht nur viele der Reformmaßnahmen, die einem aufklärerischen Denken entsprangen, zurückgenommen bzw. substantiell verändert wurden, sondern darüber hinaus die von den Reformern angestrebten gesellschaftspolitischen Veränderungen sich nicht durchsetzen ließen. Die Erklärung für dieses Scheitern liegt darin, dass in dem spezifischen Ansatz der Militärreformen zugleich der Keim für eine Entwicklung lag, die im Hinblick auf ihre sozialen Auswirkungen den Gang der preußisch-deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert in fataler Weise beeinflussen sollte. Gemeint ist damit der Umstand, dass die Integration des Bürgertums in die Streitkräfte langfristig eben nicht zu einer Verbürgerlichung des Heeres führte, sondern vielmehr dazu, dass große Teile der Gesellschaft militärische Wertvorstellungen und Denkhaltungen als Orientierungsmaßstab übernahmen. Bereits ein früher Biograf Scharnhorsts, Eduard Schmidt-Weißenfels,

52 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 1. München 1987, S. 472.
53 Vgl. Stübig: Armee und Nation (wie Anm. 14), bes. Kap 3 »Der neue Soldat in der Erziehungskonzeption der Reformer« (S. 74-101).
54 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983, S. 34.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

erkannte diesen Zusammenhang und sprach daher in Anbetracht der angestrebten Eingriffe in die Heeresstruktur sowohl von der »Nationalisirung einer Armee« als auch von der »Militärisirung eines Volkes«[55], wobei er diesen Prozess freilich im Unterschied zu heute eindeutig positiv bewertete.

55 Eduard Schmidt-Weißenfels: Scharnhorst. Eine Biographie. Leipzig 1859, S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Anne Bruch

Munizipale Identität und bürgerliche Kultur im Risorgimento. Die Bedeutung der Stadt für Carlo Cattaneos föderaldemokratische Konzeption

»Verso il 150° dell'Italia Unita: tra riflessione storica e nuove ragioni di impegno condiviso«[1], so lautete der Vortrag, den der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano vor der angesehenen Accademia dei Lincei in Rom im Februar 2010 hielt. Diese Rede gilt als offizieller Auftakt zu den Festlichkeiten, anläßlich der 150jährigen Gründung des italienischen Nationalstaats im Jahr 2011. Abgesehen von einer ausführlichen Darstellung der Gründe, die sowohl bei der Proklamation des italienischen Königreichs 1861 als auch 1946 bei der Gründung der Republik für eine einheitsstaatliche Lösung sprachen, ist bemerkenswert, daß Napolitano neben den drei bekanntesten Vertretern des politischen Risorgimento – Cavour, Garibaldi und Mazzini – auch den Mailänder Publizisten Carlo Cattaneo (1801–1869) erwähnt. Denn obgleich der Wissenschaftsjournalist und liberale Modernisierungsbefürworter Cattaneo einer der führenden Intellektuellen der Lombardei gewesen ist, läßt er sich doch wegen seiner dezidiert föderal-demokratischen Konzeption und antipiemontesischen Haltung nicht ohne weiteres in die Riege der wirkungsmächtigen Protagonisten des »Mythos Risorgimento« aufnehmen. Als der »große Antipode Cavours«[2] war er vielmehr für die zentrale Linie der nach 1861 einsetzenden nationalstaatlichen Geschichtsschreibung nur am Rande zu vereinnahmen und gilt daher bis in die neuere Forschung hinein als Repräsentant des »*l'altro Risorgimento*«.[3] Zwar beginnt sich die italienische Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren zunehmend für seine Person zu interessieren, außerhalb Italiens wird sein Werk hingegen nur vereinzelt rezipiert.[4]

1 »Im Hinblick auf 150 Jahre italienische Einheit. Zwischen historischer Reflexion und neuen Gründen für geteiltes Engagement«. Der Vortrag wurde am 12. Februar 2010 gehalten. Die Originalfassung des Vortrages ist auf der Internetseite des Quirinals zu finden: http://www.quirinale.it/elementi/Continua.aspx?tipo=Discorso&key=1784 [24. Februar 2010].

2 Carlo Moos: Das italienische Risorgimento zwischen Cattaneo und Cavour. In: Otto Sigg (Hrsg.): Mit der Geschichte leben. Festschrift für Peter Stadler. Zürich 2003, S. 233-244, hier S. 233.

3 Carlo Moos: L'«altro« Risorgimento. L'ultimo Cattaneo tra Italia e Svizzera, Mailand 1992.

4 Eine ausführliche Darstellung der historiographischen Beurteilung Carlo Cattaneos findet sich bei Lauretta Colucci: Carlo Cattaneo nella Storiografia. Studi su Risorgimento e feder-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wie Jens Petersen treffend schrieb, blieb Cattaneos ein »doppelt Besiegter«.[5] Weder mit seiner föderal-demokratischen Konzeption noch mit seinem republikanischen Konstitutionalismus konnte er entscheidenden Einfluß auf die italienische Staatswerdung gewinnen. Doch gerade Cattaneos Alternative eines föderal organisierten Italiens ist nicht nur der Grund für seine historiographische Marginalisierung im 19. Jahrhunderts, sondern auch für seine politische Aktualität in den letzten Jahren.[6]

Nach dem Zusammenbruch des traditionellen Parteiensystems 1992/94 und dem damit einhergehenden Aufleben lokaler und regionaler Protestbewegungen in Italien nahm die politische Debatte sowohl die strukturellen Krisenfaktoren der Ersten Republik als auch die Defizite des italienischen Nations- und Staatsbildungsprozesses während des Risorgimento in den Fokus ihrer Auseinandersetzung. Dabei machte man insbesondere die 1860/61 hastig eingeführte zentralistische Verwaltungsordnung für eine ganze Reihe von Fehlentwicklungen in der italienischen Politik verantwortlich.[7] So werden die geringe Loyalität gegenüber dem Staat, die ineffiziente Bürokratie sowie die schwache Bürgergesellschaft auf eine nur unzureichend ausgeprägte italienische Nationalidentität zurückgeführt, denn die p*iccola patria* steht auch heute noch im Zentrum der politisch-kulturellen Zuordnung.[8]

Infolgedessen nahm die Frage einer möglichen Föderalisierung bzw. Regionalisierung Italiens in der tagespolitischen Debatte einen wesentlichen Raum ein.[9] In dieser Diskussion, in der es darüber hinaus um eine neue Definition

Eine ausführliche Darstellung der historiographischen Beurteilung Carlo Cattaneos findet sich bei Lauretta Colucci: Carlo Cattaneo nella Storiografia. Studi su Risorgimento e federalismo dal 1869 al 2002. Mailand 2004; die einzige deutsche Studie, die sich umfassend mit der publizistischen Leistung Cattaneos auseinandersetzt, ist die Dissertation von Angelica Gernert: Liberalismus als Handlungskonzept. Studien zur Rolle der politischen Presse im italienischen Risorgimento vor 1848. Stuttgart 1990. Eine Anthologie mit einer Übersetzung der wichtigsten Schriften Cattaneos wird derzeit von mir vorbereitet. Die Publikation ist für 2011 vorgesehen.

5 Jens Petersen: Italien in seiner Vielfalt. Das Prinzip der Stadt als Erklärungsmodell der Nationalgeschichte. In: Oliver Janz, Pierangelo Schiera und Hannes Siegrist (Hrsg.): Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich. Berlin 2000, S. 239-251, hier S. 245. Ebenso Norberto Bobbio: Una filosofia militante. Studi su Carlo Cattaneo. Turin 1971, S. VII-XI.

6 Insbesondere die Lega Nord versucht Cattaneos politische Konzeption seit Beginn der 1990er Jahre für ihre sezessionistischen Ziele zu vereinnahmen; vgl. Daniele Vimercati (Hrsg.): Carlo Cattaneo. Stati Uniti d'Italia. Il Federalismo. Le Leghe. Mailand 1991.

7 Vgl. Oliver Janz und Hannes Siegrist: Zentralismus und Föderalismus – Strukturen und Kulturen im deutsch-italienischen Vergleich. Einleitende Bemerkungen. In: Janz (Hrsg.): Zentralismus (wie Anm. 5), S. 9-17, S. 9.

8 In italienischen Umfragen wird die heimische Stadt bzw. Region als primordialer Bezugspunkt der Identität angegeben. Vgl. dazu Günter Trautmann: Politische Kultur und nationale Identität. Italien in den neunziger Jahren. In: Wolf D. Gruner und Günter Trautmann (Hrsg.): Italien in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1991, S. 279-315; Sergio Romano: Das italienische Nationalgefühl heute. Traditionsbruch und Rückgriff. In: Schweizer Monatshefte 10 (1985), S. 859-866.

9 1994 beschlossen die Mehrheitsparteien die Einrichtung einer neuen *Commissione bicamerale*, die eine föderalistische Verfassungsreform ausarbeiten sollte. Dieses umfassende

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

des Verhältnisses von Bürger und Staat ging und in der nach einem alternativen Modell zur gescheiterten *partitocrazia* gesucht wurde, erlebte Cattaneo eine unverhoffte Renaissance. Denn die Forderung nach einer föderativen Umgestaltung des italienischen Nationalstaates und die Sicherung bürgerlicher Freiheiten rückten in den Blickpunkt der aktuellen Auseinandersetzung wie auch Cattaneos Vorstellungen einer modernen Zivilgesellschaft.[10] In seiner föderal-demokratischen Konzeption stellte Cattaneo die Stadt als Ideal der italienischen Geschichte sowie als Lehrstätte von Bürgersinn und gesellschaftlicher Mitverantwortung dar. Nachfolgend soll deshalb ihre spezifische Funktion für die munizipale Identität und bürgerliche Kultur im Risorgimento analysiert werden. Dazu wird zunächst die historiographische Tradition, in der Cattaneo stand, am Beispiel der Schriften Jean-Charles Léonard Sismonde de Sismondis (1773–1842) vorgestellt. Ein zweiter Abschnitt erläutert die Bedeutung der Stadt im Denken Cattaneos, um schließlich die Verbindung zwischen politischer Freiheit und föderaler Ordnung zu erörtern.

Auf der Suche nach dem filo ideale der italienischen Geschichte – Die Stadt im Zentrum der risorgimentalen Historiographie

Die italienische Historiographie des 19. Jahrhunderts läßt sich nicht losgelöst von dem damaligen nationalen Einigungsprozeß betrachten.[11] So konzentrierte sich die risorgimentale Geschichtsschreibung einerseits darauf, aus dem »Labyrinth der phantastischen Szenen, wo der Verstand sich verliert und die Gesetze des menschlichen Geistes verdächtig erscheinen« der italienischen Geschichte eine zusammenhängende homogene Vergangenheit zu konstruieren, und andererseits Gründungsmythen zu formen, die für eine nationale Identitätsbildung hilfreich sein sollten.[12] Das vorrangige Interesse der italienischen Geschichtsschreibung galt dabei weder der römischen Antike noch der Institution des Papsttums, sondern der Geschichte des Mit-

Reformprojekt scheiterte jedoch; siehe dazu Christian Jansen, der in seiner Darstellung der italienischen Geschichte nach 1945 in der Föderalisierung die »wichtigste und vermutliche zukunftsträchtigste Veränderung« sieht. Christian Jansen: Italien seit 1945. Göttingen 2007, S. 228.

10 Zum Begriff *partitocrazia* siehe den Lexikonbeitrag von Günter Trautmann: Partitocrazia, in: Richard Brütting (Hrsg.): Italien-Lexikon, Berlin 1997, S. 564f.

11 Stefan Berger: Introduction. In: Stefan Berger, Linas Eriksonas und Andrew Mycock (Hrsg.): Narrating the Nation. Representations in History, Media and the Arts. New York u.a. 2008, S. 1-16, S. 1; sowie Friedrich Wolfzettel: Anstelle einer Einleitung. Literaturgeschichtliche Modelle als mythische Konstruktion im italienischen Risorgimento. In: Friedrich Wolfzettel und Peter Ihring (Hrsg.): Literarische Tradition und nationale Identität. Literaturgeschichtsschreibung im italienischen Risorgimento. Tübingen 1991, S. 1-73, S. 60.

12 »labirinto di scene fantastiche, dove la ragione si smarrisce e le leggi dello spirito umano sembrano sospese« Giuseppe Ferrari: Storia delle Rivoluzione d'Italia. In: Ernesto Sestan (Hrsg.): Opere die Giandomenico Romagnosi, Carlo Cattaneo, Giuseppe Ferrari. Mailand 1957, S. 1155-1200, S. 1155.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

telalters. Zum einen konnte man auf diese Weise problemlos an die Schriften der italienischen Humanisten des Spätmittelalters anknüpfen. Scholastiker, Humanisten und Staatstheoretiker wie Dante, Petrarca und Marsilius von Padua hatten bereits im 13. und 14. Jahrhundert Ideen zu einer politisch und kulturell einheitlichen Nation formuliert. Diese sollte ein bestimmtes Territorium sowie spezifische Institutionen, Interessen und Werte umfassen.[13] Zum anderen bot den Historikern des 19. Jahrhunderts das Mittelalter einen wesentlich größeren Erzählstoff, aus dem sich nationale Mythen ableiten ließen.[14] Historische Ereignisse wie der Schwur von Pontida (1167), der das Bündnis der Lega Lombarda zwischen den oberitalienischen Kommunen begründete, die Schlacht bei Legnano (1176) und die Sizilianische Vesper (1282) werden als Beispiele für ein politisch wie militärisch selbstbewußtes Italien gedeutet, das bereit gewesen sei, sich gegen die Fremdherrschaft zur Wehr zu setzen.[15]

Am Beginn dieser Entwicklung stand der Genfer Historiker und Protestant Jean-Charles Léonard Sismonde de Sismondi, der mit seinem sechzehnbändigen Werk *Histoire des républiques italiennes au moyen âge* die Geschichte der mittelalterlichen Stadtstaaten zu einer ersten narrativen Synthese vereinte.[16] Damit gab er nicht nur die weiteren inhaltlichen wie ideologischen Leitmotive der italienischen Geschichtsschreibung des Risorgimento vor, er appellierte auch an das patriotische Empfinden der Italiener, daß die Zeit der politischen Bedeutungslosigkeit Italiens beendet sei, wenn man nur die entsprechenden Lehren aus der eigenen Geschichte ziehe.[17] Den Fokus seiner

13 Kathrin Mayer und Herfried Münkler: Die Erfindung der italienischen Nation in den Schriften der Humanisten. In: Herfried Münkler, Hans Grünberg und Kathrin Meyer (Hrsg.): Nationenbildung. Die Nationalisierung Europas im Diskurs humanistischer Intellektueller. Berlin 1998, S. 75-161, S. 88f.

14 Ilaria Porciani: »Fare gli Italiani«. In: Monika Flacke (Hrsg.): Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama. München 2001, S. 199-222, S. 200. Zum Thema »Geschichte als Argument« siehe Miroslav Hroch: Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen 2005, S. 148.

15 Adrian Lyttleton: Creating a National Past. History, Myth and Image in the Risorgimento. In: Albert Russel Ascoli und Krystyna von Henneberg (Hrsg.): Making and Remaking Italy. The Cultivation of National Identity around the Risorgimento. Oxford, New York 2001, S. 27-74, S. 46-58; Mario Fubini: Un mito del Risorgimento. La Lega Lombarda. In: Mario Fubini (Hrsg.): Romanticismo italiano. Bari 1971, S. 157-188, S. 160f.

16 Versuche, eine umfassende Geschichte Italiens zu schreiben bzw. diese in ein kulturwissenschaftliches System einzubinden, gab es schon vor dem Risorgimento, allerdings wurde nicht ein italienischer Nationalstaat gefordert. So sind Historiker wie Francesco Giucciardini (1483–1540), Giambattista Vico (1668–1744) und Pietro Giannone (1676–1748) zu nennen.

17 Adrian Lyttleton: Between *piccola patria* and *grande patria*. National Identity and Nation-Building in Nineteenth-Century Italy. In: Ulrike von Hirschhausen und Jörn Leonhard (Hrsg.): Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, S. 154-177, S. 163; sowie Lyttleton: Creating (wie Anm. 15), S. 42f.; siehe auch Peter Ihring: La città, principio ideale delle istorie italiane. Die italienische Historiographie im Zeitalter des Risorgimento und ihr Lob der städtischen Lebensform. In: Germanisch-Romanische Monatsschrift 45 (1995), S. 48-69, S. 49.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

historischen Darstellung legte Sismondi auf die mittelalterlichen Stadtrepubliken, die ihre Autonomie aus dem Konflikt zwischen Kaiser und Papst generieren konnten. Den urbanen Polyzentrismus Norditaliens, der bisher für die politische Fragmentierung Italiens verantwortlich gemacht wurde, deutete er um.[18] Sismondi sah im dezentralen Charakter der politischen Landschaft Italiens kein Manko, sondern eine fortschrittliche Konstante der italienischen Geschichte. In Verbindung mit einer erfolgreichen wirtschaftlich-kulturellen Ausrichtung und starker militärischer Dominanz konnten sich die am politischen Gemeinwohl orientierten Stadtrepubliken positiv von den anderen europäischen Nachbarn abheben. Der Erfolg dieser aufstrebenden *comuni* bewies demnach, daß der zivilisatorische Fortschritt aus Italien stamme und daß politische Freiheit nur im Rahmen einer städtischen Lebensform möglich sei. Allerdings – so räumte der Protestant Sismondi ein – habe sich Italien aufgrund des ausgeprägten Autonomiecharakters der Stadtrepubliken und der Machtkämpfe innerhalb der katholischen Kirche nicht endgültig auf eine gemeinsame politische Regierungsform einigen können. Bürgerkrieg, Fremdherrschaft und der politische Bedeutungsverlust des Landes seien die historische Konsequenz aus der Uneinigkeit der Italiener. Damit verschob Sismondi die bisherigen Erklärungsansätze für Italiens politischen Niedergang seit dem 15. Jahrhundert. Verantwortlich dafür seien nicht – wie bisher angenommen – der Charakter der Italiener bzw. die klimatischen Bedingungen der Halbinsel, sondern allein das Fehlen eines übergreifenden institutionellen Rahmens.[19] Sismondis Umkehrschluß, der prägend für die Historiographie des Risorgimento werden sollte, lautete schlicht: Italien könne zu seiner traditionellen zivilisatorischen Größe zurückfinden, wenn seine Bevölkerung nur bereit wäre, sich wieder zu einem gemeinsamen politischen Bündnis zusammenzuschließen.[20]

Eine künftige staatliche Ordnung für Italien beruhte für Sismondi einzig auf der städtischen Lebensform, da sie übersichtlich organisierbar und infolgedessen besonders demokratiefähig sei. Seiner Auffassung nach konnte sich allein aus der urbanen bzw. regionalen Vielfalt eine genuin italienische National-

18 Der Historiker Arnold J. Toynbee stellte fest, daß es im 14. Jahrhundert mehr unabhängige Staaten in Nord- und Mittelitalien gegeben habe als 1934 auf der ganzen Welt, vgl. Christopher Duggan: A Concise History of Italy. Cambridge 1994, S. 2.

19 Christopher Duggan: The Force of Destiny. A History of Italy since 1796. London 2007, S. 97. Jean-Charles Léonard Sismonde de Sismondi: Histoire des républiques italiennes du moyen age, Bd. 10, Paris 1840, S. 364-401. Zur Diskussion der italienischen Charaktereigenschaften siehe den Artikel von Silvana Patriarca: Indolence and Regeneration. Tropes and Tensions of Risorgimento Patriotism. In: The American Historical Review 110 (2005), S. 280-308, abzurufen unter: http://www.historycooperative.org/journals/ahr/110.2/patriarca.html#FOOT82, Abschnitt 36 [24. Februar 2010].

20 Christopher Duggan weist auf den Zusammenhang zwischen der Schweizer Geschichte und Sismondis Forderungen für Italien hin; Duggan: The Force (wie Anm. 19), S. 97. Sismondi begeisterte sich auch deshalb für die italienische Nation, weil er sie als eine vergrößerte Schweiz konstruierte; hierzu auch Ihring: La città (wie Anm. 17), S. 53f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

identität entwickeln. Als einziges politisches Modell für Italien kam demzufolge das bereits im Mittelalter durch die Lega Lombarda erfolgreich angewandte Organisationsprinzip des Föderalismus in Frage.
Allerdings überhöhte Sismondi die freiheitlichen Verfassungen der *comuni* und die daraus resultierende ökonomische und kulturelle Dynamik, ebenso wie die erwähnten historischen Ereignisse des 12. Jahrhunderts. Die Gründung der Lega Lombarda sowie die Sizilianische Vesper waren für ihn Ausdruck des »tapferen Widerstands« gegen die Fremdherrschaft. Diese Episoden hatte Sismondi sorgfältig ausgewählt, um darzulegen, daß die Italiener militärisch fähig waren, couragiert und erfolgreich zu kämpfen.[21]
Sismondis Darstellung der italienischen Geschichte fand dementsprechend große Resonanz in der Publizistik Italiens zu Beginn des 19. Jahrhunderts.[22] Seine romantische Interpretation der mittelalterlichen Vergangenheit bereitete eine narrative Basis für eine patriotische Historiographie vor, indem er das Prinzip der politischen Stadtgemeinschaft in den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellte.[23] Die Abhandlung, die Christopher Duggan als »canonical text for Italian patriots« bezeichnete, erhielt indes ein Paradoxon, welches schon den Zeitgenossen auffiel.[24] Die städtische Lebensform, die Sismondi als Privileg der italienischen Geschichte idealisierte, war zugleich Ursache für die anhaltenden Machtkämpfe zwischen den Stadtrepubliken Norditaliens, aus denen die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit Italiens resultierte.[25]
Da dieser Widerspruch bestehen blieb, konnten Sismondis Bemühungen, die mittelalterlichen Ereignisse in einer historisch konvergenten Narration zusammenzufassen, nur bedingt zu einer politischen Nationalisierung durch die Geschichte beitragen.[26] Zwar bezweifelten wenige, daß es ein kulturelles

21 Zwei der nationalen Stereotype, die für Italien beharrlich genannt werden, sind »Unmännlichkeit« und »Verweichlichung«, vgl. Patriarca: Indolence (wie Anm. 19), Abschnitt 28f.
22 Die *Histoire* bekam enthusiastische Besprechungen, u. a. vom Mediävisten Pietro Borsieri (1788–1852) in der einflußreichen liberalen Mailänder Zeitschrift *Il Conciliatore*, dazu David Laven: Italy. The Idea of the Nation in the Risorgimento and Liberal Eras. In: Timothy Baycroft (Hrsg.): What is a Nation? Europe 1789–1914. Oxford 2006, S. 255-271, S. 268f.
23 Giorgio Candeloro: Storia dell'Italia moderna, Bd. 2: Dalla restaurazione alla rivoluzione nazionale 1815–1846. Mailand 1978,. S. 37-39. Daß dies bis heute eine Schwierigkeit der Darstellung der italienischen Geschichte ist, zeigt die Rezension von Matthias Schnettger: Überblickswerke zur italienischen Geschichte. In: Sehepunkte 4 (2004), http://www.sehepunkte.de/2004/05/6090.html [24. Februar 2010].
24 Duggan: The Force (wie Anm. 19), S. 72. Interessant ist, daß Alberto Mario Banti die Autoren Sismondi, Romagnosi und Cattaneo komplett aus seiner Untersuchung patriotischer Texte ausschließt, vgl. Alberto Mario Banti: La nazione del Risorgimento. Parentela, santità e onore alle origini dell'Italia unita. Turin 2000, S. 49.
25 Duggan: The Force (wie Anm. 19), S. 97.
26 Christopher Duggan formuliert dieses Phänomen bezüglich der Nationalisierung durch Geschichte zu Beginn des Risorgimento folgendermaßen: »This was the difficulty with Italian history: it always seemed to be pulling in different directions and offered little *prima facie* support for the idea of an Italian nation«, Duggan: The Force (wie Anm. 19), S. 98.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nationalbewußtsein in Italien gab, aber die *piccola patria* galt weiterhin als Hauptbezugspunkt der politischen Loyalität.[27] Zu heterogen waren die institutionellen Traditionen, die Wirtschafts- und Handelsinteressen sowie sprachlichen Unterschiede zwischen den Stadtstaaten in Norditalien. Die politische Orientierung wurde durch den patriotischen c*ampanilismo* geprägt, der sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht direkt in ein nationales Wertesystem überführen ließ.[28] Dies entging auch nicht dem späteren Herausgeber der beiden liberalen Zeitschriften *L'Antologia* und *Archivio storico italiano,* Giovan Pietro Vieusseux (1779–1863), der in einem Brief an Sismondi 1814 seine Beobachtungen in folgender Äußerung darlegte:

> »Wenn man mich fragt, zwischen diesen beiden Ländern [Schweiz oder Italien] zu wählen, bevorzuge ich vielleicht jenes Land, in dem ich eine einzige Nation [Schweiz] und so etwas wie einen nationalen Geist finde; in Italien hingegen sehe ich weder einen nationalen Geist noch Italiener; ich sehe nichts anderes als Neapolitaner, Römer, Lombarden, Ligurer, die sich alle gegenseitig verachten.«[29]

Die Schwierigkeiten mit einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der italienischen Geschichte setzten sich auch weiterhin fort. Die im Verlauf des Risorgimento einflußreichsten Werke der *letteratura patriotica* waren solche Publikationen, die sich erneut auf einzelne Episoden der italienischen Geschichte konzentrierten oder diese in die neue literarische Gattung des historischen Romans übertrugen.

Vom filo ideale zum principio ideale – Die Stadt als Ursprung des liberaldemokratischen Föderalismus im Risorgimento

Im Jahre 1858 erschien in der Mailänder Zeitschrift *Il Crepuscolo* der Artikel *La città considerata come principio ideale delle istorie italiane*.[30] Darin arbei-

27 Dazu Peter Ihring: Das nationale Kulturbewußtsein in Italien zwischen Revolution und Restauration. In: Friedrich Wolfzettel und Peter Ihring (Hrsg.): Literarische Tradition und nationale Identität. Literaturgeschichtsschreibung im italienischen Risorgimento. Tübingen 1991, S. 101-142. S. 142.

28 Der Begriff *campanilismo* bezeichnet das Phänomen der »Kirchturmpolitik«.

29 »Se mi si chiede di scegliere tra queste due contrade [Svizzera e Italia], do forse la preferenza a quella nella quale trovo un solo corpo di nazione [la Svizzera], e checché se ne dica, un certo spirito nazionale, mentre non vedo in Italia né spirito nazionale né italiani: io non ci vedo che dei napoletani, dei romani, dei lombardi, dei liguri, che si detestano reciprocamente«, zitiert nach Banti: La nazione (wie Anm. 24), S. 26; siehe dazu auch den Beitrag von Cosimo Ceccuti: Die Ursprünge des Risorgimento. Die politisch-kulturellen Strömungen Italiens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 29-37, S. 34.

30 Carlo Cattaneo: La città considerata come principio ideale delle istorie italiane. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 997-1040. Cattaneo schrieb diesen Artikel als Replik auf Ferraris Aufsatz über das Prinzip der Revolution in der italienischen Geschichte (*Histoire des rèvolutions d'Italie ou Guelfes et Gibelins)*. Cattaneo und Ferrari gehörten dem Mailänder Zirkel Romagnosis an und setzten sich gemeinsam für eine Föderation Italiens ein.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tete Carlo Cattaneo erneut die Stadt als Grundmotiv für die diversen zeitlichen und regionalen Stränge der italienischen Geschichte heraus:

> »[…] Wir möchten sagen […], daß die Stadt das einzige Prinzip sei, auf das sich in den dreißig Jahrhunderten eine anschauliche und kontinuierliche Darstellung der italienischen Geschichten reduzieren läßt. Ohne diesen idealen Faden würde sich die Erinnerung im Labyrinth der Eroberungen, der Parteibildungen, der Bürgerkriege sowie ständigen Zusammensetzungen und Zergliederungen der Staaten verirren«.[31]

Durch die Lektüre der *Histoire des rèvolutions d'Italie ou Guelfes et Gibelins* seines Freundes und politischen Mitstreiters Giuseppe Ferrari (1812–1876) angeregt, ergänzte Cattaneo zeitlich das historische Analysemodell Sismondis und nahm den föderal-demokratischen Diskurs seiner Zeit auf.[32] Ohne unmittelbar auf die aktuellen Ereignisse der späten 1850er Jahre in der Lombardei einzugehen, analysierte Cattaneo den für ihn engen Zusammenhang zwischen politischer Freiheit, zivilisatorischem Fortschritt, urbaner Lebensform und föderaler Ordnung. Da er die Stadt als *principio ideale delle istorie italiane* definiert, erschien sein Essay als Positionierung in der damaligen Diskussion um eine unitarische oder föderale Lösung der Italienischen Frage. Der Plural *istorie italiane* offenbarte darüber hinaus deutlich, daß sich Cattaneo des Spannungsverhältnisses zwischen Pluralismus und Partikularismus in der italienischen Geschichte bewußt gewesen ist. Um seine These, daß die Stadt der Ursprung jeglichen politischen Handelns sei, zu erhärten, beschränkte sich Cattaneo nicht auf eine Analyse der römischen Antike und des Hochmittelalters in Italien. Vielmehr ging er bis in die Zeit der ersten historisch nachweisbaren urbanen Siedlungen auf der Halbinsel zurück. Diese seien von Einwanderern begründet worden, die ihre Kolonien durch bauliche Befestigungen schützten. Daraus gingen später die ersten Städte hervor.[33] Sowohl die italischen Völker als auch die Etrusker übernahmen, so Cattaneo, diese Vorgehensweise und sicherten ihre *comuni* durch Ummauerungen.[34] In Italien habe zudem die Stadt mit dem umliegenden Land (*contado*) eine untrennbare Einheit gebildet, da – im Gegensatz zu Nordeuropa – die landbesitzenden Fami-

31 »[…] voremmo […] dire che la città sia l'unico principio per cui possano i trenta secoli delle istorie italiane ridursi a esposizione evidente e continua. Senza questo filo ideale, la memoria si smarrisce nel labirinto delle conquiste, delle fazioni, delle guerre civili e nell'assidua composizioni e scomposizione degli stati«, Cattaneo: La città (wie Anm. 30), S. 997.

32 Giuseppe Ferrari: Storia delle rivoluzioni d'Italia. In: Sestan (wie Anm. 12,) S. 1155-1200.

33 Cattaneo: La città. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 1000.

34 Cattaneo: La città. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 1002. Cattaneo verweist hier auf die Auseinandersetzung mit der Etruskologie. Die Etrusker wurden als primordiale Zivilisation Italiens gesehen. Bereits im 18. Jahrhundert setzten sich Giambattista Vico und Thomas Dempster für die Erforschung der Etrusker ein; so wurde in Volterra 1761 eines der ersten öffentlichen Museen zur Etruskologie in Europa gegründet; vgl. Duggan: The Force (wie Anm. 19), S. 29.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

lien aus der städtischen Ansiedlung heraus agierten.[35] Durch die enge sozioökonomische Bindung zwischen diesen beiden Bereichen seien deshalb nicht nur regional stark unterschiedliche Dialekte, sondern auch divergierende Gesetze und Verwaltungstraditionen entstanden, die teilweise bis in das 19. Jahrhundert Bestand hatten.[36] Cattaneo bezeichnete diese Symbiose zwischen Stadt und Land als *stato elementare*, der durch eine große politische Selbständigkeit gekennzeichnet sei. Doch bereits diese frühen städtischen Gemeinwesen hätten zu ihrer gegenseitigen Sicherung schon das Prinzip des föderativen Schutzbundes gekannt und eingesetzt:

> »Die eigentlich italischen Städte sind frei; aber das höchste Recht in bezug auf Krieg und Frieden ist eingeschränkt durch Bundespakte zwischen denen, die mehr oder weniger die gleiche Sprache sprechen, oder durch Verträge zwischen Rivalen, oder durch die Autorität der Mächtigsten«.[37]

Cattaneo räumte zwar ein, daß diese Verteidigungsbündnisse dem Expansionsdrang der Stadt Rom letztlich nicht standhielten, doch habe das Prinzip der Stadt innerhalb des Römischen Reichs in Form des *municipio* weiter existiert.[38] Das *sistema municipale* – hier griff Cattaneo einen Gedanken seines Mentors Giandomenico Romagnosi (1761–1835) auf – habe bis in das Mittelalter in fast unveränderter Form fortbestehen können und so den Prozeß des *incivilimento* überhaupt erst für die Neuzeit ermöglicht.[39] Indem er eine historische Kontinuität der städtischen bzw. munizipalen Lebensform seit der vorrömischen Zeit bis in die Gegenwart postulierte, machte Cattaneo das Prinzip der Stadt zu einem Katalysator der Modernisierung und der gesellschaftlichen Entwicklung.[40] Der Begriff des *incivilimento*, der für das Verständnis von Carlo Cattaneos liberal-demokratischer Föderalismuskonzeption grundlegend

35 »In Italia il recinto murato fu in antico la sede comune delle famiglie che possedavano il più vicino territorio. La città formò col suo territorio un corpo inseparabile«, Cattaneo: La città. In: Sestan (wie Anm. 12.), S. 1000; und »Le rimase sempre il principio che distingue la città italica dalla città transalpina, cioè l'inima unione sua col suo territorio, e la tenace convivenza dei possidenti, che non vollero mai relegarsi nella compagna… Questa adesione del contado alla città, ove dimorano i più autorevoli, i più opulenti, i più industri, costituisce una persona politica, uno stato elementare, permanente e indissolubile«, Cattaneo: La città**.** In: Sestan (wie Anm. 12.), S. 1037. Für Cattaneo bildeten Stadt und Land keinen Gegensatz.

36 »La permanenza del municipio è un altro fatto fondamentale e quasi comune a tutte le istorie italiane«, Cattaneo: La città. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 1001 und S. 1037.

37 »Le città dette propriamente italiche sono libere in sé; ma il supremo diritto di guerra e di pace è limitato da patti federali più o meno larghi colle altre della medesima lingua, o da trattati colle rivali, o dall'autorità delle più potenti«, Cattaneo: La città. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 1002.

38 Ihring: La città, (wie Anm. 17), S. 62.

39 Giandomenico Romagnosi: »Dell'indole e dei fattori dell'incivilimento con esempio del suo risorgimento in Italia.« In: Sestan (wie Anm. 12), S. 139-290. Der Jurist Romagnosi gehörte zum Kreis der Mailänder Aufklärung und war wissenschaftlicher Mentor für Cattaneo und Ferrari; vgl. Martin Thom: Republic, Nations, Tribes, London 1995, S. 271ff.

40 »La permanenza del municipio è un altro fatto fondamentale e quasi comune a tutte le istorie italiane«, Cattaneo: La città. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 1001.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ist, beschreibt dabei einen kontinuierlichen zivilisatorischen Fortschritt zur besten Form des sozialen Zusammenlebens. Deshalb dürfe sich dieser Prozeß nicht nur auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche konzentrieren, sondern müsse auch die Entwicklung in den wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Bereichen fördern. Cattaneo war davon überzeugt, daß sich diese einander ergänzenden Aspekte des Zivilisationsprozesses nur in kleinen überschaubaren Einheiten entwickeln konnten. So galt die Stadt dem Mailänder als Ursprung des modernen Staates. Einzig sie könne eine politische Kultur hervorbringen, die demokratische Partizipation und bürgerliche Freiheiten gewährleiste. Idealerweise führe die unmittelbare Teilhabe an politischen Entscheidungen zu einer stärkeren Identifikation des einzelnen mit dem Gemeinwesen. Die städtische Lebenswelt – mit all ihren Traditionen, Gesetzgebungen und Verwaltungsmaßnahmen – befähige zu größerer Selbständigkeit und Mitverantwortung. Die Stadt erschien nicht nur als das verbindende Element der norditalienischen Geschichte, sondern auch, politisch gesehen, als das *fermento geniale*.[41]

Der 1858 geschriebene Essay mit seiner Analyse der Geschichte der Stadtstaaten Norditaliens diente Cattaneo als Grundlage seiner eigenen politischen Überzeugungen. In der publizistischen Auseinandersetzung um das beste staatliche Organisationsmodell für die Lösung der Italienischen Frage, wird das *principio ideale* zum Argument für das föderal-demokratische Ordnungsprinzip. Seine stringente Beweisführung legt diese Schlußfolgerung jedenfalls nahe, selbst wenn Cattaneo sie nicht ausdrücklich formulierte.[42]

Bereits vor 1848 hatte Cattaneo die Idee einer föderal ausgerichteten Organisationsstruktur für das Königreich Lombardo-Venetien und Österreich vertreten.[43] Als Herausgeber, Journalist, Organisator der ersten überregionalen Wissenschaftskongresse und Mitinitiator zahlreicher Modernisierungsprojekte setzte Cattaneo auf eine gemäßigte Reformpolitik seitens des österreichischen Verwaltungsstaates.[44] Er war überzeugt, daß eine adäquate wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung innerhalb der Herrschaftsstruktur der Habsburgermonarchie möglich sei und sich diese langfristig zu einer Föderation freier Völker entwickeln könne.[45] Eine – in der politischen

41 Carlo Cattaneo: Dal federalismo all'autonomismo. In: Claudia Petraccone (Hrsg.): Federalismo e autonomia in Italia dall'unità a oggi, Rom 1995, S. 42-47, S. 42.

42 Es stellt sich hier die Frage, ob dies nicht der Zensur geschuldet ist.

43 So hat Norberto Bobbio die Entwicklung der föderalen Theorie Cattaneos zeitlich in drei Phasen eingeteilt, vgl. dazu Gernert (wie Anm. 4), S. 231.

44 So war Cattaneo z. B. in die Planung der Eisenbahnlinien zwischen der Lombardei und dem Veneto involviert. Darüber hinaus gehörte er den Organisationskomitees für Schul- und Bankreformen sowie des Zollvereins an, vgl. Gernert (wie Anm. 4), S. 135ff.

45 Carlo Cattaneo: Dell'insurrezione di Milano nel 1848 e della successiva guerra. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 847-995, S. 865ff. Im Gegensatz zu den meisten politisch engagierten Zeitgenossen lehnte Cattaneo die habsburgische Verwaltungsmonarchie nicht kategorisch

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Diskussion ebenfalls erörterte Möglichkeit – der *fusione* zwischen der Lombardei und dem Königreich Piemont-Sardinien lehnte Cattaneo hingegen kategorisch ab, denn er hielt dieses in vielen Bereichen für deutlich rückständiger als Österreich.[46] Auch im Anschluß an die *Cinque Giornate di Milano*, in die Cattaneo im März 1848 aktiv als Mitglied des *consiglio di guerra* involviert war, beharrte er auf seiner kritischen Haltung gegenüber Piemont und Cavour.[47]

In den folgenden Jahren, die er größtenteils im Exil im Schweizer Kanton Ticino verbrachte, setzte Cattaneo seine publizistische Tätigkeit fort und konzentrierte sich darauf, die Idee politischer, sozialer und bürgerlicher Reformen im Rahmen eines föderal-demokratischen Staates weiterzuentwickeln.[48] Obwohl er seine politische Konzeption nie in einer programmatischen Schrift zusammengefaßt hat, durchzog dieses Thema seine gesamten Veröffentlichungen zwischen 1850 und 1868.[49] Der Föderalismus, den er als »einzig mögliche Theorie der Freiheit« auswies, verband sich für ihn nicht nur mit einer staatlichen Ordnung, sondern mit der Idee der politischen Freiheit an sich.[50] Um den Nexus zwischen Föderalismus und Freiheit zu verdeutlichen, ergänzte er seinen Entwurf eines modernen Staates um den Aspekt des Republikanismus. Cattaneo betonte, daß die einzige Möglichkeit, Freiheit und Föderation miteinander zu verknüpfen, die Republik sei. Nur in einer Republik bleibe das Volk wirklich souverän, denn einzig durch das Mittel der Selbstregierung könne der Bürger seine Freiheit bewahren. Für Cattaneo gehörten die drei Begriffe Freiheit, Föderation und Republik untrennbar zueinander und bildeten den Mittelpunkt seiner politischen Konzeption:

ab, sondern hoffte auf ihre Reformfähigkeit. Zwar stand diese Haltung im Widerspruch zu seiner Überzeugung, daß die Republik die einzig möglich Staatsform für Italien sei, aber noch stärker befürchtete er die Folgen einer Revolution für die Lombardei. Siehe dazu auch Marco Meriggi: Gli stati italiani prima dell'unità. Una storia istituzionale. Bologna 2002, S. 168f.

46 »Prima fate la rivoluzione a casa vostra, e non venite con la vostra corte e i vostri confessionali a farci cadere ancora al disotto delle tartarughe«, Brief Carlo Cattaneos vom 26. Oktober 1852, er zitiert dort jedoch seine eigene Äußerung aus dem Jahre 1847, vgl. Rinaldo Caddeo (Hrsg.): Epistolario di Carlo Cattaneo, Bd. 2, Florenz 1952, S. 194.

47 Die Gründe für seine Teilnahme an der Revolution – trotz seiner Abneigung – legte Cattaneo später in der 1849 erschienenen Schrift »Dell'insurrezione« dar. Die Abneigung zwischen Cattaneo und Cavour war gegenseitig, vgl. dazu Moos: Das italienische Risorgimento (wie Anm. 2), S. 238.

48 So beschlossen Cattaneo und Ferrari, zusammen mit Mazzini eine Partei zu gründen, die Demokratie, Konstitutionalismus und Föderalismus durchsetzen sollte. Dies scheiterte aber an Mazzinis Bedenken gegenüber dem Föderalismus. Er plädierte für eine einheitsstaatliche Republik, vgl. dazu Anne Bruch: Italien auf dem Weg zum Nationalstaat. Giuseppe Ferraris Vorstellungen einer föderal-demokratischen Ordnung, Hamburg 2005, S. 83f.

49 Vgl. Gernert (wie Anm. 4), S. 232.

50 »unica possibile teorica della libertà«, Carlo Cattaneo: Federalimo e libertà. In: Petraccone (wie Anm. 40), S. 11-21, S. 11. Carlo Cattaneo erwähnt dies in einem Brief an Ludovico Frappoli vom 29. Dezember 1851. In: Caddeo (wie Anm. 46), S. 157.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Freiheit bedeutet Republik, und Republik heißt Pluralismus, oder besser gesagt Föderation«[51]

Cattaneos Föderalismusbegriff verband sich unabwendbar mit dem Universalismus liberaler Werte. Das föderale Prinzip sei zum einen passend für Individuen wie für Staaten und zum anderen das »wahre Recht der Völker«.[52] Im Gegensatz zum zentralisierten Einheitsstaat, der durch seine bürokratisierten Institutionen eine erhebliche Machtfülle akkumuliere und so zum strukturellen Feind der Freiheit werde, vermöge einzig der Föderalismus die pluralistische Gesellschaft und die persönlichen Rechte des einzelnen zu sichern.[53]

Cattaneo beschränkte seine föderal-demokratische Konzeption keineswegs auf die Italienische Frage. Diese sah er vielmehr in einen gesamteuropäischen Rahmen eingebettet, da die politische Fragmentierung Italiens das Produkt eines 500jährigen Prozesses in Europa gewesen sei.[54] Ein freies Italien erschien daher nur in einem freien Europa realisierbar. Die logische Konsequenz bestand für Cattaneo in einer Einigung Europas auf föderaler Basis. Einzig in einem föderalen Europa ließe sich ein demokratisches System errichten, das in der Lage sei, die Prinzipien der Einheit und Freiheit der Völker miteinander in Einklang zu bringen und für einen dauerhaften Frieden zu sorgen. Damit stellt Cattaneo dem nationalen Prinzip ein *ius publicum europaeum* zur Seite, das zukünftig sowohl die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander als auch die Aufgaben- und Kompetenzverteilung innerhalb der einzelnen Teilstaaten föderal regeln sollte.[55] Cattaneo, der als Vorbilder für seine politische Konzeption die Schweiz und die USA nannte, schloß daher seine Beschreibung des – mehr regional als national orientierten – Mailänder Aufstandes von 1848 mit den Worten: »Wir werden wirklichen Frieden haben, wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa haben«.[56]

51 »Libertà è repubblica; e repubblica è pluralità, ossia federazione«, ebenso in dem Brief an Ludovico Frappoli vom 29. Dezember 1851. In: Caddeo (wie Anm. 46), S. 157.

52 »Il diritto federale è il vero diritto dei popoli« und »il principio federale, come conviene agli Stati, conviene agli individui. Ognuno deve conservare la su sovranità personale, ossia la sua libertà di espressione«. In: Caddeo (wie Anm. 46), S. 157; vgl. auch Corrado Malandrino: Federalismo. Storia, idee, modelli. Rom 1998, S. 60.

53 »Io credo che il principio federale, come conviene agli Stati, conviene agli individui. Ognuno deve conservare la sua sovranità personale,ossia la sua libertà di espressione« (1851), zitiert nach Zeffiro Ciuffoletti: Federalismo e regionalismo. Da Cattaneo alla Lega, Bari 1994, S. 40.

54 Ebd. »La guerra d'Italia fa parte della guerra civile d'Europa. La schiavitù d'Italia è un fatto europeo: l'Italia non può essere libera che nel seno di un'Europa libera«, S. 47.

55 »Di là il diritto federale, ossi il diritto dei popoli, il quale debba avere il suo luogo, accanto al diritto della nazione, acconto al diritto del l'umanità« (Archivio trimestrale), zitiert nach Ciuffoletti (wie Anm. 53), S. 46. Cattaneo definierte an keiner Stelle seiner Schriften eindeutig, was er unter Bundesstaat und Staatenbund verstand.

56 »Avremo pace vera, quando avremo li Stati Uniti d'Europa«, Catteno: Dell'insurrezione di Milano nel 1848. In: Sestan (wie Anm. 12), S. 995.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schlußbetrachtungen

Die italienische Nationalstaatsgründung, die für den größten Teil der Halbinsel formal im März 1861 vollzogen worden war, verlief diametral zu den Erwartungen der größtenteils konföderal orientierten Nationalbewegung der *Moderati* und mündete in dem unitarisch regierten Einheitsstaat.[57] Die sich anschließende rigide Zentralisierung und autoritär durchgesetzte Beseitigung sämtlicher lokaler Autonomien und Traditionen unter der Führung Piemonts rief allerdings regionalen Widerstand hervor, der die Arbeit der Regierung erheblich belastete und überdies ihre Legitimität in Frage stellte.[58]
Angesichts der gesellschaftlichen Probleme nach 1860/61 bzw. 1870, die aus dem unvollendeten Nationsbildungsprozeß hervorgingen, bemühte sich die neue nationale Führungsschicht verstärkt darum, einen ethisch-politischen Kodex zu entwerfen, der den geringen Rückhalt in der Bevölkerung überdekken und das reibungslose Funktionieren des Einheitsstaates gewährleisten sollte.[59] Eine Historiographie, die weiterhin die idealisierte mittelalterliche Kommune als nationales Kontinuum in den Mittelpunkt ihres Wertesystems stellte und so eher den regionalen Partikularismus betonte, wurde jetzt von der Publizistik als *antiunitario* diskreditiert. Anstelle des Föderalismus-Paradigmas nahm das Risorgimento selbst die Funktion eines Gründungsmythos für den italienischen Nationalstaat ein.[60] Es bildete sich ein Risorgimentoverständnis, das die Einigung Italiens als eine »ruhmvolle Synthese von Gruppen und Kräften interpretierte, die, bei aller Rivalität, in ihren politischen Grundpositionen übereinstimmten«[61] und von der Übernahme der zentralistischen Administration Piemonts für ganz Italien überzeugt waren.[62] Dabei wurde die

57 Noch 1860 befürwortete Cavour einen konföderalen Staat, und im März 1861 legte Innenminister Minghetti dem Parlament vier Gesetzesentwürfe zur Dezentralisierung der Verwaltung vor, die nach dem Vorbild der englischen Gemeindeverfassungen ausgearbeitet worden waren, vgl. dazu Sergio Romano: Niedergang und Ende der risorgimentalen Ideologie, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 75 (1995), S. 426-444, S. 428.

58 »It was precisely the failure of centralization, of political and administrative modernization, to create a united nation state that led to the use of military repression and exceptional legislation. In this way, the Italian state's despotic, dictatorial face masked a weak and unstable reality«, wie es Lucy Riall in ihrem Aufsatz ausführt. Lucy Riall: Elite Resistance to State Formation: The Case of Italy. In: Mary Fulbrook (Hrsg.): National Histories and European History. London 1993, S. 46-68, S. 64.

59 Vgl. Romano: Niedergang (wie Anm. 57), S. 426.

60 Dazu Friedrich Wolfzettel und Peter Ihring: Der föderale Traum. Nationale Ursprungsmythen in Italien zwischen Aufklärung und Romantik. In: In: Helmut Berding (Hrsg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins, Bd. 2, Frankfurt 1994, S. 443-483. S. 482.

61 Wolf D.Gruner: Italien zwischen Revolution und Nationalstaatsgründung 1789–1861. In: Gruner/Trautmann (Hrsg.): Italien (wie Anm. 8). S. 105-155, S. 108.

62 Diese Betrachtung zielte bewußt darauf, alle Konflikte zwischen den führenden Protagonisten des Risorgimento zu negieren. Sie wurde erst in den späten 1950er Jahren – nach der Öffnung der Archive – durch Historiker wie Denis Mack Smith infrage gestellt. Mack Smith

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hagiographie des Hauses Savoyen durch verklärende Lebensbeschreibungen der wirkungsmächtigen Protagonisten des Risorgimento ergänzt. Die Vertreter der neuen nationalen Narrative suchten alternative Geschichtsauffassungen auszublenden und die »schönen Legenden« des Risorgimento vor kritischen Historikern zu schützen, wie es der italienische Ministerpräsident Giovanni Giolitti noch 1912 in einer Parlamentsrede forderte. [63]

Cattaneo, der sich auch nach 1860/61 publizistisch wie politisch für eine Reform der Verwaltung und den Ausbau lokaler Autonomien einsetzte, konnte als vehementer Kritiker des Einigungsprozesses nicht in die apologetische Historiographie des Risorgimento aufgenommen werden, so daß die Journalistin Jessie White Mario bereits 1884 im Hinblick auf seine Person eine *coniura del silenzio* attestierte.[64]

Die damalige wie auch heutige politische Auseinandersetzung mit Cattaneos liberal-demokratischer Föderalismuskonzeption ist ein konkretes Beispiel dafür, welchen Trends die Historiographie unterworfen ist und wie in deren Folge der italienische Nationalstaat als Ergebnis historischer Prozesse konstruiert wurde.[65] Das Wesentliche an Cattaneos Föderalismusbegriff ist jedoch nicht, daß er diesen aus der Geschichte der norditalienischen Stadtstaaten ableitet, sondern daß er das *principio ideale* einer liberalen Zivilgesellschaft entwirft. Cattaneo verbindet mit dem positiven Bild der städtischen Lebensform politische Wertvorstellungen und Handlungsmaximen, die nicht auf einen nationalen Rahmen begrenzt, sondern allgemeingültig sind. Aus der Erfahrung der eigenen kommunalen und republikanischen Umwelt konnte und sollte dem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, sich durch politische Partizipation und Eigenverantwortung mit dem städtischen Gemeinwesen zu identifizieren. Das föderale Ordnungsmodell generiert allgemein ein polyarchisches Idealsystem, das liberaldemokratischen Anforderungen entspricht und keine hierarchischen Strukturen aufbaut. Als Identitäts- und Organisa-

weist nach, wie im 19. Jahrhundert Berichte unterschlagen oder gefälscht wurden, um das Bild des Risorgimento nicht zu beschädigen. Vgl. Denis Mack Smith: Documentary Falsification and Italian Biography. In: T.C.W. Blanning und David Cannadine (Hrsg.): History and Biography. Essays in Honour of Derek Beales. Cambridge 1996, S. 173-87, S. 180.

63 Ebd., S. 180. Es ging Minghetti in erster Linie darum, die Öffnung der Archive für Historiker hinauszuzögern. Die Frage, wann und warum bestimmte Gründungsmythen sich gegen ihre potentiellen Rivalen durchsetzen konnten und wieso einige Projektionen in die Vergangenheit erfolgreicher waren als andere, bleibt im jeweiligen nationalen Kontext und erst recht in vergleichender Perspektive noch weitgehend untersuchungsbedürftig.

64 Vgl. Alberto und Jessie White Mario: Carlo Cattaneo. Cenni e Reminiscenze, Rom 1884, S. 171. Diese Haltung wird auch an der geringen Bereitschaft deutlich, Cattaneos Gesamtwerk zu publizieren. Erst 2001 – zum 200. Geburtstag – ist eine wissenschaftlich kommentierte Edition seiner Schriften und Korrespondenz veröffentlicht worden. Zu Cattaneos Wirken nach 1860/61 siehe Silvana Patriarca: Numbers and Nationhood. Writing Statistics in Nineteenth-Century Italy, Cambridge 1996, S. 189. Cattaneo wurde 1860 und 1867 für den Wahlbezirk Mailand in das italienische Parlament gewählt. Als überzeugter Republikaner weigerte er sich jedoch, den Eid auf die Krone zu leisten.

65 Siehe dazu die grundlegende Arbeit von Lauretta Colucci (wie Anm. 4).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tionseinheiten standen Stadt, Region, Nation und Europa für Cattaneo nicht in Konkurrenz zueinander. Sie waren vielmehr durch das gemeinsame Ziel der Friedenssicherung miteinander verbunden. Lokale bzw. regionale Identitäten einerseits und nationale Identität andererseits schlossen sich also nicht aus; sie waren und sind vielmehr komplementäre Phänomene. Gerade Cattaneos politische Konzeption macht fernerhin deutlich, daß während des Risorgimento der Wunsch nach nationaler Einheit nicht unbedingt mit der Forderung nach einem Nationalstaat gleichzusetzen war.[66]

Wenn Staatspräsident Napolitano Cattaneo als einen der wichtigsten Kritiker des italienischen Einigungsprozesses in die Reihe der bekanntesten Protagonisten des Risorgimento aufnimmt, berücksichtigt er die neuere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem »*l'altro Risorgimento*«; vor allem aber würdigt er Cattaneos Idee einer modernen Zivilgesellschaft. Im Mittelpunkt seiner Theorie steht die Freiheit des einzelnen, die durch das politische wie ethische Ordnungsprinzip des Föderalismus geschützt wird. Politische Freiheit und zivilisatorischer Fortschritt werden nur durch das föderale Modell generiert. Dieses weist über den Rahmen des Nationalstaates hinaus auf die europäische Integration. Die Argumentation der Rede Napolitanos zeigt außerdem, welche Bedeutung die Geschichte des Risorgimento für das politische Selbstverständnis der Italiener auch heute noch hat. Vor dem Hintergrund des politischen Transformationsprozesses, der sich u. a. im Ende der *partitocrazia*, der *devoluzione*[67] sowie dem Aufkommen regionaler Gruppierungen widerspiegelt, ist der im Oktober 1860 verordnete Zentralismus schon lange zu einem ernsten Problem Italiens geworden, das sogar die nationale Einheit gefährden kann. Napolitanos Rede kann daher als Versuch bewertet werden, Cattaneos ideologischer Vereinnahmung durch sezessionistisch orientierte Regionalbewegungen entgegenzuwirken und den liberal-demokratischen Föderalismus als historisches Vorbild für das heutige Italien aufzugreifen. In Anlehnung an Petersens Diktum, daß Cattaneo im Prozeß der italienischen Staatswerdung ein »doppelt Besiegter« blieb, stellt sich allerdings die Frage, ob aus ihm nicht jetzt ein »doppelt Instrumentalisierter« wird.

66 Dieter Langewiesche bezeichnet dieses Phänomen in Bezug auf Deutschland als »Föderativen Nationalismus«, vgl. Dieter Langewiesche: Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 55; ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter: Versuch einer Bilanz. In: Dieter Langewiesche und Georg Schmidt (Hrsg.): Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 9-30.

67 Mit einer Verfassungsreform beschäftigt sich in jüngster Zeit die *devoluzione*, die aber durch zwei Referenden im Jahr 2006 abgelehnt wurde. Zum Prozeß der *devoluzione* vgl. Francesco Palermo und Jens Woelk: Italiens Föderalismusreform. Eine unendliche Geschichte. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004, Baden-Baden 2004, S. 235-247; sowie Umberto Morelli: Italien zwischen Föderalismus und Devolution. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2003, Baden-Baden 2003, S. 186-196.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Martin Schumacher

»Der Mann von Ansehen«: Erich Koch-Weser, die »Deutschen Blätter« und Udo Rukser 1943/44. Eine Dokumentation des Briefwechsels mit dem Herausgeber der »Revista Anti-Nazi« in Santiago de Chile

Brasilien, seit 1930 von Getúlio Vargas autoritär regiert, hat »einer Vielzahl von Emigranten das Überleben« ermöglicht. Besonders die im Urwald Nord-Paranás gegründete Siedlung Rolândia, später Caviuna genannt, wurde »für viele politisch und 'rassisch' Verfolgte zur neuen Heimat«.[1] Das von Erich Koch-Weser – »Reichsminister im republikanischen Deutschland und Emigrant seit 1933« (Dok. II. 12) – mit dem Zentrumspolitiker Johannes Schauff und anderen projektierte Unternehmen entwickelte sich »zum Refugium katholischer, später auch politischer und jüdischer Flüchtlinge«[2]. Die gesamte Region erfuhr durch die Kolonie, in der sich bis zum Kriegsausbruch 1939 rund 80 Familien, unter ihnen zehn jüdische, als »wohl geschlossenste Gruppe von Hitler-Flüchtlingen in Brasilien« angesiedelt hatten[3], einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Koch-Weser, dessen Mutter einer jüdischen Familie entstammte, war nach der »nationalen Ueberhebung« (Dok. I) die Zulassung als Rechtsanwalt und Notar in Berlin entzogen worden. Ungeachtet der späteren Aufhebung des Vertretungsverbots, die der frühere Reichsjustizminister im Kabinett der Großen Koalition 1928/29 als »eine unzureichende Rehabilitation« empfand, wanderte Koch-Weser – seiner »Tätigkeit beraubt und tief verbittert über die deutschen Zustände« – nach Brasilien aus. Unter der Überschrift »Der frühere Demokratenführer Koch-Weser verlässt Deutschland« berichteten die »Basler Nachrichten« über »die Ausreise« der Familie an Bord des Dampfers

1 Christine Hohnschopp, Exil in Brasilien. Die deutschsprachige Emigration 1933-1945, Frankfurt/M. u.a. 1994, S. 7, 149f.; Izabela Maria Furtado Kestler, Brasilien, in: Claus Dieter Krohn u.a. (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945, Darmstadt 2008, Sp. 183-193, 190ff.

2 Patrik von zur Mühlen, Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933-1945: Politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988, S. 105; Dieter Marc Schneider, Johannes Schauff (1902-1990). Migration und »Stabilitas« im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001.

3 D. M. Schneider, »... Ein Land der Zukunft«. Deutschsprachige Emigranten in Brasilien nach 1933, in: Paulus Gordan (Hrsg.), Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag, Pfullingen 1983, S. 147-178, 159, 173.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Madrid« in Bremerhaven, der Geburtstadt Koch-Wesers, am 25. November 1933. Koch-Weser reiste nicht ins Ungewisse. Er konnte in Rolândia Fuß fassen und eine Fazenda aufbauen, ohne alle Brücken nach Deutschland abbrechen zu müssen.[4] An der Tür seines früheren Berliner Büros befand sich noch 1937 das Namensschild des Anwalts, wie dessen Generalsubstitut, der später nach Australien emigrierte Rechtsanwalt Dr. Hans Heymann, dem Kammergerichtspräsidenten auf Anfrage mitteilte. Koch-Weser habe sich »mehrfach in Berlin« aufgehalten und werde nach einer Kur auch dorthin zurückkehren.[5] Tatsächlich hatte Koch-Weser, der während seiner Aufenthalte in Deutschland bespitzelt, aber »aus Valutagruenden« geduldet (Dok. I) wurde, weder seine Wohnung noch seine Kanzlei förmlich aufgegeben, letztere mutmaßlich von Heymann bis zum allgemeinen Berufsverbot für jüdische Anwälte 1938 betreut.

Gegenüber den brasilianischen Behörden musste der »Fazendeiro« in seinem Lebenslauf beteuern, sich nicht »irgendwie politisch« zu betätigen und »keinen anderen Ehrgeiz« zu haben, als in Frieden auf der Fazenda alt zu werden. Seine Korrespondenz und seine Aufzeichnungen sprechen eine andere Sprache. So rückte für Koch-Weser wie das politische Exil allgemein im Verlauf des Krieges die Zeit »nach Hitlers Niederlage« (Dok. II. 3) immer mehr in den Blick. Von den Vorstellungen und Plänen des Emigranten zur Neuordnung zeugen besonders der Entwurf einer Reichsverfassung aus dem Jahre 1942[6], die Beiträge in den »Deutschen Blättern« 1944/45[7], dem vielleicht bedeutendsten politisch-literarischen »Exilorgan auf dem amerikanischen Kontinent«[8], sowie das ebenfalls posthum erschienene Buch »Hitler and beyond«[9]. Die Neuordnungsentwürfe und Memoranden Koch-Wesers, der nicht nach »Glanz« oder »ersten Stellungen« mehr strebte, aber bei der »inneren Festi-

4 Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), N 1012 (Nachlass Erich Koch-Weser), 1, Bl. 31f., 36: undatierter »Lebenslauf des Fazendeiros« mit anhängender Abschrift des Artikels der »Basler Nachrichten« v. 26.11.1933. Zur auch im Lebenslauf erwähnten Intervention des Reichspräsidenten zugunsten Koch-Wesers, der weder als Vorkriegsanwalt noch als Frontsoldat seine Wiederzulassung beantragen konnte, kolportierte Carl Misch (Aufbau 10, 1944, 45 v.10. Nov., S. 6) die angebliche Einlassung Hindenburgs: »Wenn er zum Justizminister taugte, muss er doch Anwalt sein dürfen.« P. v. zur Mühlen (wie Anm. 2), S. 13; Simone Ladwig-Winters, Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933. Berlin-Brandenburg ²2007, S. 198.

5 BA Koblenz, N 1012/1, Bl. 24-29: Schriftwechsel zwischen dem Kammergerichtspräsidenten und Rechtsanwalt Heymann, März-Juli 1937; S. Ladwig-Winters (wie Anm. 4, S. 175) erwähnt die Vertretung der »anwaltlichen Berufsangelegenheiten« Koch-Wesers durch Heymann nicht.

6 Ernst Portner, Koch-Wesers Verfassungsentwurf. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der deutschen Emigration, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 14 (1966), S. 280-298.

7 Siehe Anm. 90 u. 97.

8 Manfred Durzak, Literarische Diaspora. Stationen des Exils, in: M. Durzak (Hrsg.), Die deutsche Exilliteratur 1933-1945, Stuttgart 1973, S. 40ff., 53.

9 Siehe Anm. 75.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gungsarbeit« im Nachkriegsdeutschland »gern helfen« wollte[10], blieben faktisch »bedeutungslos«[11]. Sie sind jedoch ein eindrücklicher Beleg für jene Überlegungen der »ganz vereinzelt im Exil wirkenden, aber eben keine Massenströmung repräsentierenden bürgerlichen Politiker mit einer genuin demokratischen Überzeugung«, wie Rainer Behring[12] angemerkt hat.

Gründung und Leistung der »Deutschen Blätter« sind untrennbar mit dem Namen Udo Rukser (1892-1971) verbunden. Wie Koch-Weser als Anwalt in Berlin tätig, hatte Rukser 1933 als Mitherausgeber der renommierten »Zeitschrift für Ostrecht« deren Fortbestehen an die Bedingung geknüpft, dass auch die beiden jüdischen Mitherausgeber im Amt verbleiben dürften. In dieser Sache zu keinen Zugeständnissen bereit, ließ Rukser mit dem Ende der Zeitschrift 1934 auch seine Zulassung als Anwalt und Notar löschen und zog sich als Obstbauer an den Bodensee zurück. Zusammen mit seiner jüdischen Ehefrau wanderte er von dort Anfang 1939 nach Chile aus. Als Agrarunternehmer konnte Rukser, der einen Teil seines Vermögens, vor allem aber seine bedeutende Kunstsammlung hatte retten können, in der Neuen Welt sich eine neue Existenz aufbauen (Dok. II. 2). Im Zusammenwirken mit dem in Chile gestrandeten, mittellosen Emigranten Albert Theile (1904-1986) und einem kleinen Kreis Gleichgesinnter wagte Rukser die Herausgabe der »Deutschen Blätter«, eines, »aus der Rückschau betrachtet, donquichottesken Unterfangens in einer haßerfüllten, allem Deutschen gegenüber höchst mißtrauischen Welt«. An diesen Aspekt der Gründung der »Revista Anti-Nazi« hat A. Theile, der zweite namentlich genannte Herausgeber der »Deutschen Blätter« und frühere Redakteur der von Ludwig Roselius 1928 bis 1930 herausgegebenen Internationalen Zeitschrift »Die Böttcherstraße« (Bremen), später im »Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel«[13] erinnert. Unter schwierigsten Umständen ermöglichte Rukser, der das Zeitschriften- und Verlagsmetier als Anwalt und Grenzgänger zwischen Beruf und Schönen Künsten kennengelernt hatte, 1943 bis Ende 1946 das Erscheinen von insgesamt 34 Heften der »Deutschen Blätter«, deren Untertitel »Für ein europäisches Deutschland –

10 BA Koblenz, N 1012/60, Bl. 85f.; Brief an Thomas Mann (s. Anm. 93) v. 20.9.1944; »in dem für Deutschland desperatesten Augenblick« hoffte E. Koch-Weser aus dem »Gefuehl der Pflicht« das »noch darzubieten, was man aus dem verfehlten Versuch der Wiederaufrichtung Deutschlands in der Weimarer Republik an Erfahrungen gesammelt hat. Aber ich fürchte, auch dieser letzte politische Wunsch wird sich nicht verwirklichen.«

11 Gerhard Paul, Neuordnungspläne im deutschen Exil, in: Krohn (wie Anm. 1), Sp. 638-660, 653.

12 Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933-1945, Düsseldorf 1999, S. 634; Behring verweist auf die von Klaus Voigt (Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–1945, Frankfurt 1988) herausgegebenen Texte von Arnold Brecht (»Europäische Föderation – Die demokratische Alternative«, ebd., S. 129ff., 137–146; s. ergänzend Anm. 77) und E. Koch-Weser (»Satzung des Europabundes«; ebd., S. 131, 149–155).

13 Nr. 74 v. 16. 9. 1958 (Frankfurt/Main), S. 1101-1106, 1102.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gegen ein deutsches Europa« den programmatischen Anspruch der Zeitschrift zum Ausdruck brachte. Die Herausgeber versuchten mit ihrer Gründung, die »Ideale der Menschlichkeit lebendig zu erhalten und die Werte der deutschen Überlieferung zum Bewusstsein zu bringen im Sinne der Gewissensfreiheit, Toleranz und sozialen Gerechtigkeit«.[14] Als Emigranten zählten Rukser und Theile zu den rund 300 politisch – neben rund 13000 rassisch – Verfolgten, die in Chile Zuflucht gefunden hatten.[15]

Das Autorenverzeichnis der »Deutschen Blätter« ist kein »Who is who« des politischen Exils. Neben E. Koch-Weser, der als Leser die Zeitschrift entdeckt hatte, ist nur ein weiterer ehemaliger Reichsminister, der Sozialdemokrat Wilhelm Sollmann, dort vertreten. Politisch prominente Autoren wie der frühere preußische Finanzminister Otto Klepper, der Reichstagsabgeordnete Paul Frölich (KPD) und der Danziger Senatspräsident Hermann Rauschning (NSDAP) sind die Ausnahme.[16] Auch die Herausgeber hatten sich vor der Emigration politisch nicht betätigt und passten nicht »in Programme der früheren Parteien«[17]. U. Rukser, der den Charakter der Zeitschrift geprägt hat, korrespondierte mit »seinen« Autoren, mit einer Vielzahl von Lesern, mit Freunden wie Gegnern. Der Briefwechsel mit E. Koch-Weser ist dafür ein Beispiel: Vom 21. Juni 1943 bis zum 17. September 1944 hat Koch-Weser acht Briefe, mit zwei Ausnahmen eigenhändig, an Rukser gerichtet sowie separat Manuskripte übersandt. Nach dem Tod von Koch-Weser am 20. Oktober 1944 hat Rukser mit dessen Ehefrau Irma[18] bis Ende 1945 korrespondiert. Der Briefwechsel zwischen Koch-Weser und Rukser, der als Anwalt dem liberalen Politiker »wegen der Osteuropäischen Fragen gelegentlich seine Sorgen gebeichtet« (Dok. II. 2) hatte[19], ist als Teil des Redaktionsarchivs im Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund erhalten. Die Gegenüberlieferung im Nachlass Koch-Weser fehlt.

Die bisher nicht beachtete Korrespondenz wirft ein Schlaglicht auf die letzte Lebensphase des linksliberalen Politikers und Emigranten E. Koch-Weser, der für seine politisch-literarischen Arbeiten einen Verleger suchte. Auf seiner Fazenda im brasilianischen Urwald erwartete er 1944 das Kriegsende und

14 Deutsche Blätter (Santiago de Chile) 1943, H. 2, S. 1.
15 Irmtrud Wojak, Chile, in: C.-D. Krohn (wie Anm. 1), Sp. 193-204.
16 Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945, Bd. 1, München u.a. 1976, S. 143-147; dies., Deutsche Exilpresse in Lateinamerika, Frankfurt/M. 1978, S. 55-59; Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 4: Exilpresse, Stuttgart 1978, bes. S. 306-373 u. 773-779.
17 Brief Ruksers an Hans Vogel (London), den Vorsitzenden des SPD-Parteivorstandes im Exil, v. 15.4.1944: Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund (IZD), II AK 87/84-20; Archiv der sozialen Demokratie (AdsD, Bonn), Sopade, 29.
18 Nach dem Tod seiner ersten Ehefrau hatte E. Koch-Weser 1925 I. v. Blanquet (1897-1970) geheiratet; vier Söhne und eine Tochter entstammten aus der 1. Ehe, zwei Söhne aus der 2. Ehe.
19 Die »Osteuropäischen Fragen« charakterisieren den Schwerpunkt der Anwaltstätigkeit Ruksers; s. Anm. 49.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

hoffte, »rasch nach Hitlers Niederlage nach Deutschland für einige Zeit« (Dok. II. 3) zurückzukehren. Am Ende seines siebten Lebensjahrzehnts – nach 11 Jahren einer auferlegten »Pause« – fühlte er sich »viel juenger als vor dem Verlassen Europas« (Dok. I): der Zukunft »mit allen Sinnen zugewandt«[20]. Seine Pläne und Erwartungen, aber auch »das Elend deutscher Exilpolitik«[21], die Vereinzelung und Zerstrittenheit wie die stets prekäre Situation der Emigranten, selbst der besser situierten Siedler in Rolândia, spiegeln sich in der Korrespondenz mit Rukser ebenso wider wie dessen Sorge um den Fortbestand der »Deutschen Blätter«.

Koch-Weser hatte das 2. Heft der Zeitschrift erhalten und gelesen. Daraufhin schrieb er an Rukser, den er zu Recht für einen Berliner Anwaltskollegen hielt. Dass Rukser »in engem Kontakt zu Koch-Weser stand«[22], ist nicht zutreffend. Allein die Entfernung der Korrespondenzpartner, die beide »abseits vom Zentrum« (Dok. II. 16) saßen, Koch-Weser »in der Wildnis« (Dok. II. 7) hunderte Kilometer von São Paulo entfernt, Rukser jenseits der Kordilleren auf seiner Chacra in Quillota, und die damit verbundene lange Laufzeit der Briefe schränkten den »Meinungsaustausch« (Dok. II. 16) sehr ein. Zudem ließ sich »brieflich« (Dok. II. 2) nicht alles sagen, mussten beide doch gewärtigen, dass ihre Post abgefangen und überwacht wurde. Die Korrespondenz entwickelte sich aus unterschiedlichen Interessen: Koch-Weser suchte die Verbindung zur Außenwelt, Rat in Verlagsfragen, Publikationsmöglichkeiten, Rukser, der selbst eine Auswanderung nach Rolândia erwogen hatte, den »Mann von Ansehen« (Dok. II. 8), von dem er sich in Brasilien für die »Deutschen Blätter« Abonnenten und Förderer und damit die Konsolidierung der Zeitschrift erhoffte. Die Erwartungen Ruksers erfüllten sich nicht, obgleich Koch-Weser »in dem kleinen Roland mit der Werbung das Menschenmögliche« (Dok. II.) offenbar unternommen hatte.

Die Briefe sind als Quelle noch unter einem weiteren Aspekt bedeutsam. Laut Theile habe Koch-Weser 1944 angeregt, in Chile »eine deutsche Exilregierung zu bilden«. Gewisse »Fäden« seien »weit gesponnen« worden: Aber »der Versuch«, in dem einzigen Land Südamerikas, das Deutschland nicht den Krieg erklärt und auf Druck der USA Anfang 1943 schließlich die diplomatischen Beziehungen nur abgebrochen hatte, eine Exilregierung aller repräsentativen Kräfte der deutschen Emigration ins Leben zu rufen, sei nach einer Intervention der »Moskauer Regierung in Washington« aufgegeben worden. Dabei beruft sich Theile auf spätere Äußerungen des früheren Botschafters

20 Aus dem Nachruf (Anm. 91) des 1938 nach Rolândia ausgewanderten, mit Koch-Weser eng befreundeten früheren Frankfurter Anwalts Max Hermann Maier.

21 Joachim Radkau, Das Elend deutscher Exilpolitik 1933-1945 als Spiegel von Defiziten der politischen Kultur, in: Im Gegenstrom. Festschrift für Helmut Hirsch, hrsg. v. Horst Schallenberger u. Helmut Schrey, Wuppertal 1977, S. 105-146.

22 Boris Schilmar, Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933-1945, München 2004, S. 283.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der USA in Chile, Claude G. Bowers, der in seinen Memoiren[23] das Thema aber nicht berührt. In diesem Zusammenhang nennt Theile weiterhin den Vorsitzenden des SPD-Parteivorstandes in London Hans Vogel sowie O. Klepper, der nach langer Odyssee in Mexiko residierte, weiterhin Thomas Mann (USA) und Alexander Rüstow, der 1933 in die Türkei emigriert war. Das gesamte Unternehmen sei »ursprünglich als Gegenzug zu einer ähnlichen, aber einseitigen Bestrebung Moskaus« gedacht gewesen.[24] Tatsächlich zirkulierten im amerikanischen Geheimdienst nach der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland im Sommer 1943 Pläne zur Förderung eines breiten Zusammenschlusses deutscher Emigranten, der jedoch keine Exilregierung sein sollte. Ob dabei auch die »Deutschen Blätter« und deren Herausgeber ins »Kalkül« einbezogen wurden, ist bisher nicht erkennbar.[25]

In der Zeitschrift selbst findet sich kein die Erinnerung Theiles stützender Beleg. Die Plausibilität der Darstellung, die Theile beim Nachdruck der Zeitschrift (1970) wiederholt hat, wird im »Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration«[26] hinsichtlich einer Einbeziehung des Londoner SPD-Parteivorstandes zu Recht als unzutreffend bezeichnet. Der Briefwechsel, der im Folgenden ediert wird, verweist die geheimnisvolle Behauptung Theiles in das Reich der Legenden. Dem allgemeinen Urteil[27], dass »die Möglichkeit einer deutschen Exilregierung aus ernsthafter Betrachtung auszuschließen« sei, ist für die »Deutschen Blätter« jedoch hinzuzufügen, dass Rukser 1943/44 und auch später die Gründung einer »Deutschen Stiftung« sondierte. Seit dem Sommer 1944 rechnete er mit der völligen Niederlage Deutschlands. Auch gegenüber Koch-Weser, der »den politischen Stand« mit einer Jahre dauernden »dreifachen Besetzung« gleichfalls »recht duester« (Dok. II. 9) einschätzte, hatte Rukser seinen Plan für eine »deutsche Zentralstelle im Ausland« angedeutet, die den Wiederaufbau politischer Autorität »in einem besiegten & besetzten Deutschland« (Dok. II. 5) von außen stützen

23 Chile through Embassy Windows, 1939-1953, New York 1958, Reprint 1977.

24 Wie Anm. 13.

25 Heike Bungert, Deutsche Emigranten im amerikanischen Kalkül. Die Regierung in Washington, Thomas Mann und die Gründung eines Emigrantenkomitees 1943, in: VfZ 46 (1998), S. 253-268, 256f; der Hinweis, Klepper sei an diesem »Versuch« (und sogar) »maßgeblich beteiligt« gewesen, ist unzutreffend (Astrid v. Pufendorf, Otto Klepper 1888-1957. Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997, S. 230), suchte dieser doch erst nach Kriegsende den Kontakt zu den »Deutschen Blättern«.

26 Bd. I (München u.a. 1980), S. 626f. (U. Rukser); gegenüber H. Vogel (s. Anm. 17) bezeichnete Rukser sich und Theile »als Leidensgefährten und Kollegen«, die »stets mit Sympathie und Zustimmung« die »Kundgebungen« der Londoner Exil-SPD, »soweit sie uns zugänglich waren«, verfolgt hätten. Die Notwendigkeit, »hier in Amerika eine gewisse 'Überparteilichkeit' zu wahren«, bat Rukser »nicht als Feigheit oder Konzession aufzufassen. Sondern als das Bestreben, möglichst viele der Hiesigen erst mal zur Besinnung und zum Verständnis der Vorgänge zu bringen.«

27 J. Radkau (wie Anm. 21, S. 105) beruft sich dabei auch auf Karl O. Paetel (Zum Problem einer deutschen Exilregierung, in: VfZ 4 (1956), S, 286-301), den letzten Redaktionsvertreter der »Deutschen Blätter« in New York.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sollte. Unter Hinweis auf die »Anschauung« von Thomas Mann, »dass wir Emigranten uns [nicht] voreilig in die Fragen der Neugestaltung [Deutschlands] einmischen« (Dok. II. 6), hat sich Koch-Weser der Bitte zu einer Stellungnahme in den »Deutschen Blättern« entzogen.

Die Briefe von E. Koch-Weser (8) werden mit kleineren Auslassungen im Wortlaut – einschließlich Schlussformel, ohne Unterschrift – abgedruckt. Die Briefe von I. Koch-Weser (4) und von U. Rukser – sieben an E. Koch-Weser sowie sechs an I. Koch-Weser – werden als Regest mit kurzen Textpassagen entsprechend der Vorlage dokumentiert. In den Schreibmaschinentexten fehlt grundsätzlich das »ß«. Die für die Korrespondenz benutzte Schreibmaschine Koch-Wesers verfügte zudem nicht über Umlaute. Diese Eigentümlichkeiten sowie die persönliche oder zeittypische Rechtschreibung wurden beibehalten. Gleiches gilt für »fehlerhafte« Schreibweisen von Ortsnamen. Offensichtliche Tippfehler, die auf das Diktieren der Briefe zurückzuführen sein dürften, und die Zeichensetzung wurden, sofern erforderlich, stillschweigend »verbessert«. Der wissenschaftliche Apparat beschränkt sich auf das zum Verständnis der Dokumente notwendige Mindestmaß. Für biographische Angaben sei insbesondere hingewiesen auf das »Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration«[28] sowie die Dokumentationen »M.d.R.«[29] und »Anwalt ohne Recht«[30]. Literatur wird im Einzelfall nachgewiesen.

Die Dokumentation beginnt mit dem letzten von E. Koch-Weser 1944 für den amerikanischen Verleger Alfred A. Knopf verfassten Lebenslauf (Dok. I), der im Nachlass nicht überliefert ist. Es folgen die Briefe (Dok. II. 1–16 und Dok. III. 1–9) in chronologischer Abfolge. Im Dokumentenkopf finden sich in runden Klammern () Angaben zum jeweiligen Text. E. Koch-Weser schrieb selbst auf Briefbogen mit dem Aufdruck seines Namens und der postalischen Adresse der Fazenda Janeta an die Postfachadresse der »Deutschen Blätter« in Santiago de Chile. Ein abweichender Absendeort wird vermerkt. Rukser antwortete von seinem Landgut in Quillota, das als Absendeort auf den Durchschlägen in der Regel jedoch nicht aufscheint. Auslassungen und Zusätze des Bearbeiters stehen in eckigen Klammern []. Mit Ausnahme des in den »Deutschen Blättern« abgedruckten Briefes von I. Koch-Weser stammen die Dokumente aus dem Bestand AK II 87/8-49 des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, mit dessen Erlaubnis die Briefe veröffentlicht werden. Frau Direktorin Dr. Gabriele Toepser-Ziegert bin ich dafür zu Dank verpflichtet.

28 Einschließlich Gesamtregister 3 Bände; Leitung u. Bearbeitung: Werner Röder u. Herbert A. Strauss, München u.a. 1980/83.

29 M.d.R., Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation, hrsg. v. Martin Schumacher. Düsseldorf ³1994.

30 ²2007, s. Anm. 4.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

I. *(1944 [31]): Lebenslauf (Maschinenschrift) von Erich Koch-Weser*

Ich bin am 26. Februar 1875 in Bremerhaven/Deutschland als Sohn des Schuldirektors Dr. phil. Anton Koch und seiner Frau, Minna geb. Lewenstein, geboren. Ich habe in Oldenburg das Gymnasium absolviert. Ich habe in Lausanne, Bonn, Muenchen, Berlin Jurisprudenz und Volkswirtschaft (Schueler des beruehmten, mir besonders wohlgesonnenen Professors Lujo Brentano) studiert. Ich habe mein Richterexamen gemacht.
Ich war Erster Buergermeister 1901/09 in Delmenhorst, 1909/13 in meiner Geburtsstadt Bremerhaven, 1913/19 in Kassel.[32] Als Oberbuergermeister von Kassel gehoerte ich dem Preussischen Herrenhaus an und habe als Berichterstatter fuer die Einfuehrung des gleichen Wahlrechts in Preussen im Herbst 1918 die letzte Rede in diesem Haus gehalten.[33]
Ich bin ein Schueler und Freund Friedrich Naumanns[34].
Nach dem Umsturz 1918 wurde ich als Mitglied der deutschen demokratischen Partei von dem Wahlkreis Kassel-Frankfurt in die Nationalversammlung gewaehlt. Ich war Mitglied der Reichsverfassungskommission und Berichterstatter ueber den ersten Hauptteil der Verfassung.
Von 1919/21 war ich Reichsminister des Innern und zeitweise auch Vizekanzler. Ich habe mein Amt infolge des Widerstandes Preussens und Bayerns gegen meine unitarischen und auf eine Aufteilung Preussens gerichteten Plaene[35] verloren. Ich blieb aber Vorsitzender einer Kommission der Reichsregierung zur Neugliederung des Reiches, deren hartumkaempfte Bestrebungen im weiteren Verlauf zu einem Entwurfe[36] fuehrten, der meinen Zielen

31 Als Todesdatum gilt allgemein der 19. Okt. 1944; dem »Nachruf« von M. H. Maier zufolge (s. Anm. 91) erlag Koch-Weser jedoch »in der Fruehe des 20. Oktober einem kurzen, aber schweren Leiden«. Dieses Datum nennt auch I. Koch-Weser in ihrem Brief vom 23. Nov. 1944 (Dok. III. 1), dem sie u.a. diesen undatierten Lebenslauf beifügte, den Koch-Weser auf »Wunsch« des Verlegers A. Knopf (s. Anm. 47 u. 63) im gleichen Jahr geschrieben hatte.

32 Kommunalpolitik im Ersten Weltkrieg. Die Tagebücher Erich Koch-Wesers 1914 bis 1918, hrsg. v. Walter Mühlhausen u. Gerhard Papke, München 1999.

33 Am 24.10.1918; Hartwin Spenkuch, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854-1918, Düsseldorf 1998, S. 501.

34 Schriftsteller, Gründer und Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins, M.d.R. seit 1907 (mit kurzer Unterbrechung 1912/13) bis zu seinem Tod 1919; Vorsitzender des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

35 Die Kritik von Gerhard Papke (Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989, S. 61, Anm. 88) an Hagen Schulze (Otto Braun, 1977, S. 317), dass diese Zielsetzung »nicht Koch-Wesers tatsächlicher Intention« entsprochen habe, findet hier keine Bestätigung.

36 Gemeinschaftsreferat von Arnold Brecht, E. Koch-Weser und Johannes Horion vom Juni 1929; vgl. Manfred Peter Heimers, Unitarismus und süddeutsches Selbstbewußtsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion 1918-1933, Düsseldorf 1992, S. 261, 343.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

entsprach, dessen Inkrafttreten aber durch den nationalsozialistischen Umsturz vereitelt wurde.
Von 1928/29 war ich Reichsjustizminister und hatte den Entwurf eines Reichsstrafgesetzbuches[37] fast bis zum Ende gefuehrt, als das Kabinett durch ein weiter rechts gerichtetes gestuerzt wurde. Die Zeitungen aller Parteien haben bei meinem Abgang mich als den besten Justizminister[38] der Republik bezeichnet und bedauert, dass die Parteipolitik meinen Abgang erzwang.
Von 1921/24 war ich zweiter und von 1924/30 erster Vorsitzender der demokratischen Partei. Ich legte 1930 dieses Amt nieder, als meine Bestrebungen zur Vereinigung dreier Parteigruppen zwecks einheitlicher Bekaempfung der anwachsenden nationalsozialistischen Partei gescheitert waren.[39]
Unmittelbar nach der »nationalen Ueberhebung« von 1933 habe ich mein Vaterland verlassen und unter dem sicheren Schutze der brasilianischen Regierung ein neues Heim in der von der Londoner Parana-Plantation-Gesellschaft im Zusammenwirken mit mir gegruendeten Kolonie Rolandia (jetzt Caviuna) Nord-Parana gefunden. Eine grosse Zahl meiner politischen und persoenlichen Freunde aller Konfessionen sind mir dahin gefolgt. Rolandia (jetzt Caviuna) ist heute eine grosse und bluehende Kolonie.
Ich habe dort im Urwald die 420 Hektar grosse Fazenda Janeta gegruendet und darauf bis auf 50 Hektar Urwald Kaffee-, Tung-, Mentholpflanzungen sowie Pferde-, Vieh- und Schweinezucht eingerichtet.[40]
Im Auftrage der Parana-Plantation bin ich in den Jahren 1935/39 auf vier Reisen etwa 25 Monate in Deutschland gewesen, um durch umfassende Verhandlungen in Rolandia neue Auswanderungsmoeglichkeiten fuer solche zu schaffen, die das heutige Deutschland verlassen wollten oder mussten. An diesen

37 Zu den Reformplänen Koch-Wesers, die in der kurzen Amtszeit von 10 Monaten nicht realisiert werden konnten, zählten im Bereich des Strafrechts u.a. die Abschaffung der Todesstrafe und die Schaffung eines neuen Strafvollzugsgesetzes; vgl. G. Papke (wie Anm. 35), S. 150-155.
38 Ebd., S. 155 (»Frankfurter Zeitung« u.a.).
39 Bereits nach dem Wahldebakel 1928 war Koch-Weser, »Schicksalsfigur der DDP«, als Parteiführer »zeitweise von einer Torschlußpanik befallen« (Werner Stephan). Die »Deutsche Staatspartei«, nach dem Tod Stresemanns nur als »Vereinigung« der DDP mit der »Volksnationalen Reichsvereinigung«, einer rechtsnationalen Splittergruppe, »in diesem Akt des Endes der Parteien« (Theodor Heuss) gegründet, war damit noch vor der Reichstagswahl im September 1930 gescheitert; vgl. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 29-97, 97; W. Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439ff., 502f.; Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei. Eingeleitet v. Lothar Albertin. Bearb. v. Konstanze Wegner in Verb. m. Lothar Albertin, Düsseldorf 1980.
40 C. Misch (wie Anm. 4): »Dort hat Erich Koch-Weser in seinem siebenten Lebensjahrzehnt sein eminentes Organisations- und Verwaltungstalent entfalten können, zum Nutzen vieler Schicksalsgefährten.« Hans Klaustermeyer, Ein deutscher Minister als Stadtgründer in Brasilien. Der Liberale Erich Koch-Weser im Exil, in: Damals 18 (1986), 2, S. 119-125.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Verhandlungen war aus Valutagruenden auch die deutsche Regierung interessiert. Der Aufenthalt in Deutschland hat mir trotz weitgehender Bespitzelung die Gelegenheit geboten, zahlreiche politische Beziehungen wieder anzuknuepfen oder neu anzuknuepfen.[41]
Ich habe drei kleinere Schriften:
1) Die Lebensmittelversorgung im Grossen Kriege [...], 1915
2) Staedtische Ansiedlungs- und Bebauungsfragen [...], 1916
3) Abaenderung [Reform] des Reichs- und Staatsangehoerigkeitsgesetzes [...], 1931
und drei groessere Buecher verfasst[42]:
1) Russland von heute [...], 1928
2) Deutschlands Aussenpolitik in der Nachkriegszeit [...], 1929 [[3]1930: »Dem Andenken Gustav Stresemanns« gewidmet]. – Das Buch ist ins Englische uebersetzt und [mit der gleichen Widmung] 1930 bei Dorrance & Co., Inc. Philadelphia, erschienen. Ihm geht eine Vorrede des frueheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Jacob Gould Schurman, voran.
3) Und dennoch aufwaerts! [...], 1933. Das Buch ist 8 Tage vor dem nationalsozialistischen Umsturz erschienen und 14 Tage nach dem Umsturz verboten und verbrannt [worden].[43]
Ich bin in der Schweiz, Frankreich, England, Oesterreich, Ungarn, Italien, Holland, Belgien, Daenemark, Schweden, Polen, Russland, Rumaenien, Spanien, Portugal, Tuerkei, Algier, Marokko, USA bis an den Pacific und Canada gereist. Ausser in meinem Buch ueber Russland sind darueber in den Jahren 1925/28 Veroeffentlichungen in der »Vossischen Zeitung« und im »Berliner Tageblatt« erfolgt.
Meine Lieblingsbeschaeftigung sind Geschichtsstudien. Mein Hauptsport ist regelmaessig morgens 1 bis 4 Stunden zu reiten. Infolge der 11jaehrigen Pause fuehle ich mich heute viel juenger als vor dem Verlassen Europas.
Ich bin ein Freund des verstorbenen amerikanischen Botschafters in Berlin, Jacob Gould Schurman. Er ist Pate meines juengsten Sohnes Jan Jacob Koch-Weser. Ich habe ihn zweimal in USA besucht.
Ich bin verheiratet mit Dr. sc. pol. Irma von Blanquet und habe 6 Soehne, einen als lawyer[44] in New York und einen als Kaufmann in Chicago, einen als

41 »Noch 1938« hatte Koch-Weser, wie er am 9.9.1943 Arnold Brecht (s. Anm. 77) schrieb, »unter den Augen der Polizei viel [mit »meinen Freunden«] verkehrt«. Der ehemalige Fraktionskollege August Weber, später nach England emigriert, habe »sogar zweimal den Mut gehabt, mir ein Essen zu geben, an dem führende Parteigenossen teilgenommen haben«; BA Koblenz, N 1012/64, Bl. 164.

42 Vgl. ergänzend das »Schriftenverzeichnis Erich Koch-Weser«, G. Papke (wie Anm. 35), S. 225f.

43 Untertitel: Eine deutsche Nachkriegs-Bilanz. Eine Indizierung der Schrift, die am 10. Mai 1933 bei der Bücherverbrennung auf dem Berliner Opernplatz geächtet wurde, ist nicht nachweisbar.

44 Reimer Koch-Weser hatte mit seinem Vater praktiziert; die Löschung der Zulassung datiert vom 10.10.1934.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Arzt und einen als Chemiker in Sao Paulo, einen als Fazendeiro und einen als meinen Verwalter in Rolandia (Caviuna).[45]
Ich bin meiner demokratischen, liberalen und sozialen Anschauung seit meiner Studienzeit treu geblieben.[46] Ich bin stolz auf die deutsche Vergangenheit, voll Scham ueber die deutsche Gegenwart und gebe die Hoffnung auf eine gereinigte Zukunft Deutschlands nicht auf.[47]

*

II. 1. *21. Juni 1943: E. Koch-Weser (Handschrift) an U. Rukser*

Sehr geehrter Herr Rukser!
Mit voller Zustimmung habe ich heute Ihren Artikel in Nr. 2 der Deutschen Blätter[48] gelesen. Er trifft den Kern der Sache. Auch die Zeitschrift in ihren anderen Teilen hat mein volles Interesse und ich hoffe es auch bei anderen Gliedern der Siedlung Rolandia erwecken zu können.
Würden Sie die Güte haben, mir die erste, die dritte und die zwei letzten Nummern der Zeitschrift probeweise zu senden?
Gleichzeitig bitte ich um eine gefl. Äußerung, wie man das Jahresabonnement von 3 Dollar am besten einzahlt. Hier auf der kleinen Postagentur sind solche Verfahren schwer zu ermitteln.
Ich freue mich, daß neben den vielen oberflächlichen, gehässigen und tendenziösen Zeitschriften endlich ein solches Blatt erscheint.
Mit vorzüglicher Hochachtung

Kennen wir uns von Berlin oder handelt es sich da um einen Verwandten von Ihnen?

45 Die einzige Tochter hatte sich 1933 das Leben genommen, nachdem ihr die Zulassung zum Examen als Lehrerin verweigert worden war.
46 Im Nachruf von C. Misch (wie Anm. 4) heißt es nicht ohne einen Unterton des Tadels, worauf Hans-Albert Walter (Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 2: Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis, Stuttgart 1984, S. 364) hingewiesen hat: »Er war Deutscher, konnte nicht anders empfinden denn deutsch. Mittelgross, sehr beweglich, mit ausdrucksvollen Zügen, schien er geradezu einen deutschen Typ zu verkörpern. Ein guter Demokrat und Europäer, fühlte er deutsch.«
47 Knopf verwendete den »Lebenslauf« für seine Vorbemerkung »Note by the Publisher« zu »Hitler and beyond« (s. Anm. 75) und zitiert den letzten Satz wörtlich in englischer Übersetzung.
48 »Recht ist, was dem Volke nützt.« (S. 6-8).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. 2. *29. Dez. 1943: U. Rukser (Durchschlag: »Revista Anti-Nazi«) an E. Koch-Weser*

»Als Taube mit solch schönem Gruß im Schnabel« empfand R. den Brief, dass er am Tag nach dessen Eintreffen bereits antwortete: »Jawohl, ich bin jener Rukser, der Ihnen wegen der Osteuropäischen Fragen[49] gelegentlich seine Sorgen gebeichtet hat. Glück und Zufall haben mich hierher verschlagen, wo man noch friedlich leben und sogar für unsere Überzeugung noch öffentlich wirken kann.« Die Zeitschrift sei »in ganz Amerika angesehen und geniesst Vertrauen. Darüber kann ich brieflich nicht mehr sagen, aber Sie werden fühlen, dass damit auch gewisse politische Wirkungen möglich werden.« Allerdings litt die Herausgabe der Zeitschrift, deren Zulassung für Brasilien erwartet werde, unter Transport-, Zensur- und Finanzschwierigkeiten: »Der Transport wird sich wohl auch allmählich bessern, aber erst wenn es möglich wird, die Luftpost zu benutzen, wird es wirklich anders. Dagegen bleiben die finanziellen Sorgen bis auf weiteres sehr schwer. Denn meistens kriegen wir nicht einmal die Abonnementsbeträge in die Hand. Das vergangene Jahr schliesst mit einigen tausend Dollar Defizit und 1944 wirds nicht besser sein. Wir hoffen daher, dass einsichtige und vermögliche Leute durch Spenden uns beistehen und helfen. Ich weiss nichts über Ihre Verhältnisse, aber wenn Sie in der Lage sind dazu, dann bitte ich Sie sehr, sich an der Deckung der Kosten zu beteiligen.« In Brasilien kümmere sich »unser Freund und früh. Kollege aus München Heinrich Reinach«[50] (São Paulo) um den Vertrieb. Mit Reinach, den R. gleichzeitig informierte, möge sich K.-W. verständigen. Im Voraus für »Rat« – »Vorschläge, Hinweis & Kritik« – dankend, schreibt R. abschließend: »Ich lasse mir die Überzeugung nicht nehmen, dass wir etwas für eine bessere Zukunft tun können, wenn die guten Willens sind mithelfen. Nehmen Sie in diesem Sinn meine und meines Freundes Theile beste Wünsche zum neuen Jahr und erfreuen Sie uns bald mit einem ausführlichen Brief.«

49 Als einer der wenigen auf »Osteuropäische Fragen« spezialisierten Berliner Anwälte hatte Rukser, der dem Ausschuß des Deutschen Anwaltvereins für Auslandsrecht angehört hatte, Interessen deutscher Grundbesitzer in den nach 1918 zu Polen gehörenden preußischen Ostgebieten vertreten und vermutlich in diesem Zusammenhang Koch-Weser »seine Sorgen gebeichtet«, der gegenüber Polen an einer (nicht militärischen) Revision der Ostgrenze stets festhielt; vgl. dazu G. Papke (wie Anm. 35), S. 90f.; ergänzend Jürgen C. Hess, »Das ganze Deutschland soll es sein«: Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978, S. 196, 221ff.

50 Reinhard Weber, Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933, München 2006, S. 172.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. 3. *16. Febr. 1944: E. Koch-Weser (Handschrift) an U. Rukser (Anrede: Ruckser)*

Sehr verehrter Herr Doktor Rukser!
Ich erhielt vorgestern Ihr gefl. Schreiben vom 29. Dezember 1944 [!], das mich sehr erfreut hat.
Hier ist bei manchen meiner Freunde die Neigung, in näherer Beziehung zu der Zeitschrift zu bleiben, groß. Sie findet überall Anklang, auch bei solchen, die dem Rassenfanatismus Ludwigs[51] und Schwarzschild[52] nahe stehen. Die Zeitschrift tut ein sehr gutes Werk.
Es tut mir um so mehr leid, daß ich von keinem einen erheblichen Beitrag versprechen kann. Wir sind alle mit verhältnismäßig geringen Mitteln herausgegangen und haben alles oder das meiste in den Bau von Kaffee gesteckt, der im Jahre 1945 reif sein sollte. Ein Frost, wie er hier sonst selten vorkommt, hat die erwarteten Einnahmen um 2–3 Jahre zurückgebracht, sodaß wir alle, ganz besonders auch ich, uns nur mit größter Sparsamkeit bis dahin durchbeißen.
Ich will mich aber mit Herrn Reinach in Verbindung setzen und hoffe, daß er mir wenigstens wegen der Abonnements meiner besten Freunde Vorschläge macht. Das ist nicht viel, aber doch ein wenig.
Noch ein Anfrage: Ich habe 2 Schriften geschrieben. Die eine, Germany after the War, ist auf Veranlaßung des Ihnen sicher bekannten Sir Harold Nicolson[53], mit dem ich von Berlin und London befreundet bin, geschrieben und ihm für sein Propaganda-R[essort] eingereicht. Sie ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.[54] Die andere hat den Titel: How could it happen? und den Untertitel The Development of the German Nationalism. Ich habe mich wegen ihres Drucks mit meinem alten Freund Thomas Mann[55] in Verbindung gesetzt. Eine Disposition[56] liegt an. Hat irgend ein Auszug aus dieser Schrift

51 Emil Ludwig, seit 1906 in der Schweiz, emigrierte 1940 in die USA, propagierte eine drakonische Bestrafung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. (»How to treat the Germans«, 1943); zu dem »in der jüdischen Massenemigration um sich greifenden Antigermanismus« und zur »Volkscharakterthese« E. Ludwigs vgl. H.-A. Walter, Deutsche Exilliteratur (wie Anm. 16), S. 228f., 616 u. 629.
52 Leopold Schwarzschild, 1933 bis 1940 Herausgeber der Exilzeitschrift »Das Neue Tage-Buch«, gelangte mit einem Notvisum in die USA, wo er weiter publizistisch tätig war.
53 Schriftwechsel mit H. Nicolson, 1935-1945 Mitglied des Unterhauses (Labour) und im Koalitionskabinett von Konservativen und Labour unter Premier Winston Churchill parlamentarischer Privatsekretär des Informationsministers, in: BA Koblenz, N 1012/60; die von Nigel Nicolson hrsg. »Tagebücher und Briefe« (1930-1962, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969) seines Vaters enthalten keine Hinweise auf die Korrespondenz.
54 Die Quintessenz seines Memorandums, »die Deutschen« durch Überzeugung »zu gewinnen«, zitiert Koch-Weser ausführlich in seinem Brief an A. Brecht v. 9.9.1943 (s. Anm. 41).
55 Siehe Anm. 93.
56 I. Einleitung, II. Deutschland in der Vergangenheit (13 Kapitel), III. Hitler (12 Kapitel), IV. Nach Hitler (3 Kapitel).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

für Sie Interesse? Kann es unter Hinweis auf das demnächst veröffentlichte Buch wörtlich daraus sein? Oder soll es neu geschrieben sein, was wohl etwas mehr Zeit erfordern würde.
Welche Themata würden Sie am liebsten haben?
Wenn Sie den Wunsch haben, einen Artikel zu erlangen, würde ich ganz selbstverständlich auf Honorar verzichten.
Soll ich den Artikel Herrn Reinach oder Ihnen schicken?
Es ist hocherfreulich, daß wir jetzt dem Ende des Krieges näher kommen. Aber einen partiellen Weltuntergang hat der Unhold Hitler herbeigeführt. Wie soll sich die Welt und Deutschland wieder erholen?
Übrigens ist es wahrscheinlich, daß ich rasch nach Hitlers Niederlage nach Deutschland für einige Zeit zurückkehre. Wenn Sie Aufträge haben sollten, nehme ich sie gern mit.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener

II. 4. *5. März 1944: U. Rukser (Durchschlag) an E. Koch-Weser*

R. hofft, dass K.-W. seinen Brief v. 29.12. erhalten hat, »obwohl die Verbindungen immer schlechter werden«; bittet um Mitarbeit und um »Ansicht zu den D[eutschen] B[lättern] im Ganzen«.

II. 5. *20. März 1944: U. Rukser (Durchschlag) an E. Koch-Weser*

R. dankt für den Brief v. 16. 2., der »Genugtuung« und »Ansporn« bedeute; an Manuskripten vor allem zu »Nachkriegsfragen« interessiert, »erpicht« auf die an H. Nicolson gesandte Denkschrift; erwartet kein rasches Kriegsende und hält wegen des Fehlens eines positiven Programms der Angelsachsen »ein Sowjet-Europa [für] nicht undenkbar«, aber für »ein Unglück« – »sowohl vom deutschen wie vom europäischen wie vom russischen Standpunkt aus«. R. bittet K.-W., seine »Ansichten« in einem Artikel darzulegen, wie man »in einem besiegten & besetzten Deutschland [...] eine politische Autorität aufbauen könnte. [...] leider ist ja alles so zerrissen & verblendet, dass wir bis heute keinerlei deutsche Zentralstelle im Ausland haben, die wenigstens kulturelle Dinge behandeln könnte. Wäre es nicht möglich, so etwas wie eine 'Deutsche Stiftung'[57] ins Leben zu rufen, die wichtige deutsche Werke verlegt

57 Die »Deutsche Stiftung« hatte nach dem Ersten Weltkrieg die Abwanderung der deutschen Minderheit aus den an Polen abgetretenen Gebieten einzudämmen versucht; bezeichnenderweise übernimmt Rukser den Namen der ihm aus seiner Anwaltstätigkeit vertrauten Institution.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

oder finanziert? So wie früher die Notgemeinschaft[58] – aber neu beseelt für die heutigen Aufgaben? Würden Sie derartiges mal überlegen? Wenn Sie glauben, dass man solche Männer wie Thomas Mann, Brüning[59] und Hiesige von Bedeutung dafür gewinnen kann, dann würden die DB zur Verfügung stehen, um den Aufruf dazu zu drucken und bei der Sammlung zu helfen. Wir sind sicher, dass so etwas eine grosse Bedeutung erlangen würde.« Die Werbung neuer Bezieher – »von Person zu Person« – sei notwendig: »es brennt uns einigermassen auf den Nägeln, dort voranzukommen«. H. Nicolson als Autor zu gewinnen – »wie ja auch der hiesige USA Botschafter [Claude G. Bowers] zu unseren Mitarbeitern gehört« – wäre »natürlich grossartig«.

II. 6. *16. Mai 1944: E. Koch-Weser (São Paulo, Handschrift) an U. Rukser*

Sehr verehrter Herr Rukser!
Es tut mir sehr leid, daß Sie erst heute auf Ihren Brief vom 20. 3. Antwort erhalten. Ich hatte mich auf Ihren Brief vom 29. 12. mit Reinach alsbald in Verbindung gesetzt, aber keine Antwort erhalten. Erst jetzt kommt dieser Brief an mich zurück, da es die Nr. 105 in der Straße Rua Joao Pinheiro nicht gebe, was ein heilloser Irrtum ist.
Inzwischen habe ich, seit 1 Woche hier, mit vielen Freunden über die Sachen gesprochen, darunter auch Reinach. Das Ergebnis ist wenig erfreulich. Irgend eine Einigung zu erzielen, ist schon wegen der politischen Zerrissenheit der Deutschen überaus schwierig. Es giebt mehr Anhänger der Richtung Emil Ludwig als ich dachte, aber außerdem viele, die obwohl nicht auf ihn festgelegt, doch so verbittert sind, daß sie keine Stellung nehmen, die in irgend einem Sinne als dt. freundlich ausgelegt werden könnte. Endlich giebt es unter den Ariern solche, die obwohl nicht nazistisch, doch nicht einsehen wollen, daß sich die Welt umdreht und eine intransigente Verteidigung Dtlds gegen die drohenden Strafen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Dazwischen stehen wir nun, die eine weitgehende Sühne Dtlds für unabwendbar und wohlbegründet halten, aber vermeiden möchten, daß Maßnahmen ergriffen werden, die den Frieden der Welt erneut und schwerer als je gefährden. Alles was wir sagen,

58 Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Berlin.
59 Gegenüber W. Sollmann äußerte Koch-Weser am 17.8.1944 (BA Koblenz, N 1012/60, Bl. 92), »schon« mit »Schmerz kurz gelesen« zu haben, »dass ein Zusammenschluss der Antinazisten so grosse Schwierigkeiten bringt«. Er fügte dann hinzu: »Auch Bruening sollte man als eine ungewoehnlich wertvolle Persoenlichkeit die wichtige Rolle spielen lassen, die er verdient.« Der Exkanzler, der »sich als Repräsentant des 'anderen Deutschlands' verstand«, wahrte jedoch in der Öffentlichkeit »konsequente Zurückhaltung« und »distanzierte sich von allen Plänen einer deutschen Exilregierung«, vgl. Rudolf Morsey, Leben und Überleben im Exil. Am Beispiel von Joseph Wirth, Ludwig Kaas und Heinrich Brüning, in: P. Gordan (wie Anm. 3), S. 86–117, 106f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

erscheint den Alliierten als ein Plädoyer auf mildernde Umstände für Dtld und den Nazis und ihren Mitläufern als ein neuer Dolchstoß in den Rücken. Diese heikle Lage führt die meisten zu gänzlicher Zurückhaltung. Sogar Abonnements von Blättern mit klarer Richtung lehnen sie ab.
Bei dieser Sachlage sehe ich keine Möglichkeit, eine »Deutsche Stiftung« ins Leben zu rufen. Jeder würde fürchten, daß damit ein Werk geschaffen würde, daß seinen Anschauungen nicht gerecht wird. Zudem ist der Zusammenhang zwischen den einzelnen ein überaus geringer. Auf alle Fälle läßt sich hier in S. Paulo am wenigsten nach dieser Richtung erreichen. Ich höre aus den oben erwähnten Gründen nur Ablehnendes.
Vielleicht ist es in Nord-Amerika besser. Ich höre ganz kurz aus der Presse über eine nordamerikanische Gründung, an deren Spitze provisorisch Professor Tillich[60], New York, steht, ein Name, der Vertrauen erweckt. Nebenbei gesagt, wäre es erwünscht, daß diese Bewegung auch in Süd-Amerika Fuß faßt. Sie würde sicher bei den hiesigen Behörden keinem Mißtrauen begegnen. Ich würde mich gern beteiligen. Können Sie nicht einmal Näheres feststellen? Ich habe die Adresse nicht.
Nicht viel besser sieht es mit den Abonnements aus. Was zunächst Rolandia angeht, so ist eine Zahl von 50 bis 100 nicht zu erreichen. Ich schätze die Zahl der überhaupt politisch Interesssierten auf etwa 10. Aber auch die sind noch im Anfang und ohne flüssige Mittel. Die anderen, kleinen oder im schweren Anfang begriffenen, werden kaum ein Interesse, sicher keinen Geldbetrag opfern. Das Hemd ist ihnen näher als der Rock. Die 10 verbleibenden teilen zum großen Teil meinen Standpunkt, aber sind – da die meisten nahe zusammensitzen – gewöhnt, Zeitschriften gemeinschaftlich zu halten. Es wird Mühe kosten, ihnen das auszureden[61], indem man auf die Pflicht einer Unterstützung des Unternehmens hinweist. Mehr als 5 Abonnements werden schwerlich zusammenkommen. Schauff soll allerdings von 10 gesprochen haben. Aber er kennt die Verhältnisse nicht so wie ich.
Wichtiger ist also das Abonnement in S. Paulo. Auch hier ist die Werbung überaus schwierig, weil die einheitliche Meinung fehlt. Immerhin haben mir einige Menschen ein gewisses Interesse gezeigt, das aber auch auf Höflichkeit zurückgeführt werden kann. Ich kann hier noch kein endgültiges Urteil fällen und komme in 14 Tagen, wenn ich meinen Aufenthalt hier zu Ende gebracht habe, darauf zurück.

60 Der evangelische Theologe Paul Tillich war 1933 in die USA emigriert. Als Präsident des Organizing Committee war er an der Gründung des Council for a Democratic Germany 1944 beteiligt, einer nur dem Ansatz nach deutschen Gesamtvertretung; Ehrhard Bahr, Paul Tillich und das Problem einer deutschen Exilregierung in den Vereinigten Staaten, in: Exilforschung 3 (1985), S. 31-42.
61 Von E. K.-W. verbessert aus: abzugewöhnen.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Ein Hindernis ist immer das unregelmäßige Ankommen der Zeitschrift in S. Paulo oder gar Rolandia. Man müßte den Abonnenten wohl Rückzahlung zusichern für den Fall, daß sie eine Nummer nicht erhalten. Ich sitze so weit ab (700 km), daß es mir ganz unmöglich ist, solche Unebenheiten irgendwie zu beseitigen.
Auch bezüglich Nicolsons kann ich nicht helfen. Er hat den Ruf, sehr unzuverlässig zu sein, und hat nach viel versprechenden Anfängen auch eine Korrespondenz mit mir wegen einer Reise nach Schweden einschlafen laßen, sodaß ich zur Zeit außer Beziehung zu ihm stehe oder – richtiger – abwarten muß, bis er sich wieder äußert. Es scheint mir nicht empfehlenswert, sich an ihn zu wenden. Er ist, wie seine Sekretärin schrieb, schwer überlastet.[62]
Nun wegen eines Artikels von mir für Ihr Blatt, das mir übrigens immer lieber wird.
Ich habe eine Schrift verfaßt »How could it happen? The evolution of the German Nationalism«, ca. 300 Druckseiten von der Größe der des »Reader's Digest«. Mein alter Freund Thomas Mann will sich der Publikation annehmen. Er hat mich gebeten, ein Exemplar seinem Verleger Knopf[63], dem er die Schrift empfohlen hat, und eines an ihn zur Veröffentlichung durch Bermann-Fischer[64] zwecks Propaganda in Dtld nach der Invasion zu übersenden. Das ist vor einer Woche von hier aus geschehen. Ich warte auf Anwort. Thomas Mann ist, wie Sie wissen werden, ein entschiedener Gegner davon, daß wir Emigranten uns voreilig in die Fragen der Neugestaltung Dtlds einmischen. Die Gründe habe ich im letzten Teil des zweiten Absatzes dieses Briefes angegeben. Ich habe mich vorläufig Thomas Manns Anschauung gefügt, zumal ich glaube, daß unsere Stimme im Augenblick verhallen würde. Ich kann also zur Zeit mit einem solchen Artikel nicht hervortreten, ohne mich in Widerspruch mit mir selbst zu setzen.
Das ist der Grund, weswegen ich diesen Artikel jetzt nicht schreiben kann. Vielleicht bald einen anderen.
Um aber nicht mit ganz leeren Händen zu kommen, habe ich Dr. Reinach ein paar Aphorismen übergehen, die ganz vielleicht einigen Wert für Sie haben. Ich verstehe aber durchaus, wenn Sie es nicht für richtig halten sollten, sie zu

62 Aus dem Schreiben der Sekretärin schloss Koch-Weser, dass es Nicolson »nicht sehr eilig zu haben« scheine, wie er A. Weber am 16.2.1944 (s. auch Dok. II. 3) mitteilte. Gleichzeitig bat er Weber, sich wegen des Memorandums mit Nicolson in Verbindung zu setzen; BA Koblenz, N 1012/60; Bl. 105.
63 Alfred A. Knopf, der 1915 seinen Verlag gegründet hatte, entdeckte Thomas Mann für das amerikanische Publikum; das Verlagsarchiv befindet sich im Harry Ransom Center der University of Texas (Austin); s. auch Anm. 75 u. 93.
64 In der Vorlage: Beermann; Gottfried B., Schwiegersohn von Samuel Fischer, hatte 1936 in Wien den Bermann-Fischer Verlag gegründet, den er später in die Schweiz und dann nach Schweden transferierte.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

bringen. Sie sind in der Stille des Urwalds entstanden und halten der Kritik Ihres Publikums vielleicht nicht stand. Sollten sie veröffentlicht werden, so bitte ich um Folgendes:
1. Ich bitte den Vergleich Hitlers mit dem Hauptmann von Köpenick nicht oder nicht an erster Stelle zu bringen. An der Spitze sieht es so aus, als ob alle Aphorismen nur auf Gehässigkeit eingestellt seien.
2. Das Wort »Selig sind die Halbgebildeten« habe ich m.W. geprägt. Es war aber 1935 schon in Berlin verbreitet.
3. Wenn Sie, was Sie bringen, in 2 Abteilungen bringen, können Sie vielleicht schon erwähnen, daß mein Buch herauskommt, in dem einige der Aphorismen so oder ähnlich vorkommen.
Noch eine Anregung, die ich bitte nicht übelzunehmen, lieber unbeachtet zu laßen: Ich freue mich jedes Mal, wenn mich in der Wildnis dieses kultivierte Blatt aufsucht. Aber ist die erste Seite mit der immer wiederholten Aufschrift[65] nötig? Sie ist sogar leicht irreführend. Mir ist es schon vorgekommen, daß ein Bekannter, dem ich ein Exemplar übergeben wollte, mir sagte: »Nein, die Nummer mit dieser Aufschrift habe ich schon gehabt. Haben Sie keine neue?« Es würde doch genügen, wenn dieses schöne Wort, das aber wohl kaum die ganze Aufgabe des Heftes, namentlich nicht die gegenwärtige, umfaßt, mehr in der Ecke in kleiner Schrift aufgeführt würde und dadurch Platz und Ersparnis gewonnen würde, vielleicht für das Inhaltsverzeichnis.
Ich bleibe etwa noch 12 – 14 Tage. Dann bin ich wieder in Roland, wohin mir alles nachgesandt wird.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener

II. 7. *27. Mai 1944: E. Koch-Weser (São Paulo, Handschrift) an U. Rukser*

Sehr verehrter Herr Rukser!
Ich habe [mich] seit meinem Briefe von hier, den ich vor etwa 14 Tagen zur Absendung brachte, viel mit der Frage des Absatzes der Deutschen Blätter beschäftigt. Ich habe darüber namentlich mit Herrn Reinach, Frau [Louise] Bresslau[-Hoff][66] und meinem alten Freunde Markmann[67], der wegen seiner

65 »Wir wollen keine Verstaatlichung des Menschen, sondern eine Vermenschlichung des Staates /Pestalozzi«.
66 Schriftstellerin, 1934 emigriert, bestritt ihren Lebensunterhalt u.a. durch den Verkauf der Fachbibliothek ihres 1935 verstorbenen Mannes, des Zoologen Ernst Ludwig Bresslau; C. Hohnschopp (wie Anm. 1), S. 13f. – In der Vorlage »Breslau« bzw. »Breslauer« in den späteren Briefen.
67 Ernst Markmann, »deutschblütig«, wurde ohne Versorgungsbezüge aus dem Beamtenverhältnis entlassen und 1943 ausgebürgert; freundl. Auskunft von Dr. Gerhard Keiper, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

demokratischen Gesinnung sich [1942] geweigert hat, als Kanzler des Deutschen Generalkonsulats mit dem Personal des Generalkonsulats São Paulo zu verlassen, sehr eingehend gesprochen. Es ist viel guter Wille vorhanden, das Blatt zu beziehen. Ich selbst habe einige Personen ausfindig gemacht.
Aber vorläufig scheitert jede Propaganda daran, daß man das Eintreffen des Blattes nicht zusichern kann. Reinach erklärt, daß Ihre Verhandlungen darüber vor einem günstigen Abschluß ständen.
Wenn das zum Ende geführt ist, wollen die drei genannten Personen jemanden zu gewinnen suchen, der unter Überreichung einer Probenummer um Prüfung bittet und sich nach einiger Zeit zur Entgegennahme des Abonnements wieder einfindet. Wir versprechen uns davon einigen Erfolg, wenn wir auch betonen müßen, daß ein großer Teil der Emigranten sich wegen Mangels von Mitteln, ein anderer wegen seiner radikalen Gesinnung zurückhalten wird.
Ich selbst scheide ja für die Einzelpropaganda in São Paulo ganz aus. Ich hoffe, aber schon jetzt einige Besteller in Caviuna zusammenbringen und Reinach bitten zu können, die Zusendung an diese Personen zu veranlaßen.
Die politische Lage scheint sich durch Churchills Rede[68] zu verdüstern, so düster sie schon war. Vielleicht findet englische Einsicht doch noch einen Weg, wenn England erst unmittelbar vor der Lösung steht.
Mit ergebenen Grüßen
Ihr

II. 8. *11. Juni 1944: U. Rukser (Durchschlag) an E. Koch-Weser*

R. dankt für Briefe v. 16. und 27. Mai; die »Schilderung der Emigranten und der Auslandsdeutschen« treffe »auch für die hiesigen Verhältnisse« zu. Dennoch sei es gelungen, »aus beiden Lagern allmählich Leute zu bekehren«: »Das kostet freilich viel Zeit und Mühe – aber wir glauben, es ist unsere Pflicht, darin nicht zu erlahmen. Es kommt nach unserer Erfahrung immer wieder darauf hinaus, dass man zunächst einen Mann von Ansehen gewinnt, der es dann mit der Zeit übernimmt, in seinem Kreise entsprechend zu wirken. Natürlich werden wir nie eine Massenwirkung erzielen. Das ist auch gar nicht nötig bei der absoluten Indolenz des Durchschnitts-Deutschen hier. Es bedeutet schon ungeheuer viel, einige führende Kreise zu beeinflussen.« In USA sei die Lage »unter dem Einfluss der Nazipropaganda« wenig besser, »womit wir nicht nur die deutsche Emigration, sondern auch kirchlich interessierte Kreise

68 Gemeint ist die Unterhausdebatte am 22. und 23. Februar, in der Churchill über sein Übereinkommen mit Stalin berichtet hatte, »dass Polen eine Kompensation im Norden und Westen erhalten soll auf Kosten Deutschlands«; einen entsprechenden Agenturbericht hatten die »Deutschen Blätter« (H. 3/1944, S. 32-34) veröffentlicht.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

deutscher Abstammung meinen«. Das »Tillich-Komité« sei wegen der scharfen Trennung der »politischen deutschen Gruppen dort«, insbesondere der Sozialdemokraten und Kommunisten, »nicht die erhoffte Zusammenfassung der deutschen politischen Kräfte geworden.«[69] Für die »Deutschen Blätter« sei die Gewinnung von Abonnenten und Gönnern »von höchster Bedeutung«: »Wir sind ein kleiner Kreis, der dafür grosse Opfer bringt, obwohl wir alle Flüchtlinge sind, denen es recht kümmerlich geht. Übrig hat keiner was & doch war es möglich, die Zeitschrift ins Leben zu rufen. Ich sage das nicht, um uns herauszustreichen, sondern weil viele Leute die Dinge zunächst nicht richtig sehen. Wir haben erlebt, dass mancher die Brieftasche zückte, nach dem ihm diese Zusammenhänge klar geworden waren. Vielleicht, verehrter Herr Koch-Weser, können Sie durch persönliche Ansprache in der Richtung doch mehr erreichen als es jetzt scheint.« Der Versand der Zeitschrift werde während des Krieges schwierig bleiben; »das Ganze« dürfe »nicht als kaufmännische Sache« betrachtet werden, sondern als ein »Versuch zur Behauptung kultureller deutscher Werte«. Und eine »Organisation zum Druck deutscher Bücher« sei »bei einigem Opfersinn verständiger Leute mit einigen 10000 Dollar zu machen [...] Ich glaube, es ist nicht schwer zu zeigen, dass in dieser Richtung auf lange hinaus die einzige Möglichkeit liegt, im Sinne deutscher Kultur zu wirken. Darum ist das zugleich ein hochpolitischer Aspekt, den vielleicht der eine oder andere doch begreift.« R. dankt für die Aphorismen, die aber »bisher nicht eingetroffen« seien. Die Gestaltung der »Deutschen Blätter« sei unter den gegebenen Umständen nicht zu ändern: »Bitte bedenken Sie, dass in der Druckerei kein Mensch deutsch kann.« Auch sei es »nicht unwichtig«, »den programmatischen Satz immer wieder auf der Titelseite [zu] haben.« Th. Mann[70], mit dem »wir in dauernder Verbindung« stehen, helfe, »wo er kann«. Wegen der »unbegreiflichen politischen Kriegführung der Alliierten in Europa« verbittert, schreibt R.: »Es wird eine Zeit kommen, wo man doch auf uns wird hören müssen, sowenig man jetzt in London davon wissen will. De Gaulle's Flucht in die Öffentlichkeit[71] beweist zu

69 Alexander Stephan (Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Stuttgart u.a 1995, S. 316) zitiert einen Bericht der amerikanischen Botschaft in Santiago de Chile vom 28.5.1946[!], wonach Theile und Rukser eine Zusammenarbeit mit dem Council for a Democratic Germany abgelehnt hatten. Die »Deutschen Blätter« (H. 6/1944, S, 43-45: »Für ein demokratisches Deutschland!«) hatten zwar auszugsweise das Gründungsmanifest veröffentlicht, bezweifelten aber, »ob die allgemeinen Voraussetzungen, von denen der Aufruf ausgeht, heute noch einige Wahrscheinlichkeit für sich haben«. Vielmehr habe »eine deutsche Politik« ohne »auf Wünsche und Sympathien viel« zu achten die Interessen der »Weltmacht« Rußland in Rechnung zu ziehen. Wie »realistisch« (H.-A. Walter, Deutsche Exilliteratur, wie. Anm. 14, S. 524) diese »Position« tatsächlich war, steht auf einem anderen Blatt.

70 Siehe Dok. II. 16 u. Anm. 93.

71 Durch die Bildung des Gouvernement provisoire de la République Française am 3. Juni 1944 in Algier gelang es de Gaulle, eine alliierte Militärregierung für die besetzten Gebiete Frankreichs zu verhindern.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Genüge, wies dort zugeht. Heute können wir sagen, dass unsere Zeitschrift sich in den Ämtern einige Beachtung erworben hat. So hat das State Department sich sehr anerkennend in einem amtlichen Briefe geäussert[72], sodass wir die Gewissheit besitzen, dort verstanden zu werden. Das ist doch für heutige Verhältnisse wichtig.« Abschließend bittet er, mit Reinach Fühlung zu halten, Adressen zum Versand von Probenummern mitzuteilen sowie »um Vorschläge zur Ausgestaltung des Inhalts und um Nennung guter Mitarbeiter«.

II. 9. *31. Juli 1944: E. Koch-Weser (Maschinenschrift[73]; »1. Exemplar: Luftpost«) an U. Rukser*

Sehr verehrter Herr Rukser,
ich erhielt dankend Ihr gefl. Schreiben vom 11. Juni 1944. Ich stimme Ihren Ausfuehrungen ueber die Notwendigkeit hartnaeckiger Werbung durchaus zu. Aber ich glaube, dass ich in dem kleinen Roland mit der Werbung das Menschenmoegliche getan habe. Die Zahl der groesseren Emigranten ist nur gering. Sie stehen wohl saemtlich auf antinazistischem Boden. Der kleinere Teil von ihnen weiss ueberhaupt noch nicht, ob er wirtschaftlich durchkommt. Der groessere Teil hat fast durchweg wegen der schweren Froeste der beiden vergangenen Jahre schwere Sorgen. Erst die Kaffeeernte des naechsten Jahres wird sie zu verfuegbaren Mitteln groesseren Umfangs bringen. Kleine Siedler kommen aus Gruenden, die ich nicht ausfuehren will, hier ueberhaupt nicht in Frage. Wenn es mir unter diesen Umstaenden gelungen ist, eine Reihe Abonnenten, naemlich 10, zusammenzubringen, und ich noch einige bei meiner weiteren Werbung darueber zusammenbringen werde, so ist das nach Lage der Verhaeltnisse wirklich wohl die ganze Zahl, die in diesem kleinen Bezirk ueberhaupt in Frage kommt. Ich glaube, hier ohne Ueberheblichkeit wirklich »der Mann von Ansehen« zu sein, den Sie fuer Gesinnungsbildung und Abonnentenwerbung hier wuenschen. Wenigstens sind saemtliche Werbungen, die bisher genannt sind, auf mich zurueckzufuehren. Aber »ultra posse nemo obligatur«. Wir müssen hier guenstigere Verhaeltnisse abwarten.
Ich gebe Ihnen in der Anlage die vorlaeufige Liste und halte es fuer richtig, mit der Zuschickung zu beginnen. Ich gebe anheim, zu bestimmen, wie sie erfolgen soll, ob ueber Dr. Reinach oder von Ihrem Verlag. Meine Exemplare bekomme ich in letzter Zeit fast regelmaessig von Ihnen direkt. Da die Ver-

72 In einem Brief an den früheren Anwalt Arno Witten (Roseville, Australien) erwähnt Rukser am 29.4.1944, dass »das State Department uns als die einzige demokratische deutsche Zeitschrift in Südamerika bezeichnet« habe; IZD, II AK 87/84-22.
73 Nachsatz D. Koch-Weser betreffend handschriftlich; »3 Anlagen« – »Abonnenten-Liste«, »Exposé des Dr. Berlin, in Abschrift, Stellungnahme dazu« – fehlen.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sendung ueber Dr. Reinach noch immer von Genehmigungen abhaengig sein soll, wie mir bei ihrem kuerzlichen Hiersein unlaengst Frau Professor Bresslau sagte, ist direkte Zusendung wohl das beste Beste. Wenn es Ihnen lieber ist, koennen der Kontrolle halber auch alle Exemplare an mich geschickt werden. Sobald ich weitere Abonnenten gesammelt habe, geb ich sie Ihnen auf. Gibt es eine Moeglichkeit, die bisher gesammelten Abonnementsgelder Ihnen schon jetzt zu uebersenden? Die meisten werden allerdings wohl erst zahlen, wenn sie ein Exemplar in Haenden haben. Das kann ich nicht aendern.

Ich war sehr enttaeuscht, dass man wegen des Abonnements in São Paulo nicht weiter gekommen ist. Ich halte dort nach meinen Besprechungen mit Herrn Dr. Reinach und Frau Bresslau, sowie nach Unterhaltungen in anderen Kreisen, darunter dem frueheren Generalkonsulatskanzler Markmann**,** eine erhebliche Steigerung des Abonnements fuer moeglich, wenn eine tuechtige Person zur persoenlichen Ueberreichung von Probenummern und Werbung gefunden werden kann. Aber Herrn Reinach und Frau Bresslau kann ich nicht widersprechen, wenn sie erklaeren, dass nichts geschehen kann, solange die in Aussicht gestellte Genehmigung zur Zulassung noch aussteht. Ich kann leider von hier nichts machen, da São Paulo ueber 600 km von hier aus entfernt ist und ich nur etwa alle zwei Jahre einmal dorthin komme.

Es muss ein Irrtum sein, wenn Sie annehmen, ich wuenschte eine buchmaessige Veroeffentlichung meiner Manuskripte. Ich weiss nicht, ob er durch eine missverstaendliche Aeusserung von mir entstanden ist. Uebrigens ist vor einigen Tagen mein Buchmanuskript: »Wie konnte es geschehen? Die Entwicklung des Nationalismus in Deutschland«[74] von dem New Yorker Verlag A. Knopf zur Veroeffentlichung angenommen.[75]

Dagegen ist es richtig, dass ich auf Herrn Reinachs Rat ihm einige Aphorismen zur Uebersendung an Sie habe zugehen lassen. Meinerseits lege ich auf eine Veroeffentlichung keinen besonderen Wert.

Auch ich sehe den politischen Stand recht duester. Ich weiss ueberhaupt nicht, ob es auf Jahre hinaus zu etwas anderem als einer dreifachen Besetzung Deutschlands kommt. Die Galgenfrist, die sich Hitler durch den verzweifelten Widerstand erkauft, und die er zur Schaedigung Englands durch die geheime Waffe, zu Greueltaten und Erschiessungen nutzt, verstaerkt den Hass auch gegen die unschuldigen Deutschen und fuehrt sie der Vernichtung entgegen.

74 BA Koblenz, N 1012/66.

75 Hitler and beyond. A German testament. Translated by Olga Marx, 1945, XII, 217 S. – In den »Deutschen Blättern« (1946, H. 33, S. 56) erschien eine kurze Besprechung von Karl O. Paetel, der »diesem Rechenschaftsbericht« nachrühmt, dass er ein »objektives Bild der deutschen Realität vor und unter Hitler und einige umrisshafte Ausblicke in die Zukunft eines vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland« biete.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Aeusserung ueber die Niederschrift des Dr. Philipp Berlin[76] lege ich nebst einer Abschrift dieser selbst an.
Vielleicht schicken Sie, wenn Sie wollen, unter Berufung auf mich, eine Probenummer der »Deutschen Blaetter« an den Professor an der »New School for Social Research«, frueheren Staatssekretaer Arnold Brecht[77] [...] und an den frueheren Staatssekretaer und M.d.R. Oscar Meyer[78] [...].
Mit den besten Wuenschen und Empfehlungen
Ihr sehr ergebener

Auch mein Sohn Dr. med. Dieter Koch-Weser, S. Paulo [...], erbittet ein Abonnement.
PS nach neuerlicher Ueberlegung der hiesigen Verhaeltnisse moechte ich doch bitten, die Uebersendung der DB nicht im Sammelpaket ueber mich, sondern einzeln an die Abonnenten vorzunehmen

II. 10. *16. Aug. 1944: U. Rukser (Durchschlag) an E. Koch-Weser*

R. dankt für Brief v. 31. 7., die Werbung für die Zeitschrift, deren Auflage man »in den letzten Monaten« habe »erhöhen« müssen, sowie für die Stellungnahme zum Exposé Berlin. Er begrüßt die Annahme des Buchmanuskripts durch Knopf und bietet an, »einige Rosinen heraus zu picken«, was »für den Absatz des Buches [...] doch sicher nicht schädlich« wäre. Ein Teil der Aphorismen sei für Heft 7 vorgesehen.

76 Zu der nicht überlieferten Stellungnahme äußerte sich der 1935 nach Mexiko emigrierte Berlin am 27. Aug. gegenüber Rukser: »Eine Diskussion mit Herrn Koch scheint mir zwecklos«; IZD, AK II 87/84-3. Bei der »Niederschrift« dürfte es sich um das Manuskript des den Ideen Rudolf Steiners verpflichteten Artikels »Staat und Mensch« (Deutsche Blätter, H. 26/1945, S. 20-22) gehandelt haben.

77 A. Brecht emigrierte 1934; in der Vorbemerkung zu seiner in den »Deutschen Blättern« (H. 26, 1945, S. 23-26) abgedruckten Rede »Friedrich Ebert und die Tragödie der deutschen Demokratie« schrieb mutmaßlich Rukser über A. Brecht, der 1921 als Geh. Regierungsrat für drei Monate die Geschäfte des Staatssekretärs in der Reichskanzlei wahrgenommen hatte: »war Berater der Weimarer Regierung in Verwaltungsrechtsfragen, Reformer der preussischen Verwaltung, vertrat vor dem Reichsgericht als preussischer Ministerialdirektor Preussen gegen das Reich wegen des von der Papen-Regierung begangenen Verfassungsbruchs«.

78 1933 Flucht aus Deutschland, zuletzt in USA (Berkeley); zu den Erinnerungen Meyers »Von Bismarck zu Hitler« (New York: Verlag Friedrich Krause 1944) heißt es in einer ungezeichneten Rezension in den »Deutschen Blättern« (1945, H. 23, S. 54): »schlichte Aufzeichnungen, im Exil gemacht, offenbar ganz aus dem Gedächtnis ohne viel Material. Aber Aufzeichnungen eines Mannes, der als Parteimann, als [parlamentarischer Unter-] Staatssekretär, als Abgeordneter [zuletzt der Staatspartei] viel gesehen und erlebt hat.« Tenor und Empfehlung (»höchst nützliche und notwendige Lektüre für die Auslandsdeutschen«) deuten auf Rukser als Verfasser hin.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. 11. *20. Aug. 1944: I. Koch-Weser an U. Rukser (s. Anm. 88)*

II. 12. *22. Aug. 1944: E. Koch-Weser (Handschrift) an U. Rukser*

Sehr verehrter Herr Rukser!
Meinen Brief vom 31. Juli, der für Ihre antinazistische Zeitschrift »Deutsche Blätter« meine Kritik des Artikels von Dr. Philipp [Berlin] enthielt und über die hiesigen Abonnenten Auskunft gab, werden Sie erhalten haben.
Heute entdecke ich in dem mir gerade zugegangenen Heft 6 [S. 47] Ihrer Zeitschrift die Ankündigung meiner Aphorismen, womit ich gern einverstanden bin. Leider entdecke ich aber auch zwei peinliche Irrtümer: 1) Meine Wohnung und Adresse ist nicht Rio de Janeiro, sondern Caviuna (ex: Rolandia) [...]. Ich sitze dort seit 11 Jahren unter der Ihnen bekannten Adresse auf einer von mir im Urwald gegründeten Fazenda 800[?] km von der Küste. 2) Ich weiß nicht, wer für die Aphorismen den Titel »Und dennoch aufwärts« veranlaßt hat. Es war der Titel meines im Frühjahr 1933 bei Ullstein erschienenen Buches, das nach der nationalen Überhebung 2 Wochen später verboten und verbrannt ist. Aber ich frage mich, wie kommt er vor die Aphorismen? Sie haben doch wohl wenig mit Aufstieg zu tun. Wenn sich da nicht bei Ihnen ein Zusammenhang gebildet hat, den ich von hier nicht übersehen kann, so bitte ich freundlich um Berichtigung des Irrtums.
Mein Buch, das die Schuld des deutschen Nationalismus am Schicksal Dtlds und die Mittel zu seiner Bekämpfung behandelt (über den Titel wird noch verhandelt), wird in wenigen Wochen bei Alfred Knopf, New York, (dem Verleger von Thomas Mann) erscheinen. Es wird auch ins Deutsche übersetzt werden.
In einer nicht-veröffentlichten vertraulichen Denkschrift über »Deutschland nach dem Kriege« habe ich ein nicht-vertrauliches Kapitel über Paneuropa aufgenommen. Ich war Vorstandsmitglied von Coudenhoves Vereinigung[79]. Ich schicke es Ihnen nächstens nach Durchsicht. Ich glaube, es eignet sich zur Veröffentlichung, wenn nicht, bitte ich um baldige Rückgabe. Ich schätze, es wird bei Ihnen 6 Seiten einnehmen.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr

früher Reichsminister im republikanischen Dtld und Emigrant seit 1933.
Ich vermelde nächstens wieder ein paar neue Abonnenten.

79 Paneuropa-Union, gegr. 1923 von Richard (Nikolaus Graf von) Coudenhove-Kalergi, geb. in Tokio, seit 1919 österreichischer Staatsbürger, März 1938 Flucht, seit 1940 in USA.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. 13. *3./7. Sept. 1944: E. Koch-Weser (Maschinenschrift*[80]*; Luftpost) an U. Rukser*

Sehr verehrter Herr Rukser,
am 31. Juli d. J. schrieb ich Ihnen einen Brief, in dem ich mich ueber die Moeglichkleit einer Propaganda fuer Ihre antinazistische, in Brasilien zugelassene Zeitschrift »Deutsche Blaetter« hier in S. Paulo aeusserte und meine Meinung ueber die Niederschrift des Herrn Dr. Berlin/Mexico abgab. Dann schrieb ich Ihnen am 22. August d. J. ueber die Ankuendigung meiner Aphorismen in der 6. Nummer der DB, indem ich darauf hinwies, dass Rio de Janeiro als meine Adresse falsch wiedergegeben sei und es mir unklar sei, warum die wahrscheinlich nicht passende Ueberschrift »Und dennoch aufwaerts« gewaehlt sei. – In einigen Tagen sende Ihnen nun, wie angekuendigt, mein Manuskript ueber Paneuropa. Es scheint ja leider, als ob durch den Uebereifer Russlands auf Osteuropa, wie es sich in seinem Buendnis mit der Tschechoslowakei am Klarsten aeussert, sowie wohl auch durch die Praetention des französischen Auftretens diese grosse Idee etwas in den Hintergrund tritt. Ich habe mich deshalb wegen der Verwirklichung etwas vorsichtig geaeussert. Es scheint mir aber doch, dass wir nicht aufhoeren duerfen, sie als grosses Zukunftsziel zu propagieren. Auch dass im Anfang des Manuskriptes der neue Gedanke des uebersouveraenen Viererbundes gestreift wird, moechte zeitgemaess sein. Moechten Sie die ganze Frage aber zur Zeit nicht behandelt wissen, so bitte ich um Ruecksendung des Manuskriptes. Kleinere Aenderungen, die, ohne meinen Anschauungen zu nahe zu treten, Ihnen notwendig erscheinen, bevollmaechtige ich Sie vorzunehmen, wenn Sie mich nachher darauf hinweisen. Fuer den Fall des Erscheinens habe ich noch ein paar Fragen und Bitten an Sie. 1) Wenn Sie den Aufsatz bringen, erwaehnen Sie vielleicht, dass ich 9 Jahre bis 1933 in dem engeren Vorstand von der Paneuropa-Union gewesen bin. Wenn es passt, kann auch gesagt werden, dass ich noch auf dem letzten Kongress in Europa, 1932 in Basel, fuer Deutschland dort gesprochen habe. Ferner ist vielleicht von Bedeutung, dass ich 2 Jahre unter Stresemann[81] und ein Jahr unter Curtius[82] deutscher Delegierter fuer die Minderheitsfragen im Voelkerbund war. – 2) Wenn der Gedanke der Kontrolle der uebersouveraenen Vierermaechte (vgl. S. 2 des Manuskriptes) inzwischen gediehen sein sollte, bedarf es vielleicht einer kurzen Anmerkung, dass der Artikel am 6. September in den ersten Anfaengen des Gedankens geschrieben ist und noch keine endgueltige Stellungnahme zu den fertigen Beschluessen bedeute. – 3) Ich bitte freundlichst, den Artikel mit einer Karte

80 2 Anlagen: »Liste zu S. 1/Zf. 3« und Inhaltsverzeichnis von »How could it happen?« nicht abgedruckt; Versandadressen fehlen.
81 Gustav Stresemann, von 1923 bis zu seinem Tod 1929 Reichsaußenminister.
82 Julius Curtius, Reichsaußenminister 1929–1931.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Ueberreicht vom Verlag« (oder wie Sie das sonst machen) moeglichst unter Angabe meiner Adresse an die in der Anlage verzeichneten Personen zu schicken. Ich hoffe, das ist nicht zu viel, weil es doch wohl Ihrer Propaganda dient. Vielleicht fordere ich noch einige weitere an. [...] Ich selbst haette gern 3 – 5 Exemplare. – 4) Sir Harold Nicolson befindet sich in unbekannter Mission im Ausland. Leider konnte ich daher Ihre Bitte nicht erfuellen. – Ehe dieser Brief ganz beendet ist, erhalte ich Ihren Brief v. 16. August d. J., bei dessen Abfassung Sie noch nicht im Besitz meines eingangs erwaehnten Briefes v. 22. August waren. – Ob eine Verbindung mit mir sicherer ist als eine solche mit Dr. Reinach, moechte ich noch nicht entscheiden. Jedenfalls bin ich mit Ihrem Vorschlag einverstanden. Ich moechte nur bitten, die weiter zu sendenden Briefe dann in 2 Exemplaren an jeden von uns zu schicken, damit eine nochmalige Kopie, die mir unter Umstaenden einige Schwierigkeiten macht, eruebrigt wird. Ich schicke auch diesen Brief schon jetzt in 2 Exemplaren an Dr. Reinach zwecks Weitersendung des einen Exemplars an Sie und lege Ihren Brief v. 16. August d. J. an. – Das 7. Heft der DB ist uebrigens hier noch nicht in meiner Hand. – Dass Dr. Reinach hier das Inkasso uebernimmt, scheint mir unpraktisch, so gern ich mich von der Arbeit entlastete. – Eine Zahlung nach S. Paulo ist fuer den einzelnen heutzutage schwieriger als eine an Ort und Stelle, waehrend sich fuer eine groessere Gesamtzahlung ein Weg findet. Ich hoffe, Herr Dr. Reinach aeussert sich mir gegenueber ueber diese Frage. – Ich wuerde bitten, mir jedenfalls mitzuteilen, mit welcher Nummer Sie die Zusendung der DB an die Caviuna-Abonnenten, die ich Ihnen aufgegeben habe, begonnen haben, der Abrechnung und der Kontrolle wegen. – Ich freue mich sehr der wachsenden Bedeutung Ihres Blattes, dessen Wert sich niemand verschliessen kann. – Leider habe ich zur Carl-Schurz-Gesellschaft [in USA] gar keine Verbindungen mehr. Fast alles ist mir in den 10 Jahren Urwalds verloren gegangen.

7. September 1944

Sehr verehrter Herr Rukser,

der Brief ist unfertig liegen geblieben, weil gestern unmittelbar vor Absendung ein Schreiben vom Verlag Knopf eintraf, das meinen Brief an Sie beeinflusst. Knopf, mit dem ein fertiger Vertrag auf Ankauf und sofortige Bezahlung des Manuskriptes vorliegt, ist der Meinung, dass Papier und Facharbeiter in USA so rar wuerden, dass er zwar den Vertrag aufrechterhaelt, aber ein Erscheinen des Buches vor naechstem Mai nicht garantieren kann. Damit ist der Hauptzweck des Buches vereitelt und ich bin mir ganz unklar, was ich tun soll. Vorlaeufig habe ich ihn auf die Unmoeglichkeit seiner Absicht hingewiesen. Sein Vorgehen ist um so unklarer, als er mir gleichzeitig unter erheblicher Erhoehung des Honorars den Ankauf des Worldcopyright anbietet. Was will er mit diesem Recht, wenn er nicht einmal das kleinere Recht in absehbarer

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zeit verwerten kann? Vielleicht koennen Sie und Herr Dr. Reinach mir folgende Fragen beantworten:
I) Ich kann mir nicht denken, dass die Herausgabe von politischen Buechern in USA so stockt, um so mehr als er schon Anfang Juli schrieb, dass mit der Uebersetzung begonnen sei.
II) Der jetzige Verlagsvertrag bezieht sich nur auf den Verlag in englischer Sprache auf der westlichen Hemisphaere. Wenn er mir den Kauf des worldcopyright anbietet, ist damit ein Vertrag in allen Sprachen gemeint? Oder kann man auch das Recht auf Weltverwertung in englischer Sprache oder unter Ausschluß der deutschen Sprache als »worldcopyright« bezeichnen. Es scheint, dass er nur daran denkt, weil er mir gegenueber nur die Einnahmen und Ausgaben einer besonderen Vergebung des englischen Verlagsrechts abwaegt. Mir liegt natuerlich am meisten an dem deutschen Verlagsrecht, das ich ihm nicht anvertrauen moechte.
III) Wissen Sie einen Verleger, der das deutsche Verlagsrecht uebernehmen wuerde? Die Invasion rueckt voran und ich moechte das Buch, das sicher viel gelesen wuerde, ihr gern auf dem Fuss folgen lassen. Ich denke mir, es wird ein grosses Geschaeft sein, dieses Buch herauszubringen und in Deutschland zu vertreiben.
IV) Halten Sie es für zulaessig, dass ein Verleger ein politisches Buch, das zum Teil auch Tagesfragen (z. B. Schwarzschild, Ludwig, Vansittart[83]) behandelt und das ihm als ein politisches Buch von einem Mittelsmann (Thomas Mann) empfohlen ist, nicht alsbald herausgibt? Er weiss doch, dass es mir auf die Herausgabe, nicht auf das Honorar ankommt, wenn ich das Honorar auch nachtraeglich ohne Ersatz ungern wieder fahren liesse. – Im Uebrigen ist mir die ganze Sache unklar. Wie kann er ein Interesse daran haben, mir das Weltverlagsrecht abzukaufen, wenn er noch gar nicht weiss, wann er das Buch herausbringen kann? Ich habe, vertraulich gesagt, das Gefuehl, als ob ihm von seinen Freunden (z. B. auch Schwarzschild, den er verlegt) nahe gelegt ist, das Buch wenigsten zur Zeit in keiner Sprache erscheinen zu lassen, wenn er es verhindern kann. – Ich habe Ihnen beiden [R. u. Reinach] mein Herz ausgeschuettet, weil ich hier niemanden habe, der mich in dieser Frage beraten kann. – Im Ganzen kann ich nur sagen, dass die Behandlung der Sache in USA mich sehr betruebt hat. Von Thomas Mann, der mir ja erst so freundschaftlich bei Seite stand, hoere ich leider zur Zeit gar nichts mehr. Er war immer ein unzuverlaessiger Briefschreiber, weil er jeden Brief vor der Absendung erst zum Kunstwerk entwickeln muss (was ihm uebrigens auch in der Korrespondenz mit mir glaenzend gelungen ist). – Was nun Ihre eigenen Wuensche auf

83 Ehem. britischer Diplomat, dessen antideutsche Kriegspublizistik den Begriff »Vansittartismus« begründete.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Kostproben« angeht, so lassen sie sich mit meinen Beschwerden ueber die Verspaetung der amerikanischen Ausgabe recht wohl vereinen. Da Knopf nur das Verlagsrecht fuer die Ausgabe in englischer Sprache erworben hat, steht Auszuegen aus dem deutschen Manuskript nichts im Wege. Sie muessten wohl am Anfang erwaehnen, dass der Artikel Auszuege aus einem demnaechst bei der Firma Alfred A. Knopf [...] erscheinenden Buche »How could it happen?« bringt, das die Entwicklung des Nationalismus in Deutschland und seine Schuld an dem Verfall Deutschlands behandelt. Mir kann es nur lieb sein, wenn die Aufmerksamkeit dadurch auf das Buch gelenkt wird. Leider kostet die Uebersendung des Manuskriptes durch Luftpost etwa Cr. $ 300,oo und ich moechte gern erst wissen, ob Ihnen daran gelegen ist. Ich uebersende Ihnen also innerhalb der naechsten Zeit ausser der Schrift ueber den Europabund, die kein [unterstrichen] Teil des neuen Buches ist, am besten aber wohl zuerst gebracht wuerde, folgende Auszuege: 1) ein Inhaltsverzeichnis zu Ihrer Orientierung; 2) die 3 wohl zusammengehoerigen Abschnitte a) Die politische Gesinnung der republikanischen Fuehrer, b) Die Ruestungen der Republik, c) Die Reparationszahlungen der Republik; 3) Der Sozialismus Hitlers; 4) Die Gegner des Nationalsozialismus; 5) Schluss. – Sie koennen bringen, was Sie wollen. Mir kann es bei der jetzigen Situation nur lieb sein, wenn aus dem Manuskript manches bekannt wird. – Ich bitte, auch diesen »Kostproben«-Artikel freundlichst an die in der Anlage erwaehnten Personen zu uebersenden (vgl. S. 1 des Briefes, Ziffer 3). – Herrn Dr. Reinach sende ich keine Auszuege, sondern demnaechst ueber meine Soehne die ganze Schrift. Oder will er mir seinerseits eine Adresse benennen, an die ich das Buch sicher senden kann? – Die erwaehnten Arbeiten gehen Ihnen folgendermassen zu [...]. Ich glaube, dass der Krieg ganz nahe am Ende ist. Das beweisen ja schon die tollen Bockspruenge des deutschen Radios[84], das jetzt alles beschoenigt und als letztes wirksames Mittel nur noch die totale Mobilisierung anpreist (»Res venit ad triarios«, sagt Herr Dittmar[85], dabei handelt es sich um Kranke und 16- und 60Jaehrige, die in 4 Tagen mit der Waffe ausgebildet werden). Und dann, wenn das Unvermeidliche gekommen ist, wird es fuer uns hier wohl erst einmal ganz traurig zu leben.

Mit herzlichen Gruessen

Ihr ergebener

84 Für Brasilien wurde ein Kurzwellenprogramm seit 1938 ausgestrahlt, das nach Kriegsbeginn »politischer« wurde; Frauke Pieper, Der deutsche Auslandsrundfunk. Historische Entwicklung, verfassungsrechtliche Stellung, Funktionsbereich, Organisation und Finanzierung, München 2000, S. 20ff.

85 In der Vorlage Dietmar; gemeint ist Generalleutnant Kurt Dittmar, seit 1942 Rundfunkkommentator.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

II. 14. *15. Sept. 1944: E. Koch-Weser (Handschrift) an U. Rukser*

Sehr verehrter Herr Rukser!
Ich habe Ihnen entsprechend meiner Ankündigung vom 3. September nun [am 12. u. 13. 9.] meine 4 Manuskriptteile übersandt. Hoffentlich sind sie in Ihrer Hand.[86]
Paneuropa wird in 3–4 Tagen folgen. Bei der raschen Entwicklung des Weltgeschehens beginne ich zu zweifeln, ob nicht eine »Kostprobe« früher angebracht wäre als das jetzt mehr in den Hintergrund tretende Thema Paneuropa. Vielleicht drehen Sie, auch wenn Sie Paneuropa überhaupt bringen wollen, die Sache doch um. Vorschriften mache ich aber nicht.
Leider ist die letzte Nummer Ihrer Blätter, es ist Nr. 7, hier noch immer nicht eingetroffen.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebenster

II. 15. *26. Sept. 1944: U. Rukser (Quillota, Durchschlag) an E. Koch-Weser*

R. bestätigt in Englisch den Erhalt der Briefe v. 13., 15. u. 17. 9., teilt die Veröffentlichung der Aphorismen[87] mit, erwähnt den Brief von I. Koch -Weser »concerning little Kay«[88] und bittet um eine Nachricht über Reinach, dessen Schwierigkeiten durch Vermittlung des chilenischen Botschafters »may be arranged decently«.

II. 16. *Ohne Datum: U. Rukser (Durchschlag) an E. Koch-Weser*

Mit der Bestätigung der Briefe v. 3./7.9. verbindet R. Vorschläge zur Kürzung des Paneuropa-Manuskripts (»Bitte, nehmen Sie diese Bemerkungen als Diskussionsbeitrag freundlich auf & machen Sie daraus, was Sie für richtig hal-

86 Am 17. Sept. übersandte K.-W. »noch einen Abschnitt II/3 ueber Aussenpolitik, der vielleicht besonders geeignet ist«.

87 1944, H. 7, S. 23: »Politische Aphorismen« (Jahresinhaltsverzeichnis), im Heft ohne Überschrift; in der Nachbemerkung hieß es weiterhin: »Vorstehendes ist eine kleine Auslese aus dem Buch 'Und dennoch aufwärts' des früheren Reichsministers Koch-Weser, das einige Wochen vor der Machtanmassung der Nazis erschien und eine Woche hinterher verboten und dann verbrannt wurde. Der Verfasser lebt jetzt in Brasilien.« – Nachdruck: Aufbau 10 (1944), 46 (17.11.), S. 32: »Wahrheiten«. – Der »Vergleich Hitlers mit dem Hauptmann von Köpenick« (s. Dok. II. 6) fehlt.

88 Druck: Deutsche Blätter, H. 8 (1944), S. 46: »Kaj war der gesuchte Name«. Am 20. 8. hatte I. Koch-Weser mitgeteilt, dass der Vorname des »in unserer Abgeschiedenheit« geborenen Enkels Cajo Kai Koch-Weser durch einen Aufsatz in den »Deutschen Blättern« (H. 5, 1944, S. 1f.: »Vom Martyrium Europas: Kaj Munk, ein dänischer Patriot«) gefunden wurde; der Autor und ev.-luth. Pfarrer M. war von der Gestapo ermordet worden.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ten. Da jeder von uns abseits vom Zentrum sitzt, so muss das eben den Meinungsaustausch & die lückenhafte Information etwas ersetzen.«) und verweist auf die Veröffentlichung der Aphorismen. Weiterhin ohne Nachricht von Reinach (»Albdruck«), überlasse er Inkasso, Abrechnung und Überweisung »der Gelegenheit«. In der »Affaire Knopf« empfiehlt R., sich an Joseph Kaskel[89], den Redaktionsvertreter in New York, zu wenden: »ein sehr diskreter und fähiger Mann. [...] Er kennt Sie sicher von früher & hat auch unseretwegen mit Thomas Mann dauernd Fühlung. [...] Unsere Pläne wegen eines Verlages haben wir aus Geldmangel aufgeben müssen.« Als erste »Kostprobe« werde der Teil »Gegner des Nationalsozialismus«[90] veröffentlicht: »Leben Sie recht wohl & erfreuen Sie uns bitte bald wieder mit einem Brief. Der Meinungsaustausch ist für uns sehr wichtig.«

*

III. 1. *23. Nov. 1944: I. Koch-Weser (Maschinenschrift[91]; Luftpost) an U. Rukser*

I. K.-W. teilt mit, dass ihr »Mann am 20. Oktober nach kurzer, viertaegiger Krankheit sanft entschlafen ist«. Den undatierten Brief R.s »mit dem abschriftlich beigefuegten Brief Thomas Manns vom 13. Juni d. J.[92] und mit dem Schlussgruss fuer Kai hat also meinen Mann nicht mehr erreicht.« Ein Brief Thomas Manns[93] vom 25. Sept. habe ihren Mann »nicht mehr bei

89 Anwalt in Berlin, nach Berufsverbot (1938) emigriert.

90 H. 9/10 (1944), S. 10-17. Im nicht namentlich gezeichneten Vorspann schreibt R.: »Während des Druckes erhalten wir die Nachricht, dass Erich Koch-Weser, fast siebzigjährig gestorben ist. Mit ihm verliert die deutsche Emigration eine hervorragende politische Gestalt. [...] Nachdem die Nazis sich die Macht erschlichen hatten, zog er sich zurück und verliess Europa, wie er das Unheil heraufziehen sah. [...] Als Dokument und Vermächtnis dieses deutschen Staatsmannes legen wir unsern Lesern hier einen Abschnitt aus dem erstererwähnten Buche [»Wie war das möglich?«] vor und das Schlusswort, das uns alle besonders viel angeht« und mit dem Satz endet: »Deutschland kann noch einmal glücklich werden, wenn es entschlossen für den Krieg den Frieden eintauscht und für die Gewalt das Recht.«

91 Anlagen: »Nachruf« v. Dr. Max Hermann Maier (auch BA Koblenz, N 1012/1, Bl. 30-38), Lebenslauf (Dok. I), Jacob Gould Schurman, »Introduction« zu »Germany in the Post-War World« (auch BA Koblenz, N 1012/60, Bl. 2f.).

92 Der Brief an A. Theile datiert vom 13. Juli; Abschrift, IZD, II AK 87/84-10. Für eine Verlagsgründung sah Th. Mann nach der »Befreiung Europas« keine Zukunft: »So frage ich mich, ob nicht ein deutscher Verlag in Chile, so wünschenswert er im Augenblick noch wäre, binnen kurzem des Guten zu viel sein würde.«

93 Koch-Weser war mit Thomas Mann seit der Studienzeit befreundet; die Korrespondenz wird in der von Erika Mann hrsg. Edition der Briefe von Thomas Mann, ausgenommen die Absage Manns, sich »politisch persönlich« für die Staatspartei zu engagieren (Bd. 1, 1889-1936, 1961, S. 594) nicht dokumentiert. Vgl. aber »Die Briefe Thomas Manns. Regesten und Register«, Bd. III: Die Briefe von 1944 bis 1950. Bearb. u. hrsg. unter Mitarb. v. Yvonne Schmidlin (Thomas-Mann-Archiv) von Hans Bürgin u. Hans-Otto Mayer, Frank-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Bewusstsein« angetroffen; Mann schreibe u. a. »Ich sehe nicht, dass Ihr Buch weniger wichtig und interessant sein sollte, wenn es statt uebermorgen erst uebers Jahr erscheint ... Die Deutschen werden im Fruehjahr 45 sogar besser fuer die geistige Aufnahme Ihres Buches vorbereitet sein als jetzt.« Der Vorschlag von Mann, das Buch dem Schweizer Verlag Oprecht anzubieten, sei nach Erteilung des Copyright an Knopf »fuer den Augenblick nicht akut«. Reinach habe am 4. Sept. gebeten, »die Revista DB« nicht mehr zu übersenden, da die Verteilung einer fremdsprachigen[94] Drucksache eine spezielle Erlaubnis erfordere; die Zustellung der Zeitschrift stocke: »Sogar die Nr. 7 [1944], in der wohl die Aphorismen meines Mannes veroeffentlicht sind, ist wohl bis nach S. Paulo, nicht aber bis zu uns nach Caviuna gedrungen. Nachdem mein Mann so erfolgreich hier eine Schar von Abonnenten zusammen gebracht hat, ist es natuerlich bedauerlich und unangenehm, dass keine Nummer der abonnierten Zeitschrift hereinkommt. Es ist ploetzlich wie abgeschnitten. Das tut mir im Interesse Ihrer Sache sowie in unserem eigenen Interesse und dem der hiesigen Abonnenten ausserordentlich leid.«

III. 2. *8. Dez. 1944: U. Rukser (Durchschlag) an I. Koch-Weser*

R., der zunächst die Todesnachricht für »eine der vielen Falschmeldungen« gehalten hatte, gibt seiner tiefen Anteilnahme Ausdruck und betont: »Für uns alle ist es ein grosser Verlust, dass dieser bedeutende Mann nicht mehr unter uns weilt. Sie wissen ja selbst, wie wenige Leute von Fähigkeit und Ansehen es leider in der deutschen Emigration gibt. Darum ist es für uns alle doppelt schmerzlich, dass der deutschen Sache gerade diese Stimme künftig fehlen wird.« R. würdigt den Verstorbenen, den er »beruflich viele Jahre gekannt und bewundert« habe, als einen »der Wenigen, die das Notwendige erkannt und auch den Mut hatten, es zu vertreten.« Er teilt die bevorstehende Veröffentlichung des ersten Artikels (s. Anm. 90) mit und fragt, »was etwa mit dem literarischen Nachlass beabsichtigt« werde: »Vielleicht können wir später noch etwas daraus veröffentlichen, damit die Lehren dieses reichen Lebens wenigstens festgehalten werden.«

furt/M. 1982: 44/113, 44/199, 44/350 u. 44/391: Am 30.3.1944 hatte Mann mitgeteilt, Knopf für das Manuskript interessiert zu haben. Am 26. Aug. ergänzte er eigenhändig, dass dieser das Buch verlegen wolle. Am 25. Sept. wiederholte Mann, der die Antworten Koch-Wesers vom 16. u. 20. Sept. nicht erhalten hatte, seine Mitteilung vom August. Alle genannten Briefe liegen im Nachlass Koch-Weser, BA Koblenz, N 1012/60.

94 In Brasilien waren seit 1941 in der Öffentlichkeit die deutsche Sprache sowie deutsche Zeitungen und Verlage verboten; I. M. Furtado Kestler (wie Anm. 1), Sp. 194.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

III. 3. *15. Dez. 1944: U. Rukser (Quillota, Durchschlag) an I. Koch-Weser*

R. bestätigt den Brief vom v. 23. 11. Im Nachruf (s. Anm. 90) habe er sich »bemüht, den Staatsmann herauszustellen und hoffe, dass zusammen mit dem abgedruckten Kapitel etwas von der Persönlichkeit auch für Fernerstehende sichtbar wird.«

III. 4. *8. April 1945: U. Rukser (Quillota, Durchschlag) an I. Koch-Weser*

R. zitiert aus einem Brief von Kurt Hiller[95] (London): »Aber das Glanzstück [...] ist, wie ich glaube, der Beitrag des verstorbenen Erich Koch-Weser. Was er zur Frage der deutschen Schuld da sagt, ist klassisch und zeigt Gerechtigkeit, Güte und Geistigkeit (und Sprachkunst). Jedem Punkte stimme ich zu. Ich habe vor, daraus oft zu zitieren. Dass ich Koch-Wesers Gegner in Deutschland war, wissen Sie; dass ich mich auch mit dem Geläuterten, Weiseren von gestern und heute, lebte er, über manches Entscheidende nicht würde verständigen können, ist mir sicher. Aber was er über die Schuldfrage und das mit ihr Zusammenhängende hier sagt, ist pures Gold, und dieser ehemalige Führer einer Partei, die ich leidenschaftlich bekämpft habe, ist mir durch das Gesagte liebenswert geworden. Wenn Sie glauben, dass dies Bekenntnis eines alten Gegners die Witwe erfreuen würde, so bitte ich, es ihr zu übermitteln.« Weiter teilt R. mit, dass »zum 70. Geburtstag von Thomas Mann eine Huldigung« vorbereitet werde.

III. 5. *23. 6. 1945: I. Koch-Weser (São Paulo, Maschinenschrift[96]) an U. Rukser*

I. K.-W. dankt für »Abschrift der Worte Kurt Hillers, die mich sehr erfreuten«, und teilt mit, dass sie keinen »Beitrag zur Thomas-Mann-Nummer« besorgen könne.

95 IZD, II AK 87/84-6 (8. März). – K. Hiller, Schriftsteller und Pazifist, im März 1933 verhaftet und schwer misshandelt, »Schutzhaft« im KZ Oranienburg; Sept. 1934 Emigration, seit 1938 in London, Gründer des Freiheitsbunds deutscher Sozialisten.

96 Anlagen s. Anm. 100.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

III. 6. *9. Juli 1945: U. Rukser (Quillota, Durchschlag) an I. Koch-Weser*

R. dankt für Brief v. 23.6. und berichtet, dass »die Thomas Mann-Nr. [25]« verschickt wurde: »Darin steht nun auch der Aufsatz[97] Ihres verehrten Mannes über Paneuropa[98], der nun mit ganz wenigen, sehr leichten Retouschen sehr aktuell geworden ist und uns gerade im Hinblick auf S Francisco[99] sehr passend schien. Es ist eine schöne, reife Arbeit – wie sie wenige Leute heute schreiben können.« Zur Briefabschrift v. 28. 5.[100] äußert er: »Und seit seiner Abfassung ist es nicht besser, sondern schlimmer geworden. Die Kriegführung gegen Japan ist grauenhaft[101] & beispiellos. Und die Lage in Europa? Ich will nicht ins Detail gehen, sondern nur sagen, dass, was wir hier und jetzt tun können, ist ja immer wieder dasselbe: zur Besinnung rufen.« Nach Aufhebung der Zensur in Brasilien »haben die DB nun endlich freie Bahn. Endlich! Wir haben viel Sorge & Verlust deswegen gehabt. [...] Sie können sich unsere Geldnöte und sonstigen Schwierigkeiten nicht vorstellen. Der Beifall ist überaus gross, aber Geld kriegen wir aus vielen Ursachen selten zu sehen, sodass wir ständig unsere recht bescheidenen eigenen Mittel zuschiessen müssen, was ja eines Tages ein Ende haben wird. Darum bitte es mir nicht zu verübeln, wenn ich Sie bitte, uns weiter bei der Werbung zu helfen und auch Ihre Söhne

97 Paneuropa, Deutsche Blätter 3 (1945), 25, S. 26-34. Mit seinem Beitrag hoffte Koch-Weser »ein Ziel aufgezeigt zu haben, dass Europa Genesung und den Europäern eine neue sinnvolle Aufgabe geben kann.« (S. 34). – In der nicht namentlich gezeichneten Vorbemerkung, die den Duktus Ruksers erkennen lässt, heißt es u.a.: »Aus dem Nachlass des im vorigen Jahre verstorbenen deutschen Staatsmannes Erich Koch-Weser [...] haben wir nachstehende bedeutsame Arbeit erhalten. Denn wenn es ein grosses Zukunftsziel für Europa gibt, dann ist es die europäische Schicksalsgemeinschaft [...]. Koch-Weser hat sich seit vielen Jahren dafür eingesetzt. Er hat neun Jahre lang im engeren Vorstand der Paneuropa-Union für dieses Ziel gearbeitet. Abweichend von Coudenhove-Kalergi wünschte er England und möglichst auch Russland im paneuropäischen Rat zu sehen. Er sah wohl die Schwierigkeiten, die das mit sich brachte angesichts der aussereuropäischen Interessen dieser Mächte; aber er hielt sie für überwindbar bei der Elastizität föderativer Formen. Denn von Beginn der paneuropäischen Diskussion an stand für ihn vor allem fest: es musste dabei die Befürchtung ausgeräumt werden, als solle der paneuropäische Bau einer deutschen Hegemonie als Fassade dienen. [...]«

98 Manuskript: BA Koblenz, N 1012/65; B. Schilmar (wie Anm. 21), S. 278 zitiert aus einem Brief von E. Koch-Weser an Arnold Brecht (Nachl. Koch-Weser) v. 3.8.1944: »Aber mindestens das über Paneuropa Geschriebene ist vielleicht noch irgendwie und teilweise der Veröffentlichung durch ein Buch oder in Zeitschriften wert.« Zur Europakonzeption Koch-Wesers, dem »die Unabhängigkeit Europas im bipolaren Weltmachtgefüge ein zentrales Anliegen« war, vgl. ebd. S. 278-280.

99 Als Ergebnis der Konferenz von San Francisco hatten am 26. Juni 50 Staaten die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet.

100 Anlage zum Brief v. 23. Juni, Dok. III. 5; dabei handelt es sich um Abschriften von zwei Briefen vom 28. 5. (Rio) und 22. 6. (Fazenda Janeta), letzterer von I. Koch-Weser, beide Rukser mitgeteilt unter dem Rubrum: »Beifolgender Briefwechsel zeigt Ihnen vielleicht ein wenig die Stimmung der Stillen im Lande.«

101 Im strategischen Bombenkrieg setzten die Amerikaner seit März 1945 gegen die wichtigsten Städte Japans großflächig Brandbomben ein, die bei der Leichtbauweise der Häuser verheerende Wirkungen hatten.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

darum zu bitten, die ja gewiss manches dazu tun könnten, auf die Zeitschrift hinzuweisen, wo man sie nicht kennt.« Mit Schauff habe er »vergebens« versucht »in Verbindung zu treten«.

III. 7. *25. Sept. 1945: I. Koch-Weser (Handschrift) an U. Rukser*

I. K.-W dankt für Heft 5/44, bittet um Zusendung von H. 8 und äussert sich zu den »Deutschen Blättern«: »ein klares Gewässer, das von allen Seiten Zufluß hat«.

III. 8. *12. Okt. 1945: U. Rukser (Quillota, Durchschlag) an I. Koch-Weser*

R. dankt für Brief v. 25. 9., teilt Nachsendung (H. 8) mit, vermisst eine Bestätigung des Erhalts der H. 25–27 sowie des Briefes v. 9. 7.: »Je mehr man von drüben erfährt und je grösser der Gegensatz zwischen den Russen & Angelsachsen wird, desto düsterer werden die Aspekte. Da nun überall die politischen Gegensätze aufbrechen, so wird auch für die DB eine besonders schwierige Zeit anbrechen, weil der deutsche Standpunkt überall Anstoss erregen wird.«

III. 9. *27. Nov. 1945: U. Rukser (Quillota, Durchschlag) an I. Koch-Weser*

R. berichtet über »die finanziellen Schwierigkeiten« der Zeitschrift: »Von den nötigen 5000 Dollar [sei] die Hälfte aufgebracht. [...] Die Zeit drängt [...]. Ich begnüge mich daher mit der Bemerkung, dass Theile und ich in den vergangenen Jahren sehr bedeutende persönliche Opfer gebracht haben, um die DB flott zu halten. Aber wir sind heute dazu nicht mehr imstande und müssen die Bitte aussprechen, dass diejenigen unserer Schicksalsgenossen, die urteilsfähig und verantwortungsbewusst sind, nun ihren Teil zur gemeinsamen Last und Aufgabe beitragen. [...] Soviel wir wissen, sind Sie und Herr Schauff[102] die Einzigen dort, die sich in diesem Sinne für eine Sammlung zu Gunsten der DB einsetzen könnten. Wir hoffen, dass Sie sich dieser Bitte nicht versagen.«

102 Bei einem Besuch in São Paulo hatte Schauff » – ebenso wie die anderen – versprochen, etwas zu tun, aber erklärt, sich die Sache noch einmal überlegen zu wollen«; IZD, II AK 87/84-12, Reinach am 10.12.1945 an Rukser.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hans-Georg Fleck

Aufbruch – zu konträren Ufern. Ein Briefwechsel des jungen Karl-Hermann Flach

Im Nachkriegsdeutschland korrespondieren ein 19- und ein 23jähriger zu grundlegenden gesellschaftspolitischen Weichenstellungen. Der eine ist aktives und in der Öffentlichkeit engagiertes Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der andere ein ebenfalls aktives und sachlich nicht minder engagiertes Mitglied der neuen »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED), jener Partei, die sich als »Partei der Arbeiterklasse«, als Speerspitze einer neuen Gesellschaftsordnung in einem von Nationalsozialismus und Krieg in vielfältiger Weise zerstörten, formell noch ungeteilten Deutschland versteht. Lohnt es wirklich, einen solchen Briefwechsel zu veröffentlichen, nur weil man weiß, dass der Jüngere der beiden Korrespondenzpartner zwei Jahrzehnte später zu einer herausragenden Gestalt im deutschen Journalismus, schließlich auch zum Vordenker des Versuchs einer geistigen Erneuerung des politischen Liberalismus in (West-)Deutschland werden sollte? Sicher wäre dies als alleinige Begründung unzureichend, enthielte der Briefwechsel nicht nachhaltige und zeitgeschichtlich interessante Belege dafür, wie die wachsende ideologische Konfrontation jener Zeit gerade auch mitten in ihrer politischen Sozialisation stehende junge Menschen, die zukünftige politische Elite Deutschlands, erfasst und zu sachbezogener Auseinandersetzung und persönlichem Auseinanderdriften zugleich führt. Der schriftliche Gedankenaustausch, den unsere beiden Protagonisten, Karl-Hermann Flach und Hermann Turley, im Jahre 1949 – im Anschluss an einen Leitartikel Flachs in der Schweriner »Norddeutschen Zeitung« (NdZ) – geführt haben, zeigt, wie junge Menschen der Zeit das mit dem Gefühl des grundlegenden Umbruchs einhergehende Streben nach einem gesellschaftlichen Neuanfang reflektiert haben. Es war eine Zeit des Aufbruchs aus Ruinen – in unserem Falle: zu konträren Ufern.

1. *Die Lebenswege: Karl-Hermann Flach (1929 – 1973)*

Die Wirren des sich dem Ende zuneigenden Zweiten Weltkrieges hatten den Königsberger Gymnasiasten Karl-Hermann Flach mit Mutter und zwei älteren Schwestern von Ostpreußen nach Westen, ins Mecklenburgische, ver-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schlagen. Der Vater Carl, ein Sägewerksdirektor, blieb zurück und wurde vermutlich Opfer von Repressalien der vordringenden Sowjetarmee gegen die örtliche Zivilbevölkerung. Wie viele Zeitgenossen ereilte den gerade dem Kriegsinferno entkommenen jungen Flach ein anderes, tragisches Schicksal: Er erkrankte 1947 schwer an Tuberkulose (TB), dann auch noch an tuberkulöser Meningitis[1] – Leiden, die samt ihrer medikamentösen Behandlung bleibende Spuren im Leben des jungen Ostpreußen hinterlassen sollten. Die historisch häufig als »Arme-Leute-Krankheit« oder »Proletarierkrankheit« skandalisierte Tuberkulose[2], deren Verbreitung während des Krieges und insbesondere in der direkten Nachkriegszeit wieder deutlich zugenommen hatte, war es auch, die es mit sich brachte, dass sich die Lebenswege des Bürgersohnes Flach und des Arbeiterkindes Turley kreuzten.[3] 1947/48 waren sie für Monate – und zeitweilig als Zimmergenossen – Patienten der Lungenheilstätte in Neufriedrichsdorf[4], heute Teil der brandenburgischen Kreisstadt Rathenow.

Beide, der am 17.Oktober 1929 geborene Flach und sein drei Jahre älterer Zimmergenosse Turley waren zu diesem Zeitpunkt bereits politisch engagiert: Noch als 16jähriger war Flach im April 1946 in seiner neuen Heimatstadt Rostock der LDP beigetreten, jener Partei, die sich die Erneuerung des (par-

1 In einem Brief an Turley vom 17.Oktober 1948 berichtet Flach von seiner schwierigen gesundheitlichen Situation im Frühjahr 1948, als die TB zu einer tuberkulösen Mittelohrvereiterung mit Gehirnhautentzündung geführt habe. Nur eine »Radikaloperation« habe ihn damals gerettet (Brief aus dem Privat-Nachlass Turley, heute als Schenkung der Familie Turley im Besitz des Archivs des Liberalismus, Gummersbach). Bei dieser »Radikaloperation« handelte es sich um eine Operation am Gehirnschädel, in deren Folge Flach das Gehör auf dem linken Ohr verlor. Vgl. hierzu Horst Köpke: Im Schweriner Hotel »Zum Petermännchen« (1948/49). In: Joachim Bretschneider/Harald Hofmann(Hrsg.): Karl-Hermann Flach. Liberaler aus Leidenschaft, München u.a. 1974, S. 11-16, hier S. 12.

2 Alfons Labisch: Die bakteriologische und die molekulare Transition der Medizin – Historizität und Kontingenz als Erkenntnismittel. In: Ders./Norbert Paul(Hrsg.): Historizität. Erfahrung und Handeln – Geschichte und Medizin, Stuttgart 2004, S. 213-226, hier S. 217. Zur sozialgeschichtlichen Relevanz der Tuberkulose: Flurin Condrau: Lungenheilanstalt und Patientenschicksal. Sozialgeschichte der Tuberkulose in Deutschland und England im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000; Sylvelyn Hähner-Rombach: Sozialgeschichte der Tuberkulose. Vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unter bes. Berücksichtigung Württembergs, Stuttgart 2000.

3 Reizvoll ist die Parallele dieser Begegnung zum Plott eines DEFA-Filmes der späten DDR-Jahre: 1987 drehte der Regisseur Lothar Warneke den (später vielfach geehrten) Film »Einer trage des anderen Last«, in dem sich ein junger Vikar und ein junger Kommunist in den frühen 1950er Jahren als Patienten einer Lungenheilanstalt begegnen und nach anfänglicher Konfrontation den Weg zu wechselseitigem Verständnis und Toleranz finden. In der Belletristik hat das spezifische »Biotop« der Lungenheilanstalt verschiedentlich seinen Niederschlag gefunden, nicht nur in Thomas Manns »Zauberberg«. In die Welt junger Patienten wie Flach und Turley um 1950 – allerdings in Westdeutschland – führt Dieter Fortes 2004 publizierter, autobiographisch geprägter Roman »Auf der anderen Seite der Welt«.

4 Die Lungenheilstätte war 1900 in der Trägerschaft des Volksheilstätten-Vereins des Roten Kreuzes gegründet worden. Der mit der ökonomischen Stabilisierung einhergehende deutliche Rückgang der TB-Erkrankungen führte 1967 zur Schließung der Einrichtung und ihrer Überführung in ein Seniorenheim.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tei-)politischen Liberalismus in Deutschland zum Ziele gesetzt hatte.[5] Als Gymnasiast an der Rostocker »Goethe-Oberschule« hatte sich Flach auch bereits als Autor der Schülerzeitung »Start. Illustriertes Blatt der jungen Generation« einen Namen gemacht. Mit einem für die Zeit nicht untypischen Notabitur ausgestattet[6], hatte der von seiner schweren Krankheit geplagte Flach zunächst ein Chemiestudium begonnen, es jedoch nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. In seinem Brief an Turley vom 17. Oktober 1948 teilte Flach mit, dass er nun »hauptberuflich als Journalist« tätig sei. »Diese Arbeit liegt mir auch am meisten und befriedigt mich völlig.«[7] Flach fungierte zu diesem Zeitpunkt nach eigener Aussage als Rostocker Korrespondent des LDP-Zentralorgans »Der Morgen« und als freier Mitarbeiter der – eigentlich in der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin ansässigen – »Norddeutschen Zeitung«[8], Organ des LDP-Landesverbandes Mecklenburg; sie verfügte über eine Außenredaktion in Rostock. Der gerade 19jährige Flach machte sich offenkundig sehr konkrete Hoffnungen, diese Redaktion »in Kürze zu übernehmen«.[9] Flachs ambitiös klingende Zukunftspläne waren – in Kenntnis der schwierigen Personalsituation der NdZ – keineswegs aus der Luft gegriffen, hatte die Zeitung, die ein Zeitgenosse und Mitakteur als »das wohl aufmüpfigste Blatt der damaligen Sowjetzone« bezeichnet hat[10], doch notorisch mit einem hohen Personalverschleiß zu kämpfen.[11] Erst im September 1948 war

5 Zur Geschichte der LDP zusammenfassend:. Jürgen Frölich: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. In: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Hrsg. v. Gerd-Rüdiger Stephan u. a., Berlin 2002, S. 311-342.

6 Die Angaben in den Quellen zu Flachs schulischer Karriere differieren. Wiederholt findet sich der Hinweis, Flach habe aufgrund seiner TB-Erkrankung das Abitur nicht ablegen können (vgl. beispielhaft: H. Köpke: Im Schweriner Hotel (wie Anm.1), S.12). Flach hingegen selber spricht zeitgenössisch (wie Anm. 1) von der Aufnahme eines Studiums an der Universität Rostock, was zweifelsohne die Existenz eines schulischen Abschlusszertifikats impliziert.

7 S. den in Anm. 1 genannten Brief Flachs.

8 Zur Geschichte der seit dem 4. März 1946 erscheinenden »Norddeutschen Zeitung« s. Ines Soldwisch: »... etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen...« Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946-1952, Berlin 2007, spez. S. 83ff.

9 So Flach an Turley (s. Anm. 1).

10 So Horst Köpke, damals – als 21jähriger – hauptamtlicher Mitarbeiter der Schweriner LDP-Landesgeschäftsstelle und gelegentlicher Mitarbeiter der NdZ, später als Redakteur der »Frankfurter Rundschau« (seit 1964) langjähriger Mitstreiter und Freund Flachs. S. H. Köpke: Die Norddeutsche Zeitung, in: Ders./Friedrich-Wilhelm Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2.A., Rostock 1997, S. 69-75, hier S. 69. Köpkes Einschätzung bedarf allerdings der rechten Gewichtung: Mit gut 20.000 Ex. pro Tag lag die Verbreitung der NdZ weit unter der konkurrierender Blätter. So hatte das mecklenburgische SED-Konkurrenzblatt »Landes-Zeitung« schon 1947 eine um mehr als das Achtfache höhere Auflage. Allerdings konnte die NdZ – anders als die übrigen LDP-Landesorgane – fünfmal und nicht nur zwei- oder dreimal pro Woche erscheinen.

11 Vgl. hierzu auch die bei I. Soldwisch (wie Anm. 8), S. 263 publizierte »Liste der Chefredakteure der NdZ«. Dass dies bei liberal-demokratischen Regionalzeitungen auch ganz anders aussehen konnte, bezeugt die Geschichte der seit dem 18.Dezember 1945 in Halle/Saale erscheinenden »Liberal-Demokratischen Zeitung«, die von ihrer Gründung bis Mitte 1949

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der dritte Chefredakteur seit Gründung des Blattes wegen dem Vorwurf der Urkundenfälschung und der unrechtmäßigen Führung eines akademischen Titels vom LDP-Landesvorstand seiner Funktion enthoben worden; auch seinem Amtsnachfolger sollten nur wenige Monate im Amt vergönnt sein. Durchaus respektable Aussichten also für einen jungen ehrgeizigen Nachwuchsjournalisten und Nachwuchspolitiker, der im April 1949 als Jugendvertreter in den LDP-Landesvorstand kooptiert worden war.[12] Sein damaliger Chef, der leitende NdZ-Redakteur Herbert Exner ließ Flach offenbar große Gestaltungsspielräume, zu denen auch die (wiederholte) Abfassung von Leitartikeln auf der NdZ-Titelseite gehörte. Häufig genug musste der minderjährige Jungredakteur sogar – in eigentlich rechtswidriger Weise – als leitender Redakteur »i.V.« zeichnen.[13]

Das Faktum der Mitgliedschaft im LDP-Landesvorstand sollte Flach dann im Oktober 1949 vor einer höchst ungewissen Zukunft bewahren. Als der sowjetische Geheimdienst NKWD im Herbst 1949 gegen eine offenkundig allzu »aufmüpfig« gewordene Gruppe junger Mitglieder der mecklenburgischen LDP vorzugehen begann[14], am 18. Oktober dann die LDP-Studentenführer Arno Esch und Friedrich-Wilhelm Wiese unter dem Vorwurf der Spionage, der illegalen Gruppenbildung und der »fanatischen Antisowjethetze« verhaftete[15], hielt sich Flach gerade zur Teilnahme an der Landesvorstandssitzung in Schwerin auf. Noch während der Sitzung erfuhren Flach und der Mit-

lediglich zwei Chefredakteure hatte. Vgl. Achim Baatzsch: Die Lizenzierungsgeschichte der Liberal-Demokratischen Zeitung in Halle an der Saale, Dipl.-Arbeit, Universität Leipzig 1997, S. 5 und S. 73f.

12 Die Kooptation Flachs wurde auf dem 3. Landesparteitag der LDP Mecklenburg am 23./24. September 1949 durch die Wahl Flachs als »Jugendvertreter« (neben Arno Esch und Helmut Jaschke) in den Landesvorstand formell aufgewertet. Vgl. I. Soldwisch (wie Anm. 8), S.261f.

13 Vgl. H. Köpke: Im Schweriner Hotel (wie Anm. 1), S. 13.

14 Diese Aktion war nur eine in einer Reihe von seit dem Juli 1948 eskalierenden Aktionen der Einschüchterung, der Verhöre und Massenverhaftungen, die sich seitens der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) gegen die LDP und ihr widerständiges Verhalten richteten. Vgl. hierzu Ulf Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Münster 1996, S. 50-54, sowie die praktischen Beispiele dieser Repressionsstrategie bei: Wolfgang Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Hrsg.. von Monika Fassbender. München 1988, S. 31, S. 35, S. 46 u.ö.

15 Esch und Wiese wurden dann bekanntlich in Prozessen vor dem Sowjetischen Militärtribunal in Schwerin bzw. dem Obersten Sowjetischen Militärtribunal in Berlin mit anderen angeklagten LDP-Funktionären zum Tode verurteilt; Esch wurde am 24. Juli 1951 – gerade 23jährig – in Moskau standrechtlich erschossen, Wiese zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt und im Dezember 1955 – nach Aufenthalt in verschiedenen sowjetischen Zwangsarbeitslagern – in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Zu den politischen Prozessen gegen Esch, Wiese u.a. s. H. Köpkes Beitrag im Sammelband von Köpke/Wiese (wie Anm. 10), spez. S. 111-123. Wie politische Repression, vor allem seitens der SED, in diesen Jahren auch an anderen Universitäten der SBZ zum politischen Alltag wurde, schildert ausführlich der Tübinger Zeithistoriker Gerhard Schulz in seinem nachgelassenen »Mitteldeutschen Tagebuch« am Beispiel der Universität Leipzig, deren Studentenrat er 1947/48 als Vertreter der LDP angehört hatte (vgl. G. Schulz: Mitteldeutsches Tagebuch. Aufzeichnungen aus den Anfangsjahren der SED-Diktatur 1945-1950. München 2009).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Jugendvertreter«, der Soziologiestudent Helmut Jaschke, von den Verhaftungen in Rostock. Sie entschlossen sich daraufhin spontan zur Flucht in die Westsektoren Berlins, die sie am 21.Oktober 1949 erreichten.

Dort bemühte sich Flach dann in den Folgejahren, seine bereits hinlänglich erworbene journalistische Praxis durch ein Studium der Politikwissenschaft an der – einst von Friedrich Naumann in ihrer Entstehung maßgeblich beeinflussten – »Deutschen Hochschule für Politik«, dem späteren Otto-Suhr-Institut der Freien Universität, zu unterfüttern. Trotz seiner nicht ganz »stromlinienförmigen« Schulkarriere hatte Flach hier Aufnahme gefunden und konnte Ende 1953 das Studium mit einem Diplom-Abschluss beenden. Auch die Studienjahre wurden von der im brandenburgischen Sanatorium keineswegs ausgeheilten TB überschattet: Ein erneuter Krankheitsschub zwang Flach 1950/51 das Studium für Monate zu unterbrechen. Mit Hilfe seiner als Ärztin im Schwarzwald praktizierenden Schwester Marie-Dorothea fand er zunächst in einem Lungensanatorium in St. Blasien Aufnahme. Als die Schwester im Frühjahr 1951 eine Anstellung an der Lungenheilstätte Wehrawald bei Todtmoos erhielt, gelang es ihr, die Verlegung des »kleinen« Bruders dorthin zu veranlassen. In Todtmoos konnte nicht nur Flachs Gesundheit einigermaßen stabilisiert werden; er traf dort auch eine junge Mitpatientin, die Anfang 1954 dann seine Lebenspartnerin werden sollte.[16]

Selbstverständlich führte Flach auch in diesen Jahren sein politisches Engagement fort und avancierte zu einem führenden Kopf des 1950 gegründeten »Liberalen Studentenbundes Deutschlands« (LSD).[17] Nachdem er sich dann einige Jahre seine journalistischen Sporen als Redakteur eines europäischen Pressedienstes in Frankfurt/Main, sodann als Mitarbeiter eines der Freien Demokratischen Partei (FDP) nahe stehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Informationsdienstes in Bonn verdient hatte, wechselte Flach 1956 in die Bundesgeschäftsstelle der Partei. Hier fungierte er zunächst als Redakteur des Informationsdienstes »Freie Demokratische Korrespondenz« sowie als Mitarbeiter der FDP-Wochenschrift »Das Freie Wort«. 1957 avancierte Flach in dem – nach der Parteispaltung des Jahres 1956 als existentiell empfundenen – Bundestagswahlkampf zum »Sekretär der Wahlkampfleitung«, somit zur »rechten Hand« des Wahlkampfleiters Wolfgang Döring. Nach der – gemessen an den politischen Rahmenbedingungen – für die FDP relativ erfolgreichen Wahl wurde Flach zum Leiter der Politischen Abteilung in der Bundesgeschäftsstelle berufen – eine Funktion, von der aus der 28jährige erstmalig politisch prägend auf eine programmatische Erneuerung der Partei hinwirken konnte. Auf Vorschlag des – in die Funktion des Geschäftsführers der neu

16 Vgl. hierzu Joachim Bretschneider: Vom politischen Studium in Berlin zur politischen Praxis in Bonn (1949 bis 1955). In: Ders./H.Hofmann (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 16-21.

17 Vgl. hierzu Barthold C. Witte: Für die Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben eines liberalen Bürgers. Stuttgart, Leipzig 2003, spez. S. 214ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gegründeten Friedrich-Naumann-Stiftung wechselnden – Bundesgeschäftsführers Werner Stephan wurde Flach im April 1959 zu dessen Nachfolger berufen – ein echter Generationswechsel.[18] In dieser neuen Eigenschaft war Flach in erheblichem Maße an dem – bis zum Jahre 2009 unerreichten – Wahlerfolg der FDP bei den Bundestagswahlen 1961 beteiligt.

1962 wechselte Flach, offenkundig frustriert vom Kurs der FDP-Führung unter Erich Mende, zurück in den Journalismus. Seine Wahl fiel auf die bereits damals als prononciert »linksliberal« geltende »Frankfurter Rundschau«(FR), der er zunächst als Ressortleiter Innenpolitik, später als stellvertretender Chefredakteur, zuletzt als »Geschäftsführendes Mitglied der Redaktionsleitung« und Prokurist des Druck- und Verlagshauses diente.[19] Für manchen überraschend kam dann im Mai 1971 der Entschluss Flachs, sich auf den Vorschlag der FDP-Parteispitze hin um das neu geschaffene Generalsekretariat der Partei zu bemühen. Flach gab damit seiner Überzeugung Ausdruck, dass die elementaren Veränderungs- und Erneuerungsprozesse im deutschen Liberalismus, für die er erst Anfang 1971 wieder in seiner Streitschrift »Noch eine Chance für die Liberalen«[20] eingetreten war, in der FDP endlich Wirkung zu zeitigen begonnen hatten. In seiner berühmten Rede vor den Delegierten des Freiburger FDP-Bundesparteitages am 25. Oktober 1971 meldete sich Flach »aus der Reserve in den aktiven Dienst der FDP zurück«. Da ihm Familie, Freunde und Kollegen »einmütig davon abgeraten« hätten, sei ihm klar, dass er diese Funktion übernehmen müsse, die ihm die Parteitagsdelegierten nahezu einstimmig anvertraut hatten.[21] 1972 wurde Flach erstmalig – lässt man seine kurze Zeit als umtriebiger LSD-Studentenparlamentarier im Berlin der frühen 1950er Jahre außen vor – in eine parlamentarische Funktion gewählt: Bei den Bundestagswahlen zog er über die hessische Landesliste der FDP ins Parlament ein. Die Vielzahl übernommener Funktionen in Partei und Parlament überstieg jedoch rasch die seit Jahrzehnten weit überspannten physischen Kräfte Flachs. Nach Wochen sommerlicher Ruhe im zur Heimat gewordenen Taunus traf Flach Mitte August 1973 ein Hirninfarkt. Aus dem Koma erwachte er nicht mehr.

Mit dem Tode des »liberalen Preußen« hatte der deutsche Liberalismus im Nachkriegsdeutschland sicher einen seiner produktivsten und integersten Denker verloren. Man könnte fast geneigt sein, von prophetischer Gabe zu sprechen, wenn es im spontan veröffentlichten Nachruf des FDP-Vorsitzen-

18 Vgl. Werner Stephan: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen. Düsseldorf 1983, S. 301f.

19 Flachs prägende Jahre als Redakteur der FR reflektiert Jutta Roitsch: Zwischen FDP und FR. Wirken und Wirkung des Politikers und Publizisten Karl-Hermann Flach. In: Vorgänge Nr. 175(= H.3/2006), S. 140-147.

20 K.-H. Flach: Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift. Frankfurt/M. 1971.

21 Die Antrittsrede Flachs als Generalsekretär ist abgedruckt in: Bretschneider/Hofmann (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 115-124.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den und Bundesaußenministers Walter Scheel hieß, mit dem Tode Flachs sei »die Inkarnation des modernen Liberalismus« verschieden.[22] Flach musste die Demontage seines Verständnisses von Liberalismus, wie er es noch im Februar 1973 prägnant formuliert hatte[23], weder miterleben noch gar exekutieren.

2. *Die Lebenswege: Hermann Turley (1926 – 2007)*

Flachs Biographie führte ihn vom Osten des damaligen Deutschlands durch drei politische Systeme in den Westen. Hermann Turley führte der Lebensweg vom Westen in die Mitte, oder besser: in den neuen Osten des Nachkriegsdeutschland.[24] Auch er sollte jedoch, wenngleich unter gänzlich anderen Voraussetzungen als Flach, drei politische Systeme auf deutschem Boden erleben. So leicht und zukunftsgewiss für Turley der Weg vom ersten zum zweiten dieser Systeme gewesen sein dürfte, um so schwerer dürfte ihm der Eintritt in das dritte System gefallen sein. Es gibt zahlreiche Indizien, die darauf hindeuten, dass Turley zu jenen ehemaligen Bürgern des »zweiten deutschen Staates« gehörte, deren politische Sozialisation sie subjektiv mit der Überzeugung ausgestattet hatte, dass sich das dritte vom ersten politischen System ihrer Lebenszeit nur in den »Accessoires«, nicht aber in den »gesellschaftlichen Grundlagen« unterscheide.

Hermann Turley wurde am 31.März 1926 in Hamm/Westfalen in eine Arbeiterfamilie geboren. Der als Schlosser tätige Vater – die Mutter kümmerte sich als Hausfrau um Hermann und seine vier jüngeren Geschwister – verlor seine dortige Arbeit und war im Laufe der 1930er Jahre gezwungen, mit der Familie ins Brandenburgische zu ziehen. In der bei Brandenburg/Havel errichteten Arbeitersiedlung Neu-Schmerzke fand er Unterkunft, Arbeit und Brot in der aufgrund der militärischen Aufrüstung prosperierenden Brandenburger Rüstungsindustrie. Sein systemkritisches Engagement sowie das Verteilen von Flugblättern brachten Hermann Turleys Vater eine Haftstrafe ein, die er – wie der später weit berühmtere Häftling Erich Honecker – im Zuchthaus

22 Vgl. Josef M. Gerwald: Generalsekretär der F.D.P. In: Bretschneider/Hofmann(Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 36-41, hier S. 40.

23 K.-H. Flach: Freiburg verpflichtet. Nachgedruckt (nach dem »liberal«-Beitrag vom Februar 1973) in: Bretschneider/Hofmann(Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 124-126. Vgl. jüngst auch die Würdigungen Flachs – anlässlich seines 80. Geburtstages auf einer vom Verein Liberaler Akademiker in Bötzingen (Kaiserstuhl) organisierten Feierstunde – durch Ruth Wagner und Barthold C. Witte, abgedruckt in: Liberale Perspektiven 4/2009, S. 6ff. bzw. S. 10-13.

24 Die Angaben zur Biographie Turleys gehen ganz wesentlich auf das Gespräch zurück, dass der Verf. am 19. Februar 2008 in Potsdam mit der Witwe Turleys, Frau Waltraud Turley, und ihrem Sohn, Herrn Herbert Turley, führen durfte. Der Verf. bedankt sich bei den Gesprächspartnern für ihre Auskunfts- und Unterstützungsbereitschaft.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Brandenburg-Görden absaß, befreit erst – und hier anders als Honecker – durch den Einmarsch der Sowjets im April 1945.
Nach Beendigung der Volksschule hatte der Arbeitersohn Hermann Turley zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eine Maschinenschlosserlehre in den Brandenburger »Havel-Werken GmbH« begonnen. Diese waren ein u. a. auf die Herstellung von Artillerie- und Flugabwehrgeschützen spezialisierter Rüstungsbetrieb, Tochterunternehmen der seit 1932 als Aktiengesellschaft firmierenden, bereits 1871 von den Gebrüdern Reichstein gegründeten »Brennabor-Werke« in Brandenburg.[25] Noch während des Krieges erkrankte Turley an TB und musste daraufhin seinen Ausbildungsberuf wechseln; er erlernte nun den Beruf des Technischen Zeichners. Die Krankheit griff immer wieder nach ihm; kurz nach Kriegsende musste er sich erneut einem Sanatoriumsaufenthalt unterziehen.
Brandenburg bzw. der Wahlkreis Westhavelland (vor 1918) – und z.T. auch der Wahlkreis Potsdam I der Weimarer Republik – waren seit den ausgehenden 1890er Jahren Hochburgen der Sozialdemokratie gewesen. Brandenburg als herausragender Standort der Stahlerzeugung und der Metallverarbeitung war politisch in hohem Maße von der sozialistischen, seit den 1920er Jahren auch der kommunistischen Arbeiterbewegung dominiert. Auch dies erklärt, warum die Stadt unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetischen Militäradministration in die Obhut von Vertretern der Arbeiterparteien übergeben wurde. Auf einen Sozialdemokraten folgte als kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt rasch bereits im Mai 1945 der in Brandenburg geborene Alt-Kommunist Max Herm, der schon 1926 in die Brandenburger Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war, 1932/33 für die KPD dem Reichstag angehört hatte und dann im April 1933 von den NS-Machthabern für Jahre ins KZ Buchenwald weggesperrt worden war.[26] Noch 1945 wechselte Herm in die Berliner »Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge«; als Brandenburger Oberbürgermeister folgte ihm ein nicht minder profilierter Altkommunist und KPD-Funktionär, der ehemalige führende Funktionär des Rot-Front-Kämpferbundes und Berliner Stadtverordnete Fritz Lange.[27] Dies war das politische Szenarium, in dem das »Proletarierkind«

25 Zur Geschichte dieses bis in die 1930er Jahre größten Kinderwagen- und Fahrradherstellers in Europa, der noch in den 1920er Jahren zugleich zweitgrößter Automobilproduzent in Deutschland war, vgl. Bertold Pavel (Hrsg.): Von Brennabor bis ZF Brandenburg. Eine Industriegeschichte. Berlin 1996.
26 Vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. Berlin 2004, S. 302f.
27 Vgl. ebd., S. 433f. Lange hatte auch später hohe Funktionen in Staat und Partei inne, so 1954-1958 die des Ministers für Volksbildung, bis er nach dem SED-Parteitag 1958 – als Anhänger der Schirdewan-Gruppe identifiziert – plötzlich in politische Ungnade fiel. Vgl. Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Berlin u.a., 2003, S. 562.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hermann Turley zunächst Mitarbeiter des Städtischen Amtes für Jugend und Kultur, dann rasch auch Mitglied der KPD, schließlich der SED wurde. In dieser Doppelfunktion profitierte Turley von der Tatsache, dass das so genannte »Erste Parlament« der (im März 1946 formierten) »Freien Deutschen Jugend« vom 8. bis 10. Juni 1946 just in Brandenburg stattfand. Der Jungkommunist war in die Vorbereitungen involviert und nutzte offenbar dieses glückliche Zusammentreffen, um eine Vielzahl wertvoller und bleibender persönlicher Kontakte gerade in die (kommunistische) Führungsriege der FDJ zu entwikkeln. In der Folgezeit nahm er aktiv teil an ideologischen Schulungsaktivitäten von Partei und politischem Jugendverband.

Nach Kriegsende hatte Turley in Brandenburg seine spätere Ehefrau Waltraud kennen gelernt. 1947 wurde geheiratet, bevor der junge Ehemann von einem erneuten TB-Schub übermannt wurde. Es schloss sich ab der zweiten Jahreshälfte 1947 ein monatelanger Aufenthalt im Sanatorium Neufriedrichsdorf an – Ort der zufälligen Begegnung mit Karl-Hermann Flach. Waltraud Turley, die im September 1947 ganz ohne den Beistand ihres Ehemannes den gemeinsamen Sohn Herbert zur Welt gebracht hatte, erinnerte sich an die zahllosen politischen und anderen Gespräche, die die beiden Zimmergenossen im Sanatorium hatten und die ihr bei gelegentlichen Besuchen oder späterhin zugetragen wurden – Gespräche »über Gott und die Welt«. Gut in Erinnerung blieb Waltraud Turley der junge Ostpreuße Flach: ein »schmaler Kerl, sehr nett, sehr galant«, an allem interessiert. Man lernte auch andere Familienangehörige kennen, die die beiden Rekonvaleszenten im Sanatorium besuchten, so Flachs Mutter Margarethe und seine Schwestern.[28]

Nach dem Sanatoriumsaufenthalt zog Turley mit seiner jungen Familie nach Plessow bei Werder im Havelland. Dort unterhielt die durch Befehl der SMAD vom 4. Juni 1947 als zentrale Verwaltungsinstanz der SBZ geschaffene »Deutsche Wirtschaftskommission« im ehemaligen Gutshof der märkischen Adelsfamilie von Rochow eine Ausbildungsstätte[29]. Vermutlich erhielt Turley in den kommenden knapp zwei Jahren eine quasi-akademische Ausbildung, die ihn zum Unterricht im Fach »Marxismus-Leninismus« qualifizierte, ein Ausbildungsweg, der dem von Zehntausenden so genannter »Neulehrer« – oft mit proletarischem Hintergrund und ohne formale bildungsmäßige Voraussetzungen – entsprach. 1950 wechselte Turley dann als Lehrer für Marxismus-Leninismus zur Kreisparteischule der SED für Zentrale Staatliche Organe nach Schiffmühle (heute Ortsteil von Bad Freienwalde). Auch hier

28 In Flachs Brief vom 17.10.1948 (wie Anm. 1) heißt es abschließend: »Schönen Gruß auch von meiner Mutter! Weißt Du noch, wie wir gemeinsam feierten?«

29 Schloß Plessow, seit 2003 mit der Gemeinde Plötzin in die Havelstadt Werder eingemeindet, war in späteren Jahren Sitz der Ausbildungsstätte der DDR-Zollverwaltung. Seit Mitte der 1990er Jahre ist dort das Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung, Münster-Nordkirchen, Außenstelle Plessow untergebracht.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

traf Turley – ob als Kollege oder als Lehrer – zahlreiche Menschen, die nachfolgend in Staats- und/oder Parteiapparat der DDR leitende Funktionen innehaben sollten. 1953 zog Turley mit seiner Familie nach Potsdam, worauf er ein wirtschaftswissenschaftliches Studium am Institut für Gesellschaftswissenschaften (IfG) beim ZK der SED aufnehmen konnte. Dieses Studium war ein erstrangiges gesellschaftliches Privileg, galt das IfG doch als ausgesprochene Kaderschmiede der »Partei der Arbeiterklasse«: Am IfG wurden »Nomenklaturkader bzw. Nachwuchsnomenklaturkader der SED aus allen gesellschaftlichen Bereichen entsprechend der Nomenklaturordnung und den Kaderrichtlinien« der Partei in einem vierjährigen Studium zur Promotion geführt. Als Hermann Turley dort zu studieren begann, war dies noch ohne einen vorgängigen Studienabschluss möglich; jedoch schon in den 1970er Jahren war die Aufnahme der Aspirantur in der Regel an einen vorherigen Studienabschluss gebunden.[30]

Am IfG legte Turley im September 1959 seine Dissertation vor, die der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, der als die in Westdeutschland herrschende Ideologie perzipiert wurde, gewidmet war. Ganz im Zentrum seiner wissenschaftlichen Forschungen stand dabei Person und Werk Walter Euckens. Bei einem Studienaufenthalt in Freiburg/Br. hatte Turley Kontakt zu Euckens Witwe, Edith Eucken-Erdsieck, aufnehmen können, die ihm offenbar Einsicht in persönliche Aufzeichnungen des bedeutenden ordoliberalen Ökonomen gewährte. 1961 konnte Turley seine Dissertation, die u.a. von Johann Lorenz Schmidt[31] wissenschaftlich betreut worden war,

30 Vgl. hierzu DDR-Handbuch. 3. A., Köln 1985 Bd. 1: Stichwort »Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED«, S. 34f. und das Stichwort »Kaderpolitik«, S. 697-702. Zur akademischen Bildung in der DDR bis in die 1960er Jahre zusammenfassend: Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbrichtära. Göttingen 1999. Zur Geschichte von IfG/AfG: Lothar Mertens: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin u.a. 2004.

31 Schmidt (1900-1978) ist besser bekannt unter seinem Geburtsnamen László Radványi. Als Sohn einer bürgerlichen, jüdischen Familie in Budapest emigrierte er nach dem Scheitern der Räterepublik nach Deutschland, wo er in Heidelberg u. a Soziologie und Wirtschaftswissenschaften bei Karl Mannheim und Georg Lukács studierte. Nach Eintritt in die KPD 1924 heiratete Radványi im Folgejahr die junge Mainzer Philologin Netty Reiling, die wenige Jahre später unter dem Künstlernamen Anna Seghers zu einer bekannten und angesehenen Schriftstellerin werden sollte. 1925 wurde R. die Leitung der Berliner »Marxistischen Arbeiterschule«, später zudem die Leitung der theoretischen Zeitschrift »Der Marxist« übertragen. R, der seit den 1930er Jahren den Namen Johann Lorenz Schmidt führte, war einer der herausragenden Intellektuellen im Umfeld der KPD, auch im französischen Exil seit 1933 Initiator akademischer Initiativen, wie der Gründung der »Freien Deutschen Hochschule« in Paris. 1941 konnte R./S. mit seiner Familie nach Mexiko emigrieren, wo er eine Dozentur an der Nationaluniversität innehatte. Erst 1952 kehrte R./S. nach Deutschland zurück; er erhielt in Ost-Berlin eine Professur für »Probleme des gegenwärtigen Imperialismus« am IfG, wurde dann stellvertr. Direktor des Instituts für Politische Ökonomie der Humboldt-Universität. Seit 1961 leitete R./S. die Lateinamerika-Gesellschaft der DDR.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

im angesehenen Akademie-Verlag publizieren.[32] Die ideologischen Bewertungsmaßstäbe für die Auseinandersetzung mit Ordo- und Neoliberalismus hatte allerdings bereits Robert Naumann, Prof. für Politische Ökonomie an der Ost-Berliner Humboldt-Universität und Mitglied des ZK der SED, mit seiner Publikation zu »Theorie und Praxis des Neoliberalismus« vorgelegt, die den nicht unmittelbar auf Wissenschaftlichkeit hindeutenden Untertitel »Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft« trug.[33]

Nach seiner Promotion fungierte Turley von 1962 bis 1965 als Persönlicher Referent des Direktors des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) zu Berlin. Er war somit enger Mitarbeiter eines der einstmals einflussreichsten Politiker der DDR, des ehemaligen Politbüromitgliedes Fred Oelßner.[34] Dieser hatte als für Agitprop-Fragen zuständiger Sekretär des ZK der SED im Juni 1953 – neben Ulbricht und Grotewohl – an der berühmten Moskau-Reise teilgenommen, auf der die neue Führung der KPdSU die Genossen aus Berlin auf den neuen, poststalinistischen Kurs einzustimmen versucht hatte. Als der schon damals mit eindeutiger Kritik an Ulbricht nicht sparende Oelßner 1957/58 erneut zu den parteiinternen Kritikern – verbunden zumeist mit den Namen Karl Schirdewan und Ernst Wollweber – gehörte, traf ihn die Parteistrafe »wegen wiederholter Verletzung der Disziplin des Politbüros und der Weigerung, sich in das Kollektiv des Politbüros einzufügen«[35] hart, aber dosiert. Oelßner wurde im Februar 1958 aus dem Politbüro ausgeschlossen, dann sämtlicher Ämter und Partei-

32 Hermann Turley: Neoliberale Monopoltheorie und »Antimonopolismus«. Ein Beitrag zur Aufdeckung des apologetischen Charakters des Neoliberalismus in Westdeutschland (Deutsche Akademie der Wissenschaften. Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 10). Berlin (DDR) 1961 (zugleich Diss., IfG, Sept. 1959). Der Untertitel war damit gegenüber der Dissertation leicht verändert, in dem ein »Beitrag zur Entlarvung des apologetischen Charakters…« avisiert wird. Als weitere Publikation Turleys liegt vor: Zu einigen Fragen der Monopoltheorie u. des apologetischen Antimonopolismus der westdeutschen Neoliberalen. In: Probleme der politischen Ökonomie. (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 3) Berlin 1960.

33 Der über eine makellose proletarische Biographie (inkl. eines jahrzehntelangen Aufenthalts in der Sowjetunion) verfügende Naumann (geb. 1899) hatte sein Ordinariat seit 1951 inne. Die »akademischen« Sporen hatte er sich als Instrukteur in der marxistisch-leninistischen Schulungsarbeit mit deutschen Kriegsgefangenen in verschiedenen Antifa-Schulen der Sowjetunion verdient. 1957 legte er seine o.g. Publikation im Ost-Berliner »Verlag Die Wirtschaft« vor. 1959 bereits erhielt er – ein Jahr vor dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht – den sozialistischen Verdienstorden »Banner der Arbeit«. Im selben Jahr promovierte die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin Prof. Naumann mit der 1957 vorgelegten Publikation zum »Dr. rer.oec.«. Naumann gehörte zum harten stalinistischen Kern der SED um die Parteihochschul-Rektorin Hanna Wolf (s. Siegfried Prokop: Kein Gomulka war in Sicht. In: Freitag 44/03.11.2006).

34 Eine – in ihrer Ausklammerung unliebsamer historischer Fakten typische – Würdigung Oelßners aus DDR-marxistischer Sicht findet sich bei: Gabriele Dittmann: Fred Oelßner. In: W. Krause/K.-H. Graupner/R. Sieber(Hrsg.): Ökonomenlexikon. Berlin (DDR) 1989, S. 395ff.

35 So der Wortlaut des Politbüro-Beschlusses vom 1. Februar 1958, zit. bei: H. Amos (wie Anm. 25), S. 519.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

funktionen enthoben.[36] Als »Kompensation« blieb Oelßner, der seit 1956 eine Professur für Politische Ökonomie am IfG innegehabt hatte, jedoch die Leitung des Akademieinstituts. Aus diesen Jahren bei der DAW datierte auch Turleys langjährige freundschaftliche und geistige Verbindung zu Prof. Dr. Herbert Meißner, dem zeitweiligen Leiter der Abteilung Geschichte der Politischen Ökonomie am Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW, mit dem Turley bis an sein Lebensende Kontakt hielt.

Schon in den 1960er Jahren wechselte Turley in den der DAW angegliederten, bereits 1946 gegründeten Akademie-Verlag[37], in dem er später über zwei Jahrzehnte – bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1991 – die Funktion eines der beiden »Cheflektoren« ausübte. Im Verlagssystem der DDR waren die Cheflektoren – neben dem Verlagsleiter in seiner administrativen Funktion – ganz entscheidend nicht nur an der Programmauswahl, sondern auch an der ideologischen Ausrichtung des Verlages beteiligt. In einer Anleitung zur Lektoratsarbeit aus den 1950er Jahren hieß es daher auch eindeutig, dass eine der wichtigsten Funktionen des Lektors darin bestehe, »Autoren und Mitarbeiter ideologisch und fachlich anzuleiten«.[38] Die Cheflektoren erteilten das Imprimatur und waren direkt der jeweiligen Aufsichtsbehörde verantwortlich; dies war für die Belletristikverlage die »Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel« im Ministerium für Kultur, für den der DAW (seit Oktober 1972: Akademie der Wissenschaften der DDR) angegliederten Akademie-Verlag jedoch der Ministerrat der DDR. Die Parteilichkeit in der Verlagsarbeit im Sinne der herrschenden sozialistischen Parteidoktrin entsprach der vornehmlichen Intention der Aufsichtsbehörden; dies galt für literarische, aber nicht minder für Wissenschafts- und Fachverlage.[39]

In seiner demnach – aus der Sicht des Systems – von hoher politisch-ideologischer Verantwortung geprägten Funktion dürfte der überzeugte Kommunist Turley den Führungskadern von Partei und Staat keine Kopfschmerzen bereitet haben. Diese Überzeugungstreue war von besonderer Wichtigkeit in einer

36 Zur Entmachtung Oelßners im Dezember 1957 resp. Februar 1958 vgl. H. Amos (wie Anm. 25), S. 481ff., spez. S. 506-519. Zur Rolle Oelßners im Jahre 1953 vgl. Manfred Wilke/Tobias Voigt: ´Neuer Kurs` und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953. In: András Hegedüs/Manfred Wilke: Satelliten nach Stalins Tod. Der »Neue Kurs«, 17. Juni 1953 in der DDR, ungarische Revolution 1956. Berlin 2000, S. 24-116.

37 Zur Geschichte des Akademie-Verlages: Siegfried Lokatis: Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages. In: Geschichte und Gesellschaft, Heft 1, 1996, S. 46-61.

38 S. Hermann Lewy/Dieter Raab: Lektorat und Redaktion im Buchverlag. Leipzig 1956, S. 48f. Zur Bedeutung des Lektoratswesens in den Buchverlagen der DDR zusammenfassend: Ute Schneider: Der unsichtbare Zweite. Die Berufsgeschichte des Lektors im literarischen Verlag. Göttingen 2005, S. 229-238.

39 Vgl. Siegfried Lokatis: Mechanismen der Anpassung und Kontrolle in einer differenzierten Verlagslandschaft. In: S.Barck/M.Langermann/S.Lokatis: ‚Jedes Buch ein Abenteuer'. Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre. Berlin 1997, S.106-108.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Institution, die gelegentlich auch eine gewisse »Rückzugs-« oder Nischenfunktion für nur bedingt Systemkonforme hatte. So gehörte dem Akademie-Verlag beispielsweise seit den frühen 1970er Jahren der spätere sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Reinhard Höppner (als Fachlektor Mathematik) an, der schon seit 1980 als Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen eine das etablierte DDR-System eher irritierende Funktion innehatte. Turley war u.a. auch für die Kooperation des Akademie-Verlages mit Verlagen der Bundesrepublik Deutschland zuständig; hierzu gehörte z.B. die sehr enge Verbindung zu dem in Köln ansässigen, damals landläufig als dem Umfeld der DKP zugehörig geltenden Pahl-Rugenstein-Verlag.[40]

Neben seinem beruflichen Einsatz und dem politischen Engagement in der Grundorganisation der SED war Turley auch gesellschaftlich aktiv. Seit seinen jungen Jahren waren er, besonders aber auch seine Ehefrau Waltraud, passionierte Fotografen, die sich als Mitglieder der »Gesellschaft für Fotografie« der DDR an zahlreichen Ausstellungen beteiligten. Seit den 1970er Jahren war Turley als Repräsentant der »Gesellschaft für Fotografie« zugleich auch Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes der DDR. Neben zahlreichen Ehrungen für sein fotografisches Schaffen, vor allem auch als Sportfotograf, wurde Turley mit der Johannes-R.-Becher-Medaille des Kulturbundes in Silber und in Gold ausgezeichnet.[41] Dem Hobbyfotografen wurde nach der »Wende« eine weitere große Ehrung seines fotografischen Schaffens zuteil, als ihm 1997 bei der »2. Bundesweiten Brandenburger Barnack-Bildautoren-Biennale« der Preis des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg zuerkannt wurde.

Wie aufgrund seiner gesellschaftlichen Herkunft und politischen Sozialisation wenig überraschend, blieb Hermann Turley nach der »Wende« seinen politischen Überzeugungen kompromisslos treu: Er wurde Mitglied der PDS, engagierte sich in deren »Kommunistischer Plattform«. Für Turley bedeutete die

40 Zur Einbindung des Pahl-Rugenstein-Verlages in das Kooperationsnetzwerk der DDR in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Udo Baron: Kalter Krieg und heisser Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«. Berlin u.a., 2003, S.55ff.

41 Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik, Gesellschaft für Fotografie (Hrsg.): Symposium zu Aspekten der Fotografieentwicklung in der DDR von 1945 bis 1965, Leipzig 1985. Mit Beiträgen von Walter Heilig, Peter Pachnicke, Wolfgang Kil, Hermann Turley u.a. (Leipzig 1986). Turleys letzte Publikation »Erfolgreiche DDR-Sportler im Blickwinkel eines Amateurfotografen« wurde in dem von der »Unabhängigen Autorengemeinschaft 'Als Zeitzeugen erlebt'« herausgegebenen Sammelband unter dem Titel »«DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft«, Schkeuditz 2007, S. 339ff., publiziert. Dieser Sammelband dürfte auch den geistigen Rahmen jenes Milieus DDR-nostalgischer Altkommunisten abstecken, in dem sich Turley bis an sein Lebensende bewegte. Der hier waltende Geist kommt idealtypisch in dem Beitrag des ehemaligen Stasi-»Kundschafters« bei Friedensbewegung und »Grüner« Bundestagsfraktion der alten Bundesrepublik, George Pumphrey, zum Ausdruck, dessen Sammelbandbeitrag schlicht überschrieben ist: » Für mich war und bleibt die DDR der bessere deutsche Staat.«

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

»Wende« nicht einen historischen Einschnitt, der zum Hinterfragen eigener, liebgewordener ideologischer Konzepte Anlass gab, sondern allenfalls eine neue, weitere Etappe im Kampf gegen Kapitalismus und Klassenherrschaft – wie er sie verstand. Turley gehörte zu den Mitgründern des – wie in vielen Städten der ehemaligen DDR, so auch in Potsdam bereits 1990 entstehenden – »Komitees für Gerechtigkeit«, in dem sich vor allem ehemalige Funktionsträger des SED-Systems zu Anwälten der ostdeutschen Bevölkerung gegen den »Ausverkauf der DDR«, gegen Benachteiligungen aller Art und gegen »Sozialabbau« zusammentaten.[42] Von derart zeittypischen »Benachteiligungen« sah sich Turley auch persönlich betroffen: Der 1990 erfolgte Ankauf des seit 1953 bewohnten Hauses musste später – wohl aufgrund von Rechtsansprüchen ehemaliger, vermutlich nun in Westdeutschland beheimateter Eigentümer – »rückabgewickelt« werden. Turley sah darin eine persönliche Ranküne, die sich gegen seine Biographie wie sein politisches Engagement in der Gegenwart richte. Bis in seine letzten Lebensmonate betätigte er sich als Vorsitzender des Potsdamer »Komitees für Gerechtigkeit« und als Organisator (zunehmend zu Nischenveranstaltungen geratender, sporadischer) »Montagsdemos gegen Hartz IV und Sozialraub«. Wichtiges Anliegen war Turley auch die rechte Würdigung des Einsatzes der Sowjetarmee für die Befreiung von der NS-Herrschaft.[43] Auch hier ließ er sich in seinen Grundüberzeugungen nicht von Anmutungen historischer Faktizität anfechten.

Am 6. April 2007 verschied Turley, dem eine ihn schon seit den 1960er Jahren plagende Diabetes zuletzt sogar das Augenlicht geraubt hatte, in seiner Heimatstadt Potsdam. In einem zugleich Anerkennung wie vorsichtigen Zweifel andeutenden Nachruf seiner politischen Gesinnungsgenossen hieß es,

42 Eine Darstellung der Arbeit der »Komitees für Gerechtigkeit« aus der Feder zweier noch heute im Umfeld der PDS/Die Linke oder anderer Vorfeldorganisationen tätiger ehemaliger Kader des DDR-Wissenschafts- bzw. Staatsapparates: Hans-Joachim Fieber/Johannes Reichmann (Hrsg.). Komitees für Gerechtigkeit. Erwartungen, Meinungen, Dokumente. Frankfurt/M. 1995. Eine frühe, um Verständnis für die Arbeit der »Komitees für Gerechtigkeit« bemühte Analyse aus westdeutscher Sicht bietet: Rainer Lucas: »Empfange unsere Gnade, Ossi«. Es gibt nicht nur Miesmacher in den »Komitees für Gerechtigkeit«. In: Die Zeit 35/21.08.1992.

43 Am »Grünen Gitter« des Schlosses Sanssouci demonstrierte das Potsdamer »Komitee für Gerechtigkeit« z. B. im Jahre 2006 gegen die Demontage einer dort einst befestigten, derweil in museales Depot verbannten Gedenktafel aus DDR-Zeiten, die den »Sowjetsoldaten« für ihren Einsatz zum Schutz des Schlosskomplexes Sanssouci »vor der Zerstörung durch die Faschisten« dankte. Vgl. Potsdamer Neueste Nachrichten vom 09.05.2006. Ein im Jahre 2005 verteiltes, von Turley verfasstes Flugblatt erinnerte an den Potsdamer Ehrenbürger, den Kunstwissenschaftler und Oberleutnant Evgenij Fedorović Ludšuwejt, der in DDR-Zeiten als »Retter von Sanssouci« gefeiert und hoch geehrt wurde. Zur Auflösung dieses zeittypischen Mythos der Sowjetverehrung: Erhart Hohenstein: Die Legende von Ludschuweit. Sowjetischer Oberleutnant sicherte als Mitglied der Trophäenkommission Kunstschätze als Kriegsbeute. In: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 28.04.2005. Vgl. auch Hans-Rüdiger Karutz: Die Mär von der Sowjet-Rettung Wer bewahrte Sanssouci vor der Vernichtung? – Diskussion um Gedenktafel. In: Die Welt, 16.03.2000.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Turley werde als Vorsitzender des hiesigen »Komitees für Gerechtigkeit« »vielen gleichsam als hartnäckiger Initiator regelmäßiger Kundgebungen am Deserteursdenkmal für Frieden und soziale Gerechtigkeit unvergesslich bleiben«.[44] Mit dem Tode Turleys verlor die kommunistische Bewegung in Deutschland einen treuen, von den Wirrungen und Wendungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts bis zuletzt völlig unbeirrten Parteigänger und Aktivisten.

3. *Die Quellen*

Die hier vorliegende Quellenedition stützt sich auf Dokumente aus dem Nachlass von Hermann Turley, die dem Archiv des Liberalismus(AdL), Gummersbach, von der Familie Turley dankenswerter Weise überlassen wurden.[45] Dabei handelt es sich um einen Ausriss aus der NdZ vom Juni 1949 mit einem Leitartikel Flachs unter der Überschrift »Kapital und Arbeit«, um die Durchschrift (auf Konzeptpapier) eines maschinenschriftlichen Briefes Turleys vom 20. Juni 1949 an Flach sowie um dessen ebenfalls maschinenschriftliche Antwort (im Original) vom 1. Juli 1949.

Ein weiterer, dem AdL vorliegender handschriftlicher Originalbrief Flachs an Turley vom 17.Oktober 1948 enthält im Wesentlichen persönliche, z. T. bereits zitierte Angaben zur Lebenssituation Flachs, so dass auf dessen Gesamtabdruck verzichtet werden konnte. Dieser Brief macht deutlich, dass sich Flach im Verlaufe des Jahres 1948 schriftlich an Turley gewandt hatte, ohne eine Antwort zu erhalten: »Ich schreibe wieder, weil ich es schon zweimal getan habe, ohne von Dir Antwort zu erhalten. Ich weiß nicht, warum. Sollten meine Briefe verloren gegangen sein, oder solltest Du unsere gegensätzliche politische Auffassung, deren ungeachtet wir doch eine so gute Kameradschaft hegten, zum Anlass nehmen, mich keines Schriebs zu würdigen?«[46]

Es gibt derzeit keine Hinweise auf spätere schriftliche oder auch persönliche Kontakte zwischen Flach und Turley.

Die editorische Bearbeitung beschränkt sich im Wesentlichen auf die Kommentierung der Quellentexte. Orthographische Fehler oder solche der Interpunktion wurden stillschweigend korrigiert, ohne in die zeittypische Schreibweise einzugreifen.

44 »Unvergesslicher Kämpfer für Gerechtigkeit: Dr. Hermann Turley«. In: Potsdams andere Seiten. Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt, S. 12. Vgl. auch den Nachruf auf Turley in der »Märkischen Allgemeinen« vom 17. April 2007.

45 Die Archivalien sind verzeichnet unter ADL 29284/4.

46 Brief Flachs (wie Anm. 1).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

3.a) *Leitartikel Flachs, »Norddeutsche Zeitung«, 104, 8. Juni 1949*

Kapital und Arbeit[47]
Neue Wege liberaler Wirtschaftspolitik

Von Karl-Hermann Flach

Wir Liberal-Demokraten haben immer betont, daß wir Karl Marx als Kritiker der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände seiner Epoche anerkennen. Wir glauben aber, daß die Entwicklung – besonders bei uns – nicht im einzelnen den von Marx vorgezeichneten Weg eingeschlagen hat und lehnten daher die von ihm vertretene Ansicht über die Lösung des Problems ab.[48] Die einfache Überführung aller Produktionsmittel in Staatsbesitz, wie die Sozialisten vorschlagen, birgt die Gefahr der Bürokratisierung, die weder der Erzeugung, noch dem Verbrauch nützlich ist. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Bildung von überdimensionalen wirtschaftlichen Gebilden in privater oder öffentlicher Hand den liberalen Grundsätzen widerspricht. Wir waren es daher auch, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Privatwirtschaft zu schützen und zu erhalten versuchten und tun das auch heute noch. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß wir mit dieser Haltung eine bewußt konservative Stellung einnehmen, denn wir geben damit unserem Willen zur Erhaltung eines bestehenden Zustandes Ausdruck. Wir sagen, daß die Privatwirtschaft, besonders im Klein- und Mittelmaßstab, zur Erfüllung der dringlichen Aufgaben der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik notwendig ist und daher erhalten werden muß. Wir glauben auch, daß ein Uebergang zu anderen Wirtschaftsformen in zwangsweiser [sic!], evolutionärer Entwicklung erfolgen muß und nicht von heute auf morgen vorgenommen werden darf. Man kann die Faktoren, die eine Theorie für ihre Verwirklichung voraussetzt, nicht künstlich schaffen, sondern muß warten, ob oder bis diese in natürlicher Entwicklung eintreffen!
Wir gehen an die Lösung der Probleme von gänzlich anderen Ausgangspunkten heran als die Marxisten. Für uns steht im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns der Mensch als Einzelpersönlichkeit, dem die Entfaltung aller seiner Kraft ermöglicht werden muß. Deshalb bekennen wir uns zur persönlichen Initiative, die auf allen Gebieten des Lebens – auch bei der Wirtschaft – die höchsten Leistungen hervorbringt. Aber auch wir können uns auf die Dauer nicht mit einer bewußt konservativen Haltung begnügen. Es reicht nicht aus, bestandene und bestehende Faktoren zu erhalten, es müssen auch neue Wege

47 Der Zeitungsausriss im Besitz H. Turleys trägt dessen handschriftliche Anstreichungen.
48 Dieser Satz ist gesondert markiert und trägt einen nicht zu entziffernden hschriftl. Randvermerk Turleys.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gesucht und begangen werden. Eine politische Richtung wird für die Zukunft nur Bestand haben, wenn sie eine neue Ordnung anstrebt. Allerdings darf hierbei nicht krasser Opportunismus eine Rolle spielen. Es muß ein eigener Weg eingeschlagen werden.

Wir sagten, daß wir die Kritik des Marxismus im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau seiner Epoche für nicht unberechtigt halten. Wir meinen ebenfalls, daß diese Lösung des Problems für uns nicht maßgebend sein kann. Also müssen wir neue Wege gehen und auch neue Lösungen suchen.

Da befindet sich in unserem Eisenacher Parteiprogramm[49] eine Forderung, die für den Fortschritt des Wirtschafts-Liberalismus von grundsätzlicher Bedeutung ist, die leider aber bisher nicht die ihr zukommende Beachtung gefunden hat. Es heißt im Absatz 2 (Wirtschaftspolitik) des dritten Abschnittes (soziale Wirtschaftsordnung[50]): »Bestrebungen zur Ueberwindung der Nur-Lohnarbeit sind zu fördern.«[51] Das ist ein moderner Weg, den wir in der Zukunft unserer Wirtschaftspolitik beschreiten müssen.

Es wird Aufgabe unserer Wirtschaftstheoretiker sein, hier im Einzelnen Pläne zur Realisierung dieser Forderung auszuarbeiten. Der Arbeitnehmer, der ebenfalls am Zustandekommen des höheren Ertrages eines Unternehmens mitgewirkt hat, ging bisher leer aus. Wurden die Leistung und der Gewinn eines Unternehmens gesteigert, so floß dieser dem Eigentümer des Unternehmens zu, gleichgültig, ob der Unternehmer eine Privatperson oder eine öffentliche Hand war. Die Sozialisten sind bemüht, hier die Belohnung in dem Bewußtsein des Arbeitenden zu sehen, für die Allgemeinheit etwas geleistet zu haben. Aber die Tatsache, daß durch erhöhte Leistung das Endprodukt verbilligt und die Kaufkraft des Lohnes indirekt erhöht wird, genügt noch nicht.

49 Das »Eisenacher Programm« der LDP wurde auf ihrem Dritten Parteitag (26./27. Februar 1949) in der thüringischen Stadt verabschiedet. Es ist abgedruckt in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand. Die LDP in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949. Bonn 1978, Dok. 108, S. 138ff. Zur Programmdiskussion im Vorfeld des Parteitages vgl. Theo Rütten: Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten. Baden-Baden 1984, spez. S. 314-333. Die parteioffizielle Einschätzung des Parteitages durch die LDPD der DDR bei: R. Agsten/ M.Bogisch/W.Orth (Hrsg.): LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Berlin (DDR) 1985, S.141-159.

50 Im Programmtext korrekt: »Sozial- und Wirtschaftsordnung«. Das Programm setzt sich aus einer Präambel sowie den Abschnitten »Mensch und Gesellschaft«, »Staat und Recht«, »Sozial- und Wirtschaftsordnung« und »Kulturpolitik« zusammen. Der dritte Abschnitt umfasst die Absätze »Sozialpolitik«, »Wirtschaftspolitik« und »Finanzpolitik«.

51 Diese Aussage findet sich im Programmtext ohne weitere Ergänzung und ohne direkten sachlichen Zusammenhang nach Ausführungen zu Unternehmenspartnerschaft und Mitbestimmung der Arbeitnehmer, vor einer Passage zur Landwirtschaft. Die Formulierung entstammt wortgleich den von einer Programmkommission der LDP im August 1948 erarbeiteten »Leitsätzen« (abgedruckt in den LDP-Informationen, Nr. 16/1948), die die Grundlage einer breiten innerparteilichen Programmdiskussion im Vorfeld des Parteitages bildeten.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wir Liberal-Demokraten können mit dieser rein schematischen Lösung nicht zufrieden sein. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß der einzelne den Erfolg seiner Arbeit oder Mitarbeit erhalten soll. Der progressive Leistungslohn löst auch selbst, wenigstens zu einem Teil, die Frage nicht vollkommen.[52] Er belohnt zwar die einzelne höhere Leistung und kann auch zur Steigerung derselben beitragen. Der Enderfolg zeigt sich aber erst im Gesamtprodukt, in der Gesamtleistung eines Betriebes oder eines Industriezweiges, an der letzten Endes jeder einzelne interessiert werden muß. Hier taucht die Frage der Gewinnbeteiligung auf. Die Lösung kann in der Schaffung von Gewinn-Verteilungskassen liegen, in die jedes Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz seines Reingewinnes abführt. Die vereinnahmten Beträge werden dann an sämtliche Angehörige des betr[effenden] Industriezweiges gleichmäßig in Form etwa einer Gratifikation ausgeschüttet. Dabei muß nun allerdings auch das Risiko in Rechnung gestellt und geprüft werden, inwieweit die Gewinnbeteiligten auch an evtl. auftauchenden Verlusten ihres Unternehmens teilhaben müssen. Wie schon gesagt, muß der Weg im Einzelnen noch ausgearbeitet werden. Es ist aber klar, daß er in langsam fortschreitender, stetiger Entwicklung über die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Gewinn der Betriebe zur Arbeitnehmer- oder Arbeitsproduktiv-Genossenschaft[53] führen kann. Diese Lösung wird vor allen Dingen bei den Industrien angewandt werden müssen, die zwangsläufig in ihrer technischen Entwicklung zur Großform führen. Hier hat die liberaldemokratische Politik die Aufgabe, Wirtschafts- und Betriebsformen zu entwickeln, die nicht am Alten hängen bleiben, sondern der technischen und sozialen Entwicklung Rechnung tragen.

Das Ziel ist in diesem Falle auch das Volkseigentum, nur wird das Volk dann nicht durch ein anonymes, gedankliches Kollektivum, sondern durch seine reale Vertretung, die arbeitende Bevölkerung, verkörpert. Auf jeden Fall eröffnen sich bei diesem Streben nach Ueberwindung der Nur-Lohnarbeit neue Perspektiven in der Wirtschaftspolitik. Wir Liberal-Demokraten haben

52 Flach greift hier in eine zeitgenössisch intensiv geführte Diskussion über die Einführung eines neuen leistungsbezogenen Entlohnungssystems ein, wie sie sich im Anschluss an den Befehl Nr. 234 der SMAD vom 9.Oktober 1947 »zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen« entwickelt hatte. Vgl. hierzu Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999, spez. S. 365-372. Zur Diskussion über das Entlohnungssystem in der SBZ ab 1947: Jörg Rössler: Vom Akkordlohn zum Leistungslohn. In: ZfG 32(1984), H. 9, S. 778-795 und Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiss. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970. Berlin 1995, spez. S. 21-56.

53 Zum in historischer Perspektive wenig erfolgreichen Konzept der gewerblichen Produktivgenossenschaft s. Werner Kruck: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoriegeschichtlicher Beitrag. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 43(1993), H. 3, S. 197-216.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

diese Forderung in unser Programm aufgenommen und müssen daher an ihrer Realisierung tatkräftig mitarbeiten.

3. b) *Brief Hermann Turleys an K.-H. Flach vom 20. Juni 1949*

Plessow, den 20.6.[19]49

Lieber Karl-Hermann!

Vor einigen Tagen erhielt ich die »Norddeutsche Zeitung« mit einem leider nicht sehr interessanten Artikel von Karl-Hermann Flach. Nun möchtest Du gewiß gerne wissen, wieso Dein Artikel für mich wenig interessant war. Um diesen Wunsch zu befriedigen, will ich Dir einige Zeilen dazu schreiben. Wer Kritik üben will, muß sich zunächst einmal mit dem Objekt der Kritik eingehend vertraut machen. Wer neue Wege als Allheilmittel vorschlägt, muß sich zunächst davon überzeugen, ob seine Wege nicht eventuell mit ausgefahrenen alten Feldwegen identisch sind. Das sind erst einmal einige allgemeine Bemerkungen. Danach könnte ich mir jede weitere Kritik sparen. Aber das wäre unkameradschaftlich, weil dann ein eventueller neuer Artikel von gleicher Unsachlichkeit getrübt wär[e]. Darum wollen wir einmal analysieren, und Du kannst das Produkt dieser Analyse dann möglichst zum Frühstück verdauen.

1. Du schreibst: »Wir Liberaldemokraten haben immer betont, daß wir Karl Marx als Kritiker der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände seiner Epoche anerkennen.« Du scheinst das Wesen der Kritik nicht zu kennen. Kritik heißt nicht nur Aufzeigen bestehender Fehler, sondern gleichzeitig das Zeigen eines Weges, der diese Fehler beseitigt. Das zweite ist ja erst der Kern der Marxschen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse. Da Du dieses zweite ablehnst, erkennst Du die Marxsche Kritik nicht an, und daher ist der erste Satz eine elegante Lüge. Außerdem war Marx nicht nur Kritiker seiner Epoche, sondern auch unserer, d.h. der heute noch bestehenden kapitalistischen Gesellschaft.

2. Im zweiten Satz machst Du Dir die Sache einfach. Ohne zu beweisen, daß bei uns die Entwicklung anders gegangen ist, (Wo sind diese Beweise, aber bitte keine Phrasen) lehnst Du die Lösung des Problems ab.

3. Im dritten Satz sind dann wieder Unkenntnis und Unlogik vereinigt. Wo steht in der Marxschen Literatur, daß die Produktionsmittel in Staatsbesitz umgewandelt werden? Mir ist nur von einer Umwandlung des privatkapitali-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

stischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum bekannt [sic!]. Allerdings spielt der proletarische Staatsapparat, getragen von der Initiative des Proletariats, dabei eine entscheidende Rolle. Weiter sprichst Du in diesem Satz von der Gefahr einer Bürokratisierung und von Erzeugung und Verbrauchern. [Der] Gefahr einer Bürokratisierung kann man durch kritisches Aufdecken der vorhandenen Schwächen entgegentreten. Erzeugung (ich nehme an, Du meintest Erzeuger) und Verbraucher sind in einer sozialistischen Gesellschaft nicht zweierlei, wie es in einer kapitalistischen der Fall ist. Erzeuger in der kapitalistischen Gesellschaft sind niemals Verbraucher des gesamten von ihnen geschaffenen Produkts. In der sozialistischen Gesellschaft, in der die Ausbeutung beseitigt ist, sind Erzeuger und Verbraucher identisch. S[ie] erhalten einen Teil der Produkte direkt und ein weiterer kommt ihnen indirekt zugute. (Über die Frage der gesellschaftlichen Akkumulation weiter unten).
Wenn ich so fortfahren wollte, jeden Satz im einzelnen zu analysieren, um Dir die Phrasenhaftigkeit Deiner Formulierungen zu beweisen, müßte ich Dir eine kleine Broschüre über den wissenschaftlichen Sozialismus schreiben. Aber das würde im Moment einige Zeit in Anspruch nehmen und wäre in gewissem Sinne auch sinnlos, da Du in jeder besseren Buchhandlung für wenig Geld die Standardwerke des wissenschaftlichen Sozialismus erwerben kannst. Ich will mich also darauf beschränken, nur noch einige Fragen daraus [sic!] zu greifen.

4. Du sprichst von einer konservativen Stellung, die ihr einnehmen müßt. Mit dieser Formulierung kennzeichnest Du klar die Stellung der LDP im Allgemeinen, aber ganz besonders ihres rechten Flügels. Konservatismus bedeutet Mißachtung neuer gesellschaftlicher Notwendigkeiten und daher objektiver Rückschritt. Ich nehme aber nicht an, daß Du Dich bewußt zum Rückschritt bekennst?

5. Im letzten Satz des ersten Abschnitts schreibst Du von Faktoren, die geschaffen werden müssen, um eine Theorie zu bestätigen.[54] Aus diesem Satz spricht abermals eindeutige Unkenntnis der marxistischen Beantwortung des Problems Lohnarbeit und Kapital. Im Besonderen spricht aber daraus die Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung. Das Wesen der marxistischen Theorie besteht nicht darin, künstliche Faktoren zu schaffen, sondern umgekehrt aus den natürlichen Faktoren die Schlussfolgerungen zu ziehen. Erst nachdem die »natürliche Entwicklung« (Ich nehme an, Du meinst die gesellschaftliche Entwicklung.) einen bestimmten Punkt erreicht hatte, entstand die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine Theorie also, die die beste-

54 Bei Flach heißt es: »Man kann die Faktoren, die eine Theorie für ihre Verwirklichung voraussetzt, nicht künstlich schaffen, sondern muß warten, ob oder bis diese in natürlicher Entwicklung eintreffen!«

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

henden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur interpretiert, sondern den Weg zur Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigt. Die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus konnte erst zu diesem Zeitpunkt entstehen, zu einem Zeitpunkt also, zu dem alle objektiven Voraussetzungen durch die Entwicklung des Kapitalismus geschaffen waren. Wie könnte sonst der marxistische Satz »Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein«[55] Richtigkeit haben?

6. Der zweite Abschnitt beginnt mit einem Satz, der für einen unvorgebildeten Leser nichts weiter als Unklarheiten enthält. »Für uns steht im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns der Mensch als Einzelpersönlichkeit, dem die Entfaltung aller seiner Kraft ermöglicht werden muß.« Aus dieser Formulierung ergibt sich eine Frage: [M]ißachtet die marxistische Lehre den Menschen, oder ist sie gerade die Lehre, die Verhältnisse schafft, die dem menschlichen Fortschritt dienen, und damit auch die Entwicklung der Einzelpersönlichkeit fördert? Steht etwa im Mittelpunkt der marxistischen Lehre Gott? Wie steht es aber dagegen mit dem liberalistischen[56] Freiheitsbegriff? Der Liberalismus erkennt in Worten die Freiheit des Individuums an, propagiert diese Freiheit und noch einige andere. Die Entfaltung der Kraft, die der Liberalismus fordert, ist die Entfaltung der Kraft des Unternehmers zur Ausbeutung des Menschen. Liberalistische Freiheit heißt also: formale Freiheit für alle, reale Freiheit für diejenigen, bei denen die Voraussetzungen gegeben sind. Die Freiheit eines kapitalistischen Unternehmers und die Entfaltung seiner Kraft (nehmen wir einmal an, er verfügt über 100.000 Mark Kapital) dürfte eine andere sein, als die Freiheit eines Arbeitslosen mit einer Unterstützung von 20 Mark.

7. Unter diesem Punkt möchte ich Dich auf einen Fehler in der Logik aufmerksam machen, der Dir in Deinem Aufsatz unter anderem in der Frage der konservativen Haltung, die ihr einnehmen müßt, unterlaufen ist. Nachdem Du zu Anfang behauptet hast, ihr müßt eine bewußt konservative Stellung einnehmen,[57] behauptest Du jetzt: »Wir können uns auf die Dauer nicht mit einer bewußt konservativen Haltung begnügen.«

55 Das Originalzitat lautet: »Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.« Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort (MEW, Bd. 13, S.8f.)

56 Turley verwendet das Adjektiv »liberalistisch«, das traditionell von Liberalismuskritikern jeglicher Couleur – zumeist in polemischer Absicht – verwendet worden ist, insbes. auch von Kritikern der extremen Rechten.

57 Bei Flach heißt es: » Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß wir mit dieser Haltung eine bewußt konservative Stellung einnehmen, denn wir geben damit unserem Willen zur Erhaltung eines bestehenden Zustandes Ausdruck.«

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

8. In Deinen weiteren Ausführungen vertrittst Du die Meinung, daß in unserer neuen Ordnung, oder besser: bei der Schaffung unserer neuen Ordnung, krasser Opportunismus keine Rolle spielen dürfe. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß unter krassem Opportunismus das Verhältnis unserer demokratischen Ordnung zur staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion und den Volksdemokratien zu verstehen ist. Phrasenhafte Schlagworte haben im Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte immer eine Rolle gespielt und zwar dadurch, da[ss] sie an de[n] Geist der Leser keine hohen Anforderungen stellen. Desgleichen stellen sie auch keine hohen Anforderungen an ihre Verfasser. So geht es Dir zum Beispiel mit dem Schlagwort vom »krassen Opportunismus«. In diesem Zusammenhang müßte Dir doch eigentlich die Frage aufgetaucht sein, ob nicht eigentlich die Russen Opportunisten sind, weil sie es doch waren, die die Lehren deutscher[58] Wissenschaftler, und zwar Marx und Engels, erweitert und in die Praxis umgesetzt haben.

9. Häufig dokumentiert sich Unkenntnis der zu behandelnden Materie schon in einem Wort. So geht es Dir zum Beispiel in folgendem Satz: »Der Arbeitnehmer, der ebenfalls am Zustandekommen des höheren Ertrages eines Unternehmens mitgewirkt hat, ging bisher leer aus.« Das Wort ebenfalls ist das Kriterium dieses Satzes. Dazu eine Frage: Wer hat denn noch mitgewirkt am Zustandekommen eines höheren Ertrages, etwa der Aktienbesitzer, dessen ganze »Arbeit« darin besteht, Profite einzustreichen? Du magst vielleicht einige marxistische Schriften gelesen haben, zwischen lesen und begreifen besteht aber ein Unterschied. Versuche, das Problem der Mehrwertbildung zu begreifen, dann wirst Du feststellen, wie unberechtigt das Wort »ebenfalls« in dem von mir zitierten Zusammenhang ist.

10. In einem der nächsten Sätze sprichst Du davon, daß die Sozialisten die Belohnung der Arbeiter in dem Bewußtsein der Arbeitenden sehen. Dieser Satz ist eine weitere Mißachtung der tatsächlichen Verhältnisse. In der ersten Phase des Kommunismus, also im Sozialismus, hat der Lohn noch eine gesellschaftliche Funktion, er ist ein Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Grundlage der Lohnzahlung ist die Arbeitsnorm, die so festgelegt wird, daß zwischen Aufwand an Arbeitskraft und Ergebnis des Produktionsprozesses das beste Verhältnis erzielt wird. Wird die Arbeitsnorm überboten, so steigt der Lohn proportional der Leistung und in einzelnen Fällen (z.B. Grundindustrie) progressiv.[59] Die Gewinne der vergesellschafteten Betriebe

58 Im Original unterstrichen.
59 Turley referiert hier die Grundlagen des ab 1947 in der SBZ eingeführten Entlohnungssystems (s. Anm. 52).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dienen dazu, gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Diese gesellschaftlichen Bedürfnisse sind verschiedener Art: z.B. gesellschaftliche Akkumulation, d.h. Verwendung eines bestimmten Teiles der Gewinne zur Erweiterung und Vervollkommnung der Produktionsbasis, die [als] Grundlage zur erweiterten Produktion und damit zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse dient. Desweiteren sind Mittel nötig zur Entwicklung der wissenschaftlichen Institute, Schaffung kultureller und sozialer Einrichtungen im größten Umfange und Erhaltung einer Armee, welche die Ergebnisse der sozialistischen Entwicklung gegenüber imperialistisch[sic!], faschistischen Überfällen verteidigt usw. Die Akkumulation und die immer umfangreichere Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, Sanatorien usw. bedeutet Schaffung von Voraussetzungen für die Verwirklichung des Kommunismus, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann. In der sowjetischen Zone sind die Verhältnisse noch nicht so weit entwickelt wie in der Sowjetunion. Die Akkumulation der Gewinne in der volkseigenen Industrie dient dazu, unsere Friedensindustrie so rasch wie möglich wieder aufzubauen um unsere antifaschistisch[-]demokratische Ordnung zu sichern und die Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung zu schaffen.

11. Der neue Weg, der von Dir vorgeschlagen wurde zur Lösung des Problems, ist die Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Eine Lösung des Problems durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist in dem von Dir angeführten Zusammenhang eine Utopie, weil sie die objektiven Entwicklungssätze verneint. (Über [sic!] die Bedeutung der Gewinnbeteiligung im anderen Zusammenhang gehe ich gleich ein.) Diese vorgeschlagene Lösung kann nur daher vorgeschlagen werden, weil Du die bestehenden Verhältnisse nur nach der Oberfläche beurteilst. Für Dich ist nur wahr, was Du siehst. Für das Auge nicht wahrnehmbare Gesetze, die man nur durch Analyse entdecken kann, sind aber ebenfalls Realität. Das müßtest Du als Chemiker[60] übrigens wissen. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, die Du als neuesten Ausweg des Problems Lohnarbeit und Kapital in Deinem Artikel anpreist, ist gar nicht so neu, wie Du denkst; es ist Dir also keine fundamentale Neuschöpfung geglückt, darum sprach ich am Anfang meines Briefes von den ausgefahrenen Feldwegen. Gewinnbeteiligung als Lohnform hat schon vor 1900 in kapitalistischen Kreisen sehr viel Staub aufgewirbelt. Diese Methode wurde von verschiedenen Unternehmen in verschiedener Form zur Anwendung gebracht. Als erster hat ein französischer Häusermaler Jean Leclaire im Jahre 1842 dieses System zur Anwendung gebracht.[61] Weiter wurde in Frankreich in der Buchdruckerei

60 Anspielung auf Flachs 1948 abgebrochenes Chemiestudium.

61 Edme-Jean Leclaire (1801-1872), der in der Literatur häufig als der »Vater der Gewinnbeteiligung« (»profit sharing«) bezeichnet wird, entstammte einfachsten Verhältnissen im

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Chaix[62] und in der Papierfabrik Laroche-Joubert[63] nach diesem System entlohnt.[64] In den Vereinigten Staaten von Nordamerika finden wir dasselbe System zuerst in der AG »D. Nelson Manufakturing Co«[sic!] in St. Louis[65], in England in der Londoner Buchdruckerei Cassel[l] & Co[66], in Deutschland in der Maschinenbauanstalt in Halle[67] und in den Zeißwerken[68] in Jena. Die

ländlichen Burgund, wo er sich nach früh abgebrochener Schulausbildung als Schafhirte verdingte. In den 1820er kam er nach Paris, wo er eine Anstreicher-Lehre absolvierte. 1827 gründete er seine eigene Firma (später:»Maison Leclaire«), in der er seit 1842 (nach anderen Quellen: 1843) das Geschäftsmodell der Gewinnbeteiligung seiner Kernbelegschaft etablierte. Leclaires auf Hausanstrich, Innendekoration und Verglasung spezialisierte Firma machte als soziales Modell wie als erfolgreiches Unternehmen Furore. Zeitgenössisch fand Leclaire bereits Widerhall bei John Stuart Mill, der 1845 in zwei Zeitungsbeiträgen für »Edinburgh Review« bzw. für »Chambers' Edinburgh Journal« auf Leclaire hinwies. Vgl. The Collected Works of J.St. Mill. Vol. IV, S. 363-89, »The Claims of Labour«, und Vol. III, S. 1123. Als Überblick zu historischen Modellen der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer: Sibylle Brenk-Keller: Die Beteiligung der Mitarbeiter am Produktivkapital. Konzeptionelle Entwicklung und praktische Ausgestaltung. Marburg 1997.

62 Zu den Formen der Gewinnbeteiligung, die das 1845 von Napoléon Chaix in Paris gegründete Druckerei-Unternehmen »Imprimerie Centrale des Chemins de Fer«, das seit 1881 den Namen »Imprimerie Chaix« trug, praktizierte, vgl . Rudolf Einhauser: Die Gewinnbeteiligung, ihr Einfluß auf den Unternehmergewinn und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 54(1898), S.120-272, spez. S.166f.

63 Gemeint ist die 1843 von Jean-Edmond Laroche-Joubert (1820-1884), einem späteren bonapartistischen Abgeordneten und Senator der III. Republik, im südwestfranzösischen Nersac gegründete Papiermühle, die seit 1868 (nun in Angoulème ansässig) als Genossenschaft geführt wurde. Bei Einhauser (ebd., S.245) wird Laroche-Joubert nur mit der Einschränkung genannt, dass die Gewinnbeteiligung mit einer erheblichen Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer einhergehe, also nach dem Vorbild der Produktivgenossenschaft.

64 Die Gewinnbeteiligungsmodelle unterschieden sich in der Tat von Betrieb zu Betrieb erheblich, sowohl was den Kreis der Benefizienten als auch was die Gewinnausschüttungsmodalitäten anbelangte. Vgl. hierzu statistisch sehr detailliert: R. Einhauser (wie Anm. 62).

65 Gemeint ist die von Nelson O. Nelson gegründete Metallwarenfabrik in St. Louis. Vgl. Kim McQuaid: The Businessman as Reformer. Nelson O. Nelson and Late 19th Century Social Movements in America. In: American Journal of Economics and Sociology 33(1974), S. 423ff., sowie ders.: A Response to Industrialism: Liberal Businessmen and the Evolving Spectrum of Capitalist Reform, 1886-1960, Frederick MD 2003, spez. S. 24-49.

66 Gemeint ist das 1848 von John Cassell (1817-1865) gegründete Verlagshaus »Cassell, Petter, Galpin«, das nach Cassells Bankrott 1855 de facto im Besitz seiner Partner George William Petter und Thomas Dixon Galpin war. Seit 1888 trug das derweil auch in Paris und New York ansässige Verlagshaus den Namen »Cassell & Co. Ltd«. Vgl auch Simon Nowell-Smith: The House of Cassell 1848-1958. London 1958.

67 Turley meint hier die 1872 gegründete »Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei AG«, die sich schon seit den 1880er Jahren auf die Produktion von Eis- und Kühlmaschinen spezialisiert hatte. Aus der Maschinenfabrik und einem ebenfalls in der Herstellung von Kältetechnik-Maschinen tätigen Betrieb entstand im Jahre 1946 die »VEB Maschinenfabrik Halle«. Die in Halle praktizierte Gewinnbeteiligung beschreibt detailliert R. Einhauser (wie Anm. 62), spez. S. 142f.

68 Im Statut des Eigentümers der Carl-Zeiss-Werke, der 1889 unter der Ägide Ernst Abbes gegründeten Carl-Zeiss-Stiftung, war festgelegt, dass erzielte Gewinne zu reinvestieren oder an die Belegschaft, Sozialeinrichtungen resp. die Universität Jena auszuschütten waren. Vgl. Ernst Abbe: Über Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Großindustrie. In: Ders.: Gesammelte Abhandlungen, Bd. III: Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts. Jena 1906, S. 102-118. Eine Würdigung des Sozialreformers Abbe: Hans G. Nutzinger: Ernst Abbe als Sozialreformer. In: Antje Klemm/Nikolaus Knoepffler(Hrsg.): Ernst Abbe als Unternehmer und Sozialreformer. Ein Beitrag zur Wirtschaftsethik. München 2007, S. 37-58.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Hauptaufgabe dieser Neuerung bestand darin, die Arbeitsintensität zu steigern. Die Arbeiter mußten in der Hoffnung, am Jahresende um so mehr Gewinn zu erhalten, je mehr Mehrwert sie ihren Unternehmern produzierten, die Intensität ihrer Arbeit steigern (Steigerung der Arbeitsintensität bedeutet größere Verausgabung physischer Kräfte). Das System der Gewinnbeteiligung war nach außen hin billige Philanthropie, den objektiven Verhältnissen nach ein Mittel zur Befriedigung der unzufriedenen Arbeitermassen, gleichzeitig eine Methode zur Überflüssigmachung von Aufsichtsbeamten in den Fabriken usw. usw. Die Vorteile der Methode der Gewinnbeteiligung für den Kapitalisten waren nicht unerheblich, dagegen für den Arbeiter gleich Null. Zu dem Thema Gewinnbeteiligung könnte ich Dir aus mir zugänglicher Literatur noch weitere Beispiele anführen, aber worauf es hier ja ankam, war nachzuweisen, daß der von Dir vorgeschlagene neue Weg tatsächlich ein alter ausgefahrener Feldweg ist.

12. Zum Schluß will ich noch etwas Kritisches zu Deiner Überschrift bemerken. Als Hauptüberschrift wählst Du »Kapital und Arbeit«. Schon diese willkürliche Umstellung der beiden Worte »Kapital und Arbeit« die den Worten der Marxschen Überschrift einer Broschüre und zwar »Lohnarbeit und Kapital«[69] entnommen sind, zeigt, wie wenig Du vom Marxismus verstehst. Die Anordnung der Worte »Lohnarbeit und Kapital« in der Überschrift der Marxschen Broschüre sind [sic!] nicht willkürlich gewählt, sondern entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Wenn Du Marx studiert hättest, müßtest Du wissen, da[ss] Kapital nicht eine bestimmte Summe Geld ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Besitzern der Produktionsmittel und Nichtbesitzern, also Lohnarbeitern. Kapital wird also erst durch Lohnarbeit ermöglicht. Die einzige Klarheit in Deinem Artikel ist der Untertitel. Aber diese Klarheit scheint Dir wahrscheinlich selbst nicht ganz bewußt geworden zu sein. Liberale Wirtschaftspolitik bedeutet Schaffung oder Erhaltung eines gesellschaftlichen Zustandes, in dem das Unternehmerprinzip (Profitstreben) der tragende Pfeiler ist. Neue Wege einer liberalen Wirtschaftspolitik können vom Standpunkt eines konsequenten Liberalisten doch nur darauf hinauslaufen, diese tragenden Pfeiler zu verstärken. Aus diesem Grunde kann Dein Artikel jedem Unternehmer angenehm sein. Klärung kann nur der geben, dem die Dinge selbst klar sind, und das ist bei Dir leider nicht der Fall.
Nachdem ich nun zu Deinem Artikel Stellung genommen habe, kann ich Dir leider zu Deiner neuen Stellung als Chefredakteur[70] nicht gratulieren und

69 Die von Karl Marx 1849 im Rahmen einer Artikelserie der »Neuen Rheinischen Zeitung« verfassten Beiträge wurden 1891 in einer von Friedrich Engels eingeleiteten Publikation unter dem Titel »Lohnarbeit und Kapital« zusammengefasst: s. MEW, Bd. 6, S. 397-423.

70 Vgl. die die tatsächliche Stellung Flachs erläuternden Bemerkungen im biographischen Abriss o.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zwar aus dem einfachen Grunde, weil für Dich jetzt der Anreiz zur Veröffentlichung weiterer Artikel auf dem gleichen geistigen Niveau gegeben ist. Durch solche Artikel kannst Du nur ein[es] erreichen, Dich [zu] blamieren. Und es wäre gemein, Dir zu einer Blamage herzlichen Glückwunsch zu sagen.
Zum Schluß will ich noch anfragen, wie es Dir gesundheitlich geht. Ich bin schon seit einigen Monaten krankgeschrieben und rechne jeden Tag mit einer Einberufung in die Heilstätte. Da der Brief nun doch schon etwas länger geworden ist, als ich zuerst annahm, will ich jetzt schließen und Dir zum Schluß für einen eventuell neuen Artikel mehr Sachlichkeit und Objektivität wünschen. Man sollte gerade in der momentanen politischen Situation die Zeitung nicht dazu benutzen, um Utopien zu verbreiten, sondern jede Zeile in den Dienst der Nationalen Front[71] stellen, damit wir sobald wie möglich in einem einheitlichen Deutschland die Probleme unserer weiteren Entwicklung sachlich klären können.

Viele Grüße sendet Dir und Deinen Angehörigen[72]

71 Turley verwendet hier einen Terminus, der in dem vom 3. Deutschen Volkskongress am 30.Mai 1949 verabschiedeten »Manifest an das deutsche Volk« enthalten war, in dem zur Bildung einer »nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden« aufgerufen wurde. Er geht auf das vom ZK der SED erst durch Beschluss vom 4. Oktober 1949 formal in Kraft gesetzte Dokument »Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (abgedruckt in: Hanns Jürgen Küsters (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Dok. 28. München 1996, S. 76-84) zurück. Bis zur Staatsgründung der DDR bestand offiziell der »Demokratische Block der Parteien und Massenorganisationen«, der bereits im Juli 1945 als »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« formiert worden war. Am 17. Juni 1949 wurde der Block in »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« umbenannt. Mit Gründung der DDR löste die »Nationale Front des Demokratischen Deutschland« den »Demokratischen Block« als Instrument der Kontrolle von Parteien und Massenorganisationen durch die SED ab. Zur Entwicklung des Gedankens einer »Nationalen Front« heißt es bei Agsten u.a.(wie Anm. 49): »In Unkenntnis der Aufgaben und der historischen Mission einer marxistisch-leninistischen Partei fürchteten manche Liberaldemokraten, die Herausbildung der Nationalen Front führe zu einer Einheitspartei, in der alle Parteien und Organisationen zusammengefasst würden. Das wurde erklärlicherweise von reaktionären Elementen ausgenutzt, um die Zusammenarbeit zu stören.«
72 Die vorliegende Briefkopie trägt keine Unterschrift.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

3.c) *Brief Karl-Hermann Flachs an H. Turley vom 1. Juli 1949*[73]

Mein lieber Hermann,

Ich habe mich wirklich herzlich gefreut, endlich wieder einmal etwas von Dir zu hören. Es tut mir wirklich leid, daß Du schon wieder krank geschrieben bist und in eine Heilstätte mußt. Hoffentlich kommst Du bald wieder – und geheilt – heraus. Mir geht es gesundheitlich besser. Ich habe zwar noch meinen Doppelpneu, muß beinahe jede Woche zum Füllen, aber das alles ist nicht so schlimm[74], um mich an der Arbeit zu hindern. Wie geht es Deiner Familie? Hoffentlich gut! Meine Tätigkeit ist natürlich etwas anstrengend – ich muß oft nach Berlin oder sonst wo hin zu Zentralvorstandssitzungen, Besprechungen bei Prof. Kastner[75], Volksrats- und DWK-Tagungen usw. –, aber der Arzt sagt, es ginge trotzdem besser. Redaktionstätigkeit und Umbruch sind auch nicht leicht, aber wenn man mit einer großen Begeisterung und viel Liebe an seinem Beruf hängt, dann geht alles.
Besonders habe ich mich über Deine Kritik an meinem Artikel, der immerhin doch so interessant war, daß [Du] es für Wert hieltest, ihm eine 7seitige Antwort zu widmen, gefreut. Was mir aber am meisten Spaß bereitet hat, ist die Vehemenz, der Schwung, mit dem Du daran gegangen bist, meine Ansichten von Deinem marxistischen Standpunkt aus zu widerlegen. Sie ist mir ein Zeichen dafür, daß Du von Deiner Idee felsenfest überzeugt bist, und das ist immer etwas sehr schönes (Ich bin es nämlich auch von meiner Idee.). Daß Du

73 Die erste Seite des maschinenschriftlichen Briefes wurde auf einem Kopfbogen der NdZ verfasst. Er trägt mittig die Angaben: »Norddeutsche Zeitung. Tageszeitung der Liberal-Demokratischen Partei für Mecklenburg. Verlagsgesellschaft Norddeutsche Zeitung m.b.H.« Linksbündig ist das Wort »Redaktion« gedruckt, rechtsbündig die Angaben »Schwerin (Meckl), den [mschr. ergänzt] 1. Juli 49« sowie darunter dreizeilig: »Ernst-Thälmann-Straße 6, Fernruf 3946/47, Bankkonto: Stadtbank Schwerin (Meckl) 10242 101.01«.

74 Der Brief trägt an dieser wie an zahlreichen anderen Stellen nicht entzifferbare Streichungen Flachs, auf die im Weiteren nicht mehr gesondert hingewiesen wird.

75 Prof. Dr. Hermann Kastner (1886-1957), Jurist, war in den 1920er Jahren als Syndikus des sächsischen Einzelhandelsverbandes tätig, zugleich von 1922-33 Mitglied des Sächsischen Landtages (DDP/DStP). 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der LDP in Sachsen und war erster dortiger Landesvorsitzender (bis 1947). 1946-1950 gehörte er dem neuen Sächsischen Landtag, von 1946-1948 der sächsischen Landesregierung als Justizminister an. 1948/49 war K. stellvertr. Vorsitzender der DWK, 1949/50 stellvertr. Ministerpräsident der DDR. Auf dem Eisenacher Parteitag der LDP wurde K., der weithin als »Kandidat der SMAD« galt (vgl. W. Schollwer, wie Anm.14, spez. S. 112f.) zum Ko-Vorsitzenden der LDP (neben Karl Hamann) gewählt. Im Juli 1950 wurde er – als Gegner einer gemeinsamen Liste der Nationalen Front bei den Volkskammerwahlen des Oktober 1950 – aus der LDP ausgeschlossen, jedoch bereits im Mai 1951 rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen. Von 1951-1956 saß er dem »Förderungsausschuß für die Intelligenz beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR« vor. Im September 1956 siedelte er in die Bundesrepublik über. Unbewiesen bleibt bis heute, ob dies mit einer häufig zitierten Doppelagententätigkeit K.'s bzw. einer mehrjährigen Tätigkeit für die »Organisation Gehlen« resp. den westdeutschen Bundesnachrichtendienst in Verbindung stand. K.'s enge Kontakte zur SMAD dürfen dagegen als belegt gelten.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dabei oft über das Ziel hinaus und mehrmals daneben geschossen hast, nehme ich Dir nicht krumm. So etwas kann im Eifer des Gefechtes vorkommen. Das gibt sich mit den Jahren. Schließlich kommt die Erkenntnis, daß verschiedene Weltanschauungen auf der Welt Platz und Existenzberechtigung haben, die schließlich den sittlichen Reifegrad eines Politikers erkennen läßt und in dem Verstehen wurzelt, daß es nie eine absolute, wohl aber nur eine subjektive Objektivität gibt, nicht von heute auf morgen.
Sieh' mal, Hermann, ich habe Dir meine Zeitung nicht geschickt, um Dich von der Richtigkeit und Allgemeingütigkeit meiner Anschauungen zu überzeugen. Das kann ich ebenso wenig, wie Du es bei mir könntest. Daß Du in der Lage bist, meine Argumente von Deinem marxistischen Standpunkt aus zu widerlegen, ist kein Wunder (Wenn Du es nichts könntest, wärest Du ein schlechter Marxist.). Genauso kann ich jeden beliebigen Artikel in der SED-Presse, der sich mit weltanschaulichen oder ökonomischen Fragen befaßt, von meinem liberalen Standpunkt aus widerlegen und jeder gute christliche Demokrat wird es mit uns beiden ebenso machen, wie wir es mit ihm tun könnten.
Wir sind doch alle Demokraten – oder behaupten es zu sein – und das Wesen der Demokratie besteht doch nun einmal im gleichberechtigten Wechselspiel der verschiedensten Welt- und Lebensanschauungen. Wenn ich so verfahren würde wie Du (Diese Periode habe ich Gott sei Dank schon längst überwunden), müßte ich jeden SED-Redakteur als einen blamablen Dummkopf und jeden SED-Artikel als gänzlich niveaulos hinstellen. Ich tue das nicht; auch wenn ich von der Unsinnigkeit der gegnerischen Argumente überzeugt bin, erkenne ich immer das gute Wollen an, oder versuche es wenigstens zu tun. Aber hier wird das bisher politische Problem ein menschliches, und da kann man eben etwas voraussetzen, oder – man kann es manchmal leider nicht!
Danach könnte ich mir jede weitere Kritik sparen. Aber das wäre unkameradschaftlich, weil dann ein evtl. neuer Brief von gleicher Unsachlichkeit getrübt wäre. Also habe ich folgendes zu sagen:

1.) Kritik heißt allerdings nicht nur bestehende Fehler aufzeigen, sondern gleichzeitig Zeigen eines Weges zu deren Beseitigung, wenn es positive Kritik sein will. Man kann aber ohne weiteres eine geführte Kritik anerkennen, ohne den von ihr aufgezeigten Weg zur Beseitigung als richtig zu empfinden. Man kann sogar diesen Weg vielleicht nicht in seiner gewollten Zielsetzung, wohl aber in seiner praktischen Wirkung als nicht dem Ursprung der Kritik, sondern dem Gegenteil davon hinstrebend bezeichnen, ihn daher ablehnen und bei aller Anerkennung der Kritik als solcher einen anderen Weg zur Lösung des Problems vor- und einschlagen. Jeder Mensch ist ein Kind seiner Epoche, auch Marx. Seine Kritik ist nur da noch aktuell, wo die Entwicklung

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den von ihm vorgezeichneten Weg eingeschlagen hat. (z.B. zum Teil in den USA. Das dortige Wirtschaftssystem lehnen wir gleich Euch ab.) Den Beweis für Deine Behauptung, daß man mit einer Anerkennung einer Kritik auch analog den vom Kritiker vorgeschlagenen Lösungsweg billigen muß, bist Du mir schuldig geblieben.

2.) Daß ich Dir erst beweisen soll, daß die (geschichtliche, gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle) Entwicklung bei uns in Deutschland einen anderen Weg gegangen ist, als beispielsweise in dem einzigen Land des Sozialismus, der UdSSR, ist wirklich gut. Das ist so, als ob Du erst einen Beweis dafür verlangst, daß Wasser bei normaler Temperatur flüssig und Luft gasförmig ist. Wollte ich das wirklich tun, müßte ich eine kleine Broschüre über die Geschichte im Allgemeinen und die der UdSSR und Deutschlands in den letzten hundert Jahren im Besonderen schreiben. Das kannst Du aber leichter haben, wenn Du Dir mal bei Gelegenheit einige Vorlesungen über Geschichte an einer unserer einschlägigen Universitäten anhörst. Ich greife nur einen Tatbestand herau[s]: In der Sowjetunion hat der Sozialismus den Übergang von der absoluten Monarchie zu einer fortschrittlicheren Staatsform erzwungen, in Deutschland tat dies der Liberalismus! Schade, daß Du krank bist, Prof. Dr. Kastner hält in nächster Zeit an der Humboldtuniversität in Berlin eine große Gastvorlesung über die Geschichte des deutschen Liberalismus.

3.) Zu Deiner Beruhigung: Die Standardwerke des Sozialismus besitze ich und habe sie auch gelesen. Ich kenne nicht nur sie, sondern ebenfalls die politische Praxis einer sozialistischen Partei. Bei der Umwandlung des privaten Eigentums in gesellschaftliches spielt der Staatsapparat nicht nur eine, sondern die entscheidende Rolle. Der Gefahr einer Bürokratisierung kann man zwar durch kritisches Aufdecken der Schwächen entgegentreten, sie aber leider dadurch nicht beseitigen. In demselben Maße, in welchem die Wirtschaft sozialisiert wird, wachsen auch die Schwierigkeiten, sie zu übersehen und zu lenken. Der oft beklagte Bürokratismus und die zahlreichen Fehlleitungen sind die Folgen dieser Schwierigkeiten und somit im System begründet.

4.) und 7.) Du schreibst am Anfang Deines Briefes, wer Kritik üben will, müsse sich erstmal mit dem Objekt der Kritik eingehend vertraut machen. Wenn Du das nur mit meinem Artikel getan hättest, dann würdest Du mir nicht etwas unterstellen, was [ich] nie geschrieben, gesagt oder gemeint habe. Man kann nicht einen Artikel kritisieren, den zu lesen und zu verstehen man nicht einmal in der Lage ist. Du behauptest, ich spräche von einer konservativen Stellung, die wir einnehmen müssten(!). Hätte ich eine derartige Formulierung wirklich gebraucht, so hätte ich damit zweifellos die Stellung eines kleinen rechten Flügels in der LDP gekennzeichnet. Ich stehe aber ausgerech-

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

net am entgegengesetzten Ende in der Partei, und dies zu dokumentieren war zum Teil Zweck meines Artikels. Hätte ich den mir von Dir einfach unterstellten Satz wirklich geschrieben, dann würde ich mich allerdings bewußt zum Rückschritt bekennen. Ich denke aber nicht daran, das zu tun! Daher schrieb ich warnend in meinem Artikel: »Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, daß wir mit dieser Haltung (der Forderung nach Erhaltung der Privatwirtschaft) eine bewußt konservative Stellung einnehmen.«, und dann weiter: »Aber auch wir können uns auf die Dauer nicht mit einer bewußt konservativen Haltung begnügen. Es reicht nicht aus, bestehende und bestandene Faktoren zu erhalten, es müssen neue Wege gesucht und begangen werden. Eine politische Richtung wird für die Zukunft nur Bestand haben, wenn sie eine neue Ordnung anstrebt!«

5.) Wenn ich von künstlichen Faktoren schreibe, die geschaffen werden, um eine Theorie unbedingt zu bestätigen, denke ich z.B. an die Überführung von selbst kleinen Privatbetrieben in Staatsbesitz, wie sie heute stattfindet. Diese Betriebe haben auch nach marxistischem Ermessen nicht in natürlicher Entwicklung den Punkt erreicht, der ein derartiges Vorgehen rechtfertigt. Sie arbeiten als V[olks]E[igene]-Betriebe unrentabler als vorher. Das gleiche gilt mit Handel und Konsum. Wenn der Konsum in natürlicher Entwicklung den Beweis liefert, daß er für den Verbraucher – weil er keine Verdienstspanne hat – besser arbeitet, als der freie Handel, würde er sich von selbst durchsetzen. Stattdessen bevorzugt man ihn z.B. bei der Verteilung zwangsbewirtschafteter Waren usw. den Konsum [sic!] und treibt künstlich eine Entwicklung vor, die zwangsläufig vielleicht einen anderen, zumindest aber einen natürlicheren Weg gegangen wäre.[76]
Die Theorie: »Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein« ist längst von der modernen Naturwissenschaft widerlegt. Genotyp und Phänotyp (Erbbild und Umwelt) formen in gleicher Weise die Persönlichkeit. Die Nazis begingen die Idiotie und behaupteten, unter Verleugnung der Bedeutung der Umwelteinflüsse, des gesellschaftlichen Seins, allein das Erbbild sei entschei-

76 Flach spielt hier auf die strukturellen Veränderungen an, die sich aufgrund der Etablierung der »Staatlichen Handelsorganisation« (HO) durch Beschluss der DWK vom Oktober 1948 andeuteten. Waren nach Kriegsende in der SBZ zunächst die Konsumgenossenschaften dem privaten Handel gegenüber bei der Warenzuteilung bevorzugt worden, so trat nun zunehmend die HO an diese Stelle. Dominierte – gemessen an den Umsatzzahlen – noch 1950 knapp der private Einzelhandel, so war dessen Zurückdrängung zugunsten sozialistischer Wirtschaftsformen schon 1955 weit vorangeschritten: Die Umsätze von HO und Konsumgenossenschaften übertrafen die des Privathandels um mehr als das Doppelte (1982 dann um das Neunfache). Vgl. DDR-Handbuch (wie Anm. 30). Stichwort »Binnenhandel«, S.235-243, hier S. 237. Die HO-Läden hatten bei Preisgestaltung und Warensortiment staatlich sanktionierte Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Privathandel. Zur Entwicklung der HO: Jennifer Schevardo: Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre. Stuttgart 2006, spez. S. 88ff.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dend (der Abstammungswahn). Ihr behauptet, nur das gesellschaftliche Sein entscheide, in Wirklichkeit übt beides in gleicher Weise seine Wirkung aus.

6.) Der Sozialismus geht in seiner Arbeit vom Menschen als Kollektivum, als Gemeinschaft aus. Der Liberalismus vom Menschen als Einzelpersönlichkeit. Darin liegt der Unterschied. Im weiteren Teil dieses Absatzes schließt Du von Fehlern, die der Liberalismus – wie alle Weltanschauungen einschl[ießlich] d[es] Sozialismus – begangen hat[77], auf die gesamte Idee. Das ist so, als würde ich die Kinderkrankheiten des Sozialismus als symptomatisch hinstellen. Eine Antwort auf diesen Unsinn gibt der liberale Grundsatz: Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Abgrenzung in der gleichen Freiheit des anderen. Freiheit der Persönlichkeit unter Wahrung der Pflichten der Gemeinschaft gegenüber. Im übrigen: Auch der Sozialismus kann unsozial sein!

8.) Ich schreibe, daß die LDP neue Wege suchen und begehen müsse. Und in diesem Zusammenhang: »Allerdings darf hierbei nicht krasser Opportunismus eine Rolle spielen. Es muß ein eigener Weg eingeschlagen werden.« Das soll heißen: Die LDP muß eigene, fortschrittliche Wege einschlagen, ohne bei ihrer neuen Theorie und Praxis etwa von anderen Ideologien etwas abzuschreiben. (Siehe NDP)[78]
Was machst Du? Du trägst in diese bewußt weltanschauliche Diskussion eine nationalistische Note! Wenn Du mich fragst, ob die Russen nicht Opportunisten sind, weil sie die Lehren deutscher Wissenschaftler erweitern, dann willst Du mir damit unterstellen, daß ich womöglich irgend eine Erkenntnis, die von einem Russen stammt, nicht verwenden würde, eben weil sie von einem Russen stammt. Ich hoffe, Du bist Dir im Klaren darüber, auf welch primitives Niveau Du damit unsere Diskussion bringst. Ich dachte, über dieses Stadium seien wir beide hinaus.
Das ist nun schon das zweite Mal, daß [Du] meinen im Zusammenhang unmißverständlichen Sätzen eine eigene Auslegung gibst. Damit tust Du das, was ich schon am Marxismus allgemein kritisierte: die[sic!] schaffst künstlich Dir bequeme Faktoren, die in Wahrheit nicht vorhanden sind. Das heißt: Du unterstellst mir eine Ab- und Ansicht, die ich nie habe, nur, weil von Deinem marxistischem Standpunkt aus ein Nationalist, ein Konservativer, ein Kapita-

77 Diese beiden Worte sind hschriftl. hinzugefügt.
78 Gemeint ist die im Frühjahr 1948 unter der Ägide der SED formierte »National-Demokratische Partei Deutschlands« (NDPD), die sich gezielt an bürgerliche, spez. bürgerlich-nationale Wählerkreise wandte und so als direkter Wettbewerber von LDP und CDU auftrat. Die Entstehung der Partei ist in engem Zusammenhang mit der am 26. Februar 1948 offiziell von der SMAD verkündeten Beendigung der Entnazifizierung zu sehen. In der NDPD konnten ehemalige »nicht belastete« NSDAP-Mitglieder politisch aktiv werden. Zur Geschichte der NDPD: Michael Walter: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). In: Parteien und Organisationen (wie Anm. 5), S. 366-401.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

list (was ich alles nicht bin) eine solche Ansicht haben müsste und Du die Widerlegung schon parat hast. Wenn Du mich widerlegen willst, dann analysiere bitte meine Ideengänge und nicht das, was Dir bequem erscheint und was ich nie geäußert habe.
Daraus kannst Du lernen, daß man nie Sätze einfach aus dem Zusammenhang entfernen, ihnen eine sinnentstellende Deutung geben und diese dann widerlegen darf, sondern daß man immer die Zusammenhänge beachten und im Hinblick auf sie Einzelgedankengänge analysieren darf.

9.) Am höheren Ertrag eines Unternehmens sind Arbeitnehmer und Unternehmer in einer kapitalistischen Wirtschaft beteiligt: [der] Arbeitnehmer durch seine physische Leistung, [der] Arbeitgeber durch richtige und geschickte Spekulation (er trägt auch das Risiko).

10.) Ich bin da ganz Deiner Meinung, schreibe nur, daß unserer Ansicht nach die Verbilligung des Endproduktes und damit indirekte Lohnerhöhung nicht genügt. Daß Du anderer Ansicht bist, weiß ich, daß es alle Sozialisten sind, betone ich ja sogar. Warum Du meine Worte nochmals durch einen Beweis bestätigst, weiß ich allerdings nicht. Deine Beweisführung habe ich mehr als einmal in der sozialistischen Literatur gelesen, warum Du mir nochmals eine Kopie zuschickst, ist mir unklar.

11.) Was Du mir alles von der Geschichte der Gewinnbeteiligung schreibst, ist mir bekannt. Du hast noch einige Werke vergessen, z.B. Henkel[79], aber darauf kommt es gar nicht an. Daß die Arbeitsintensität durch derartige Mittel gesteigert wird, bezweifele ich nicht. Eine Steigerung der Arbeitsintensität ist für die Gegenwartslage einer deutschen Volkswirtschaft unbedingt erforderlich, wie das Hennecke-System zeigt. Wenn Du schreibst, daß die Gewinnbeteiligung für die Kapitalisten große Vorteile, für den Arbeiter nichts erbracht hätte, widerlegst Du Dich im gleichen Absatz, da Du die Zeißwerke zitierst. Bei diesen ist ein hervorragendes Gelingen dieses Experimentes nicht zu bestreiten. Welcher Kapitalist schlug bei der Zeiß-Stiftung Vorteile?
Dieses Beispiel zeigt, daß der Versuch der Gewinnbeteiligung lange nicht immer gelungen ist, aber gelingen kann. Es versagt nicht das System, sondern es kommt auf die Form des Systems an. Die vielen Versager rühren daher, daß die Unternehmer den Gedanken nicht konsequent zu Ende gedacht haben. Meine »Fundamentale Neuschöpfung« (Nicht ich, sondern Du nennst es so) besteht darin, daß ich, indem ich auf die alten Vorschläge zurückgreife, wei-

79 Die Firmengeschichte der Firma Henkel gibt Hinweise auf zahlreiche soziale Leistungen des Unternehmens, allerdings nicht auf ein historisches Gewinnbeteiligungsmodell. Vgl. Wilfried Feldenkirchen/Susanne Hilger: Menschen und Marken. 125 Jahre Henkel 1876-2001. Düsseldorf 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

terdenke. Ich schreibe: »Es ist klar, daß dieser Weg in langsam fortschreitender, stetiger Entwicklung über die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Gewinn der Betriebe zur Arbeitnehmer- oder Arbeiterproduktivgenossenschaft führen kann. (Wo bleibt der gewinnstrotzende Kapitalist denn da?) Dieser Schritt ist besonders da und da zu begrüßen.« Arbeiterproduktivgenossenschaften arbeiten hervorragend, ich denke dabei nur an die Rostocker Industriewerke[80].

12.) Ich habe nicht Marx' Überschrift »Lohnarbeit und Kapital« in willkürlicher Umstellung übernommen, sondern unabhängig von Marx meinen Artikel Kapital und Arbeit genannt, weil er das Verhältnis zwischen diesen beiden Komponenten behandelt. Dass Kapital nicht eine bestimmte Summe Geldes ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Besitzern von Produktionsmitteln und Nichtbesitzern berücksichtige ich. Liberale Wirtschaftspolitik bedeutet nicht Schaffung und Erhaltung eines gesellschaftlichen Zustandes, sondern seine Fortentwicklung dadurch, daß sich in ihm die drei Wirtschaftsformen (Staats-, Genossenschafts- und Privatbetriebe) gleichberechtigt nebeneinander in freiem Wettbewerb gegenüberstehen und im Fortschreiten dieser organischen Entwicklung zwangsläufig diejenige durchsetzt, die letzten Endes für die Allgemeinheit am meisten leistet. Das von Dir kritisierte Profitstreben hat neben seinen ohne Zweifel vorhandenen Schatten- auch seine Lichtseiten: Die Furcht, das investierte Kapital zu verlieren, zwingt den Unternehmer zu vorsichtiger und sparsamer Wirtschaft, das Streben nach Erfolg und Gewinn zur Anspannung der Kräfte. Die beiden Motoren beruhen auf der Natur des Menschen und sind auch in sozialisierten Betrieben nicht gleichwertig durch Idealismus oder Kontrollen vorgesetzter Dienststellen zu ersetzen. Daran liegt es auch, daß privatwirtschaftliche Betriebe durchschnittlich im Verhältnis zum investierten Kapital einen besseren Wirkungsgrad aufweisen. Im übrigen ist Dir hoffentlich bekannt, daß auch die LDP für eine Verstaatlichung der Grundindustrien, der Verkehrsmittel, Bodenschätze usw. eintritt. Eine – sonst vielleicht zwangsläufige – Entwicklung zur großkapitalistischen Wirtschaft ist also gar nicht möglich.
Du siehst also, wohin es führt, wenn man einen liberalen Artikel völlig einseitig und willkürlich unter das Feuer marxistischer Kritik nimmt. Nebenbei: Wenn mein Artikel nicht Deinen Widerspruch hervorgerufen hätte, wäre ich wert, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Schade, daß wir unsere Diskussion nicht öffentlich geführt haben, so wie ich zum Beispiel einmal eine

80 Es handelt sich bei den »Rostocker Industriewerken« um den ehemaligen Werkssitz der Firma Ernst Heinkel Flugzeugwerke in Rostock, der ab 1945 weitgehender Demontage durch die Sowjets unterlag. Vgl. Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Bearb.): Sowjetische Demontagen 1944-1949. Berlin 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

vor Werktätigen mitten in der Neptun-Werft[81], dem größten VE-Betrieb Mecklenburgs, [hatte]. Wir hätten dann sehen können, wer sich blamiert! Leider hat bis heute kein liberaler Redner mehr Gelegenheit gehabt, dort wieder aufzutreten.

Vielleicht vermittelt Dir dieser Schrieb eine Erkenntnis: Zwei Menschen, die von zwei völlig entgegengesetzten Grundanschauungen an die Probleme herangehen, wie es der Idealismus und der Materialismus [sind]**,** und die in ihrer Anschauung gefestigt sind, werden niemals auf einen Nenner kommen. Sie können trotzdem konstruktiv zusammenarbeiten, wenn sie gegenseitige Achtung und Toleranz bewahren, wie es z.B. bei der Blockpolitik und der Zusammenarbeit in der Nationalen Front der Fall ist. Haben sie die Reife hierzu nicht, – bei den obersten Stellen ist sie vorhanden, kleine Größen lassen sie leider oft vermissen – dann öffnet sich eine unüberbrückbare Kluft. Ich nehme aber an, daß Du Deine Neigung zum Sektierertum noch loswerden wirst. Das liegt wohl daran, daß Du Dich in diesem abgelegenen Ort hinter Bücher[n] und Theorien verschanzt hast und dabei den Sinn für die Realitäten verloren hast. So und nicht anders kann ich mir auch nur erklären, daß Du es fertigbringst, mich, einen verantwortlichen Redakteur einer antifaschistisch-demokratischen Zeitung, auf meine Pflichten der Nationalen Front gegenüber aufmerksam zu machen. Das Schönste ist Deine freundschaftliche Mahnung, nicht die Zeitung zur Verbreitung von »Utopien« zu benutzen. Alles zeigt jedenfalls, daß Du über Sinn und Praktik der Nationalen Front völlig im Unklaren bist, und das ist bei einem immerhin Funktionär einer Partei erschreckend.

Ich stehe nun mitten im politischen Leben und habe auch die Entwicklung zur Nationalen Front an Ort und Stelle mitgemacht, d.h. ich bin nicht nur hier in Mecklenburg, sondern darüber hinaus über alle entscheidenden Schritte in dieser Hinsicht unterrichtet. Die Nationale Front bedeutet doch nicht Aufgabe der Selbstständigkeit, der ideologischen Eigenständigkeit der Parteien – wenn das der Fall wäre, dann dürfte keine SED-Zeitung z.B. mehr die Beilage »Aus Theorie und Praxis unserer Partei« bringen –, sondern Zusammenschluß zur Erkämpfung eines bestimmten Zieles. Daneben laufen die Arbeiten der Parteien weiter. Oder wollt Ihr als SED den Sozialismus aufgeben? Wir den Liberalismus auch nicht. Im Gegenteil: Ideologische Diskussionen werden weiter geführt und sollen auch weiter geführt werden. Nur sollen auch sie den Geist der Nationalen Front atmen, das heißt sollen sachlich und unter Achtung der anderen Meinung geführt werden. Man sieht eben in dem Diskussionsgegner nicht nur den politischen Feind, sondern zugleich den gemeinsamen Kämpfer

81 Die 1850 gegründete Werft gehörte seit 1928 zur – in Bremen beheimateten – »Deutschen Schiff- und Maschinenbau AG«. 1945 wurde die Werft enteignet und in die »Sowjetische Aktiengesellschaft Neptun« umgewandelt. Seit 1953 bestand die Werft als »VEB Schiffswerft Neptun«.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

für ein gemeinsames Ziel. Dein Diskussionsbeitrag ließ diesen Geist vermissen, aber ich hoffe, daß sich auch in der SED der Geist der Nationalen Front bis in die unteren Instanzen durchsetzen wird! Dann wird man es sich wohl auch abgewöhnen, Sabotage an der Nationalen Front zu treiben, wie etwa auf der ersten Seite seiner Zeitung eine Schlagzeile: »Stärkt die Nationale Front« und auf der zweiten »Gegen Nationalismus – für proletarischen Internationalismus!« Ich bin auch gegen den Nationalismus, lehne es aber ab, dies in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu propagieren, in einem Zeitpunkt, in dem alle national gesinnten Menschen, selbst Nichtdemokraten, gesammelt werden sollen.

Du siehst also, daß es noch ein Weilchen dauern wird, bis sich der Geist der Nationalen Front überall durchsetzt. Sorge dafür, daß das abgestellt wird, wende Dich aber bitte an die richtige Adresse und nicht an mich.

Nimm mir bitte nicht übel. wenn ich in meinem Brief auch mal ein wenig heftig geworden bin. Zu Deiner Beruhigung: Ich bin ein konsequenter Anhänger der Linie in der Partei, der Linie der Partei [sic!], die unser Vorsitzender Prof. Dr. Kastner verfolgt. Ich nehme an, daß auch DU an dieser PERSÖNLICHKEIT nichts auszusetzen hast.[82] Oder ist dieser Präsident des Deutschen Volksrates und Vizepräsident der DWK, Zonenvorsitzender der VVN[83] auch Deiner Ansicht nach ein Dussel, der sich blamiert? Er findet nämlich die »Norddeutsche Zeitung« einschließlich ihrer politischen Linie ausgezeichnet! Ich war vorgestern erst in Berlin. Und: ich bin stolz darauf, politischer Redakteur (zum Chefredakteur hast Du mich erst gemacht, wohl weil ich den Chef manchmal zu vertreten pflege) dieses Blattes, das nach anerkanntem Urteil die beste LDP-Zeitung in der Zone ist, zu sein.

Nebenbei: Unser Zensuroffizier bei der SMA ist etwas toleranter als Du. Wir arbeiten ausgezeichnet mit ihm zusammen. Selbst Diskussionen mit diesem durch und durch marxistischen Major sind nicht so beschränkt einseitig. Die Sowjets sind eben manchmal toleranter als die deutschen Kommunisten; sie haben allerdings auch erfolgreicher zu arbeiten verstanden.

Und doch habe ich in Deinem Brief auch etwas Positives gefunden, was ich voll und ganz unterschreiben kann: Wir müssen uns alle in den Dienst der

82 Großschreibung im Original.

83 Die »Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes« (VVN) hielt im Juli 1946 ihren Gründungskongress in Frankfurt/M. ab. Im Februar 1947 erfolgte die Gründung eines VVN-Zonenverbandes für die SBZ in Berlin. Kastner war Zonenvorsitzender der VVN und zugleich stellvertretender Vorsitzender des im März 1947 gebildeten »Gesamtdeutschen Rates« der VVN. Sein Status als »Verfolgter des NS-Regimes« hat zeitgenössisch und bis in die Gegenwart immer wieder Anlass zu Zweifeln gegeben. Nachdem einige jüdische Funktionäre der VVN im Zuge »antizionistischer« Maßnahmen der SED die DDR verlassen hatten, wurde die VVN am 23. Februar 1953 in der DDR aufgelöst. Zur Geschichte der VVN in der SBZ/DDR vgl. Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Berlin 1997.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Nationalen Front stellen, damit wir sobald wie möglich in einem einheitlichen Deutschland die Probleme unserer weiteren Entwicklung sachlich klären können. Jawohl, das deutsche Volk wird eines Tages selbst in freier Wahl darüber entscheiden, was es für eine Staats- und Lebensform erstrebt.

So, nun bin ich fertig. Ist auch lang genug.

Indem ich Dir das Beste für Deine persönliche und gesundheitliche Fortentwicklung wünsche, grüßt Dich und Deine Angehörigen herzlichst

Dein alter Freund
Karl-Hermann[84]

84 Handschriftlich.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Miszellen

Jürgen Frölich

»… den nationalsozialen Gedanken auf den altliberalen Untergrund aufsetzen«. Neue Dokumente zur Verbindung zwischen Friedrich Naumann und der Familie von Schulze-Gaevernitz

Manchmal birgt der berühmte Dachboden doch noch erstaunliche Funde. Zumindest wenn die Auskunft des süddeutschen Antiquars verlässlich ist, von dem die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unmittelbar vor dem 150. Geburtstag Friedrich Naumanns mehrere Dutzend Autographen ihres Namensgebers übernommen hat. Die 56 Referenzstücke, die unmittelbar erschlossen und in die Bestände des Archivs des Liberalismus (ADL) eingefügt worden sind,[1] stehen alle im Zusammenhang mit dem mit Naumann befreundeten Ehepaar Gerhart und Johanna von Schulze-Gaevernitz und umfassen neben zahlreichen Briefen und Postkarten auch Widmungen, Fotos und Zeichnungen. Mit drei Ausnahmen ist ihr Urheber Friedrich Naumann selbst. Ihre Laufzeit erstreckt sich praktisch über seine gesamte politische Wirksamkeit, beginnend mit der Entstehung des National-Sozialen Vereins 1896 und endend mit seiner Wahl zum Vorsitzenden der DDP im Sommer 1919.

Gerhart von Schulze-Gaevernitz ist nun natürlich weder im berühmten Naumann-Kreis noch im politischen und wissenschaftlichen Leben des ausgehenden Kaiserreiches ein Unbekannter.[2] Geboren 1864 in Breslau stammte er aus einer bildungsbürgerlichen, geadelten Familie, Vater und Großvater waren

1 ADL N 109 Gerhart von Schulze-Gaevernitz.

2 Eine neuere Biographie existiert nicht, vgl. zuletzt Claus Bernet: Schulze-Gävernitz, Gerhart von. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Bd. 26 (2006), Sp. 1366-1371, vgl. auch www.kirchenlexikon.de/s/s1/schulze_gaevernitz_g.shtml (alle Internetangaben nach Stand 8.3.2010). Zu seinem »gelehrtenpolitischen« Wirken vgl. Dieter Krüger: Nationalökonomen im wilhelminischen Deutschland. Göttingen 1983 sowie ders.: Gerhart von Schulze-Gävernitz als liberaler Gelehrtenpolitiker (1890-1918). In: Gustav Schmidt (Hrsg.): Gelehrtenpolitik und politische Kultur in Deutschland. Bochum 1986, S. 135-146.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Professoren. Der schon von der Mutter eingebrachte Wohlstand wurde durch die Heirat mit der Mannheimer jüdischen Kaufmannstochter Johanna Hirsch noch vermehrt;[3] Gerhart von Schulze-Gaevernitz war nicht zuletzt als Besitzer des Gutes Krainsdorf in Niederschlesien vermögend. Der Familientradition gemäß studierte er Jura und habilitierte sich als Schüler von Lujo Brentano in Leipzig. Diese wissenschaftliche Herkunft war allerdings für die zunächst angestrebte Karriere im preußischen Staatsdienst nicht förderlich, weshalb er sich ganz auf die Wissenschaft verlegte.[4] 1893 erfolgte die Berufung zum außerordentlichen Professor für Nationalökonomie in Freiburg, woraus 1896 eine ordentliche Professur ebendort hervorging. Der Freiburger Universität blieb von Schulze-Gaevernitz bis 1923 verbunden, danach übernahm er verschiedene internationale Aufgaben in den USA und beim Völkerbund. Er starb fünf Jahre nach seiner Frau im Sommer 1943 auf seinem Gut im Landkreis Glatz.

Seit 1890 war er im Evangelisch-Sozialen Kongress aktiv, dort kam es mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zum ersten Zusammentreffen mit Friedrich Naumann.[5] Die Bekanntschaft hat sich allem Anschein nach schnell intensiviert, von Schulze-Gaevernitz veröffentlichte gemeinsam mit Friedrich Naumann in der »Göttinger Arbeiterbibliothek« und gehörte zu denen, die Naumanns Zeitschriftenprojekt mit Kapital versorgten. Auch an Naumanns erstem parteipolitischen Versuch nahm von Schulze-Gaevernitz regen Anteil, 1898 hielt er beim Vertretertag des National-Sozialen Vereins (NSV) ein zentrales Referat.[6] Im gleichen Jahr kandidierte von Schulze-Gaevernitz auch erstmals für den Reichstag, allerdings nicht für den NSV, sondern für die Freisinnige Vereinigung, scheiterte aber trotz nationalliberaler Unterstützung im Wahlkreis Schaumburg-Lippe, der schließlich von der linksliberalen Schwesterpartei, Eugen Richters Freisinniger Volkspartei gewonnen wurde.[7] Von Schulze-Gaevernitz war also dem organisierten Liberalismus weit früher verbunden als Naumann und übte in der Folgezeit eine wichtige Scharnierfunktion aus. Entsprechend unterstützte er Naumanns Annäherung an den Liberalismus nach Kräften: »Die Verschmelzung mit der Freisinnigen Vereinigung wäre für die Nationalsozialen ein hocherfreulicher Erfolg.«[8]

3 Zu diesem Familienzweig vgl. www.eberstadt.info/biographies/G9a BerthaHirschBio.html.
4 Krüger: Nationalökonomen (wie Anm. 2), S. 21.
5 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann – das Werk – die Zeit. 2. Aufl. Stuttgart/Tübingen 1949 , S. 69 f.
6 Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (3. Vertretertag) zu Darmstadt vom 25.-28. September 1898. Berlin o. J., S. 88-100.
7 Carl-Wilhelm Reibel (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse-Ergebnisse-Kandidaten. 2 Bde. Düsseldorf 2007, S. 1475 ff.
8 Gerhart von Schulze-Gaevernitz an Friedrich Naumann, 25.7.1903, abgedruckt in: Die Hilfe 31 v. 2.8.1903, S. 3, vgl. Krüger: Nationalökonomen (wie Anm. 2), S. 45 f u. Heuss: Naumann (wie Anm. 5), S. 164.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Im Gegensatz zu seinem akademischen Lehrer Brentano blieb von Schulze-Gaevernitz auch auf Naumanns Kurs bei den Wendungen, die dieser später nahm, etwa beim Bülow-Block.[9] Bei der Reichstagswahl 1912 machte der Freiburger Professor es seinem Freund nach und kandidierte erneut und diesmal mit Erfolg zum Reichstag: Mit einem »Wahlkampf von Gelehrten«, bei dem er sich der tatkräftigen Unterstützung von damals und später so bekannten Hochschullehrern wie Friedrich Meinecke, Veit Valentin, Richard Reitzenstein und Eduard Schwartz erfreute, konnte er im zweiten Wahlgang den Wahlkreis Freiburg gewinnen.[10] Dieser Wahlerfolg wurde vor dem lokalen Hintergrund der von Naumann so sehr herbeigesehnten Großblock-Konstellation erzielt, d. h. die vereinten Liberalen und die Sozialdemokraten hatten sich auf einen gemeinsamen Kandidaten gegen den blau-schwarzen, »katholisch-konservativen« Block geeinigt und nach einem fulminanten, »amerikanisch«-populistischen Wahlkampf für die Stichwahl die einprägsame Parole »Dem Schwarzen keinen Reichstagssitz! Wählt alle Schulze-Gaevernitz!« ausgegeben, was schließlich dazu führte, dass das Zentrum erstmals seit 22 Jahren den Wahlsieg verfehlte.[11] Ab 1913, als Naumann auch wieder ein Mandat gewann, saßen beide zusammen in der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei und 1919 dann noch einmal kurzzeitig zusammen in der Nationalversammlung, in die Schulze-Gaevernitz über die badische Landesliste einige Monate nach der Wahl nachgerückt war. Mit Naumanns Tod kurz darauf endete dieser gemeinsame politische Weg.

Naumann seinerseits hat sich schon früh durch von Schulze-Gaevernitz beeinflussen lassen: 1895 berief er sich bei einer Stellungnahme zur ostdeutschen Agrargesellschaft auf diesen, was dann entscheidend zu seinem Bruch mit Adolf Stoecker beitrug.[12] Gemeinsam mit Lujo Brentano, Max Weber, Werner Sombart und Richard Calwer tauchte Gerhart von Schulze-Gaevernitz im Vorwort von Naumanns »Neudeutschen Wirtschaftspolitik« als diejenigen auf, die der Autor »mit besonderem Danke« versah.[13] Dieser Dank war höchstwahrscheinlich nicht nur fachlich gemeint, denn Weber wie von

9 Vgl. Krüger: Nationalökonomen (wie Anm. 2), S. 40 u. Heuss: Naumann (wie Anm. 5), S. 256.

10 Vgl. Stefan Meineke: Friedrich Meinecke. Persönlichkeit und politisches Denken bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Berlin 1995, S. 148 f u. Reibel: Handbuch (wie Anm. 7), S. 1280 f.

11 Meinecke: Meinecke (wie Anm. 10), S. 160, 178 u. 180 (Zitat), vgl. auch Friedrich Meinecke: Straßburg – Freiburg – Berlin 1901-1919. Erinnerungen. Stuttgart 1949, S. 127 f.

12 Die Hilfe 18 v. 5.5.1895, S. 1 f, vgl. Theodor Heuss: Friedrich Naumann und sein Kreis. In: Vom Gestern zum Morgen. Eine Gabe für Gertrud Bäumer. Berlin o. J. (= 1933), S. 102-113, hier S. 106.

13 Friedrich Naumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik. 3. Aufl. Berlin 1911, S. 6, das Vorwort wurde nicht in die Neuausgabe im Rahmen der Werke aufgenommen, vgl. Friedrich Naumann: Werke Bd. 3. Köln/Opladen 1964, S. 69 f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schulze-Gaevernitz unterstützten Naumanns Arbeit auch materiell mit ansehnlichen Beträgen.[14]

Der Einfluss, den Schulze-Gaevernitz auf Naumann ausübte, wird in der Geschichtsschreibung unterschiedlich beurteilt. Sehr kritisch ist der Grundtenor nicht nur in Bezug auf diesen Punkt, sondern zum politischen Denken von Schulze-Gaevernitz allgemein bei Dieter Krüger, dem wir die letzte ausführliche Behandlung des Freiburger Nationalökonomen verdanken und der in diesem den eigentlichen Vordenker des »liberalen Imperialismus« sah: »So zeigt das Beispiel von Schulze-Gävernitz, wie sich selbst sozialliberale Reformvorstellungen mit einem an konservativen Topoi anknüpfenden ideologischen Konzept verbinden konnten.«[15] Sehr viel wohlwollender hatte zuvor Theodor Heuss geschrieben, Schulze-Gaevernitz habe »weniger auf Naumanns politische Einflüsse eingewirkt als ihm geholfen, die Grundauffassung durch methodische Bestätigung zu sichern. … Eine fürsorgliche Wärme, die auch um einen Gleichklang in den religiösen Motiven wusste, war zwischen den beiden Männern.«[16] Sowohl für Dieter Düding als auch für Peter Theiner schließlich gehört Gerhart von Schulze-Gaevernitz zu den entscheidenden Wegbereitern bei Naumanns Annäherung an den Liberalismus.[17] Düding zitiert in diesem Zusammenhang ein Schreiben an Naumann aus den Anfängen des National-Sozialen Vereins, in dem von Schulze-Gaevernitz von Naumann forderte, »später müssen Sie wohl noch freiheitlicher, kapitalistischer, entschiedener antiagrarisch (d. h. antijunkerlich) werden«.[18] Dass der Professor von Schulze-Gaevernitz für die politische Vita von Friedrich Naumann von eminenter Bedeutung und zugleich ein langjähriger politischer Weggefährte, teilweise auch Wegweiser gewesen ist, daran hat es schon bisher wenig Zweifel gegeben.

Die ins Gummersbacher »Archiv des Liberalismus« gelangten Stücke stammen nun zweifelsfrei aus dem Besitz der Familie von Schulze-Gaevernitz. Sie sind auch schon einmal von dieser, wie handschriftliche Vermerke beweisen, geordnet und möglicherweise auch katalogisiert worden. Allerdings sind sie dann vermutlich nicht im Familienbesitz geblieben, da die direkten Nachkommen Deutschland verlassen haben: Der Sohn Gero (1901-1970) stand wäh-

14 Joachim Radkau: Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens. München/Wien 2005, S. 518 f. u. Krüger: Nationalökonomen (wie Anm. 2), S. 46 u. 266 Anm. 164 nennt Summen zwischen 500 und 3000 Mark, die von Schulze-Gaevernitz Naumann jährlich zukommen ließ.

15 Krüger: Nationalökonomen S. 12 (Zitat) u. 18., vgl. ders.: Schulze-Gävernitz (wie Anm. 2), S. 141 f.

16 Heuss: Naumann (wie Anm. 5), S. 174.

17 Dieter Düding: Der Nationalsoziale Verein 1896-1903. Der gescheiterte Versuch einer Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus. München/Wien 1972, S. 158 u. Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919). Baden-Baden 1983, S. 155.

18 Düding: Der Nationalsoziale Verein (wie Anm. 17), S. 54, Anm. 35, etwas abweichender Wortlaut bei Krüger: Nationalökonomen (wie Anm. 2), S. 44.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

rend des Zweiten Weltkriegs in amerikanischen Diensten und war Bankier in den USA.[19] Seine ältere Schwester Ruth (1898-1993), eine promovierte Althistorikerin, floh 1933 aus Deutschland nach Frankreich und später Großbritannien, wo sie in London lehrte und starb.[20] Die jüngste Tochter Marg(ian)a (1904-1989) schließlich heiratete den ältesten Sohn von August Stinnes und lebte mit diesem lange Jahre im Tessin, wo heute eine Stiftung noch an sie, ihren Mann und den Bruder Gero erinnert.[21] Nachkommen aus dieser Linie leben heute in London. Zumindest die älteste Tochter Ruth hat aber die Beziehungen zu Freiburg, wo die Familie von Schulze-Gaevernitz seit den 1890er-Jahren ansässig war, aufrecht erhalten,[22] so dass diese autographische Sammlung möglicherweise indirekt von dort in den antiquarischen Handel gelangt sein könnte.

Die Naumann-Autographen sind aber offenbar, vermutlich nach dem Tod von Gerhart von Schulze-Gaevernitz im Juli 1943, vom Nachlass getrennt worden, zumindest von dem Teil, der 1974 von den Töchtern an das Militärarchiv übergeben wurde und jetzt in Freiburg als Teil des Bundesarchivs lagert. Die dortigen »mind. vier Briefe« von Naumann[23] gehören aber in die Zeit nach 1914[24] und weisen somit eine ganz andere Laufzeit auf als die neuaufgetauchten Autographen, von denen nur zwei aus der Zeit nach 1913 stammen. Andererseits sind aber Abschriften von Naumann-Briefen an von Schulze-Gaevernitz im Naumann-Nachlass in Berlin vorhanden, die offenbar auf Kopien zurückgehen, die Gerhart von Schulze-Gaevernitz Theodor Heuss vermutlich für die Abfassung seiner Naumann-Biographie zur Verfügung gestellt hat.[25] Folgt man dem dazu gehörigen Findbuch-Register, dann können schon von der Laufzeit her gesehen die Abschriften nicht vollständig gewesen sein; außerdem fehlt dort Johanna von Schulze-Gaevernitz als Korrespondenzpartnerin.[26] Im jüngst edierten Heuss-Briefwechsel taucht von Schulze-Gaevernitz aber nur in den »Jugendbriefen« und dort auch nur am

19 Angaben nach de.wikipedia.org/wiki/Gero_von_Schulze-Gaevernitz. Das Bundesarchiv, in dessen Freiburger Militärarchiv der Nachlass von Gero von Schulze-Gaevernitz lagert, gibt für diesen 1971 als Todesjahr an, vgl. www.nachlassdatenbank.de/viewall.php?page=33&category=Sch&sid=2184f5284b9620eef3c63

20 Vgl. www.faden-der-ariadne.de/ariad2/ruth.html.

21 www.ciu-ascona.org/index.html, zu Edmund Stinnes, der bald nach dem Tod des Vaters aus dem Familienkonzern ausgeschieden ist, vgl. auch Gerald D. Feldman: Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924. München 1998 passim.

22 Wie Anm. 20.

23 Vorbemerkung zu Nachlass Friedrich Naumann. Bestand N 3001. Bearbeitet von Ursula Krey und Thomas Trumpp. Koblenz 1996, S. XLI.

24 Freundliche Auskunft des Militärarchivs/Bundesarchivs vom 12. und. 16.3.2010. Vgl. die Angaben auch unter www.nachlassdatenbank.de/viewsingle.php?category=Sch&person_id=12897&asset_id=13977&sid=69efe4634b9504ef184c7.

25 Holger J. Tober: Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus. Anschauungen der liberalen Parteien im parlamentarischen Entscheidungsprozeß und in der öffentlichen Diskussion. Husum 1999, S. 225 Anm. 142 u. 227, Anm. 160.

26 Nachlass Friedrich Naumann (wie Anm. 23), S. 59, 70, 79, 85, 122, 127, 133 u. 179.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Rande auf.[27] Der genaue Weg, den die Überlieferung dieser Autographen zwischen dem Zweiten Weltkrieg und heute genommen hat, lässt sich derzeit nicht feststellen. Umso erfreulicher ist es, dass sie nicht verloren gegangen sind, sondern genau zum Naumann-Jubiläum wieder aufgetaucht sind.

Die Sammlung umfasst Korrespondenzstücke, Zeitungsausschnitte, Manuskripte, Bücher mit Widmungen und Fotos resp. Zeichnungen. Auf letzteren ist Naumann aus der Zeit um 1900 zu sehen sowie vermutlich das von Naumann gezeichnete Gutshaus in Krainsdorf. Herzstück der Sammlung sind die 45 Briefe und Karten, die fast alle von Naumann stammen und unterzeichnet sind; Ausnahmen stellen ein brieflicher Anhang von Naumanns Ehefrau Magdalene[28] sowie zwei Schreiben an Naumann dar, von denen eins die Abschrift eines Briefes an Naumann von Gerhart von Schulze-Gaevernitz aus dem Februar 1919 ist.[29] Dieser ist zumeist der Empfänger der Korrespondenz, allerdings gibt es auch eine Reihe von – kürzeren – Schreiben an seine Ehefrau Johanna, der Naumann vor allem in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg kurze, aber warmherzige Grüße zukommen ließ.[30] War bislang schon bekannt, dass Naumann desöfteren Gast in Krainsdorf war,[31] so ist jetzt klar, dass die Naumannschen Besuche in Niederschlesien schon viel früher einsetzten[32] und mindestens bis ins letzte Friedensjahr anhielten, was die Bedeutung der Familie von Schulze-Gaevernitz für Naumann nochmals unterstreicht.[33]

Das älteste Autograph ist allerdings kein Korrespondenzstück, nichts desto trotz aber von erheblichem Gewicht. Es handelt sich um einen Programmentwurf für die »Naumann-Radesche Zeitung«, datiert auf »Neujahr 1896«.[34] Der Titel ist missverständlich und wurde – offenbar schon von dritter Hand – durch den handschriftlichen Vermerk ergänzt: »Diese Worte enthalten den ersten Keim (Kern?) für die ‚National-Sociale' Parteibildung«. In der Tat sind dort drei politische Programmpunkte aufgeführt, die später als die Punkte 1, 3

27 Theodor Heuss – Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892-1917. Hrsg. u. bearb. von Frieder Günther. (= Stuttgarter Ausgabe. Briefe) München 2009, S. 152 u. 299; im Heuss'schen Nachlaß existiert noch ein Schreiben von 1938, also aus der Zeit nach der Abfassung der Naumann-Biographie; für die freundliche Auskunft danke ich Wolfgang Becker von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart. Elly Heuss-Knapp hatte bei von Schulze-Gaevernitz in Freiburg gehört, vgl. Elly Heuss-Knapp: Bürgerin zweier Welten. Ein Leben in Briefen und Aufzeichnungen. Hrsg. von Margarethe Vater. Tübingen 1961, S. 49.

28 ADL N 109-45 vom 8.2.1913.

29 ADL N 109-48.

30 Vgl. ADL N 109-30, N 109-32, N 109-44, N 109-47. Sein Buch »Sonnenfahrten« widmete er Johanna von Schulze-Gaevernitz 1909 »in fröhlichem Gedenken an Fahrten in Venedig«.

31 Krüger: Nationalökonomen S. 44 u. 265 mit Anm. 130, ist noch von vier Aufenthalten zwischen 1906 und 1910 ausgegangen.

32 ADL N 109-8, Naumann an Berta Hirsch (Mutter von Johanna von Schulze-Gaevernitz), 14.9.1900

33 ADL N 109-47, Naumann an Gerhart und Johanna von Schulze-Gaevernitz, 13.8.1913.

34 ADL N 109-53.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und 4 Eingang in den Programmentwurf fanden, der ursprünglich der Gründungsversammlung des National-Sozialen Vereins vorgelegt,[35] dann aber zugunsten einer völlig anderen Fassung zurückgezogen wurde.[36] Die ursprüngliche Fassung war bereits durch eine Abschrift im Nachlass Naumann bekannt und wurde als »Konzept der liberalen Imperialisten: Kapitalismus (Privateigentum), Sozialreform, ländlicher Kleinbesitz, Imperialismus« interpretiert.[37] Heute wird man, gerade im Vergleich zur verabschiedeten programmatischen Plattform des NSV, eher die »liberalen« und weniger die »imperialen« Züge herausstellen, wenn es in der Ursprungsfassung noch heißt: »2. Wir bejahen die historisch-gewordene, auf dem Privateigentum beruhende Wirtschaftsordnung, auf deren Boden wir die Emporentwicklung der Arbeiterklasse wie der ländlichen Kleinbesitzer für möglich halten und verfechten werden. Als unpraktisch verwerfen wir die Utopien des Socialismus, ebenso aber auch das Verlangen nach Rückrevidierung unserer Zustände in zünftlerischem, antisemitischem und bimetallistischem Sinne.«[38] Gerade dieses Bekenntnis zum Privateigentum fehlte im später beschlossenen Programm, wo stattdessen von Unterstützung für »den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte« die Rede ist.[39] Der handschriftliche Entwurf von Anfang 1896 ist höchstwahrscheinlich von Naumann selbst, allerdings nicht in Sütterlin, sondern in lateinischer Schrift, geschrieben worden und zwar auf Briefpapier der Familie von Schulze-Gaevernitz! Das könnte bedeuten, dass diese Punkte bei diesem in Freiburg oder Krainsdorf verfasst worden sind, vermutlich in engem Kontakt mit diesem, was wiederum die durchaus »liberale« Grundierung des allerersten Programmentwurfs für die neue politische Plattform erklären würde. Wohl nicht ganz von ungefähr schrieb Naumann 30 Monate später nach Freiburg: »Schon einmal griffen Sie in unsere Arbeit ein, als Sie mich endgültig von rechts lösten; jetzt können Sie einer weit größren Gruppe denselben Dienst erweisen.«[40] Damit wollte er den Nationalökonomen für das erwähnte wirtschaftspolitische Referat auf dem Vertretertag von 1898 gewinnen; es unterstreicht wiederum zugleich den hohen Einfluss, den der Freiburger Freund auf Naumann hatte.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich Naumann immer wieder in politischen Streitfragen an Schulze-Gaevernitz wandte, vor allem wenn es um den »Gesamtliberalismus« ging, von dem Naumann bereits Mitte 1899 im Zusam-

35 Protokoll über die Vertreterversammlung aller National-Sozialen in Erfurt vom 23. bis 25. September 1896. Berlin o. J., S. 6 f.
36 Vgl. ebd. S. 38 f u. Düding: Der Nationalsoziale Verein (wie Anm. 17), S. 48 ff.
37 Krüger: Schulze-Gävernitz (wie Anm. 2), S. 141.
38 ADL N 109-53, Bl. 2, HiO.
39 Die »Grundlinien« des NSV sind abgedruckt u. a. in Friedrich Naumann: Werke Bd. 5. Köln/Opladen 1964, S. 199 f, Zitat S. 200.
40 ADL N 109-6, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 5.7.1898.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

menhang mit einem weiteren neuen, bei Siebeck in Tübingen zu realisierenden Zeitschriftenprojekt sprach.[41] Vor der Reichstagswahl von 1903 bekundete Naumann, dass etwaige in das Parlament gewählte Nationalsoziale dort »Hospitanten der Freis(innigen) Vereinigung werden wollen«.[42]
Nach dem Debakel, das Naumann und seine national-sozialen Mitstreiter dabei mit der berühmten Ausnahme Hellmut von Gerlachs erlitten, beklagte er sich über die Widerstände, die aus taktischen Gründen von Seiten der Linksliberalen gegen einen Anschluss der Nationalsozialen beständen. Da er fürchtete, dass deshalb viele Nationalsoziale zum eigenständigen Weitermachen entschlossen seien, bat er von Schulze-Gaevernitz um politische Schützenhilfe bei den Fusionsbemühungen,[43] was zu dem bereits zitierten offenen Brief des Letzteren mit dem Plädoyer für ein Zusammengehen mit der Freisinnigen Vereinigung führte.
Auch als Reichstagsabgeordneter suchte Naumann den Austausch mit von Schulze-Gaevernitz, so beim Vereinsgesetz[44] oder der Ansiedlungspolitik in den preußischen Ostprovinzen.[45] Im Vorfeld des Wahlkampfes von 1912 verdichteten sich offenbar nochmals die Beziehungen: Naumann versprach finanzielle Hilfe für den Wahlfeldzug von Schulze-Gaevernitz,[46] verhehlte aber bei dieser Gelegenheit ebenso wenig wie früher seine Besorgnisse über den organisatorischen Zustand des Linksliberalismus: »Es ist unglaublich, wie schlaff sich dieser Wahl gegenüber die bürgerlichen Kreise verhalten.«[47]
Obwohl Naumann dann doch noch in Berlin einiges Geld für von Schulze-Gaevernitz und seinen eigenen Wahlkampf losmachen konnte, kam sein eigenes Scheitern im Wahlkreis Heilbronn für ihn nicht ganz überraschend; er hatte allerdings zumindest mit dem Einzug in die Stichwahl gerechnet, schied aber zuvor mit knappen Rückstand an dritter Stelle liegend aus.[48]
Im Sommer 1913 bricht die Überlieferung dieser Korrespondenz ab, was möglicherweise damit zu tun haben könnte, dass nach Naumanns Erfolg in der Waldecker Nachwahl ab diesem Zeitpunkt bis zum Kriegsende beide im Berliner Reichstag saßen und der persönliche Kontakt häufiger war. Auch unter

41 ADL N 109-7, Naumann schreibt am 14.7.1899 an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, ihm scheine, »daß das Publicum wieder anfängt, für den Gedanken des Gesamtliberalismus ein Ohr zu bekommen, sobald er als national u. sozial bereichert auftritt«.
42 ADL N 109-13, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 29.10.1902.
43 ADL N 109-16, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 3.7.1903.
44 ADL N 109-22, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 28.3.1908.
45 ADL N 109-34, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 12.11.1910.
46 ADL N 109-38, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 27.2.1911.
47 ADL N 109-41, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 7.12.1911, vgl. ADL N 109-35, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 5.12.1910: »Die Stimmung ist gut, aber die Organisation der Liberalen ist viel zu schlecht, um diese Stimmung ausnutzen zu können.«
48 ADL N 109-36, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 23.1.1911, vgl. ADL N 109-41, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 7.12.1911 u. Reibel: Handbuch (wie Anm. 7), S. 1213.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

den gewidmeten Büchern stammt nur die »Mitteleuropa«-Schrift aus den Jahren nach 1913. Auffälligerweise gibt es noch zwei Korrespondenzstücke aus dem Jahr 1919, als Naumann Mitglied der Nationalversammlung war, Schulze-Gaevernitz aber noch warten musste, bis er Mitte Mai auf der badischen Landesliste nachrückte. Es handelt sich einerseits um die Kopie eines bereits bekannten Schreibens, in dem von Schulze-Gaevernitz bei Naumann gegen die Beibehaltung des »Reichs«-Begriffes im Staatsnamen protestierte, zugleich aber eine Lanze für den dezentralen Einheitsstaat brach.[49] Naumann schrieb, vermutlich letztmalig, genau einen Monat vor seinem Tod an von Schulze-Gaevernitz und bemerkte dabei zur gerade erfolgten Übernahme des DDP-Vorsitzes: »… ich habe mich nicht ohne Bedenken zum Vorsitzenden der Partei wählen lassen, obwohl es unserem gemeinsamen alten Wunsche entspricht, den nationalsozialen Gedanken auf den altliberalen Untergrund aufzusetzen.«[50] Seine überraschende Wahl zum linksliberalen Parteivorsitzenden erschien Naumann als Endpunkt eines Jahrzehnte langen gemeinsamen politischen Weges mit Gerhart von Schulze-Gaevernitz.

Die enge Verbundenheit der beiden kommt schließlich noch in einem weiteren Dokument zum Ausdruck, das ebenfalls aus dem Rahmen der Korrespondenzstücke herausfällt. Theodor Heuss berichtet in seiner Naumann-Biographie eher en passant von einer Sammlung, die von Schulze-Gaevernitz aus Anlass von Naumanns 50. Geburtstag für diesen initiierte.[51] Unter den neu entdeckten Autographen ist nun nicht nur das, vermutlich von Schulze-Gaevernitz formulierte Schreiben enthalten, mit dem die »Ehrengabe« angekündigt wurde, sondern auch die Liste der 74 Spender.[52] Naumann wurde dabei als »ein Vorkämpfer der besten vaterländischen Ideale: der Freiheit nach innen, der Macht nach außen«, als »der volkstümliche Führer des deutschen Liberalismus« und »ein Pfadfinder in das Neuland eines der Welt künstlerisch und technisch voranschreitenden Deutschlands« geehrt und ihm die beträchtliche Summe von 40.000 Mark für persönliche, ausdrücklich aber nicht für politische oder verlegerische Belange zur Verfügung gestellt. Zu dem »engeren Kreis von Verehrern dankbaren und verständnisvollen Herzens«, die sich mit Summen zwischen 300 und 3000 Mark an der Sammlung beteiligten gehörten Unternehmer und Bankiers wie Robert Bosch, Louis Bahner und Max Warburg, Künstler wie Max Liebermann, Verleger wie Samuel Fischer und Paul Siebeck, Professoren wie Rudolf Sohm, Otto Baumgarten und natürlich von Schulze-Gaevernitz selbst sowie einige betuchte

49 ADL N 109-48, von Schulze-Gaevernitz an Naumann, 25.2.1919 (Kopie), vgl. Heuss: Naumann (wie Anm. 5), S. 465.
50 ADL N 109-49, Naumann an Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 24.7.1919.
51 Heuss: Naumann (wie Anm. 5), S. 294.
52 ADL N 109-27, Freunde in Nord und Süd an Naumann, 25.3.1910, daraus die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

liberale Politiker wie Karl Schrader oder Friedrich Payer. Hier zeigte sich die Ausstrahlung des Naumann-Kreises in die vermögenden Schichten des wilhelminischen Bürgertums.

Dass Naumann seinen Geburtstag offenbar im Freiburger Haus der Familie von Schulze-Gaevernitz verbrachte und dort die Ehrung empfing,[53] hebt wieder einmal seine große Verbundenheit mit ihr hervor. Die gesamte Briefsammlung durchzieht die Abstattung von Dank für politische, aber auch materielle Unterstützung. Man kann wohl den Einfluss dieser großherzigen Professorenfamilie, in politischer und materieller Hinsicht vor allem durch den Ehemann, in emotionaler vermutlich wie in anderen Fällen[54] auch durch Johanna von Schulze-Gaevernitz, auf die Entwicklung Naumanns gar nicht groß genug einschätzen. Noch in seinem letzten Brief warb dieser leidenschaftlich für eine Übersiedlung seiner Freunde von Freiburg nach Berlin. Insgesamt bringen die wieder aufgetauchten Naumann-Autographen aus der Sammlung von Schulze-Gaevernitz keine revolutionären Neuigkeiten, aber sie werfen doch einiges neues Licht sowohl auf das persönliche als auch das politische Umfeld von Friedrich Naumann. Sein Weg zum Liberalismus wird nun noch klarer. Bei diesem Weg war die Familie von Schulze-Gaevernitz eine wichtige Triebkraft.

53 Dies beweist Naumanns Danksagung mit Brief unter dem Von-Schulze-Gaevernitz-Briefkopf, datiert Freiburg, 25.3.1910, ADL N 109-28, drei Tage später schreibt er aus Avignon, ADL N 109-29.

54 Radkau: Weber (wie Anm. 14), S. 519.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Rolf-Ulrich Kunze

Thomas Nipperdeys Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule Karlsruhe, 1963 – 1967, und die deutschen Wissenschaftsreformen der 1960er Jahre

Warum Lehrstuhlgeschichte?

Das erkenntnisleitende Interesse des folgenden kleinen Beitrags über die Lehrtätigkeit Thomas Nipperdeys an der Universität Karlsruhe zwischen 1963 und 1967 ist es, auf einige methodische und konzeptionelle Besonderheiten im historiographischen Lebenswerk Nipperdeys hinzuweisen. Seine These ist, dass diese konzeptionellen, stilistischen und didaktischen Besonderheiten auch mit Erfahrungen zu tun haben, die Nipperdey an der von Technik und Naturwissenschaft bestimmten universitären Atmosphäre der Fridericiana sammeln konnte. Im ersten Schritt werden einführend Nipperdeys Karlsruher Jahre als Inhaber von Franz Schnabels Lehrstuhl beschrieben. In einem zweiten Schritt werden dann vor dem Hintergrund dieses Ausschnitts aus einer akademischen Laufbahn Themen und Probleme der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft der 1960er Jahre, vom Ende der Ära Adenauer bis zum Regierungsantritt der ersten sozial-liberalen Koalition, vorgestellt. In einem dritten Schritt werden abschließend die ›fachklimatischen‹ Veränderungen der historischen Wissenschaftskultur seit den 1960er Jahren in den Blick genommen und auf das Werk Thomas Nipperdeys bezogen.

Ein cellospielender evangelischer Bildungsbürger in Karlsruhe

Thomas Nipperdey wurde am 27. Oktober 1927 in Köln geboren. Sein Vater war der bekannte Arbeitsrechtler und spätere Präsident des Bundesarbeitsgerichts Hans C. Nipperdey (1895-1968). Er wuchs in einem evangelisch-bildungsbürgerlichen, hochkulturellen Milieu auf, das sich seiner wissenschaftlichen und kulturellen Traditionen – zu seinen Vorfahren gehörte auch der Jenaer Altphilologe Karl Ludwig Nipperdey (1821-1875) – bewusst war. Thomas Nipperdeys Forschungen zur Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert sind auch vor diesem Erfahrungshintergrund zu sehen.[1] Nach dem

1 Thomas Nipperdey, Eine bürgerliche Jugend: 1927-1945. München 1998.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schulbesuch in Köln studierte Nipperdey Philosophie und Geschichte in Köln, Göttingen und Cambridge. Seine ursprüngliche fachliche Heimat in der Philosophie hat sein Werk nachhaltig geprägt, zumal er sein Interesse für die Geschichte des politischen Denkens vor allem im Bereich von Recht und Verfassung in problemgeschichtlich orientierte Historiographie umzusetzen verstand.[2] 1953 wurde er in Köln mit einer Arbeit über ›Positivität und Christentum in Hegels Jugendschriften‹ bei Bruno Liebrucks zum Dr. phil. promoviert.[3] Die Arbeit galt einem zweiten, für Nipperdey zentralen Thema, der Christentumsgeschichte. Er verstand sie als zentralen Gegenstand der Geschichtsschreibung, in dem sich Kultur- und Mentalitätsgeschichte, politische Geschichte und Sozialgeschichte exemplarisch berühren, so wie er es selbst in dem aus seiner großen ›Deutschen Geschichte‹ selbständig gedruckten Beitrag über ›Religion im Umbruch: Deutschland 1870 – 1918‹ vorgeführt hat.[4] Es war Theodor Schieder, der den jungen Philosophen endgültig für eine wissenschaftliche Laufbahn in der Geschichte warb und ihm bei seinen ersten Schritten in diese Richtung weiterhalf. Die beiden hatten sich als praktizierende Kammermusiker kennengelernt. Von 1954 bis 1957 war Nipperdey Stipendiat der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, von 1957 bis 1963 Forschungsassistent am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen, wo der Mediävist Hermann Heimpel sein Mentor wurde.

1961, im Alter von 34 Jahren, habilitierte er sich mit einer Grundlagenstudie über ›Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918‹.[5] Die Studie wurde bald zum Zitierstandard der deutschen Parteiengeschichte. Bis 1963 las Nipperdey als Privatdozent an der Universität Göttingen. 1963 erfolgte dann im Alter von 36 Jahren die Berufung auf den Lehrstuhl Franz Schnabels an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der junge Privatdozent mit dem Erfahrungshintergrund des programmatisch auf Grundlagenforschung ausgerichteten Göttinger Max-Planck-Instituts nahm sich der besonderen Karlsruher Herausforderungen in der Lehre an, indem er sich den universellen Anspruch von Franz Schnabels Geschichtsschreibung und Lehre zum Maßstab nahm. Auch vor der Zeitgeschichte schreckte der im 19. Jahrhundert profilierte Neuzeithistoriker nicht zurück: im Sommersemester 1964 las er über ›Deutsche Geschichte seit 1945‹ und hielt ein Kolloquium über ›Neuere Utopien‹ im

2 Thomas Nipperdey, Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: AKG 44 (1962), S. 357-378.
3 Thomas Nipperdey, Positivität und Christentum in Hegels Jugendschriften. Diss. phil., Köln 1953.
4 Thomas Nipperdey, Religion im Umbruch: Deutschland 1870-1918. München 1988.
5 Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1918 (zugl. Habil.-Schr. Göttingen 1961).

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

politischen Denken ab.[6] Im Wintersemester 1964/65 las er über die ›Geschichte der Vereinigten Staaten‹ und widmete Toqueville ein Kolloquium.[7] Im Sommersemester 1965 behandelte eine Vorlesung ›Die Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert‹, eine weitere die ›Geschichte Südamerikas im Überblick‹. Gemeinsam mit dem Karlsruher Kunsthistoriker Klaus Lankheit[8] bot er ein Seminar zum ›Denkmalskult im 19. Jahrhundert‹ an. Mit seinem dann 1968 in der ›Historischen Zeitschrift‹ erschienenen, nicht zuletzt auf diesem vorbereitenden Seminar beruhenden Grundlagenaufsatz ›Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert‹[9] sollte Nipperdey dann der historischen Denkmalforschung zum Durchbruch verhelfen und die landesgeschichtliche Forschung nachhaltig beeinflussen.[10] Auf die denkmalsgeschichtliche Zusammenarbeit von Nipperdey und Lankheit geht auch die über 700seitige Dokumentation von Gerlinde Brandenburger u.a. über ›Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe, 1715-1945‹ zurück.[11] Im Wintersemester 1965/66 las Nipperdey über die ›Geschichte Rußlands und der Sowjetunion‹. In einem Seminar diskutierte er ›Die konservative Bewegung in Deutschland‹.[12] Im Sommersemester 1966 las er über die ›Geschichte der Sowjetunion im Überblick‹ und über ›Geschichtliche Probleme des vorderen Orients‹. In einem Seminar stellte er ›Literatur und Gesellschaft im Rußland des 19. Jahrhundert‹ vor.[13] Im Wintersemester 1966/67 las er über ›Grundprobleme der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert‹. Begleitend und vertiefend führte sein Seminar in ›Politische Ideen in Deutschland 1871-1918‹ ein.[14]. Im Sommer-Semester 1967 las er ›Deutsche Geschichte seit 1945‹ und führte in einem Seminar ›Quellen zur deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert‹ vor.[15]

In seiner Karlsruher Zeit veröffentlichte Thomas Nipperdey Arbeiten, die im werksgeschichtlichen Rückblick als langfristige Vorbereitungen für seine

6 Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Sommer-Semester 1964. Karlsruhe 1964, S. 91.
7 Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Winter-Semester 1964/65. Karlsruhe 1964, S. 93.
8 Vgl. Klaus Lankheit, Friedrich Weinbrenner und der Denkmalskult um 1800. Basel/Stuttgart 1979.
9 Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 18. Jahrhundert, in: HZ 206 (1968), S. 529-584.
10 Hans-Michael Körner, Katharina Weigand, Denkmäler in Bayern. Augsburg 1997.
11 Gerlinde Brandenburger u.a., Denkmäler, Brunnen und Freiplastiken in Karlsruhe 1715-1945. Karlsruhe 1987.
12 Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Winter-Semester 1965/66. Karlsruhe 1965, S. 101.
13 Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Sommer-Semester 1966. Karlsruhe 1966, S. 109.
14 Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Winter-Semester 1966/67. Karlsruhe 1966, S. 111.
15 Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe, Personal- und Vorlesungsverzeichnis Sommer-Semester 1967. Karlsruhe 1967, S. 117.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

›Deutsche Geschichte‹[16] verstanden werden können. 1963 veröffentlichte er im ›Archiv für Reformationsgeschichte‹ den Aufsatz ›Theologie und Revolution bei Thomas Müntzer‹.[17] Nipperdey ging es hier nicht nur um einen noch im Lutherjahr 1983 intensiv diskutierten Aspekt der Reformationsgeschichte, sondern um eine weitreichende Frage der Geschichtskultur, die gerade von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft funktionalisiert wurde, wie er in einem Beitrag von 1967 ausführte.[18] In der von Karl Dietrich Bracher herausgegebenen Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Leibholz veröffentlichte Thomas Nipperdey seinen Beitrag ›Die Utopia des Thomas Morus und der Beginn der Neuzeit‹.[19] 1968 setzte er sich mit methodischen Grundlagenfragen der Kulturgeschichte, Sozialgeschichte und historischen Anthropologie auseinander.[20] Der Beitrag erschien nicht ohne Grund in der alles andere als geistes- und ideengeschichtlich ausgerichteten ›Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte‹. Hans-Ulrich Wehlers Programmschrift ›Modernisierungstheorie und Geschichte‹[21] aus dem Jahr 1975 – sie enthielt das makrotheorie-orientierte Programm seiner ›Gesellschaftsgeschichte‹ – war auch als Antwort auf Nipperdey zu verstehen.

1967 wurde Thomas Nipperdey an die Freie Universität Berlin und damit an jene Universität berufen, die wie vielleicht sonst nur noch die Universität Frankfurt im Zentrum des politischen und kulturellen Wandels stand. In der Hochphase der Studentenunruhen war Nipperdey Dekan der Philosophischen Fakultät. Der liberale Sozialdemokrat ertrug die über die Grenze der persönlichen Belastbarkeit hinausgehenden Provokationen und Störungen durch eine revoltierende, in Teilen kadermäßig organisierte Studentenschaft bis 1971, als er einem Ruf an die Universität München folgte.[22] Rufe nach Hamburg, Kiel und Köln hatte er abgelehnt. Er wurde in München auf den Lehrstuhl berufen, den Franz Schnabel von 1947 bis 1962 innehatte. Nipperdey verkörperte damit ein Stück geschichtswissenschaftlicher Kontinuität zwischen der Technischen Hochschule Karlsruhe und der Ludwig-Maximilians-Universität. Als Vorsitzender des konservativen ›Bundes Freiheit der Wissenschaft‹ zwischen 1973 und 1980 setzte er sich für die Selbstbehauptung der Universi-

16 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte. 3 Bde. München 1983-91.
17 Thomas Nipperdey, Theologie und Revolution bei Thomas Müntzer, in. Archiv für Reformationsgeschichte 54 1,2 (1963), S. 145-181.
18 Thomas Nipperdey, Die Reformation als Problem der marxistischen Geschichtswissenschaft. Tübingen 1967.
19 Thomas Nipperdey, Die Utopia des Thomas Morus und der Beginn der Neuzeit, in: Die moderne Demokratie und ihr Recht: Festschrift für Gerhard Leibholz zum 65. Geburtstag. Hg. v. Karl Dietrich Bracher. Tübingen 1966, S. 343-368.
20 Thomas Nipperdey, Kulturgeschichte, Sozialgeschichte, historische Anthropologie, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 55 (1968), S. 145-164.
21 Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte. Göttingen 1975.
22 Sein Vorgänger, Walter Bußmann, wechselte 1970 von München auf den Schnabel-Lehrstuhl in Karlsruhe.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tät gegenüber dem massiven Druck radikalisierter politischer Studentengruppen ein, ohne sich seine persönliche Liberalität in Forschung und Lehre dadurch nehmen zu lassen. Zeitlebens jedoch wehrte er sich vehement gegen jedwede Form der Funktionalisierung und Politisierung seines Faches und der Universität überhaupt. In München lehrte Nipperdey bis zu seinem frühen Tod 1992.
Nicht übersehen werden darf, dass Thomas Nipperdey nicht nur ein Akteur der deutschen Geschichtswissenschaft war. Dreimal, 1970/71, 1978/79 und 1984/85, war Nipperdey Fellow des Institute of Advanced Study in Prinecton. Er las 1974/75 am St. Anthony's College in Oxford und 1988/89 in Stanford. Seine internationalen Mitgliedschaften und Preise sind Legion, u.a. war er Ehrenmitglied der Amerikanischen Academy of Arts and Sciences.

Die westdeutsche Wissenschaftslandschaft in den 1960er Jahren

Als Thomas Nipperdey 1963 an die Technische Hochschule Karlsruhe berufen wurde – die programmatisch im Kontext der Hochschulreform- und Gründungswelle der 1960er Jahre erfolgende Umbenennung zur ›Universität Karlsruhe (TH)‹ erfolgte 1967, im Jahr von Nipperdeys Berufung und Wechsel an die Freie Universität Berlin – war die westdeutsche Wissenschaftslandschaft in Bewegung geraten. Die 1960er Jahre behoben im gesamten Bildungs- und Wissenschaftsbereich, eine ›Mehltau‹-Situation, die Ludwig Raiser schon 1958 als Reformstau beschrieben hatte.[23] Die Ursachen und Anlässe für diesen Aufbruch lagen allerdings nicht im deutschen und Bildungs- und Universitätssystem, sondern vielmehr im Bereich des Politischen und, vor allem, eines allenthalben spürbaren Wandels in der politischen Kultur. Nach Kuba-Krise, Mauerbau, Spiegel-Affäre und dem Ende der Ära Adenauer machte sich in der Bundesrepublik ein Gefühl der Stagnation breit, für das die Große Koalition des Jahres 1966 nur ein politisches Symptom war.[24] Die in den 1950er Jahren ganz notwendigerweise stark und beispielhaft erfolgreich auf den materiellen Wiederaufbau konzentrierte,[25] weithin noch von autoritären Sozialisations- und Habitusmustern geprägte Gesellschaft der Bundesrepublik begann Zeichen tiefer Verunsicherung zu zeigen. Vor dem Hintergrund der ersten spürbaren Wirtschaftskrise und der Herausforderung einer in der Nachkriegszeit herangewachsenen Generation, die ohne Zurückhaltung

23 Vgl. Thomas Ellwein, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. München 1989; das Folgende nach Rolf-Ulrich Kunze, Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland. Berlin 2001 (Edition Bildung und Wissenschaft, Bd. 8; zugl. Habil.-Schr. Mainz 1998), S. 307-323.
24 Vgl. Der Spiegel Nr. 41 vom 9.10.1963: Konrad Adenauers vierzehn Jahre; zur Großen Koalition siehe Th. Ellwein, Krisen und Reformen, S. 43 ff.
25 R. Morsey, Die Bundesrepublik, S. 181-185.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nach der Rolle der Väter unter Hitlers Herrschaft und in Hitlers Krieg fragte, kam es zu einem exemplarischen Generationenkonflikt. Vor allem für die Kinder der Kriegs,- Trümmer- und Aufbaugeneration gab der individuell und kollektiv wachsende Lebensstandard keine Antwort auf die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Identität[26]. Die elterliche Mischung aus der ›Unfähigkeit zu trauern‹, Gesprächsverweigerung[27] und einem für den antitotalitären politischen Elementarkonsens in der jungen Bundesrepublik konstitutiven, zunehmend aber formelhaft erstarrten Antikommunismus wirkte angesichts der Defizite in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und dem sich abzeichnenden Trend zu einer Politik der bewaffneten Koexistenz zwischen den Supermächten U.S.A. und UdSSR zumindest fragwürdig. So konnten sich nicht zuletzt aufgrund fehlender Integration der jugendlichen Kritiker in die öffentliche Diskussion vor allem bei manchen mit ihren Fragen und ihrer zum Teil berechtigten Kritik alleingelassen fühlenden Studierenden politisch äußerst brisante ›antifaschistische‹ und sozialistisch-marxistische Denkstrukturen als Protest- und Gegenkultur verfestigten.[28]

Im Oktober 1960 hatte der von Bund und Ländern im Jahr 1957 eingerichtete Wissenschaftsrat in seinem ›Blauen Gutachten‹ »Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen« gegeben,[29] im Oktober 1962 hatte eine Kommission des 1949 gegründeten ›Verbandes Deutscher Studentenschaften‹ in einem Gutachten für die Neugründung von Hochschulen plädiert.[30] 1964 erregte ein Buch von Georg Picht mit dem dramatischen Titel »Die deutsche Bildungskatastrophe«, entstanden aus einer Artikelserie für die Wochenzeitung ›Christ und Welt‹, die Gemüter und provozierte sogar Bundes- und Landtagsdebatten.[31] Im Hinblick auf die Bewusstseinsbildung für die rein quantitative Dimension des Reformproblems war Pichts Buch eines der einflussreichsten der Nachkriegszeit.

26 Siehe auch Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München 1993, S. 221 ff.

27 Vgl. Gesine Schwan, Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens. Frankfurt am Main 1997, S. 133 ff.

28 Vgl. Kurt Sontheimer, Eine Generation der Gescheiterten, in: Die ZEIT Nr. 15 vom 9.4.1993, S. 11.

29 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen. Köln 1960; vgl. auch Hans C. Röhl, Der Wissenschaftsrat: Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihren rechtlichen Determinanten. Baden-Baden 1994 (zugl. Diss. Heidelberg 1993).

30 VDS (Hg.), Gutachten einer Kommission des VDS zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen. Bonn 1962 (21966); dazu auch Rolf Neuhaus (Hg.), Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen 1960-1966. Wiesbaden 1968.

31 Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten/Freiburg i.Br. 1964. Georg Picht (1913-1982); 1946-52 Leiter des Landerziehungsheims Birklehof, seit 1940 Lehrer, seit 1958 an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, 1965 Ordinarius für Religionsphilosophie in Heidelberg, 1952-62 Mitglied des Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zwischen 1967 und 1972 stand Thomas Nipperdey an der Freien Universität Berlin im Zentrum des turbulenten Wandels im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Es wäre allerdings falsch anzunehmen, seine vorausgehenden Karlsruher Jahre seien im Vergleich mit seiner Berliner Zeit allein durch provinzielle Zurückgezogenheit gekennzeichnet gewesen. In Karlsruhe legte Nipperdey nicht nur wesentliche inhaltliche Grundlagen für seine späteren großen Arbeiten, sondern auch und gerade, z.B. in der Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Aneignung bestimmter, ›parteilich‹ wünschenswerter Aspekte der Reformationsgeschichte, für sein späteres Engagement im Interesse einer selbstbestimmten und selbstbewussten Forschung und Lehre[32] und gegen einseitige Funktionalisierungen der Geschichte in der Schule.[33] Die Besonderheiten der Karlsruher Lehre, die sich traditionell an ein nicht fachspezifisches sozialisiertes studentisches und interessiertes städtisches Publikum wandte, machte ihn früh vertraut mit den Herausforderungen eines geisteswissenschaftlichen akademischen Unterrichts, der nicht mehr auf einen selbstverständlichen bildungsbürgerlichen Kanon und ein ihn tragendes soziales und symbolisches Kapital zurückgreifen kann.

Die deutsche Geschichtswissenschaft seit den 1960er Jahren und Thomas Nipperdeys Positionen

Thomas Nipperdey war eine solitäre, durch ausgeprägten Nonkonformismus wohl am besten zu charakterisierende Wissenschaftlerpersönlichkeit der deutschen Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit.[34] Seine historischen Arbeiten entzogen sich ausdrücklich den jeweils herrschenden Trends und Strömungen, und möglicherweise erlaubt der zeitliche Abstand zu seinem frühen Tod 1992 sowie die Historisierung der deutschen Sozialgeschichte seit Mitte der 1990er Jahre eine bessere Würdigung seiner konzeptionellen Grundannahmen als noch vor einigen Jahren.

Innerhalb der letzten 25 Jahre haben drei Revolutionen, jede auf ihre besondere Weise, die Geschichte als Wissenschaft erschüttert und nachhaltig verändert: die der Sozialgeschichte, die der Kulturgeschichte und die des Internet.[35] Von einem ›Zeitalter der Revolutionen‹ zu sprechen, ist angemessen, wenn

32 Thomas Nipperdey (Hg.), Hochschule zwischen Politik und Wahrheit: Sind die Reformen zu verkraften? Zürich 1981.

33 Thomas Nipperdey, Konflikt – Einzige Wahrheit der Gesellschaft? Zur Kritik der hessischen Rahmenrichtlinien. Osnabrück 1974.

34 Lothar Gall, Die Gegenwart der Vergangenheit: zum Lebenswerk von Thomas Nipperdey, in: HZ 256 (1993), S. 297-308.

35 Das Folgende nach Rolf-Ulrich Kunze, La Germania, 1815-1914, in: Bibliografia dell'età del Risorgimento, 1970-2001, Vol. III, hg. v. Istituto per la Storia del Risorgimento Italiano, Firenze 2004, S. 1762-1781, 1762 f.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

man den Blick auf die Intensität und Schärfe der jeweiligen Auseinandersetzungen bei der Durchsetzung der Sozial- und der Kulturgeschichte einerseits, auf den Grad und die Geschwindigkeit der inhaltlichen und der wissenschaftsstilistischen Veränderungen bei der Virtualisierung der Geschichtswissenschaft andererseits richtet. Die Protagonisten der sozialgeschichtlichen Revolution liquidierten vom Ende der 1960er Jahre bis zum Ende der 1980er Jahre die konventionelle historistische deutsche Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit. Das gelang ihnen nicht nur durch die schonungslose Offenlegung unausgesprochener Prämissen und politischer Selbsttäuschungen einer gouvernemental-staatsräsonnierenden, bestenfalls geistesgeschichtlich aufgeklärten historischen Staatswissenschaft aus der Vogelperspektive und im Stil der *Großen Politik der Europäischen Kabinette*, deren methodisches Bewusstsein nicht selten auf dem Stand von 1914 eingefroren schien, sondern es gelang ihnen vor allem durch die im Trend der Zeit liegende Umsetzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden, insbesondere der Modernisierungsforschung, in eine historische Sozialwissenschaft. Thomas Nipperdey war ein klarer Gegner der sozialgeschichtlichen Revolution. Er hielt an den historistischen Grundlegungen von Geschichte als Wissenschaft gegen eine deutsche politische Sozialgeschichte fest, die dazu tendierte, massive Wertungen hinter Idealtypologien, ›Strukturen‹ und ›Faktoren‹ zu verstecken. Nipperdeys Vorbehalte sind in seiner berühmten Rezension von Hans-Ulrich Wehlers ›Deutschem Kaiserreich‹ zusammengefasst: theoretisch verbrämter Reduktionismus, Quellenferne, Mangel an Fairness im Urteil.[36] Thomas Nipperdey war kein Vertreter der kulturgeschichtlichen Revolution, obwohl er kulturgeschichtlichen Perspektiven gegenüber immer aufgeschlossen war und ihnen einen hohen Erkenntniswert beimaß. Die Kulturgeschichte als historische Erkenntnisform war für ihn aber nicht der Gegensatz zur Sozialgeschichte: die von ihm heftig kritisierte Sozialgeschichte Wehlers stand für ihn zumindest teilweise außerhalb des professionellen Konsenses in einer prozessual-diskursiven, nicht normativen Humanwissenschaft. Die virtuelle Revolution fand – zumindest in Deutschland – nach seiner Zeit statt.

In manchen Ansätzen der problemgeschichtlichen Integration kultur- und sozialgeschichtlicher Fragestellungen wird man bei Thomas Nipperdey wichtige Anregungen finden können. Nipperdey lehnte keineswegs die Sozialgeschichte an sich, sondern lediglich ihre makrotheoretisch petrifizierte Bielefelder Variante ab.[37] Und eben diese Integration von kultur- und sozialhistori-

36 Thomas Nipperdey, Wehlers ›Kaiserreich‹. Eine kritische Auseinandersetzung (1975), in: ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte. Göttingen 1976, S. 360-389.

37 Vgl. Wolfgang Hardtwig, Harm-Hinrich Brandt (Hg.), Deutschlands Weg in die Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur im 19. Jahrhundert. Gedenkschrift für Thomas Nipperdey. München 1983.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

schen Fragestellungen zu ›imagined communities‹, Identität und Mentalität, Selbstbild- und Fremdbild hat die deutsche historische Forschungslandschaft in den letzten Jahren grundlegend verändert. Untersuchungsmethoden der Sozialgeschichte zu den gesellschaftlichen Trägerschichten und solche des sprachorientierten Konstruktivismus greifen ineinander, um ein anthropologisches Grundmotiv und Verhaltensmuster multiperspektivisch zu analysieren und der historischen Darstellung zugänglich zu machen. Dieser integrative Ansatz, der exemplarisch zeigt, wie die historische Forschung von der Funktions- zur Mentalitätsanalyse kommen kann, erweitert das historische Verständnis der menschlichen ›Grundgegebenheiten‹ in Fortsetzung von Fragestellungen u.a. der mentalitätsgeschichtlichen Schule der ›Annales‹. In dieser Tradition hat Thomas Nipperdey als Inhaber des Karlsruher Lehrstuhls von Franz Schnabel seinen Platz. Dass dieser Lehrstuhl auch bei der Überführung der Universität Karlsruhe (TH) in das entstehende Karlsruhe Institute of Technology[38] erhalten bleibt, ist aufgrund dieser Tradition dringend wünschenswert.

38 http://www.kit.edu/fzk/idcplg?IdcService=KIT.

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Autorenverzeichnis

Anne Bruch, Jg. 1970, M.A., Doktorandin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte, Universität Hamburg

Reinhold Brunner, Jg. 1961, Dr. phil., Leiter des Stadtarchivs Eisenach

Birgit Bublies-Godau, Jg. 1966, M.A., Historikerin und Publizistin, Mitherausgeberin des »Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung«, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Forums Vormärz Forschung e.V. Bielefeld

Hans Fleck, Jg. 1953, Dr. phil., Projektleiter Israel der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Jürgen Frölich, Jg. 1955, Dr. phil., Archiv des Liberalismus, Gummersbach, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Rolf-Ulrich Kunze, Jg. 1968, Dr. phil. habil., Privatdozent u. Akad. Oberrat an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften, Karlsruhe Institute of Technology

Wolfgang Michalka, Jg. 1943, Prof. Dr. phil., ehemaliger Leiter der Außenstelle Rastatt des Bundesarchivs (»Erinnerungsstätte der Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte«), Heidelberg

Eberhard Kolb, Jg. 1933, Prof. Dr. phil., emeritierte ordentlicher Professor am Historischen Seminar der Universität Köln, Bad Kreuznach

Norbert Schloßmacher, Jg. 1956, Dr. phil., Direktor des Stadtarchivs und der Stadthistorischen Bibliothek, Bonn

Joachim Scholtyseck, Jg. 1958, Prof. Dr. phil., Professor für neuere Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn

Martin Schumacher, Jg. 1939, Dr. phil., Generalsekretär der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien a. D., Bonn

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Heinz Stübig, Jg. 1939, Prof. Dr. phil., Professor für Erziehungswissenschaft i. R., Institut für Schulpädagogik der Philipps-Universität Marburg

Andreas Wirsching, Jg. 1959, Prof. Dr. phil., Professor für neuere und neueste Geschichte an der Universität Augsburg, Vorsitzender der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin

https://doi.org/10.5771/9783845225876 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY